

Jahrbuch der Stadt Wien
1956

I. Die Verwaltung der Stadt Wien
im Jahre 1956

Nachdruck nur mit Quellenangabe

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Wien — wieder Kongreßstadt	9
Wien ehrt Mozart	12
Verfassung und Verwaltungsorganisation	16
Veränderungen in den Vertretungskörpern	16
Die Magistratsdirektion	17
Empfänge und Ehrungen	23
Personalangelegenheiten	28
Finanzwesen	36
Der Stadthaushalt	36
Finanzausgleich	40
Städtische Steuern und Abgaben	40
Rechnungsamt	42
Kultur und Volksbildung	44
Kunstförderung und Wissenschaftspflege	44
Begabtenförderung	49
Musikleben	50
Musiklehranstalten der Stadt Wien	50
Modeschule der Stadt Wien	53
Ausstellungen	54
Wiener Festwochen	55
Theater- und Kinoangelegenheiten	56
Fremdenverkehr	59
Sportangelegenheiten	59
Heimatspflege	61
Denkmalpflege	61
Naturschutz	61
Benennung von Verkehrsflächen	62
Landesbildstelle	64
Städtische Büchereien	65
Stadtbibliothek	66
Archiv	68
Historisches Museum der Stadt Wien	68
Schulwesen	71
Volks-, Haupt- und Sonderschulen	71
Pädagogisches Institut der Stadt Wien	74
Pädagogische Zentralbücherei	75
Berufsschulen	75
Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe ..	80
Wohlfahrtswesen	82
Jugendfürsorge	82
Kampf gegen Schmutz und Schund	82
Gesetzliche Neuerungen in der Jugendfürsorge	82
Das Wiener Jugendhilfswerk — ein Fonds	83
Vormundschaften, Rechtsfürsorge	84
Schwangerenfürsorge, Mutterberatung und Säuglingsfürsorge	85
Adoptionsstelle	85
Kinderübernahmestelle	86
Pflegekinder	86
Erziehungsberatung und Institut für Erziehungshilfe	89

	Seite
Fürsorgeerziehung und Erziehungsaufsicht	89
Kindertagesstätten	89
Jugendberufsfürsorge	90
„Jugend am Werk“	90
Stipendien	91
Erholungsfürsorge	91
Die Ausbildung der Sozialarbeiter	91
Erwachsenen- und Familienfürsorge	92
Organisation	92
Pflichtfürsorge	92
Zusätzliche Fürsorge	97
Fürsorgeangelegenheiten im staatlichen Auftrag	101
Ungarnhilfe 1956	101
Fürsorgeverbandskosten	105
Sozialversicherung	107
Städtische Kranken- und Wohlfahrtsanstalten	110
Krankenanstalten	110
Heil- und Pflegeanstalten	112
Jugendfürsorgeanstalten	113
Altersheime	114
Herbergen für Obdachlose	115
Gesundheitswesen	116
Anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten	116
Impfungen	119
Desinfektionsanstalten	119
Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt	119
Leichen- und Bestattungswesen	120
Hygiene und Behebung sanitärer Übelstände	120
Krankenpflegesschulen und Hebammen-Lehranstalten	120
Gesundheitsfürsorge	121
Schulärztlicher Dienst	121
Schulzahnkliniken	121
Tuberkulosefürsorge	122
Geschlechtskrankenfürsorge	123
Fürsorge für Nerven- und Gemütskranke	123
Körperbehindertenfürsorge	124
Sportärztliche Untersuchungs- und Beratungsstelle	124
Krebsbekämpfung	124
Amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen	125
Sanitätsrechtsangelegenheiten	125
Apothekenangelegenheiten	125
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst	126
Bauwesen und öffentliche Einrichtungen	129
Die Stadtbauamtsdirektion	129
Landes- und Stadtplanung, Stadtregulierung	132
Stadtvermessung	133
Plan- und Schriftenkammer	134
Architektur	135
Künstlerische Ausschmückung städtischer Bauten	140
Technische Grundangelegenheiten	141
Baustoffbeschaffung	142
Städtische Neubauten	142
Wiederaufbauten und Instandsetzungen	150
Technische Baupolizei	152
Städtische Prüf- und Versuchsanstalt	154
Installationen und elektrische Anlagen	155
Heizungs- und Maschinenbau	155
Technisch-behördliche Angelegenheiten des Gas- und Elektrizitätswesens	159

	Seite
Öffentliche Beleuchtung, Uhren	160
Technische Verkehrsangelegenheiten	161
Landesprüfstelle für das Kraftfahrwesen	162
Städtischer Fuhrpark	163
Stadtreinigung	164
Straßenreinigung	165
Schneesäuberung und Glatteisbekämpfung	165
Müllabfuhr	166
Straßenbau und Straßenerhaltung	169
Brücken- und Wasserbau	171
Planungsarbeiten	171
Brücken und Stege	171
Schutzwasserbauten	175
Überschwemmungsangelegenheiten	176
Verkehrswasserbau, Hafen- und Schifffahrtsangelegenheiten	176
Bodentechnik	179
Wasserwerke	179
Wassergewinnung	179
Wasserleitungskraftwerke	182
Wasserleitung	182
Wasserverbrauch	185
Städtische Bäder	185
Öffentliche städtische Bäder	185
Bäder in den städtischen Wohnhausanlagen	187
Wäschereien	187
Kanalisationwesen	189
Kanalneubauten, Kanalumbauten	189
Kanalräumung und Unratsabfuhr	192
Bedürfnisanstalten	195
Städtische Gärten	195
Städtische Friedhöfe	196
Ausgestaltung und Instandsetzung der städtischen Friedhöfe	197
Städtische Friedhofsgärtnerei	198
Städtische Steinmetzwerkstätte	198
Ehrengräber, Widmungen und Gräbererhaltung	201
Städtische Forste	201
Wohnungs- und Siedlungswesen	203
Wohnungsbewirtschaftung	203
Siedlungs- und Kleingartenwesen	208
Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtshäuser	209
Wohnhäuser	209
Amtshäuser	214
Hauswarte	215
Möbel	215
Hausratsdarlehen	215
Wirtschaftsangelegenheiten	216
Marktwesen	216
Importkontrolle und Lebensmittelpolizei	216
Marktbeobachtung und Preiskontrolle	220
Marktverwaltung	220
Gewerbepolizeiliche Angelegenheiten	221
Eichwesen	221
Veterinärwesen	221
Schlachtungen, Vieh- und Fleischbeschau	222
Tierseuchen	223
Landwirtschaft, Tierzucht	224
Land- und Forstwirtschaftsinspektion	224
Landwirtschaftsförderung	224

	Seite
Pflanzenschutz	225
Landesforstinspektion	225
Wasser- und Schifffahrtswesen	225
Beschaffungsamt	226
Lebensmittel	226
Textilien und Lederwaren	226
Wirtschaftswaren, Bereifungen und chemisches Material	227
Papier, Kanzleierfordernisse	227
Brennstoffe	228
Möbel, Altmaterialverwertung	228
Schulerfordernisse	228
Liegenschaftswesen	229
Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	230
Die Nationalratswahlen vom 13. Mai 1956	230
Vermögenssicherung	230
Registrierung ehemaliger Nationalsozialisten	231
Polizeiwesen	231
Geschwornen- und Schöffenlisten	231
Kultuswesen, Stiftungen und Fonds, Sammlungen	232
Landesumsiedlungsstelle	232
Bevölkerungswesen	232
Statistischer Dienst	233
Die Bevölkerungsvorgänge im Jahre 1956	234
Sondererhebungen	238
Statistische Veröffentlichungen und Fachbibliothek	239
Zivilrechtsangelegenheiten	240
Gewerbewesen	242
Verkehrsrechtsangelegenheiten	243
Administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrts- angelegenheiten	244
Feuerwehr der Stadt Wien	246
Organisation	246
Brandverhütung	246
Fahrpark und Ausrüstung	246
Nachrichtenanlagen	247
Bau und Erhaltung der Feuerwehrgebäude	247
Bemerkenswerte Aktionen der Feuerwehr	248
Städtische Unternehmungen	249
Wiener Stadtwerke	249
Gaswerke	250
Elektrizitätswerke	256
Verkehrsbetriebe	261
Bahn- und Bahnerhaltung	262
Elektrische Anlagen	262
Hochbauten	266
Fahrbetriebmittel	267
Hauptwerkstätte	268
Betrieb und Verkehr	268
Tarife	269
Autobus- und Obusverkehr	269
Unfälle	270
Städtische Bestattung	271
Brauhaus der Stadt Wien	271
Städtische Ankündigungsunternehmung Gewista	272
Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien	273
Chronik 1956	275
Tagungen	277
Verzeichnis der Illustrationen	279

Wien — wieder Kongreßstadt!

Der weltweite Ruf Wiens als Kulturstadt, seine großräumigen Prachtbauten und die idyllische Kulisse des Wald- und Wiesengürtels, die dieser Stadt ihre vielgerühmte landschaftliche Schönheit verleiht, ließen sie von jeher zur Kongreßstadt prädestiniert erscheinen. Vor allem aber fanden die Kongreßteilnehmer in Wien auch eine ideale Atmosphäre für ihre Arbeit und ihr persönliches Befinden. Die aufgeklärte Geistigkeit, die beschwingte, heitere, gemütvoll-wiener Art trägt zweifellos dazu bei, daß diese Veranstaltungen einen in jeder Beziehung befriedigenden Verlauf nehmen.

In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg konnte sich Wien als Kongreßstadt noch wenig empfehlen. Das Stadtbild war durch Zerstörungen entstellt, die Kulturzentren Burgtheater und Oper waren ausgebrannt, die Häuserreihen zeigten häßliche Lücken, und in den Straßen sah man die Uniformen fremder Besatzungstruppen als Symbol unserer Unfreiheit. Ausländische Kritiker berichteten wenig Günstiges über Wien, der Stadt des „Dritten Mannes“, die den Aufenthalt für Gäste aus dem Ausland nicht ratsam erscheinen ließ. Aber bald kam der Lebenswille der Wiener wieder sichtbar zum Durchbruch. Die schwersten Schäden wurden behoben, neue, moderne Bauten schlossen die Lücken, und im Jahre 1955 waren schließlich auch die weltberühmten Kulturstätten, die Staatsoper und das Burgtheater, in neuem Glanz wieder hergestellt. Gleichzeitig erstand im Zentrum der Stadt eine neue Dominante: die Opernpassage. Immer kräftiger pulsierte in diesen Jahren auch das wirtschaftliche Leben in unserer Stadt, und alsbald verbreitete sich die Nachricht über die großen Fortschritte des Wiederaufbaues, die Modernisierung und Verschönerung Wiens auch im Ausland, wo sie Staunen, Freude und Neugierde zugleich auslöste. Und die Fremden kamen wieder, erst zögernd und mit dem beklemmenden Gefühl, eine besetzte Stadt aufzusuchen, dann von Jahr zu Jahr in größerer Zahl. Auf ihren Spaziergängen und Rundfahrten nahmen sie mit Befriedigung wahr, daß im Stadtbild keines der historischen Baudenkmäler fehlte; mit besonderem Interesse verweilten sie aber bei den zahlreichen neugeschaffenen städtischen Wohnhausanlagen, die in ihrer modernen, zweckgebundenen Linienführung, aufgelockert und belebt durch weite Gartenhöfe und Spielflächen, das künftige Bild des neuen Wien erkennen lassen.

Viele Institutionen konnten sich vorerst noch nicht entschließen, Wien wieder, wie vor den beiden Weltkriegen, als einen geeigneten Ort für wichtige internationale Tagungen und Kongresse zu wählen. Die Erinnerung an Wien als alte, beliebte Kongreßstadt und das Vertrauen zu seinen führenden demokratischen Männern verdrängten aber immer mehr alle Zweifel und Bedenken, und so mehrten sich schon in den Jahren der Besetzung die Fälle, in denen Wien wieder als Treffpunkt für Kongresse und Tagungen gewählt wurde. Endgültig gebrochen war aber der Bann erst, als die Welt am 15. Mai 1955 vom Abschluß des Staatsvertrages der Alliierten mit Österreich erfuhr, der dem Lande die volle Freiheit und Souveränität zurückgab und den Abzug der Besatzungstruppen brachte. Als im Herbst 1955 die letzten fremden Soldaten Österreich verlassen hatten, stieg der Fremden-

verkehr sprunghaft an. Der plötzliche Fremdenzustrom bewies, daß die Welt unsere Stadt über all die vielen Jahre, da sie kaum oder nur unter Schwierigkeiten zugänglich war, nicht vergessen hatte. Wien wurde sogleich auch wieder zum Treffpunkt internationaler Tagungen aller Art, und es zeigte sich, daß die Stadt auf ihre Gäste den gleichen freundlichen und heiteren Zauber ausübt wie ehemals. Als Beispiel mag genügen, daß die Delegierten eines im Sommer 1956 in Wien abgehaltenen Kongresses — Wissenschaftler, Ingenieure und Beamte — nach dem Besuch eines Johann Strauß-Konzertes vor dem festlich beleuchteten Rathaus zu der beschwingten Musik einer Wiener Kapelle zu tanzen begannen.

Der größte und bedeutendste wissenschaftliche Kongreß der Nachkriegszeit im freien Wien war die fünfte Weltkraftkonferenz mit 3000 Besuchern, an der Vertreter von etwa 50 Nationen teilnahmen. Thema der Konferenz war: „Die Energiequellen der Welt und ihre Bedeutung im Wandel der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung.“ Bei der Eröffnung am 18. Juni im Burgtheater sprach auch Bürgermeister *Jonas*, der hiebei des Wiederaufstieges der Stadt Wien gedachte und ihrer zunehmenden Geltung als internationale Kongreßstadt, zu der sie durch ihre geopolitische Lage und ihre Fähigkeit, als Mittlerin zwischen den Völkern zu dienen, berufen sei.

Vom 22. bis 28. Juli fand in Wien der XXIII. Internationale Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau mit 1500 Besuchern statt. Der internationale Verband für Wohnungswesen und Städtebau hatte schon einmal — vor 30 Jahren — für seinen ersten Kongreß Wien als Tagungsort gewählt. Das Thema des diesjährigen Kongresses war: „Die Stadt und das Umland.“ Das städtische Umlandproblem zählt in der ganzen Welt zu den städtebaulich und verwaltungspolitisch brennendsten Problemen der Gegenwart, weil die Tendenzen der so dringenden Auflockerung der überdicht verbauten Stadtkerne, die wachsende Motorisierung, die kaum mehr zu bewältigenden Verkehrsprobleme der großen Städte und die notwendige Entmischung des Durcheinanders von Wohn- und Arbeitsvierteln zu einer Lösung drängen.

Die Eröffnung dieses Kongresses fand am 23. Juli im Großen Festsaal des Wiener Rathauses durch Bürgermeister *Jonas* in Anwesenheit des Bundeskanzlers, von Mitgliedern der Regierung sowie des Stadtsenates und des Magistratsdirektors statt. Bürgermeister *Jonas* wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die Gemeinde Wien schon vor 30 Jahren mit ihrem sozialen Wohnungsbau einen völlig neuen Weg beschritten hat, mit dem sich die Anhänger des spekulativen Wohnungsbaues nicht abfinden wollten. Die Zerstörungen nach dem zweiten Weltkrieg haben die Probleme des sozialen Wohnhausbaues in der allerschärfsten Form herausgearbeitet und die Richtigkeit des sozialen Wohnhausbaues neuerlich bestätigt. Das außerordentliche Interesse an diesem Kongreß sowie dessen Bedeutung für alle Städte der Welt charakterisierte Präsident *Rolfson* aus Oslo in seiner Eröffnungsrede: „Niemand habe er bei einem Städtebaukongreß so viele Delegierte versammelt gesehen wie heute. Die Delegierten kamen hieher aus allen Teilen der Erde. Dies spricht dafür, daß man auf der ganzen Welt an unserem Thema interessiert ist. Das Thema des Kongresses ist sehr umfangreich. Es ist für alle Städte von realer Bedeutung. Es ist zu hoffen, daß der Austausch von Meinungen und Gedanken zwischen den Fachleuten und Politikern dazu führen wird, daß man zu einer Aufklärung gelangen kann, was tatsächlich zu verwirklichen ist, damit eine Neuordnung unserer Städte vorgenommen werden kann.“

Im Oktober 1956 konnte Bürgermeister *Jonas* in seiner Begrüßungsansprache anlässlich der Eröffnung des XI. Internationalen Kongresses und der Generalversammlung der Internationalen Vereinigung der offiziellen Fremdenverkehrs-

organisationen feststellen, daß das Jahr 1956 den Ruf Wiens als Kongreßstadt in glänzender Weise gerechtfertigt hat. Es sei ein glückliches Omen, daß diese erfolgreiche Saison mit dem Kongreß der Internationalen Union der offiziellen Reiseorganisationen ihren Abschluß und ihre Krönung gefunden hat.

Außer diesen Veranstaltungen sind hervorzuheben: die Tagung der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft; der Erdöl-Studentag; der Internationale Musikwissenschaftliche Kongreß; der Interpolkongreß; die II. Internationale Filmwissenschaftliche Woche; die Internationale Tagung der Transportarbeiter-Vereinigung; der XVI. Internationale Bienenzüchterkongreß; die europäische Parlamentarierkonferenz; der Internationale Mathematikerkongreß mit 1.000 Teilnehmern; der 5. Internationale Keramische Kongreß; der X. Österreichische Ärztekongreß mit 600 Teilnehmern; die 100-Jahr-Feier der Geographischen Gesellschaft mit 700 Teilnehmern; die 3. Österreichische Tagung für Arbeitsmedizin mit 800 Teilnehmern; der Kongreß der Internationalen Messen (Union des Foires Internationales); die Tagung der CICE (Informationsdienst der Europäischen Eisenbahnverwaltung); die 49. Generalversammlung des Internationalen Luftfahrtverbandes; der Kongreß der Europäisch-Amerikanischen Gesellschaften.

Insgesamt wurden im Jahre 1956 48 Kongresse und Tagungen gegenüber 8 im Jahre 1950 und 33 im Jahre 1955 abgehalten.

Die Entwicklung Wiens zur internationalen Kongreßstadt, die sich nach Abschluß des Staatsvertrages angebahnt hat und im Jahre 1956 ihre Bestätigung fand, setzt sich auch im Jahre 1957 mit einer großen Zahl Veranstaltungen fort. Von den beim Kulturamt der Stadt Wien eingelangten Meldungen seien hervorgehoben: der XI. Internationale Kosmetikerkongreß mit 1.500 Teilnehmern; der XII. Weltkongreß der Fédération Internationale des Jeunesses Musicales mit 600 Teilnehmern; die Anästhesie-Tagung mit 700 Teilnehmern; der Kongreß der Österreichischen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe; die Tagung für zerstörungsfreie Werkstoffprüfung; der Internationale Kongreß für Akupunktur; der Kongreß der Österreichischen Röntgenologengesellschaft; der Internationale Kongreß für Sexualforschung; der Internationale Kurs für Wirtschaftsfachleute; der Internationale Schachtag; der 4. Internationale Kongreß für Biochemie; der Kongreß der deutschen Gesellschaft für Urologie; der Kongreß der International Fiscal Association; der Weltkongreß der Vereinigung der katholischen Presse; der Kongreß der Europäischen Chirurgen.

Immer mehr internationale Verbände, Vereinigungen und Organisationen entschließen sich, ihre Tagungen und Kongresse in Wien abzuhalten. Deshalb wurde im Rahmen der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien auch ein eigenes „Kongreß-Zentrum“ eingerichtet, in dem die Termine aufeinander abgestimmt und die Wünsche der Veranstalter koordiniert werden. Es steht den Veranstaltern bei der Durchführung aller internationalen Zusammenkünfte fördernd und beratend zur Verfügung. Die Wiener Stadtverwaltung hat aber nicht nur alle Voraussetzungen für eine befriedigende technische und organisatorische Abwicklung von Kongressen sowie für einen angenehmen Aufenthalt der Teilnehmer in unserer Stadt geschaffen, sondern auch selbst die Initiative zu großen internationalen Veranstaltungen ergriffen, die sich von Jahr zu Jahr eines größeren Interesses erfreuen.

Im Juni finden alljährlich die Wiener Festwochen statt, deren Glanz Gäste aus dem In- und Ausland anlockt. Im Jahre 1956 standen die Wiener Festwochen im Zeichen des Genius Mozart, dessen 200. Geburtstag in Wien in festlicher Weise begangen wurde.

WIEN EHRT MOZART

Eine für Wien als Musikstadt glückliche Fügung wollte es, daß Wolfgang Amadeus Mozart hier seine Wahlheimat gefunden hat. Am 27. Jänner 1756 in Salzburg geboren, ließ er sich im Jahre 1781 nach dem Zerwürfnis mit dem Erzbischof von Salzburg, Hieronymus Graf *Colloredo*, in dessen Diensten er als Hoforganist gestanden war, als freier Künstler in Wien nieder, wo er bis zu seinem Tode am 5. Dezember 1791 blieb. Das letzte Jahrzehnt seines Lebens war die Zeit seines reifsten und reichsten musikalischen Schaffens. In dieser Periode komponierte er die deutschen Opern „Entführung aus dem Serail“ und „Zauberflöte“ sowie die italienischen „Die Hochzeit des Figaro“, „Don Juan“, „Cosi fan tutte“ und schließlich auch das unvollendet gebliebene Requiem, das seine eigene Totenmesse werden sollte.

Die enge Verbundenheit des wesentlichen Schaffens Mozarts mit seinem Aufenthalt in Wien und seine Liebe für diese Stadt mit ihrer Musikalität, die ihm die Möglichkeiten zur vollen Entfaltung seiner hohen Begabung bot, war für die Stadtverwaltung bestimmend, das Jahr 1956, in dem der Geburtstag des genialen Tonkünstlers zum 200. Male wiederkehrte, als „Mozart-Jahr“ zu feiern. Durch eine vorbildliche Darbietung der berühmtesten Schöpfungen des Meisters, die im „Internationalen Musikfest“ den Mittel- und Höhepunkt des musikalischen Teiles des Festwochenprogramms bildeten, wurde Mozart der künstlerische Dank Wiens abgestattet. Dazu kamen zahlreiche Ausstellungen sowie Führungen zu den Mozart-Gedenkstätten in Wien und schließlich Akte der Pietät an seiner letzten Ruhestätte.

Um den Musikfreunden aus aller Welt einen Eindruck zu vermitteln, wie die Mozart-Erinnerungsräume im sogenannten „Figaro-Haus“, I., Domgasse 5, in der Zeit ausgesehen haben, als Mozart dort die „Hochzeit des Figaro“ komponierte, wurde neben anderen Wiederherstellungen auch die Restaurierung des außergewöhnlich schönen Marmorstuckraumes aus dem Jahre 1740, einer Arbeit des berühmten Wiener Stukkateurs *Camesina*, durchgeführt. Von diesem Raum wird angenommen, daß er das Arbeitszimmer Mozarts war. Außerdem wurde die darin befindliche kleine Ausstellung vom Historischen Museum der Stadt Wien durch eine Reihe von Objekten, die insbesondere mit der Oper „Hochzeit des Figaro“ in Verbindung gebracht werden konnten, bereichert. Hervorgehoben seien ein Alabasterrelief mit der Friedhofszene aus „Don Juan“ sowie Medaillen, die nach dem Tode Mozarts geprägt worden waren.

Von dem Gedanken ausgehend, daß Mozart, der schon als Kind Musiker war, der Jugend besonders nahesteht, hatte die Gemeinde Wien ihre Mozart-Feiern im Zeichen der Jugend abgehalten. Es ergingen Einladungen der Stadtverwaltung an alle Städte, in denen Mozart gelebt und geschaffen hat, ihre besten Musikschüler nach Wien zu entsenden, wo sie mit den begabtesten Schülern unserer staatlichen und städtischen Musiklehranstalten zu einem Orchester vereinigt werden sollten. Der Ruf Wiens an die musikalische Jugend Europas wurde in den meisten Städten begeistert aufgenommen, und so kam das „Internationale Mozart-Jugendorchester Wien“ zustande, dessen jüngster Teilnehmer 15, der älteste 22 Jahre alt war.

Am 30. Jänner 1956 trat dieses Orchester im Großen Musikvereinssaal beim Mozart-Festkonzert zum erstenmal vor die Öffentlichkeit. Dem Konzert, dem der Bundespräsident Dr. h. c. *Körner*, die Mitglieder der Bundesregierung und des Wiener Stadtsenates beiwohnten, ging eine Rede des Bürgermeisters *Jonas* voran, in der er auf den Sinn des internationalen Jugendorchesters hinwies:

„Die große Musikvergangenheit Wiens verpflichtet uns zu großen Gegenwartsleistungen, und vor den erlauchten Geistern der Vergangenheit fragen wir uns in aller Demut und Bescheidenheit, ob wir unserer Verpflichtung auch

Die Delegierten der Weltkraftkonferenz werden im Festsaal des Rathauses empfangen

Wien wird wieder Kongreßstadt...

Während der Dauer des Internationalen Kongresses für Wohnungswesen und Städtebau ist in der Volkshalle des Rathauses eine aus allen Erdteilen besendete Ausstellung zu sehen





Australiens Ministerpräsident wird vom Bürgermeister und den beiden Vizebürgermeistern begrüßt

Im Wiener Rathaus werden Gäste aus aller Welt empfangen ...

Die Kinder des Internationalen Lagers der Arbeiterhilfe im Roten Salon mit Stadtrat Afritsch



gerecht werden. Aus diesen Erwägungen wurde der Gedanke des »Internationalen Mozart-Jugendorchesters Wien« geboren. Seine heutigen Darbietungen mögen über den Rahmen eines normalen Konzertes hinaus zu einer Huldigung der musikalischen Jugend Europas für den großen Genius unserer Heimat werden. Wir geben diesem Orchester aber noch einen anderen Sinn. Es sei im Namen Mozarts ein Ruf an Europas Jugend, sich der kulturellen Einheit unseres Kontinents bewußt zu werden und für Verständigung und Humanität zu leben und zu arbeiten.“

Den Ausklang des Mozart-Jahres bildete eine Reihe von Veranstaltungen, in denen nochmals die ganze Vielfalt des Genies Mozarts zum Ausdruck kam. So wurde Mozart als Meister des Instrumentalkonzertes, der Kammermusik und des Liedes, der Oper, der Sakralmusik sowie der Symphonie vorgestellt. Als den Meister der Oper ehrte ihn die Stadt Wien am 4. Dezember durch eine Festvorstellung der „Zauberflöte“ in der Staatsoper.

Als Ehrengäste waren eingeladen: Die Mitglieder der Bundesregierung, die Präsidenten des Nationalrates und die Vorsitzenden des Bundesrates, das Diplomatische Korps, die höchsten Würdenträger der Religionsgemeinschaften, die Präsidenten der Gerichtshöfe, die Rektoren der Wiener Hochschulen, die Bürgermeister der Mozart-Städte Salzburg und Augsburg sowie Persönlichkeiten des österreichischen Musiklebens. Von der Stadt Wien nahmen Bürgermeister *Jonas*, die Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates teil.

Nach der Vorstellung versammelten sich die Ehrengäste auf dem St.-Marxer Friedhof, wo in der Todesstunde Mozarts, um 0,30 Uhr, vor seinem mit Fackeln beleuchteten Grab eine Gedenkfeier stattfand, die von der Chorvereinigung „Jung Wien“ mit Mozarts „Ave verum“ eingeleitet wurde. Nach einer kurzen Ansprache legte Bürgermeister *Jonas* einen Kranz der Stadt Wien nieder. Ebenso schmückten der Salzburger Bürgermeister *Pacher* sowie ein Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht und Delegationen des Wiener Musiklebens die Grabstätte mit Kränzen.

Am 16. Dezember veranstaltete die Bundesregierung im Großen Musikvereinssaal ein Festkonzert, dem die offiziellen Persönlichkeiten von Staat und Gemeinde sowie zahlreiche prominente Vertreter des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens beiwohnten. Zur Aufführung gelangten die Haffner-Symphonie und die Jupiter-Symphonie, von den Wiener Philharmonikern unter der Leitung von Carl *Schuricht* meisterhaft dargeboten, womit das Mozart-Jahr einen würdigen Abschluß fand.

VERFASSUNG UND VERWALTUNGSORGANISATION

VERÄNDERUNGEN IN DEN VERTRETUNGSKÖRPERN

In der personellen Zusammensetzung des Gemeinderates (Landtages) ergaben sich folgende Veränderungen:

Gemeinderat Hans Weber (SPÖ) starb am 19. Jänner 1956. Als Ersatzmann wurde Herbert Mayr am 10. Februar 1956 angelobt. Gemeinderat Albert Römer (ÖVP) verzichtete am 5. November 1956 auf sein Mandat. Als Ersatzmann wurde Dr. Erich Ebert am 16. November 1956 angelobt.

Amtsführender Stadtrat Dr. Alfred Migsch (SPÖ) legte am 13. April 1956 seine Funktion zurück. An seine Stelle wurde Bundesrat Hans Riemer am 13. April 1956 gewählt.

Von den in den Bundesrat entsendeten Mitgliedern starb Franz Schulz am 25. März 1956, Otto Mitterer schied anlässlich seiner Wahl zum Abgeordneten des Nationalrates aus und Hans Riemer legte am 5. Juli 1956 sein Mandat zurück.

In der Sitzung des Landtages vom 13. Juli 1956 wurden Dr. Fritz Koubek und Hella Hanzlik und in der Sitzung vom 5. Oktober 1956 wurde Landtagsabgeordneter Albert Römer in den Bundesrat gewählt.

In der Sitzung vom 5. Oktober 1956 beschloß der Wiener Landtag folgende Reihung der vom Lande Wien entsendeten Mitglieder des Bundesrates:

- | | |
|---------------------------------------------|------------------------------------------|
| 1. Stelle: Prof. Dr. Adalbert Duschek (SPÖ) | 7. Stelle: Franziska Krämer (SPÖ) |
| 2. Stelle: Fritz Eckert (ÖVP) | 8. Stelle: Prof. Dr. Karl Lugmayer (ÖVP) |
| 3. Stelle: Otto Skritek (SPÖ) | 9. Stelle: Alfred Porges (SPÖ) |
| 4. Stelle: Rudolfine Muhr (SPÖ) | 10. Stelle: Albert Römer (ÖVP) |
| 5. Stelle: Franz Gabriele (ÖVP) | 11. Stelle: Dr. Fritz Koubek (SPÖ) |
| 6. Stelle: Leo Geiger (SPÖ) | 12. Stelle: Hella Hanzlik (SPÖ) |

Auf Grund einer Änderung der Satzung der „Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt“ wurden erstmalig durch den Gemeinderat in der Sitzung vom 13. Juli 1956 nachstehende Aufsichtsratsmitglieder gewählt:

Gemeinderat Franz Haim (ÖVP)
Gemeinderat Dr. Dipl.-Ing. Franz Hengl (ÖVP)
Generaldirektor Kommerzialrat Viktor Hueber
Gemeinderat Kommerzialrat Walter Leibetseder (SPÖ)
Landtagspräsident Bruno Marek (SPÖ)
Gemeinderat Wilhelm Schmied (ÖVP)
Sektionschef Dipl.-Ing. Anton Schopf
Stadtrat Leopold Thaller (SPÖ)
Gemeinderat a. D. Rudolf Wallner

Der Gemeinderat hielt im Jahre 1956 7 öffentliche und 6 nichtöffentliche Sitzungen ab. Der Landtag trat zu 7 Sitzungen, das Immunitätskollegium zu 3, der Stadtssenat zu 46 und die Landesregierung zu 44 Sitzungen zusammen.

Außerdem fanden 4 gemeinsame Sitzungen des Stadtsenates mit dem Finanzausschuß statt. Schließlich war auch 1 Sitzung des Unvereinbarkeitsausschusses zu verzeichnen.

Der Landtag befaßte sich in seinen Sitzungen mit 19, der Gemeinderat mit 696, die Landesregierung mit 326 und der Stadtsenat mit 2.820 Geschäftsstücken. 13 Geschäftsstücke wurden in gemeinsamen Sitzungen des Stadtsenates mit dem Finanzausschuß und zwei vom Immunitätskollegium behandelt.

DIE MAGISTRATSDIREKTION

Die Magistratsdirektion erstattete im Jahre 1956 Gutachten zu 51 Gesetzentwürfen und zu 20 Verordnungsentwürfen des Bundes sowie zu 11 Gesetz- und Verordnungsentwürfen anderer Bundesländer. Außerdem wurden Vorarbeiten zu 16 Landesgesetzen, 2 Verordnungen der Landesregierung, 5 Verordnungen des Landeshauptmannes und 27 Kundmachungen geleistet. Insgesamt wurden von der Magistratsdirektion einschließlich Amtsinspektion 20.717 Dienststücke behandelt. Hinzu kamen 136 Akten von der Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer. Im Zentralexpedit der Magistratsdirektion betrug der Ein- und Ausgang von Geschäftsstücken rund 10 Millionen; davon wurden rund 3 Millionen durch die Post weitergeleitet.

Zur Regelung organisatorischer und rechtlicher Fragen wurden vom Büro der Magistratsdirektion 92 Runderlässe herausgegeben, darunter über folgende Gegenstände:

Verwertung der Dienstabwesenheitsevidenz für statistische Zwecke; Wirkungsbereich der Bezirksvorsteher; Freiwerden von Kunstwerken bei Bauarbeiten; Meldungen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (Neuregelung); Gewerbeberechtigung der USIA-Betriebe; Aufhebung von staatsbürgerschaftlichen Bestimmungen des NS-Gesetzes; Reinhaltung der Gewässer, Bestellung eines Fachreferenten; Neuordnung der Geschäftsgebarung in den Bezirksvorstehungen; Heizgeräte in städtischen Amtsräumen; Kirchen- und Hausaufbahrungen; Briefsendungen an die Träger der Sozialversicherung; Durchführung der 1. Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz; Abgabenverwaltung; Zollämterverzeichnis für Wien, Niederösterreich und Burgenland; Entfernung der Aufschriften aus der Besetzungszeit; Vorschläge für eine Neubewertung von Kanzleiposten; Änderung der Benennungen von Buchhaltungsabteilungen; Vergütungsgesetz 1955, öffentliche Bekanntmachung und Verwertung von Mobilien unbekannter Herkunft; Führung der in den Jahren 1938 bis 1945 erworbenen Diplome; Sprechtafeln für den Parteienverkehr; wasserrechtliche Bewilligung für Bauwerke im Hochwasserabflußgebiet der Donau und an Ufern sowie Brunnen und Abwasserleitungsanlagen; Personalzulagen; Dienstanweisung über die Einhebung, Einbringung und Sicherung der Abgaben und Beiträge; Gebührenpflicht für Eingaben; Bestellung von Waren aus dem Ausland; Abänderung der Vorschrift über die Ausscheidung von Sachgütern; Konsulargebührenpflicht von Rechts- und Amtshilfeansuchen; Stempelgebühren für gewerberechtliche Eingaben und Bewilligungen; Lohnsteuerkarten für ungarische Flüchtlinge; Abgabenbefreiung anlässlich der Ungarnhilfe; Kinderbeihilfe für ungarische Flüchtlinge.

Ansprüche nach dem Amtshaftungsgesetz wurden in 24 Fällen gegen die Stadt Wien geltend gemacht. Von der Disziplinarkommission wurden 104 Fälle behandelt. Von diesen führten 17 zu Entscheidungen durch den Berufungssenat. Anträge auf auszeichnungswise Verleihung von Berufstiteln langten in 124 Fällen ein. Von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses wurden 603 städtische Bedienstete entbunden. In 49 Fällen wurden Aufsichtsbeschwerden behandelt.

Der praktisch-politischen Prüfung unterzogen sich 18 rechtskundige Beamte, hievon 10 Polizeibeamte; 16 Kandidaten haben die Prüfung bestanden. Zur einheitlichen Prüfung aus dem allgemeinen Verwaltungsdienst traten 48 Kandidaten an, von denen 30 die Prüfung bestanden. Die besondere Fachprüfung der Fachbeamten des Verwaltungsdienstes bestanden 39 Kandidaten von 41. Von 27 Kandidaten, die die Fachprüfung aus dem Kanzleidienst ablegten, haben 25 diese Prüfung bestanden.

Im Jahre 1956 wurden dreimal auf Anordnung des Bürgermeisters die städtischen Amtshäuser und Objekte beflaggt.

Das *Präsidialbüro* war im Jahre 1956 mit der Durchführung zahlreicher Veranstaltungen der Stadt Wien anlässlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages von Wolfgang Amadeus Mozart befaßt, über die in dem Abschnitt „Wien ehrt Mozart“, Seite 12, berichtet wird; außerdem hatte es die Repräsentationsverpflichtungen der Stadtverwaltung durchzuführen, die sich an die in Wien abgehaltenen Kongresse und internationalen Tagungen knüpften oder sich aus anderen Anlässen ergaben. Hinzu kamen noch feierliche Eröffnungen von städtischen Wohnhausanlagen, Brücken, sozialen Einrichtungen und Ausstellungen, Begrüßungen in- und ausländischer Besucher sowie Ehrungen.

Über die Leistungen des Dolmetscher- und Übersetzungsdienstes des Präsidialbüros gibt folgende Übersicht Auskunft:

	Geschäfts- stücke
Englisch	508
Tschechisch	420
Französisch	373
Holländisch	47
Italienisch	129
Kroatisch	32
Russisch	23
Slowakisch	52
Bulgarisch, Dänisch, Esperanto, Flämisches, Neugriechisch, Norwegisch, Polnisch, Rumänisch, Serbisch, Serbischkroatisch, Slowenisch, Spanisch, Schwedisch, Ungarisch	79

Die *Amtsinspektion* hat im Jahre 1956 die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen, die sich nach dem Gebietsänderungsgesetz ergaben, mit den früheren Randgemeinden fortgesetzt. Mit 63 Randgemeinden wurde das sogenannte I. Übereinkommen, mit dem das vor 1938 im Eigentum dieser Randgemeinden gestandene Immobilienvermögen rückerstattet wurde, und mit 22 Randgemeinden das sogenannte II. Übereinkommen über Rückerstattung von Liegenschaften, die nach dem 13. März 1938 von der Stadt Wien erworben wurden, abgeschlossen. Über den alten Liegenschaftsbesitz sind noch drei und über den neuen elf Übereinkommen zu treffen.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem Amt der niederösterreichischen Landesregierung führte noch zu keiner Lösung.

Die Haupttätigkeit der *Amtsinspektion* erstreckte sich jedoch auf die Revisionen der städtischen Dienststellen, wobei 6 in Magistratischen Bezirksämtern und 41 in Magistratsabteilungen durchgeführt wurden. Im Zusammenhang mit diesen Revisionen wurden 39 Amtsbesprechungen abgehalten. Um eine einheitliche Amtsführung in den Magistratischen Bezirksämtern zu gewährleisten, fanden 10 Bezirksamtsleiterbesprechungen statt.

Zu der im Jahre 1955 neu erlassenen Geschäftseinteilung wurden dem Stadtensat zwei Abänderungsanträge vorgelegt. Außerdem wurden die in den Jahren 1949 und 1950 aufgestellten Dienstpostenpläne im Einvernehmen mit



Der in seiner Heimatstadt auf Besuch weilende amerikanische Architekt Professor Neutra bei Stadtrat Thaller

Die Stadträte begrüßen...

Der Londoner Stadtrat Norman mit Vizebürgermeister Honay und Stadtrat Resch





Bei der Eröffnung des Internationalen Rauchfängerkongresses wird der Bürgermeister von einem kleinen Rauchfänger begrüßt

Tagungen für alle Fachgebiete...

Vertreter der Vereinigung europäischer Musikfestspiele tagen im Wiener Rathaus



der Magistratsabteilung für Allgemeine Personalangelegenheiten den neuen Voranschlägen angepaßt.

Im Jahre 1956 wurden insgesamt 3.203 Dienstreisen genehmigt, von denen 128 auf das Ausland entfielen.

Zu den im Jahre 1956 bestehenden 682 Personalzulagen wurden 55 neu zuerkannt, 57 wurden eingestellt. Von den im Jahre 1956 bestehenden 765 Sonderzulagen wurden 69 eingestellt und 69 neu gewährt. Außerdem wurden in 43 Fällen Sonderzulagen für Stoßarbeiten bewilligt. In jedem dieser Fälle erwarb eine große Anzahl von Bediensteten Sonderzulagen. Zu den im Jahre 1956 bewilligten 90 Kilometergeldvergütungen kamen 20 neu hinzu. Außerdem wurden auch fallweise Mehrdienstleistungsvergütungen für Bedienstete des Schemas II anlässlich der Zusammenarbeit mit Bediensteten des Schemas I zuerkannt. Die Personalzulagen wurden im Juli wegen der am 1. August 1956 wirksam gewordenen Gehaltserhöhung um 3,7 Prozent und im Dezember wegen der mit 1. Jänner 1957 wirksam werdenden Erhöhung um 22 Prozent neu durchgerechnet.

Die Amtsinspektion führt die Geschäfte der Verwaltungsakademie, die den Bediensteten der Stadt Wien Gelegenheit gibt, ihre Fachkenntnisse zu erweitern. Im Jahre 1956 wurden in 99 Doppelstunden 28 Kurse abgehalten, wobei 18 Vortragende tätig waren. Diese Kurse wurden von 732 männlichen und 276 weiblichen Bediensteten besucht. Dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1955 eine Steigerung um 20 Prozent.

Bei der Neuauflage und Abänderung von Drucksorten prüft die Amtsinspektion die einheitliche Durchführbarkeit und die Wirtschaftlichkeit; im Jahre 1956 wurden rund 4.600 verschiedene Drucksorten genehmigt.

Zur Beschaffung von Büromaschinen, Buchhaltungs- und Kartothekeneinrichtungen wurden im Jahre 1956 171 Genehmigungen erteilt. Außerdem wurde die Anschaffung von rund 1.000 Büchern und Broschüren, 380 Zeitschriften und Zeitungen für die einzelnen Dienststellen bewilligt.

Für die der Amtsinspektion übertragene Amtsraumlenkung waren 680 Erhebungen erforderlich. Ein Großteil der Erhebungen ergab sich aus dem noch immer steigenden Bedarf an Lagerräumen zur Unterbringung von Delogierungsgut und zurückgestellten NS-Möbeln. Seit 1953 hat sich die Zahl der in den Lagerräumen der Stadt Wien eingestellten Objekte von 761 auf 1.689 erhöht.

Die Zahl der dem Personaleinsatz unterstellten Bediensteten ist von 5.689 im Jahre 1955 auf 5.478, also um 211 Bedienstete, zurückgegangen. Diese 211 Bediensteten verteilen sich auf 62 Verwaltungsbeamte, 120 Kanzleibeamte und 29 Amtsgehilfen. Um den Ausfall an Kanzleibediensteten auszugleichen und den Mangel an Maschinschreibkräften weniger fühlbar werden zu lassen, wurden 46 jugendliche Stenotypistinnen über 16 Jahre auf Grund des Jugendeinstellungsgesetzes aufgenommen.

Im Jahre 1956 wurden vom Personaleinsatz 15.954 Dienststücke behandelt. 874 Bedienstete wurden innerhalb der Abteilungen und Betriebe der Hoheitsverwaltung mit Dekret versetzt. Die im Vorjahr begonnenen Kurse für die Ablegung der vorgeschriebenen Fachprüfungen wurden beendet.

Der Personalstand der der Gruppe Personaleinsatz unterstehenden Personalausgleichsstelle I betrug am 1. Jänner 1956 322 Bedienstete und ist im Laufe des Jahres um 107 Bedienstete auf 215 Personen zurückgegangen, jener der Personalausgleichsstelle II (dienstaufsichtsfremde Bedienstete) verringerte sich von 115 auf 110. Die im Stande der beiden Personalausgleichstellen geführten Bediensteten wurden zu größeren Stoß- und Aushilfsarbeiten herangezogen, und zwar 14 für Personalüberleitungsarbeiten, 6 für den Gewerbesteuerausgleich, durchschnittlich 93 für die Personenstands- und Betriebsaufnahme, 6 für Abschlußarbeiten, durchschnittlich 31 bei der Auszahlungsstelle für

Arbeitslosenunterstützung, 12 als Museumsaufseher, durchschnittlich 26 für Mehrarbeiten, die durch das ASVG anfielen, 60 in der Flüchtlingsfürsorge, durchschnittlich 18 bei der Anlegung einer Häuser- und Straßenkartei, 9 als Vermessungsgehilfen, 10 zum Schreiben der Wassergebührensätze, 8 bei der Anlegung eines Liegenschaftsverzeichnisses, 9 als Saisonkassiere in städtischen Bädern, 31 für Arbeiten im Zusammenhang mit dem Bewertungsgesetz 1955, 5 für Mehrarbeit in der Heimatrolle, 166 bei den Wahlvorbereitungsarbeiten, 9 bei statistischen Arbeiten und durchschnittlich 42 als Gebäudewächter. Außerdem wurden Bedienstete während des ganzen Jahres verschiedenen Dienststellen zu vorübergehend anfallenden Stoßarbeiten und zur Aufarbeitung von Rückständen zugeteilt.

Anlässlich der Vorbereitungsarbeiten für die Nationalratswahl 1956 wurden 98 Aushilfskräfte auf die Dauer eines Monats vorübergehend gegen Tagesentschädigung eingestellt.

Das *Rekursbüro* verzeichnete im Jahre 1956 6.274 Geschäftsstücke, außerdem 182 im Haupteingangsbuch protokollierte Akten und erstattete 92 Berichte und Äußerungen im Auftrag der Magistratsdirektion. Eine Neuerung ergab sich für das Rekursbüro daraus, daß von den Magistratischen Bezirksämtern erstmalig Berufungen an das Bundesministerium für Landesverteidigung in Angelegenheiten des Heeresgebührengesetzes und an das Bundesministerium für soziale Verwaltung in Angelegenheiten des Opferfürsorgegesetzes vorgelegt werden mußten.

Die *Pressestelle der Stadt Wien* erweiterte neuerlich den Umfang ihres Nachrichten- und Bilderdienstes. Die Zahl der von der „Rathauskorrespondenz“ herausgegebenen Blätter erhöhte sich von 2.497 auf 2.790. Für die Wiener Festwochen war wieder ein eigener Pressedienst eingerichtet.

Das „Amtsblatt der Stadt Wien“ wurde weiter ausgestaltet. Zu den Bildern auf der ersten, dritten und letzten Seite kam einmal in der Woche ein Bild, das an die Zeit vor zehn Jahren erinnerte. Außerdem wurde der redaktionelle Teil erweitert. Herausgegeben wurden 104 Nummern. Der durchschnittliche Umfang des Amtsblattes betrug 16 Seiten, die Auflage rund 4.000 Stück. Die Zahl der Abonnenten ist mit 2.212 gegenüber dem Vorjahr fast gleichgeblieben. 1.544 Stellen erhielten Freixemplare.

Im „Landesgesetzblatt für Wien“ erschienen 13 Gesetze, 12 Verordnungen und 5 Kundmachungen in 18 Stücken. Die Auflage betrug durchschnittlich 1.800 Stück. Das Landesgesetzblatt zählte 592 Abonnenten, 256 Stück wurden als Freixemplare ausgegeben.

Der „Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger“ erschien in acht Nummern. Davon wurden 4.550 Exemplare im Wohnungstauschreferat, 20.469 in den Trafiken abgesetzt. Die Auflage betrug pro Nummer durchschnittlich 5.200 Stück.

Der *Bilderdienst der Pressestelle* nahm neuerlich an Umfang zu. Im Jahre 1956 wurden 4.694 Schwarzweißaufnahmen und erstmalig auch 521 Farbaufnahmen gemacht. Die Zahl der angefertigten Kopien war mit 34.869 um 3.883 niedriger als im Vorjahr, jene der Negative mit 36.151 um 4.694 höher. Verkauft wurden 25.692 Photos, kostenlos abgegeben 9.177. Der inländischen Presse wurden zur Veröffentlichung 680 Bilder, der ausländischen 981 überlassen. Außerdem erhielt die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 1.672 Photos. Ebenso wurden 463 Bilder zur Veröffentlichung in Broschüren ausgefolgt und an Ausstellungen 99 Bilder übergeben. In den Bilderkästen des Rathauses und der Magistratischen Bezirksämter wurden 9.710 Bilder gezeigt. Schließlich erschienen im „Amtsblatt der Stadt Wien“ 360 Illustrationen nach Photos der Pressestelle.

Das *Stenographenbüro* besorgte im Jahre 1956 die stenographische Auf-

nahme von 7 Sitzungen des Landtages, die insgesamt 7 Stunden und 10 Minuten dauerten, sowie von 7 Sitzungen des Gemeinderates in der Gesamtdauer von 57 Stunden 15 Minuten. Hievon nahm die Beratung des Voranschlages 1957 38 Stunden und 25 Minuten in Anspruch.

Einen Überblick über die Zahl der in den Sitzungen des Landtages und Gemeinderates eingebrachten schriftlichen Anträge und Anfragen, die vom Stenographenbüro in das Beschlußprotokoll aufgenommen wurden, vermittelt die folgende Aufstellung.

	Landtag		Gemeinderat	
	Anträge	Anfragen	Anträge	Anfragen
SPÖ	—	—	2	1
ÖVP	7	—	34	6
Volksopposition	5	2	46	21
	12	2	82	28

Die Fahrleistung des *Personenkraftwagenbetriebes* betrug 2,183.436 km, das sind um 297.251 km mehr als im Vorjahr, der Treibstoffverbrauch war jedoch um 2.689 l geringer. Die Steigerung der Kilometerleistung ist auf folgende Ursachen zurückzuführen: Die am 13. Mai 1956 stattgefundene Nationalratswahl erforderte einen außerordentlichen Personenkraftwageneinsatz, durch den eine Leistung von 13.000 km entstand; ebenso war ein erhöhter Einsatz für die Heizwerkstätte notwendig, da die städtischen Monteure im Winter zu den Baustellen der neuen städtischen Wohnhausbauten gebracht wurden, um dort die Thermoblockgeräte zu überwachen. Hervorgehoben wird auch die erhebliche Mehrbelastung des Personenkraftwagenbetriebes mit seinen Transportern im Zusammenhang mit dem Zustrom ungarischer Flüchtlinge vom November 1956 an. Bei Beförderung von Sachgütern, Lebensmitteln, insbesondere von warmen Speisen, in die Flüchtlingslager wurden 16.500 km zurückgelegt. Schließlich ergaben sich auch durch den vermehrten Fremdenzustrom und verschiedene große Kongresse, die in diesem Jahre in Wien abgehalten wurden, sowie durch den Ausfall eines Motorrades für die Kontrolle der in Niederösterreich, im Burgenland und in der Steiermark untergebrachten Pflegekinder erhöhte Anforderungen an den städtischen Kraftwagenbetrieb. Bemerkenswert ist, daß bei den zahlreichen Ausfahrten keine Unfälle und nur geringfügige Sachschäden an den Fahrzeugen zu verzeichnen waren.

EMPFÄNGE UND EHRUNGEN

Im Jahre 1956 fanden insgesamt 85 Empfänge statt (gegenüber 64 im Jahre 1955), und zwar anlässlich von Kongressen und internationalen Tagungen 43 und aus verschiedenen anderen Anlässen 42. Die Zahl der an diesen Empfängen teilnehmenden Personen betrug rund 11.300, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 4.200 Personen oder 59,15 Prozent. Davon waren 7.371 Ausländer (1955: 3.900) aus 49 Staaten; die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt 3.471 Personen oder 89 Prozent.

Über die Kongresse von internationaler Bedeutung wird in dem Abschnitt: „Wien — wieder Kongreßstadt“, Seite 9, berichtet.

Anlässlich des Österreichischen Städtetages 1956 lud der Bürgermeister am 24. November die Delegierten in die Staatsoper zu einem Ballettabend ein. Im Juni besuchte eine Delegation des Obersten Sowjets der USSR und im September eine britische Delegation der Interparlamentarischen Union unsere Stadt. Die Delegierten wurden nach einer Rundfahrt durch das neue Wien auf dem Kahlenberg und nachher im Wiener Rathaus durch den Bürgermeister empfangen. Journalisten aus Rußland und Japan sowie eine Delegation des Zentral-

rates der Gewerkschaft der USSR lernten gleichfalls bei einer Rundfahrt durch Wien die neuesten Schöpfungen der Stadtverwaltung kennen. Anschließend wurden auch sie vom Bürgermeister empfangen.

Außerdem kamen folgende prominente Persönlichkeiten des Auslandes nach Wien, wurden offiziell begrüßt und als Gäste der Stadtverwaltung betreut: Ministerpräsident *Menzies*, Australien; Dr. h. c. Georg August *Zinn*, Ministerpräsident von Hessen, mit Begleitung; Lord Mayor of London Alderman Guthbert L. *Ackroyd* mit Begleitung; Bürgermeister van *Veen*, Enschede (Holland); Stadtpräsident *Bringolf*, Schaffhausen; Andrew *Broadus*, Bürgermeister von Luisville, und je eine Delegation unter Führung der Bürgermeister von Stuttgart und Antwerpen.

55 Gruppen ausländischer und inländischer Sportler, Wissenschaftler, Techniker, Studenten usw., insgesamt 4.471 Personen, wurden vom Bürgermeister oder einem Stellvertreter begrüßt. Einem Großteil der ausländischen Gruppen, die in Wien weilten, wurden Autobusse für Rundfahrten durch das neue Wien zur Verfügung gestellt.

Von der Aktion „Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt Wien kennen“ wurden seit Oktober 1956 Führungen durch das neue Wien veranstaltet. Diese Einrichtung ermöglicht alljährlich rund 17.500 Jugendlichen aus den Bundesländern, die Neuschöpfungen der Wiener Stadtverwaltung kennenzulernen. Im Jahre 1956 besichtigten 27.770 Personen das Wiener Rathaus. An die Gäste Wiens wurden 12.340 Bücher als Erinnerungsgaben verteilt. Am 26. Oktober 1956 beging die Stadt Wien wie die übrigen Bundesländer erstmalig den Tag der österreichischen Fahne. Das Rathaus und der Hochstrahlbrunnen waren aus diesem Anlaß festlich beleuchtet, auf verschiedenen Wiener Plätzen konzertierten Musikkapellen.

In besonderen Veranstaltungen wurden wie in jedem Jahre Persönlichkeiten geehrt, die sich Verdienste um die Stadt Wien erworben oder zu deren Ansehen beigetragen haben.

Durch Verleihung des *Ehrenringes* der Stadt Wien wurden Baurat h. c. Doktor techn. Dr. h. c. Clemens *Holzmeister*, Hofrat Univ.-Prof. Dr. Richard *Meister* und Prof. Dr. Josef *Luitpold Stern* ausgezeichnet.

Die *Ehrenmedaille* der Bundeshauptstadt Wien wurde Direktor Theodor *Feder*, Kammerschauspieler Ferdinand *Maierhofer*, den Fürsorgeamtsfunktionären Josef *Krätschmer*, Ludwig *Kastell*, Johann *Schulz*, Leopold *Klein*, außerdem DDr. Richard Kurt *Donin*, dem akademischen Maler Prof. Karl Maria *May*, Schuldirektor i. R. Hans *Pemmer* und Altgemeinderat Franz *Ullreich* überreicht.

Das *Sportehrenzeichen* der Stadt Wien wurde 14 Sportlern und Sportlerinnen verliehen, und zwar: Ingrid *Wendl*, Sissy *Schwarz*, Kurt *Oppelt*, Hans *Grünauer*, Adolf *Christian*, Dr. Herbert *Tichy*, Ing. Fritz *Moravec*, Dr. Georg *Weiler*, Hans *Ratay*, Richard *Reinagl*, Heinrich *Roiss*, Heinz *Clabian*, Karl *Zaninot* und Dipl.-Ing. Paul *May*.

Am 12. Dezember fand im Stadtsenatssitzungssaal die feierliche Überreichung der *großen Goldenen Mozart-Medaille* der Stadt Salzburg an die Wiener Philharmoniker statt.

59 Personen wurde das Ehrenzeichen für eifrige und ersprießliche Tätigkeit im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen verliehen.

An zwölf Tagen fand die Ehrung städtischer Bediensteter anlässlich ihres 40jährigen Dienstjubiläums statt.

Am 10. Jänner überreichte Bürgermeister *Jonas* in der Semmelweis-Klinik das 80.000ste Säuglingswäschepaket.

Von den bei der Autobuskatastrophe im Eggenal bei Bozen zu Pfingsten 1956 verunglückten Wienerern nahm die Stadt Wien am 28. Mai 1956 auf dem



450 Delegierte aus den Bundesländern nahmen am 12. Österreichischen Städtetag teil
Gäste aus den Bundesländern...

Die Ausseer Musikkapelle bringt im Arkadenhof des Wiener Rathauses ein Ständchen





Lord-Mayor Ackroyd trifft zu einem offiziellen Besuch in Wien ein

Der Flughafen Wien...

Bürgermeister Jonas und einige Stadträte fliegen nach Moskau



Platz vor dem Volksheim in der Siedlung „An der Siemensstraße“ in einer eindrucksvollen Trauerfeier Abschied.

Am 7. Februar 1956 wurden 17 Hausgehilfinnen mit einer 25jährigen Dienstzeit, 8 Hausgehilfinnen mit einer Dienstzeit von 26 bis 45 Jahren und eine Hausgehilfin mit einer Dienstzeit von 50 Jahren geehrt. Neben einer Jause erhielt jede Hausgehilfin ein Diplom und eine Ledergeldbörse mit 100 S.

Schließlich wurden in 12 Feiern 1 Steinernes, 3 Eiserne, 46 Diamantene und 852 Goldene Jubelpaare, zusammen 902 Paare — seit 1945 9.144 Paare —, durch Überreichung eines Diploms und einer Geldkassette geehrt.

PERSONALANGELEGENHEITEN

Die Arbeit der der Verwaltungsgruppe I — Personalangelegenheiten zugehörigen Magistratsabteilungen stand im Jahre 1956 im Zeichen der Neuregelung des Besoldungsrechtes für die Bediensteten der Stadt Wien. Der vorliegende Bericht befaßt sich daher insbesondere mit diesem Gegenstand.

Die Neuregelung des Besoldungsrechtes wirkte sich auch auf die Tätigkeit des Gemeinderatsausschusses I und der Personalkommission entsprechend aus. Von den insgesamt 543 Vorlagen an den Gemeinderatsausschuß I waren 42 allgemeiner Art. Die Vorlagen, betreffend die Anrechnung von Vordienstzeiten, sind sprunghaft angewachsen. In 77 Vorlagen wurden 2.531 Bediensteten Vordienstzeiten angerechnet. Dies ist darauf zurückzuführen, daß zu Beginn des Jahres 1956 mit der 9. Novelle zum Dienstrechtsgesetz für die Beamten der Stadt Wien (LGBl. für Wien Nr. 2/1956) eine weitere Annäherung an die Praxis des Bundes hinsichtlich der Anrechnung der sogenannten Behinderungszeiten durchgeführt wurde.

In 19 Vorlagen wurde die Zuerkennung von Dienst- und Arbeitskleidern behandelt, dabei ist, wie aus den Vergleichszahlen zum Vorjahr zu ersehen ist, eine gewisse Deckung des dringendsten Bedarfes bereits vorhanden. Die übrigen Vorlagen halten sich im normalen Rahmen; so wurden u. a. 30 Vorlagen, betreffend die Regelung von Nebenbezügen, 9 Vorlagen, betreffend Verwendungsänderungen, und 366 Geschäftsstücke von geringerer Bedeutung, wie Dienstzeitverlängerungen, Zuerkennung von außerordentlichen Zuwendungen und ähnliches, behandelt.

Die Gemeinderätliche Personalkommission war im Jahre 1956 mit insgesamt 1.180 Vorlagen beschäftigt. Hievon waren 34 von allgemeiner Art, 989 betrafen Ruhestandsversetzungen. Die übrigen Geschäftsstücke hatten vorwiegend die Gewährung von Karenzurlauben zum Gegenstand.

Über die Neuregelung des Besoldungsrechtes wurden im Jänner 1956 die Verhandlungen der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit dem Bund abgeschlossen. Durch Beschluß des Nationalrates vom 29. Februar 1956 erhielten diese Vereinbarungen Gesetzeskraft. Mit Rücksicht darauf, daß in der Zweiten Republik die Besoldung der Bediensteten der Stadt Wien nach den gleichen Grundsätzen wie beim Bund erfolgt, war auch eine Neuregelung des Besoldungsrechtes der Bediensteten der Stadt Wien notwendig geworden. Obwohl von Anfang an feststand, daß im wesentlichen die Grundsätze des Gehaltsgesetzes 1956 des Bundes, insbesondere die Erhöhung der Bezugsansätze auf rund das Sechsfache der Ansätze des Gehaltsüberleitungsgesetzes vom Jahre 1946, auch für die Bediensteten der Stadt Wien Geltung erlangen sollten, waren doch längere Verhandlungen mit der Gewerkschaft erforderlich. Diese Verhandlungen wurden erst im Frühjahr 1956 abgeschlossen, so daß sich der Wiener Landtag mit der entsprechenden Gesetzesvorlage erst in seiner Sitzung vom 13. April 1956 befassen konnte. Die neue Besoldungsordnung wurde für die Pensionsparteien mit 1. Jänner 1956 und für die aktiven Bediensteten mit 1. Februar 1956 wirksam. So wie beim Bund sollten auch bei der Stadt Wien die Bezüge nach der Besoldungsordnung in Etappen

erreicht werden. Durch die erste Etappe wurden die neuen Bezugsansätze zunächst im Ausmaß von 85 Prozent wirksam. Soweit sich hierdurch gegenüber den bisherigen Bezügen eine geringere Erhöhung als 70 S im Monat ergeben hat, erhielten die Bediensteten eine Erhöhung von mindestens 70 S, höchstens aber 100 Prozent des neuen Bezuges. Die Pensionsparteien erhielten die Bezugsenerhöhung mit dem Prozentsatz, der der Bemessung ihres Ruhegenusses zugrunde liegt.

Da damit zu rechnen war, daß die vorgesehene Überleitung der Bediensteten in die neue Besoldungsordnung längere Zeit erfordert, wurden zunächst Vorschüsse auf die Neuregelung ausbezahlt. Auch den Vertragsbediensteten der Stadt Wien wurden solche Vorschüsse gewährt.

Bei den Verhandlungen hat die Gewerkschaft eine Hebung der im Schema I eingereichten Professionisten durch Heranführung ihrer Bezüge an die der Verwendungsgruppe D des Schemas II begehrt. Auf Grund dieser Forderung wurde das Schema I so erstellt, daß die Facharbeiter in Hinkunft einen Arbeitsverdienst erreichen, der jenem der Bediensteten der Verwendungsgruppe D des Schemas II entspricht. Abweichend von dem Schema des Bundes für Beamte in handwerklicher Verwendung, wurde das neue Schema I so aufgebaut, daß in den einzelnen Verwendungsgruppen verhältnismäßig höhere Anfangsbezüge mit geringerer Steigerung und demnach mit geringeren Endbezügen vorgesehen sind. Dieser Aufbau entspricht nämlich eher dem manuellen Dienst als der Aufbau des Schemas II, weil im manuellen Dienst der Bedienstete in jüngeren Jahren, in denen er im Vollbesitz seiner physischen Kräfte steht, leistungsfähiger ist als in der späteren Zeit. Die Facharbeiter, die bisher in der Verwendungsgruppe 3 des Schemas I eingereiht waren, sind zwar auch im neuen Schema wieder in die Verwendungsgruppe 3 eingereiht worden, doch wird die Angleichung ihrer Bezüge an die Bezüge der Verwendungsgruppe D durch eine für den Ruhegenuß anrechenbare Professionistenzulage, die je nach der erreichten Gehaltsstufe zwischen 30 S und 162 S beträgt, erreicht. Die übrigen Bediensteten, die ebenfalls bisher in Verwendungsgruppe 3 eingereiht waren, wie z. B. die Amtsgehilfen, sind auch im neuen Schema I in Verwendungsgruppe 3 eingereiht, doch erhalten sie keine für den Ruhegenuß anrechenbare Zulage.

Der Aufbau des Schemas I wurde insofern geändert, als die bisher in der Verwendungsgruppe 4 eingereichten Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe in die Verwendungsgruppe 3 eingereiht wurden. Zu diesen Bezügen erhalten sie außerdem, soweit sie im ständigen fahrplanmäßigen Linienverkehr stehen, von der erreichten 11. Gehaltsstufe an, d. h. also nach 20 für die Vorrückung anrechenbaren Jahren, eine für die Ruhegenußbemessung anrechenbare außerordentliche Fahrzulage. Diese Fahrzulage wurde bis zu diesem Zeitpunkt erst nach 24 Dienstjahren gewährt. Sie beträgt 60 S und von der 13. Gehaltsstufe an 100 S. Durch diese Hebung wird für die Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe im Endbezug eine bedeutende Annäherung an den Endbezug eines Facharbeiters erreicht. Eine noch darüber hinausgehende Besserstellung wurde für die Autobuslenker getroffen. Diese erhalten von der 1. Gehaltsstufe an eine Zulage im Ausmaß der Differenz zwischen der 1. und 2. Gehaltsstufe, die so wie die außerordentliche Fahrzulage, die ihnen gleichfalls gebührt, von der 11. Gehaltsstufe an für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbar ist.

Mit Rücksicht darauf, daß in der bisherigen Verwendungsgruppe 4 nur die Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe sowie die Kraftwagenlenker der Stadt Wien eingereiht waren, die aber künftig genauso behandelt werden wie die im fahrplanmäßigen Linienverkehr stehenden Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe, war es notwendig, den Schemaaufbau entsprechend zu ändern. Es werden demnach die Bediensteten, die bisher in der Verwendungs-

gruppe 5 eingereiht waren, künftig in die Verwendungsgruppe 4, die Bediensteten der bisherigen Verwendungsgruppe 6 in die Verwendungsgruppe 5 und die Bediensteten der Verwendungsgruppe 7 in die Verwendungsgruppe 6 eingereiht.

Aber nicht nur für die Bediensteten des Schemas I wurden bedeutende Verbesserungen vorgenommen, sondern auch für bestimmte Kreise des Schemas II. So sieht die Besoldungsordnung vor, daß die Fürsorgerinnen und die diplomierten Pflegerinnen mit mindestens 18monatiger schulmäßiger Ausbildung in Hinkunft nach vier in der Verwendungsgruppe D zurückgelegten Dienstjahren in die Verwendungsgruppe C überstellt werden. Bei den Fürsorgerinnen bedeutet dies eine Verbesserung des bisherigen Zustandes um 4 Jahre. Bisher wurden nämlich die Fürsorgerinnen bei zufriedenstellender Dienstleistung erst nach 8 Jahren in die Verwendungsgruppe C überstellt. Bei den Pflegerinnen bedeutet diese Regelung eine wesentliche Besserstellung, da bisher nur die sogenannten Pflegeaufsichtspersonen (z. B. Stationspflegerinnen und Oberpflegerinnen) in der Verwendungsgruppe C eingereiht waren. Solange jedoch die Pflegerinnen in der Verwendungsgruppe D eingereiht sind, erhalten sie zu ihren Bezügen weiterhin die Diplomzulage, die bei Überstellung in die Verwendungsgruppe C eingestellt wird. Zu den Bezügen der Verwendungsgruppe C wird eine für die Ruhegenußbemessung anrechenbare Zulage gewährt, und zwar für die Stationspflegerinnen eine solche im Betrag von 150 S und für Oberpflegerinnen eine im Betrag von 300 S. Bei Beförderung oder Zeitvorrückung in die Dienstklasse IV oder V wird diese Zulage eingestellt.

Auch für die Werkmeister und Betriebsbeamten ist eine Verbesserung eingetreten. Diese werden, wenn sie ein handwerksmäßiges Gewerbe erlernt haben, in diesem verwendet werden und überdies die Werkmeisterschule erfolgreich absolviert haben, nach einer für die Vorrückung anrechenbaren Dienstzeit von 10 Jahren oder nach 6 tatsächlich im Dienst der Stadt Wien zurückgelegten Dienstjahren in die Verwendungsgruppe C überstellt. Dies bedeutet gegenüber früher eine wesentliche Verbesserung.

Was den Aufbau der Besoldungsordnung selbst betrifft, so wurde dieser im wesentlichen dem Gehaltsgesetz des Bundes nachgebildet. So sind z. B. im Schema II an Stelle der bisherigen 6 Dienstpostengruppen 9 Dienstklassen getreten. Die Zahl und die Bezeichnung der Verwendungsgruppen wurden nicht geändert. Im wesentlichen entsprechen die Dienstpostengruppe VI den Dienstklassen I bis III, die Dienstpostengruppe V in den Verwendungsgruppen A, C und D der Dienstklasse IV, in der Verwendungsgruppe B in den niedrigeren Gehaltsstufen der Dienstklasse IV und in den höheren Gehaltsstufen der Dienstklasse V. Die Dienstpostengruppe IV entspricht in den Verwendungsgruppen A und B in den niedrigeren Gehaltsstufen der Dienstklasse V, in den höheren Gehaltsstufen der Dienstklasse VI, in der Verwendungsgruppe C der Dienstklasse V. Die Dienstpostengruppen III, II und I entsprechen der Dienstklasse VII, VIII und IX.

Eine weitere Neuerung stellt die Einführung der Dienstalterszulage dar. Bisher konnte ein Beamter, der in einer Verwendungsgruppe oder Dienstpostengruppe die letzte Gehaltsstufe erreicht hatte, nicht mehr vorrücken. Nach der Besoldungsordnung gebührt jedoch einem Beamten, der die höchste Gehaltsstufe einer Dienstklasse erreicht hat, für die eine Zeitvorrückung nicht mehr vorgesehen ist, nach 4 in der Höchststufe zugebrachten Jahren eine für den Ruhegenuß anrechenbare Zulage im Ausmaß von 1½ Vorrückungsbeträgen; für den Fall der Ruhestandsversetzung gebührt die Dienstalterszulage bereits nach 2 in der Höchststufe zugebrachten Jahren.

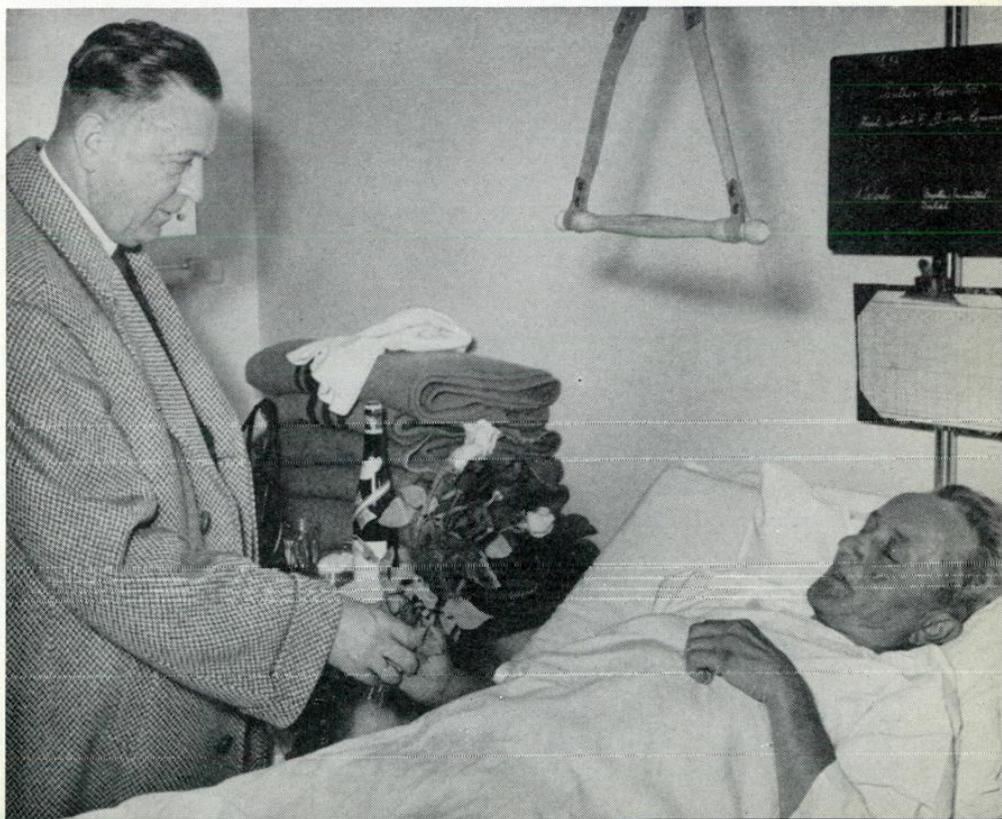
Zum Schemaaufbau ist noch zu erwähnen, daß die Bezüge der Beamten



Die Gemeinde Wien beschäftigt zwei blinde Stenotypistinnen

Die Bediensteten der Stadt Wien...

Stadtrat Riemer besucht einen verunglückten Arbeiter im Krankenhaus





197 neu aufgenommene städtische Bedienstete werden angelobt

Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen tritt anläßlich seines zehnjährigen Bestandes zu einer Festsitzung zusammen



etwa vom 10. Dienstjahr an im Verhältnis zu den Anfangs- und Endbezügen stärker erhöht wurden. Dies wurde dadurch erreicht, daß der Vorrückungsbetrag nach der 5. Gehaltsstufe mit dem Fünffachen des normalmäßigen Vorrückungsbetrages festgelegt wurde.

Die neue Besoldungsordnung kennt nun auch den Begriff der Zeitvorrückung. Diese besteht daran, daß ein Beamter die Bezüge der nächsthöheren Dienstklasse erreicht, ohne zum Beamten dieser Dienstklasse ernannt zu werden. Der Beamte bleibt somit dienstrechtlich Beamter der niedrigeren Dienstklasse. Um jedoch zu vermeiden, daß Beamte mit einem unter dem Durchschnitt liegenden Verwendungserfolg im Wege der Zeitvorrückung die höchsten durch die Zeitvorrückung erreichbaren Gehälter erhalten, ist vorgesehen, daß die Zeitvorrückung in bestimmte Dienstklassen nur dann stattfinden darf, wenn der Beamte mindestens eine seinem Dienstalter entsprechende Durchschnittsleistung erbringt.

Im Gegensatz zur Zeitvorrückung erhält ein Beamter durch die Beförderung nicht nur die Bezüge, sondern auch den Dienstposten der höheren Dienstklasse. Mit der Beförderung sind somit nicht nur gehaltsmäßige, sondern auch dienstrechtliche Auswirkungen, z. B. die Führung des Amtstitels, verbunden. Neue Beförderungsrichtlinien wurden mit der Gewerkschaft vereinbart.

Auch die Bestimmungen über die Überstellung in eine höhere Verwendungsgruppe wurden neu geregelt. Diese Neuregelung bedeutet für die in eine höhere Verwendungsgruppe überstellten Beamten insofern eine Verbesserung, als der Abzug von Dienstjahren bei der Festsetzung der Gehaltsstufe in der neuen Verwendungsgruppe zum Teil überhaupt unterbleibt und zum Teil in einem einheitlichen Ausmaß festgesetzt wird.

Nach den Bestimmungen der Gehaltsordnung war vorgesehen, daß eine Überstellung in eine niedrigere Verwendungsgruppe zu unterbleiben hat, wenn die Änderung der Verwendung nach Vollendung einer für die Ruhegenußbemessung anrechenbaren Dienstzeit von 25 Jahren eintritt. Dasselbe hat gegolten, wenn die Änderung der Verwendung die unmittelbare Folge eines Dienstunfalles war. Nach den Bestimmungen der Besoldungsordnung hat die gehaltsmäßige Auswirkung einer Überstellung in eine niedrigere Verwendungsgruppe zu unterbleiben, wenn die Änderung der Verwendung nach Vollendung einer für die Ruhegenußbemessung anrechenbaren Dienstzeit von 20 Jahren eintritt. Überdies wurde eine Berufskrankheit im Sinne des § 44 Abs. 2 der Dienstordnung dem Dienstunfall gleichgestellt.

Die Besoldungsordnung sieht in einem weiteren Abschnitt vor, daß verschiedenen Beamtenkategorien zu den Bezügen ruhegenußanrechenbare Zulagen gewährt werden. Als anrechenbare Zulagen sind die Professionistenzulage, die Autobus- und Obuslenkerzulage, die Pflegedienst-Chargenzulage, die Diplomzulage, die Feuerwehr-Chargenzulage, die Schulleiterzulage, die Kanalarbeiterzulage und die Fahrzulage vorgesehen.

Der Abschnitt III der Besoldungsordnung befaßt sich mit der Überleitung in die neue Besoldungsordnung. Danach werden die Beamten, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Besoldungsordnung im Dienststand befunden haben, auf Grund der Überleitungstabellen (Anlage III zur Besoldungsordnung) übergeleitet. Dabei ist Vorsorge getroffen worden, daß sich gewisse Verbesserungen, die die Besoldungsordnung den Beamten in Zukunft bringen wird, bereits auf die übergeleiteten Beamten auswirken.

In der Besoldungsordnung ist auch der Grundsatz der Pensionsautomatik verankert.

Das Inkrafttreten der Besoldungsordnung machte einige Änderungen der Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien notwendig. Diese

Änderungen bestehen vorwiegend darin, die Terminologie der Dienstordnung an die der Besoldungsordnung anzugleichen und auf die neuen Begriffe der Besoldungsordnung abzustimmen.

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Bezüge der Bediensteten der Stadt Wien erfolgte auch eine Erhöhung jener starren Nebenbezüge, die zur Gänze oder teilweise zur Abgeltung von Mehrdienstleistungen gewährt werden. Diese Regelung wurde vom Stadtsenat in seiner Sitzung vom 7. August 1956 beschlossen. Die Erhöhung wurde sofort auf das volle Inkrafttreten der neuen Bezugsansätze der Besoldungsordnung jedoch mit der Maßgabe abgestellt, daß ab 1. August 1956 von der erhöhten Nebengebühr oder dem Nebengebührenanteil nur 85 Prozent gebühren. Eine Erhöhung auf 100 Prozent sollte in der gleichen Weise und im gleichen Zeitpunkt wie bei den Bezügen nach der Besoldungsordnung erfolgen.

Im Zusammenhang mit der Einführung von 9 Dienstklassen im Schema II der Besoldungsordnung war es auch notwendig, die Amtstitel für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien neu festzusetzen. Diese Festsetzung erfolgte gleichfalls mit Stadtsenatsbeschluß vom 7. August 1956. Die bisherigen Amtstitel wurden im wesentlichen beibehalten. Eine Änderung ergab sich beim Kommissärtitel. Dieser Titel gebührt den Beamten der Dienstklasse IV und der Titel Oberkommissär jenen der Dienstklasse V. Für die rechtskundigen Beamten und die Beamten des höheren Verwaltungsdienstes in der Dienstklasse III wurde der Titel Magistratskonzipist eingeführt. Bis zur Dienstklasse III erhält der Bedienstete automatisch den mit Erreichung der höheren Dienstklasse vorgesehenen Amtstitel. In einer höheren Dienstklasse steht der Amtstitel nur jenen Bediensteten zu, die in diese Dienstklasse befördert werden.

Schließlich wurde mit Beschluß des Stadtsenates eine Regelung der Gebühren bei Dienstreisen, Dienstverrichtungen am Dienort, Dienstzuteilungen und Versetzungen (Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien) getroffen. Die Bestimmungen der Wiener Reisegebührenvorschrift wurden jenen des Bundes angeglichen, wobei insbesondere auf die Reisekostenvergütung für Dienstreisen in die vor dem 1. September 1954 (Inkrafttreten des Gebietsänderungsgesetzes) zu Wien gehörigen Gebiete und umgekehrt sowie für die Dienstreisen in die Versorgungsgebiete der Wiener Elektrizitätswerke und Gaswerke Bedacht genommen wurde. Sowohl die Tagesgebühr als auch die Nächtigungsgebühr wurde gegenüber den bisher in Geltung gestandenen Sätzen erhöht. Die am 3. Juni 1956 in Kraft getretene Änderung in der Wagenklassenbezeichnung der Österreichischen Bundesbahnen wurde bereits berücksichtigt. Die Reisegebührenvorschrift ist mit 1. August 1956 in Kraft gesetzt worden.

Von allgemeiner Bedeutung war auch der Gemeinderatsbeschluß vom 16. November 1956, womit allen nicht nach den Grundsätzen der Privatwirtschaft entlohnten Bediensteten der Stadt Wien eine einmalige Sonderzahlung im Ausmaß von 250 S bis 350 S gewährt wurde. Eine gleichartige Zuwendung in der Höhe von 150 S bis 250 S wurde für Ruhe(Versorgungs)genußempfänger und die ehemaligen Mitglieder der aufgelösten Pensionskasse für Bedienstete und Arbeiter der Stadt Wien und deren Unternehmungen zugesprochen.

Neben diesen wichtigen Vorlagen wurde eine Reihe von anderen Angelegenheiten, die für gewisse Bedienstetenkreise von Bedeutung sind, beraten. So wurden verschiedene Kollektivverträge geändert und den jeweiligen Verhältnissen in der Privatwirtschaft angepaßt. Darüber hinaus erfuhren auch die Funktionärbezüge eine Neuregelung.

Von der Verwaltungsgruppe werden die Bezüge für rund 32.000 aktive Bedienstete und rund 14.600 Pensionsparteien liquidiert. Neben den umfangreichen Verwaltungsgeschäften, die sich nach der Neuregelung des Besol-

dungsrechtes ergeben haben, brachte auch das Inkrafttreten des ASVG eine wesentliche Mehrarbeit. Das ASVG sieht eine Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage in der Renten- und Unfallversicherung sowie den Wegfall der Mindestbeitragsgrundlage und die Festsetzung einer versicherungsfreien Verdienstgrenze von 270 S vor. Mehrarbeiten bei der Verrechnung der Bezüge sind dadurch erwachsen, daß der Personenkreis, der der Versicherungspflicht unterliegt, auf Grund des ASVG eine Erweiterung erfuhr; so wurden insbesondere die bisher versicherungsfrei gehaltenen Gastärzte in die Versicherungspflicht einbezogen.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 3, Seite 583.)

FINANZWESEN

Die anhaltend gute wirtschaftliche Konjunktur, die vor allem bei den mit der Produktion zusammenhängenden Steuern und Abgaben bemerkenswerte Mehreinnahmen brachte, ermöglichte es der Stadtverwaltung, zusätzliche Mittel für soziale Leistungen sowie für Bauten zur Verfügung zu stellen.

Der Wegfall der Randgemeinden hat die Einnahmen nicht wesentlich beeinflußt. Wien hat durch das Gebietsänderungsgesetz 150.000 Einwohner verloren, der Einnahmeverlust entspricht jedoch nicht im gleichen Maße dem Bevölkerungsabfall und konnte durch die anhaltende Konjunktur aufgeholt werden. Die Steuerkraft des alten Stadtgebietes ist so stark, daß die Einnahmen für das Gebiet des verkleinerten Wien fast die gleiche Höhe erreichten wie vor der Gebietsänderung. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt war günstig. Die Rekordzahlen der Beschäftigten in Wien sind nicht zuletzt auf die arbeitsschaffenden Aufwendungen der Gemeindeverwaltung zurückzuführen.

Das Finanz- und Steuersystem blieb in seinen wesentlichen Zügen unverändert und wurde nur in einzelnen Bestimmungen der fortschreitenden Entwicklung angepaßt. Die Bundesgesetzgebung zeigte bei den Steuerreformen das Bestreben, die anderen Gebietskörperschaften bei der Aufteilung der Steuernachlässe möglichst stark zu beteiligen. Finanziell besonders belastet wurden die Gemeinden und damit auch die Stadt Wien durch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, die Beiträge zum Familienlastenausgleich und durch das Gehaltsgesetz 1956. Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz verpflichtet die Gemeinden, in den Fällen, in denen die Sozialversicherungsrenten einen bestimmten Mindestbetrag nicht erreichen, die Ergänzung aus Mitteln der Gemeinde zu leisten. Der Beitrag an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird mit 31,8 Millionen Schilling angenommen. Die Neufestsetzung der Bezüge im Ausmaß von 85 Prozent der im Gehaltsgesetz 1956 vorgesehenen Bezüge mit Wirksamkeit vom 1. Februar 1956 für die Aktiven und mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1956 für die Pensionisten sowie die Neuregelung der Nebenbezüge hatten eine zusätzliche Belastung mit rund 63 Millionen Schilling zur Folge. Der günstige Baufortschritt ermöglichte, zusätzliche Mittel in der Höhe von 40 Millionen Schilling bereitzustellen. Auch beim Straßenbau konnten über die vorgesehenen 57 Millionen Schilling hinaus weitere 25 Millionen Schilling bereitgestellt werden. Die Kriegsschäden sind zum Großteil behoben, so daß hierfür im außerordentlichen Haushalt nur noch 69,3 Millionen Schilling veranschlagt sind, wobei allein für die städtischen Wohnhäuser aus den Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds 30 Millionen Schilling und durch Vorfinanzierung auf noch nicht zugeteilte Darlehen 25 Millionen Schilling bereitgestellt sind.

DER STADTHAUSHALT

Der Gemeinderat hat den Voranschlag 1956 in den Sitzungen vom 15., 16., 17., 19. und 20. Dezember 1955 beraten und beschlossen. In der ordentlichen Gebarung sind Einnahmen von 3.434 Millionen Schilling und Ausgaben von 3.527 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung Einnahmen

von 32,5 Millionen Schilling und Ausgaben von rund 69,3 Millionen Schilling vorgesehen. Der Abgang stellt sich daher in der ordentlichen Gebarung auf rund 93 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung auf rund 37 Millionen Schilling. Der Abgang soll, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, aus den Rücklagen gedeckt werden.

Nach Geschäftsgruppen gegliedert, enthält der Voranschlag 1956 einschließlich der außerordentlichen Gebarung folgende Ansätze:

	Einnahmen S	Ausgaben S
I Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform	116,722.300	397,485.600
II Finanzwesen	2.371,496.800	356,910.900
III Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung	11,747.500	220,750.200
IV Wohlfahrtswesen	138,993.100	514,017.200
V Gesundheitswesen	288,749.500	545,142.200
VI Bauangelegenheiten	100,567.200	682,482.500
VII Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten	34,788.800	57,754.600
VIII Öffentliche Einrichtungen	195,421.200	372,453.900
IX Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen	147,130.000	216,836.700
X Wirtschaftsangelegenheiten	54,290.400	85,457.600
XI Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	6,497.100	146,711.700
	3.466,403.900	3.596,003.100

Die ordentlichen Einnahmen sind gegenüber dem Voranschlag 1955 um 12,6 Prozent, die ordentlichen Ausgaben um 8,2 Prozent gestiegen, die außerordentlichen Ausgaben sind mit Rücksicht auf die bereits weit vorgeschrittene Behebung der Kriegsschäden um 36 Prozent gesunken.

Die Einnahmen verteilen sich zu annähernd gleichen Teilen, also mit je einem Drittel, auf die städtischen Abgaben, die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und auf die sonstigen Einnahmen.

Von den Ausgaben entfallen 32,9 Prozent auf den Personalaufwand, 42,2 Prozent auf den Sachaufwand und 24,9 Prozent auf einmalige Anschaffungen und bauliche Herstellungen.

Die Personalausgaben sind nur zum Teil, nämlich soweit sie auf nicht betriebsmäßig verrechnete Verwaltungszweige entfallen, bei der Geschäftsgruppe I ausgewiesen. Jener Teil der Personalausgaben, der auf betriebsmäßig verrechnete Verwaltungszweige entfällt, ist in den Ausgaben dieser Verwaltungszweige enthalten.

Der gesamte Personalaufwand stellt sich unter Berücksichtigung der dritten Etappe des Nachziehverfahrens und der Sonderzahlung zur Abgeltung der neuen Gehaltsregulierung auf 1.183 Millionen Schilling. Diesem Aufwand ist ein Stand von 32.735 aktiven Bediensteten zugrunde gelegt, d. s. um 400 Personen weniger, als für 1955 veranschlagt waren.

In der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, sind die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben in Übereinstimmung mit dem Bundesfinanzgesetz 1956 veranschlagt, ferner die Landes- und Gemeindeabgaben, die Zuschläge zu den Wettgebühren und der Anteil am Kultur Groschen. Außerdem sind die Einnahmen aus Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren und Wegbenützungsgebühren sowie die Einnahmen und Ausgaben der Kassenverwaltung, die Darlehen und Beteiligungen der Stadt Wien verrechnet. Unter

Darlehen sind vor allem jene zu erwähnen, die zur Förderung des Wohnungsbaues gewährt werden. Die Gemeinde Wien gibt gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen Kredite zur Ergänzung jener Beträge, die diese vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds erhalten. Für solche Bauten wird die Gemeinde Wien 60 Millionen Schilling aufwenden. Außerdem wird in das Budget ein Betrag von 105 Millionen Schilling aufgenommen, den das Land Wien für Kredite nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 widmet. Der Anlehens- und sonstige Schuldendienst ist im Vergleich zu den Gesamtausgaben als geringfügig zu bezeichnen. Die anteilige Belastung aus diesem Titel beträgt 14,6 Millionen Schilling.

In der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, ist das Erträgnis der Ortstaxe, das zur Gänze der Fremdenverkehrsförderung dient, mit 3 Millionen Schilling veranschlagt. Aus eigenen Mitteln sind hierfür noch weitere 500.000 S bereitgestellt. Für die Wiener Festwochen sind 1,3 Millionen Schilling, davon allein für die Mozartveranstaltungen 300.000 S, vorgesehen. Für Förderungszwecke sind aus dem Kulturgroscenertrag 7 Millionen Schilling und aus dem Erträgnis der Vergnügungssteuer 2,3 Millionen Schilling für kulturell hochstehende Veranstaltungen bereitgestellt. Für den Ausbau des Museums der Stadt Wien sind als dritte Baurate 8 Millionen Schilling und erstmalig für Inventaranschaffungen 500.000 S veranschlagt. Die baulichen Aufwendungen für den Körpersport belaufen sich auf 47,5 Millionen Schilling. Davon entfallen als vierte Baurate für die Wiener Stadthalle 40 Millionen Schilling, auf den Stockwerksaufbau im Stadion als dritte Baurate 4 Millionen Schilling und für den Neubau eines Jugendgästehauses im 13. Bezirk als erste Baurate 1 Million Schilling.

Die Schülerzahl an den Berufsschulen hat mit 42.400 Schülern im Schuljahr 1955/56 den bisher höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht. Dementsprechend steigen die Ausgaben für die Berufsschulen auf 27 Millionen Schilling an.

Werden die in der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, verrechneten Ausgaben für die Erziehungsheime, Altersheime und Herbergen für Obdachlose, die ressortmäßig der Geschäftsgruppe V zugehören, ausgeschlossen, ergeben sich Reinausgaben dieser Geschäftsgruppe in der Höhe von 362,4 Millionen Schilling, die gegenüber dem Voranschlag für 1955 mit 246,6 Millionen Schilling eine Steigerung um 47 Prozent erfahren. Trotz Rückgang der kommunalen Fürsorge durch den Ausbau der staatlichen Altersversorgung werden sich die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege gegenüber 1955 steigern, weil in Auswirkung des ASVG für die Aufstockung der staatlichen Mindestrenten die Ausgleichszulage für Rentner zu leisten ist. Für Dauerunterstützungen an Empfänger von Altersunterstützungen der Handelskammer sind 2,5 Millionen Schilling vorgesehen, doch wird dieser Betrag bei weitem nicht zur Deckung der tatsächlichen Erfordernisse reichen. Als Beitrag zu dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sind 31,8 Millionen Schilling vorgesehen. Die Kosten für Kinder und Jugendliche in Gemeindepflege betragen 47,7 Millionen Schilling, der Nettoaufwand für Kindergärten, Horte und Tagesheimstätten steigt auf 50,6 Millionen Schilling, wovon allein 9 Millionen Schilling auf Bauaufwendungen entfallen.

Die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, wie Altersheime, Jugendfürsorgeanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, Herbergen für Obdachlose sowie der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, haben zwar Einnahmen, doch bleiben diese weit hinter den Ausgaben zurück. Die Belastung der Stadt auf diesem Gebiet wird unter Einrechnung der Verpflegskosten des eigenen Fürsorgeverbandes auf rund 407 Millionen Schilling steigen.

Die Ansätze der Geschäftsgruppen VI und VII umfassen die Bauangelegen-

heiten sowie die baubehördlichen und sonstigen technischen Angelegenheiten. Die größte Ausgabepost ist die für den Wohnhausneubau mit 440 Millionen Schilling.

Werden die für die Beschäftigung des Baugewerbes und der Bauneben-gewerbe maßgebenden Ansätze des Budgets 1956 zusammengerechnet, d. s. die Ansätze für Wohnhausneubau und sonstige einmalige Bauvorhaben, für laufende bauliche Erhaltung und Instandsetzung, für Behebung von Kriegsschäden, ferner die Wohnbaudarlehen an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen sowie die Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954, ergibt sich die Summe von 1.177 Millionen Schilling. Dieser Betrag beträgt 32,7 Prozent der Gesamtausgaben und stellt einen wichtigen Beitrag zur Arbeitsbeschaffung dar.

Die in der Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, zusammengefaßten Betriebe: Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien, Fuhrpark und Stadtreinigung, erbringen ihre Leistungen unmittelbar für die Benützer. Die Wäschereien und der Fuhrpark sind als Hilfsbetriebe für den Eigenbedarf der Stadtverwaltung bestimmt. Ihre Einnahmen stammen von jenen städtischen Dienststellen, die ihre Leistungen in Anspruch nehmen. Alle Betriebe erfordern jedoch beträchtliche Zuschüsse.

In der Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, betreffen die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben zum größten Teil die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser. Für die Behebung von Kriegsschäden sind im außerordentlichen Haushalt 55 Millionen Schilling vorgesehen, die aus Darlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds finanziert werden sollen.

In der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, wird für den allgemeinen Sachaufwand aller nicht betriebsmäßig verrechneten Stellen ein Nettoaufwand von 19 Millionen Schilling veranschlagt. Auch das Beschaffungswesen weist eine leichte Erhöhung des Aufwandes auf. Die Bäckerei, die nur für Gemeindedienststellen arbeitet, rechnet mit einem geringen Überschuß. Die betriebsmäßig verrechneten Märkte und Schlachthöfe erwarten Einnahmen von 26 Millionen Schilling, werden aber Ausgaben von rund 45 Millionen Schilling haben.

Die Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, umfaßt die Gebarung für das Präsidialbüro, die Veröffentlichungen, die Statistik, die Feuerwehr, die Grunderwerbungen und für verschiedene sonstige Angelegenheiten, zu denen der auf Grund des Finanzausgleichs zu leistende Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei mit 32 Millionen Schilling gehört. Die Feuerwehr rechnet mit Ausgaben von 59 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt und mit 1,6 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt; davon entfallen auf die zweite Baurate für die Hauptfeuerwache Döbling 1,5 Millionen Schilling. Für Grunderwerbungen sind im Voranschlag 1956 50 Millionen Schilling gegenüber 30 Millionen Schilling im Jahre 1955 angenommen.

Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1954 wurde nach Überprüfung durch den Rechnungshof dem Gemeinderat vorgelegt, der ihn am 16. November 1956 genehmigte. Der Bericht des Rechnungshofes sowie die Äußerungen des Stadt-senates hiezu wurden in der gleichen Sitzung zur Kenntnis genommen.

Der Rechnungsabschluß 1955 wurde vom Gemeinderat am 20. Dezember 1956 genehmigt. Er wies einen Abgang in der außerordentlichen Gebarung von rund 57 Millionen Schilling auf, zu dessen Deckung der Überschuß aus der ordentlichen Gebarung mit 23 Millionen Schilling verwendet wurde; der Rest von 34 Millionen Schilling mußte der allgemeinen Rücklage entnommen werden. Die Überprüfung der Jahresrechnung 1955 hat sich der Rechnungshof für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten.

FINANZAUSGLEICH

Mit 1. Jänner 1956 trat das Bundesgesetz vom 30. Juni 1955 zur Durchführung des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 (Finanzausgleichsgesetz 1956, BGBl. Nr. 153/1955) in Kraft. Es unterscheidet sich von den bisherigen dadurch, daß es, den Wünschen der Gebietskörperschaften teilweise entsprechend, nunmehr für zwei Jahre gilt. Dieses Gesetz dehnt den Gewerbesteuer Spitzenausgleich auf die Jahre 1956 und 1957 aus. Für den Landesausgleich ist nicht mehr die Einwohnerzahl der Gemeinden nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung, sondern das Ergebnis der jeweils letzten Personenstands- und Betriebsaufnahme maßgebend. Das bedeutet eine zeitnähere Ausgestaltung des Gewerbesteuer Spitzenausgleiches und eine finanzielle Erleichterung für Gemeinden mit rasch wachsender Bevölkerungszahl.

An dem neuen Finanzausgleich, der für 1956 und 1957 Geltung hat, ist bemerkenswert, daß das auch von Wien als Land und Gemeinde zu leistende Bundespräzipium zum erstenmal reduziert wurde, wogegen seit 1949 nur Erhöhungen erfolgten. Diese Verbesserung wurde in schwierigen Verhandlungen des Städtebundes mit dem Finanzminister erreicht. Der Finanzminister gestand zu, das Bundespräzipium um 15 Millionen Schilling, also auf 685 Millionen Schilling zu vermindern, wodurch Wien als Land und Gemeinde um 4,670.000 S weniger Bundespräzipium zu leisten hat. Der Finanzausgleich 1956/57 bringt also keine neue Schmälerung der Gemeindefinanzen, sondern trotz der zu erwartenden Belastungen aus der Durchführung des Staatsvertrages eine bescheidene Erleichterung.

STÄDTISCHE STEUERN UND ABGABEN

Von den Änderungen in der Gesetzgebung, die für die städtischen Finanzen Bedeutung erlangt haben, ist zunächst das Bundesgesetz vom 25. Juli 1956, BGBl. Nr. 165/1956, über die Durchführung einzelner Bestimmungen des Staatsvertrages (1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz) hervorzuheben. Die §§ 23 bis 27 dieses Gesetzes regeln die Veranlagung von Abgaben für Unternehmen, Betriebe und sonstige Vermögenswerte, die von einer der vier Besatzungsmächte mittelbar oder unmittelbar verwaltet und erst nach dem 27. Juli 1955 übergeben wurden. Von besonderer Wichtigkeit ist die Bestimmung, daß Landes- (Gemeinde-) Abgaben mit Ausnahme der sogenannten Leistungsgebühren weder festzusetzen noch einzufordern sind, soweit sie sich auf Tatbestände oder Vorgänge in der Zeit vor dem 14. August 1955 beziehen. Auf Abgaben und Nebenansprüche entrichtete Beträge können jedoch grundsätzlich nicht zurückgefordert werden.

Das Bundesgesetz vom 13. Juli 1955, BGBl. Nr. 149/1955, über die Grundsteuer (Grundsteuergesetz 1955), das am 1. Jänner 1956 in Kraft getreten ist, sieht eine Übergangsregelung bei der Veranlagung der Grundsteuer vor, nach der für die Jahre 1956 und 1957 die gleiche Steuerleistung zu erbringen ist wie im Jahre 1955. Veränderungen an einem Steuergegenstand, die sich auf diesen Zeitraum beziehen, sind nur insoweit durchzuführen, als sie einen Wechsel im Eigentumsrecht oder eine Aufteilung des Steuergegenstandes betreffen. Diese Regelung ist deshalb vorgenommen worden, um den Finanzämtern des Bundes die Möglichkeit zu geben, in den Jahren 1956 und 1957 die neuen Einheitswerte und Steuermeßbeträge festzustellen und die Gemeinden in die Lage zu versetzen, die Grundsteuerbescheide für die Zeit ab 1. Jänner 1958 vorzubereiten. Im Jahre 1956 sind Abschriften der Einheitswert- und Grundsteuermeßbescheide über die Hauptveranlagung 1956 in nennenswertem Umfang dem Magistrat allerdings noch nicht zugegangen.

Das Grundsteuergesetz 1955 erklärt alle Vorschriften auf dem Gebiet der Grundsteuer, die nicht in diesem Gesetz enthalten sind, als für das Kalenderjahr 1955 zum letzten Male anwendbar. Damit sind nach Auffassung des Magistrats auch die sogenannten Grundsteuerbilligkeitsrichtlinien, die mit Erlaß vom 27. März 1941 kundgemacht wurden, unwirksam geworden. Billigkeitsmaßnahmen wurden aber trotzdem gewährt, nur werden sie auf § 14 Abs. 2 des Abgabeneinhebungsgesetzes 1951 gestützt, wobei im Interesse der gleichmäßigen Behandlung gleichartiger Fälle weiterhin von den Grundsätzen der Grundsteuerbilligkeitsrichtlinien ausgegangen wurde. In der praktischen Auswirkung für den Steuerpflichtigen, der eine Billigkeitsmaßnahme begehrt, hat sich also nichts geändert.

Mit dem Bundesgesetz vom 1. März 1956, BGBl. Nr. 52/1956, (1. Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz), wurde das Bundesgesetz Nr. 18/1955 (Familienlastenausgleichsgesetz), nach dem eines der für die Familienbeihilfe in Betracht kommenden Kinder nicht berücksichtigt wurde, dahingehend abgeändert, daß nunmehr alle Kinder einer Familie zu berücksichtigen sind.

Infolge dieser Neuregelung mußten von den Magistratischen Bezirksämtern nachträglich rund 5.500 Familienbeihilfekarten ausgefertigt und rund 4.000 Anträge auf Gewährung von Familienbeihilfe nach Überprüfung den zuständigen Finanzämtern übermittelt werden.

Die Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 4. Mai 1956, BGBl. Nr. 109/1956, über die Bewertung bebauter Grundstücke stellt die Grundsätze auf, nach denen von Grundstücken, deren Bebauung abgeschlossen ist, und von solchen, die im Feststellungszeitpunkt bebaut werden, der Bodenwert und der Gebäudewert zu ermitteln ist. Hierbei wird zwischen Mietwohngrundstücken, gemischtgenutzten Grundstücken, zur Vermietung bestimmten Geschäftsgrundstücken sowie von Einfamilienhäusern, deren Nutzfläche nicht mehr als 200 m² beträgt, und den übrigen Baulichkeiten, wie Einfamilienhäusern, deren Nutzfläche 200 m² übersteigt, Hotels, Theater, Fabriken u. dgl., unterschieden.

Mit Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen vom 2. Februar 1956 über das Höchstausmaß des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer wurde verfügt, daß gemäß dem Finanzausgleichsgesetz 1956, BGBl. Nr. 153/1955, der Hebesatz für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 300 Prozent und der Steuersatz für die Lohnsummensteuer 2 Prozent der Lohnsumme nicht übersteigen darf. Da vor diesem Erlaß mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 15. Dezember 1955 die Hundertsätze für die zweigstellensteuerpflichtigen Betriebe um drei Zehntel höher festgesetzt worden waren und nach Auffassung des Magistrats dieser Erlaß in formeller Hinsicht in Widerspruch zu dem im § 10 des Finanzverwaltungsgesetzes 1948 vorgezeichneten Vorgang steht, wurde bei diesen Betrieben im Jahre 1956 die Lohnsummensteuer mit 2,6 Prozent der Lohnsumme eingehoben. Bei der Festsetzung der Hebesätze für das Jahr 1957 hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 20. Dezember 1956 die Erhöhung des Hebesatzes für Zwecke der Zweigstellensteuer zunächst nicht mehr vorgesehen.

Durch das Landesgesetz vom 15. Dezember 1955, LGBl. für Wien Nr. 3/1956, betreffend eine Änderung des Gesetzes vom 21. Dezember 1951, LGBl. für Wien Nr. 8/1952, über die Befreiung neu geschaffenen Wohnraumes von der Grundsteuer (Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz 1952) wurde die Geltungsdauer des Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetzes 1952, dessen Gültigkeit mit 1. Jänner 1956 abgelaufen wäre, bis 1. Jänner 1960 verlängert.

Die zahlreichen ungarischen Flüchtlinge, die im November und Dezember 1956 in Wiener Beherbergungsbetrieben Aufenthalt nahmen, wurden von der Entrichtung der im August 1956 eingeführten Ortstaxe befreit, soweit das

tägliche Beherbergungsentgelt je Person 20 S nicht überstieg. Sämtliche Beherbergungsbetriebe in Wien wurden überprüft, ob sie die Ortstaxe ordnungsgemäß abrechnen und entrichten.

Nach dem Abschluß der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1955 wurden alle Betriebe überprüft, die bei der Betriebsaufnahme Personal angegeben, jedoch keine Lohnsummensteuer abgerechnet hatten.

Für die termingemäße Überprüfung von Anträgen der Gemeinden auf Bezahlung des Gewerbesteuerenausgleiches wurde in rund 20.000 Betrieben für rund 38.000 Personen die Richtigkeit der von den anspruchsberechtigten Gemeinden gemachten Angaben überprüft.

Die in einer Reihe von Erlässen verlaublichen Entscheidungen des Bundesministeriums für Finanzen über die steuerliche Behandlung von Bezügen, Zulagen und Zuschlägen verursachten einen im Verhältnis zum Erfolg relativ großen Arbeitsaufwand.

RECHNUNGSAMT

Die durch das Gebietsänderungsgesetz 1954 erforderlich gewordenen vorläufigen Abrechnungen über weitergeführte Geschäfte der an das Land Niederösterreich abgetretenen ehemaligen Randgemeinden wurden auch für das Jahr 1956 aufgestellt. Der größte Teil der Liegenschaften und Gründe ist bereits übergeben worden, doch konnten die Schlußabrechnungen der gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten ebenso wie die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen in diesem Jahre noch nicht beendet werden.

Die begonnene Modernisierungsaktion im Abgabenrechnungs- und Kassendienst wurde im Jahre 1956 fortgesetzt. Mit Rücksicht auf die günstigen Erfahrungen mit den neuen Buchungsmaschinen in drei Stadtkassen und in der Zentralsteuerkasse wurden ebensolche Maschinen für die übrigen zwölf Stadtkassen angeschafft; das für die Bedienung ausgewählte Personal wurde eingehend geschult, so daß mit Beginn des Jahres 1957 in allen 15 Stadtkassen und in der Zentralsteuerkasse eine einheitliche, moderne maschinelle Verrechnung vorgenommen werden kann.

Außerdem werden bereits in der Zentralbuchhaltung und in sieben Buchhaltungsabteilungen moderne Buchungsmaschinen mit gutem Erfolg verwendet.

Die Leistungen des Buchhaltungsdienstes im Jahre 1956 gehen aus der folgenden Arbeitsstatistik hervor:

Eingangsrechnungen	337.446
Ausgangsrechnungen	153.541
Überprüfte Abrechnungsposten	3,638.697
Eingelangte Verteilerblätter	57.139
Gebahrungsevidenzposten	
Einnahme- und Ausgabeposten	373.027
Interimsposten	20.866
Offene schwebende Belastungen (Sachkredite und Bestellscheine)	204.115
Buchungsposten	
Buchungsmaschinen	1,439.922
Kamerale Einnahmen	310.418
Doppische Journalposten	190.465
Verrechnete Fahrtausweise und Arbeitsscheine des Fuhrparks	77.691
Behandelte Dienststücke	197.848
Mahnungen und versuchsweise Einhebungen	16.485

Überprüfungen von Ruhegeußberechnungen und Nachträgen bei Vordienstzeitanrechnungen; Aufstellungen von Tilgungsplänen und Zinsstaffeln; Prüfung der Vergebüh- rung bei Lenker- und Fahrzeugprüfungen; Prüfung von Mietzinszahlungen sowie von Materialgebarungen des Beschaffungsamtes	1,040.651
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

Die nachstehende Aufstellung über die Anzahl der liquidierten und aus- gezahlten Rechnungen und Anweisungen sowie über den Bargeldumsatz der Stadthauptkasse läßt den gewaltigen Umfang der Gebarung erkennen:

Ausgezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen ...	220.932
Verrechnete Postsparkassenerlagscheine und Bankverrech- nungsposten	83.065
Ausgefertigte Schecks und Überweisungen	16.722
Vorgemerkte Zahlungsverbote	2.076
Bargeldumsatz in der Kassenstelle	
Einnahmen	S 54,596.200
Ausgaben	S 1.005,315.258
Erlös für verkaufte Verwaltungsabgabemarken und Drucksorten	S 5,991.267
Zahl der in der Drucksortenstelle ausgegebenen allgemeinen Drucksorten	10,448.709

Die Arbeitsstatistik der Stadtkassen und der Zentralsteuerkasse zeigt folgende Ergebnisse:

Kontenanzahl	350.756
Buchungsposten	2,824.677
Mahnungen	136.210
Vollstreckungsaufträge	43.369
Aktenstücke	325.660
Aufforderungen wegen Nichteinbringung von Steuererklä- rungen (Lohnsummen-, Getränke- und Gefrorenessteuer)	33.781
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	11.245

Die Buchhaltung für Landes- und Gemeindeabgaben führte 578.011 Bemes- sungen durch.

Im Erhebungs- und Vollstreckungsdienst wurden im Jahre 1956 193.192 Akten erledigt. Die Einhebungen erbrachten einen Betrag von 22,189.904 S.

Bei der am 24. und 25. November 1956 vorgenommenen Straßensammlung für die Ungarnflüchtlinge wirkten bei der Übernahme und Zählung des Sammelergebnisses 402 Bedienstete des Rechnungsamtes ehrenamtlich mit.

(Siehe dazu II. Teil, Tabellen 5 und 6, Seite 601.)

KULTUR UND VOLKSBIKDUNG

Es ist ein erfreuliches Zeichen für die positive Entwicklung des kulturellen Lebens der Wiener Bevölkerung, daß in einer Zeit, in der die materiellen Interessen eine so große Rolle spielen, die Anteilnahme an den künstlerischen und geistigen Gütern ständig zunimmt. So zeigt die Statistik, daß im Jahre 1956 die Besucherzahl der kulturellen Veranstaltungen im Vergleich mit dem Vorjahr um mehr als eine halbe Million höher liegt als jene des Sports. Dieses Ergebnis ist nicht zuletzt ein Erfolg der zielbewußten Subventionspolitik der Gemeinde Wien. Durch ihre Subventionen ermöglicht sie den großen Privattheatern, ihr Programm nach kulturellen Gesichtspunkten zu gestalten, und durch Prämierung der Kleinbühnen fördert sie wertvolle Ur-, Erst- und Neuaufführungen. Diese Aktion hat eine sorgfältige Auswahl der Theaterstücke, die Aufführung österreichischer Autoren, die Hebung des Niveaus der Darstellung sowie der Regie und der Bühnenausstattung mit sich gebracht. Aber auch auf den übrigen Gebieten der Kunst ermöglicht das Mäzenatentum der Gemeinde Wien das Schaffen neuer Werke und macht dadurch die Bevölkerung mit den verschiedenen Kunstgattungen und Stilrichtungen der Gegenwart bekannt. Für die möglichst weitreichende Verbreitung von Wissen wird durch ständig erhöhte und erweiterte Subventionierung wissenschaftlicher Vereinigungen, insbesondere der Volkshochschulen, Sorge getragen. Die von Jahr zu Jahr steigende Frequenz beweist den Erfolg dieser Bemühungen. Hinzu kommen noch die zahlreichen Stipendien, die der Jugend das Studium an höheren Schulen erleichtern.

Rechnet man die Ausgaben zusammen, die im Jahre 1956 auf Förderungsbeiträge und Stipendien entfallen, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von mehr als 15 Millionen Schilling, zu denen noch die Aufwendungen für Aufträge und Ankäufe bei den Kulturschaffenden kommen.

Die Wiener Volksbildung hat im Jahre 1956 den bisher höchsten Förderungsbeitrag erhalten. Sie konnte damit große Leistungen vollbringen, wie etwa den Ausbau der Lebensschulen, die Aktion Volksbildung auf Rädern und die Einführung von Klub- und Diskussionsgemeinschaften.

KUNSTFÖRDERUNG UND WISSENSCHAFTSPFLEGE

Zur Förderung der *bildenden Kunst* wurden im Jahre 1956 für das Wohnbauprogramm der Gemeinde 132 Aufträge an 88 Künstler vergeben, die die städtischen Wohnhausneubauten mit Plastiken, Reliefs, Mosaiken und Sgraffiti ausschmücken sollen. Für die künstlerische Ausgestaltung der Wiener Stadthalle erhielten neun bildende Künstler Aufträge. Außerdem wurden von der Gemeinde 369 Kunstwerke (Bilder und Plastiken) lebender Künstler zur Raumschmückung in Spitälern und Büchereien, zum Aufbau von Schulgalerien und zur Erweiterung der städtischen Sammlungen erworben.

Die Plakatwertungsaktion, die auch im Jahre 1956 fortgesetzt wurde, war mit zusammen 15.000 S um 9.000 S höher dotiert als in den Vorjahren. Von der Zuerkennung eines ersten, zweiten und dritten Preises für die drei besten Plakate des Jahres wurde abgesehen und für jedes der prämierten Plakate

Unter dem Titel „Eine Stadt stellt sich vor“ bietet die Stadt Wien während der Festwochen eine einzigartige Ausstellung ihrer historisch und künstlerisch bedeutsamen Gebäude

Wiener Festwochen 1956...

Musik und Tanz bei der Eröffnungsfeier auf dem Rathausplatz





Am Grabmal Mozarts im Friedhof St. Marx wird ein Kranz niedergelegt

Im Jahre 1956 jährt sich zum 200. Mal der Tag, an dem W. A. Mozart der Welt geschenkt wurde...

Das Internationale Mozart-Jugendorchester tritt zum erstenmal vor die Öffentlichkeit



ein Preis von 5.000 S vergeben. Die Preise wurden den Graphikern Fritz Welser (Meinlkaffee), Ernst Trauner (Bienenplakat) und Philippe Schwarz (Schönbrunn) zuerkannt. Außerdem erhielten die Auftraggeber und Drucker der prämierten Plakate Anerkennungsdiplome. Die preisgekrönten Plakate wurden im Österreichischen Museum für angewandte Kunst ausgestellt.

Der Förderung bildender Künstler diente auch die im Jahre 1956 zum siebentenmal vom Kulturamt in den Räumen der Secession veranstaltete Ausstellung „Das gute Bild für jeden“. Das Verkaufsergebnis von 438 Bildern für 128.218 S gegen 245 Bilder für 44.685 S im Vorjahr sowie der Besuch von 40.925 Personen beweisen das zunehmende Interesse des Publikums für diese Veranstaltung.

Für die *Literaturförderung* widmete die Gemeinde im Jahre 1956 373.500 S, die für den Ankauf neuer Bücher und die regelmäßige Veranstaltung von Dichterlesungen in Mittel- und Berufsschulen, städtischen Büchereien und Volksbildungshäusern sowie auch für Druckkostenbeiträge verwendet wurden, um begabten mittellosen Schriftstellern die Veröffentlichung ihrer Arbeiten zu erleichtern.

Im Jahre 1956 erschien der dritte Band des Literarischen Almanachs der Stadt Wien, „Lebendige Stadt“. Das neue Buch ist in fünf Teile gegliedert, in denen sechzig Autoren zu Wort kommen; mit den beiden früher erschienenen Bänden sind es mehr als 200 Dichter und Schriftsteller, Wissenschaftler und Essayisten. Der Almanach 1956 enthält die Abschnitte „Wege in die Welt“, „Bedrohtes Dasein“, „Schaffen des Geistes“, „Verstehen und Erfüllen“ und „Wandel und Bestand“. Zu den Autoren gehören unter anderen Karl Bruckner, Roman Herle, Clemens Holzmeister, Ann Tizia Leitich, Richard Meister, Robert Scheu, Franz Stamprech und Herbert Tichy. Ebenso wie den vorangegangenen Almanachbänden sind auch diesem Zeichnungen, Holzschnitte und Graphiken zeitgenössischer Wiener Künstler beigegeben. Der „Jugendbuchpreis der Stadt Wien“ in der Höhe von 8.000 S, der der Ermittlung des besten neuen Kinder- und Jugendbuches eines lebenden österreichischen Autors dient, dessen Werk in einem Wiener Verlag erschienen ist, wurde im Jahre 1956 zwischen Vera Ferra-Mikura für das Buch „Der Teppich der schönen Träume“, Verlag Kremayr & Scheriau, und Lilli Koenig für das Buch „Gringolo“, Verlag für Jugend und Volk, geteilt. Das eine Werk ist eine Sammlung von 20 Kunstmärchen und vermag mit seiner dichterischen Ausdruckskraft unserer Jugend die wahren Werte echter Menschlichkeit und Güte zu vermitteln, das andere wird als lebensnahe Tier- und Umweltgeschichte zur Tierliebe und Naturverbundenheit führen helfen. Mit der Vergebung dieser Auszeichnungen in Form eines Diploms wurde der Preis von 8.000 S unter den beiden Autoren geteilt. Zusätzlich widmete die Stadt Wien eine Summe von 15.000 S für den Ankauf der preisgekrönten Bücher zu gleichen Teilen. Darüber hinaus sprach sich die Jury über die Werke „Der Goldschatz“ von Gerhard Ellert und „Kriki, das tapfere Entlein“ von Alexis Steiner besonders anerkennend aus. Dem Illustrator von „Kriki, das tapfere Entlein“, Wilhelm Jaruska, wurde ein Preis von 3.000 S zuerkannt.

Zur Förderung der *Wissenschaft* wurde der Notring der wissenschaftlichen Verbände Österreichs für die Herausgabe wissenschaftlicher Publikationen und die Aktion „Gastvorträge ausländischer Gelehrter in Wien“ mit 270.000 S subventioniert. Außerdem wurden der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 50.000 S für das Radium-Institut, dem Institut für Wissenschaft und Kunst 60.000 S, der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der Österreichischen Widerstandsbewegung aus der Dr. Theodor Körner-Stiftung 50.000 S und 9 Wiener Forschern insgesamt 112.000 S, davon 80.000 S für die Österreichische Himalaya-Karakorum-Expedition 1956, zur Verfügung gestellt.

Die *Volksbildung* wurde durch Subventionierung der im Verband Wiener Volksbildung zusammengefaßten Volkshochschulen und Bildungseinrichtungen mit 1.485.000 S gefördert. Außerdem wurden für andere volksbildnerische Aktionen insgesamt mehr als 200.000 S aufgewendet. Die im Jahre 1956 erstmalig durchgeführte Aktion „Volkshochschulen besuchen Wien“ brachte 456 Teilnehmer in elf Gruppen aus den österreichischen Bundesländern und drei europäischen Ländern zu mehrtägigen Studienaufenthalten in die Bundeshauptstadt.

Nach einjährigem Bestand des Volksheimes in der Per Albin Hansson-Siedlung wurden bis zum Mai 1956 50.000 Besucher gezählt. Der Versuch, einer Siedlung einen sozialen und kulturellen Mittelpunkt zu geben, kann somit als gelungen angesehen werden.

Durch eine Sondersubvention der Gemeinde wurde vor zwei Jahren in Verbindung mit den Volkshochschulen die Aktion „Volksbildung auf Rädern“ geschaffen, die die volksbildnerische Betreuung der Bevölkerung in den Randbezirken besorgen soll. In einem Kombiwagen werden die modernsten Projektionsgeräte von einem als Filmoperateur ausgebildeten Chauffeur zu den Vorführungsorten gebracht; dieser Wagen eignet sich auch zur Beförderung von Ausstellungsgegenständen. Die Vortragenden werden von einem zentralen Ort der Stadt abgeholt und wieder dorthin gebracht. Bis Ende 1956 wurden 200 Ausfahrten in die Bezirke Favoriten und Liesing, Floridsdorf und Donaustadt durchgeführt. Die 200. Ausfahrt führte in die Nordrandsiedlung, Volksheim Möllplatz. Dort wurde der Expeditionsfilm von Dr. Peter *Fuchs*, „Ramadan, das große Fest“ aufgeführt.

Die Zahl der im Jahre 1954 mit drei Versuchsgruppen eingeführten „Lebensschulen“ ist im Jahre 1956 auf zehn angestiegen. Am 28. September wurde für die Besucher im Festsaal des Rathauses eine Feierstunde abgehalten, bei der die in den Volkshochschulen Margareten, Ottakring, Favoriten, Wien-Nord und im Bildungsreferat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes bestehenden Lebensschulen zum erstenmal vor die Öffentlichkeit traten. Als positives Ergebnis des Besuches der Lebensschulen hat sich bereits gezeigt, daß Besucher des ersten Jahrganges in ihren Betrieben verantwortliche Funktionen freiwillig übernommen haben.

Die *Preise der Stadt Wien* für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Kunst, Wissenschaft, Publizistik und Volksbildung, mit denen Geldbeträge von je 10.000 S verbunden sind, wurden am 5. Mai 1956 zum zehntenmal vom Bürgermeister auf Grund der Vorschläge von Preisrichterkollegien vergeben, die sich aus namhaften Experten und Vertretern des Wiener Kulturlebens zusammensetzen. Für das Jahr 1956 wurden folgende Personen mit Preisen bedacht:

Dichtkunst	Dir. Dr. Rudolf Henz
Publizistik	Chefredakteur Dr. Oscar Pollak
Bilbauerei	Bildhauerin Maria Biljan-Bilger
Malerei und Graphik	Prof. Franz Zülow
Angewandte Kunst	Akad. Maler Prof. Stefan Hlawka
Architektur	Dipl.-Architekt Eugen Wörle
Volksbildung	Amtsrat i. R. Prof. Felix Rosché
Geisteswissenschaften	Univ.-Prof. Dr. Erwin Novotny
Naturwissenschaften und Technik ..	Univ.-Prof. Dr. Erwin Schrödinger

Der Preis für Musik wurde im Jahre 1956 nicht vergeben. Der Bürgermeister hat den Vorschlag, den mit dem Preis verbundenen Betrag von 10.000 S für einen Kompositionsauftrag zu verwenden, genehmigt.

Die „Förderungspreise der Stadt Wien“ wurden im Jahre 1956 zum sechsten-

mal Wissenschaftlern und Künstlern verliehen, deren bisherige Leistungen eine vielversprechende Steigerung erwarten lassen. Die Preisträger für Wissenschaft sind Privatdozent Dr. Friedrich *Ehrendorfer*, Privatdozent Dr. Alfred *Gisel*, Dipl.-Kfm. Dr. Alfred *Posselt* und Privatdozent Dr. Ernst *Topitsch*, für Literatur Dr. Helmut *Schwarz* und Herta *Staub*, für Musik Dr. Georg *Pickmayer* und Anton *Püringer*, für bildende Kunst Kurt *Absolon* und Wolfgang *Baminger*, die je 3.000 S erhielten.

Die Preise aus der Dr. Karl *Renner-Stiftung* wurden zum sechstenmal verliehen. Die Renner-Preisträger müssen ein besonderes Verdienst um die Republik Österreich aufzuweisen haben, dessen Art im Statut der Stiftung genau festgelegt ist; sie erhalten Diplome, und die Verleihung wird im Stiftungsbuch verzeichnet. Mit den Renner-Preisen sind Geldzuwendungen verbunden, die im Einzelfall nicht weniger als 10.000 S betragen sollen. Stand die Preisverleihung im Jahre 1955 im Zeichen des Staatsvertrages und der Wiederherstellung der vollen Souveränität Österreichs, so wurden im Jahre 1956 insbesondere soziale Leistungen mit Preisen bedacht. Vom Kuratorium wurden vier Personen und eine Personengemeinschaft zu Preisträgern vorgeschlagen und vom Bürgermeister anerkannt.

Die mit Preisen von je 10.000 S bedachten Personen sind: Hans *Hirsch*, Obmann des Kriegsblindenverbandes, selbst ein Kriegsblinder aus dem ersten Weltkrieg, der außerdem beide Hände verloren hat und trotz schwerster körperlicher Behinderung durch seine unermüdliche und erfolgreiche organisatorische Arbeit dazu beigetragen hat, das Los seiner Schicksalsgefährten erträglicher zu gestalten; Franz *Lagler*, Tankwart einer Benzinfirma, der durch seine Geistesgegenwart und bedingungslose Opferbereitschaft am 19. Oktober 1956 auf dem Bahnhof Jedlesees unter Lebensgefahr die Explosion eines mit Benzin gefüllten Kesselwagens verhütete, die katastrophale Folgen gezeitigt hätte; Ing. Fritz *Morawec*, der Leiter der Österreichischen Himalaya-Karakorum-Expedition 1956, Bezwinger des 8.035 m hohen Gasherbrum II, der in Zusammenarbeit mit der Expedition dazu beitrug, daß Österreich die erfolgreichste Nation unter den Himalayabesteigern geworden ist; Dr. Walter *Peinsipp*, a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister, Vertreter Österreichs in Ungarn, als der Typus des modernen Diplomaten österreichischer Schule, der während der ungarischen Volkserhebung im Jahre 1956 Kinder, Frauen und Männer aus der Gefahrenzone schwerer Straßenkämpfe brachte, Hilfslieferungen aus Österreich organisierte und für deren Verteilung an Kranke, Hungernde und Verwundete sorgte; die *Männer von Kaprun*, die in jahrelanger gefahrvoller Arbeit, die auch Menschenleben kostete, im Hochgebirge das Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun erbaut und dadurch zum Wiederaufstieg der österreichischen Wirtschaft entscheidend beigetragen haben. Der Geldanteil der Männer von Kaprun betrug 60.000 S.

Aus den im Jahre 1956 für Ehrungen zur Verfügung gestandenen Mitteln erhielten 138 alte bedürftige Personen, die sich auf kulturellem oder wirtschaftlichem Gebiet besondere Verdienste um die Stadt Wien erworben haben, außerordentliche Zuwendungen im Gesamtbetrag von 886.000 S in Form von 13 Monatsbezügen. Den Beziehern wurde überdies zu Weihnachten eine einmalige Beihilfe von je 300 S gewährt und ein Lebensmittelpaket übergeben.

BEGABTENFÖRDERUNG

Im Jahre 1956 wurden 36 Stipendien vergeben, und zwar je 10 Stipendien für Studierende der Akademie für Musik und darstellende Kunst, der Akademie für angewandte Kunst und der Akademie der bildenden Künste sowie 6 Philharmoniker-Stipendien. Für die beste Schülerarbeit wurde der Akademie für

angewandte Kunst ein Preis von 1.500 S gewidmet. Die Empfänger von Stipendien für die Akademie der bildenden Künste und der Philharmoniker-Stipendien erhalten außerdem einen Förderungsbeitrag. Neben den Stipendien wurden in 24 Fällen Studienbeihilfen gewährt.

Für die Musiklehranstalten der Stadt Wien wurden Schulgeldermäßigungen von insgesamt 36.000 S bewilligt; bei dem Wettbewerb der Jüngsten wurden Bücherspenden zur Verfügung gestellt. 3 Schüler des Konservatoriums der Stadt Wien erhielten eine zusätzliche Studienbeihilfe von je 600 S. Für die Modeschule der Stadt Wien wurden Schulgeldermäßigungen in der Höhe von 10.000 S bewilligt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 18, Seite 394.)

MUSIKLEBEN

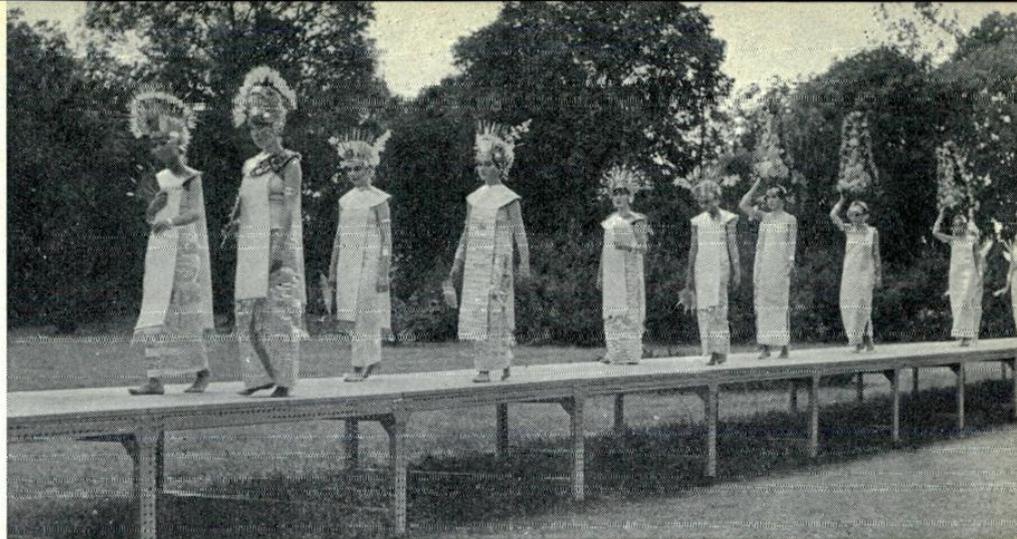
Die traditionelle Verbundenheit Wiens mit der Musik veranlaßte die Stadtverwaltung, der musikalischen Erziehung der Jugend ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Im Schuljahr 1955/56 wurden 14 Aufführungen für Schüler der zweiten Haupt- und Mittelschulklassen, 14 Orchesterkonzerte der Wiener Symphoniker für die Schüler der dritten Klasse und 15 Orchesterkonzerte für die Schüler der vierten Haupt- und Mittelschulklassen veranstaltet. Jeder dieser Zyklen wurde im Durchschnitt von 25.000 Schülern besucht. Neben diesen Pflichtkonzerten wurde ein 6 Konzerte umfassender Abonnementzyklus außerhalb der Unterrichtszeit geboten, zu dem sich rund 3.500 Schüler meldeten. Der Preis dieses Abonnements beträgt 12 bis 48 S. Die Konzerte werden für die „Musikalische Jugend“ und die „Berufsschulgemeinde“ regelmäßig wiederholt. Für die Schülerkonzerte einschließlich der Aufführungen im Abonnement wurden von der Gemeinde Wien so wie im vorigen Schuljahr 650.000 S aufgewendet.

Im Arkadenhof des Neuen Rathauses fanden im Jahre 1956 16 Serenadenkonzerte statt, die von 39.340 Personen gegenüber 30.467 im Vorjahr besucht wurden. Die ständige Zunahme der Besucherzahl beweist die Beliebtheit dieser Einrichtung bei der Bevölkerung und den in Wien weilenden Fremden. Mit Rücksicht auf die bedeutende Zunahme des Fremdenverkehrs seit dem Abzug der Besatzungstruppen wurde das musikalische Sommerprogramm für die Monate Juli und August erstmalig durch 20 Abendkonzerte unter Mitwirkung hervorragender Musikerensembles und Solisten erweitert, die im Palais Auersperg, Lobkowitz, Pallavicini und Rasumofsky veranstaltet wurden. Ebenso wurden als Neuerung Konzerte im Schönbrunner Schloßhof und auf dem Heiligenstädter Pfarrplatz veranstaltet. Schließlich gab es auch 72 frei zugängliche Konzerte in Parkanlagen.

MUSIKLEHRANSTALTEN DER STADT WIEN

Im Konservatorium der Stadt Wien wurde die Leitung der Opernklasse Kammersänger Peter Klein und die der Operettenklasse Christl Mardayn übertragen, die den Unterricht nach neuen Gesichtspunkten erteilen. Im Konservatorium wurden im Jahre 1956 18 Konzerte und 12 Vortragsabende veranstaltet. Außerdem wurden anlässlich des Mozart-Jahres 11 große Konzerte gegeben. In den Musikschulen der Stadt Wien fanden 20 Vortragsabende statt. Der Pflege der Hausmusik wurde unter dem Motto „Musik in Volk“ weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Darüber hinaus traten das Lehrer- und das Schülerorchester, der Kinderchor der Stadt Wien und die Tanzabteilung des Konservatoriums bei zahlreichen Veranstaltungen vor die Öffentlichkeit.

Die Kindersingschule erreichte im Jahre 1956 die bisher höchste Schüler-



Die Schülerinnen der Modeschule führen bei ihrer Schlußvorführung den Hochzeitszug einer siamesischen Prinzessin mit ihrem Gefolge vor

Wien, Stadt der Musik und der Mode...

Am Todestag Franz Schuberts findet in den Repräsentationsräumen des Rathauses ein Hausmusiknachmittag statt





Das Landesjugendreferat veranstaltet vor dem Schloß Schönbrunn ein Volksfest
In Wien tanzt man nicht nur Walzer...
Gemeinderäte besuchen die Tanzklasse im Konservatorium der Stadt Wien



zahl. Großes Interesse findet auch der Blockflötenunterricht der Kindersingschule; die Schülerzahl stieg von 304 auf 1.192.

Durch Ankauf von 4 Klavieren für das Konservatorium der Stadt Wien als Ersatz für die bisher eingestellten Mietklaviere wurden Ersparnisse erzielt. Außerdem wurde ein Orff-Instrumentarium erworben. Um die Schüler mit diesem neuen Lehrbehelf bekannt zu machen, wurde ein Spezialkurs abgehalten. Die Renovierungsarbeiten an dem Gebäude des Konservatoriums, I., Johannesgasse 4 a, standen Ende des Jahres 1956 vor dem Abschluß.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 8, Seite 548.)

MODESCHULE DER STADT WIEN

Im Jahre 1956 waren es 10 Jahre, daß die Modeschule der Stadt Wien in das Schloß Hetzendorf einzog. Der gute Ruf, den diese Schule nicht nur in Österreich, sondern auch im Ausland inzwischen erworben hat, gibt Anlaß zu einer Rückschau auf ihre Entwicklung. Der Idee nach geht diese Schule auf die im Jahre 1897 gegründete „Wiener Frauenakademie“ zurück, die eine bekannte private Kunstschule für Mädchen war, an der namhafte Künstler als Lehrkräfte wirkten. 1939 übernahm die Gemeinde Wien die Schule, die im 3. Bezirk, Siegelgasse, untergebracht war. Im zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude zerstört und das gesamte Inventar vernichtet. Nach Kriegsende fand die Schule zunächst in den Parterreräumen des Konzerthauses und im Frühjahr 1946 in den Atelierräumen des Österreichischen Werkbundes Unterkunft, die aber räumlich für einen regulären Unterricht völlig unzureichend waren. Im November 1946 wurde die Schule von der Stadtverwaltung im Einvernehmen mit dem Bund im Schloß Hetzendorf untergebracht. Der herrliche Barockbau, ein Werk von Lukas von Hildebrandt, enthielt wohl genügend Räume für Unterrichts- und Ausstellungszwecke, doch befand er sich in einem vollkommen verfallenen Zustand und wies auch schwere Bombenschäden auf, so daß er erst durch umfangreiche Renovierungsarbeiten schrittweise seiner neuen Bestimmung zugeführt werden konnte. Im Jahre 1946 standen nur 4 Räume für den Unterricht zur Verfügung. Durch die Wiederaufbauarbeiten kamen bis 1956 19 Werkstättenräume, 1 Zeichensaal, 1 Vortragssaal und 4 Räume für den Sprachunterricht hinzu.

Der Andrang der Aufnahmewerberinnen steigt von Jahr zu Jahr. Lagen 1946 nur rund 60 Anmeldungen vor, so waren es für das Schuljahr 1956/57 178. Zur Aufnahmeprüfung wurden nur die Begabtesten, und zwar 75, zugelassen, und von diesen haben 57 die Prüfung bestanden. Von den Schülerinnen des Schuljahres 1956/57 stammen 12 aus dem Ausland, wobei Deutschland, England, Schweden, Australien, Italien, Griechenland, die Schweiz und Amerika vertreten sind.

Im Jahre 1956 kam zu den bestehenden Fachklassen eine Strick- und Wirkklasse hinzu. Die Maschinen (14 Handstrick- und Motorstrickmaschinen) wurden von den Mitgliedern des Verbandes der Strickwarenindustrie der Modeschule zur Verfügung gestellt. Auch ein Teil des Strickmaterials wird von einschlägigen Firmen beigelegt. Um den Schülerinnen Kenntnisse im Arrangieren von Auslagen, in Pelzkunde u. ä. zu vermitteln, wurden neue Kurse eingeführt. Die Handwebeklasse wurde, da keine Neuanmeldungen vorlagen, mit dem Schuljahr 1956/57 aufgelassen.

Die kleineren Fachklassen wiesen im Jahre 1956 eine um 38 Prozent höhere Schülerzahl auf als im Vorjahr, dagegen ging die Frequenz der bisher stark besuchten Schneiderklasse um 10 Prozent gegenüber 1955 zurück. Diese Entwicklung kommt den Bestrebungen der Modeschule entgegen, die eine

harmonische Ausbildung der Modeschülerinnen anstrebt. Zur Gesellenprüfung traten 40 Absolventinnen an.

Die am Ende jedes Schuljahres veranstalteten Modeschauen in Hetzendorf beeinflussen in steigendem Maße das Wiener Modeschaffen und wurden bereits zu einem gesellschaftlichen Ereignis. Darüber hinaus haben sie die Modeschule auch im Ausland bekannt gemacht und Einladungen, die Modeschöpfungen der Schülerinnen auch dort vorzuführen, zur Folge gehabt. Das Interesse der österreichischen Modeindustrie sowie der Textilfirmen kommt durch zahlreiche Materialspenden zur Anfertigung von Modellen zum Ausdruck. Im Jahre 1956 fand die traditionelle Modeschau unter dem Titel „Mode-Abc im Schloß Hetzendorf“ statt. Diese bescheidene Bezeichnung wurde durch den Geschmack und die Originalität des Gebotenen weit übertroffen. Gezeigt wurden 196 Kleider, 132 Hüte und 46 Taschen, nach eigenen Ideen der Modeschülerinnen entworfen und auch von diesen handwerklich hergestellt. 26 Textilfirmen und 24 Firmen der Modeindustrie stellten hiefür kostenlos Material bei. Den Abschluß der Modeschau bildete die Krepppapier-Modeschau unter der Devise „Zug der Prinzessinnen Xieng-mai, Juri-ko und Zoraide“, wobei Phantasiekostüme im siamesischen, japanischen und türkischen Stil vorgeführt wurden. Infolge des Schlechtwetters konnte die Modeschau nur achtmal gezeigt werden, wobei sich insgesamt 3.817 Besucher einfanden.

Im Jahre 1956 wurden die für die neue Strick- und Wirkklasse benötigten Räume adaptiert und Renovierungen im Schulgebäude durchgeführt, wobei auch eine elektrisch gesteuerte Uhr montiert wurde. Das Inventar wurde durch 656 Stahlrohrsessel für die Modeschauen bereichert. Die Alpine Montan-Gesellschaft spendete für die Modeschauen einen Laufsteg, wodurch die Leihgebühr für das bisher verwendete Gerät erspart wird.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 3, Seite 547.)

AUSSTELLUNGEN

Die bedeutendste Ausstellung des Jahres 1956 wurde vom Kulturamt in der Secession unter dem Titel „Querschnitt 1956“ veranstaltet. Gezeigt wurden Werke der Skulptur, der Malerei und der Graphik, die österreichische Künstler verschiedener Richtungen in den letzten fünf Jahren geschaffen haben. Diese Ausstellung sollte ein Rechenschaftsbericht von Österreichs bildender Kunst sein; ihr Zustandekommen war mit vielen Atelierbesuchen und Fahrten in die Bundesländer verbunden, um die Ausstellungsobjekte zu ermitteln, die durch eine abgerundete Vorstellung aller künstlerischen Strömungen unseres Landes eine lebendige Bilanz unserer künstlerischen Kräfte ergaben. Die Ausstellung bedeutet für die schaffenden Künstler sowie für die Besucher einen bemerkenswerten geistigen Gewinn. Sie bot den Künstlern Gelegenheit, auch das künstlerische Streben anderer Richtungen zu verstehen, und dem Publikum, durch die Gegenüberstellung verschiedener und verschiedenartiger Werke erhöhtes Verständnis für die zeitgenössische Kunst zu finden. Die Ausstellung, die von der Gemeinde und vom Bund zu gleichen Teilen subventioniert wurde, umfaßte rund 239 Objekte, darunter viele Leihgaben aus öffentlichem und privatem Besitz; sie wurde vom Publikum mit großem Interesse aufgenommen.

Für die Förderung des Kunstverständnisses der breiten Massen war die Ausstellung „Plastik im Stadtpark“ mit 31 modernen Skulpturen bemerkenswert. Fachkundige Führungen trugen wesentlich dazu bei, dem Publikum die neuen künstlerischen Ausdrucksformen dieser Werke näherzubringen.

Von den im Jahre 1956 im Ausstellungsraum des Amtes für Kultur und Volksbildung veranstalteten Kleinausstellungen sei die Ausstellung der

Förderungspreisträger der Stadt Wien, Kurt Absolon und Wolfgang Bamingler, hervorgehoben. Großes Interesse fand auch die neue „Stadlauer Kunstschau“.

Ende 1956 bestanden 7 Galerien in Schulen, 1 Galerie in einer Volkshochschule und 2 Galerien in Krankenhäusern. Die Einrichtung von weiteren 9 Galerien wird vorbereitet.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 17, Seite 562.)

WIENER FESTWOCHEN

Die Wiener Festwochen 1956, die Bundespräsident Dr. h. c. Körner am 2. Juni auf dem Rathausplatz eröffnete, waren die ersten, die im freien Österreich abgehalten wurden. Sie standen im Zeichen von Wolfgang Amadeus Mozart, dessen 200. Geburtstag in diesem Jahre gefeiert wurde. In seiner Eröffnungsrede wies der Bundespräsident auf das Besondere der Festwochen 1956 mit folgenden Worten hin: „Die Festwochen des ersten Jahres der neuen österreichischen Freiheit haben Mozart zu ihrem Schutzpatron gewählt. Die feierlichen Klänge der Mozart-Hymne, mit der wir uns zu Österreich bekennen, haben das Fest eingeleitet, Mozarts geheimnisvolle »Zauberflöte«, seine strahlende »Jupiter-Symphonie« stehen an der Spitze des überreichen musikalischen Programms.“ Bürgermeister Jonas wies in seiner Ansprache auf die Beziehung Wiens zu Mozarts Schaffen hin: „In Wien verbrachte Mozart die entscheidenden Jahre seines Lebens. Hier wuchs sein Genie zu kosmischer Größe, in unserem Boden fand er seine letzte Ruhestätte. Unsere Stadt erhielt daher vom Schicksal den Vorzug, sich als Mozart-Stadt bezeichnen zu können.“ Amtsführender Stadtrat Mandl gab als Vorsitzender des Kuratoriums der Wiener Festwochen in seiner Begrüßungsrede einen Überblick über die Fülle der Darbietungen in den drei festlichen Wochen: „Mehr als 50 musikalische Veranstaltungen, darunter 25 große Orchesterkonzerte, von 15 internationalen Dirigenten geleitet und von sechs Orchestern von Weltruf ausgeführt, stehen im Mittelpunkt des künstlerischen Programms. In Gastspielen der Mailänder Scala wie des norwegischen und des jugoslawischen Nationaltheaters kommt das Ausland zu Wort.“

Den Eröffnungsreden folgte das Finale aus der „Jupiter-Symphonie“ von Mozart. Mit dem Walzer „An der schönen blauen Donau“, getanzt vom Ballett der Staatsoper, und der Festbeleuchtung des Rathauses fand der Eröffnungsakt seinen traditionellen Abschluß. Gleichzeitig wurden zahlreiche Denkmäler in der Inneren Stadt, vor allem das Mozart-Denkmal im Burggarten, sowie Kirchen und Monumentalbauten beleuchtet.

Unter den künstlerischen Darbietungen standen im Mozart-Jahr die musikalischen Aufführungen unter der Devise „Internationales Mozart-Fest“ im Vordergrund. So wurden in der Staatsoper und im Redoutensaal Mozart-Zyklen geboten; an historischen Wiener Mozart-Stätten fanden musikalische Veranstaltungen statt, in der Hofburgkapelle und in vielen Wiener Kirchen wurden Mozart-Messen aufgeführt, und schließlich wurde auch das Requiem von Mozart zu Gehör gebracht.

An dem Mozart-Fest wirkten berühmte in- und ausländische Orchester, darunter die Wiener Philharmoniker, das Orchester der Mailänder Scala, die Berliner Philharmoniker und das Concertgebouw-Orchester Amsterdam, berühmte Dirigenten, wie Eduard van Beinum, Dr. Karl Böhm, Herbert Karajan, Joseph Keilberth, Joseph Krips, Enrico Mainardi, Dr. Bruno Walter u. a., mit. Von den Solisten seien genannt: Fernando Germani, Clara Haskil, Jehudi Menuhin, David Oistrach, Wolfgang Schneiderhahn, Elisabeth Schwarzkopf und Irmgard Seefried. Die Chöre bestritten der Singverein der Gesellschaft der

Musikfreunde, der Wiener Philharmonia-Kammerchor und die Wiener Sängerknaben.

Von den übrigen Konzerten sind hervorzuheben: die historische Serenade auf Burg Kreuzenstein, die Orchesterkonzerte der Wiener Symphoniker, der Klavierabend Alexander *Brailowsky*, der Violinabend Nathan *Milstein*, das Festliche Singen der Kindersingschule der Stadt Wien und das Johann Strauß-Festkonzert.

Die großen Festwochenkonzerte, die Eröffnungs- und Schlußveranstaltungen auf dem Rathausplatz nicht einbezogen, wurden von mehr als 57.000 Personen besucht. Außerdem wurde den Rundfunkteilnehmern Gelegenheit geboten, diese musikalischen Darbietungen über 58 Stationen zu hören.

In den Theatern wurden in 322 Vorstellungen 62 Werke aufgeführt. Besonders vermerkt seien 11 Gastspiele ausländischer Künstler, die in 43 Vorstellungen mitwirkten. Im allgemeinen war eine Steigerung der künstlerischen Leistungen bei den Wiener Bühnen festzustellen, die mit dazu beigetragen hat, daß die Zahl der Besucher mit 223.600 um rund 25 Prozent höher war als im Jahre 1955. An den Bundestheaterkassen wurde festgestellt, daß 90 Prozent der Karten von Ausländern gekauft wurden.

Auch die Wiener Außenbezirke trugen zum Gelingen der Festwochen bei. So brachte Margareten eine Vortragsreihe „Weltstadt Wien“. Zu diesem Thema sprachen nach einem einleitenden Vortrag des Bürgermeisters *Jonas* über die Bedeutung Wiens in Gegenwart und Zukunft Franz Theodor *Csokor*, Univ.-Prof. Dr. Hans *Thirring*, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. *Hosnedl*, Präsident des Stadtschulrates Hofrat Dr. *Zechner* und Univ.-Prof. Dr. *Schönbauer*. Im 10. Bezirk wurde eine Photoausstellung „Favoriten von heute“ gezeigt; im Schulhof der Herderschule im 11. Bezirk wurde eine Freilichtaufführung von „Hamlet“ mit den Schülern der Bundesrealschule und des Herder-Heimes in Simmering veranstaltet; im Meidlinger Heimatmuseum war eine Ausstellung „Der Aufbau Meidlings und seine Künstler“ zu sehen. Im Zeichen Mozarts stand schließlich auch eine Hausmusikveranstaltung beim Bezirksvorsteher des 15. Bezirkes; im 20. Bezirk hielt Dr. Paul *Lorenz* einen Farblichtbildervortrag über die Wiener Bezirke und ihre ehemaligen Vorstadtheater zur Zeit Mozarts, und im 23. Bezirk, Liesing, wurde eine Sonderschau „Mozarts Mutter“ gezeigt.

Insgesamt waren in den Bezirken 289 Veranstaltungen zu verzeichnen, die von 119.000 Personen besucht wurden.

Schließlich wurden in den Sommermonaten 1956 erstmalig unter dem Titel „Wien — Eine Stadt stellt sich vor“ an 141 historisch interessanten Gebäuden Embleme und Beschriftungen angebracht, um die Aufmerksamkeit, vor allem der ausländischen Gäste, auf diese Objekte zu lenken. Außerdem wurde ein Katalog mit einer Auflage von 25.000 Stück herausgegeben, der nähere Informationen über die historisch oder künstlerisch bemerkenswerten Gebäude vermittelte.

THEATER- UND KINOANGELEGENHEITEN

Die Förderung der Wiener Theater durch Zuwendungen aus dem Kultur-groschen'ertragnis wurde im Jahre 1956 fortgesetzt. Das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das Raimundtheater erhielten je 920.000 S, zusammen also 2.760.000 S. Die Aktion der Wiener Arbeiterkammer „Das Volkstheater spielt in den Außenbezirken Wiens“ wurde mit 200.000 S subventioniert. Hinzu kamen namhafte Beträge aus den Mitteln der Vergnügungssteuer, mit denen die kulturelle Tätigkeit der Wiener Privattheater gefördert wurde. Dem

Theater in der Josefstadt (einschließlich Kammerspiele) wurden 660.000 S, dem Volkstheater 370.000 S und dem Raimundtheater 440.000 S zugewendet. Der Gesamtbetrag von 4,230.000 S ist um 210.000 S höher als im Jahre 1955. Von den Wiener Kleinbühnen erhielten das Theater der Courage und das Theater am Parkring fixe Zuwendungen, außerdem bekamen die Wiener Kleinbühnen durch die Prämierung der künstlerisch wertvollsten Aufführungen einen Gesamtbetrag von 100.000 S. Aus den Mitteln der Vergnügungssteuer erhielten die Kleinbühnen 44.700 S.

Das „Jugendabonnement der Stadt Wien“, für das 1 Million Schilling zur Verfügung steht, erwies sich als eine von der Jugend mit Begeisterung aufgenommene Einrichtung, so daß für das zweite Spieljahr 1956/57 die Abonnentenzahl von 15.000 auf 21.000 erhöht wurde.

Zur Belegung des Sommerprogramms der Wiener Theater wurden erstmalig Serienaufführungen der Operette „Wiener Blut“ durch ein Ensemble der Volksooper im Redoutensaal veranstaltet. Erwähnt sei auch die Feier der Wiener Schuljugend anlässlich der Europäischen Parlamentarierkonferenz am 5. September 1956 im Großen Saal des Wiener Konzerthauses.

In Kinoangelegenheiten sind die im Jahre 1956 erlassenen Durchführungsverordnungen zum Wiener Kinogesezt vom 21. Oktober 1955, LGBl. für Wien Nr. 18/1955, und zwar die Filmvorführerverordnung, LGBl. für Wien Nr. 11/1956, und die Kinobetriebsstättenverordnung, LGBl. für Wien Nr. 12/1956, sowie die von der Landesregierung beschlossene Ausdehnung der Verordnung über die Sperrstunden der Vergnügungsbetriebe nach dem Wiener Kinogesezt 1955 von Bedeutung. Die Filmvorführerverordnung mußte darauf Rücksicht nehmen, daß nach dem neuen Wiener Kinogesezt Filmvorführerberechtigungen nicht mehr erlöschen, wenn sie nicht kontinuierlich ausgeübt werden. Es war daher vor allem eine Möglichkeit vorzusehen, Berechtigungen, die nach früherer Vorschrift erloschen waren, im kurzen Wege wieder verleihen zu können. Darüber hinaus wurden auch Erleichterungen für jene Personen eingeführt, die beruflich mit Kinomaschinen ständig beschäftigt sind.

Die Kinobetriebsstättenverordnung brachte Neuerungen in den Vorschriften über die elektrischen Einrichtungen und Anlagen in Kinobetrieben, wobei die geänderten Vorschriften des Starkstromrechtes berücksichtigt werden. Wegen der fast ausschließlichen Verwendung von Klappsitzen mit geneigten Rückenlehnen mußten auch die Bestimmungen über die Sitzgelegenheit und die Sitzplatzanordnung grundlegend geändert werden.

Im Zusammenhang mit dem im Jahre 1955 erlassenen neuen Wiener Kinogesezt wurde vom Wiener Landesjugendreferat ein Flugblatt herausgegeben, von dem 75.000 Exemplare an 13- bis 14jährige, 60.000 an deren Eltern und 6.000 an Lehrer verteilt wurden. Darin werden die Jugendlichen ermahnt, ihr Taschengeld nicht für Kitsch und Schund auszugeben, sondern dafür künstlerische Leistungen zu verlangen; den Eltern wird nahegelegt, mit ihren Kindern gute Filme zu besuchen und nachher darüber zu sprechen; die Lehrer sollen die Schüler warnen, durch Änderung des Geburtsdatums im Schülerschein den Zutritt zu Filmen mit „Jugendverbot“ zu erschleichen, weil sie in diesem Falle eine Dokumentenfälschung begehen, mit der sich das Jugendgericht zu befassen hat. Der Kinobesuch soll aber von den Lehrern nicht grundsätzlich verurteilt werden, vielmehr ist es pädagogisch richtig, gute Filme lobend hervorzuheben, weil die Schüler dann auch die Kritik an schlechten Filmen beachten werden.

Das Landesjugendreferat Wien legte im November 1956 erstmalig ein Jugendfilmabonnement von 10.000 Stück für 10- bis 14jährige Schüler und Schülerinnen auf. Es umfaßte sechs Vorstellungen und kostete 14 S. Die Aufführungen erstreckten sich auf alle Wiener Bezirke. Durch diese Aktion sollen die Kinder

von den Eltern zum Besuch eines Filmes angeregt, statt ins Kino „geschickt“ zu werden. Dabei wird den Eltern und Erziehern nahegelegt, sich diese Filme auch selbst anzusehen, um zu beobachten, wie das Kind auf die empfangenen Eindrücke reagiert, und es danach im günstigen Sinne erzieherisch zu beeinflussen. Die Themen der Filme waren dem realen Leben entnommen, ohne Sensationen zu bieten. Um den Kindern zu ermöglichen, den Inhalt des Films zu verstehen, wurden einige Filme auch langsamer als vor Erwachsenen abgerollt. Die Erwerbung geeigneter Filme war nur unter der Bedingung einer Garantie von 20 Spieltagen im Monat zu erreichen, weil die österreichischen Verleihfirmen nicht das Risiko auf sich nehmen wollten, Filme mit geringer Breitenwirkung einzuführen. Die Gemeinde unterstützte deshalb die Durchführung des Abonnements mit einem Betrag von 50.000 S. Die Gemeinde fördert auch die Herstellung wertvoller Filme. So wurden im Jahre 1956 drei Ansuchen um Förderungsbeiträge bewilligt, für die insgesamt 85.000 S zur Verfügung standen. Außerdem wurden zwei Filmprojekte mit zusammen 45.000 S aus dem Kulturgrosschenertragnis subventioniert.

Um dem Publikum wertvolle Filme zugänglich zu machen, wurde das erste Wiener Art-Kino, Studio 1, eingerichtet, das Filme vorführt, bei denen wegen ihrer künstlerischen Eigenart ein „Kassenerfolg“ unwahrscheinlich ist. Zur Erleichterung der Beschaffung von Filmen für dieses Studio wurde von der Wiener Landesregierung ein Förderungsbeitrag aus dem Kulturgrosschen in der Höhe von 100.000 S bewilligt. Die administrative Führung des Art-Kinos besorgt die „Kiba“, die Auswahl der Filme trifft ein Programmausschuß, in dem der Magistrat durch einen Filmreferenten vertreten ist. Im Jahre 1956 wurden 35 Filme auf ihren künstlerischen Wert geprüft.

Vom 2. bis 10. Juni 1956 wurde die II. Internationale Filmwissenschaftliche Woche unter dem Ehrenschild des Bürgermeisters durchgeführt, die mit 25.000 S subventioniert wurde.

Bei der Filmstelle der Wiener Landesregierung wurden im Jahre 1956 1.806 Filme vorgeführt, davon 1.375 in Anwesenheit des Filmbeirates. Auf Grund des Gutachtens wurden 1.098 Filme zur Vorführung ohne Beschränkung auf bestimmte Altersstufen zugelassen. Bei 102 Filmen wurde die Zulassung Jugendlicher auf bestimmte Altersgrenzen beschränkt. 175 Filme wurden von der Vorführung vor Jugendlichen ausgeschlossen (Jugendverbot).

Entsprechend den Bestimmungen des Wiener Theatergesetzes wurden nachstehend verzeichnete Anmeldungen von öffentlichen Veranstaltungen zu Vergnügungszwecken entgegengenommen:

Volksvergnügungen mit festem Standort	33
Spielautomaten	29
Modeschauen	6
Dauerveranstaltungen	3.524
Einzelveranstaltungen	5.451
Anmeldungen bei den Außenstellen	478

Über die sonstige Verwaltungstätigkeit in Vergnügungsangelegenheiten gibt folgende Übersicht Auskunft:

Anzeigen von ambulanten Varietés	373
Anzeigen von ambulanten Volksvergnügungen	221
Sperrstundenerstreckungen	3.150
Zulassung von Kinooperateurlehrlingen	37
Ausstellung von Kinooperateurlegitimationen	33
Bestellungen und Abmeldungen von Kinooperateuren	110

Genehmigung von sachkundigen Geschäftsführern	36
Erteilung von Bettelmusiklizenzen	4

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 20, Seite 564.)

FREMDENERKEHR

Der auf Grund des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes (LGBl. für Wien Nr. 13/1955) am 10. Oktober 1955 konstituierte Fremdenverkehrsverband für Wien nahm am 1. Februar 1956 seine Tätigkeit in Wien I., Tegetthoffstraße 3, auf, die vor allem in einer umfassenden Werbearbeit besteht; für diese ist das Erträgnis aus der Einhebung der Ortstaxe bestimmt, die im Jahre 1956 insgesamt 5,214.795 S ergab.

In der Fremdenverkehrssaison 1956 (November 1955 bis Oktober 1956) war ein neuer Rekord im Besuch in- und ausländischer Gäste zu verzeichnen, wobei die Zahl der inländischen Gäste 214 Prozent, jene der ausländischen 49 Prozent des Besuches im Fremdenverkehrsjahr 1936/37 erreichte.

Am 6. August 1956 wurde der städtische Campingplatz Wien-West, XIV., Hüttelbergstraße, eröffnet, der für insgesamt 830.000 S errichtet und dem Österreichischen Verkehrsbüro in Verwaltung gegeben worden war. Er bietet Platz für etwa 100 Fahrzeuge samt Insassen und Zelten.

Da das vom Wiener Verkehrs-Verein für die Gemeinde treuhändig geführte Jugendgästehaus in Pötzleinsdorf in der Hauptsaison bisher fast immer voll besetzt war, so daß oft Besuchergruppen abgewiesen werden mußten, wurde im Jahre 1956 mit der Errichtung eines zweiten Gebäudes auf dem Gelände des ehemaligen Arenbergschloßchens in Hacking begonnen. Für den Bau hat die Gemeinde 8 Millionen Schilling bereitgestellt. In dem Projekt sind 280 Betten, ein Touristenlager sowie ein Campingplatz vorgesehen.

Die Rundfahrten „Neues Wien“, die auch im Jahre 1956 auf fünf Routen durchgeführt wurden, wiesen 16.718 Teilnehmer gegenüber 15.000 im Vorjahr auf.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 18, Seite 472.)

SPORTANGELEGENHEITEN

Die Sportstelle der Stadt Wien bemühte sich auch im Jahre 1956 im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für Stadtregulierung erfolgreich um die Beschaffung von Grundflächen für Spiel- und Sportplätze, die gegen Entrichtung eines geringfügigen Pachtzinses Sportvereinen und Sportverbänden überlassen wurden.

Übergeben wurden die Sportplätze:

- III., Leberstraße 2 a, mit einer Fläche von 15.300 m² dem Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Österreich, Wien,
- XIII., Schoberstraße-Linienamtsgasse, mit 8.775 m² Fläche dem Allgemeinen Landessportverband Wien,
- XIV., Auhof, mit 13.000 m² Fläche dem Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Österreich, Wien,
- XXIII., Erlaa, Gärtnergasse-Hofallee, mit 33.000 m² Fläche dem Arbeiter-Sportklub Erlaa und die Skisprungschanze auf dem Cobenzl mit 4.300 m² Fläche dem Wiener Arbeiter-Turn- und Sportverein.

Die Pachtverträge über die Sportplätze II., Rustenschacherallee (61.342 m²), und II., Krieau-Meiereistraße (51.600 m²), wurden verlängert. Die Anlage XXIII., Erlaa, wurde in einen öffentlichen Jugendspielplatz umgewandelt.

Die Sportverbände ASKÖ und Union erhielten für den Kinderturn- und -schwimmunterricht eine Subvention von insgesamt 120.000 S.

Im Jahre 1956 standen für den Bau, Ausbau und die Erhaltung der von der Sportstelle verwalteten Anlagen insgesamt 47.770.000 S zur Verfügung, wovon auf den Bau der Stadthalle und die Aufstockung des Stadions insgesamt 44.350.000 S entfielen. Alle Sportplatzgrundstücke sind an Vereine oder Verbände verpachtet. Die Betriebsführung obliegt den Pächtern. Ende 1956 waren 69 Sportplätze verpachtet.

Die von der Sportstelle verwalteten Spielplätze werden zum Teil selbst geführt, zum Teil verpachtet. Die Spielplätze im Eigenbetrieb werden entweder unter Aufsicht von Lehrern, Erziehern oder Vereinsfunktionären benützt (geschlossene Plätze). Außerdem stehen den Kindern in allgemein zugänglichen öffentlichen Anlagen Spielplätze ganz- oder halbtägig zur Verfügung.

Die 15 beaufsichtigten Spielplätze wurden im Jahre 1956 von 139.700 Kindern und in den Abendstunden von 32.612 Erwachsenen, insgesamt daher von rund 172.000 Personen, besucht. Die Besucher kamen aus 83 Schulen, 46 städtischen Kindergärten und Horten und von 75 privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen. Darüber hinaus wurden 28 Vereinessportplätze für 51 Schulen, Kindergärten und Horte vermittelt und auch private Anlagen stundenweise gemietet. Die große Spielwiese im Schweizergarten fiel wegen Errichtung einer Verkehrsschleife beim Süd-Ost-Bahnhof aus. Die städtischen Eislaufplätze wurden im Winter 1955/56 an 30 Schleiftagen von 37.371 Kindern, 17.585 Jugendlichen und Erwachsenen, daher zusammen von 54.855 Personen, benützt.

Neben diesen Plätzen standen auch die Kunsteisbahnen „Wiener Eislaufverein“ und „Engelmann“ zur Verfügung, die von ihren Eigentümern den Schülern zur klassenweisen Benützung kostenlos überlassen wurden. In diesen Fällen wurden von der Sportstelle 500 bis 600 Paar Schlittschuhe unentgeltlich verliehen.

Im Jahre 1956 wurden in 104 Turnsälen Instandsetzungsarbeiten durchgeführt; von diesen Turnsälen wurden 20 renoviert und 9 neu eingerichtet. Der Kostenaufwand betrug 920.000 S. 4 Turnsäle wurden aufgelassen. In 242 Turnsälen hat die Gemeinde Turnvereinen einen Übungsbetrieb ermöglicht.

Für die in ihrer körperlichen Entwicklung gefährdeten Kinder wurden im Schuljahr 1955/56 20 Haltungsturnkurse mit je zwei Kursstunden pro Woche geführt. 2.116 Kinder wurden vom Gesundheitsamt untersucht und davon 1.050 als haltungsgefährdet bezeichnet. 716 dieser Kinder besuchten die Haltungsturnkurse.

Für das Schülerschwimmen wurde wieder zusätzlich zu den städtischen Schwimmhallen im Amalienbad und Jörgerbad die Schwimmhalle im Dianabad gemietet. Die Kurse wurden von 18.005 Schülern besucht; rund 43 Prozent der Kinder konnten bereits schwimmen, von den Nichtschwimmern haben rund 61 Prozent das Schwimmen erlernt.

Auf Grund des Sportgrosgengesetzes wurden im Jahre 1956 1.574.203 S eingenommen. Die Ausgaben betrugen 1.693.800 S, wobei die Differenz aus der Rücklage des Jahres 1955 gedeckt wurde. Von dem Ausgabenbetrag wurden nach eingeholter Genehmigung des Gemeinderatsausschusses Vereinen und Verbänden

für den Bau und die Instandhaltung von Übungsplätzen	976.150 S
für den Ankauf von Sportutensilien sowie für Ausgaben zur	
Durchführung des Sportbetriebes	597.650 S
und für andere Sportförderungs zwecke	120.000 S

zugewiesen.

Im Jahre 1956 fanden zwei Sportbeiratssitzungen und zehn Finanzausschußsitzungen statt.

Die Sportstelle unterstützte die Arbeitsgemeinschaft für den Wintersportunfallsdienst, die im Wienerwald 38 Hilfspätze für verunglückte Schiläufer vorgesehen hatte, den Arbeiter-Samariterbund, der an 14 Wildbadestellen einen Rettungsdienst einrichtete, und subventionierte den Bergrettungsdienst.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 1, Seite 559.)

HEIMATPFLEGE

DENKMALPFLEGE

Im Jahre 1956 wurden zahlreiche Instandsetzungsarbeiten und Restaurierungen an kulturell wertvollen Wiener Denkmälern und Brunnen vorgenommen; von diesen seien hervorgehoben: die Mariensäule Am Hof, der Andromedabrunnen im Alten Rathaus, der Josefsbrunnen am Graben, der „Siebenbrunnen“, Wien V., die barocke Linienkapelle im St. Johann-Park im 5. Bezirk, der Mozartbrunnen und der Schutzengelbrunnen, Wien IV., die St. Georgs-Kapelle in Wien XI., Kaiser-Ebersdorf, die Barocksäule im Gräberhain des Schubertparks, Wien XVIII., und die Leopoldsstatue in Wien XXI., Leopoldau. Im 11. Bezirk, Zinnergasse, wurde unter Verwendung eines Dreifaltigkeitsreliefs — der Kopie einer Plastik, die früher auf dem Schwendermarkt stand — ein neuer Bildstock an Stelle einer zertrümmerten Nepomuk-Statue aufgestellt. In Wien XII., Wilhelmsdorfer Park, wurde eine Gartenplastik restauriert. Bei der Neugestaltung des Theresienbadparks im 12. Bezirk wurden die beiden darin befindlichen Denkmäler restauriert, und zwar der viereinhalb Meter hohe „Künstlerobelisk“ mit den vier Medaillons, die den Maler Anton *Hlavacek*, den Dichter Fritz *Stüber-Gunther*, den Komponisten Franz Josef *Ziehrer* und den Dichter Oskar *Pach* darstellen. Der Obelisk besteht aus Melker Marmor, die Medaillons aus Laaser Marmor. Das zweite, ein Naturkalksteinblock mit einer Marmortafel, deren Inschrift an den österreichischen Meister der Bienenzucht, Freiherrn von *Ehrenfels*, erinnert, wurde nach der Restaurierung von seinem bisherigen Platz in der Nähe des Obelisken zum Parkeingang gegenüber der Rosasgasse versetzt.

Die Büsten für die Forstfachleute *Micklitz* und *Wessely* in Wien XIX., Linnépark, die im Kriege beseitigt worden waren, wurden neu hergestellt. Die Grabstätten für Michael *Neder* und Amalie *Materna* auf dem Zentralfriedhof erhielten neue Grabsteine. In der Brigittakapelle in Wien XX., Forsthausgasse, wurde ein Fresko restauriert und das Bauwerk trockengelegt. Auch am Husarentempel in Mödling wurden Restaurierungsarbeiten durchgeführt. In den beiden Springbrunnenanlagen im Rathauspark wurden Umwälzpumpen eingebaut. Eine Grünanlage um die Mariensäule auf dem Jodok Fink-Platz im 8. Bezirk trägt nun zur Verschönerung dieser Vedute bei.

NATURSCHUTZ

Durch die 2. Naturschutzverordnung vom 6. März 1956, LGBl. für Wien Nr. 6/1956, wurde die Wilde Weinrebe gänzlich geschützt. Diese Pflanze ist bereits sehr selten geworden. Wie wissenschaftlich festgestellt wurde, erreicht ihr Vorkommen in der Gegend von Wien die nördliche Grenze.

Gemäß den Bestimmungen des Naturschutzgesetzes vom 22. Dezember 1954 wurde am 21. November 1956 der Beirat zur Beratung des Magistrates in Fragen des Naturschutzes (Naturschutzbeirat) mit 15 Mitgliedern konstituiert.

Vom 3. bis 5. Mai 1956 wurde in Wien die 4. Österreichische Naturschutztagung abgehalten, wobei insgesamt 144 Delegierte an 29 Referaten und 3 Exkursionen teilnahmen. Das Thema der Tagung bildeten „Naturschutz-

probleme der Großstadt“. Die Ergebnisse sind in einem Protokoll festgehalten und werden von den zuständigen Behörden ausgewertet.

Im Jahre 1956 wurde die Kennzeichnung der Landschaftsschutzgebiete, insbesondere des Wienerwaldes, durch Aufstellung von Tafeln fortgesetzt.

Im Jahre 1956 wurden nachstehend verzeichnete Naturgebilde wegen ihrer Schönheit, Seltenheit oder Bedeutung für das Ortsbild unter Naturdenkmalschutz gestellt und in das Naturschutzbuch der Stadt Wien eingetragen:

3. Bezirk: Juchgasse 6: 1 Ölweide;
5. Bezirk: Margaretenstraße 103: 1 Robinie;
8. Bezirk: Landesgericht: 2 Platanen;
9. Bezirk: Währinger Straße 30: 4 Schwarznußbäume, 3 Ahornbäume, 1 kaukasischer Flügelnußbaum;
10. Bezirk: Ober-Laa, Laaer Straße: 1 Silberpappel;
13. Bezirk: Maxingstraße 18: 2 Eiben; Wattmannngasse 8: 1 Platane; Vinzenz Heß-Gasse: 2 Bäume, 4 Gewässer; Ober-St. Veit, Adolfstorgasse: 1 Wildbirnbaum, 16 Feldulmen, 1 Eibe;
14. Bezirk: Auer-Welsbach-Park: 1 Graupappel;
17. Bezirk: Pointengasse 9—11: 2 Sequoien;
18. Bezirk: Michaelerstraße 9: 1 Linde, 1 Roßkastanie; Gymnasiumstraße 45: 1 Robinie;
19. Bezirk: Döblinger Hauptstraße 87: 1 Platane; Währinger Park: 1 Stieleiche; Kahlenbergerdorf: 1 Orchideenstandort;
23. Bezirk: Mauer, Antonshöhe: 1 neolithischer Feuersteinbergbau; Mauer, Wilder Berg: 15 Traubeneichen, 2 Schwarzföhren; Kalksburg, Friedhof: 1 geologischer Aufschluß.

Infolge natürlichen Absterbens (Vermorschung) gingen im Jahre 1956 folgende Naturschutzdenkmäler verloren und wurden im Naturschutzbuch der Stadt Wien gelöscht:

8. Bezirk: Lenaugasse 19: 1 Nußbaum;
12. Bezirk: Khleslplatz 12: 1 Feldulme, 1 Silberpappel;
13. Bezirk: Feldmühlgasse 7: 1 Schwarznußbaum;
18. Bezirk: Paulinengasse 18—20: 1 Haselnußbaum, 1 Walnußbaum;
23. Bezirk: Mauer, Kaserngasse 9: 1 Bergulme.

BENENNUNG VON VERKEHRSFLÄCHEN

Im Jahre 1956 wurden wieder zahlreiche Verkehrsflächen neu- oder umbenannt. Die städtische Wohnhausanlage im 12. Bezirk, Böckhgasse 6—10, erhielt die Bezeichnung „Reuterhof“ zur Erinnerung an den ehemaligen Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter. Eine Reihe von Verkehrsflächen wurde aus dem Amtlichen Straßenverzeichnis gestrichen.

Über die Veränderungen, die im Jahre 1956 erfolgten, gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

Erstmalig benannte Verkehrsflächen

10. Bezirk: Verkehrsfläche von Troststraße zur Angeliggasse: Hollitzergasse; Verkehrsflächen zum 12. Bezirk: Gasse 1: Köglergasse; Gasse 2: Karplusgasse; Gasse 3: Kerschensteinergergasse.
11. Bezirk: Hasenleitensiedlung: Gasse 1: Zamenhofgasse; Gasse 2: Friedjunggasse; Gasse 3: Konrad Thurnher-Gasse; Gasse 4: Zsigmondygasse; Gasse 1: Zumbuschgasse; Gasse 2: Konopagasse; Gasse 3: Piangasse; Gasse 4: Katzlgergasse.

13. Bezirk: Verkehrsfläche Jagdschloßgasse — Gobergasse: Steinhardtgasse; Verkehrsfläche an der Steckhovengasse: Frimberggasse.
14. Bezirk: Gasse 1: Schuhbrechergasse; Gasse 2: Langwiesgasse; Gasse 3: Joachim Schettl-Gasse; Gasse 4: Haidersberggasse; Gasse 5: Königswiesengasse; Gasse 6: Eichbachgasse; Gasse 7: Neuwiesgasse; Gasse 8: Hochenaistgasse; Gasse 11: Nikolaus Pytty-Gasse; Gasse 12: Georg Freibleben-Gasse; Gasse 13: Moschingergasse; Gasse 14: Heinrich Kneißl-Gasse; Weg 1: Jakob Puggl-Weg; Weg 2: Waldschafferweg; Weg 3: Christian Petzlberger-Weg; Weg 4: Ochsenkopfweg; Weg 5: Ausjagdweg; Weg 6: Ramwiesweg; Verkehrsfläche an der Jakob Grendlinger-Straße (Gasse 1): Missiongasse.
16. Bezirk: Verkehrsfläche von Lewinskygasse zum Nietzscheplatz: Baumeistergasse (Fortsetzung).
21. Bezirk: Gasse 25: Diamantgasse (Verlängerung); Verkehrsfläche seitlich der Bierbaumgasse: Broßmannplatz; Stammersdorf, Verbindung Türkenstraße mit Johann Weber-Straße: In der goldenen Erden; Strebersdorf, Verkehrsfläche an der Rußbergstraße: Waltenberggasse.
22. Bezirk: Eßling, Verkehrsfläche: Waldheimstraße; Verkehrsfläche parallel zur Dumreichergasse: Arztgasse; Verkehrsfläche von Breitenlee nach Raasdorf: Raasdorfer Straße; Verkehrsflächen, Weg I: Huflattichweg; Weg II: Schafgarbenweg; Reststück des Markweges: Gerstmayerweg; Straße 1: Jungmaisstraße; Straße 2: Schödlberggasse.
23. Bezirk: Inzersdorf, Verkehrsfläche in der Siedlung Hungereck: Zetschegasse; Inzersdorf, Siedlung am Steinsee: Gasse 1: Anreitergasse; Gasse 2: Gennarogasse; Gasse 3: Kargergasse; Gasse 4: Neefegasse; Gasse 5: Pendlgasse; Gasse 6 (nichtamtlich Starhemberggasse): Schuppengasse; eine Verlängerung: Don Bosco-Gasse.

Rückbenennungen

2. und 22. Bezirk: Brücke der Roten Armee: Reichsbrücke.
 3. Bezirk: Stalinplatz: Schwarzenbergplatz.
 10. Bezirk: Tolbuchinstraße: Laxenburger Straße.
 20. und 21. Bezirk: Malinowskijbrücke: Floridsdorfer Brücke.
 22. Bezirk: Straße der Roten Armee: Industriestraße.

Streichungen

11. Bezirk: Beckeplatz.
 16. Bezirk: Brentanoplatz, Einslegasse und Gregor Mendel-Platz.
 17. und 18. Bezirk: Maystallergasse.
 19. Bezirk: Zellergasse.
 20. Bezirk: Griegplatz.
 21. Bezirk: Anton Urban-Gasse, Wolfsgärtenplatz.
 22. Bezirk: Krokusgasse und Lattichweg.
 23. Bezirk: Atzgersdorf, Endemanngasse.

Umbenennungen

1. Bezirk: Parlamentsring: Dr. Karl Renner-Ring.
 2. Bezirk: Erzherzog Karl-Platz: Mexikoplatz; Josef Christ-Gasse: Kafkastraße.
 10. Bezirk: Blindengasse: Schwarzengrubergasse; Inzersdorfer Straße: Ober-Laaer Straße; Bachstraße: Liesingbachstraße (Verlängerung); Laaer Straße: Laaer Berg-Straße; Bahnstraße: Kastenbaumgasse; Beethovengasse: Ampferergasse; Blumengasse: Leopoldsdorfer Straße (Fortsetzung); Dorf-gasse: Grundäckergasse; Feldgasse: Hämmerlegasse; Goethestraße: Uhlig-straße; Grünstraße: Remystraße; Hauptplatz: Ober-Laaer Platz; Haupt-

- straße: Ober-Laaer Straße; Hauptstraße: Klederinger Straße; Haydngasse: Volkmgasse; Neugasse: Biererlgasse; Schillerstraße: Weidelstraße; Schubertstraße: Hasenöhrlstraße; Anton Schwarz-Gasse: Weidelstraße; Simmeringer Straße: Segnerstraße; Wiener Straße: Laaer Berg-Straße.
11. Bezirk: Biberweg: Zöllnerweg; Laaer Berg-Gasse: Kremenetzkygasse; Reithmannngasse: Am Kanal (Fortsetzung).
16. Bezirk: Anzengruberplatz: Musilplatz.
18. Bezirk: Karl Beck-Gasse: Teschnergasse.
20. Bezirk: Hofergasse: Eduard Brückner-Gasse; Straußgasse: Adolf Gstöttner-Gasse; Teil der Engerthstraße, der die Schongaugergasse mit dem Kapaunplatz verbindet: Griegstraße; Wintergasse: Hartlgasse.
21. Bezirk: Berggasse: Cleßgasse; Buschweg: Fallmerayerweg; Esterházygasse: Smitalgasse; Haideweg: Drygalskiweg; Hauptstraße: Stammersdorfer Straße (Fortsetzung); Hirschensteig: Lormweg; Hubertusstraße: Hubertusdamm; Invalidengasse: Warhanekgasse; Kirchberggasse: Zwerchbreiteln-gasse; Kirchengasse: Liebleitnergasse; Konrad Krafft-Gasse: Grabmayr-gasse; Lang-Enzersdorfer Weg: Kammelweg; Neugasse: Spanngasse; Michael Pacher-Gasse: Zehdengasse; Schießstattgasse: Walkergasse; Heinrich Schindler-Gasse: Freytaggasse (Fortsetzung); Schwenkgasse: Herrenholz-gasse; Türkenstraße: Schuchardtstraße; Wiener Weg: Graedenerweg; Franz Ziegler-Gasse: Fahrbachgasse (Fortsetzung).
22. Bezirk: Giselhergasse: Waldheimstraße.
23. Bezirk: Atzgersdorf: Anzengrubergasse: Fimbingergasse; Bauergasse: Mehl-führergasse; Beethovengasse: Industriegasse; Brucknergasse: Charausgasse; Fahrbachgasse: Partartgasse (Fortsetzung); Fichtnergasse: Loßgasse; Haydngasse: Kunerolngasse; Karlsgasse: Dirmhirngasse (Fortsetzung); Otto-kar Kernstock-Gasse: Carlberggasse (Fortsetzung); Therese Klostermann-gasse: Fröhlichgasse (Fortsetzung); Laimgrubengasse: Schuhfabrikngasse; Lannergasse: Fischingergasse; Mühlngasse: Josef Österreicher-Gasse; Ritter-gasse: Klostermannngasse; Rosenberggraben: Tullnertalngasse (Fortsetzung); Schubertgasse: Vertexgasse; Schulngasse: Knotzenbachgasse; Speisinger Straße: Atzgersdorfer Straße (Fortsetzung); Stelzhammerweg: Kauffungen-weg; Adalbert Stifter-Weg: Beduzziweg; Johann Strauß-Gasse: Chromy-gasse; Wassergasse: Meisgeyergasse; Ziehergasse: Charausgasse. Erlaa: Atzgersdorfer Straße: Giffingergasse; Friedhofstraße: Canevalestraße; Gärtnergasse: Meischlgasse; Grenzngasse: Perfektastraße; Hauptstraße: Erlaaer Straße; Kärntner Gasse: Premngasse; Kurzngasse: Krobothngasse; Quergasse: Vizanyngasse; Südtiroler Gasse: Futterknechtngasse. Inzersdorf: Blumauergasse: Büttnergasse (Fortsetzung); Dr. Schober-Straße: Futterknechtngasse; Emil Fries-Straße: Laaer Hauptstraße; Ferdi-nandngasse: Altwirthngasse; Feldweg: Haböckweg; Flugngasse: Virillngasse; Franzengasse: Neilreichngasse; Friedhofstraße: Kolbegasse; Jäggasse: Hubermannngasse; Krenngasse: Zwachngasse; Laaer Straße: Laaer Haupt-straße; Miesbachngasse: Dessooffngasse; Neustiftngasse: Sobotagasse; Parkngasse: Purkytngasse; Seidlgasse: Drdlagasse; Theresiengasse: Hochwassergasse; Türkenngasse: Bertoldusngasse (Fortsetzung); Vogelweidstraße: Schimekngasse; Wallngasse: Papierngasse; Windmühlngasse: Godowskyngasse. Mauer: Teufelngasse: Johann Teufel-Gasse.

LANDESBILDSTELLE

Das Land Niederösterreich schied im Jahre 1956 aus der bisher gemeinsamen Landesbildstelle, nachdem es Ende 1955 den Vertrag gekündigt hatte. Der Bildstelle Niederösterreich wurden Projektionsmittel sowie Photo- und Vergröße-

rungsapparate übergeben. Die Wiener Dienststelle erhielt die neue Bezeichnung Landesbildstelle Wien-Burgenland und besteht aus der Zentrale, IX., Sensengasse 3, 5 Außenstellen in Wien und 7 Bezirksbildstellen im Burgenland.

Im Jahre 1956 verfügte die Landesbildstelle über 805 Filmprojektoren und 566 Kleinbildwerfer. Die Zahl der hergestellten Diapositive betrug rund 95.000, die Zahl der Filmrollen ist infolge der Teilung mit Niederösterreich auf 10.600 und jene der Kleinbildergruppen auf 5.693 gesunken. Die Zahl der Großbildreihen betrug mehr als 3.000.

Über die Entlehnungszahlen für Wien gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

Filmrollen	40.611	Diaskope	173
Großbildreihen	5.923	Episkope	159
Kleinbildergruppen	8.386	Epi-Diaskope	47
Einzeldiapositive	1.220	Kleinbildprojektoren	374
Schallplatten	4.808	Schmaltonfilmprojektoren ...	75
Filmprojektoren	313	Plattenspieler	102

Vom Technischen Dienst der Landesbildstelle wurden im Jahre 1956 350 Projektoren repariert. 3 Filmmaschinen wurden ausgeschrieben.

Die Versuche in der Farbphotographie zur Massenherstellung von Farbdiaspositiven, die für den Schulunterricht und für die Volksbildung in steigendem Maße angesprochen werden, wurden fortgesetzt.

Durch die Modernisierung des Laboratoriums sowie durch Anschaffung eines neuen Vergrößerungsapparates mit Reproduktionseinrichtung wurde die Leistungsfähigkeit der Bildstelle in der Herstellung von Photos erhöht.

An den Ausbildungskursen für Schmalfilmvorführungen nahmen 685 Lehrkräfte teil. Außerdem wurden für die Abiturienten der Lehrerbildungsanstalt in Wien und des Burgenlandes Einführungskurse über das Bild- und Filmwesen in der Schule abgehalten.

STÄDTISCHE BÜCHEREIEN

Die Gemeinde ist in hohem Maße bestrebt, das große Lesebedürfnis der Jugend mit guten Büchern zu befriedigen. Daher wurden die Kinderbüchereien ausgebaut, ihre Buchbestände vergrößert sowie ein neuer künstlerisch ausgestatteter Kinderbuchkatalog in einer Auflage von 10.000 Exemplaren herausgegeben. Neu eingerichtet wurde die Kinderbücherei XV., Felberstraße 42—46, und die städtische Bücherei XVI., Luxemburggasse 4. Ende 1956 umfaßten die Städtischen Büchereien neben der Hauptbücherei 44 Zweigstellen. Die Zweigstelle, XV., Meiselstraße, übersiedelte nach XV., Hütteldorfer Straße 81 a, in der die Leserzahl um mehr als 50 Prozent anstieg. Die Zweigstelle, XVI., Schuhmeierplatz, wurde in der Zagorskygasse untergebracht.

Die Zahl der Leser war höher als im Jahre 1955, wobei bemerkenswert ist, daß der Zuwachs hauptsächlich bei den Jugendlichen zu verzeichnen ist. Die Zahl der Entlehnungen, gegliedert nach Literaturgattungen, ist aus nachfolgender Aufstellung zu ersehen:

	Bände	
	1955	1956
Schöne Literatur	674.249	711.752
Fremdsprachige Literatur	862	1.079
Sachbücher	160.310	167.578
Jugend- und Kinderbücher	408.678	389.872
Zusammen	1.244.099	1.270.281

Die Gliederung der Leser nach Altersgruppen wird durch folgende Zahlen veranschaulicht:

	Leserzahl	
	1955	1956
Erwachsene vom 18. Lebensjahr an	23.326	23.767
Jugendliche von 14 bis 18 Jahren	6.425	7.698
Kinder von 6 bis 14 Jahren	15.391	15.605
Zusammen	45.142	47.070

Autorenabende, die den Lesern der städtischen Büchereien Gelegenheit geben, Dichter und Schriftsteller persönlich kennenzulernen, wurden im Jahre 1956 in 34 Zweigstellen veranstaltet. 26 Autoren lasen an 73 Abenden vor 3.286 Besuchern. Dies bedeutet eine bemerkenswerte Steigerung gegenüber dem Vorjahr und läßt das zunehmende Interesse der Leser für diese Einrichtung erkennen.

Auf der internationalen Ausstellung der Volksbüchereien im September 1956 in London waren die Städtischen Büchereien mit Lichtbildern, Statistiken und Katalogen vertreten. Durch die „Wiener Bücherbriefe“ wird die Bevölkerung über die Bestrebungen der Städtischen Büchereien, die im Jahre 1956 rund 275.000 Bände umfaßten, informiert. Die Aufwendungen für die Städtischen Büchereien stellten sich im Jahre 1956 auf 6,226.870 S. Besucher aus Jugoslawien, Ungarn, der Schweiz, Deutschland, England und Schweden besichtigten die Städtischen Büchereien.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 14, Seite 559.)

STADTBIBLIOTHEK

Als die Stadtbibliothek vor 100 Jahren gegründet wurde, war sie bloß als Hilfseinrichtung des Magistrats gedacht, dessen Beamte darin die für den dienstlichen Gebrauch notwendige juristische und verwaltungstechnische Literatur vorfinden sollten. Die Sammlung, die im Jahre 1856 mit 400 Bänden begonnen wurde, umfaßt heute 250.000 Bände sowie 132.000 Handschriften der Literatur und 10.000 der Musik; sie ist über eine Einrichtung des Magistrats hinaus zu einer Stätte für die Dokumentation des österreichischen, ja des europäischen Geisteslebens geworden. Zur Feier ihres 100jährigen Bestehens veranstaltete die Stadtbibliothek im Kammersaal des Musikvereinsgebäudes eine Großausstellung „100 Jahre Wiener Stadtbibliothek“, die am 28. April 1956 von Bürgermeister *Jonas* in Anwesenheit von Mitgliedern des Stadtsenats und zahlreicher Persönlichkeiten des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens eröffnet wurde. Die Ausstellung, die bis zum 24. Juni 1956 zugänglich war und in dieser Zeit 5.317 Besucher aufzuweisen hatte, wurde täglich durch Kurzvorträge literarischer und musikalischer Art bereichert, um eine Vorstellung von den heutigen Wiener Leistungen auf diesen Gebieten zu vermitteln. Die Stadtbibliothek gab auch eine Festschrift heraus, in der die Entwicklung dieses Instituts, seine kostbaren Sammlungen und seine Fachparten beschrieben sowie Aufsätze über literarische Themen verschiedenster Art veröffentlicht wurden. Schließlich wurde, ebenfalls aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Stadtbibliothek, der letzte noch zu gestaltende Depotraum im Rathausstrakt an der Felderstraße mit einer dreigeschossigen Stahlregalanlage in Form einer „römischen Saalbibliothek“ versehen und nach neuesten bibliothekswissenschaftlichen Gesichtspunkten eingerichtet.

Die Stadtbibliothek wurde im Jahre 1956 von 26.177 Lesern besucht, die 30.755 Werke in 50.355 Bänden benützten. Ein Vergleich mit der Besucherzahl des Vorjahres ergibt eine Steigerung um 3.379 Leser; die Zahl der benützten Bände war hingegen um 3.314 niedriger als 1955.

Die einzelnen Sammlungen der Stadtbibliothek wurden durch Kauf, Spenden und Aufarbeitung alter Bestände um 2.443 Druckwerke, 2.633 Handschriften der Literatur, 84 Handschriften der Musik und 974 Musikdrucke erweitert. Am 31. Dezember 1956 waren 139.385 Druckwerke, 131.083 Handschriften-Inventar-nummern, 10.380 Musikhandschriften und 40.134 Notendrucke vorhanden.

Für Ankäufe und Buchbinderarbeiten wurden zusammen 145.578 S aufgewendet. Hinzu kamen noch 60.000 S für die Erwerbung des Millöcker-Nachlasses, so daß sich die Gesamtsumme der Ausgaben auf 205.578 S erhöhte.

Im Lesesaal der Stadtbibliothek wurden verschiedene Kleinausstellungen mit Werken von Ludwig *Speidel*, Ferdinand von *Saar*, Michael *Haydn*, Heinrich *Laube*, Arthur *Schnitzler* und Stefan *Zweig* gezeigt; außerdem wurde eine Ausstellung den Preisträgern der Stadt Wien 1956 gewidmet und eine Ausstellung mit dem Thema „60 Jahre demolierte Literatur“ veranstaltet.

Im Jahre 1956 erschien der dritte Band des vom Amt für Kultur und Volksbildung herausgegebenen Literarischen Almanachs der Stadt Wien „Lebendige Stadt“, für den die Stadtbibliothek die redaktionellen und administrativen Arbeiten besorgte.

Die *Handschriftensammlung* wurde von 128 Personen benützt, die 1.900 Stücke einsahen und in 134 Fällen wissenschaftlich beraten wurden. Durch Ankäufe wurden wertvolle Korrespondenz- und Nachlaßstücke von Repräsentanten des Geisteslebens Österreichs erworben. Hervorzuheben sind: 1 Konvolut von Briefen der Dichter und Schriftsteller Hermann *Lingg*, Stefan *Milow*, Ludwig *Anzengruber*, 1 Konvolut Briefe von Schauspielern, Librettisten, Musikkritikern und Literaten, und zwar von Edmund *Eysler*, Richard *Genée*, Max *Kalbeck*, Karl *Streitmann*, Felix *Schweighofer*, Karl *Schönherr*, Ferdinand von *Saar* u. a., sowie Korrespondenzstücke aus dem Nachlaß des Kreises um Richard *Strauß* und seiner Familie. Auch im Auktionsweg wurden Briefe von Schauspielern und Dichtern erstanden, darunter 33 von Anton *Wildgans* und 34 von Stefan *Zweig* sowie Korrespondenzen von *Sonnenthal* und *Stelzhamer*. Ankäufe aus Privatbesitz brachten Briefe von Leopold *Sonnleithner*, Josefine *Gallmeyer*, Carl *Millöcker*, Franz *Lehár*, Anastasius *Grün* und Albin *Egger-Lienz*. Die Literatur über das Wiener Burgtheater wurde durch Erwerbung von Briefen aus dem Nachlaß von Adolf *Wilbrandt* und Auguste *Wilbrandt-Baudius* bereichert. Einen weiteren wertvollen Beitrag zur Geschichte des Burgtheaters bilden die aus dem Besitz der Familie Devrient erworbenen Briefe, Rollentagebücher und Rollenhefte Max *Devrients*. Zur Ergänzung musikwissenschaftlicher Forschungsgrundlagen wurden Briefe und andere Nachlaßstücke von Richard *Genée* angekauft. Gering an Umfang, aber interessant dem Inhalt nach, sind Briefe von Eduard *Strauß* mit musikalischen Anweisungen für die Aufführung verschiedener Konzertstücke. Zu den schon im Besitz der Stadtbibliothek befindlichen Briefen von Rosa *Mayreder* kamen noch weitere hinzu. Ebenso sei die Erwerbung von Korrespondenzen und Schriften des Journalisten Richard *Specht* und eine kleine, originelle Sammlung von Briefen des Landschaftsmalers Ludwig Hans *Fischer* erwähnt, die mit Bleistiftzeichnungen und Aquarellskizzen illustriert sind. Schließlich wurde die *Handschriftensammlung* auch durch Spenden erweitert, zu denen Briefe von Friedrich Otto *Schmidt*, von Ernst *Krenek* an seine Verleger sowie Briefe und Nachlaßstücke des Kunsthistorikers Arthur *Roessler* zählen.

Die *Musiksammlung* wurde von 971 Personen besucht, die 2.253 Werke in 2.667 Bänden benützten. Außerdem wurden 964 Personen fachlich beraten. Besonders bemerkenswert ist die Erwerbung von mehr als 150 Bänden autographischer Kompositionen aus dem Nachlaß Carl *Millöckers*; hinzu kommen noch Einzelnummern aus den Operetten „Apajune, der Wassermann“, „Das verschundene Schloß“, „Der Bettelstudent“ und „Gräfin Dubarry“ sowie die

Partituren von 50 Possen- und Volksstückvertonungen, zahlreiche Lieder, verschiedene Jugendwerke sowie das in den Jahren 1882 bis 1899 geführte Tagebuch. Außerdem wurden einzelne Manuskripte, u. a. von Anselm *Hüttenbrenner*, Richard *Genée*, Johann *Strauß* Sohn (Herrjemineh-Polka op. 464), Alfred *Grünfeld* und Franz *Schreker*, angekauft. Unter den neu erworbenen Notendruckern war eine Bonner Beethoven-Erstaussgabe aus dem Jahre 1793 am wertvollsten; dazu kamen Stimmenerstaussgaben von Tanzkompositionen von *Strauß* und *Lanner* sowie zahlreiche vergriffene Klavierauszüge wenig bekannter Opern und Operetten.

Der Zeitungsindex wurde um 8.339 Zettel vermehrt und zählte Ende 1956 193.699 Zettel mit rund 630.000 Einzeleintragungen. Auf Grund des Zeitungsindex wurden rund 1.650 topographische Beratungen durchgeführt.

In den Gedenktagekataster wurden im Jahre 1956 die Daten von 100 Persönlichkeiten aufgenommen.

Die Stadtbibliothek wurde auch zur Erstattung von Gutachten herangezogen, wobei es sich in 193 Fällen um die Beurteilung von Personen im Zusammenhang mit einer beabsichtigten Ehrung oder Förderung und in 102 Fällen um die Begutachtung vorliegender Werke oder zur Veröffentlichung bestimmter Manuskripte handelte.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 16, Seite 562.)

ARCHIV

Dem Archiv der Stadt Wien wurden im Jahre 1956 34 Urkunden, 3.085 Aktenfaszikel, 515 Einzelakten, 402 Buchhandschriften, 19 Pläne und 4 Siegelstöcke einverleibt. Der Archivbestand verminderte sich um 6 Urkunden, 321 Aktenfaszikel, 1.489 Buchhandschriften und 498 Pläne, die an Gemeinden, die auf Grund des Gebietsänderungsgesetzes an das Land Niederösterreich abgetreten worden waren, dem niederösterreichischen Landesarchiv oder dem Archiv der Universität Wien übergeben wurden.

Nach einer neuerlichen Überprüfung der Urkundenbestände, in die nun auch die Stiftbriefe einbezogen wurden, umfaßte das Archiv der Stadt Wien am 31. Dezember 1956 10.882 Urkunden, 36.509 Aktenfaszikel, 34.813 Buchhandschriften und 5.168 Pläne.

Die Bestände des Archivs wurden von magistratischen und auswärtigen Dienststellen sowie von Wissenschaftlern, Heimatkundlern und Dissertanten benützt. Neben der Veranstaltung von Wechselausstellungen, unter denen „Die Stadt Wien als Zivilgerichtsbehörde in Streitsachen“, „Wien im 15. Jahrhundert“ und „Zum Mozart-Jahr“ zu nennen sind, hat sich das Archiv auch an mehreren repräsentativen Ausstellungen, wie an der Fischer von Erlach-Ausstellung, an der Mozart-Ausstellung der Österreichischen Nationalbibliothek, an der Raimund-Ausstellung in Gutenstein usw., mit Leihgaben beteiligt. Bei Führungen durch das Archiv wurden die besonders wertvollen Objekte breiten Besucherkreisen gezeigt. Dem Interesse der Öffentlichkeit, das auf diese Art intensiviert werden soll, verdankt das Archiv eine sehr beachtliche Förderung durch die Überlassung von Materialien über das Jahr 1945.

HISTORISCHES MUSEUM DER STADT WIEN

Die Arbeit des Jahres 1956 war zum größten Teil der Vorbereitung für die Übersiedlung und Aufstellung der Sammlungen in dem Museumsneubau gewidmet, der Ende des Jahres bereits verglast war. Für zahlreiche Einzelheiten wurden die richtigen Lösungen erarbeitet, besonders auch für die Innen-

einrichtung. Das große Bilderdepot wurde bestellt und eingebaut. Für die Graphische Sammlung, die Photographiensammlung und die Bibliothek erfolgte eine genaue Planung, so daß der Auftrag für die Inneneinrichtung der dafür bestimmten Räume vergeben werden konnte.

In der Restaurieranstalt wurden rund 60 Ölbilder sowie rund 300 Aquarelle und graphische Blätter wiederhergestellt. Außerdem wurden sämtliche römischen Steindenkmäler, zahlreiche Rüstungen und Rüstungsteile und mehrere große Fahnen restauriert.

Die Zahl der Neuerwerbungen war so groß, daß in diesem Bericht kein Überblick geboten werden kann. Die Auflösung einer größeren Anzahl österreichischer Sammlungen wurde genützt, um vor allem die Mappensammlung systematisch zu ergänzen und zu vervollständigen, so z. B. die Sammlung der Wiener Ansichten des 18. Jahrhunderts von Salomon *Kleiner* und die der Aquarelle mit Ansichten von Wien und seiner Umgebung aus dem 20. Jahrhundert von Oskar *Laske*. Wertvolle Ölbilder wurden von Gabriele *Beyer* (Bildnis ihres Mannes, des Bildhauers Wilhelm Beyer), Josef *Rebell* (zwei italienische Landschaften), Franz *Steinfeld* (Waldlandschaft), Franz *Eybl*, Anton *Pettenkofen* (zwei frühe Porträts), Albert *Zimmermann*, Anton *Schrödl*, Karl W. G. *Tornau*, Rudolf *Rybarz* und Tina *Blau* erworben. Ein interessanter Ankauf waren die Blätter mit Befestigungszeichnungen aus dem Jahre 1683, unter denen sich auch ein Grundriß der belagerten Stadt Wien befindet. Besonders wertvolle Aquarelle unter den Neuerwerbungen stammen von J. *Traunfellner*, Johann Adam *Klein*, Eduard *Schnorr von Carolsfeld* (Karlskirche), Peter *Fendi*, August *Pettenkofen*, Anton *Lehmden*, die neu erworbenen Zeichnungen von Johann *Scheffer von Leonhardshoff*, Ludwig *Schnorr von Carolsfeld* und Gustav *Klimt*. Für ein Wiener Bilderbuch des 18. Jahrhunderts wurden die Originalvorlagen für das Museum erworben. Hinzu kamen noch 5 Basteiansichten aus dem Jahre 1809, die einen erfreulichen Zuwachs für die Topographische Sammlung bedeuten, 1 Bogen mit 8 Spielkarten des 16. Jahrhunderts von der Wiener Firma H. *Forster*, 1 Paar barocke Batterieschloß-Pistolen, 1 schönes Exemplar des Porträtstiches Ferdinands I. von Bartel *Beham* sowie die Büste des bekannten Historikers unserer Stadt Hans *Tietze* von Georg *Ehrlich*.

Während der Festwochen wurde anlässlich des 70. Geburtstages Oskar *Kokoschkas* eine Sonderschau von Arbeiten des Künstlers aus dem eigenen Bestande des Museums eröffnet. Auch hier handelt es sich zum größten Teil um Neuerwerbungen aus den letzten Jahren. Das Historische Museum der Stadt Wien beteiligte sich an 24 Ausstellungen anderer Institute, darunter solchen in München und Amsterdam.

Durch zwei Notgrabungen wurden die Kenntnisse vom Lager *Vindobona* vermehrt. Beim Wiederaufbau der Häuser Hoher Markt 8 und 9 wurde ein mit Boden- und Wandheizung versehener ovaler Raum aufgedeckt, an dessen Wand im Innern eine 40 cm hohe und vermutlich 12 bis 13 m lange Sitzbank verlief. Im Zusammenhang mit schon früher erfolgten Aufdeckungen im Bereich Marc Aurel-Straße—Hoher Markt—Judengasse—Sterngasse und in den benachbarten Gebieten Wipplingerstraße 6, Wipplingerstraße 2—Hoher Markt 7 und Krebsgasse 5 (jetzt Marc Aurel-Straße)—Rosmaringasse 1 (jetzt Sterngasse), zeigte sich, daß so wie in *Lauriacum* auch in *Vindobona* das Lagerbad auf der rechten Seite der *via praetoria* lag.

In dem neuen Haus der Feuerwehrentrale Am Hof 9 konnte ein Teil der beim Bau zum Vorschein gekommenen archäologischen Objekte in einem Schaumraum aufgestellt werden, über die ein kleiner Führer verfaßt wurde.

Die Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt wurden wieder von zahl-

reichen Personen besucht. Die erste Auflage des Führers ist vergriffen, die zweite befindet sich im Druck.

Im Jahre 1956 hielt der Fachreferent des Historischen Museums der Stadt Wien, Dr. Alfred *Neumann*, in Zagreb einen Vortrag über die Fortschritte der Vindobonaforschung 1948 bis 1956; außerdem sprach er in der dortigen Österreichischen Lesehalle über „Frühes Christentum im Wiener Raum“. Der Vortrag über die Fortschritte der Vindobonaforschung 1948 bis 1956 erschien als Beitrag für die Festschrift des Geschichtsvereines für Kärnten zum vierten österreichischen Historikertag in Klagenfurt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 17, Seite 562.)

SCHULWESEN

Mit der am 14. Dezember 1955 erlassenen Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurde die Bauleitung aller erforderlichen Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten in Berufsschulgebäuden und Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe, im Schulgarten usw. sowie die Betreuung dieser Objekte in baulicher Hinsicht den zuständigen Abteilungen des Bauamtes übertragen. Der Städtischen Schulverwaltung verblieb die Neuanschaffung, Instandhaltung und Instandsetzung der für den Lehrwerkstättenbetrieb in den Berufsschulen und für den Betrieb in den Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe erforderlichen Maschinen und technischen Einrichtungen sowie die Überprüfung der von den Schulleitungen und anderen Stellen beantragten Bauarbeiten auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit.

Am 1. Jänner 1956 wurde das bis dahin vom Beschaffungsamte geführte Schulmöbel-, Lehr- und Lernmittellager von der Städtischen Schulverwaltung übernommen. Das Lager dient als Auslieferungsort für den Bedarf der Volks-, Haupt- und Sonderschulen an Schreib- und Zeichenrequisiten, Lernbüchern und Klassenlesestoffen, Handarbeitsmaterialien, Schulmöbeln, Werkzeug, Küchengeschirr, Lehrmitteln und Kanzleimaterial sowie als Sammelstelle für nicht mehr gebrauchte Schulmöbel.

Die Lagerbestände waren bei der Übernahme in 4 Gebäuden untergebracht. Von diesen wurde das Gebäude XVI., Kernstockplatz 1, im November 1956 geräumt und zur Unterbringung von ungarischen Flüchtlingen bestimmt. Die Räume im Schulgebäude VII., Kandlgasse 30, wurden der in diesem Gebäude untergebrachten Berufsschule überlassen. Gegenwärtig sind die Lagerbestände auf die Gebäude XX., Vorgartenstraße 50 (Lehr- und Lernmittel aller Art), und XI., Neugebäudestraße 102 (Schulmöbel), aufgeteilt.

Die Unterbringung der Lernbücher und Lernmittel sowie der Handarbeitsmaterialien im Gebäude XX., Vorgartenstraße 50, verursachte große Schwierigkeiten, noch größere aber die Manipulation damit, zu deren Erleichterung verschiedene Adaptierungen vorgenommen wurden. So wurden Fensteröffnungen im Erdgeschoß zu Türen umgebaut, Zufahrten für Lastkraftwagen geschaffen und Durchlässe im Gebäude angelegt. Dadurch war es möglich, neben den Lernmitteln auch die Lernbücher und Klassenlesestoffe bis Schulbeginn 1956 auszuliefern.

Im Lager XI., Neugebäudestraße 102, wurden bauliche Mängel behoben und Vorkehrungen zur Erhöhung der Betriebssicherheit getroffen.

VOLKS-, HAUPT- UND SONDRSCHULEN

Auch das Schuljahr 1955/56 war durch das Sinken der Schülerzahlen gekennzeichnet. Gegenüber 136.172 Volks-, Haupt- und Sonderschülern am 1. Juni 1955 gab es am gleichen Stichtag des Jahres 1956 bloß 127.526, somit um 8.646 oder 6,3 Prozent weniger. Am stärksten machte sich der Rückgang bei den Hauptschülern bemerkbar. Nicht nur die absoluten Schülerzahlen gingen im Jahre 1956 zurück, in allen Kategorien der öffentlichen Pflichtschulen sanken auch die Durchschnittsschülerzahlen.

Im Verhältnis zum Vorjahr wurden am Schulbeginn 1955/56 bedeutend weniger Altersdispensen erteilt, nämlich 1.211 (641 Knaben und 570 Mädchen). Vom Schulbesuch zurückgestellt wurden bei Schulbeginn 247 und bis Ende des Jahres weitere 123 der noch nicht schulpflichtigen Kinder. In den ersten Klassen der Volksschule verblieben somit 841 Kinder (428 Knaben und 413 Mädchen) mit Altersdispens, das sind 6,1 Prozent aller Elementarschüler. An schulpflichtigen Kindern wurden im Jahre 1955/56 insgesamt 677 zurückgestellt. Im Jahre 1956 besuchten 3.016 schulmündige Knaben und 2.755 schulmündige Mädchen die Pflichtschule freiwillig weiter.

Mit Ende des Schuljahres 1954/55 wurden die Schulhäuser V., Castelligasse 9, X., Puchsbaumgasse 55, XV., Goldschlagstraße 113, und XVII., Kalvarienberggasse 33, für den Unterrichtsbetrieb der Volks-, Haupt- und Sonderschulen nicht mehr verwendet und dafür mit Schulbeginn 1955/56 fünf wiederinstandgesetzte Schulgebäude, III., Dietrichgasse 36 (Hintertrakt), V., Gassergasse 46, X., Leibnitzgasse 33, XII., Deckergasse 1, und XXII., Plankenmaisstraße 30 (Zubau), bezogen. Dadurch ist eine wenn auch geringe Vermehrung der zur Verfügung stehenden Unterrichtsräume eingetreten. Der Schulraumzuwachs im 22. Bezirk und der allgemeine Schülerrückgang bewirkten einen weiteren Abbau des Wechselunterrichtes von 0,9 Prozent auf 0,5 Prozent; nur im 21. Bezirk in 10 Klassen und im 23. Bezirk in 12 Klassen besteht noch Wechselunterricht.

Bei den Pflichtschulen waren im Jahre 1956 folgende organisatorische Veränderungen zu verzeichnen:

In den Schulgebäuden XXII., Natorpgasse 1, und XXII., Afritschgasse 56, wurden Volksschulen für Knaben und Mädchen, im 5. Bezirk, Gassergasse 44—46, 1 Hauptschule für Knaben und Mädchen und im 3. Bezirk, Paulusplatz 4, sowie im 14. Bezirk, Kienmayergasse 41, je 1 Sonderschule für Schwachbefähigte neu eingerichtet. 4 Volksschulen in den Schulhäusern VIII., Lerchengasse 19, XV., Goldschlagstraße 113, XVI., Abelegasse 29, XXII., Meißnergasse 1/II, und 1 Sonderschule für Schwererziehbare in Mödling wurden aufgelassen. Der gesamte Stand an Schulen blieb jedoch unverändert.

Am 31. Dezember 1956 wurden von der städtischen Schulverwaltung 303 Schulgebäude verwaltet, von denen 282 als Volks-, Haupt- und Sonderschulen benützt, 11 dem Bund für Mittelschulzwecke überlassen und 6 für verschiedene Zwecke verwendet wurden. 4 Gebäude dienten als Flüchtlingslager. In 19 städtischen und privaten Gebäuden wurden für Volks-, Haupt- und Sonderschulen Räume gemietet.

Für Bauarbeiten wurden rund 45 Millionen Schilling aufgewendet. Die nachstehende Aufstellung gibt über die in Schulgebäuden durchgeführten Instandsetzungsarbeiten Aufschluß:

Dächer	25	Fenster	35
Außenfassaden	13	Höfe	9
Hoffassaden	6	Einfriedungen	2
Fußböden	21	Spielplätze	7
Türen	28	Zentralheizungen	7

Außerdem wurden 20 Schulgebäude ausgemalt. 2 Schulneubauten, und zwar das Schulgebäude II., Czerninplatz 3, und der Zubau zum Schulgebäude XXII., Plankenmaisstraße 30, wurden fertiggestellt, der Bau des Schulgebäudes in Stammersdorf wurde fortgesetzt.

2 Schulgebäude, und zwar im 23. Bezirk, Liesing, Pülslgasse 28, und im 16. Bezirk, Odoakergasse 48, die von der russischen Besatzungsmacht sowie als Flüchtlingsheim verwendet worden waren, wurden für Schulzwecke wiederinstandgesetzt.

26 Schulgebäude wurden modernisiert. Nach den für den Neubau von Schulen geltenden Richtlinien wurden die Podien in den Klassenzimmern entfernt, Radiostecker installiert, die elektrische Beleuchtung verbessert, Zentralheizungsanlagen eingebaut oder durch solche neuerer Konstruktion ersetzt, Ganggarderoben aufgestellt, Ärztezimmer eingerichtet, Brausebäder in den Turnsälen errichtet, Physiksäle mit Schülerversuchstischen mit Gas- und Stromanschluß versehen, Werkstättenräume neu gestaltet und in den Schulräumen Wasserauslässe installiert.

Für die Mitbenützung von Schulräumen, ausgenommen von Turnsälen, durch Volkshochschulen, Vereine usw. sowie durch die Musiklehranstalten der Stadt Wien wurden insgesamt 729 Bewilligungen erteilt.

Die Gemeinde Wien stellt den Schülern und Schülerinnen der Pflichtschulen Schreib- und Zeichenrequisiten sowie Handarbeitsmaterial kostenlos zur Verfügung. So wurden im Jahre 1956 1,900.000 Schreibhefte, 1,752.000 Löschblätter, 1,828.000 Zeichenblätter, mehr als 770.000 Schreibfedern und 441.000 Bleistifte sowie 39.500 m Batist, 19.700 m Dirndlstoff, 16.500 m Schulwebe und 24.800 Strähne Wollstrickgarn angekauft und dafür rund 3,120.000 S aufgewendet.

Dem praktischen Unterricht an den Schulen dienen außerdem die Schulpauschalien für Naturkunde, für Schulküchen und Werkstätten, die im Schuljahr 1955/56 die Summe von rund 724.000 S erreichten. Diese Schulpauschalien werden so angewiesen, daß die Schulleitungen zu Schulbeginn über eine Akontozahlung verfügen. Die Anweisung der definitiven Summe erfolgt im Laufe des Monats Oktober auf Grund der Meldungen der Schulleitungen über den Schüler- und Klassenstand. Die Erteilung des praktischen Unterrichtes in den Werkstätten der Berufsschulen an Teilnehmer der Einjährigen Lehrkurse an den Hauptschulen erforderte im Schuljahr 1955/56 einen Kostenaufwand für Material usw. von 58.000 S.

Der Ankauf neuer Lehrmittel, wie Modelle für Kaplanturbinen, Dampf- und Francis-Turbinen, Küchengeräte und Nähmaschinen erforderte 2,223.600 S. Für neue Schulmöbel wurden 3,787.600 S aufgewendet. Darunter befinden sich 4.870 Schülertische und 10.913 Schülersessel, 322 Klassenkasten und Lehrertische, mehr als 300 Buchwandtafeln und rund 150 Lehrmittelkasten. Die An- und Nachschaffung von Lernbüchern und Klassenlesestoffen, die den Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden, erforderte rund 3,300.000 S. Für Lehrer-, Schüler- und Klassenbüchereien wurden Bücher im Werte von rund 300.000 S angeschafft. Es gelangten 6 neue Klassenlesestoffe zur Ausgabe. Für den Englischunterricht wurden die Klassenlesestoffe „Open Doors“ und „Plays for Children“ mit einem Erfordernis von 172.000 S angekauft.

Im Jahre 1956 fand im Schulgebäude VII., Zieglergasse 21, eine Lehrmittelausstellung statt, um die Lehrerschaft mit den verschiedenen neuen Erzeugnissen bekannt zu machen, die für den Unterricht in Betracht kommen.

Die pädagogische Versuchsarbeit in den Pflichtschulen wurde im Schuljahr 1955/56 fortgesetzt und in mehrfacher Richtung weiterentwickelt. Die Fortsetzung betrifft die vom Stadtschulrat angeregten Erhebungen über die Linkshändigkeit, über Leseschwierigkeiten und ähnliche Probleme. Neu ist der Versuch, einen Ausgleich der besonderen Belastung der Schüler im 1. Schuljahr und der wesentlich geringeren im 2. Schuljahr herbeizuführen. Außerdem wurde eine neue Form der Schülerbeschreibung versuchsweise eingeführt.

Für die Beförderung der Schulkinder mit Straßenbahn und Autobus wurden 1,328.385 S und für Fahrten körperbehinderter Kinder in Spezialautobussen 327.815 S ausgegeben.

Um die Zulassung zur Privatistenprüfung über den Lehrstoff der vierten Hauptschulklasse bewarben sich im abgelaufenen Schuljahr 150 Erwachsene.

Der älteste Prüfungswerber war 53 Jahre alt, 3 Personen gehörten den Geburtsjahrgängen bis 1910, 2 bis 1920, 26 bis 1930, 109 bis 1940 und 10 dem Geburtsjahrgang 1941 an.

Von 98 öffentlichen und 6 privaten Pflichtschulen wurden Schullandheimaktionen in der Dauer von 1 bis 4 Wochen durchgeführt, an denen 198 Klassen mit 5.703 Schülern sowie 316 Lehrer als Aufsichtspersonen teilnahmen.

Eine Sammelaktion der Wiener Pflichtschuljugend für die Opfer der Lawinenkatastrophe von Kaprun ergab 285.823 S.

Der Versuch, die *Sonderschulen* für schwachbefähigte Kinder zu differenzieren, konnte infolge des Rückganges der Schülerzahlen in den Volks- und Hauptschulen, durch den nicht nur die bisherige Schulraumnot überwunden wurde, sondern sogar einzelne Schulgebäude frei wurden, erweitert werden. Durch den Wegfall der Sonderschule in Mödling wurde eine Umgruppierung in den Wiener Anstalten notwendig. 52 Hilfsschüler aus Wiener Heimen kamen in einen neu eröffneten Pavillon der Erziehungsanstalt Eggenburg, wo 3 Klassen für schwachbefähigte Kinder errichtet wurden. Dazu kommen noch die beiden Bundesinstitute (Taubstummen- und Blindenerziehungsanstalt) und die private Sonderschule für Schwachbefähigte in der Esdersvilla im Kaasgraben sowie die Sonderschule in der Bundesanstalt Kaiser-Ebersdorf.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 1, Seite 540.)

PÄDAGOGISCHES INSTITUT DER STADT WIEN

Die Vorlesungen im Pädagogischen Institut dienen in erster Linie der Fortbildung der Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer. Ein Teil dieser Vorlesungen wird auch von Kindergärtnerinnen, Berufsschul- und Mittelschullehrern besucht, um Aufschlüsse und Anregungen auf pädagogischen Spezialgebieten zu erhalten. Die Entwicklung und der Stand des Studienbetriebes sind aus der folgenden vergleichsweisen Gegenüberstellung zu ersehen:

	Wintersemester 1955/56	Sommersemester 1956	Wintersemester 1956/57
Vorlesungen pro Woche	163	152	156
Dozenten	150	150	146
Vorlesungsstunden pro Woche	380	385	382
Inskribierte Hörer	1.893	1.201	1.881
Besuch laut Belegscheinen	6.308	4.504	5.701

Im Wintersemester 1956/57 befaßte sich das Pädagogische Seminar mit den Problemen, die sich aus der Zusammenlegung der 1. und 2. Volksschulklassen zu einer Einheit ergeben. Außerdem wurde eine Vorlesung über die Verwendung pädagogischer Filme im Dienste der Elternschulung neu eingerichtet, die die Lehrer in die Technik der Filmdiskussion einführen soll. Um die Lehrerschaft mit den neuen physikalischen Geräten vertraut zu machen, wurden 7 Kurz-kurse für Physiklehrer abgehalten, die von 280 Lehrern besucht wurden.

In der letzten Märzwoche 1956 wurde für Lehrer aus Nieder- und Oberösterreich, Steiermark und Burgenland eine Pädagogische Woche abgehalten, an der 250 Lehrpersonen teilnahmen.

Die Keramikwerkstätte des Pädagogischen Institutes wurde vergrößert und durch Zuleitung von Gas und Wasser zweckentsprechend eingerichtet. Für den Institutsbetrieb wurde eine Magnetophonanlage und eine Schreibmaschine beigestellt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 6, Seite 548.)

PÄDAGOGISCHE ZENTRALBÜCHEREI

Im Jahre 1956 hat die Gemeinde für die Pädagogische Zentralbücherei 50.000 S bereitgestellt, wodurch eine bedeutend größere Anzahl von Werken angeschafft werden konnte als in den letzten Jahren. Der Bestand erhöhte sich um 1.150 Bände, davon wurden 963 angekauft, die übrigen waren Spenden. Insgesamt umfaßte die Bücherei Ende 1956 193.949 Bände an Büchern und Zeitschriften. Die Zahl der Entleiher ist mit 16.009 gegenüber 16.393 im Vorjahr etwas zurückgegangen; ebenso blieb die Zahl der Entlehnungen mit 58.743 gegenüber 64.763 im Jahre 1955 zurück. Die Zahl der Lesesaalbenützer wies mit 3.812 gegenüber 3.687 im Vorjahr eine leichte Steigerung auf. Insgesamt benützten die Pädagogische Zentralbücherei im Jahre 1956 19.821 Leser, das sind um 259 weniger als im Jahre 1955.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 16, Seite 562.)

BERUFSSCHULEN

Die Zahl der Berufsschulen hat sich im September 1956 um zwei erhöht, da wegen des weiteren Anstiegens der Schülerzahl eine Teilung der Berufsschule für Baugewerbe und die Errichtung einer zusätzlichen Berufsschule für Kleinhandel (Kleinhandel IV) notwendig geworden war. Auch die Zahl der Klassen und der Schüler der gewerblichen und kaufmännischen Berufsschule hat im Jahre 1956 zugenommen, und zwar insbesondere an den kaufmännischen Berufsschulen. Die anhaltende Zunahme der Schüler- und Klassenzahlen hat seit dem Jahre 1953 eine rund 100prozentige Erhöhung der Schülerstände bewirkt und erforderte organisatorische Änderungen in der räumlichen Unterbringung der Berufsschulen.

Die Berufsschule für Kleinhandel IV, die durch Abtrennung von Klassen der Berufsschulen für Kleinhandel I und II entstanden ist, wurde im Schulgebäude XV., Goldschlagstraße 113, untergebracht, wodurch dem Raumangel im Schulgebäude XX., Vorgartenstraße 95—97, abgeholfen werden konnte. In diesem Zusammenhang konnten die von den Berufsschulen für Kleinhandel I und II im Vorjahr benützten Expositurräume im 20. Bezirk, Gerhardusgasse 7, mit dem Schuljahr 1956/57 aufgegeben werden. Die Berufsschule für Textilgewerbe I mit Ausnahme der Werkstätte für die Fachklassen der Weber wurde zur Entlastung des Schulgebäudes V., Nikolsdorfer Gasse 18, in das Volksschulgebäude IV., Phorusgasse 10, verlegt. Der Lehrwerkstättenunterricht der Fachklassen für Wirker wurde weiterhin an der Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie V., Spengergasse 20, erteilt. Gleichzeitig wurden die Fachklassen für Stricker aus der Berufsschule für Textilgewerbe I losgelöst und in die Berufsschule für Textilgewerbe II mit dem unveränderten Standort V., Nikolsdorfer Gasse 18, eingeschult. Der Berufsschule für Industriekaufleute I wurden Expositurräume im Volksschulgebäude V., Diehlgasse 2, der Berufsschule für Kleinhandel III Expositurräume im Volksschulgebäude VII., Zieglergasse 21, zugewiesen.

Im Jahre 1956 wurde bis Schulschluß 1955/56 an der Berufsschule für Gastgewerbe und Fleischer ebenso wie in den Vorjahren je eine Fachsonderklasse für Köche und Kellner geführt, in denen Jugendliche einen ganzwöchigen Unterricht erhielten, der in seinem Umfang und Ziel die Meisterlehre des I. Jahrganges ersetzt. Zur Deckung der dem Magistrat der Stadt Wien erwachsenen Kosten dieser Fachsonderklassen haben bis zum Ende des Schuljahres 1955/56 die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und die Gewerkschaft der Arbeiter im Hotel- und Gastgewerbe beigetragen. Im September 1956 sind diese Fachsonderklassen infolge Einstellung der Beitragsleistung

durch die Kammer der gewerblichen Wirtschaft nicht wieder eröffnet worden.

Die im II. Semester des Schuljahres 1954/55 errichtete allgemeine gewerbliche Berufsschulklasse für den Theorieunterricht taubstummer Lehrlinge wurde an der Berufsschule für Damenschneider I weitergeführt. Die Zahl der Schüler dieser Taubstummenklasse betrug zu Beginn des Jahres 1956 14 und stieg bis Ende Dezember 1956 auf 18 an. Der praktische Unterricht für die taubstummen Lehrlinge findet in den Lehrwerkstätten der Berufsschulen ihres Gewerbes statt.

Auch im Jahre 1956 wurden die Wiener Berufsschulen durch sprengelfremde Pflichtschüler besucht. Auf Grund einer zwischen der niederösterreichischen Landesregierung und der Gemeinde Wien getroffenen Vereinbarung waren zum Jahresbeginn die Lehrlinge des III. Lehrjahres aus dem Gerichtsbezirk Schwechat und die Lehrlinge aller drei Lehrjahre aus dem Gerichtsbezirk Großenzersdorf, insgesamt 151, mit Beginn des Schuljahres 1956/57 nur noch die Lehrlinge der drei Lehrjahre aus dem Gerichtsbezirk Großenzersdorf verpflichtet, Wiener Berufsschulen zu besuchen, wenn für die betreffenden Berufsrichtungen keine Landesberufsschulen in Niederösterreich bestehen; Ende 1956 waren es 56 Lehrlinge. Das Land Niederösterreich hat für diese Lehrlinge die Bezahlung von Schulkostenbeiträgen an die Gemeinde Wien übernommen. Außerdem bewarben sich zahlreiche Lehrlinge aus den übrigen ehemaligen Randgemeinden sowie auch aus anderen Gebieten Niederösterreichs und vereinzelt aus dem Burgenland freiwillig um die Aufnahme in Wiener Berufsschulen. Mit Rücksicht auf die hohe Anzahl der Wiener Pflichtschüler und die Unterbringungsschwierigkeiten konnte nicht allen Ansuchen entsprochen werden. Anfang 1956 besuchten 295 niederösterreichische und 7 burgenländische Lehrlinge, am Jahresende 156 niederösterreichische und 3 burgenländische Lehrlinge freiwillig Wiener Berufsschulen. Für 16 Wiener Pflichtschüler, die auswärtige Berufsschulen besucht haben, wurden Schulkostenbeiträge an die Schulerhalter der besuchten Berufsschulen überwiesen. Überdies nahmen durchschnittlich 108 freiwillige Schüler, d. s. nicht aufgedungene Jugendliche, wie Skontistenanwärter aus Banken usw., und Lehrlinge, die vor Ablauf der Lehrzeit bereits die Berufsschulpflicht erfüllt haben, als Gastschüler am Unterricht der Wiener Berufsschulen teil. Im Sinne einer Anregung der Schulaufsichtsbehörde, des Landesarbeitsamtes und der übrigen beteiligten Stellen wurde im Schuljahr 1956/57 auch pflichtschulentlassenen Jugendlichen, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und denen bereits eine Lehrstelle zugesichert war, der Berufsschulbesuch als „Gastschüler“ ermöglicht. 15 Jugendliche unter 14 Jahren haben von dieser Begünstigung Gebrauch gemacht.

Der Schulkostenbeitrag für sprengelfremde Pflichtschüler und für Gastschüler wurde durch Beschluß des Gemeinderates vom 13. Juli 1956 von 43 S auf 60 S pro Wochenstunde und Schuljahr, somit bei einem neunstündigen Unterricht von 387 S auf 540 S für das Schuljahr erhöht. Für Lehrlinge, die anschließend an die mit Erfolg absolvierte dreijährige Berufsschule bis zur Gesellenprüfung freiwillig weiter am Berufsschulunterricht teilnehmen, blieb der Schulkostenbeitrag gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Für Schülerexkursionen zur Ergänzung des praktischen Unterrichtes erhöhte die Gemeinde ihren Fahrtkostenbeitrag für minderbemittelte Schüler von 30.000 S auf 34.000 S.

Die städtischen Subventionen für die Schulgemeinde betragen 97.500 S. Für die Abhaltung von sexuellen Aufklärungsvorträgen in den I. Klassen der Berufsschulen wurden 8.500 S zur Verfügung gestellt.

Zur Ausstattung der neu in Betrieb genommenen Klassenzimmer sowie zum Austausch unbrauchbar gewordener Einrichtungsgegenstände wurden mit



Die Schuljugend huldigt der Europabewegung mit einer Feier im Wiener Konzerthaus
Die Wiener Schule, Wegbereiter neuer Gedanken...

In der Hauptschule Aderklaaer Straße werden Gemälde von Künstlern des Wiener Künstlerhauses gezeigt





Stadtrat Mandl beglückwünscht Teilnehmer des Jugendabonnements, die eine Italienreise gewonnen haben

In den Wiener Fortbildungsschulen...

Ausstellung von Arbeiten aus der Berufsschule der Gold- und Silberschmiede



einem Kostenaufwand von 740.000 S Schulmöbel, und zwar 3.535 Sessel, 1.100 Schultische, 40 Zeichentische sowie 10 Doppelzug- und Wendetafeln, angeschafft. Die Ausstattung der Berufsschulen wurde durch Anschaffung von 6 Rundfunkgeräten und 3 Magnetophonanlagen verbessert.

Zur Einrichtung von zwei neuen Maschinschreibsälen für die Berufsschulen Kleinhandel IV und Großhandel II sowie als Ersatz für unbrauchbar gewordene Maschinen an anderen kaufmännischen Berufsschulen wurden 67 Schreibmaschinen angeschafft. Die kostenlose Beistellung der Lernmittel für den theoretischen Unterricht der Berufsschüler erforderte rund 600.000 S. Hiefür wurden u. a. 337.000 Schreibhefte, 167.000 Zeichenblätter und 567.000 Schreibblätter angekauft. Für den praktischen Unterricht wurden Materialien im Gesamtwerte von mehr als 1.100.000 S beschafft.

Im Lehrwerkstättenunterricht der Berufsschulen wurden verschiedene Geräte, Einrichtungsgegenstände und Halbfabrikate für andere berufsbildende Schulen hergestellt, wie Bürsten und Pinsel, Eimer, Kokskübel u. dgl. Der Berufsschule für Herrenschnneider und Schuhmacher wurden Arbeitsaufträge des Beschaffungsamtes auf Anfertigung von 350 Herrenanzügen und 241 Paar Schuhen zugewiesen. Der Gesamterlös für die Erzeugnisse des Lehrwerkstättenunterrichtes stieg von 184.000 S im Jahre 1955 auf rund 246.000 S im Jahre 1956.

Im Schulgarten Kagran wurden rund 30.000 kg und 19.000 Stück Gemüse sowie rund 1.400 kg Obst verkauft. Die Abgabe erfolgte zum Teil an Anstalten der Gemeinde Wien sowie an Schulen, der Rest wurde im Detailverkauf abgegeben. Außerdem wurden 133.200 Stück Jungpflanzen, 5.800 Obstbäume und Zierpflanzen sowie 19.600 Topfpflanzen verkauft.

Der Stand der Lehrlinge in der Uhrmacherlehrwerkstätte der Stadt Wien betrug Ende 1956 40. Im Laufe des Jahres 1956 wurden 12 Lehrlinge neu eingestellt, 13 sind ausgetreten, von denen 8 die Gesellenprüfung abgelegt und 2 die Prüfung nicht bestanden haben; 3 Lehrverhältnisse wurden gelöst.

Die Maschinen- und Werkzeugbestände der Lehrwerkstätten der Berufsschulen für Elektro- und Radiotechniker, für das metall-, leder- und papierverarbeitende Gewerbe, für das graphische Gewerbe sowie für das Textil-, Herrenschnneider- und Schuhmachergewerbe wurden durch zahlreiche Neuananschaffungen vermehrt und modernisiert. So wurden 15 Großmaschinen, darunter Druckpressen und Schleuderapparate, Waschmaschinen, Drehbänke, eine Hobelmaschine und eine automatische Papierschnellschneidemaschine, mit einem Kostenaufwand von rund 1 Million Schilling angekauft und den Berufsschulen zur Verfügung gestellt. In 30 Zeichensälen und 14 Direktionskanzleien im I. Zentralberufsschulgebäude wurden durch Installation von neuen Beleuchtungskörpern die Beleuchtungsverhältnisse wesentlich verbessert.

Im Jahre 1956 wurden Lehrsäle, Zeichensäle, Lehrwerkstätten, Festsäle usw. in Berufsschulgebäuden und in den Gebäuden der außerschulischen städtischen Lehranstalten für Frauenberufe rund 80 Veranstaltern, die sich mit der gewerblichen Fortbildung und mit der Erfassung der Jugendlichen für Bildungszwecke befassen, überlassen. Darüber hinaus wurde der Festsaal im II. Zentralberufsschulgebäude für Kinovorführungen, die in den Mittagspausen vom Stadtschulrat veranstaltet wurden, verwendet.

Einer langjährigen Gepflogenheit entsprechend, wurden auch am Ende des Schuljahres 1956/57 Schüler, die hervorragende Leistungen aufzuweisen hatten, durch Überreichung eines Diploms vom Stadtschulrat sowie von Sachpenden der Innungen und Gehilfenausschüsse ausgezeichnet.

In den Berufsschulen wurde auch wertvolle erzieherische Arbeit geleistet. Von der ständig steigenden Zahl der Unfälle ausgehend, beschäftigte sich die Jahreskonferenz der Berufsschullehrer mit der Erziehung zur Unfallverhütung. Dabei kam zum Ausdruck, daß die Berufsschule die beste und zumeist einzige

Gelegenheit bietet, die Lehrlinge in den Vorschriften zum Schutz des Lebens und der Gesundheit bei der Ausübung bestimmter Arbeiten zu unterweisen und sie zu unfallverhütendem Verhalten zu erziehen.

Die Arbeit der Schulgemeinde erstreckte sich auf die Betreuung der Schüler in 13 Sportgruppen, auf Abhaltung von 23 Rechennachhilfekursen, 20 Sprachkursen, 66 Fachkursen, 6 Motorenkudenkursen und je 1 Kurs für Schachspiel, künstlerischen Tanz, Volkstanz, Singen, Akkordeonspiel und auf Veranstaltungen.

Unter der Devise „Berufsschüler helfen“ wurde Geld für den Bau eines Planschbeckens gesammelt, das für Zwecke der Wassertherapie im Heim für körperbehinderte Kinder in Nußdorf benötigt wurde. Das Planschbecken wurde von Berufsschullehrern entworfen und unter Mitwirkung von Berufsschülern gebaut.

Die Zahl der Schulen, an denen Sprechabende für Eltern und Meister abgehalten werden, steigt weiter an. Die Berichte aus den Schulen bezeugen, daß diese Sprechabende helfen, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus sowie Schule und Betrieb zu fördern.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 2, Seite 546.)

LEHRANSTALTEN FÜR HAUSWIRTSCHAFTLICHE UND GEWERBLICHE FRAUENBERUFE

Im Jahre 1956 wurden drei städtische Privatlehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe von der Gemeinde Wien verwaltet. Da sich während des Jahres die Zahl der Schülerinnen verminderte, wurde der Lehrkörper dieser Anstalten um fünf Lehrkräfte reduziert. Außerdem waren einige organisatorische Änderungen zu verzeichnen. Das Schulgebäude IX., Wilhelm Exner-Gasse 34, wurde auf Grund eines Rückstellungsvergleiches mit 31. Dezember 1956 dem 1. Verein österreichischer Lehrerinnen übergeben. Die bisher dort untergebrachte Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe wurde in das ehemalige Volksschulgebäude IX., Hahngasse 35, übersiedelt, das hierfür adaptiert wurde. In diesem Zusammenhange konnten auch die Exposituren IX., Galileigasse 8, und IX., Wilhelm Exner-Gasse 36, aufgelöst werden. Anlässlich der Übersiedlung wurde die Lehranstalt mit neuen Schulmöbeln ausgestattet.

Ende 1956 standen zur Unterbringung der städtischen Lehranstalten für Frauenberufe die Gebäude VI., Brückengasse 3, IX., Hahngasse 35, XV., Sperrgasse 8—10, sowie Räume im städtischen Volksschulgebäude XV., Viktoria-gasse 6, zur Verfügung. Das Gebäude XII., Dörfelstraße 1, wird zur Unterbringung der Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe VI., Brückengasse 3, adaptiert.

Die Höhe der Schulgebühren sowie die Richtlinien für die Schulgebührenbegünstigung blieben für die Schülerinnen dieser Lehranstalten unverändert. Die Teilnehmergebühren für den Besuch von Freigegegenständen wurden im Schuljahr 1956/57 wesentlich herabgesetzt. Bis dahin war die Einrichtung des Unterrichts in Freigegegenständen auf Selbsterhaltung gestellt; durch Beschluß des Gemeinderates vom 13. Juli 1956 wurde die Teilnehmergebühr pro Freigegegenstand und Semester mit 15 S festgesetzt. Mit Beginn des Schuljahres 1956/57 wurden drei Kurse in Freigegegenständen für 75 Schülerinnen eingerichtet. Das von den Schülerinnen der Lehranstalten für hauswirtschaftliche Frauenberufe zu entrichtende Kostgeld blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Teilnehmergebühren für die Kurzurse, die durchwegs nach dem Prinzip der Selbsterhaltung geführt werden, wurden entsprechend den neuen Gehaltsansätzen für die städtischen Lehrer erhöht.

Für berufstätige Frauen wurden im Jahre 1956 zehn Kurzurse für Nähen, Kochen und Servieren eingerichtet, die von 152 Personen besucht wurden.

Die Schülerinnen des 3. Jahrganges der dreijährigen Hauswirtschaftsschule wurden, wie alljährlich, zur Ableistung eines 14tägigen Kochpraktikums den Krankenanstalten der Stadt Wien zugewiesen. Ebenso haben die Schülerinnen der Fachschule für Großküchenbetriebe das lehrplanmäßig vorgeschriebene dreimonatige Kochpraktikum an städtischen Krankenanstalten absolviert.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 3, Seite 547.)

WOHLFAHRTSWESEN

JUGENDFÜRSORGE

Wie in allen europäischen Großstädten wird auch in Wien in den letzten Jahren die gleiche Tatsache registriert: in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstieges und einer damit verbundenen Erhöhung des Lebensstandards haben sich auch helfende soziale Maßnahmen der neuen wirtschaftlichen und sozialen Situation anzupassen. Die Jugendfürsorge hat vor allem die veränderte Familiensituation durch betonte Leistungen in der Fürsorgeerziehung und in der Heilpädagogik zu berücksichtigen. Gerade die „sanfte Gewalt der Erziehung“, die sich für den Außenstehenden kaum merkbar auswirkt, ist zur wichtigsten Leistung geworden: Noch immer ist in Wien die Zahl der Ehescheidungen groß. Der anwachsende Alkoholismus gefährdet in hohem Maße die Familie. Und noch immer schenkt die Öffentlichkeit dem Schutz der Jugend, den Schule und Elternhaus, Jugendamt und Polizei gemeinsam dringend fordern, zu wenig Aufmerksamkeit.

In diesem Zusammenhang ist die Aufklärungsarbeit des Jugendamtes der Stadt Wien und der Elternschule der Stadt Wien bedeutungsvoll. Es muß als gutes Zeichen gewertet werden, daß gerade die jungen Eltern für diese Kurse große Aufmerksamkeit beweisen und ihre Freizeit für den Besuch dieser Einrichtung opfern. Neben den zentralen Elternschulen, die gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien und den Volkshochschulen veranstaltet werden, wurden im Jahre 1956 in mehreren Bezirksjugendämtern Elternrunden veranstaltet, die vorwiegend von Pflegeeltern der Gemeinde Wien besucht wurden.

Anlässlich der tragischen Ereignisse in Ungarn im November 1956 wurden Fürsorgerinnen des Wiener Jugendamtes über Ersuchen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung in das Grenzgebiet entsendet, um dort in den Auffanglagern mitzuarbeiten. Dieser Verbindungsdienst hat sich sehr gut ausgewirkt.

KAMPF GEGEN SCHMUTZ UND SCHUND

Das Jugendamt der Stadt Wien führt in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien und den großen Jugendorganisationen einen erfolgreichen Kampf gegen Schmutz und Schund. Wenn es auch noch nicht gelungen ist, die Zeitungsstände von den grellbunten, unsere Kinder gefährdenden Schundschriften vollkommen zu säubern, so kann doch mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Öffentlichkeit die Arbeit des Jugendamtes billigt und nach Möglichkeit fördert. Vor allem ist das gute Zusammenwirken mit dem Buchklub der Jugend hervorzuheben.

Im Jahre 1956 wurden auf diesem Gebiet insgesamt 31 Entscheidungen getroffen, mit denen für 22 Serien und 9 Einzelhefte von Druckschriften Verbreitungsbeschränkungen erlassen wurden.

GESETZLICHE NEUERUNG IN DER JUGENDFÜRSORGE

Die Wiener Landesregierung hat am 2. Oktober 1956, LGBl. für Wien Nr. 27/1956, eine Verordnung erlassen, mit der Richtlinien für die Errichtung

und den Betrieb von Pflegekinderheimen und von Fürsorgeerziehungsheimen sowie für die Anerkennung von Heimen der freien Jugendwohlfahrtspflege als Fürsorgeerziehungsheime ausgesprochen wurden. Diese Verordnung ist ein wichtiges Hilfsmittel, die Heime für Pflegekinder, die mehr als zehn Minderjährige unter 16 Jahren aufnehmen und von Einzelpersonen oder nichtöffentlichen Institutionen geführt werden, schon vor Beginn des Betriebes zu überprüfen und später in entsprechender Form zu beaufsichtigen. Damit ist eine weitere Sicherung für den notwendigen Schutz der Jugend Wiens gegeben.

DAS WIENER JUGENDHILFSWERK — EIN FONDS

Das Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz führt in seinem Paragraph 13, Erholungsfürsorge für Kinder und Jugendliche, aus: Der Landesregierung obliegt die Vorsorge für Organisation und Durchführung der Jugenderholungsfürsorge. Diese besteht in der Unterbringung sozial- und erholungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher in Erholungsheimen, Erholungsstätten oder auf geeigneten Privatpflegeplätzen. Der Landesregierung obliegt auch die Förderung der freien Wohlfahrtspflege bei der Durchführung der Jugenderholungsfürsorge. Der Wiener Landtag hat nun mit Bezug auf diese Gesetzesbestimmung am 1. Juni 1956 ein Gesetz beschlossen, mit dem der Fonds „Wiener Jugendhilfswerk“ errichtet wurde. Damit wurde für die Arbeit des Wiener Jugendhilfswerkes eine gesetzliche Grundlage geschaffen.

Wien hat kaum eine andere Institution aufzuweisen, die von der Bevölkerung so uneingeschränkt anerkannt und geschätzt wird, wie das Wiener Jugendhilfswerk, das nun schon mehr als 30 Jahre lang den bedürftigen Kindern der Stadt in schönen Heimen in ganz Österreich und in gut gelegenen Tagesheimen Erholung während der Ferien ermöglicht. Es waren zwei Umstände, die nach dem ersten Weltkrieg zur Gründung des Wiener Jugendhilfswerkes führten: die Not der Kinder, die damals ein nie erlebtes Ausmaß erreichte, und das in der neu errungenen Demokratie erwachte soziale Empfinden. In den Jahren 1918 und 1919 war die Not in Österreich groß, und noch nie war die Fürsorge für Kinder und Jugendliche in Wien so dringend notwendig wie damals. Die Kinder waren unterernährt und in den Städten und Industrieorten von seelischem Notstand bedroht. Damals hatten sich zuerst die Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden, auch Italien und Frankreich der Wiener Kinder angenommen. Diese Auslandsaktionen waren nur ein Anfang der großen Wiener Erholungsfürsorge von heute.

Im Sommer 1920 faßte auf Antrag des Abgeordneten Max Winter der niederösterreichische Landtag den Beschluß, eine Ferienerholung für Kinder zu organisieren. So entstand das niederösterreichische Jugendhilfswerk, das „NÖJUG“. Mit der Führung der Geschäfte dieses Jugendhilfswerkes wurden das Jugendamt der Stadt Wien, das niederösterreichische Landesjugendamt und der allgemeine Verband für freiwillige Jugendfürsorge betraut. Dieser Institution gelang es, in einigen Wochen 25.000 Kinder aus Wien und Niederösterreich bei bäuerlichen Familien und in improvisierten Ferienheimen unterzubringen. Schon damals war die Zusammenarbeit aller dafür in Betracht kommenden Kräfte der wesentliche Leitgedanke. Die Zusammenfassung von Bundesmitteln, von Leistungen der Gemeinde Wien und des Landes Niederösterreich sowie von Lebensmittelspenden der amerikanischen Kinderhilfsaktion ließ diese erste Aktion zu einem großen Erfolg werden.

Als die Stadt Wien am 1. Jänner 1922 verfassungsrechtlich ein eigenes Land wurde, schuf der neue Gemeinderat am 7. Jänner 1922 das Wiener Jugendhilfswerk, das „WIJUG“. Vor allem beeinflussten die bahnbrechenden Ideen

des Universitätsprofessors Dr. Julius Tandler, des damaligen Amtsführenden Stadtrates für Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, das Statut des WIJUG.

Bald zeigte es sich, daß trotz größter Opferwilligkeit die finanziellen Mittel der nichtöffentlichen Organisationen nicht ausreichten. Es war daher notwendig, dem WIJUG eigene Einnahmequellen zu verschaffen. So wurde im Jahre 1923 eine Sammlung unter der Bezeichnung „Kinderrettungswoche“ eingeführt, die ein Erträgnis von mehr als 2,6 Milliarden Kronen, das waren im heutigen Werte etwa 200.000 S, brachte. Im Jahre 1925 wurde dann zum erstenmal die WIJUG-Lotterie veranstaltet.

Am 1. Juni 1956 beschloß der Wiener Landtag ein Gesetz, mit dem der „Fonds — Wiener Jugendhilfswerk“ errichtet wurde. Das Gesetz spricht aus, daß „zur Durchführung und Erweiterung der Erholungsfürsorge für Kinder und Jugendliche, die einer Erholung bedürfen, ein gemeinnütziger Fonds errichtet wird“. Er führt die Bezeichnung „Wiener Jugendhilfswerk“ und besitzt Rechtspersönlichkeit. Das Gesetz regelt unter anderem die Aufbringung der Mittel, die Leistungen und den Anspruch auf die Leistungen. Paragraph 6 umschreibt die Pflichten der „Berechtigten“: „Die Berechtigten sind verpflichtet, ihre Erholungsfürsorgemaßnahmen in einer entsprechenden, jede Gefährdung der anvertrauten Kinder und Jugendlichen ausschließenden Weise durchzuführen.“

Das Kuratorium besteht aus dem Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen als Vorsitzendem und aus mindestens 18, höchstens 20 Mitgliedern und hat aus seiner Mitte den Vertreter des Vorsitzenden zu bestellen. Neun Mitglieder sind vom Gemeinderat zu entsenden. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung und der Stadtschulrat für Wien können je einen Vertreter entsenden; der Leiter der mit der öffentlichen Jugendwohlfahrtspflege betrauten Abteilung des Magistrats sowie der Leiter der Geschäftsstelle sind in dieser Eigenschaft Mitglieder des Kuratoriums. Sieben weitere Mitglieder des Kuratoriums werden aus dem Kreis der Mitarbeiter jener Organisationen oder Einrichtungen entsendet, die nach den Bestimmungen des Fonds dazu Berechtigungen erhalten haben.

Der Bürgermeister der Stadt Wien und der Magistratsdirektor haben das Recht, an den Sitzungen im Kuratorium mit beratender Stimme teilzunehmen. Den Sitzungen des Kuratoriums können Personen, die ihm nicht angehören, mit beratender Stimme zugezogen werden. Die Mitgliedschaft im Kuratorium ist ein unbesoldetes Ehrenamt. Neben dem Kuratorium besteht ein zehngliedriger Arbeitsausschuß, dem der Leiter der Geschäftsstelle, drei Gemeinderäte aus dem Kuratorium und sechs andere Kuratoriumsmitglieder angehören. Es hat sich seit 1922 außerordentlich bewährt, das WIJUG durch den Magistrat der Stadt Wien als Geschäftsstelle führen zu lassen. Die Kosten dieser Geschäftsstelle trägt also die Stadt Wien, und ihre Gebarung unterliegt der Prüfung des Kontrollamtes der Stadt Wien.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 16, Seite 394.)

VORMUNDSCHAFTEN, RECHTSFÜRSORGE

Die fast unveränderte Zahl der Amtsmündel ist ein Zeichen der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung. Schon seit längerer Zeit konnte der Begriff „Soldatenkinder“, der vom Jugendamt immer als diskriminierend abgelehnt worden war, endgültig ausgetilgt werden.

Im Jahre 1956 betreute das Jugendamt der Stadt Wien 23.807 Amtsmündel. Unter Hinzurechnung der Kuratelen der Amtshilfe- und Regreßfälle befaßten sich 80 Referenten mit 32.612 Fällen. Das Vormundchaftswesen des Jugendamtes der Stadt Wien kann, wie eingehende Kontrollen ergeben haben, als

vorbildlich bezeichnet werden und wird in seiner Tätigkeit sowohl von österreichischen Fachleuten als auch vom Ausland immer wieder als mustergültig angesehen.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 4, Seite 387.)

SCHWANGERENFÜRSORGE, MUTTERBERATUNG UND SÄUGLINGSFÜRSORGE

Die Schwangeren- und Säuglingsfürsorge bleibt nach wie vor ein wichtiger Teil der Jugendfürsorge in Wien. Ständige Aufklärung durch Presse und Rundfunk, aber auch durch Briefe an alle Ärzte weist auf die Notwendigkeit der Schwangerenberatung und der Schwangerenfürsorge hin. Es zeigt sich, daß die ausgezeichnete ärztliche Versorgung Wiens (vor allem durch die großen Krankenkassen) sich immer mehr individualisiert; die Mehrzahl der schwangeren Frauen sucht den Arzt ihres Vertrauens auf. Trotzdem werden die Mutterberatungsstellen der Gemeinde Wien nach Bedarf ausgebaut und den Erfordernissen der seelischen Hygiene angepaßt. Im Jahre 1956 wurde eine neue Mutterberatungsstelle in Wien XIX., Glanzing, eröffnet.

Am 10. Jänner 1956 wurde in der Semmelweis-Frauenklinik in Gersthof das 80.000. Säuglingswäschepaket der Gemeinde Wien nach dem zweiten Weltkrieg einer jungen Wiener Mutter durch Bürgermeister *Jonas* im Beisein von Vizebürgermeister *Honay* überreicht. Die glückliche Mutter erhielt mit dem Paket einen großen Fliederstrauß, ihr Kind ein auf 500 Schilling lautendes Sparkassenbuch der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien mit einer Widmung des Bürgermeisters. Im Jahre 1956 wurden insgesamt rund 12.000 Säuglingswäschepakete ausgegeben, das sind um etwa 1500 Pakete mehr als im Vorjahr. Der Inhalt wurde von 10 auf 20 Windeln erhöht und besteht außerdem aus 4 Hemden, 4 Jäckchen, 2 Flanellwindeln, 1 Gummieinlage, 1 Wolldecke, 1 Strampelanzug und 1 Hautpflegegarnitur.

Im November wurden ungarische Flüchtlingsfrauen, die schwanger waren oder Säuglinge auf ihrer Flucht mitbrachten, in die Aktion einbezogen. Die Schwangeren wurden den Entbindungsheimen zugewiesen, wo sie auch die Säuglingswäschepakete erhielten. Die Mutterberatungsstellen und, wo es notwendig war, die Säuglingskrippen und Kindergärten standen den Kleinstkindern der Flüchtlinge ebenfalls zur Verfügung.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 1, Seite 387.)

ADOPTIONSSTELLE

Die Führung der Adoptionsstelle ist eine der schwierigsten Aufgaben des Jugendamtes der Stadt Wien. Es ist ein guter Beweis für die seelische Haltung der Mütter unserer Stadt, daß von der relativ hohen Zahl der Amtsmündel nur ganz wenige Kinder zur Adoption freigegeben werden. Die Auffassung des Jugendamtes der Stadt Wien, kein Wiener Kind für Adoptionswerber im Ausland freizugeben, wurde nunmehr durch internationale Beschlüsse bestätigt.

Die Zahl der zur Adoption vorgemerkten Kinder ist gesunken und beträgt rund 200, jene der vorgemerkten Adoptionswerber ist auf etwa 300 gestiegen. Für 26 Kinder wurden Pflegeverträge, für 72 Kinder Adoptionsverträge abgeschlossen. Im Jahre 1956 wurde der Caritas der Erzdiözese Wien und der Caritas Socialis die Berechtigung zur Vermittlung von Adoptionen erteilt.

Bei den Adoptionsanmeldungen ist ein Zuwachs an ehelich geborenen Kindern festzustellen. Sie stammen aus zerrütteten oder geschiedenen Ehen. Es wird in diesem Zusammenhang erwogen, ob nicht den Kindern dieser Ehen durch das Gesetz ein besserer Rechtsschutz zuteil werden könnte. So wie das

Gesetz einen Ehebandsverteidiger kennt, wäre es entsprechend, auch für das Kind von Gesetzes wegen einen besonderen Verteidiger seiner Rechte zu bestellen.

KINDERÜBERNAHMSSTELLE

Die Zahl der Neuaufnahmen von Kindern in die Gemeindepflege steigt leicht an. Mehr als die Hälfte der in Gemeindepflege versorgten Kinder mußte wegen schwerer Erziehungsmängel in Obsorge genommen werden. Es zeigt sich ein stetes Anwachsen eines Erziehungsnotstandes. Mutterlose Haushalte sind die Hauptursache von seelischer Verwahrlosung der Kinder. Das Problem der sogenannten „Halbstarken“ bereitete in Wien, dank der verständnisvollen Zusammenarbeit mit der Presse und der tatkräftigen Hilfe der Bundespolizeidirektion, bisher keine besonderen Schwierigkeiten.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 12, Seite 392.)

PFLEGEKINDER

Das Jugendamt der Stadt Wien betreut etwas mehr als 1.100 Pflegekinder, davon 700 in Wien und 425 in anderen Bundesländern. Es ist gelungen, die auswärtigen Pflegestellen noch intensiver zu kontrollieren. Im Jahre 1956 wurden nur noch 5 Pflegekinder, d. i. etwa 1 Prozent, wegen ungünstiger Pflegeverhältnisse anderen Pflegeeltern zugewiesen.

Das Jugendamt der Stadt Wien wirbt mit allen modernen Werbemitteln dauernd um Pflegeeltern. Vollbeschäftigung und Wohnungsenge sind jedoch die Hauptgründe, daß sich keine neuen Pflegeeltern melden: es sei aber ausdrücklich wiederholt, daß in guten Pflegestellen bessere Fürsorge- und Erziehungserfolge erreicht werden als in Kinderheimen.

Jene Pflegekinder, die keine Angehörigen haben, oder nur geringen Kontakt mit solchen besitzen, wurden besonders sorgfältig betreut; diese Kinder feierten Weihnachten in dem schönsten Erholungsheim der Stadt Wien.

Die Pflegegroßfamilien haben sich weiterhin bewährt. Das Jugendamt der Stadt Wien führte im Jahre 1956 zehn Pflegegroßfamilien mit insgesamt 72 Kindern, darunter 15 Geschwister verschiedenster Altersstufen. Im November 1956 konnte eine Großfamilie besonderer Art gegründet werden, die nur schwer gehörgeschädigte Kinder aufnimmt. In den Großfamilien bestehen herzliche Bindungen der Kinder an ihre Pflegeeltern. Rückstellungen von Kindern wurden nur dort vorgenommen, wo durch fürsorgliche Bemühungen eine Anpassung an die eigene Familie gelungen war.

Die Zusammenarbeit des Jugendamtes der Stadt Wien mit etwa 40 privaten und den städtischen Kinderheimen hat sich vertieft und war sehr erfolgreich. Immer mehr wird die Zusammenarbeit der Heimleitungen und deren erzieherischem Personal mit den Heimfürsorgerinnen, aber auch mit dem kontrollierenden Arzt anerkannt, und bei der Führung der Heime entsprechend berücksichtigt.

Im Jahre 1956 wurde erstmalig eine Ehrung für Pflegemütter durchgeführt, die seit mindestens 10 Jahren ein oder zwei Kinder gegen Pflegegeld der Stadt Wien betreuten. Die Pflegemütter erhielten je ein Diplom und eine Geschenkkassette mit 500 oder 1.000 S in Silbermünzen zu 25 S. Insgesamt erhielten 191 Pflegemütter 500 S, davon entfielen 99 auf Wien, 92 auf die anderen Bundesländer. 10 Pflegemütter wurden für die Betreuung von 2 Kindern, und zwar 4 Pflegemütter in Wien und 6 in den anderen Bundesländern, geehrt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 13, Seite 394.)



„Autorennen“ bei einem Sommerfest im Zentralkinderheim der Stadt Wien
Kinder sind bei der Gemeinde wohl behütet...

Ein neuer städtischer Kindergarten in Döbling, Probusgasse





Von den Schulärzten ausgewählte gesundheitsgefährdete Kinder fahren nach Sori bei Genua
Die Jugendinternationale im Werden...
Im Internationalen Jugendlager 1956 im Hörndwald sind 13 Nationen vertreten



ERZIEHUNGSBERATUNG UND INSTITUT FÜR ERZIEHUNGSHILFE

Die Erziehungsberatung erfolgt in den Bezirksjugendämtern, in der Beobachtungsstelle im Kinderheim Schloß Wilhelminenberg und in den sogenannten Durchzugsheimen. Die Verteilung der zu beratenden Kinder zeigt, daß die schulpflichtigen Kinder überwiegen; für die Schwere der Fälle spricht, daß bei mehr als 70 Prozent aller vorgestellten Kinder als erzieherische Maßnahme die Unterbringung in einer Anstalt vorgeschlagen werden mußte. Alle Erziehungsberater Wiens nahmen an der „Dritten Österreichischen Arbeitstagung für Erziehungsberater an Jugendämtern“ teil. Die Zusammenarbeit mit der österreichischen und der internationalen Fachwelt hat sich überaus fruchtbar erwiesen.

Das Wiener Institut für Erziehungshilfe ist auch im sechsten Jahre seines Bestandes eine ausgezeichnete Einrichtung in der Jugendfürsorge der Stadt Wien. Die Zahl der Ärzte, Lehrer, Sozialarbeiter und Eltern, die mit dem Institut in enge Verbindung kommen, gewinnt ständig an Umfang. Im Jahre 1956 wurden insgesamt mehr als 300 Kinder mit nervösen Störungen, die sich als Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, auffallende Ängstlichkeit, Nägelbeißen, Stottern, Bettnässen oder überbetontes sexuelles Interesse äußerten, behandelt; ein sehr hoher Prozentsatz wurde geheilt oder einer anderen speziellen, meist ärztlichen Behandlung zugewiesen.

Das Institut für Erziehungshilfe wurde durch die Verleihung des Theodor Körner-Preises ausgezeichnet.

FÜRSORGEERZIEHUNG UND ERZIEHUNGSAUFSICHT

Das im August 1955 in Kraft getretene Jugendwohlfahrtsgesetz beschränkt die Anordnung der Fürsorgeerziehung auf jene Kinder und Jugendlichen, die charakterlich bereits verwahrlost sind. Die Fürsorgeerziehung als vorbeugende Maßnahme wird nun nicht mehr ausgesprochen. Trotzdem zeigt sich ein Ansteigen der Zahl der Fürsorgezöglinge, wobei das Schwergewicht nach dem Lehrlingsalter verlagert ist; fast 80 Prozent der Fürsorgezöglinge sind dem Schulalter entwachsen. Dabei ist festzustellen, daß die Verwahrlosung der weiblichen Jugend in größerem Maße zunimmt. Der Mangel an geeigneten Erziehungsheimen wirkt sich bei der Betreuung dieser gefährdeten Jugendlichen sehr hemmend aus.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 5, Seite 388.)

KINDERTAGESSTÄTTEN

Der Ausbau der Kindergärten und Horte der Stadt Wien wird in Zusammenarbeit mit der gesamten Stadtplanung fortgesetzt. Im Jahre 1956 wurden 10 neue Gruppen eröffnet, und zwar in Wien IV., Waltergasse, X., Wienerfeld-Ost, XIII., Anton Langer-Gasse und XXI., Scottgasse. Neu erbaut wurden Kindergärten in Wien III., Landstraßer Hauptstraße, und Wien XIX., Probusgasse; insgesamt bestanden Ende 1956 299 Kindergärten und Horte.

Die Tagesheimschulen, die weiterhin als Kindertagesstätten eine besondere Rolle spielen, besitzen derzeit 25 Gruppen.

Die Übergangsgruppen für jene Kinder, die aus verschiedenen körperlichen und seelischen Gründen noch nicht die Schule besuchen können, werden weiterhin sorgfältig betreut. Es gibt derzeit in Wien 11 Gruppen. Psychologen und Fürsorger, Lehrer und Kindergärtnerinnen arbeiten gemeinsam, um die Entwicklung dieser Kinder soweit als möglich zu fördern.

Für Kindergärtnerinnen und Horterzieherinnen werden systematisch Vor-

träge mit pädagogischen, psychologischen und medizinischen Themen abgehalten. Fachkurse für Basteln, für das Schnitzen von Bambusflöten, für musikalische Erziehung usw. ergänzen die theoretische Ausbildung.

Weiterhin wurde besonderes Augenmerk der Herausgabe der Merkblätter für Eltern geschenkt. Neu herausgegeben wurden: „Unsere Kinder sollen keine Rebläuse werden“, „Richtiges Spielzeug für unsere Kinder bis zum dritten Lebensjahr“, „Das richtige Spielzeug für Kinder von 3 bis 6 Jahren“. Die beiden Merkblätter über Spielzeug wurden den Eltern um die Weihnachtszeit übergeben. Folgende Merkblätter wurden neu redigiert und wieder herausgegeben: „Der Krampus ist ein böser Mann“, „Richtige Zahnpflege schon beim Kleinkind“, „Brief an die Eltern schulreifer Kinder“.

In den Sonderkindergärten, insbesondere im Sonderkindergarten „Schweizer Spende“, wurde der Kontakt mit den Sonderschulen wesentlich vertieft; beim Übertritt der Kinder in die Schule wurde jeder einzelne Fall individuell behandelt. In den Sommerkindergärten der Stadt Wien fanden 5.400 Kinder Erholung. Die Hortkinder fahren gemeinsam in Ferienheime und Sommerlager. Der Gesundheitszustand der Kleinkinder in den Kindergärten kann als sehr gut bezeichnet werden.

Die „Adoptionsstelle für Puppen“ ist nun eine schon festverwurzelte Institution geworden. Wieder wurden am Vorabend des Weihnachtsfestes den kleinen Pflegemüttern ihr „Adoptivkind“, neuen Pflegemüttern Puppenkinder für ein Jahr lang zur Pflege übergeben.

Den Studierenden der Bildungsanstalten für Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Fürsorgerinnen sowie der Frauenoberschule wurde jede Möglichkeit gewährt, unter den entsprechenden Voraussetzungen in den Kindergärten und Horten der Gemeinde Wien zu hospitieren und zu praktizieren. Das Katechetenseminar der Wiener Universität unter Führung von Universitätsprofessor Dr. *Mittelstedt* hat auch im Jahre 1956 den Sonderkindergarten „Schweizer Spende“ besucht. Sowohl der Sonderkindergarten „Schweizer Spende“ als auch eine große Anzahl anderer Kindergärten wurde von Besuchern aus Österreich und dem Ausland häufig besichtigt. Besonders hervorzuheben ist die hohe Zahl der Besucher aus Deutschland, Jugoslawien und Dänemark.

Das Dezernat für die Führung der Kindergärten und Horte war ferner damit beschäftigt, pädagogische und fürsorgerische Probleme im Zentralkinderheim der Stadt Wien einer möglichst vollkommenen Lösung zuzuführen.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 9, Seite 391.)

JUGENDBERUFSFÜRSORGE

In der Jugendberufsfürsorge wurde der Verbindungsdienst zu den Berufsschulen ausgebaut. Bei den betreuten Jugendlichen war es im steigenden Maße notwendig, sie im Sinne einer vertieften Berufsausbildung zu beeinflussen. Es gibt noch immer eine große Zahl von Schülertlassenen, die in ungelernter manueller Arbeit, also als Hilfsarbeiter, rasch zu Verdienst kommen wollen, um ein kurzlebiges Ziel schnell zu erreichen. Fast 1.000 Jugendliche wurden auf ihrem Lehrplatz, in der Schule, aber auch in der eigenen Familie und in den Erziehungsanstalten belehrt, daß eine gediegene Berufsausbildung im späteren Leben reiche Früchte trägt.

„JUGEND AM WERK“

Die Zahl der Teilnehmer an „Jugend am Werk“ betrug im Jahre 1956 rund 700 Burschen und Mädels. Die Aktion hat ihre Bedeutung für die Fürsorge und

Erziehung gefährdeter junger Menschen längst erwiesen: Die Vorbereitungskurse für die Berufsausbildung wurden sehr gut besucht. Der Wert planmäßiger Berufsvorbereitung wird sowohl von den Eltern als auch von den Betrieben, die Lehrlinge aufnehmen, immer mehr anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt Wien und dem Arbeitsamt für Jugendliche, die bedeutende finanzielle Förderung durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung und den Österreichischen Gewerkschaftsbund sowie gelegentliche finanzielle Unterstützung der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, dazu die großen finanziellen Mittel der Wiener Gemeindeverwaltung sowie die Hilfe des Bundesministeriums für Unterricht haben die wirtschaftlichen und pädagogischen Voraussetzungen geschaffen, diese wichtige Mustereinrichtung für die gefährdete Jugend Wiens weiter auszubauen.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 17, Seite 394.)

STIPENDIEN

Mit Beginn des Jahres 1956 wurden die Stipendien und Förderungsbeiträge wesentlich erhöht, und zwar die Stipendien der Gastärzte auf 1.200 S, die Förderungsbeiträge für Untermittelschüler auf 50 S, für Obermittelschüler und Fachschüler auf 100 S, für Hochschüler auf 200 S monatlich. Die Förderungsbeiträge für Lehrlinge betragen nunmehr 30 bis 50 S monatlich.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 18, Seite 394.)

ERHOLUNGSFÜRSORGE

Die in der Zeit vom 1. bis 7. April 1956 abgehaltene Sammlung für das Wiener Jugendhilfswerk in den Wiener Haushalten ergab 653.000 S, das ist um etwa 12.000 S mehr als im Vorjahr. Das Reinertragnis der VII. Lotterie des Wiener Jugendhilfswerkes war um etwa 16.000 S geringer und betrug 262.000 S. Die Wiener Gebietskrankenkasse gewährte dem Wiener Jugendhilfswerk wieder einen Zuschuß von 450.000 S, die Stadt Wien eine Subvention in der Höhe von 700.000 S.

Vom Wiener Jugendhilfswerk wurden rund 35.000 Kinder in Heimen und Tageserholungsstätten in Österreich untergebracht. Im Rahmen der englisch-österreichischen Austauschaktion waren rund 100 Kinder aus England vier Wochen lang im Lehenhof. In den internationalen Ferienwochen für körperbehinderte Kinder waren in Sulzbach-Ischl junge, der Erholung besonders bedürftige Gäste aus Westdeutschland, England, Dänemark, der Schweiz und aus den österreichischen Bundesländern untergebracht. Nach Sori bei Genua wurden rund 300 Kinder entsendet.

Der Gesundheitszustand der Kinder war im allgemeinen sehr gut, die Zahl der Fälle von infektiösen Erkrankungen war gering.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 16, Seite 394.)

DIE AUSBILDUNG DER SOZIALARBEITER

Die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und die Fürsorgeschule der Stadt Wien haben im Jahre 1956 ein gemeinsames Heim gefunden. Ein großes, gut geeignetes, ehemaliges Schulgebäude im 15. Bezirk, Siebeneichengasse, wurde renoviert zur Verfügung gestellt. Sowohl Unterrichts- als auch Aufenthaltsräume sind hell und vorbildlich eingerichtet. Da sich im Hause noch ein Kindergarten mit Kleinkinderkrippe und Krabbelstube sowie ein Hort befinden, sind sowohl für die Kindergärtnerinnen als auch für die Fürsorge-

rinnen sehr gute Ausbildungsmöglichkeiten gegeben. Der Sonderkindergarten „Schweizerspende“, das Technische Museum, das Schloß Schönbrunn und die Krankenanstalten in Lainz sind leicht erreichbar. Die Verlegung der Bildungsanstalten bedeutet für die Sozialarbeiter der Gemeinde Wien eine Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten.

ERWACHSENEN- UND FAMILIENFÜRSORGE

ORGANISATION

Im Jahre 1956 wurden in den Fürsorgeämtern für den 9., 14. und 15. Bezirk die Vorstände neu bestellt, nachdem deren Ämter infolge Todes oder aus anderen Gründen frei geworden waren. Während des Jahres schieden 232 Fürsorgeräte aus, an deren Stelle 205 neue Fürsorgeräte bestellt wurden, so daß am 31. Dezember 1956 3.363 Fürsorgeräte tätig waren. Für ihre mehr als 25jährige Tätigkeit in der öffentlichen Fürsorge wurden 1 Fürsorgeamtsvorstand und 3 Fürsorgeräte durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Wien ausgezeichnet. Außerdem erhielten über Antrag der Fürsorgeämter 26 Fürsorgeräte, die entweder seit 15 Jahren ehrenamtlich tätig waren oder nach mindestens fünfjähriger Tätigkeit ausgeschieden sind, Diplome.

Die Arbeiten für die Berechnung der Ausgleichszulagen auf Grund des am 1. Jänner 1956 in Kraft getretenen Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes wurden, soweit es sich um die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits ausbezahlten Renten handelte, beendet. Insgesamt wurden bis Ende 1956 Ermittlungsverfahren für 85.723 Rentenfälle durchgeführt, für deren Bearbeitung zusätzlich 36 Aushilfskräfte erforderlich waren. Eine bedeutende Mehrarbeit ergab sich für die Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge und die Bezirksfürsorgeämter durch die Hilfe für die ungarischen Flüchtlinge. Auf Grund einer vom Bundesministerium für Inneres ausgearbeiteten Zuteilungsquote mußte die Stadt Wien rund 5000 Flüchtlinge aus dem Sammelager in Eisenstadt übernehmen, darüber hinaus aber wanderten noch viele tausende Flüchtlinge aus eigenem nach Wien, so daß sich Anfang Dezember 1956 rund 25.000 ungarische Flüchtlinge in Wien aufhielten. Innerhalb eines Monats wurden 17 Flüchtlingslager errichtet. Die Verwaltung in den Lagern besorgten 132 städtische Bedienstete. Mehr als 7000 ungarische Flüchtlinge wurden in der offenen Fürsorge betreut.

Der *Überprüfungsdienst* erstreckte sich im Jahre 1956 vorwiegend auf die Kontrolle der Ausgleichszulagen-Berechnung. Da die von den Versicherungsträgern ausbezahlten Ausgleichszulagen von der Stadt Wien als Fürsorgeträger ersetzt werden mußten, hatten diese erwähnten Kontrollen besondere Bedeutung. Die Bezirksinspektion führte 359 Kontrollbesuche in Fürsorgeämtern, Tagesheimstätten und Urlaubspensionen für alte Leute sowie Flüchtlingslagern durch.

PFLICHTFÜRSORGE

Eine neuerliche *Verbesserung der Leistungen* erfolgte durch den Beschluß des Gemeinderates vom 10. Februar 1956, mit dem die Richtsätze für die Bemessung der Dauerunterstützungen der öffentlichen Fürsorge ab 1. Februar 1956 wie folgt festgesetzt wurden: Für Alleinstehende in der gehobenen Fürsorge 300 S (statt 270 S), in der allgemeinen Fürsorge 270 S (statt 255 S); für den Hauptunterstützten in der gehobenen Fürsorge 280 S (statt 250 S), in der allgemeinen Fürsorge 250 S (statt 236 S); für den Mitunterstützten jedes Alters in der gehobenen Fürsorge 200 S (statt 170 oder 180 S), in der allgemeinen Fürsorge 180 S (statt 168 S).



**In der Puppenadoptionstelle erhalten 23 Volksschülerinnen Puppenkinder in Pflege
Erziehung für die Familie...**

Besser als in der modernsten Heimpflege gedeihen die Kinder in der Pflegefamilie





Mit dem Aushubmaterial von der Opernpassage wurde auf der Jesuitenwiese ein Rodelhügel errichtet

Die Stadt sorgt für die Jugend...

Die Aktion „Jugend am Werk“ veranstaltet in ihrem Schulungsheim einen Arbeitswettbewerb



Der in den Monaten November bis März zu den Dauerunterstützungen gewährte Zuschlag für Raumbeheizung wurde von 70 S auf 90 S monatlich erhöht.

Im Jahre 1956 wurden für *dauernde Fürsorgeunterstützungen* 54,778.453 S aufgewendet. Hievon entfallen auf die gehobene Fürsorge 52,464.043 S und auf die allgemeine Fürsorge 2,314.410 S. Im Dezember 1956 gab es 12.914 Unterstützungsfälle. In 12.398 Fällen wurde die Unterstützung nach den Richtsätzen der gehobenen, in 516 Fällen nach denen der allgemeinen Fürsorge bemessen. Dies bedeutet im Vergleich mit dem Vorjahr eine Verringerung um 916 Fälle. Die Unterstützungen für 9.686 Personen, das sind 75 Prozent, waren nach dem Richtsatz für Alleinstehende zu bemessen. Zur Deckung des notwendigen Unterhaltes wurden statt dauernder Unterstützung und auch zusätzlich zu einer solchen 28.775 *Geldaushilfen* bewilligt, die einen Kostenaufwand von 2,962.697 S erforderten. Als Überbrückungshilfe für *Arbeitslose* bis zur Flüssigmachung ihrer Arbeitslosenunterstützung wurden gegen Rückersatz von der Nachzahlung in 1.138 Fällen 152.749 S ausbezahlt. Außerdem erhielten 7.322 *Rentenwerber* der Sozialversicherung und arbeitsfähige Mütter statt der laufenden Fürsorgeunterstützung monatlich einmalige Geldaushilfen von zusammen 1,822.674 S. Für 53 Rentenwerber wurden zur Erfüllung der Wartezeit Beitragsnachzahlungen an die Sozialversicherungsträger gegen Rückersatz vom Rentenbezug geleistet und hiefür 28.290 S aufgewendet. Der Ersatz der Ausgleichszulagen für die von den Sozialversicherungsträgern bis Jahresende bescheidmäßig erledigten Rentenfälle im Sinne des § 299 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erforderte einen Kostenaufwand von 10,094.263 S. An Hinterbliebene nach verstorbenen Dauerunterstützungsempfängern wurden in 188 Fällen 52.179 S als Beiträge zu den Beerdigungskosten angewiesen. Für dringende und notwendige Bahnfahrten Hilfsbedürftiger (Arbeitsantritt, Heimreise usw.) wurden *Fahrtgutscheine* für die Österreichischen Bundesbahnen gegen nachträgliche Verrechnung mit dem Fürsorgeverband Wien an 31 Personen im Werte von 1.986 S ausgegeben. Straßenbahnfahrtscheine erhielten alte und gehbehinderte Hilfsbedürftige für notwendige Fahrten im Werte von 59.272 S, Tuberkulosebefürsorgte im Werte von 24.270 S und Begleitpersonen körperbehinderter Kinder im Werte von 31.008 S. Zur kostenlosen Benützung von *Brausebädern* wurden 6.194 Anweisungen verteilt; der Aufwand hiefür betrug 6.764 S. *Fürsorgedarlehen* erhielten 2 Personen im Gesamtbetrag von 5.000 S; 2.276 S wurden zurückgezahlt.

Aus der *Warenstelle der Fürsorge* wurden 11.465 Personen mit 36.445 neuen Bekleidungsstücken, Leib- und Bettwäsche, Schuhen und Hausratsgegenständen im Werte von insgesamt 1,858.592 S beteiligt.

In der *Wohlfahrtskrankenpflege und Wochenhilfe* traten im Jahre 1956 wieder vielfach Erhöhungen der Tarife ein. Der Tarif für Laboratoriumsuntersuchungen, der bereits im Februar rückwirkend ab 1. Jänner 1955 erhöht worden war, wurde im Juni neuerlich, und zwar rückwirkend ab 1. Jänner 1956, erhöht. Ab 1. Jänner 1956 stieg auch das für den Kranken- und Überweisungsschein zu zahlende Pauschale von 23,50 S auf 25,85 S. In den folgenden Monaten wurde der Tarif für orthopädische Schuhe, für dentistische Leistungen sowie für Brillen erhöht. Ebenso stiegen die Preise für chirurgische Bandagen und orthopädische Behelfe, schließlich erhöhten auch die privaten Kuranstalten ihren Tarif. Der Prozentsatz der Erhöhungen lag zwischen 2 und 10 Prozent. Von der Ärztekammer wurden 38.185 Kranken- und Überweisungsscheine abgerechnet. Der Aufwand hiefür betrug 1,102.337 S. Außerdem leistete der Fürsorgeverband für die in den Ambulatorien der städtischen Krankenanstalten durchgeführten physikalischen Behandlungen, Röntgenleistungen und Laboratoriumsuntersuchungen an das Anstaltenamt einen Jahrespauschalbetrag von 116.800 S. Der Aufwand für 157.398 Arzneiverschreibungen betrug

2.953.152 S, für Heilbehelfe und Hilfsmittel 405.247 S und für 2.039 ausgegebene Zahnbehandlungsscheine 323.311 S. An bedürftige Kranke wurden im Monat durchschnittlich 137 Krankenfahrstühle kostenlos verliehen. 8 Fahrstühle und 2 Selbstfahrer wurden im Jahre 1956 für 27.829 S angekauft. In 205 Fällen wurde Wochenhilfe mit einem Kostenaufwand von 48.475 S bewilligt.

Im Jahre 1956 wurde 680 Anträgen auf Bewilligung oder Verlängerung von *Hauskrankenpflege* stattgegeben. Der Kostenaufwand betrug 220.961 S. Um die Hauskrankenpflege einem weiteren Personenkreis als bisher zugänglich zu machen, wurden über Beschluß des Gemeinderatsausschusses IV vom 20. September 1956 die Richtlinien über die Gewährung von Hauskrankenpflege sowie über den Kostenersatz neu gefaßt und dabei die Ersatzleistungen für die Bedürftigen und deren unterhaltsverpflichtete Angehörige wesentlich herabgesetzt.

In der *besonderen Familien- und Individualfürsorge* wurde die Arbeit durch Erhöhung der Zahl der Fürsorgerinnen um fünf auf neun intensiviert. Zu dem bestehenden Verbindungsdienst zur Nervenheilanstalt Rosenhügel, zum Altersheim Lainz und zu den Arbeitstherapeutischen Kursen kam ein solcher zum Wilhelminenspital und zur Universitätsklinik für Psychiatrie und Neurologie hinzu. Die Fürsorgerinnen des Verbindungsdienstes befaßten sich in den fünf Anstalten mit rund 2.000 Fällen, in denen eine Betreuung notwendig war, so z. B. zur Rehabilitation, in Wohnungs- und Rentenangelegenheiten, Beseitigung von Schwierigkeiten mit Angehörigen u. dgl. In der offenen Fürsorge wurden 160 Fälle behandelt, davon 66 in Teamarbeit mit Psychologen und Psychiatern, 94 von den Fürsorgerinnen allein.

Im Oktober 1956 wurde in der Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge eine *Ehe- und Familienberatungsstelle* eingerichtet, die für jedermann kostenlos zugänglich ist. Die Beratung erfolgt mit größter Diskretion, und die Ratsuchenden können auf Wunsch auch anonym bleiben. Zur Beratung stehen Fürsorgerinnen, Psychologen, Psychiater und Juristen zur Verfügung. In der Zeit vom 2. Oktober bis 31. Dezember 1956 haben 197 Frauen, 94 Männer und 34 Ehepaare die Beratungsstelle aufgesucht. Ein Teil von ihnen wurde zu wiederholten Vorsprachen eingeladen, so daß sich insgesamt 359 Beratungen ergaben. Die von den Ratsuchenden vorgebrachten Probleme betrafen vorwiegend Eheschwierigkeiten psychologischer, physiologischer oder psychiatrischer Natur; sehr häufig wurden auch juristische Fragen über Scheidung, Alimentation usw. gestellt.

In der *Kriegsgefangenenfürsorge* betrug der Stand der karteimäßig erfaßten Kriegs- und Zivilgefangenen am 1. Jänner 1956 noch immer 91 und verringerte sich bis Ende 1956 auf 55. 13 Gefangenen in Rußland wurden je 5 Pakete mit hochwertigen Lebensmitteln im Gesamtwert von 1.265 S gesandt. Während des Jahres kehrten aus verschiedenen Staaten 52 Gefangene zurück; von diesen waren nur 17 karteimäßig erfaßt; es sind also auch Gefangene heimgekehrt, die bis dahin als vermißt gegolten haben. Alle Heimkehrer erhielten finanzielle Unterstützungen, Bekleidungsbeihilfen sowie Lebensmittelpakete und wurden über allfällige Ansprüche gegenüber der Sozialversicherung oder Kriegsopferversorgung beraten. Der finanzielle Aufwand für die Heimkehrerfürsorge im Jahre 1956 betrug 127.888 S. Hiezu kommen noch Sachaushilfen im Werte von 39.558 S und 35 Lebensmittelpakete im Werte von 3.500 S.

In der *Wirtschaftlichen Tuberkulosenhilfe* ging die Zahl der Dauerunterstützungsfälle gegenüber dem Jahre 1955 weiter zurück; dies ist vor allem auf die Ausgleichszulage der Sozialversicherung zurückzuführen. Der Monatsdurchschnitt der Dauerunterstützungsfälle betrug 451 gegenüber 562 im Vorjahr. Von 682 Anträgen auf einmalige Geld- oder Sachbeihilfe wurden 620 genehmigt, 62 abgewiesen. Der Gesamtaufwand für die Wirtschaftliche Tuber-

kulosenhilfe betrug 2,171.498 S, im einzelnen: für Dauerunterstützungen 2,054.642 S, für Geldbeihilfen 28.612 S, für Sachbeihilfen 63.487 S und für Kuraufenthalte 24.757 S. Durch die *Zentralaufnahmestelle für Kurbedürftige* wurden im Jahre 1956 834 Anträge auf Heilstättenunterbringung und 144 Anträge auf Verlängerung des Heilstättenaufenthaltes bewilligt; 85 Anträge wurden abgelehnt.

Bei der *Aufnahmestelle für Altersheime* gingen insgesamt 5.766 Aufnahmeanträge ein, von denen 5.301 bewilligt und 557 Anträge abgewiesen oder zurückgezogen wurden.

Im Jahre 1956 wurden von der Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge 11 Berufungen von Parteien gegen Bescheide der Fürsorgeämter bearbeitet. In 6 Fällen gab die Landesregierung dem Parteibegehren statt. 2 Berufungen wurden noch vor Abschluß des Verfahrens zurückgezogen und 3 abgewiesen.

Der Magistrat hat auch im Jahre 1956 wieder zu den Entwürfen von verschiedenen Sozialgesetzen Stellung genommen, und zwar zum Entwurf des Bundesgesetzes über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz Wehrpflichtiger, zum Entwurf des Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes, zum Entwurf des Krankenanstaltengesetzes sowie zu einem Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Zuständigkeit zur Gesetzgebung und Vollziehung eines Bundesgesetzes über Hilfs- und Rettungsaktionen in Katastrophenfällen und zum Entwurf eines Gesetzes über die Kranken- und Leichenbeförderung. Außerdem wurde am Wiener Blindenbeihilfegesetz vom 16. November 1956, LGBl. für Wien Nr. 2/1957, mitgearbeitet und zur Novelle des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Stellung genommen.

ZUSÄTZLICHE FÜRSORGE

Die *Tagesheimstätten für alte Leute* waren im Winterhalbjahr 1955/56 täglich, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen, von 13 bis 19 Uhr offen. Sie wurden hauptsächlich von Frauen besucht, wobei die Zahl der Sozialrentnerinnen größer war als jene der Dauerbefürsorgten. Jeder Besucher erhielt täglich $\frac{3}{10}$ l Kaffee, zweimal wöchentlich ein Stück Kuchen und einmal im Monat, am „Sorgenfreien Tag“, außerdem ein komplettes Mittag- und Abendessen. Vom 1. Jänner bis 24. März 1956 wurden die Tagesheimstätten durchschnittlich von 4.273 Personen täglich besucht. Die Betriebsperiode 1956/57 begann am 5. November 1956 mit der Eröffnung von 64 Tagesheimstätten. Auf die bessere Ausgestaltung der Tagesheimstätten wurde besonderer Wert gelegt. So wurden Plastikstischtücher sowie je 1.800 unzerbrechliche Suppen- und Menüteller, außerdem je 5.000 Untertassen und Kaffeelöffel angeschafft. Um den Besuchern auch Gelegenheit zur Zerstreuung zu bieten, wurden 40 neu erworbene Radioapparate in den Tagesheimstätten aufgestellt. Außerdem wurden zwei Tonfilmprojektoren, zwei Magnetophone und ein Volkswagen angekauft, mit dem diese Geräte täglich in die Tagesheimstätten befördert werden. Die alten Leute, die sich nur selten einen Kinobesuch leisten können, sollen sich an der Vorführung guter Kultur- und Spielfilme erfreuen. Die Bedienung der Apparate wird von städtischen Bediensteten besorgt. Die Besucherzahl im November und Dezember 1956 blieb gegenüber dem Vorjahr mit durchschnittlich 4.224 Personen pro Tag fast unverändert. Insgesamt wurden für den Betrieb der Tagesheimstätten im Jahre 1956 1,747.155 S aufgewendet.

Der *Landaufenthalt für Dauerbefürsorgte* umfaßte im Jahre 1956 49 vierzehntägige Turnusse in der Zeit vom 18. April bis 17. Oktober, mit denen insgesamt 3.006 Dauerbefürsorgte kostenlos in 5 Heimen untergebracht wurden, und zwar 599 in der Pension „Edelweiß“ in Heiligenkreuz, 390 im Gasthof

„Teichmühle“ in Winzendorf, 336 in der Pension „Weichselbaumer“ in Reitern bei Maria Taferl und 1.681 in den Pensionen „Waldhof“ und „Fernblick“ in St. Corona am Wechsel. Durch die Einbeziehung des Heimes in Reitern bei Maria Taferl konnte die Zahl der Teilnehmer gegenüber dem Vorjahr um 270 erhöht werden. Unter den Urlaubern befanden sich 134 Ehepaare, 199 Männer und 2.539 Frauen. Jedem Urlauber wurde für die Zeit seines Aufenthaltes ein Taschengeld in der Höhe von 30 S, eine Ansichtskartenserie des jeweiligen Heimes und das Buch „Wiener Probleme“ von Bürgermeister Jonas überreicht. Die Gesamtkosten betragen 1,343.682 S. Die traditionelle Wiedersehensfeier fand in der Volksoper bei einer Vorstellung der Operette „Das Land des Lächelns“ statt, zu der alle Gemeindefurlauber vom Bürgermeister am 23. oder 24. Oktober 1956 eingeladen waren.

Die *Arbeitstherapeutischen Kurse für Körperbehinderte* wurden weiter ausgestaltet und die Werkstätten mit neuen Maschinen versehen. Die Zahl der Kursteilnehmer blieb mit 100 gegenüber dem Vorjahr unverändert. 26 Körperbehinderte wurden in die Fachschule für Technik, Wien V., Geigergasse 5—9, eingewiesen. Der Aufwand für diese Kurse betrug 304.354 S. Für Instandsetzungsarbeiten und Ausgestaltung der Kursräume wurden überdies 150.041 S ausgegeben. 3.648 Behinderten wurden Fahrtbegünstigungen für die städtischen Verkehrsmittel gewährt, wofür 799.844 S aufgewendet wurden. Außerdem wurden Ausbildungsbeihilfen und Geldaushilfen im Gesamtbetrag von 17.497 S aus Mitteln der Körperbehindertenfürsorge bewilligt.

Das Reinertragnis der 127. *Armenlotterie* von 153.845 S wurde auf die Wiener Bezirksfürsorgeämter zur Auszahlung von Geldaushilfen aufgeteilt. Aus Vermächtnissen und Schenkungen wurden in Sonderfällen Aushilfen von zusammen 43.609 S gewährt.

Die *Häusersammlung* für die Tuberkulosekranken Wiens in der Zeit vom 1. bis 7. Juni 1956 brachte einen Ertrag von 671.304 S, die Häusersammlung „Wiener Sozialwerk“ in der Zeit vom 1. bis 7. September 1956 einen Ertrag von 599.879 S und die Häusersammlung für die Armen Wiens in der Zeit vom 1. bis 7. Dezember 1956 ein vorläufiges Ergebnis von 822.569 S.

Verschiedene Hilfsaktionen und Spenden ermöglichten die Verteilung von 16.300 Paketen mit Lebensmitteln und Süßigkeiten an die Dauerbefürsorgten und deren Kinder. Der Kostenaufwand betrug 305.625 S. Außerdem wurden Dauerbefürsorgten, Hochwassergeschädigten und Flüchtlingen aus Ungarn aus amerikanischen Überschußgütern rund 24.000 kg Lebensmittel zugewendet. Schließlich wurden an die Dauerbefürsorgten 7.700 gespendete Eintrittskarten für Theater- und Zirkusvorstellungen verteilt.

Die *Mütterehrerung für Dauerbefürsorgte* anlässlich des Muttertages fand am 7., 8. und 9. Mai 1956 im Kahlenbergrestaurant statt. Bürgermeister Jonas lud zu dieser Feier 1.525 Mütter im Alter von über 75 Jahren ein, die eine Jause und Geschenkpackchen erhielten. Die Mütter wurden von ihren Wohnbezirken in Autobussen abgeholt und auf den Kahlenberg geführt. Die Kosten dieser Veranstaltung betragen 50.681 S.

Für 28 *Stiftungen*, die im Jahre 1938 über Antrag des Stillhaltungskommissärs aufgelöst und zu einem gemeinsamen Komplex „Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung“ vereinigt worden waren, wurde im Jahre 1956 gemäß dem Wiener Stiftungs- und Fonds-Reorganisationsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 19/1955, die Rechtspersönlichkeit wieder hergestellt und zugleich die Rückstellung beantragt. Außerdem wurde über Antrag des Bundesministeriums für Inneres in 5 Fällen die Rechtspersönlichkeit von Stiftungen wieder hergestellt. Da sich die Rückstellungen vielfach nicht nur auf Liegenschaften, sondern auch auf in Reichsmark angelegte Barwerte, Effekten, Trefferanleihen usw. bezogen, die innerhalb der Zeit von 1939 bis 1956 den Wertschwankungen und Umrech-



Viele prominente Persönlichkeiten sammeln für die Ungarnhilfe: hier Kammerschauspielerin Susi Nicoletti und Stadtrat Mandl auf dem Naschmarkt

„...Niemand kann sich der Tragödie entziehen, die über das ungarische Volk hereingebrochen ist...“

Der erste Konvoi der Ungarnhilfe, 31 Wagen mit hochwertigen Lebensmitteln beladen, rollt am 1. November über die Grenze





Die neuerrichtete Mutterberatungsstelle in Döbling

Fürsorge für junge und alte Mütter...

Befürsorgte Mütter, die älter als 75 Jahre sind, werden von der Gemeinde bei einer Muttertagsfeier bewirtet



nungen, teilweise auch Geldabschöpfungen ausgesetzt waren, ergaben sich mancherlei Schwierigkeiten, die jedoch in den meisten Fällen durch Vergleiche beseitigt werden konnten. In 4 Fällen wurde die Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge mit der Verwaltung von Stiftungen betraut, die bisher vom Anstaltenamt verwaltet worden waren.

Zur Deckung der Kosten für die Wiederherstellung einzelner im Kriege beschädigter Stiftungshäuser mußten, soweit die vorhandenen Hauptmietzinsreserven nicht ausreichten, Kredite bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien aufgenommen und in diesen Fällen die Mietzinse erhöht werden. Die stiftbriefgemäßen Persolvierungen aus den Reinerträgen der Fürsorge-
stiftungen betragen einschließlich der von den Stiftern verfügbaren Renten und Zuwendungen an Verwandte und begünstigte Personen 9.984 S.

FÜRSORGEANGELEGENHEITEN IM STAATLICHEN AUFTRAG

In der *Opferfürsorge* wurde im Jahre 1956 die Behandlung von 8.996 Anträgen abgeschlossen; mehr als 8.000 Ansuchen, die überwiegend von ehemaligen österreichischen Staatsbürgern eingebracht worden waren, die nunmehr im Ausland leben, werden noch bearbeitet. Infolge der zweimaligen Erhöhung der Rentenleistung nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz, dessen Bestimmungen zum Teil auch auf Opferfürsorgerenten angewendet werden, mußten sämtliche Rentenfälle neu durchgerechnet werden. Ein Arbeitszuwachs ergab sich für den Magistrat auch gemäß dem Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956, BGBl. Nr. 25/1956, über die Errichtung eines Fonds zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben. In diesem Zusammenhang wurden bisher 12.020 Anfragen behandelt und Aktenauszüge hergestellt, die als Grundlage für die Zuerkennung von Leistungen aus dem geschaffenen Hilfsfonds dienen. In der zusätzlichen Opferfürsorge wurden im Jahre 1956 385 Ansuchen um Geldaushilfen und Sachbeihilfen gestellt, von denen 55 abgewiesen wurden. Für die bewilligten Ansuchen wurden für Geldaushilfen 61.385 S und für Sachaushilfen 16.723 S aufgewendet. Außerdem wurden in 237 Fällen Rentenvorschüsse im Betrage von 91.850 S gewährt.

In der *Flüchtlingsfürsorge* verwaltete die Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge zu Beginn des Jahres 1956 4, Ende des Jahres 18 Flüchtlingslager des Bundes. Die Zahl der in den Wohnlagern untergebrachten Personen betrug zu Jahresbeginn 1.647, am 31. Dezember 1956 jedoch 6.727. Die sprunghafte Erhöhung ergab sich nach dem 23. Oktober 1956, als ein Flüchtlingszustrom aus Ungarn nach Österreich einsetzte. Hierüber berichtet der nachfolgende Abschnitt „Ungarnhilfe“.

UNGARNHILFE 1956

In der letzten Oktoberwoche 1956 kam es in Budapest zu einer revolutionären Erhebung, die sich gegen das volksdemokratische Regime und gegen die fremde Besatzung richtete. Die Bewegung ergriff das ganze Land; nach tagelangen erbitterten Kämpfen schien es, als ob die revolutionären Kräfte den Sieg davontrügen. Es bildete sich eine neue Regierung, die über den Abzug der fremden Truppen aus Ungarn verhandeln sollte. Dazu kam es aber nicht. Durch Intervention einer fremden Macht wurde eine andere Regierung eingesetzt, und in den folgenden Kämpfen behielt diese überall die Oberhand. Hierauf ergoß sich ein ungeheurer Strom von Flüchtlingen über die Grenze, denen sowohl Österreich als auch Jugoslawien gemäß dem Völkerrecht Asyl gewährten. Bis Ende des Jahres 1956 wurden 165.000 Flüchtlinge registriert,

die sich bei den österreichischen Behörden gemeldet hatten. Die Flüchtlinge kamen meist ohne Hab und Gut, viele mit Kindern, und es war eine menschliche Verpflichtung, ihnen in ihrer schweren Lage zu helfen.

Als die tragischen Ereignisse in Ungarn dem Ausland bekannt wurden, regte sich auch dort das Mitgefühl mit den Flüchtlingen und der Wunsch, zu helfen. So konnte die Gemeinde Wien zwei große Lebensmittelsendungen als Ergebnis der Aktion „Berlin hilft Ungarn“ übernehmen, und ebenso langte aus Florenz eine große Menge hochwertiger Nahrungsmittel ein. Hiezu kam das Ergebnis einer Sammlung der Bevölkerung von *Oxford*: 5 Lastautos mit 23.000 kg Lebensmitteln, Decken, Kleidungsstücken und einem neuen Anästhesieapparat. Eine Abordnung der Begleitmannschaft überreichte Bürgermeister *Jonas* ein Schreiben des *Oxford*er Bürgermeisters, worin versichert wird, daß die dortige Bevölkerung ihre Hilfsaktion fortsetzen wolle.

Zu den offiziellen Hilfsaktionen des In- und Auslandes kam noch eine Reihe von Spenden der Jugend, die damit einen erfreulichen Beweis sozialen Denkens und menschlicher Hilfsbereitschaft erbrachte. Als Beispiel seien die Beiträge der Zöglinge der städtischen Lehrlingsheime Leopoldstadt, Augarten, Weidlingau und des Mädchenheimes Nußdorf sowie der Durchzugsheime Im Werd und Rochusgasse erwähnt, die von ihrem geringen Taschengeld 978 S durch eine Sammlung aufbrachten, und die Spende von 6.500 S der Kinder der Knaben- und Mädchenvolksschule im 8. Bezirk, Lange Gasse, die auf die übliche Nikolofeier der Schule verzichtet und außerdem bei Bekannten und Verwandten gesammelt haben. Als rührendster Ausdruck des Mitgefühls ist schließlich noch die Sammlung von 550 S der Zöglinge des Blindenerziehungsinstituts in der Hofzeile in Döbling zu verzeichnen.

Bürgermeister *Jonas* richtete einen Appell an die Wiener, in dem er unter anderem sagte:

„Es ist wohl in erster Linie Aufgabe des Staates, für die Flüchtlinge zu sorgen. Im Namen der Menschlichkeit bitte ich aber alle Wienerinnen und Wiener, wenn der Ruf an sie ergeht, den Flüchtlingen zu helfen!“ Schon nach wenigen Tagen türmten sich die Liebesgaben zu Bergen, und ebenso gingen ansehnliche Geldspenden ein, die den ungarischen Flüchtlingen zugute kamen.

Nach einem Bericht des Vizebürgermeisters *Honay* im Wiener Stadtssenat hat sich die Gemeinde Wien unmittelbar nach dem ersten Eintreffen ungarischer Flüchtlinge vor allem der Kinder und der Mütter angenommen. So wurde eine der ersten in Obhut genommenen Gruppen von Flüchtlingen im Schulungsheim der Aktion „Jugend am Werk“ in der Grundsteingasse in Ottakring untergebracht. Als Schlafsäle wurden ihnen die Unterrichtsräume zugewiesen, die vom Wohlfahrtsamt mit Betten und sonstigem Inventar ausgestattet wurden; auch für die Verpflegung wurde Sorge getragen. Als bald meldeten sich auch Wiener Familien, die bereit waren, Mütter mit Kindern zu sich zu nehmen.

In dem Maße, als der Flüchtlingsstrom zunahm, hat die Gemeinde Wien von ihren Objekten so viele als nur irgendwie möglich für die Aufnahme der Flüchtlinge frei gemacht. Außer den 4 Lagern, die schon bisher der Unterbringung von Flüchtlingen dienten, wurden von der Stadtverwaltung weitere 14 Lager, hauptsächlich in Schulgebäuden, eingerichtet. Überdies wurden für diesen Zweck die der Gemeinde gehörigen Wijugheime Emmersdorf, Gaaden und Eichbühel sowie Bad Hall der Flüchtlingsunterbringung dienstbar gemacht. Aber auch eine Reihe von Organisationen und privaten Institutionen hat dazu beigetragen, das Los der Flüchtlinge zu erleichtern. So hat der Gewerkschaftsbund 4 Heime zur Verfügung gestellt, die Volkshilfe 6 Lager für Flüchtlinge eingerichtet und das Lager der Gemeinde Wien am Laaer Berg von Mitte Dezember 1956 an weiter geführt. Die Volkshilfe sowie auch religiöse

Verbände, wie die Caritas der Erzdiözese Wien, die Israelitische Kultusgemeinde, die Mennoniten, die Heilsarmee und eine evangelische Studentenorganisation, haben teils durch Unterbringung in Heimen, teils durch Verpflegung in Gasthöfen den ungarischen Flüchtlingen geholfen.

Die Flüchtlinge wurden in den Lagern mit Strohsäcken und Decken sowie mit Verpflegung versorgt, die von der Wiener öffentlichen Küchenbetriebs-Gesellschaft (WöK) geliefert wurde. Die Essenstransporte wurden durch fünf städtische Lastkraftwagen durchgeführt. Die ärztliche Betreuung der Flüchtlinge erfolgte durch Ausgabe von Fürsorgekrankenscheinen und -rezepten. Zahlreiche Flüchtlinge mußten auch in Spitalsbehandlung gebracht werden. In vielen leerstehenden, durch längere Zeit unbenützten Objekten waren Installationen (Wasser, Klosette, Heizung usw.) notwendig, um sie für den Betrieb eines Massenlagers wenigstens notdürftig einzurichten und sanitäre Übelstände zu vermeiden. Für die Bewältigung dieser Arbeiten mußten die städtischen Bauabteilungen, das Beschaffungsamt und der städtische Fuhrpark eingeschaltet werden. Das Gesundheitsamt überprüfte ständig die sanitären Verhältnisse in den Lagern. Epidemien sind nirgends aufgetreten. Der unmittelbare Bedarf der Flüchtlinge an Bekleidung konnte aus den zahlreichen Spenden der Wiener Bevölkerung gedeckt werden. Hinzu kamen unzählige Spenden an Lebensmittel, Toilettengegenständen, Kinderspielzeug und auch Geld; so z. B. vom Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen, vom Internationalen Roten Kreuz, der CARE-Mission, der Stadt Düsseldorf und von den verschiedenen in- und ausländischen Hilfsorganisationen. Im Auftrag des Bundes wurden für die in Wien untergebrachten Flüchtlinge bis Ende 1956 1.898 Fahrgutscheine der Bundesbahnen ausgegeben. Außer den in Lagern einquartierten Flüchtlingen gab es noch viele, die in Wien eine Privatunterkunft gefunden hatten. Diese wurden, soweit sie keine anderweitige Versorgungsmöglichkeit hatten, durch die Bezirksfürsorgeämter im Rahmen der öffentlichen Fürsorge betreut. Hiefür wurden 1,209.140 S aufgewendet. Die Kosten für die Errichtung und den Betrieb der neuen Lager betragen bis Jahresende 5,993.912 S. Unter dem Druck der vom Bundesministerium für Inneres zwangsläufig verfügten Zuteilungen von Flüchtlingen, die in Zügen mit je 500 bis 1.500 Personen im Wiener Ostbahnhof eintrafen und von dort in Autobussen abgeholt werden mußten, waren alle Vorbereitungsarbeiten in höchster Eile, oft auch über Nacht, durchzuführen; sie konnten nur durch planmäßige, unbürokratische Zusammenarbeit aller beteiligten Magistratsabteilungen und durch verstärkten Einsatz des Personals rechtzeitig beendet werden. Der Bund hat sich bereit erklärt, die für ungarische Flüchtlinge aufgewendeten Kosten zu ersetzen.

In seiner Sitzung vom 16. November 1956 beschäftigte sich der Wiener Landtag mit der Tragödie des ungarischen Volkes, wobei Landeshauptmann Jonas eine Erklärung abgab, in der er unter anderem sagte:

„Seit drei Wochen sind wir Zeugen der erschütternden Ereignisse in unserem Nachbarland. Niemand von uns kann sich der Tragödie entziehen, die über das ungarische Volk hereingebrochen ist. Wer könnte sich darüber wundern, daß gerade uns das Schicksal des ungarischen Volkes besonders nahe geht? Wir wissen aus eigener jahrzehntelanger schmerzlicher Erfahrung, daß schwere soziale und seelische Spannungen immer wieder zu Katastrophen führen müssen.

Man mag an die Ereignisse in Ungarn welchen Maßstab immer anlegen, ein Zeugnis kann dem ungarischen Volk niemand versagen: daß es tapfer kämpft, daß es gegen Unrecht und Gewalt, daß es für die Ideale der Freiheit und der Demokratie kämpft. Und deshalb verneigen wir uns in Ehrfurcht vor dem tapferen ungarischen Volk und gedenken mit besonderer Ergreifenheit

der zehntausenden Männer und Frauen, die in diesem Freiheitskampf ihr Leben lassen mußten.

Unsere Schwesterstadt Budapest wurde von den Ereignissen am schwersten betroffen. Alle Berichte sagen, daß die Zerstörungen großes Ausmaß erreichen, daß die Not der Bevölkerung an Lebensmitteln und Heizmaterial drückend ist und die Spitäler außerstande sind, allen Unglücklichen zu helfen. Wir können uns vorstellen, daß nach diesen Ereignissen die Wohnungsnot erst recht wieder einen katastrophalen Umfang annehmen muß. Die Bevölkerung von Budapest hat schwere Zeiten vor sich. Kaum sind die Folgen des zweiten Weltkrieges überwunden, steht sie wieder vor Trümmern und Ruinen und soll das harte Werk des Wiederaufbaues von vorne beginnen. Unsere ganzen Sympathien sind bei dieser leidgeprüften Stadt.

Man darf es gerade uns nicht verargen, daß wir an den Ereignissen in Ungarn so lebhaften Anteil nehmen. Denn auch wir mußten viele Jahre um Demokratie und Freiheit ringen und bangen. Gerade das ungarische Volk zeigt uns mit geschichtlicher Klarheit, welches Schicksal unserem Volk erspart blieb, da es sich Freiheit und Demokratie zu bewahren wußte. Das kleine österreichische Volk, das nichts sehnlicher wünscht als den Frieden, hat durch seinen Nationalratspräsidenten und durch die Regierung seine bittende und warnende Stimme gegen das Blutvergießen in Ungarn erhoben. Heute müssen wir feststellen, daß das ungarische Volk schwer büßen muß, weil es nach der Freiheit zu greifen wagte.

Aber unsere Menschenpflicht soll sich nicht allein in Protesten erschöpfen. Wir wollen auch helfen, den Opfern in Ungarn, den Flüchtlingen, die zu uns kommen. Jetzt hat die Bundesregierung einen Hilfsfonds für Ungarn gebildet und einen Appell an alle Österreicher gerichtet, zur Linderung der Flüchtlingsnot nach Kräften beizutragen. Auch Wien kann da nicht zurückstehen. Ich darf wohl sicher sein, daß der Landtag und der Gemeinderat die Zustimmung geben, wenn sich die Gemeinde Wien mit einer Million Schilling an der Sammlung der Bundesregierung beteiligt, und wenn wir darüber hinaus die ganze Wiener Bevölkerung aufrufen, mit einer öffentlichen Straßensammlung am 24. und 25. November zur Hilfsaktion der Bundesregierung beizutragen.“

Nachdem der Stadtssenat am 20. November seine Zustimmung zu der Millionenspende gegeben hatte, wurde der Betrag sofort auf das Konto der Wiener Bundesregierung überwiesen.

Für die Straßensammlung zugunsten der Ungarnhilfe, zu der der Bürgermeister aufgerufen hatte, stellte sich eine große Zahl prominenter Schauspieler, Sänger, Schriftsteller und Sportler zur Verfügung. Außerdem beteiligten sich die Schüler und Schülerinnen der Musiklehranstalten der Stadt Wien, der Modeschule und der Kunstakademie, der Mittel- und Hauptschulen, der Lehrerbildungsanstalten und der kaufmännischen Lehranstalten an der Straßensammlung. Auch der Stadtschulrat mit den Lehrpersonen und Schulpflichtigen stellte sich bereitwilligst in den Dienst der guten Sache. Die gesamte Aktion wurde von den städtischen Fürsorgeämtern geleitet. Die Zählung des gesammelten Geldes wurde von 402 Beamtinnen und Beamten des städtischen Rechnungsamtes durchgeführt, die sich für diese Arbeit in ihrer Freizeit unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. Das Ergebnis der Sammlung war beträchtlich. Es betrug 1,608.676 S, die Bürgermeister Jonas dem Bundeskanzler Ing. Raab in Form eines Schecks überreichte. Der Bundeskanzler dankte in einem Schreiben, in dem es unter anderem heißt:

„Ich bin überzeugt, daß der überwältigende Erfolg der Sammelaktion zunächst der von Ihnen, Herr Bürgermeister, mit großer Umsicht getroffenen Vorbereitung, aber auch dem Eifer der Mitarbeiter und dem der freiwilligen Sammler zu verdanken ist.

Ich beehre mich daher, Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, für die Durchführung der Aktion wie für die Übermittlung des Spendenbetrages namens der Bundesregierung den wärmsten Dank auszusprechen, und bitte

Sie, diese Danksagung auch allen Mitarbeitern, den freiwilligen Sammlern und allen Spendern zu vermitteln.“

In ihrer Gesamtheit haben die eingelangten Spenden und die organisatorischen Leistungen der Stadtverwaltung, die Vizebürgermeister *Honay* leitete, erheblich dazu beigetragen, die Not der ungarischen Flüchtlinge zu lindern.

FÜRSORGEVERBANDSKOSTEN

Durch eine Reihe von neuen und abgeänderten Gesetzen und Verordnungen wurde die Verwaltungstätigkeit des Fürsorgeverbandes weitgehend beeinflusst.

Das am 1. Jänner 1956 erfolgte Inkrafttreten des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes ist eines der markantesten Ereignisse in der Sozialgesetzgebung. An Stelle der reichsrechtlichen Bestimmungen traten nunmehr die österreichischen Rechtsnormen. Die größte Bedeutung dieses Gesetzeswerkes liegt jedoch in der Kodifikation und Weiterentwicklung des Sozialversicherungsrechtes. So wurden z. B. der Begriff der Krankheit und deren Beginn nunmehr vom Gesetzgeber definiert. Ebenso wurde der Kreis der Angehörigen, für die ein Anspruch auf Leistungen besteht, durch Einbeziehung des erwerbsunfähigen und unterhaltsberechtigten Ehegatten erweitert.

Bei einem neuen Gesetzeswerk entsteht immer eine Reihe von Problemen, deren Auslegung neue Fragen aufwirft. Da das Gesetz erst seit kurzer Zeit angewendet wird, konnte eine Klärung der verschiedenen Auffassungen bisher nur in einzelnen Fragen erfolgen. So lehnten vorerst die Versicherungsträger den Ersatz der Verpflegskosten für die Zöglinge der Wiener städtischen Erziehungsanstalten ab, sobald diese in ein Krankenhaus eingewiesen wurden. Die Ablehnung stützte sich auf die Bestimmungen des § 89 ASVG, wonach u. a. die Leistungsansprüche ruhen, wenn der Anspruchsberechtigte oder sein Angehöriger in einer „Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige“ angehalten wird. Dabei ist an eine Anstalt gedacht, in die ein noch nicht Achtzehnjähriger vom Gericht eingewiesen wird, wenn er eine strafbare Handlung begangen hat. In die Wiener städtischen Erziehungsanstalten werden jedoch jugendliche Rechtsbrecher nicht eingewiesen. Im Verhandlungsweg konnte dann auch die Anerkennung der Leistungs- und Ersatzpflicht durch die Versicherungsträger in diesen Fällen erreicht werden.

Im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz wurde an den vom Gesetzgeber nicht definierten Begriff der „Asylierung“ die Rechtsfolge des Verlustes des Anspruches auf Krankenhauspflege geknüpft. Nach § 148 ASVG, im Zusammenhang mit § 6 des Landesgesetzes für Wien, LGBl. Nr. 23/1956, hat der Krankenversicherungsträger bei Unterbringung eines Erkrankten in einer öffentlichen Heil- und Pflegeanstalt für Nerven- und Geisteskranke die Kosten in der Höhe der halben Verpflegskosten zu bezahlen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Unterbringung im Interesse des Erkrankten oder aus sicherheitspolizeilichen Gründen erfolgt. Die Einrede der Asylierung ist in diesen Fällen, entgegen der Ansicht der Versicherungsträger, ausgeschlossen. Da eine einheitliche Auffassung nicht erreicht werden konnte, wurde in einer Reihe von Fällen der Klageweg beschritten. Bei den Schiedsgerichten der Sozialversicherung wurden auch im Jahre 1956 zahlreiche Ansprüche auf Invaliditätsrente und Ruhegeld befürsorgter Hilfsbedürftiger mit Erfolg geltend gemacht. Weiters wurden auch Klagen auf Ersatzleistung für Ausgleichszulagen gegen Sozialversicherungsträger erhoben, in denen tatsächliche oder nach Richtlinien bewertete Unterhaltsleistungen, Kinderzulagen öffentlich Bediensteter sowie Lehrlingsentschädigungen der Ausgleichszulagenempfänger und deren Angehörige geltend gemacht wurden. Die von einigen Sozialversicherungsträgern verfügte Einstellung des Hilflosenzuschusses von Sozialrentnern vom Beginn

der fünften Woche der Pflege in einer Krankenanstalt, Heilanstalt oder Siechenanstalt bildete schließlich den Gegenstand weiterer Klagen.

Dem Fürsorgeverband oblagen die Regelung und Entscheidung in grundsätzlichen Angelegenheiten im Verkehr mit fremden Fürsorgeträgern. In allen diesen Angelegenheiten war es wieder das sogenannte Fürsorgestreitverfahren, das das Hauptarbeitsgebiet bildete. In der Tuberkulosenfürsorge wird der Standpunkt vertreten, daß diese keine öffentliche Fürsorge ist und daher die Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung nicht anwendbar sind. Demgemäß wurden auch alle Anträge fremder Landesfürsorgeverbände auf Entscheidung gemäß § 29 der Fürsorgepflichtverordnung vom Amt der Wiener Landesregierung wegen Unzuständigkeit zurückgewiesen.

Weitere Auswirkungen des ASVG ergaben sich bei der Ausgleichszulage. Im Zusammenhang mit der Feststellung des Kostenträgers der Ausgleichszulage wurde die Anerkennung der endgültigen Fürsorgepflicht von fremden Fürsorgeverbänden begehrt. Dieses Begehren beruht auf einem Rechtsirrtum, denn nach Absatz 1 des § 299 ASVG ist bloß der Sitz des endgültig verpflichteten Fürsorgeverbandes zu ermitteln. Die Anerkennung der endgültigen Fürsorgepflicht kommt überhaupt nicht in Frage.

Von einigen Bezirksfürsorgeverbänden Niederösterreichs wurde bei Krankenhausverpflegung von Angehörigen der Versicherten für die 10prozentigen Restkosten der volle Verpflegkostensatz und nicht der vertraglich ermäßigte Kassensatz verlangt. Unter Berufung auf die Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung über die Subsidiarität der öffentlichen Fürsorge und jene des § 148/2 des ASVG wurde der Standpunkt vertreten, daß in solchen Fällen nur die Ersatzleistung für den Kassensatz beansprucht werden kann.

Im Heeresgebührengesetz, BGBl. Nr. 152/1956, § 18, wird bestimmt, daß Anspruch auf Familienunterhalt für Ehefrau und Kinder besteht, für die bis zum Antritt des Präsenzdienstes Kinderermäßigungen zugestanden oder auf Antrag gewährt worden sind, für andere Personen nur dann, wenn der Wehrpflichtige ihnen kraft Gesetzes Unterhalt leistet oder zu leisten hätte. Dadurch fließen dem Fürsorgeverband auch während des Präsenzdienstes des Wehrpflichtigen die von ihm vor seiner Einrückung entrichteten Fürsorgekostenersätze weiterhin zu.

Mit dem Gesetz vom 13. Juli 1956, LGBl. für Wien Nr. 25/1956, wurde die gegenseitige Amtshilfe zwischen dem Magistrat als Fürsorgebehörde und den Kammern der gewerblichen Wirtschaft geregelt. Das Ausmaß der Fürsorgeleistung, die Geltendmachung des Anspruches auf öffentliche Fürsorge, die Anerkennung der Hilfsbedürftigkeit zur Erlangung der Altersunterstützung sowie die Flüssigmachung der Fürsorgeunterstützung, die Bevorschussung von Leistungen nach dem Handelskammer-Altersunterstützungsgesetz durch die öffentliche Fürsorge und die Ersatzleistung für solche Vorschüsse durch den Altersunterstützungsfonds wurde festgesetzt.

Von den im Jahre 1956 durch die städtischen Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten und den städtischen Krankenbeförderungs- und Rettungsdienst aufgerechneten Pflege- und Transportkosten wurden insgesamt 44,240.822 S als uneinbringliche Kosten anerkannt und zu Lasten des Wiener Fürsorgeverbandes übernommen. Von diesem Betrag entfielen auf Geschlechtskranke 382.924 S, Tuberkulosekranke 3,159.950 S, andere Kranke 4,247.737 S, Pfleglinge der Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke 15,710.878 S, Pfleglinge der Versorgungsanstalten 20,510.335 S und auf Krankenbeförderung 228.998 S. Von den auf Grund besonderer Verrechnungsvorschriften zu Lasten des Betriebsabganges des Wiener Allgemeinen Krankenhauses und des St. Anna-Kinderspitals verrechneten Verpflegskosten wurden insgesamt 642.536 S als uneinbringlich anerkannt.

Die Zahl der im Jahre 1956 eingebrachten zivilrechtlichen Klagen ist gegenüber dem Vorjahr ziemlich gestiegen. Dieses Ansteigen ist darauf zurückzuführen, daß viele ihre Alimentationspflicht gegenüber ihren anspruchsberechtigten Angehörigen und die Erfüllung der Ersatzansprüche an den Fürsorgeträger zum großen Teil vernachlässigen. Die vom Fürsorgeträger vertretene Rechtsansicht wurde meist auch im Rechtsmittelverfahren bestätigt. Die Einnahmen aus Rückersätzen betragen im Jahre 1956 insgesamt 8,704.501 S; hievon entfielen auf die offene Fürsorge 6,995.299 S und auf die geschlossene 1,709.202 S.

Gegenüber dem Voranschlag von 1956, der 7,750.000 S betrug, ist somit eine Erhöhung in der offenen Fürsorge um 995.299 S und in der geschlossenen Fürsorge eine Verminderung um 40.798 S festzustellen. Die Mehreinnahmen resultieren zum Teil aus der anhaltend günstigen Wirtschaftslage, die es ermöglicht, bei höheren Löhnen und Gehältern höhere Fürsorgekostenrückersatzleistungen von den Befürsorgten und ihren Unterhaltspflichtigen einzubringen, zum anderen Teil aus Leistungen der Sozialversicherungsträger und der endgültig verpflichteten Fürsorgeverbände. Die Mindereinnahmen in der geschlossenen Fürsorge sind auf die zu hohe Veranschlagung der nachträglichen Ersätze von Verpflegs- und Transportkosten bei eigenen Fürsorgeverbandsfällen zurückzuführen.

Die Ausgaben für fremde Fürsorgeverbände und Anstalten auf Rechnung des Fürsorgeverbandes Wien betragen 4,701.146 S, hievon wurden in der offenen Fürsorge 790.371 S und in der geschlossenen Fürsorge 3,910.775 S aufgewendet. Die Ausgabensteigerung ist durch die höheren Aufwendungen in der offenen Fürsorge um 136.371 S und durch die Erhöhung der Verpflegengebühren in der geschlossenen Fürsorge um 210.775 S entstanden. Das Mehrerfordernis bei den Ausgaben wurde durch Inanspruchnahme von Zuschußkrediten bestritten, die durchweg aus eigener Mehreinnahme gedeckt wurden.

Infolge geringerer Erfordernisse für die Unterbringung in eigenen Anstalten verminderten sich die Gesamtausgaben von 61,160.175 S im Jahre 1955 auf 49,000.190 S im Jahre 1956.

SOZIALVERSICHERUNG

Mit 1. Jänner 1956 trat das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, in Kraft, das die Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung der Angestellten und Arbeiter regelt. Daneben bestehen Sondersicherungen, wie Meisterkrankenversicherung, Krankenversicherung der Bundesangestellten, Notarversicherung, Krankenversicherung der Arbeitslosen und Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen sowie die Arbeitslosenversicherung weiter.

Der Magistrat hat in der Allgemeinen Sozialversicherung, in den Sondersicherungen und in der Arbeitslosenversicherung die Geschäfte des Amtes der Landesregierung zu besorgen.

Zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz wurde am 28. Dezember 1956 eine Novelle, BGBl. Nr. 266/1956, kundgemacht, die eine Erhöhung der Ausgleichszulagen und eine Erhöhung der Altrenten brachte und außerdem die Einführung einer Behandlungsgebühr in der Krankenversicherung von 3 S vorsieht. Es war überdies notwendig, die Vorschriften einiger Gesetze jenen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes anzupassen. Dies geschah durch die 8. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 49/1956, und durch die Abänderung des Wohnungsbeihilfen- und des Wohnbauförderungsbeitragsgesetzes, BGBl. Nr. 163 und 164/1956. Durch das ASVG entstanden

neue Rechtsfragen, die in zahlreichen anhängigen Verwaltungsverfahren erstmalig zu beurteilen waren, da hierfür noch keine Judikatur vorlag.

Von den sonstigen legislatorischen Änderungen sind hervorzuheben: die 9. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 162/1956, durch die die Grundsätze für die Erlassung von Richtlinien über das Ausmaß der Notstandshilfe festgelegt werden; die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 26. Juni 1956, BGBl. Nr. 135/1956, die die Einbeziehung der Hausgehilfinnen in die Arbeitslosenversicherung vom 1. August 1956 an vorsieht; die Gesetze zum Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen, und zwar das Gesetz über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz und das Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, BGBl. Nr. 153 und 154/1956; das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, das u. a. bestimmt, daß Rückstände von Sozialversicherungsbeiträgen, die bei den von den Besatzungsmächten verwalteten Vermögenswerten, insbesondere bei den USIA-Betrieben, vor dem 14. August 1955 entstanden sind, hereingebracht werden können. Die Aussicht auf die Einbringung solcher Rückstände hat mehrere Streitfälle über Beitragsvorschriften für jene Zeit zur Folge gehabt.

Der Magistrat hat auch das Entscheidungsrecht über die Beitragspflicht nach dem Gesetz über den Wohnbauförderungsbeitrag. Da der Wohnbauförderungsbeitrag nur von den regulären Bezügen, nicht aber von den Sonderzahlungen, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, einzuheben ist, ergaben sich daraus Streitigkeiten, die unter Bedachtnahme auf die neue Abgrenzung der Sonderzahlungen von den sonstigen Bezügen im ASVG zu entscheiden waren.

Die Magistratsabteilung für Sozialversicherung hatte auch arbeitsrechtliche Gesetzentwürfe zu begutachten, darunter das Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, die Abänderung des Gesetzes über die Gewährung einer Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe und den Entwurf eines Gesetzes über Erkrankung während desurlaubes.

Über den Umfang der im Jahre 1956 geleisteten Verwaltungsarbeit geben die folgenden Zahlen Aufschluß:

Eingelangte Beschwerden in der Krankenversicherung 820, andere Fälle der Krankenversicherung 870, eingelangte Beschwerden in der Unfallversicherung 9, andere Fälle der Unfallversicherung 19, eingelangte Beschwerden in der Pensionsversicherung 244, andere Fälle der Pensionsversicherung 164, Arbeitslosenversicherungsangelegenheiten 16.

Außerdem wurden 103 Berichte der Sozialversicherungsträger überprüft. Zu 46 Sitzungen von Verwaltungskörpern der Versicherungsträger wurde ein Aufsichtskommissär entsendet. In 23 Fällen traten Änderungen in der Zusammensetzung der Verwaltungskörper ein. Über 15 Gesetzentwürfe wurden Gutachten abgegeben. Schließlich langten noch 11 Satzungsänderungen und Krankenordnungen, 5 Dienststücke der Obereinigungskommission, 2 Berufungen in Strafsachen und 612 Dienststücke verschiedener Art ein. Insgesamt wurden im Jahre 1956 einschließlich der Strafakten 3.161 Geschäftsstücke behandelt.

Mit 1. Jänner 1956 wurde zufolge § 518 ASVG die Eigenunfallversicherung der Stadt Wien aufgehoben; die Geschäftsstücke wurden den zuständigen Versicherungsträgern übergeben. Für den Übergang der Versicherungslast auf die Träger der Unfallversicherung hatte die Gemeinde einen Überweisungsbetrag von 5.856.720 S an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt und von 504.220 S an die Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen zu leisten.

Bei der Liquidierung der Eigenunfallversicherung wurden im Jahre 1956 auch die Leistungen für Verpflegskosten, Ärztehonorare, Rentennachzahlungen,

Sonderzahlungen sowie Schiedsgerichtskosten aus dem Jahre 1955 beglichen. Lag bei einem Unfall fremdes Verschulden vor, so wurden die Leistungen für die gesetzliche Betreuung der Verletzten, oder bei tödlichen Unfällen für die Hinterbliebenen, den an dem Unfall Schuldtragenden oder den hierfür Haftpflichtigen vorgeschrieben und von ihnen eingehoben. 15 solcher Regreßfälle wurden im Jahre 1956 nach voller Befriedigung der Ansprüche der Stadt Wien abgeschlossen und die zugehörigen Dienststücke an die nunmehr zuständigen Versicherungsträger abgegeben; in 6 Fällen sind die Verfahren bei den Schiedsgerichten der Sozialversicherung oder bei den ordentlichen Gerichten noch anhängig.

STÄDTISCHE KRANKEN- UND WOHLFAHRTSANSTALTEN

KRANKENANSTALTEN

Obwohl im Jahre 1956 von einem spürbaren Bettenmangel nicht gesprochen werden konnte, so war doch die Situation sehr angespannt, nicht nur in den Monaten des Spitzenbedarfes, sondern auch im Sommer, weil durch Um- und Zubauten in den Krankenanstalten, aber auch durch den während der Urlaubszeit besonders spürbaren Schwesternmangel eine große Zahl von Krankbetten nicht belegbar war. Eine zusätzliche Belastung entstand durch die Flüchtlinge aus Ungarn, unter denen sich viele Kranke befanden. In der Zeit des Spitzenbedarfes, von Anfang Jänner bis Juli 1956, wurden das Rochus-Spital und 3 Pavillons der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ mit rund 400 Betten als Reserve herangezogen. Für die Versorgung der Wiener Bevölkerung in Krankheitsfällen standen am Jahresende in den städtischen Krankenanstalten — die Krankenabteilungen der Altersheime und des Zentralkinderheimes nicht mitgerechnet — insgesamt 11.861 Betten bereit, doch konnte wegen Bau- und Adaptierungsarbeiten ein Teil davon nicht benützt werden; dadurch erreichte der Jahresdurchschnitt an verfügbaren Spitalsbetten die Zahl 11.145. Von diesen waren durchschnittlich pro Tag 10.784 belegt, so daß die belegbaren Spitalsbetten 97prozentig ausgenützt wurden. 194.864 Personen wurden 1956 in den städtischen Krankenanstalten aufgenommen und behandelt, das entspricht 532 Aufnahmen pro Tag. Die Zahl der Verpflegstage betrug im Jahre 1956 3,947.141, die durchschnittliche Spitalsaufenthaltsdauer 19 Tage. Diese Zahlen geben ein eindrucksvolles Bild von der Bedeutung der Wiener städtischen Krankenanstalten für die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung durch die Gemeinde Wien.

In der Ausstattung der städtischen Krankenanstalten mit medizinischem Inventar wurden weitere Fortschritte erzielt; so wurden Narkosegeräte, EKG-Apparate und 3 Eiserne Lungen angekauft. Die städtischen Krankenanstalten verfügen nunmehr über 7 Eiserne Lungen. Der Speisentransport von der Küche zum Patienten, der oft sehr langwierig ist, so daß das Essen erkaltet, wurde dadurch verbessert, daß ein Großteil der städtischen Krankenanstalten mit elektrisch heizbaren Speisentransportwagen ausgestattet wurde; der Aufwand hiefür betrug rund 500.000 S. Im Jahre 1956 wurden in den städtischen Krankenanstalten zahlreiche Verbesserungen in der Patientenunterbringung sowie Verschönerungen der Ausstattung der Krankenanstalten durchgeführt.

Im *Franz Joseph-Spital* wurde der im Kriege zerstörte Pavillon B der Infektionsabteilung nach Beendigung der Wiederaufbauarbeiten eröffnet. In diesem Pavillon, der rund 100 Patienten aufnehmen kann, wurden alle Erkenntnisse berücksichtigt, die die medizinische Wissenschaft in der Bekämpfung und Isolierung von Infektionskrankheiten besitzt. So kann in der Raumeinteilung und in der Isolierung durch ein neues System von Türen und Absperrungen die Luftinfektion verhindert werden. Auch für sanitäre Anlagen nach den neuesten Systemen wurde gesorgt. Für die Kinderlähmungsbehandlung wurde

eine komplette Bade- und Massagestation errichtet. Daneben wurden Expektanzen für die Beobachtung und Isolierung unklarer Infektionsfälle geschaffen; für Infektionskranke wurde ein Röntgeninstitut eingerichtet; außerdem wurde eine Abwasserdesinfektions- und Kläranlage errichtet, die verhindert, daß Infektionsabwässer, solange sie noch gefährdend sind, in das normale Kanalnetz abgelassen werden.

Die *Semmelweis-Frauenklinik* wurde mit einer sehr leistungsfähigen Röntgentherapieapparatur, für die 500.000 S aufgewendet wurden, ausgestattet.

In der *Lungenheilstätte Baumgartner Höhe* wurde der Pavillon „Karlshaus“ vollkommen renoviert und mit rund 80 Betten wieder in Betrieb genommen; außerdem wurde eine moderne Deckenstrahlungsheizung eingebaut. Im *Elisabeth-Spital* und in der *Krankenanstalt Rudolfstiftung* wurden, den heutigen Anforderungen entsprechend, große Krankensäle in kleinere unterteilt. Ein Teil der Abteilung für Hautkrankheiten der Krankenanstalt Rudolfstiftung wurde zu einer Hals-, Nasen- und Ohrenstation umgebaut. Außerdem wurden Änderungen der Wasserbetten, der Röntgenstation und verschiedener Warteräume durchgeführt. Im Krankenhaus *Floridsdorf* wurde mit der Errichtung eines Operationssaales begonnen.

Im *Allgemeinen Krankenhaus* wurde die II. Ohrenklinik wieder aufgebaut. Es wurden verschiedene Um- und Zubauten durchgeführt und die Küchenräumlichkeiten renoviert. Außerdem wurde im Pathologischen Institut ein Dampfkessel erneuert.

Im *Wilhelminen-Spital* wurden in den Pavillons 11, 12, 13 und 19 die Heizungsanlagen erneuert. Mit dem Bau eines Verbindungsganges zwischen den Pavillons 7 und 9 wurde begonnen.

Im *Elisabeth-Spital* wurde die Küche ausgestaltet und eine Kühlanlage errichtet. Im *Sophien-Spital* wurde die Generalinstandsetzung von 2 Abteilungen vorgenommen. Im *Krankenhaus Lainz* wurden die Umbauarbeiten im Pavillon I zur Verlegung der Zentralsterilisation beendet. Außerdem wurde neben umfangreichen Instandsetzungsarbeiten mit dem Umbau der Zentralröntgenstation und der Radiumambulanz dieser Anstalt begonnen. In der *Kinderklinik Glanzing* wurde die Heizungsanlage modernisiert, in der *Frauenklinik Gersthof* der Krankenbettaufzug instandgesetzt, im *Preyerschen Kinderspital* mit dem Auf- und Ausbau des Infektionstraktes begonnen, in der *Nervenheilanstalt Maria Theresien-Schlößl* die Installation einer Rufanlage durchgeführt und im *Kinderkrankenhaus Lilienfeld* die Liegeterrasse vergrößert.

Bund und Gemeinde haben sich entschlossen, das Wiener Allgemeine Krankenhaus, das heute 3.000 Betten hat und auch der medizinischen Forschung und dem medizinischen Unterricht dient, neu zu erbauen. Vorläufig soll die II. Chirurgische Klinik mit einem Aufwand von 50 Millionen Schilling erbaut werden, wobei Bund und Gemeinde die Kosten gemeinsam tragen. Es wurde ein Koordinationsausschuß aus Vertretern des Bundes, der Gemeinde und der medizinischen Fakultät gebildet, der unter Heranziehung von Fachleuten des In- und Auslandes die entsprechenden Pläne herstellen soll. Schon bei den ersten Besprechungen dieses Ausschusses kam zum Ausdruck, daß der Neubau der II. Chirurgischen Klinik nur im Rahmen einer Gesamtplanung erfolgen könne, d. h., daß ein Generalplan zu entwerfen ist und dann, wenn dies zweckmäßig erscheint, als erste Stufe eben die II. Chirurgische Klinik erbaut werden soll. Bei dem Umfang des Projektes und bei den Schwierigkeiten, die sich bei der Planung und dem Bau eines modernen und großen Krankenhauses ergeben, ist anzunehmen, daß sich die Planungsarbeiten auch über das Jahr 1957 erstrecken werden.

HEIL- UND PFLEGEANSTALTEN

Der Pavillon XVII des Altersheimes Lainz wurde adaptiert und darin eine Abteilung für chronisch kranke Kinder eingerichtet. Aufgenommen werden vor allem Kinder, deren Pflege und Behandlung in der Familie oder in öffentlichen Spitälern nicht möglich ist. Sie finden hier Aufnahme, ärztliche Betreuung, heilpädagogische Führung und Unterricht. In einer Reihe von Fällen handelt es sich um seltene Krankheitsbilder, über deren Ursache, Verlauf, Therapie und Prognose noch wenig bekannt ist. Im Vordergrund stehen Zustandsbilder nach Encephalitis, zahlreiche Formen von Epilepsie, angeborene Mißbildungen, wie Wasserköpfe, Lähmungen usw. Derzeit verfügt diese Abteilung über 82 Betten, wovon rund ein Drittel mit Säuglingen und Kleinkindern belegt ist. Diese Kinder werden in Sonderkindergartengruppen betreut; seit September 1956 besteht auch eine Sonderschulklasse, die 17 Kinder im Unterricht zusammenfaßt.

Da es für die Behandlung dieser Kinder keine Standardtherapien gibt, ergeben sich für die klinische Arbeit ständig neue Probleme. Vor allem gilt es, den bei manchen Kindern überaus heftigen Bewegungsdrang zu beseitigen, der diese Kinder daran hindert, gezielten und geordneten Aufgaben nachzukommen.

In dieser Beziehung ist es durch neue Methoden gelungen, eine große Zahl von Kindern wesentlich zu beeinflussen und in Schule und Kindergarten einzuordnen. Die eklatantesten Ergebnisse konnten in der Behandlung der Epilepsie erzielt werden. Hier ist es gelungen, in allen Fällen entscheidende Fortschritte zu erzielen, wobei in der Therapie besonders die Forderung erfüllt werden konnte, daß neben der Reduktion der Anfälle die geistige Entwicklung der Kinder nicht nur nicht gebremst, sondern gefördert werden muß.

Der Wirkungskreis dieser neuen Abteilung umfaßt die Schaffung und Erhaltung eines familienähnlichen, sozialen Milieus, in dem sich die Patienten geborgen fühlen sollen, therapeutische Förderung mit Hilfe der zur Verfügung stehenden klinischen Methoden und diagnostische Sichtung aller in geschlossene Anstalten zu überweisenden Kinder. Ziel der psychologisch-heilpädagogischen Arbeit ist, für jeden Einzelfall alle Möglichkeiten zu erfassen, die eine zweckgerichtete Förderung gewährleisten und eine optimale Entwicklung nicht nur der seelisch-geistigen Anlagen, sondern auch der Gesamtpersönlichkeit verheißen.

In der *Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke „Am Steinhof“* wurde der Neubau der Hochleistungskesselanlage beendet, so daß der Anschluß der übrigen Pavillons an die Fernheizung möglich ist. Die neue Ausstattung der Pavillons wirkt sich auf die Psyche der Pfinglinge in positivem Sinne aus. In der *Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke Ybbs an der Donau* wurde die Erneuerung der sanitären Einrichtungen und die Verbesserung der Kanalisierung fortgesetzt. Durch die Instandsetzung der Fassaden erhielt die Anstalt auch nach außen hin ein freundliches Bild.

In diesen beiden Anstalten wurde durch eine intensivere medikamentöse Behandlung versucht, den psychischen Zustand der geisteskranken Patienten günstig zu beeinflussen. Oft trat dadurch eine solche Besserung ein, daß von schweren Freiheitsbeschränkungen abgesehen werden konnte und die Pfinglinge ruhiger wurden; teilweise war es sogar möglich, sie zu Arbeiten heranzuziehen.

Die im Jahre 1956 für die beiden Heil- und Pflegeanstalten durchgeführten Bauarbeiten erforderten einen Aufwand von mehr als 7 Millionen Schilling; außerdem wurden für die Verbesserung der Inneneinrichtung, die Anschaffung von medizinischen Geräten, Pflegebehelfen und Wäsche 800.000 S ausgegeben.

JUGENDFÜRSORGEANSTALTEN

In der *Kinderübernahmestelle* wurde der Umbau der Kesselanlage auf rationelle Ölfeuerung fertiggestellt. Um die länger im Heim verbleibenden Kinder dem Schulunterricht nicht zu entziehen und eine bessere Differenzierung der Unterrichtsstufen herbeizuführen, hat der Stadtschulrat der Heim-*schule der Kinderübernahmestelle* zwei weitere Lehrkräfte zugewiesen.

Im *Zentralkinderheim* wurden die auf dem Anstaltsterritorium gelegenen Spielplätze ausgestaltet und Ringelspiele, Rutschbahnen, Schaukeln und Hutschen, die in den Lehrwerkstätten des Erziehungsheimes Eggenburg hergestellt worden waren, aufgestellt. Das Zentralkinderheim, in dem bisher Säuglinge und Kleinkinder im Alter bis zu 3 Jahren aufgenommen und bis zu ihrer Abgabe an private Pflegeplätze ärztlich betreut worden sind, hat sich in den letzten Jahren in Ermangelung geeigneter Pflegeplätze vom Durchzugsheim immer mehr zum Dauerheim gewandelt. Es dient heute der Unterbringung von 585 gesunden Säuglingen und Kleinkindern bis zur Erreichung des schulpflichtigen Alters sowie 40 Müttern während der Zeit des Stillens ihrer Säuglinge. Dem Heim steht auch eine eigene Krankenabteilung mit 32 Betten und eine Absonderung mit 18 Betten zur Verfügung. Das Schwergewicht hat sich damit von der ärztlichen Betreuung auf die erzieherische Führung der im Heim untergebrachten gesunden Kinder verlagert. Diese geänderten Verhältnisse haben zu einer Organisationsänderung des gesamten Anstaltsbetriebes geführt, die die augenblicklichen und künftigen Gegebenheiten berücksichtigt. Im Jahre 1956 wurde daher eine Pädagogin mit der Leitung betraut und ihr als Berater ein Kinderfacharzt als Leiter des ärztlichen Dienstes zur Seite gestellt. Die vorschulpflichtigen Kinder werden in Gruppen von zehn bis zwölf geführt. Für geistig zurückgebliebene Kleinkinder stehen dem Heim zwei Spezialgruppen für je 8 Kinder zur Verfügung.

Im *Kinderheim „Pötzleinsdorf“* wurden aus den bisher getrennt geführten Schlaf- und Tagräumen der Zöglinge drei Wohngruppen (Schlafräume, Tagraum und Waschkabine) errichtet und dadurch nicht nur Voraussetzungen für richtige Gruppengemeinschaften, sondern auch für eine bessere erzieherische Betreuung geschaffen. Gleichzeitig wurde eine der drei Wohngruppen baulich adaptiert und zweckentsprechend eingerichtet.

Im *Erziehungsheim „Döbling“* wurde der 1. Stock renoviert und ein Waschraum instandgesetzt; auch die Klosettanlagen wurden adaptiert.

Im *Erziehungsheim „Biedermannsdorf“* wurde der Austausch der Betonklosetts gegen Fayencemuscheln beendet. Die sanitären Anlagen der Krankenabteilung wurden vermehrt und die alten umgebaut.

Im *Erziehungsheim „Hohe Warte“* wurde der Festsaal renoviert, wobei auch neue Beleuchtungskörper montiert wurden.

Im *Erziehungsheim „Eggenburg“* wurde die bisher als 4klassig geführte Heimsonderschule ab Mai 1956 um 2 Klassen vermehrt. Auf dem der Anstalt gehörenden Grund an der Grafenbergerstraße wurde mit der Errichtung eines für Zucht- und Mastzwecke geeigneten Schweinestalles begonnen, um den Ertrag der Schweinehaltung zu steigern und den in der Landwirtschaft tätigen Lehrlingen die Möglichkeit zu geben, einen modernen Betrieb kennenzulernen. Zur Modernisierung der Lehrwerkstätten wurden zwei weitere Spezialmaschinen angeschafft. In diesen Lehrwerkstätten wurden von den Lehrlingen Arbeitsaufträge für andere Erziehungsheime sowie für Spitäler der Stadt Wien ausgeführt. Außerdem wurden fast alle Adaptierungsarbeiten, die in der Anstalt vorgenommen wurden, von den Zöglingen der Anstalt besorgt. Eine Vorstellung von den Leistungen der Zöglinge im Jahre 1956 gibt der nachstehend angeführte Materialverbrauch in den Lehrwerkstätten: 100 m³ Werk-

hölzer, 1.000 m² Paneel- und Holzfaserplatten, 200 m² verschiedene Furniere, 450 kg Band-, Rund- und Stabeisen (Stahl), 1.900 kg Rohre, 4.400 m Stoffe und andere Webwaren, 6.000 dm² Oberleder, 900 kg Sohlenleder usw.

Bei der Auswechslung der Deckenkonstruktion im Werkstattegebäude wurde auch die Schneider- und Installateurwerkstätte umgebaut und modernisiert; die nicht mehr zureichende Maurerwerkstätte wurde renoviert und erweitert. Der Belag des „Lindenhofes“ mit einer staubfreien Decke wurde fertiggestellt. Im Garten der neuen Anstalt wurde ein Sportplatz angelegt und am alten Sportplatz ein Fangnetz errichtet.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 7, Seite 374.)

ALTERSHEIME

Der Wandel in der inneren Struktur der städtischen Altersheime schreitet weiter fort. Diese Entwicklung führt zum Alterskrankenhaus und erfordert eine entsprechende Umgestaltung dieser Heime. Im Jahre 1956 wurde der Umbau der Pavillons V und VII des *Altersheimes Lainz* vollendet. Die Ausstattung der Krankenzimmer entspricht der eines Spitäles. So ist außer der Zentralheizung für jeden Raum ein Kalt- und Warmwasseranschluß vorhanden, eine moderne Rufanlage ermöglicht den Pfinglingen das Heranholen der Pflegerin zum Krankenbett, und die neu installierte Nachtbeleuchtung erleichtert den Dienst der Schwestern, ohne das Schlafbedürfnis der Patienten zu beeinträchtigen. Alle Krankenzimmer sind mit fugenlosen Böden versehen. Durch das Verschließen der offenen Veranden, die wegen der exponierten Lage nur wenige Tage im Jahr benützt werden konnten, wurden neue Tagräume für die Pfinglinge gewonnen. Der Unterhaltung und Ablenkung dient eine Radiokopfhöreranlage. Auch im Pavillon XV wurde durch das Verschließen der offenen Terrassen ein Aufenthaltsraum für die Tuberkulosekranken gewonnen. Die baulichen Investitionen für das Altersheim Lainz erforderten mehr als 6 Millionen Schilling; für die Beschaffung neuer zusätzlicher Inneneinrichtungen der Tagräume, medizinischer Geräte und Pflegebehelfe wurde mehr als 1 Million Schilling aufgewendet.

Im *Altersheim Baumgarten* wurde die Instandsetzung der Fassaden beendet. Im *Altersheim Liesing* wurden mit einem Aufwand von 1.200.000 S ein Krankenbettaufzug und eine Krankenstation im Altgebäude der Anstalt errichtet. Die bisherigen Senkgruben wurden aufgelassen. Die Anstalt wurde an das Kanalnetz angeschlossen. Der Küchenbetrieb wurde teilweise auf Gasheizung umgestellt. Für die Ergänzung der Inneneinrichtung sowie der medizinischen Apparate und Geräte wurden 100.000 S aufgewendet. Im *Altersheim Klosterneuburg* wurden für die Zentralheizung und die Waschküche neue Kesselanlagen installiert und Heizleitungen ausgetauscht. Die Küche erhielt eine Entnebelungsanlage.

Im Jahre 1956 war für sämtliche Altersheime ein Bettenstand von 6.275 Betten präliminiert; der durchschnittliche Belag umfaßte 6.196 Betten. Der Unterbelag ist auf die verspätete bauliche Fertigstellung verschiedener Krankenabteilungen der Altersheime zurückzuführen. Tatsächlich war das Erfordernis an Betten sehr groß, da zeitweise bis zu 300 Aufnahmsanträge vorlagen, die nicht erfüllt werden konnten. Nach Schließung des Reservespitäles Am Steinhof wurden die freigewordenen Pavillons zur Errichtung einer Ausweichabteilung des Altersheimes Lainz herangezogen, um die ungestörte Durchführung der Bauarbeiten im Altersheim Lainz zu ermöglichen. Dadurch konnte der Bettenstand vorübergehend um 70 Betten erhöht werden.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 21, Seite 397.)

HERBERGEN FÜR OBDACHLOSE

Die *städtischen Herbergen für Obdachlose* mit den Heimen III., Arsenalstraße, XII., Kastanienallee, XX., Meldemannstraße und Mauerbach erwiesen sich im Jahre 1956 in ihrem Fassungsraum als zu klein. Besonders nach dem Wegfall des Wohnungsanforderungsgesetzes und der damit bedingten Zunahme von obdachlosen Familien, die nicht in der Lage sind, hohe Ablösen für Wohnungen zu bezahlen, trat eine Verschärfung der Situation ein.

Durch Unterteilung von Sälen, Verbesserung der gemeinsamen Kücheneinrichtung und Aufstellung einer automatischen Waschanlage war die Gemeinde bemüht, das Los der in den Heimen wohnenden Familien zu erleichtern. Für diese Verbesserungen wurden 600.000 S aufgewendet.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 24, Seite 399.)

GESUNDHEITSWESEN

Die Gemeinde Wien ist bestrebt, die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung auf dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaft zu halten. Im städtischen Gesundheitsdienst sowie in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten werden zahlreiche moderne Untersuchungsmethoden angewendet, und eine große Zahl neuer und oft kostspieliger Medikamente und anderer Heilbehelfe steht für die Kranken zur Verfügung. Die besondere Sorge der Stadtverwaltung gilt aber den alten Menschen. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung erreicht durch den technischen und medizinischen Fortschritt ein hohes Alter, und die körperlichen und seelischen Probleme, die damit verbunden sind, finden insbesondere in den Krankenabteilungen der städtischen Altersheime größte Beachtung.

Die ständige Verbesserung und Ausweitung des Gesundheitsdienstes ist für die Gemeinde naturgemäß mit immer höheren Ausgaben verbunden, von denen nur ein Teil durch Einnahmen gedeckt ist, so daß alljährlich hohe Summen aus städtischen Mitteln beigetragen werden müssen.

ANZEIGEPFLICHTIGE ÜBERTRAGBARE KRANKHEITEN

Die einst gefürchteten infektiösen Kinderkrankheiten Scharlach und Diphtherie haben durch neue Behandlungsmethoden ihre Gefährlichkeit verloren und bedrohen nicht mehr so wie einst die Gesundheit der Bevölkerung. Der Scharlach ist die häufigste der anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten geblieben, hat jedoch im Jahre 1956 in keinem einzigen Fall zum Tode geführt. Im Vergleich mit dem Jahre 1955 ist der weitere rapide Rückgang der Diphtherieerkrankungen von 161 mit 3 Todesfällen auf 63 mit 1 Todesfall bemerkenswert. Im Jahre 1949 waren demgegenüber noch 2.581 Erkrankungen mit 89 Todesfällen zu verzeichnen! 1956 unterschritt die Zahl der Diphtherieerkrankungen bereits jene der Typhus- und Paratyphusfälle. Zu diesem Rückgang hat zweifellos die Diphtherieschutzimpfung der Kinder wesentlich beigetragen, die weiterhin allen Eltern dringend angeraten werden muß.

Bei den übertragbaren Darmkrankheiten (Typhus, Paratyphus, Ruhr, bakterielle Lebensmittelvergiftung) trat gegenüber dem Vorjahr keine weitere Abnahme ein. Hingegen wurden beim Keuchhusten und bei der Kinderlähmung die verhältnismäßig hohen Erkrankungszahlen der letzten beiden Jahre bei weitem nicht erreicht.

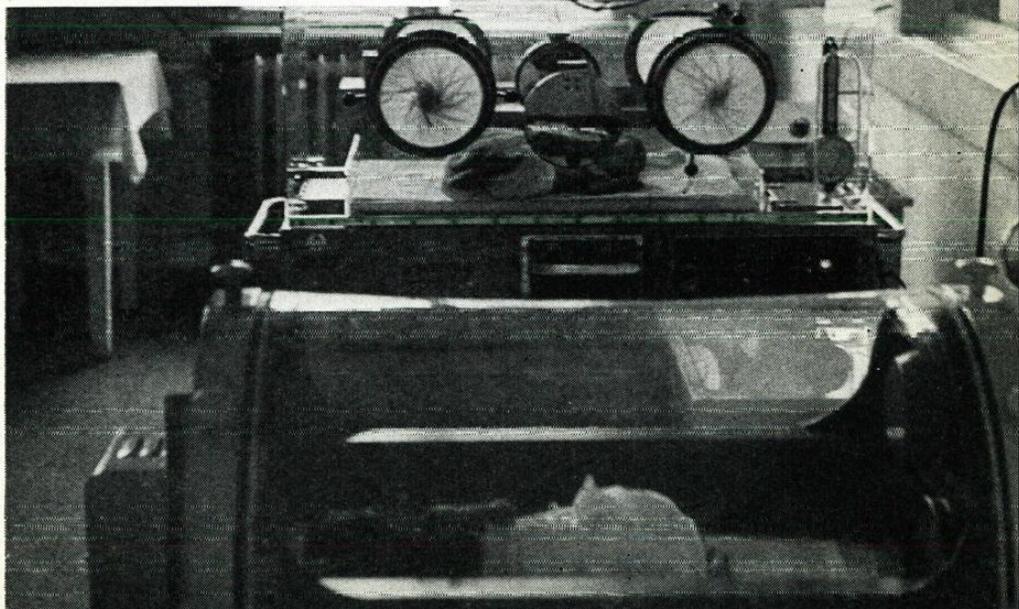
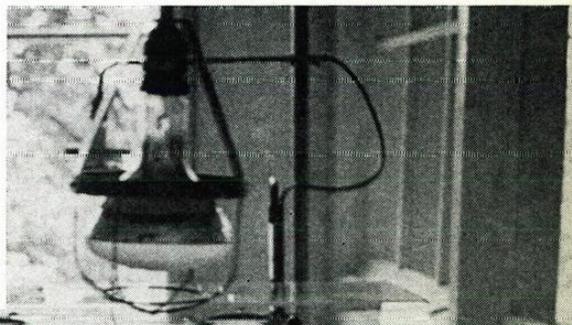
Bei den absonderungspflichtigen Krankheiten wurden von den Erkrankten bei Diphtherie 5 (8 Prozent der Erkrankten), bei Scharlach 234 (11,4 Prozent), bei Kinderlähmung 1 und bei Paratyphus 2 in der Wohnung abgesondert, die anderen waren in Infektionsabteilungen untergebracht. Beim Auftreten anzeigepflichtiger übertragbarer Krankheiten wurden im Jahre 1956 insgesamt 520 Personen wegen Ansteckungsverdacht durch Bescheid auf die Dauer der Inkubationszeit von ihrem Beruf ferngehalten oder sonstigen sanitätsbehördlichen Überwachungen und Beschränkungen unterworfen. In dieser Zahl sind die ohne Bescheid von Schule oder Kindergarten ferngehaltenen Zöglinge



Vizebürgermeister Weinberger verteilt an junge Hebammen in der Semmelweis-Klinik die Diplome

Zum Schutz des jungen Lebens...

Die Frühgeburtenstation des Preyer'schen Kinderspitales ist mit den modernsten Apparaten eingerichtet





Bürgermeister Jonas überreicht im Wilhelminen-Spital an 40 Absolventinnen das Krankenpflegerinnendiplom

Krankenpflegerinnen, Helfer des Arztes ...

Bei der Diplomierungsfeier im Allgemeinen Krankenhaus führen die jungen Schwestern ein Spiel auf



nicht inbegriffen. Außerdem waren 145 Schließungen von Schulklassen, Kindergärten, Kinderheimen und sonstigen Anstalten zu verzeichnen, und zwar 1 wegen Diphtherie, 116 wegen Scharlach, 22 wegen Kinderlähmung und 6 wegen sonstiger Krankheiten.

Die Zahl der Untersuchungen auf Grund des Bazillenausscheidergesetzes betrug 40.955, wobei 1 Ausscheider von Typhusbakterien, 16 Ausscheider von Paratyphuskeimen, 17 Ausscheider von Erregern der bakteriellen Lebensmittelvergiftung sowie 4 Tuberkulöse entdeckt und aus ihrer Beschäftigung entfernt wurden. Einschließlich der bei Untersuchung von Personen aus der Umgebung von Kranken festgestellten Keimträger wurden im Jahre 1956 52 Personen, die Erreger von akuten spezifischen Darmerkrankungen ausscheiden, entdeckt und überwacht; 108 Personen wurden aus der Beobachtung entlassen, so daß Ende 1956 insgesamt 388 Bazillenausscheider in Evidenz standen.

Dem Gesundheitsamt wurden 1.635 Verletzungen durch Tiere, meist Bißverletzungen durch Hunde, gemeldet; darunter befanden sich 308 Verletzungen durch Tiere unbekannter Herkunft sowie 152 Kopfverletzungen, davon 18 durch Tiere unbekannter Herkunft. Wenn die Möglichkeit einer Tollwutinfektion nicht sicher auszuschließen ist, werden die Verletzten der Impfbehandlung zugeführt und weiter überwacht.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 15, Seite 347.)

IMPFUNGEN

Im Jahre 1956 wurden in den Bezirksgesundheitsämtern, Schulen und Mutterberatungsstellen sowie in der Zentrale des Gesundheitsamtes 22.283 Impfungen gegen Pocken, 17.971 gegen Diphtherie-Tetanus oder gegen Diphtherie-Tetanus-Pertussis, 3.255 gegen Typhus und Paratyphus und 1.201 gegen Cholera, Fleckfieber oder Gelbfieber vorgenommen. Über den Anteil der Impfungen in den Schulen gibt der Abschnitt „Schulärztlicher Dienst“, Seite 99, Aufschluß.

DESINFEKTIONSANSTALTEN

Im Jahre 1956 stand ebenso wie in den Vorjahren nur die Desinfektionsanstalt im 3. Bezirk, Arsenalstraße 7, in Betrieb; über ihre Tätigkeit berichtet Tabelle 23 auf Seite 383. Außer den dort angeführten Desinfektionen sind noch zu erwähnen: Die Desinfektion von 2.557 Verbandkübeln, 4.505 Decken und Mänteln aus den Sanitätsstationen, 8.324 Paketen zur Versendung in das Ausland und 12 Paketen an Kriegsgefangene.

Zur Verbesserung der technischen Einrichtungen der Anstalt wurde 1 vollautomatischer Schlußdesinfektionsapparat angeschafft.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 23, Seite 383.)

HYGIENISCH-BAKTERIOLOGISCHE UNTERSUCHUNGSANSTALT

Im Jahre 1956 wurde die erste wasserhygienische Großuntersuchung an dem neuen Wasserleitungsspeicher der Ersten Wiener Hochquellenwasserleitung in Neusiedl am Steinfeld abgeschlossen; sie umfaßte mehr als 1.700 bakteriologische, 84 chemische und 15 biologische Untersuchungen sowie 248 Temperaturmessungen. Außerdem wurden regelmäßig bakteriologische, physikalisch-chemische und biologische Untersuchungen durchgeführt, worüber auf Seite 181 berichtet wird.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 24, Seite 382.)

LEICHEN- UND BESTATTUNGSWESEN

Im Jahre 1956 wurden von den Amtsärzten der Bezirksgesundheitsämter 5.556 Totenbeschauen, von 45 vertragsmäßigen Totenbeschauärzten 2.772, im Institut für gerichtliche Medizin ohne Obduktion 300, von 2 ehemaligen Gemeindeärzten der Randgemeinden 24 und von anstaltseigenen Totenbeschauärzten der Krankenanstalten 15.369 Totenbeschauen durchgeführt. Sanitätspolizeiliche Obduktionen 869 (davon 496 plötzlich verstorbene und 373 tot aufgefundene Personen). Unter sanitärer Aufsicht wurden 1.712 Leichenüberführungen von Wien nach auswärts sowie 1.407 von auswärts nach Wien und 2.700 Enterdigungen vorgenommen.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 26, Seite 384.)

HYGIENE UND BEHEBUNG SANITÄRER ÜBELSTÄNDE

Die Bezirksgesundheitsämter stellten im Jahre 1956 in 9.274 Erhebungen und Begutachtungen 6.438 sanitäre Übelstände und hygienische Mängel fest. Darunter waren 3.472 Wohnungsbegutachtungen, wobei in 2.364 Fällen hygienische Übelstände beobachtet wurden. In 1.276 Fällen wurde das Vorkommen von Schädlingen, insbesondere Ratten und Ungeziefer, und in 948 Fällen Mängel in der Abfallstoffbeseitigung beanstandet. 2.259 sanitäre Übelstände, davon 318 in Wohnungen, wurden behoben. Von der Zentrale des Gesundheitsamtes wurden 1.247 Angelegenheiten der allgemeinen Hygiene bearbeitet, von denen 160 gesundheitsschädliche Wohnungen, 123 Ratten- und sonstige Schädlingsbekämpfung, 153 sanitäre Übelstände sonstiger Art, 44 Lärm- oder Rauchbelästigungen, 22 Gewerhygiene, 9 Lebensmittelhygiene und die übrigen sonstige Angelegenheiten betrafen.

Ärzte des Gesundheitsamtes nahmen im Jahre 1956 außerdem an 7 Sitzungen der Bauoberbehörde für Wien sowie an 408 Lokalausweisungen in nachstehenden Angelegenheiten teil:

Bauhygiene	48	Lärm-, Geruchs-, Rauch-, Staub-	
Gewerhygiene	54	belästigung	57
Sanitäre Übelstände	9	Rattenbekämpfung	38
Berufsschulen	19	Schädlingsbekämpfung	12
Desinfektionswesen	52	Gesundheitsschädliche	
Krankenanstalten	89	Wohnungen	25
		Zusammen	403

KRANKENPFLEGESCHULEN UND HEBAMMEN-LEHRANSTALTEN

Im Jahre 1956 wurden an den 5 Krankenpflegeschulen, darunter 4 städtischen, Diplomprüfungen abgehalten, aus denen 197 diplomierte Krankenschwestern hervorgingen. Außerdem wurden 9 Absolventinnen des Spezialausbildungslehrganges, der der Krankenpflegeschule im Allgemeinen Krankenhaus angeschlossen ist, als medizinisch-technische Assistentinnen diplomiert.

Neben den Diplomprüfungen fanden noch 8 Vorprüfungen von 224 Schülerinnen statt. An den beiden Spezialausbildungsstätten für Säuglings- und Kinder-schwestern erhielten 28 Schülerinnen ihr Prüfungsdiplom. In die Krankenpflegeschulen wurden im Jahre 1956 238 Schülerinnen aufgenommen, in die Säuglings- und Kinderpflegeschulen 36 Schülerinnen und in den Spezialausbildungslehrgang für medizinisch-technische Assistentinnen 19 Schülerinnen.

In der Bundeshebammenlehranstalt Wien an der Ignaz Semmelweis-

Frauenklinik der Stadt Wien wurden im Februar 1956 die Diplomprüfungen des Lehrganges 1954/56 abgehalten, bei denen 24 Schülerinnen geprüft wurden, die durchwegs die Prüfung bestanden. Außerdem fanden drei Wiederholungskurse für Hebammen in der Zeit vom Mai bis September statt, an denen insgesamt 63 Hebammen teilnahmen. Im Oktober wurde der neue Hebammenlehrgang mit 31 Schülerinnen begonnen. Die Zahl der frei praktizierenden Hebammen in Wien hat sich von 15 auf 14 vermindert.

(Siehe dazu I. Teil, Tabelle 3, Seite 547.)

GESUNDHEITSFÜRSORGE

SCHULÄRZTLICHER DIENST

In der Erkenntnis, daß die Kinder das kostbarste Gut des Volkes sind, sorgt die Gemeinde für die ärztliche Betreuung in den Kindergärten und unterhält in den städtischen Pflichtschulen einen schulärztlichen Dienst, der ständig intensiviert und ausgebaut wird. Im Jahre 1956 wurden von den Schulärzten 144.870 Kinder untersucht. Zum Schutz gegen Infektionskrankheiten wurden in den Schulen 10.739 Kinder gegen Pocken und 10.507 gegen Diphtherie und Tetanus geimpft. Außerdem wurden in den Schulen 26.877 Tuberkulinproben durchgeführt. In der Zentrale des Gesundheitsamtes wurden 537 Schulkinder untersucht. Hinzu kommen noch 6.750 Untersuchungen in Kindergärten; 10.023 Kinder wurden Fachambulanzen zugewiesen. In Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendhilfswerk wurde erstmalig die Möglichkeit geschaffen, Schulkinder, die an Bronchialasthma oder an allergischen Dermatosen leiden, für mehrere Wochen ans Meer zu schicken. Die Meldung geeigneter Fälle erfolgt durch den Schularzt auf Grund der schulärztlichen Reihenuntersuchungen; die engere Auswahl trifft die Zentrale des schulärztlichen Dienstes.

In der schulärztlichen Augenzentrale wurden 6.478 Kinder untersucht; in rund 2.000 Fällen wurden Brillen verschrieben. Bei 57 Kindern wurden Störungen des Farbsinnes festgestellt. In 9 Fällen wurde der Besuch der Sehgestörtenschule empfohlen.

SCHULZAHNKLINIKEN

Die systematische Schulzahnpflege, die sich auf die regelmäßige zahnärztliche Untersuchung und Behandlung der Pflichtschüler vom Schuleintritt bis zum Verlassen der Pflichtschule erstreckt, wird in den Schulzahnkliniken durchgeführt. Diese ist eine der wertvollsten Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge, denn die Gesunderhaltung der Zähne schützt vor den verschiedenartigsten Krankheitserscheinungen im späteren Alter.

Im Schuljahr 1955/56 waren von den insgesamt 118.069 Kindern der öffentlichen Pflichtschulen 105.176 der systematischen Schulzahnpflege angeschlossen; von ihnen wurden 94.620 im Rahmen der Schulzahnkliniken untersucht. 1.351 Kinder aus den Jugendfürsorgeanstalten wurden systematisch behandelt; 118 Kinder standen in poliklinischer Behandlung.

Die Zahl der Frequenzen in der systematischen Schulzahnpflege betrug 86.334; außerdem wurden 2.560 Revisionen vorgenommen. Die Zahl der Frequenzen in der poliklinischen Behandlung betrug 3.246. In der systematischen Behandlung wurden 55.529 Amalgam- und 7.311 Synthetik-Füllungen ausgeführt; dazu kamen bei revidierten Kindern 1.387 Amalgam- und 192 Synthetik-Füllungen. Von den insgesamt 62.840 Füllungen in der systematischen Schulzahnpflege waren 5.667 Zweiflächenfüllungen. In der poliklinischen Behandlung wurden 2.047 Amalgam- und 525 Synthetik-Füllungen, davon

298 Zweiflächenfüllungen, gelegt. Die Wurzelbehandlungen verteilen sich in der systematischen Behandlung auf 10.325, bei Revisionen auf 169 und bei poliklinischen Behandlungen auf 634 Sitzungen. In der systematischen Behandlung wurden 10.409 Zahnextraktionen, davon 711 am bleibenden Gebiß, durchgeführt; 252 Zahnextraktionen wurden bei Revisionen durchgeführt, davon 21 am bleibenden Gebiß. In der poliklinischen Behandlung wurden 399 Extraktionen, darunter 114 am bleibenden Gebiß, ausgeführt.

Zahnreinigungen wurden in der systematischen Schulzahnpflege in 33.174, in der poliklinischen Behandlung in 1.045 Fällen vorgenommen. Zahnbürstunterricht wurde in der systematischen Schulzahnpflege in 124.525, in der poliklinischen Behandlung in 3.834 Fällen erteilt.

Im Februar 1956 wurde mit der Kariesprophylaxe-Aktion durch Verbreitung von Fluortabletten begonnen. 1.000 Kinder der 1. Klasse der Volksschulen des 2. Bezirkes und 1.000 Kinder der städtischen Kindergärten wurden in diese Aktion einbezogen. Mit September 1956 wurde die Aktion auf neuerlich 1.000 Schulkinder und 1.000 Kindergartenkinder erweitert, so daß Ende 1956 4.000 Kinder an die Kariesprophylaxe-Aktion angeschlossen waren.

Im Jahre 1956 wurde die Expositur der Schulzahnklinik Floridsdorf im 22. Bezirk, Afritschgasse 56, in Betrieb genommen. Durch diese Expositur wird den Kindern der Schulen Aderklaaer Straße 2, Meißnergasse 1, Afritschgasse 56, Natorpgasse 1 und Schüttauplatz 18 der Besuch der Schulzahnkliniken erleichtert. Die Schulzahnklinik Liesing wurde von der Schule Liesing, XXIII., Dirmhirngasse 6, in ein Gebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite verlegt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 14, Seite 378.)

TUBERKULOSENFÜRSORGE

Bei der Betrachtung des Gesundheitszustandes der Wiener Bevölkerung zeigt sich, daß die Tuberkulose, obwohl die Zahl der Erkrankungen und die der Todesfälle ständig zurückgeht, noch immer eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellt. Da bei den derzeitigen Behandlungsmethoden Tuberkulosekranke länger leben, muß den Vorkehrungen gegen die Weiterverbreitung dieser Krankheit ein besonderes Augenmerk zugewendet werden. Die Gemeinde sorgt in diesem Sinne durch ständige Vermehrung der Röntgenapparate in ihren Spitälern und Tuberkulosefürsorgestellen, da die Röntgenuntersuchung den wichtigsten Teil der Lungenuntersuchung darstellt.

Das fahrbare Röntgengerät wurde im Jahre 1956 mit rund 12.000 Untersuchungen weit stärker als bisher in Anspruch genommen. Die meisten der Untersuchungen fanden in Betrieben statt; die Kosten wurden von den Betriebsleitungen getragen. Außerdem wurde erstmalig eine Röntgenreihenuntersuchung der Stellungspflichtigen für das Bundesheer durchgeführt. Die Kosten dieser Untersuchung wurden vom Verein „Heilstätte Alland“ übernommen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung waren insofern interessant, als eine relativ hohe Zahl von bis dahin unbekanntem Fällen von behandlungsbedürftiger Tuberkulose entdeckt wurde; sie sprechen für die große Bedeutung der Schirmbilduntersuchungen bestimmter Gruppen. Die Zahl der Resistenzbestimmungen in der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt ist beträchtlich angestiegen. Dies ist das Ergebnis von Vereinbarungen mit den Sozialversicherungsträgern, denen sich inzwischen auch das Landesinvalidenamt für die Kriegsversehrten und die Krankenfürsorgeanstalt der Gemeinde Wien angeschlossen haben.

Die Zusammenarbeit des Gesundheitsamtes mit dem Veterinäramt wegen der Tuberkulose von Haustieren wurde intensiviert. Aus den Ergebnissen dieser Zusammenarbeit sei der Fall erwähnt, daß bei einem im Veterinäramt seziierten

Hund menschliche Tuberkelbazillen gezüchtet werden konnten. Damit wurde die schon lange bestehende Vermutung bestätigt, daß auch Haustiere an der Verbreitung der menschlichen Tuberkulose beteiligt sein können.

Auf Grund von Meldungen über Tuberkuloseerkrankungen bei praktizierenden Ärzten in Wien wurden im Jahre 1956 Verhandlungen mit der Ärztekammer geführt, um Fälle von ansteckender Tuberkulose bei Ärzten rechtzeitig zu erfassen und die Erkrankten in Anstalten unterzubringen.

Im Dezember 1956 wurde eine größere Anzahl von Ungarnflüchtlingen im Zusammenhang mit ihrer Ausreise aus Österreich im Tuberkulosereferat des Gesundheitsamtes untersucht.

Im Jahre 1956 wurden in den Tuberkulosefürsorgestellen in den Bezirken 11.228 Tuberkulinprüfungen durchgeführt. Im Tuberkulosereferat des Gesundheitsamtes wurden im Zusammenhang mit Schutzimpfungen 24.267 Tuberkulinprüfungen und 22.309 Nachprüfungen vorgenommen. Die Zahl der Schutzimpfungen betrug 19.165; unter den Geimpften befanden sich 9.364 Säuglinge, die an den geburtshilflichen Spitalsabteilungen ohne vorherige Tuberkulinprobe geimpft wurden, davon 7.999 von in Wien ansässigen Müttern. Die Schutzimpfungen gegen Tuberkulose in den Schulen wurden in den Bezirken II, VII, X, XV und XIX durchgeführt.

Besonders wichtig für die Tuberkulosefürsorge ist die Röntgenuntersuchung. Über die Leistungen der Röntgenstellen in den Bezirksgesundheitsämtern und in der Zentrale gibt folgende Übersicht Auskunft:

	Tuberkulose- Fürsorgestellen	Tuberkulose- referat des Gesundheitsamtes
Röntgendurchleuchtungen	86.797	4.584
Schirmbildaufnahmen (einschließlich Röntgen- wagen)	—	39.174
Röntgenaufnahmen	4.306	1.685

27.413 dieser Untersuchungen fanden im Rahmen von Röntgenreihenuntersuchungen statt.

Hinzu kommen noch 344 Tomographien, von denen ein Teil in der II. Chirurgischen Klinik und die übrigen im Zentralröntgeninstitut aufgenommen wurden.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 10, Seite 376.)

GESCHLECHTSKRANKENFÜRSORGE

Im Jahre 1956 ist die Zahl der im Vorjahr gemeldeten 80 Luesfälle auf 119 angestiegen. Die Gesamtzahl der venerischen Neuinfektionen ist jedoch durch einen mäßigen Rückgang der Gonorrhöe etwas niedriger als im Vorjahr. Von den Neuinfektionen im Jahre 1956 wurden 38 Prozent in der Beratungsstelle des Gesundheitsamtes entdeckt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 20, Seite 382.)

FÜRSORGE FÜR NERVEN- UND GEMÜTSKRANKE

In Fürsorgeangelegenheiten von Geisteskranken, Trinkern und Süchtigen sowie im Suchtgiftverkehr wurden im Jahre 1956 1.253 Geschäftsstücke gegenüber 1.289 im Vorjahr behandelt.

Über in Anstalten eingewiesene Geistesranke wurden 16.910 Meldungen an das Gesundheitsamt erstattet, die sich zu etwa gleichen Teilen aus Aufnahmepareren, Anhaltungs- und Entmündigungsbeschlüssen sowie Entlassungsanzeigen zusammensetzen. Auf Grund dieser Meldungen wurden bei den

Bezirksgesundheitsämtern 3.821 Personen in Evidenz gehalten und deren Pflegestellen überwacht.

Die Suchtgiftüberwachungsstelle im Bundesministerium für soziale Verwaltung hat Suchtgiftverschreibungen für 222 Personen zur Überprüfung zugewiesen. Daraus ergab sich ein umfangreicher Schriftverkehr mit den verschreibenden Ärzten, mit den Bezirksgesundheitsämtern und mit anderen Behörden.

Von den Krankenanstalten wurden 68 Meldungen über zur Entziehungsbehandlung eingewiesene Personen erstattet und darüber 64 Krankengeschichten vorgelegt. Der Parteienverkehr umfaßte 384 Personen. Über den Suchtgiftverkehr wurden von 31 Drogengroßhandlungen und Erzeugungsbetrieben sowie 257 Apotheken 344 Nachweisungen übermittelt, die zu 8 Berichten an das Bundesministerium für soziale Verwaltung verarbeitet wurden.

Trinkerangelegenheiten wurden in 2 Dienststücken und 48 Vorsprachen behandelt. Der größte Teil der Trinker sucht mangels ausreichender eigener Einrichtungen des Gesundheitsamtes die Ambulanz der Nervenlinik oder private Organisationen auf.

KÖRPERBEHINDERTENFÜRSORGE

Die steigende Tendenz der Zahl der betreuten Körperbehinderten hielt auch im Jahre 1956 an. Die erhöhte Zahl der Untersuchten ergibt sich aus der fortschreitenden Intensivierung bei der Erfassung der Körperbehinderten durch alle Zweige der Fürsorge. Der Schwerpunkt der Körperbehinderungen hat sich in der letzten Zeit von der Knochentuberkulose mehr auf Haltungsanomalien, Lähmungsfolgen, Fußdeformationen usw. verschoben.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 11, Seite 377.)

SPORTÄRZTLICHE UNTERSUCHUNGS- UND BERATUNGSSTELLE

In der sportärztlichen Untersuchungs- und Beratungsstelle wurden im Jahre 1956 1.593 Sportler untersucht. Von den 1.274 männlichen Sportlern waren 689 unter 18 Jahren, 467 zwischen 18 und 40 Jahren und 118 über 40 Jahre. Bei den 319 weiblichen Sportlern betragen die entsprechenden Zahlen 232, 58 und 29. Sportvereine und Sportverbände entsendeten 1.035 Sportler und Sportlerinnen; aus eigenem kamen 558. Auf Eignung für den Leistungssport ließen sich 1.327, für den Gesundheitssport 266 Personen untersuchen. Von den Untersuchten wurden 93 wegen Kreislaufschäden und 4 wegen sonstiger Schäden vom Leistungssport zurückgestellt. 9 Personen mußte von jeglicher Sportausübung abgeraten werden.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 13, Seite 378.)

KREBSBEKÄMPFUNG

Im Jahre 1956 standen ebenso wie im Vorjahr 6 Gesundenuntersuchungsstellen zur Verfügung. Insgesamt wurden 5.745 Personen, davon 1.629 Männer und 4.116 Frauen, untersucht, wobei 15.525 Laboratoriumsuntersuchungen und 3.987 endoskopische Untersuchungen sowie 5.749 Thoraxdurchleuchtungen durchgeführt wurden. Dabei wurden 226 Befunde auf Karzinomverdacht erhoben, wovon vorläufig folgende verifiziert wurden:

Bronchuskarzinome	3	Ovarialkarzinom	1
Mammakarzinome	5	Prostatakarzinome	4
Karzinome des Verdauungstraktes	8	Hautkarzinom	1
Uteruskarzinome	19	Hodensarkom	1

3.517 Personen wurden wegen anderen Erkrankungen ihren behandelnden

Ärzten zugewiesen. Es wurden 607 Praeankerosen festgestellt, das sind Krankheiten, die bei mangelhafter Behandlung erfahrungsgemäß in ein Krebsleiden übergehen können. Diese werden ähnlich wie die Verdachtsfälle bis zur Klarstellung der Diagnose und bis zur Durchführung einer Behandlung in Evidenz gehalten. Von den Fürsorgerinnen der Gesundenuntersuchungsstelle wurden 406 Hausbesuche durchgeführt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 12, Seite 378.)

AMTS- UND VERTRAUENSÄRZTLICHE UNTERSUCHUNGEN

Die Amtsärzte der Gemeinde Wien in der Zentrale des Gesundheitsamtes nahmen im Jahre 1956 insgesamt 15.522 amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen vor. In 14.370 Fällen handelte es sich um Untersuchungen von Gemeindeangestellten oder Krankenkontrollen für das Anstaltenamt sowie um Untersuchungen im Auftrage des Stadtschulrates. 61 Untersuchungen wurden in Angelegenheiten der Erwachsenen- und Familienfürsorge, 645 nach dem Opferfürsorgegesetz 1947, 11 nach dem Verbotsgesetz und 142 im Zusammenhang mit Führerscheinrekursen durchgeführt. Hinzu kam die Erstattung von 293 amtsärztlichen Gutachten in verschiedenen Fällen. Außerdem wurden 4.592 Blutabnahmen für die Wassermannsche Reaktion, 1.268 Harnuntersuchungen und 75 Blutsenkungsproben vorgenommen.

SANITÄTSRECHTSANGELEGENHEITEN

Im Jahre 1956 waren für die Verwaltungstätigkeit in Sanitätsrechtsangelegenheiten folgende Neuerungen in der Gesetzgebung von Bedeutung.

Mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 23. März 1956, LGBl. für Wien Nr. 9/1956, wurde § 1 Abs. 1 der Kundmachung des Landeshauptmannes vom 12. Juni 1948, LGBl. für Wien Nr. 20/1948, über den Dienst in den öffentlichen Apotheken in Wien als gesetzwidrig aufgehoben. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die Betriebs- und Sperrzeiten der öffentlichen Apotheken nach den Bestimmungen des novellierten Apothekengesetzes neu zu regeln. Die am 1. Jänner 1956 in Kraft getretene Österreichische Arzneitaxe 1956, Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 5. Dezember 1955, BGBl. Nr. 251/1955, vereinfachte das bisherige Verfahren wegen Gewährung von Ermäßigungen für kleinere Apotheken und Hausapotheken, die von Ärzten geführt werden.

Durch das Landesgesetz vom 1. Juni 1956, LGBl. für Wien Nr. 19/1956, wurde die Entlohnung der in den Wiener Krankenanstalten in Ausbildung stehenden Ärzte erhöht. Durch das Landes-Ausführungsgesetz vom 13. Juli 1956, LGBl. für Wien Nr. 23/1956, zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, wurden die Beziehungen der Versicherungsträger zu den öffentlichen und nichtöffentlichen Krankenanstalten, soweit sie im ASVG nur durch „Grundsatzbestimmungen“ geregelt sind, des Näheren ausgeführt.

APOTHEKENANGELEGENHEITEN

Im Jahre 1956 wurden 12 Apothekenbetriebe genehmigt. In 114 Apotheken wurden Kontrollen durchgeführt und dabei 809 Proben von Medikamenten entnommen; davon wurden 191 beanstandet. 39 Apotheken reichten 156 sogenannte Hausspezialitäten zur Genehmigung ein, von denen 23 beanstandet wurden. Auch 23 chemisch-pharmazeutische Betriebe wurden überprüft.

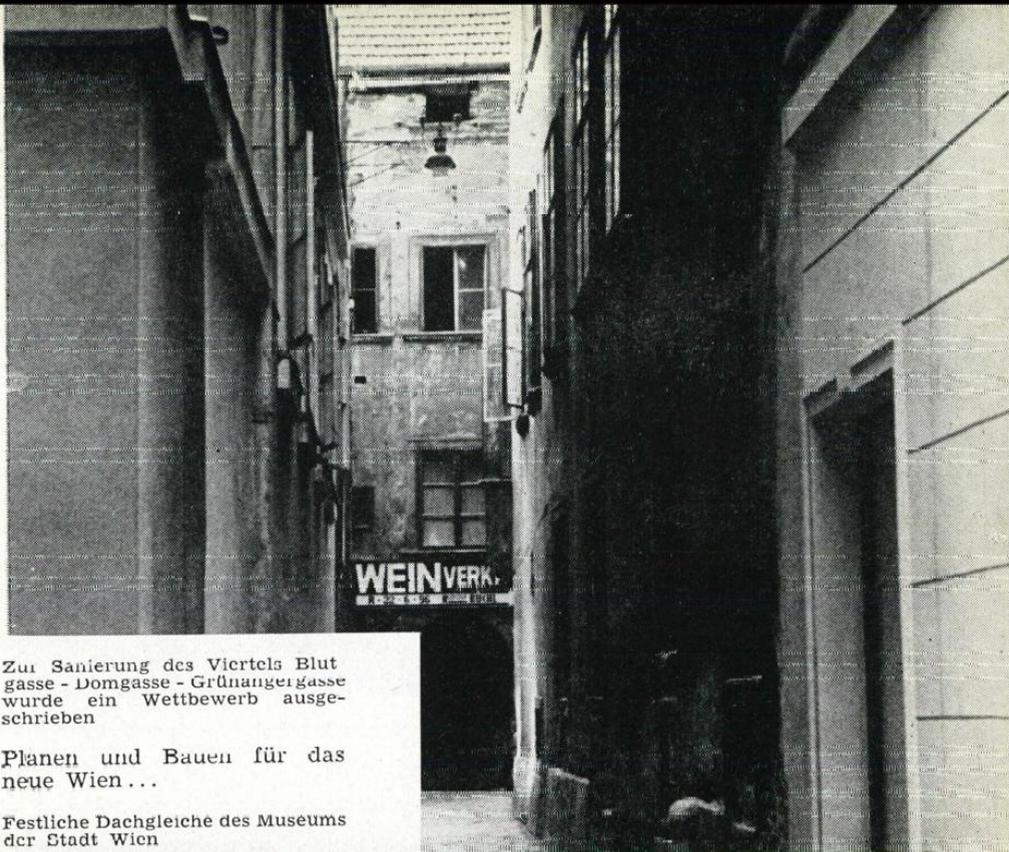
RETTUNGS- UND KRANKENBEFÖRDERUNGSDIENST

Der Rettungsdienst wurde im Jahre 1956 etwas mehr in Anspruch genommen als im Vorjahr, dagegen zeigte sich im Krankenbeförderungsdienst ein leichter Rückgang, der sich dadurch erklären läßt, daß im Jahre 1956 die sonst auftretende jahreszeitlich bedingte Häufung von Erkältungskrankheiten ausgeblieben ist. Für den Rettungsdienst wurden im Jahre 1956 5 Ambulanzwagen und 1 Kommandowagen sowie 1 Personenkraftwagen angeschafft. Bei den Ambulanzwagen erfolgte die Karosserie durch die Lieferfirma unter Berücksichtigung aller betrieblichen Notwendigkeiten und Erfahrungen. Der Kommandowagen ist ein Kombiwagen, der durch seine Spezialausführung auch als Ambulanzwagen verwendbar ist. Die Fahrzeuge alter Typen wurden ausgeschieden, so daß durchwegs moderne, den heutigen Anforderungen entsprechende Wagen eingesetzt sind.

Eine wertvolle, den letzten Erfahrungen entsprechende Ergänzung erfuhr die Ausstattung des Rettungsdienstes durch Anschaffung von 2 Transport-Inkubatoren. Diese Inkubatoren, Wärmekammern mit Sauerstoffzufuhr für den Transport von Frühgeburten, haben sich bestens bewährt, da durch sie Frühgeburten, geschützt gegen Kälteschäden, Infektion und Sauerstoffmangel, unter ärztlicher Kontrolle raschest in die Säuglingsstationen gebracht werden können. Die für den Rettungsdienst wichtigste Ergänzung seiner Einrichtung und Organisation stellt jedoch die Ausrüstung mit einer Sprechfunkanlage dar. Mit einem Kostenaufwand von 800.000 S wurden 1 Sende-Empfangs-Stelle (orts-feste Station) und 20 Fahrzeugstationen eingerichtet. Von der Leitstelle in der Zentrale des Rettungsdienstes ist es möglich, mit jedem unterwegs befindlichen Ambulanzwagen des Rettungsdienstes in Funkverbindung zu treten, ihm neue oder zusätzliche Weisungen zu geben sowie Meldungen der Fahrzeuge entgegenzunehmen. Daraus ergibt sich eine weitere Intensivierung des Einsatzes und die Vermeidung von Aufschüben bei Interventionen, die bisher zwangsläufig auftraten, wenn alle Ambulanzwagen ausgefahren waren und erst bei telephonischer Meldung nach Durchführung ihres Einsatzes oder nach Einrückung in ihre Station weiterbeordert werden konnten. Durch die Einführung des Sprechfunks sind nach dem heutigen Stand der Technik alle Möglichkeiten genützt, um den Bewohnern Wiens ärztliche Hilfe schnellstens zuteil werden zu lassen.

Für den Betrieb der Anlage wurde ein Antennenmast auf dem Dache der Zentrale des Rettungsdienstes errichtet, die Leitstelle der Funkanlage, von der aus die Bedienung und Besprechung der Anlagen erfolgt, befindet sich ebenfalls im Gebäude der Zentrale. Die Anlage, die mit einer Leistung von 20 Watt arbeitet, ermöglicht zwischen Leitstelle und Fahrzeugen ein Gegensprechen wie beim normalen Telephonbetrieb. Außerdem ist es möglich, vom Kommandowagen aus eine direkte Verbindung mit den Ambulanzwagen im Wechsel-sprechverkehr herzustellen, wodurch bei größeren Katastrophenfällen die unmittelbare Leitung des Einsatzes gewährleistet wird.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 3, Seite 363.)



Zur Sanierung des Viertels Blutgasse - Domgasse - Grünangergasse wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben

Planen und Bauen für das neue Wien...

Festliche Dachgleiche des Museums der Stadt Wien





Die Bronzeplastik „Junge Steinböcke und Hase“ der Bildhauerin Maria J. van Eferdingen

Werke der bildenden Kunst in den Gemeindebauten . . .

Das Gregor Mendel-Denkmal des Bildhauers Mario Petrucci



BAUWESEN UND ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN

Wien ist durch seine Leistungen im sozialen Städtebau wieder in das internationale Blickfeld gerückt. Dies zeigte sich darin, daß Wien zum Tagungsort des Internationalen Städtebaukongresses ausersehen wurde. Zu den städtebaulichen Problemen gehört auch die Sanierung alter Stadtteile, die nunmehr von der Gemeinde forciert wird. So erließ sie einen Aufruf an die Architekten zu einem öffentlichen Ideenwettbewerb, dessen Thema die Sanierung der baulichen Verhältnisse im Wiener Altstadtgebiet bildet. Es wurde die Aufgabe gestellt, Pläne für die Sanierung des von der Singerstraße—Blutgasse—Domgasse und Grünangergasse eingeschlossenen Gebietes zu entwerfen, die zugleich ein Vorbild für analoge außergewöhnliche Sanierungsvorhaben in anderen alten Stadtteilen ergeben könnten. Ein zweiter großer Ideenwettbewerb betrifft die Neugestaltung eines Teiles des 21. Bezirkes, Floridsdorf—Jedlese. Für die besten Entwürfe hat die Gemeinde Geldpreise ausgesetzt.

Der Umfang und die Vielfalt der Bautätigkeit im Jahre 1956 lassen sich daraus erkennen, daß in diesem Zeitraum für Bauaufträge rund 1 Milliarde Schilling aufgewendet wurde. Ebenso wie im Vorjahr standen aber für die termingerechte Erfüllung des Bauprogramms nicht immer genügend Arbeitskräfte zur Verfügung.

Von den städtischen Großbauten wurden das Museum der Stadt Wien sowie Teile der im Bau befindlichen Stadthalle auf dem Vogelweidplatz im Rohbau fertiggestellt, im Wiener Stadion wurde eine Nachtbeleuchtungsanlage installiert und mit den Arbeiten für die Vergrößerung des Fassungsraumes begonnen. Eine Bauleistung besonderer Art ist das 20stöckige Hochhaus auf dem Matzleinsdorfer Platz, der repräsentativste Wohnhausbau der Gemeinde Wien, der vor der Vollendung steht. Sehr intensiv befaßt sich die Gemeinde mit der Errichtung von Heimstätten für alte Menschen, womit ein Weg zur Lösung des Problems beschritten wird, die alten Menschen davor zu bewahren, sich von der Gemeinschaft ausgestoßen zu fühlen.

DIE STADTBAUAMTSDIREKTION

Die rege Bautätigkeit der Gemeinde hielt auch im Jahre 1956 an. Dies geht aus der Unternehmerkartei der Stadtbauamtsdirektion hervor, in der 19.630 Aufträge verzeichnet sind, die an 4.657 Firmen des Baugewerbes vergeben wurden. Für die Aufträge wurden mehr als 98.000 Anbote von Firmen eingeholt. Im Durchschnitt wurde an 1.310 Baustellen gearbeitet.

In den Monaten Jänner bis März wurden durchschnittlich 9.800, von April bis September 15.100 und von Oktober bis Dezember 14.700 Arbeitskräfte beschäftigt. Der verhältnismäßig niedrige Stand in den ersten drei Monaten ist auf die Kältewelle im Februar 1956 zurückzuführen. Der Höchststand wurde Ende August mit 16.326 Beschäftigten erreicht. 74 Prozent der Arbeiter waren für die Dienststellen der „Gruppe Hochbau“, der Rest für die der „Gruppe Tiefbau“ tätig. Da die Arbeiten über die Wintermonate weitergeführt werden

konnten, kamen auch der Stadt Wien die anteilmäßigen Beiträge aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge zugute.

Zur Durchführung der technischen Aufgaben standen den Abteilungen des Stadtbauamtes am Jahresende 1956 6.942 technische Bedienstete und 510 Verwaltung- und Kanzleibedienstete zur Verfügung. Außerdem unterstanden 720 Saisonarbeiter der Dienstaufsicht der Stadtbauamtsdirektion. Während der Sommermonate waren 26 Ferialpraktikanten beschäftigt. Für das technische Personal wurden 11.072 Dienststücke behandelt.

Das Referat für Preisangelegenheiten und Verdingungswesen hat im Jahre 1956 insgesamt 1.162 Kostenvoranschläge und Rechnungen von Kontrahenten der Gemeinde Wien mit einer Gesamtsumme von 52,204.483 S überprüft und dabei Abstriche von 1,608.388 S vorgenommen.

Zur Benachrichtigung der Abteilungen des Stadtbauamtes über Baupreis- und Verdingungswesen wurden fünf Verständigungen im Umfange von 84 Seiten herausgegeben. Das Referat führte auch den Vorsitz bei Verhandlungen zwischen den einzelnen Bauabteilungen und den Kontrahenten der Gemeinde, wenn bei den vorangegangenen Besprechungen keine Einigung erzielt werden konnte. In Preisangelegenheiten wurden die Wiener Stadtwerke sowie die Landes- und Stadtbauämter im Burgenland, in Graz, Innsbruck usw. beraten.

Außerdem führte das Referat Besprechungen mit Innungen und nahm ständig an den Normen-Ausschußsitzungen zur Herausgabe oder Neuauflage der Ö-Normen über die technischen Vorschriften für die einzelnen Professionisten teil. Hinzu kam die Überprüfung der Wiederaufbaufondsansuchen auf ihre Preisangemessenheit. Insgesamt wurden 370 Akten mit 5.841 Kostenschlägen überprüft, wobei Abstriche in der Gesamthöhe von 52,214.613 S gemacht wurden.

Das Stadtbauamt hat für zahlreiche Kongresse, Tagungen und Ausstellungen vorbereitende Arbeit geleistet. An erster Stelle steht die Vorbereitung und Durchführung des XXII. Internationalen Kongresses für Wohnungswesen und Städtebau. Der Leiter des Referates für Sonderaufgaben hat als Mitglied des Internationalen Büros in Den Haag auch zu der Thematik- und Programmerstellung des Kongresses maßgeblich beigetragen. Die Vielfältigkeit dieser Arbeiten, die eine weltumspannende Korrespondenz in fünf Sprachen mit 25 Ländern sowie rund 1.500 Delegierten und Fachexperten erforderte, erstreckte sich auf zahlreiche Spezialgebiete des Kongreßprogramms; dazu kam die Bewältigung der rein technisch-organisatorischen Notwendigkeit, wie die Drucklegung der Kongreßunterlagen, die Bereitstellung der Kongreßräumlichkeiten und der technischen Erfordernisse, z. B. der Simultan-Dolmetschanlage, die sowohl für das Plenum des Kongresses als auch für die einzelnen kulturellen und fachlichen Detailveranstaltungen der sechs Fachkommissionen zu leisten war.

Für den Kongreß hatte die Stadt Wien einen internationalen Wettbewerb für den besten Städtebaufilm ausgeschrieben. Auf Anregung des Stadtbauamtes wurde eine österreichische Sonderbriefmarke herausgegeben, deren Zeichnung die wichtigsten modernen städtebaulichen Entwicklungsstufen zeigt und die die erste Städtebaubriefmarke der Welt darstellt. Hiezu wurden das zeichnerische Thema und die Beschreibung für die in einer Auflage von 1,5 Millionen Stück aufgelegte Briefmarke beigelegt. Schließlich wurde über Anregung des Stadtbauamtes nach dem Kongreß eine Reise durch Österreich vom Österreichischen Verkehrsbüro veranstaltet, an der 400 Kongreßgäste teilnahmen. Für den Naturschutzkongreß 1956 wurden die Vorbereitungen und die mit dieser Veranstaltung verbundenen Führungen durch die Naturschutzgebiete und Parks im Wiener Raum organisiert. Von den Fachausstellungen, an denen das Bauamt mitarbeitete, seien hervorgehoben: die Ausstellung der Österreichischen

Landesplaner „Raumordnung in Österreich“, die Internationale Städtebauausstellung „Die Stadt und ihr Umland“ mit dem Beitrag der Stadt Wien „Wien und sein Umland“, die aus dieser Ausstellung hervorgegangene Wanderausstellung für die Wiener Bezirke und die Ausstellung „100 Jahre Amt für Eich- und Vermessungswesen“. Schließlich wurden auch Vorarbeiten für eine Wiener Ausstellung in Australien durchgeführt. Für die feierliche Übergabe von Gemeindebauten, außerdem für Gleichenfeiern (Stadthalle) sowie für die Grundsteinlegung zur 50.000. Gemeindewohnung nach dem zweiten Weltkrieg wurden vorbereitende Arbeiten geleistet.

Aus der großen Zahl der Publikationen, die von der Stadtbauamtsdirektion im Jahre 1956 herausgegeben wurden, sind die Broschüren in der Buchreihe „Der Aufbau“, „Neue Kindergärten der Stadt Wien“, „Sozialer Wohnungsbau der Stadt Wien“ und „Heimstätten für alte Menschen“ hervorzuheben. Von der Fachzeitschrift des Wiener Stadtbauamtes „Der Aufbau“ erschienen 12 Monatshefte und 2 Monographien, in denen die neuesten Erkenntnisse moderner städtebaulicher und landesplanlicher Entwicklungen behandelt werden. Von den Kurzinformationen über Wien in deutscher, englischer und französischer Sprache wurde die 4. Auflage herausgebracht. Außerdem korrespondierte die Pressestelle des Stadtbauamtes mit den Redaktionen zahlreicher Fachzeitschriften im europäischen Auslande und in Übersee, darunter mit führenden japanischen Fachorganen.

Die Probleme, Absichten und Leistungen im Bauschaffen der Gemeinde Wien wurden in 4 Filmdokumenten aufgezeigt. In dem Film „Operation Wien“ wird Wien mit einem lebenden Organismus verglichen; um diesen gesund und leistungsfähig zu erhalten, muß in seinen Arterien, den Straßen- und Kreuzungspunkten, das Blut, also der Verkehr, unbehindert pulsieren können. An drei Dokumentarbeispielen: Opernpassage, Praterstern, Schwedenbrücke, wird eine technische Großoperation veranschaulicht und der Operation an einem Kranken, der an Kreislaufstörungen leidet, gegenübergestellt. Der Film „Nachbar im Herbst“ beweist, daß durch die Verwirklichung neuer Planungsideen die alten Menschen auch weiterhin unter den Jüngeren leben können. Es werden nicht mehr kasernenähnliche „Versorgungshäuser“ für Greise gebaut, sondern ebenerdige freundliche kleine Häuschen inmitten der Wohnungsanlagen der jüngeren Generation. Dadurch soll der Isolierung und Vereinsamung der Alten entgegengewirkt werden. Das Filmdokument „Bäderstadt Wien“ führt die vielerlei Arten und Möglichkeiten der Wiener Bäder vor Augen. Vom Kinderfreibad bis zum „Gänsehäufel“, vom Sommerbad im Wienerwald und dem innerstädtischen Theresienbad bis zum Hallensportbad hat die Kamera den Badebetrieb von Wien aufgenommen. Der 4. Film „Kleiner Traum vom Paradies“ führt in die Wiener Parks und Gärten, die geschaffen wurden, um die Großstadtbewohner wieder einigermaßen mit der Natur in Kontakt zu bringen. Den Filmen wurde vom Bundesministerium für Unterricht das Prädikat „Kulturell wertvoll“ verliehen.

Um die Bevölkerung über die baulichen Probleme Wiens zu informieren, wurden zahlreiche Referate, Lichtbildervorträge und Diskussionsabende abgehalten. Das Referat für Sonderaufgaben vertrat die Gemeinde Wien in der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Landesforschung und Landesplanung sowie in der CIB (Centre International du Bâtiment). Die Anerkennung der Leistungen des Referatsleiters kam in der im Jahre 1956 erfolgten Ernennung zum Juror von Wettbewerben in österreichischen Städten und beim Wettbewerb für „Die gute Form“ für den österreichischen Pavillon zur Weltausstellung Brüssel 1958 zum Ausdruck.

Der wachsenden Bedeutung des Rundfunks und des Fernsehens entsprechend, wurden auch Reportagen und Referate zu bestimmten Sendezeiten durch-

geführt. Hervorzuheben sind die Vorträge im kanadischen und finnischen Rundfunk über die bauliche Entwicklung Wiens und die beiden Fernsehsendungen „All about Vienna“ durch die BBC-London und der Österreich-Wien-Bericht der NBC-New York, die über 50 Millionen Fernsehempfangern die Leistungen Wiens vorführten.

Die *Forschungsstelle für Wohnen und Bauen* berechnete für den Bauindex die im Jahre 1956 eingetretenen Änderungen und leitete das Ergebnis an die zuständigen Dienststellen des Bundes, der Länder und Gemeinden weiter.

Zur Studie über den Einbau von Aufzügen in den Wohnhausbauten der Stadt Wien wurden acht weitere Einbauvorschläge mit Schacht- und Spindelstiegenanordnung ausgearbeitet. Die in Österreich gebräuchlichen Hohlsteintypen wurden in einer Kartei erstmalig erfaßt und darin die technischen Beschreibungen und Daten festgehalten. Zur Erzielung von Wohnwertverbesserungen im sozialen Wohnungsbau wurden Vorschläge über rasch durchführbare Veränderungen, wie die Herstellung harter Fußböden in Wohnzimmern, größerer Zimmerfenster usw., ausgearbeitet. Zur Verbesserung der Lüftung innenliegender Bäder und Klosette in städtischen Wohnhäusern wurden Vorschläge erstattet, die auf der Untersuchung verschiedener Lüftungsanlagen im Ausland basieren.

Im Auftrage der Stadtbauamtsdirektion wurden Planungsgrundlagen und sonstige Unterlagen für den Umbau (Assanierung) der Magdalenenstraße im 6. Bezirk ausgearbeitet. Auf 37 Blättern wird das Gebiet Magdalenenstraße — Kaunitzgasse samt Photos gezeigt.

In 39 städtischen Althäusern aus der Gründerzeit der Bezirke II—IX wurde die Möglichkeit eines Umbaus untersucht und auf Zeichnungen der gegenwärtige Zustand mit Verbesserungsvorschlägen dargestellt sowie durch zwei Photos ergänzt. Eine Sammlung von Wohnungsgrundrissen über Volkswohnungen des Auslandes weist darauf hin, wie in verschiedenen Ländern versucht wird, die schwierigen Probleme der Grundrisse für den sozialen Wohnungsbau zu lösen. Vergleiche sollen Anregungen für Wien ergeben. Die Arbeiten am Archiv wurden weitergeführt. Die Forschungsstelle der Gemeinde Wien hat auch im Produktivitätsausschuß des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau mitgearbeitet.

LANDES- UND STADTPLANUNG, STADTREGULIERUNG

Für die Bauordnungsnovelle 1956 wurden zahlreiche sich aus der Praxis ergebende Vorschläge ausgearbeitet. Außerdem wurde an den Entwürfen der Bundesgesetznovelle zum Assanierungsgesetz, des Bundesgesetzes zur Beschaffung von Baugrund für die Errichtung von Wohnhäusern, des Garagengesetzes sowie des Eisenbahngesetzes mitgewirkt, auch wurden Vorschläge und Anregungen zum Österreichischen Luftfahrtgesetz beige-steuert.

Die Baugesetznovellierungen verursachten eine wesentliche Zunahme der Auskunfterteilungen an Parteien, desgleichen ergab sich durch die vermehrten Bauvorhaben der öffentlichen Hand wie auch der Baugenossenschaften eine gesteigerte Antragstellung an die Körperschaften. In diesem Zusammenhang sei besonders die Evidenzhaltung aller Fluchtlinienansuchen, des Besitzstandes der Gemeinde Wien sowie der Bearbeitung und Aussendung der Beschlüsse mittels Plandokuments erwähnt.

Für das Wohnbauprogramm 1957 der Gemeinde Wien, das einstweilen 62 Baustellen umfaßt, wurden die Lage- und Strukturpläne erstellt. Hinzu kamen koordinierende Planungen im Einvernehmen mit dem Landesbauamt von Niederösterreich über Flugplätze und Hafenanlagen. Für die Assanierung von zwölf Teilgebieten in verschiedenen Bezirken wurden städtebauliche Vor-

schläge sowie Studien über die Verbesserung der Bauungsstrukturen in konkreten Baufällen ausgearbeitet.

In der Grünflächenplanung wird dauernd der vielfältige Bedarf an Flächen für Kleingärten, Sport- und Spielplätze, Schutzgebiete u. dgl. geprüft, um ihn widmungsmäßig festzulegen. Damit ist eine umfangreiche Evidenzhaltung verbunden.

Bei allen Planungen spielt die Verkehrsplanung eine wichtige Rolle, so insbesondere im Zusammenhang mit den Absichten der Österreichischen Bundesbahndirektion, der städtischen Verkehrsbetriebe und der Hafenverwaltung sowie des Strombauamtes. Neben der ständigen Verbesserung des Hauptverkehrsnetzes wurden für die Verkehrserfordernisse der Ortskerne von Floridsdorf, Kahlenbergerdorf, Rodaun, Liesing und Kagran Pläne ausgearbeitet, ebenso wurde die Detailplanung der Schnellverbindung des Gürtels mit dem 20. Bezirk durchgeführt. Außerdem wurden Verkehrsfragen im Zusammenhang mit Straßenregulierungen, Servicestationen, Tankstellen usw. behandelt.

In der Modellwerkstätte wurden zwölf neue größere Modelle in Gips hergestellt; für Ausstellungen oder Besprechungen bestimmte, aus dem Archiv entnommene Modelle wurden renoviert oder umgearbeitet.

Zum Schutz der Stadtplan- und Evidenzblätter gegen Schmutz und Beschädigung wurde eine Serie von 146 Stück mit einer Hülle aus starkem Ultraphan mit Metallkanten umgeben; außerdem wurde für jedes Original-Stadtplanblatt eine klappbare Schutzhülle, bestehend aus einem steifen Deckel mit Ecken-schutz, innen mit einem Ultraphandeckblatt versehen, hergestellt.

Für die im Aufbau befindliche Hauskartei wurden vier versperbare Kartothek-kästen aus Stahlblech mit je 30 Schubfächern angeschafft. Die Führung der Hauskartei wurde fortgesetzt; die Kartothekblätter sämtlicher Häuser von acht Bezirken wurden fertiggestellt.

Über die für den Städtebau unerläßliche Grundlagenforschung wurden an außeramtliche Fachexperten folgende Arbeiten vergeben: „Klima und Bioklima von Wien, II. Teil“, „Raum- und geländegebundene Entwicklung Wiens“ sowie „Die Hochwasserbedrohung Wiens, I. und II. Teil“. Weiters wurde in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Stadt Wien und der Bundespolizei im Dezember 1956 eine zweite Straßenverkehrszählung durchgeführt.

Bei den Sonderarbeiten wurden die Experten durch Planunterlagen unterstützt und der Arbeitsfortschritt und -abschluß überprüft.

Auch das Ergebnis einer Befragung der Bevölkerung über „Wiener Wohnwünsche und Wohnverhältnisse in Wien“ wurde ausgewertet und als Monographie veröffentlicht. Schließlich nahmen drei Fachbeamte des Stadtbauamtes an Studienreisen nach Schweden, Dänemark und Deutschland teil und verfaßten hierüber ausführliche Berichte.

STADTVERMESSUNG

Im Jahre 1956 wurden 141 Projektunterlagen für Planungs- und Bauvorhaben der Stadt Wien und 79 Abteilungspläne für städtische Liegenschaften angefertigt. In 156 Fällen wurden die Grundgrenzen exakt bestimmt und vermarktet. Für 52 städtische Wohnhausanlagen wurde die Grundbuchsordnung hergestellt, außerdem wurden genaue Bestandspläne angefertigt. In 13 Fällen waren verschiedene politische Grenzen genau zu bestimmen und ihre Umlegung war zu veranlassen. 263 Arbeiten betrafen Gutachten, Fluchtlinienpläne, Übersichts-pläne, Flächenbestimmungen usw., die für den Bedarf der verschiedensten Verwaltungszweige benötigt wurden.

Von den ständig durchzuführenden Arbeiten sind neben der Erhaltung und Ergänzung des städtischen Festpunktnetzes vor allem die zum Teil sehr um-

fangreichen Präzisionsbeobachtungen zur Erfassung von Lageveränderungen (Deformationen) städtischer Bauwerke zu erwähnen. Solche Messungen wurden an der Schweden-, Marien- und Rotundenbrücke, am Hochhaus auf dem Matzleinsdorfer Platz, am Wasserspeicher in Neusiedl am Steinfeld, am Neubau des Historischen Museums der Stadt Wien, in der Opernpassage, an Flaktürmen, an den Fundamenten des Krematoriums und eines städtischen Kesselhauses sowie an der Schule in der Schäffergasse vorgenommen. Hervorzuheben sind besonders die zahlreichen Feinmessungen beim Bau der Stadthalle.

Für die Durchführung dieser Arbeiten wurden zwei Nivellierinstrumente modernster Bauart mit automatischer Feineinwägung erworben, mit deren Hilfe neben einer Steigerung der Genauigkeit auch eine bedeutende Beschleunigung des gesamten Arbeitsvorganges erzielt wurde.

Zur Fortführung und Herstellung des Generalstadtplanes wurden im Jahre 1956 39 Einzelblätter unter Berücksichtigung aller Fortführungsunterlagen berichtigt. Neben zahlreichen kleineren örtlichen Vermessungsarbeiten wurden hiezu zehn Lagepläne größeren Umfanges hergestellt. Ein noch nicht vorhanden gewesenes Stadtplanblatt wurde vollkommen neu hergestellt.

Für die Fortführungsarbeiten wurden überdies 452 verschiedene Konsens- und Lagepläne nach örtlicher Überprüfung kartographisch verarbeitet, wobei der im Rahmen eines „Zusatzprogrammes“ neu angeschaffte optische Pantograph gute Dienste leistete. Für dieses Großgerät ergeben sich aber auch bei anderen Vermessungsarbeiten immer neue Anwendungsmöglichkeiten; im Bedarfsfalle wird dieses wirtschaftlich arbeitende Instrument auch anderen städtischen Dienststellen überlassen.

Das Jahr 1956 ist für die Stadtvermessung durch den Beginn von Luftbildmessungen bedeutsam geworden. Über Anregung der Magistratsabteilung für Stadtvermessung hat im Auftrag der Stadt Wien das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen Luftaufnahmen von ganz Wien gemacht und damit einen Luftbildplan im Maßstab 1 : 5.000 hergestellt. Abgesehen davon, daß mit diesem Bildplan der Stand der Stadtentwicklung im April 1956 dokumentarisch festgehalten wurde, geben diese Unterlagen eine Fülle neuer Arbeitsmöglichkeiten und bewirken mancherlei Ersparnisse.

Zu den geleisteten Arbeiten besonderer Art sind die Berechnung der „Richtungsweiser“ für das Panorama der Jubiläumswarte, die Beobachtung der Schwingungen der Scheinwerfermaste der Nachtspielanlage des Stadions bei starken Stürmen, verschiedene Arbeitsversuche mit einem neuen Gerät, dem „Erdprofilsschreiber“, zur kontinuierlichen Aufnahme von Profilen sowie deren Begutachtung zu zählen.

Um die rechtzeitige Herstellung von Planunterlagen, insbesondere für Bauvorhaben der Stadt Wien, zu ermöglichen, wurden überdies 241 Aufträge an freischaffende Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen mit einer Gesamtauftragssumme von rund 1,2 Millionen Schilling vergeben. Im Jahre 1956 wurden insgesamt 1.480 Geschäftsfälle behandelt.

PLAN- UND SCHRIFTENKAMMER

Von der Plan- und Schriftenkammer wurden an die Bauamtsabteilungen im Jahre 1956 insgesamt 2.839 Pläne ausgegeben; davon 1.660 Generalstadtplanblätter, 387 Feuerwehrpläne, 49 Katastermappenblätter und 743 diverse Pläne. Das Archiv der Plan- und Schriftenkammer wurde von städtischen Ämtern in 2.216, von fremden Ämtern in 361 und von privaten Parteien in 2.864 Fällen in Anspruch genommen.

Die phototechnische Anlage führte insgesamt 1.607 Aufträge aus, und zwar Reproduktionen, Vergrößerungen und Verkleinerungen, Photokopien und Dia-

positive. Der Verbrauch an Photo- und Transparentpapier war mit 2.820 m² um mehr als 20 Prozent größer als im Jahre 1955.

Der Bestand an Fachbüchern in der Stadtbauamtsbibliothek erhöhte sich auf 8.869 Inventarnummern, die Zahl der in- und ausländischen Zeitschriften stieg auf 104.

Als Neuanschaffungen sind 2 Theodoliten, 3 Zeichenmaschinen, 20 Planboxen, 215 Plänetaschen und 25 Präzisionsreißzeuge zu verzeichnen.

ARCHITEKTUR

An den Planungsarbeiten waren sowohl Privatchitekten als auch Amtsarchitekten beteiligt. Die Planungen zur Behebung von Kriegsschäden an städtischen Objekten wurden fortgesetzt. Zur Erlangung von Plänen für geeignete Wohnungstypen für den sozialen Wohnungsbau wurde ein Wettbewerb durchgeführt. Außerdem hat die Magistratsabteilung für Architektur bei der Durchführung des Wettbewerbes zur Sanierung der Wiener Altstadt (Blutgasse — Singerstraße — Grünangergasse) sowie an dem städtebaulichen Wettbewerb zur Sanierung des Gebietes Dunantgasse — Prager Straße in Floridsdorf mitgewirkt.

Zu privaten Bauvorhaben wurden für die Baupolizei Stellungnahmen unter dem Gesichtspunkt der Stadtbildpflege ausgearbeitet. Schließlich ist noch die maßgebliche Beteiligung an der Schaffung der großen Bauordnungsnovelle zu erwähnen.

Die Planungen sind aus der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Wohnbauprogramm 1956

- II., Am Tabor 1 und 3
- II., Malzgasse—Miesbachgasse
- III., Erdberg, 1. Teil Nord, Leonhardgasse—Hainburger Straße
- III., Erdberg, 2. Teil, Hainburger Straße 67—115
- III., verlängerte Hofmannsthalgasse—Lebergasse
- IV., Schelleingasse 3
- V., Johannagasse 29—35
- VII., Zieglergasse 17—Lindengasse 61
- IX., Althanstraße 11—13—Badgasse 4—6
- IX., Höfergasse 9
- IX., Liechtensteinstraße 120
- IX., Nußdorfer Straße 13
- X., Buchengasse 16—22
- X., Ober-Laa, Hauptstraße 87
- X., Laxenburger Straße 100
- XI., Kaiser-Ebersdorfer Straße 332
- XI., Simmeringer Hauptstraße 102—104—Dommesgasse—Hugogasse
- XII., Am Schöpfwerk, Sternhaus
- XII., verlängerte Kundraßstraße neben Unfallkrankenhaus
- XIII., Anton Langer-Gasse 39—41
- XIII., Himmelhofgasse gegenüber Nr. 10
- XIII., Trazerberggasse—Schrutkagasse
- XIV., Hadersdorf-Weidlingau, Hauptstraße 89
- XIV., Hadersdorf-Weidlingau, Mühlbergstraße
- XIV., Hernstorfergasse—Heinrich Collin-Straße—Gusenleithnergasse
- XV., Grimmigasse—Dadlergasse
- XV., Hagengasse 8—10—Gablengasse 27
- XV., Turnergasse 7

- XV., Witzelsbergergasse 16—18
- XVI., Montleartstraße, 3. Teil
- XVII., Güpferlingstraße—Zeillergasse—Paschinggasse—Lascygasse
- XVIII., Schöffelgasse—Wielemansgasse
- XIX., Heiligenstädter Straße gegenüber Karl Marx-Hof bis Grinzinger Straße
- XIX., Hutweidengasse—Scherpegasse—Seileräckergasse
- XIX., Schegargasse, 1. Teil
- XIX., Schegargasse—Hardtgasse, 2. Teil
- XX., Brigittenauer Lände zwischen Gerhardusgasse und Wenzelgasse, 1. Teil
- XX., Engerthstraße 132
- XXI., Brünner Straße—Trillergasse
- XXI., Floridsdorfer Hauptstraße 12—An der oberen alten Donau
- XXII., Eßling, Kirchenplatz, 2. Teil
- XXIII., Atzgersdorf, Breitenfurter Straße—Fichtnergasse—Anzengrubergasse
- XXIII., Atzgersdorf, Karl Heinz-Straße 22
- XXIII., Inzersdorf, An der Theresienstraße
- XXIII., Kalksburg, Breitenfurter Straße 556—Ecke Jägerweggasse
- XXIII., Mauer, Hauptplatz 2
- XXIII., Mauer, Hauptplatz 5
- XXIII., Siebenhirten, Endelwebergasse

Bauvorhaben aus Mitteln des Wiederaufbaufonds

- II., Taborstraße 53
- IV., Freundgasse 8—Preßgasse 7
- VI., Linke Wienzeile 168 (Mollardgasse 75)

Bauvorhaben aus Mitteln der Wohnbauförderung

- XIII., Neukräftengasse—Gemeindeberggasse
- XIII., westliche Seite der Wattmannngasse
- XIX., Boschstraße—Halteraugasse—Kreilplatz
- XXIII., Mauer, „Mechitaristengründe“, Johann Hörbiger-Gasse

Wohnungen für alte Leute

- III., verlängerte Hofmannsthalgasse—Leberstraße
- XII., verlängerte Kundratstraße neben Unfallkrankenhaus
- XIX., Boschstraße—Halteraugasse—Kreilplatz
- XXI., Floridsdorfer Hauptstraße 12—An der oberen alten Donau

Amtshäuser

- I., Rathaus, Umgestaltung von Amtsräumen
- II., Freudenau, Donauhafen, zweites Bürogebäude
- IX., Währinger Straße 43, Festsaal
- X., Keplerplatz, Festsaal
- XVI., Hasnerstraße, Ausbau der Depoträume des Beschaffungsamtes
- XXIII., Liesing, Instandsetzung

Bäder

- II., Stadionbad, Badebecken mit technischem Einbau für Wellenbad
- XXIII., Rodaun, Kinderfreibad

Denkmäler

- II., Reichsbrücke, Entwurf eines Gedenksteines an Stelle des Obelisken der Roten Armee



Städtische Wohnhausanlage im 3. Bezirk, Landstraßer Hauptstraße

Städtische Wohnhausanlage in der Vierthalgasse, Meidling





**Städtische Wohnhausanlage
im 21. Bezirk, Jedleseer
Straße**



**Städtische Wohnhausanlage
Bockligasse, Meidling**

Feuerwehrobjecte

XIX., Hauptfeuerwache Döbling, Würthgasse 3—5

Gärtnerunterkünfte

- I., Stadtpark, Magazine, Schuppen
VII., Lerchenfelder Gürtel, Stadtbahnbogen 13
XXII., Hirschstetten, Reservegarten, Glashäuser, Palmenhaus, Werkstätten-
gebäude, Wohngebäude

Jugendgästehäuser und Lehrlingsheime

- XIII., Ober-St. Veit (Arenbergrealität)
XX., Brigittaspital, Projekt: Umbau in ein Lehrlingsheim

Kindererholungsstätten und Campingplätze

- X., Raxstraße, Jugendspielplatz, Garderobenanlage
XIV., Hüttelbergstraße 22, Kindererholungsstätte
XIV., Hüttelbergstraße, Campingplatz
XX., Brigittenufer Lände, Jugendspielplatz, Garderobenanlage
XXIII., Rodaun, Ambroschweg, Kinderspielplatz, Garderobenanlage

Kindergärten

- II., Stoffellagasse-Süd, Säuglingskrippe
X., Siedlung Wienerfeld-Ost, Laxenburger Straße
XIV., Linzer Straße 128, Adaptierung

Märkte

- IV., Phorus-Markthalle, Galerieeinbau
V., Am Hundsturm
XVIII., Johann Nepomuk Vogel-Platz

Bedürfnisanstalten

- XXI., Brünner Straße 139
XXII., Alte Donau, Rehlacke

Schulen

- XVIII., Czartoryskigasse, Schule für körperbehinderte Kinder
XIV., Märzstraße 178, Turnsaalumbau
XVII., Kalvarienberggasse 31, Umbau der Schule

Spitäler

- III., Rudolf-Spital, Entwurf für Prosektur
X., Franz Joseph-Spital, Verbindungstrakt zwischen Pavillon E und F,
Expektanzen
XIII., Altersheim Lainz, Werkstättengebäude, Erweiterung
XIII., Lainzer Spital, Eingangsgestaltung, Garagenzubau, Feldbahnremise
XV., Elisabeth-Spital, Küchengebäude, Prosektur
XVIII., Zentralkinderheim, Hockegasse 37, Rampenumbau und Glasdach-
herstellung
XVIII., Gersthofer Frauenklinik, Wielemansgasse, Wirtschaftstor
XXI., Krankenhaus Floridsdorf, Operationstrakt, Zubau, Umbau in der
Kahlgasse
Kinderspital Lilienfeld, Ausbau des Dachgeschosses

Sportanlagen

XV., Vogelweidplatz, Stadthalle; Sporthalle, Trainingshallen, Restaurant, Kassengebäude

Wettbewerbe

Typengrundrisse sozialer Wohnungsbauten

Wettbewerb 1. Bezirk Sanierung Altstadt; Blutgasse—Singerstraße

Wettbewerb 21. Bezirk; Prager Straße—Dunantgasse

Sonstige Planungen

- I., Erzbischöfliches Palais, Kolonnadeneinbau Ecke Wollzeile—Rotenturmstraße
- I., Stiegenanlage Sterngasse—Marc Aurel-Straße
- I., Rathauspark, Wetterhäuschen
- I., Urania, Neugestaltung der Kuppel
- II., Praterstern, Platzgestaltung im Bereich des Tegetthoff-Denkmal und der zukünftigen Schnellbahn
- VI., Corneliusstiege, Neugestaltung
- VIII., Jodok Fink-Platz, Platzgestaltung um die Mariensäule
- X., Angeligasse 34—36, Modernisierung der Althäuser
- XI., Zentralfriedhof, Halle II, Innenraumgestaltung
- XI., Simmeringer Lände 208, Thermo-chemische Fabrik, Zubau für Kohlenlager
- XII., Deutschmeisterstraße 4, Modernisierung des Althauses
- XII., Schönbrunner Straße 273, Arkadendurchgang
- XXI., Jedleseer Straße, Wohnhausanlage Seitz-Hof, Saalumbau
- Eggenburg, Erziehungsanstalt, Anlage eines Schweinestalles
- Klosterneuburg, Erziehungsheim, Tagräume
- Forsthaus Höllental
- Verkehrskanzeln Schwarzenbergplatz, Lange Gasse—Alser Straße
- Ausarbeitung der Strukturpläne für das Wohnbauprogramm 1957
- Bebauungsvorschläge für diverse Grundstücke
- Studien für das Wohnbauprogramm 1957
- Vorschläge für die Novellierung der Bauordnung

KÜNSTLERISCHE AUSSCHMÜCKUNG STÄDTISCHER BAUTEN

Im Jahre 1956 wurden 120 Bildhauer- und Malerarbeiten fertiggestellt, von denen 107 an den dafür vorgesehenen Bauten angebracht oder aufgestellt wurden.

Von diesen Arbeiten sind folgende besonders erwähnenswert:

Gebäude	Art und Motiv	Künstler
I., Adlergasse—Hafnersteig	Färbiges keramisches Mosaik „Historische Darstellung des Hafnersteiges“	Prof. Paul Meißner
II., Obere Donaustraße Nr. 101-107—Gredlerstraße 2	2 Natursteinreliefs „Hafenmotiv“, „Markt“	Ernst Wenzelis
III., Landstraßer Hauptstraße 92-94—Neulinggasse	Natursteinplastik mit 4 Figuren „Die Familie“	Prof. Margarete Hanusch
III., Sebastianplatz 5	Natursteinmosaik „Scharlachrennen“	Robert Aigner

Gebäude	Art und Motiv	Künstler
VII., Neustiftgasse, Markthalle	Färbiges keramisches Mosaik „Welthandel“	Prof. Josef Stoitzner- Millinger
VII., Schottenfeldgasse— Stollgasse	Kunststeinrelief „Hausbau“ Kunststeinrelief „Vom Mor- gen bis zum Abend“	Prof. Rudolf Schmidt Alfons Riedl
VIII., Pfeilgasse 10-12	Brunnen mit Dreifiguren- plastik aus Naturstein	Matthias Hietz
X., Laxenburger Straße —Dampfgasse— Jagdgasse	Keramisches Mosaik „Ziegelarbeiter“	Rudolf Pleban
X., Migerkagasse— Reichenbachgasse— Leebgasse	Freistehende Bronzeplastik „Pferd“	Alois Heidel
XI., Geiselbergstraße— Geiereckstraße	Zweifärbige keramische Mosaik „Geierjagd“, „Leben des kleinen Mannes“	O. R. Schatz
XI., Rinnböckstraße— Molitorgasse	Keramisches Mosaik „Gestirne“	Hermann Kosel
XII., Meidlinger Haupt- straße—Theresien- badgasse	Keramisches Relief „Meidlinger Wappen“	Prof. Leopold Schmid
XIII., Wattmanngasse— Elisabethallee— Volksgasse	Freistehende Bronzeplastik „Giraffe“	Hannes Haslecker
XIX., Billrothstraße 77	Färbiges keramisches Mosaik „Billroth“	Rudolf Hausner
XIX., Flotowgasse— Weinberggasse— Scherpegasse	Freistehende Naturstein- plastik „Der Schäfer“	Karl Nieschlag
XXII., Schüttaustraße, 1. Bauteil	Kunststeinrelief mit Mosaik belegt „Pinguine“ Kunststeinrelief mit Mosaik belegt „Stiere“	Josef Seebacher Rudolf Beran

TECHNISCHE GRUNDANGELEGENHEITEN

Die Grundbeschaffungen für Bauvorhaben der Gemeinde Wien wurden im Jahre 1957 durch legislative Verfügungen, die dem privaten Wohnungsbau einen starken Auftrieb gaben, erschwert. Außerdem hat das Fehlen eines Bodenbeschaffungsgesetzes insbesondere die Durchführung großzügiger Assanierungen unmöglich gemacht, da in Assanierungsgebieten durch private Aufkäufe und durch den Verkaufsunwillen der privaten Grundbesitzer die Bestrebungen der Stadt Wien, Baugrund zu erwerben, ständig durchkreuzt werden.

Die Gemeinde Wien war jedoch bestrebt, die private Bautätigkeit zu fördern, und hat in diesem Sinne auch weitgehend Grundstücke in Baurecht vergeben.

Die Magistratsabteilung für Technische Grundangelegenheiten wirkte auch bei preisbehördlichen Festsetzungen von Mieten und Pachtschillingen mit.

BAUSTOFFBESCHAFFUNG

Der Baustoffbedarf für die verschiedenen städtischen Bauvorhaben, insbesondere im Wohnhaus- und Straßenbau, konnte im Jahre 1956 fast reibungslos gedeckt werden. Die Lieferverträge wurden sowohl der Menge als auch der Qualität nach zufriedenstellend eingehalten. Nennenswerte Beanstandungen sind nur selten aufgetreten. Die gelieferten Baustoffe wurden regelmäßig von der städtischen Prüf- und Versuchsanstalt überprüft.

Für die Vergebung der Baustofflieferungen wurden 168 Anträge mit einer Kostensumme von mehr als 50.000 S, 395 Anträge von mehr als 10.000 S und 1.054 Anträge unter 10.000 S gestellt. 45.006 Rechnungen wurden behandelt. Der Gesamtumsatz betrug 209,567.594 S, davon entfielen 67,5 Prozent auf den Wohnhaus- und Siedlungsbau. Vom Gesamtumsatz entfielen auf Lagerbezüge 66.026 t, das sind 5,6 Prozent, wertmäßig 46,076.771 S, das sind 22 Prozent. Im Jahre 1956 trat bei einer Anzahl von Baustoffen eine Preissteigerung ein, die im Durchschnitt 8 Prozent betrug.

Ende 1956 waren in dem städtischen Baustofflager, III., Erdberger Lände, und in Konsignationslagern bei verschiedenen Lieferfirmen 53.129 t Baustoffe im Werte von 19,839.180 S eingelagert. Altbaustoffe, die sich bei verschiedenen Dienststellen angesammelt hatten, wurden anderen Dienststellen überlassen, wodurch sich der Ankauf von Neuware erübrigte. Dadurch wurden rund 493.700 S erspart.

STÄDTISCHE NEUBAUTEN

Die Hochkonjunktur im Baugewerbe in den letzten Jahren hat die Arbeiten an den städtischen Wohnhausbauten beeinträchtigt. So konnte ein Großteil der auf den Baustellen mit der Durchführung der Baumeister- und Professionistenarbeiten beauftragten Firmen nicht die erforderliche Anzahl von Arbeitskräften, insbesondere von Facharbeitern, zeitgerecht zum Einsatz bringen, so daß die vertragsmäßig festgelegten Baufristen überschritten wurden. Durch ihre vielerseits übernommenen Verpflichtungen waren außerdem viele Bauunternehmer behindert, die Baustellen mit Baumaschinen, Gerüstung usw. zu versorgen. Auch ein merkliches Ansteigen der Anbotpreise brachte die Hochkonjunktur mit sich. Wenn trotzdem bis zum Ende des Jahres 1956 die in dem Wohnbauprogramm der Stadt Wien vorgesehene Anzahl der neu zu beginnenden sowie der bezugsreif fertigzustellenden Wohnungen nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten werden konnte, so ist dies nicht zuletzt den intensiven Bemühungen aller mit der Führung und Aufsicht der Wohnbauten betrauten städtischen Organe zuzuschreiben.

Auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 hat die Gemeinde Wien im Jahre 1956 für die Finanzierung einiger Wohnhausneubauten Anträge auf Gewährung von Darlehen gestellt. Vom Amt der Wiener Landesregierung wurden noch im Jahre 1956 die für die folgenden vier Bauvorhaben gestellten Anträge bewilligt:

XIII., Wattmannngasse—Elisabethallee mit	114 Wohnungen
XIII., Neukräftengasse—Gemeindeberggasse mit	71 Wohnungen
XIX., Boshstraße—Haltraugasse mit	277 Wohnungen
XXIII., Mauer, Johann Hörbiger-Gasse mit	180 Wohnungen
zusammen	642 Wohnungen

Um auch im Winter auf den Baustellen arbeiten zu können, wendet die Gemeinde eine neuartige Beheizungsart an. In den bis zum Rohbaustadium gediehenen Wohnbauten wird mittels eines eigens für diesen Zweck entwickel-

ten Gerätes Warmluft durchgeblasen. Im Jahre 1956 wurde dieses Heizsystem durch die sogenannte „Umluftheizung“ verbessert, wobei die innerhalb des Wohnhauses vom Erdgeschoß bis zum obersten Stockwerk aufsteigende Warmluft nicht wie bisher ins Freie entweicht, sondern zum Großteil wieder abgesaugt und im Heizgerät neuerdings aufgewärmt wird.

Mittels der von der Stadt Wien angekauften 50 Heizaggregate mit Ölfeuerung sowie der weiteren 30 Aggregate mit Gasbetrieb wurde in insgesamt mehr als 100 Stiegenhäusern die Temperatur auch bei Frostwetter ständig über null Grad gehalten und dadurch eine große Anzahl von frostempfindlichen Innenarbeiten ermöglicht. Durch diese Einrichtungen konnten in den beheizten Wohnbauten zusätzlich über 2.000 Bauarbeiter auch in den Wintermonaten voll beschäftigt werden. Damit hat die Gemeinde Wien einen Beitrag zur Verringerung der saisonbedingten Arbeitslosigkeit im Baugewerbe geleistet.

Beim Stiegenbau in den städtischen Wohnhausbauten wurde im Jahre 1956 erstmalig eine neue Ausführungsart entwickelt. Bisher wurden bei der Errichtung des Rohbaues in den Stiegenhäusern zwischen den Podesten der einzelnen Geschosse schräge Tragplatten aus Stahlbeton hergestellt, auf denen zu einem späteren Zeitpunkt die Kunststufen verlegt wurden. In der Zwischenzeit war der Verkehr zwischen den verschiedenen Geschossen für die Bauarbeiter nur auf Tritthölzern möglich, die provisorisch auf die schrägen Tragplatten gelegt wurden. Dieser allgemein angewendete Vorgang führte durch das leichte Schadhaftwerden der Bretter wiederholt zu Unfällen sowie zu einem erheblichen Aufwand an Schnittholz. Die neue Ausführungsart besteht darin, daß die oberen Flächen der schrägen Tragplatten gleich bei deren Betonierung in treppenartiger Form ausgebildet werden. Die auf diese Weise hergestellten rohen Stufenprofile, die „Kernstufen“, ermöglichen den Bauarbeitern bereits während der Rohbauarbeiten einen gefahrlosen Verkehr zwischen den einzelnen Stockwerken und damit auch einen rascheren Arbeitsfortschritt. Später werden dann die Kernstufen mit Kunststein verkleidet und die Stufen endgültig ausgebildet. Diese neuartige Stiegenbauweise hat sich insbesondere bei der Errichtung des städtischen Wohnhochhauses auf dem Heu- und Strohmart mit seinen 20 Geschossen für den Verkehr und Transport als äußerst vorteilhaft erwiesen und wird in Zukunft bei allen städtischen Wohnhausbauten angewendet werden.

Die Ausführung des feinen Fassadenverputzes von Neubauten erfolgte bisher allgemein entweder unter Verwendung von Sand, der in seiner natürlichen, meist weißgrauen bis gelblichen Färbung belassen wird, oder mittels sogenannten Edelputzmaterials in verschiedenen Farbtönungen. Um auch bei Verwendung von Natursand eine lebhaftere Färbung der Fassaden bei gleichzeitiger Widerstandsfähigkeit gegen Witterungseinflüsse zu erzielen, wurde im Jahre 1956 erstmalig der Versuch unternommen, den mittels Donausand ausgeführten Fassadenverputz mit sogenanntem Dispersionsmaterial in verschiedenen Farben zu streichen. Derartige Anstrichfarben, die bisher nur von ausländischen Kunststoffwerken entwickelt wurden, werden nunmehr auch in Österreich erzeugt. Der Fassadenanstrich mit Dispersionsfarben, der an mehreren städtischen Wohnhausbauten durchgeführt wurde, ergibt eine gefällige Wirkung und erweist sich auch als wasserabstoßend.

Bei fünf im Jahre 1956 begonnenen städtischen Neubauten mußten wegen ungünstiger Bodenverhältnisse besondere technische Ausführungen vorgenommen werden: so waren in zwei Fällen Stahlbetonfundamentplatten und in drei Fällen Pfahlfundierungen erforderlich. Bei fünf Neubauten wurden die tragenden Mauern in der Schüttbauweise unter Verwendung von Ziegelsplitt oder Hüttenbims hergestellt.

An den Baustellen wurden Geschoßdecken aus Stahlbeton der folgenden Systeme verwendet:

Ast-Moulin-Decken	25 Baustellen
Isteg-Decken	11 Baustellen
Meteor-Decken	12 Baustellen
Filigran-, Omega-, Ebenseer Hohlstein- und Erco-Decken je	1 Baustelle

Im Jahre 1956 erfolgten 480 öffentliche Bauausschreibungen, die 5.800 Angebote brachten. Bei 850 beschränkten Ausschreibungen bewarben sich 4.750 Firmen. Ohne die Rechnungen für Baumaterial wurden 17.000, einschließlich der Materialrechnungen rund 41.000 Rechnungen bearbeitet.

In 65 neuen Wohnhausbauten wurden im Jahre 1956 insgesamt 5.707 Wohnungen bezugsreif fertiggestellt. An 57 Baustellen wurde an der Ausführung von zusammen 5.920 Wohnungen weitergearbeitet und an 29 Baustellen mit der Errichtung von zusammen 5.136 Wohnungen begonnen. Über die im Jahre 1956 fertiggestellten Wohnhaus- und Siedlungsanlagen gibt die nachstehende Übersicht Auskunft. Wohnhausbauten, die durch die Lage und Geschichte ihres Baugrundes, durch ihre städtebauliche und architektonische Gestaltung oder in baulicher und verkehrstechnischer Beziehung besonders bemerkenswert sind, wurden durch eine entsprechende Darstellung hervorgehoben.

I., Johannesgasse 9—13	Wohnungen 55
------------------------------	-----------------

Das Wohnhaus Johannesgasse 9—13 wurde an Stelle eines im Kriege zerstörten Stadtpalais und auf einem benachbarten Grundstück erbaut. Der Baugrund ist alter, historischer Boden. Bei den Fundierungsarbeiten stieß man auf tief liegende Kellergewölbe, die auf keinem Plan mehr verzeichnet waren. Der Hintertrakt des neuen Hauses stößt an das Finanzministerium in der Himmelportgasse, das ehemalige Stadtpalais des Prinzen Eugen. Das benachbarte Haus Johannesgasse 15, ein Stiftungshaus, ist ein ehemaliges Palais, ebenfalls aus dem Besitz des Prinzen Eugen. Das Haus Johannesgasse 5 war das Stadtpalais des Fürsten Kaunitz.

II., Vorgartenstraße 194	Wohnungen 19
II., Ausstellungsstraße 67	19
II., Stoffellgasse, Nord	46
III., Viehmarktgasse, 1. Teil	113
III., Apostelgasse 19—21	73

Dieser Neubau wurde an Stelle eines in schlechtem Bauzustand befindlichen dreistöckigen Wohnhauses, das 2 m vor der Baulinie stand, und eines Lagerplatzes errichtet. Der schmale, tiefe Baugrund führte zu einer Verbauung mit einem Vorderhaus in der Apostelgasse und mit zwei hintereinander angeordneten Hofgebäuden. Da die Belichtung der angrenzenden privaten Nachbarhäuser bei voller Ausnützung der zulässigen Verbauungshöhe sehr ungünstig geworden wäre, wurde in dem Neubau die Anzahl der Stockwerke entsprechend niedriger gehalten. Trotzdem konnten 73 Wohnungen und 1 Geschäftslokal geschaffen werden. Der Neubau ermöglichte auch eine Verbesserung des Niveaus der anstoßenden öffentlichen Verkehrsflächen.

III., Markhofgasse—Barthgasse	Wohnungen 231
III., Viehmarktgasse, 2. Teil	94

Diese Wohnhausanlage wurde auf den Gründen der im zweiten Weltkrieg größtenteils zerstörten Brauerei St. Marx errichtet. Die Räumung der erhalten gebliebenen Teile von den Mietern war schwierig und konnte nur etappen-

weise durchgeführt werden, so daß auch die Ausführung des Neubaus abschnittsweise erfolgen mußte. Die alten Brauereikeller machten zum Teil eine kostspielige Fundierung der neuen Wohnhäuser nötig. Die Wohnhausanlage bildet entlang des Rennweges und der Landstraßer Hauptstraße einen besonders eindrucksvollen sechsgeschossigen geschlossenen Baukörper, der an der Ecke Landstraßer Hauptstraße—Viehmarktgasse durch eine Erhöhung um zwei weitere Geschosse noch besonders zur Geltung kommt. Auf der Hoffläche innerhalb dieser Randverbauung wurden drei weitere freistehende kleinere Wohnblöcke errichtet.

	Wohnungen
IV., Waltergasse 5, 2. Teil	53
V., Josef Schwarz-Gasse—Gießaufgasse	190

Die Errichtung dieses Neubaus war durch besondere Schwierigkeiten bei der Freimachung des als Lagerplatz von privaten Pächtern benützten Baugrundes stark verzögert worden. Die lange Front der neuen Wohnhausanlage in der Josef Schwarz-Gasse weist gegenüber der Einmündung der Gießaufgasse eine überbaute Straßendurchfahrt auf, die nach Ausführung des vorgesehenen Neubaus in der Johannagasse die Schaffung einer radialen Verkehrsstraße parallel zur Arbeitergasse und Margaretenstraße ermöglichen wird.

	Wohnungen
V., Wiedner Hauptstraße—Geigergasse	68

Dieser Neubau brachte außer der Schaffung von neuem Wohnraum und der Verbesserung der städtebaulichen Gestaltung dieses Gebietes auch die Lösung eines wichtigen Verkehrsproblems durch die Verlängerung der Geigergasse bis zur Wiedner Hauptstraße, womit eine günstige Verbindung mit dem Gürtel hergestellt wurde. Gleichzeitig konnte durch den Abbruch des 10 m vorgelagert gewesenen alten einstöckigen Hauses eine verkehrstechnisch störende Straßenverengung beseitigt werden. Die aus drei achtstöckigen Häusern bestehende neue Wohnhausanlage überbrückt die Geigergasse in einer 4,5 m hohen Straßendurchfahrt und verdeckt durch ihre Anschlüsse an die benachbarten privaten Wohnhäuser in der Wiedner Hauptstraße und Geigergasse mehrere bisher sichtbar gewesene Feuermauern.

	Wohnungen
VII., Neustiftgasse 43	39
VII., Schottenfeldgasse—Stollgasse	96

Der Baugrund für diesen Neubau wurde durch den Abbruch des städtischen Althauses, VII., Schottenfeldgasse 21, geschaffen, womit gleichzeitig eine durchlaufende Verbindung des Straßenzuges Stollgasse—Lindengasse hergestellt wurde; dieser bildet nunmehr eine wichtige Entlastungs- und Umleitungsstraße für die Mariahilfer Straße sowie für die Abfahrt vom Westbahnhof zur Inneren Stadt. Der Wohnhausneubau überbrückt die 15 m breite Fahrbahn und die beiden Gehwege in einer überbauten Durchfahrt. Die Wohnhausanlage besteht aus vier Häusern; angrenzend an die in der Stollgasse liegenden drei Häuser wurde ein neu erworbenes Nachbargrundstück gärtnerisch ausgestaltet.

	Wohnungen
VII., Neustiftgasse 89—91	31
VIII., Pfeilgasse 10—12	60
VIII., Neudeggasse 12	21
IX., Thurygasse 6	12
X., Laxenburger Straße, 2. Teil	139
X., Dampf-gasse, 1. Teil	230
X., Gußriegelstraße—Davidgasse, 1. Teil	200

	Wohnungen
XI., Geiselbergstraße—Geiereckstraße, 2. Teil	104
XI., Ehamgasse 49	15
XII., Am Schöpfwerk, 5. Teil	136
XII., Jägerhausgasse—Hetzendorfer Straße	49
XII., Spittelbreitengasse—Aichholzgasse, 2. Teil	169

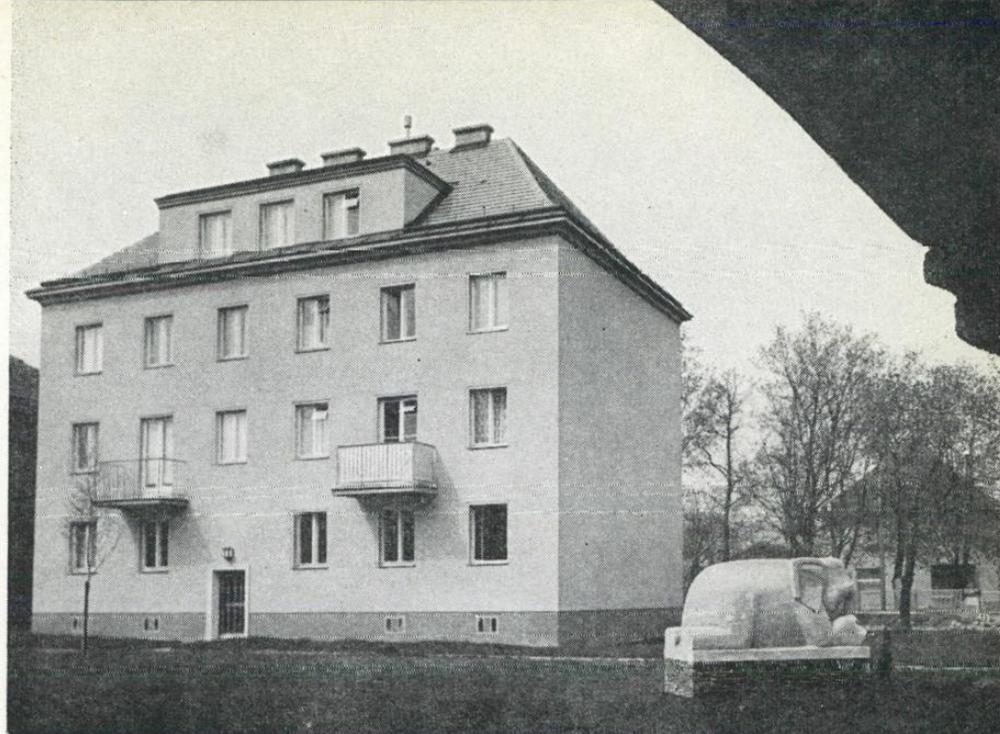
Die Errichtung dieses Neubaus wurde durch die vom Gemeinderat im Jahre 1953 beschlossene Räumung und Demolierung des ehemaligen städtischen Pferdeschlachthofes ermöglicht. Von einer widmungsgemäßen Weiterverwendung der durch Kriegseinwirkung teilweise zerstörten und durch längere Zeit von einer Besatzungsmacht in Anspruch genommenen Stall- und Verwaltungsobjekte wurde vor allem aus sanitären Gründen Abstand genommen. Die Verbauung des 27.500 m² großen Baugrundes erfolgte bei einem Verbauungsgrad von rund 25 Prozent mit insgesamt 33 drei- bis vierstöckigen Wohnhäusern in Blockbauweise. Die gärtnerische Ausgestaltung der Wohnhausanlage weist eine Anzahl von Spiel- und Ruheplätzen auf.

	Wohnungen
XII., Gaßmannstraße—Schönbrunner Allee	111

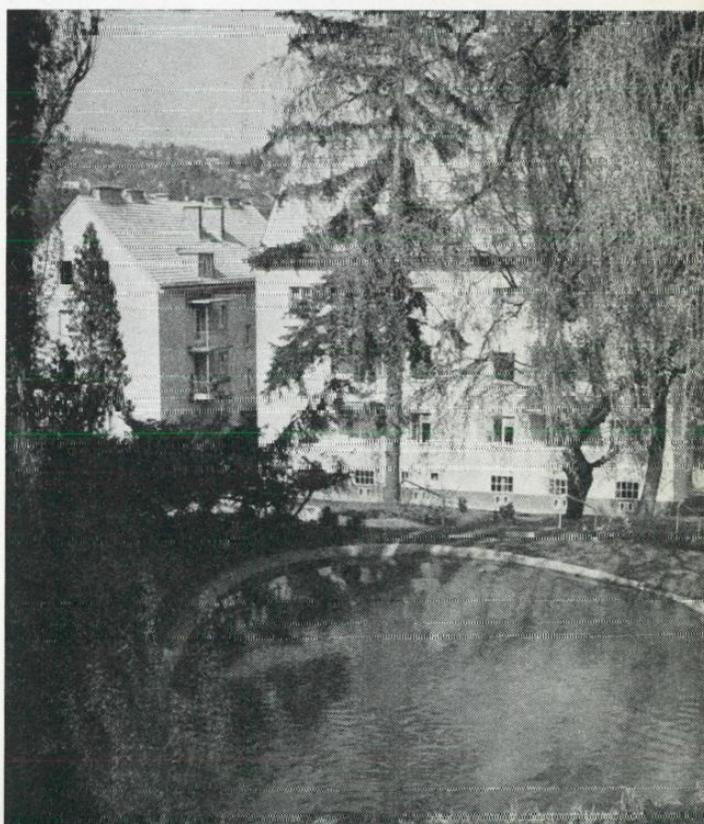
Diese Wohnhausanlage zeichnet sich durch ihre landschaftlich schöne Lage zwischen der Gaßmannstraße und der Schönbrunner Allee in unmittelbarer Nähe des Fasanggartens und des Schönbrunner Schloßparkes aus. Der Baugrund war früher eine Wiesenfläche, auf der während des Krieges ein Barackenlager der Fasangartenkaserne gebaut worden war. Die Grundverhältnisse waren durch einen seichten Grundwasserstand sowie den weichen, lehmigen Boden gekennzeichnet. Zur Trockenlegung des Baugrundes mußte durch eine großangelegte Drainagierungsanlage der Grundwasserspiegel gesenkt werden. Die Planung und Ausführung der neuen Wohnhausanlage erfolgte in Anpassung an die villenartige Verbauung der näheren Umgebung in besonders aufgelockerter Bauweise mit ein bis zwei Stockwerke hohen Häusern.

	Wohnungen
XII., Am Schöpfwerk, 6. Teil	18
XII., Meidlinger Hauptstraße—Theresienbadgasse	56
XIII., Hermesstraße (Schule)	1
XIII., Speisinger Straße 47	9
XIII., Speisinger Straße 41—Gallgasse	42

Bis zur Errichtung dieses Neubaus waren die Verkehrsverhältnisse an der stark frequentierten Straßenkreuzung Speisinger Straße—Feldkellergasse—Gallgasse sehr ungünstig. Infolge des im modernen Verkehrsstrom inselartig gelegenen ebenerdigen Objektes einer alten Gastwirtschaft konnte die Straßenbahn die Speisinger Straße nur eingleisig mit den stadtauswärts fahrenden Zügen benützen, dagegen mußten stadteinwärts die Züge durch die Fehlinger- und Gallgasse in scharfen Kurven geleitet werden. Nach jahrelangen Verhandlungen gelangte die Stadt Wien, nachdem die Unterbringung des Gasthauses in dem neu zu errichtenden städtischen Wohnhaus zugesagt worden war, in den Besitz der privaten Liegenschaft. Durch die Verlegung der neuen Baulinien um 6 bis 9 m hinter die Front des alten Objektes wurde mit der Errichtung des Neubaus die Verkehrsenge vollständig beseitigt, so daß die Straßenbahn nunmehr zweigleisig durch die Speisinger Straße geführt werden kann. Die Wohnhausanlage besteht aus 4 zu einem U-förmigen Grundriß aneinandergereihten Häusern, deren Mittelteil durch eine Höherführung um 2 Stockwerke architektonisch besonders betont wird. Durch den dem Gastlokal vorgelagerten Garten mit altem Baumbestand werden die großen Verkehrsflächen belebt.



Städtische Wohnhausanlage
in der Bossigasse, Hietzing



Städtische Wohnhausanlage
in Hernals, Promenaden-
gasse



Die städtische Wohnhausanlage in der Volksgasse, Hietzing, umfaßt 217 Wohnungen



Die städtische Wohnhausanlage in der Engerthstraße ist ein Musterbeispiel für die Blockbauweise

	Wohnungen
XIV., Wolfersberg, Uranusweg	83
XIV., Goldschlagstraße—Amortgasse—Linzer Straße	55
XIV., Onno Klopp-Gasse 12—14	20
XIV., Hickelgasse 4—6	45
XIV., Märzstraße—Missindorfstraße	87
XV., Oeverseestraße—Kannegasse	262
XVI., Zagorskigasse—Herbststraße, 3. Teil	187
XVI., Heindlgasse 4	39
XVI., Steinbruchstraße—Maroltingergasse, 1. Teil.....	208
XVI., Brüßlgasse—Gablengzgassee	137
XVI., Lindauergasse 14	17
XVI., Pfenninggeldgasse—Hettenkofergasse	146

Die Fertigstellung dieses Neubaus bildet den Abschluß der Gesamtverbauung des der Stadt Wien gehörenden ausgedehnten Baugeländes, das von den Straßenzügen Kopfstraße—Zagorskigasse—Gablengzgassee—Hettenkofergasse umschlossen und von der Pfenninggeldgasse diagonal geteilt wird. Die Freimachung dieser Baugründe von den verschiedenartigen Nutzungen konnte nur allmählich erfolgen; dementsprechend mußte die bereits im Jahre 1950 begonnene Verbauung in insgesamt fünf Bauabschnitten durchgeführt werden. Die Wohnhausanlage wurde nach dem verstorbenen Amtsführenden Stadtrat für das Bauwesen „Franz Novy-Hof“ benannt. Auf dem von der Pfenninggeldgasse, Herbststraße und Zagorskigasse umschlossenen Bauteil dieser Anlage fand am 11. September 1954 in Anwesenheit des Bundespräsidenten K ö r n e r die Grundsteinlegung zur 100.000. Wohnung und am 23. Juli 1956 die feierliche Eröffnung mit der Übergabe der 100.000. Wohnung statt, die von der Gemeinde Wien seit dem Jahre 1918 errichtet wurde. Die Schaffung dieser großen Wohnhausanlage stellt zugleich eine Assanierung dieses Stadtgebietes dar, auf dem sich vorher außer Lagerplätzen und Nutzgärten eine Gruppe von einstöckigen, nicht unterkellerten Wohnobjekten in Riegelwandbauweise befanden, die unter Bürgermeister Lueger als Notstandsbauten errichtet, im Volksmund als „Negerdörf“ bezeichnet wurden. Das Ausmaß des gesamten Baugrundes beträgt 35.000 m²; hiervon wurden 9600 m², d. s. 27,5 Prozent, verbaut. Die Baukosten der insgesamt 49 drei- bis fünfstöckigen neuen Wohnhäuser betragen rund 62 Millionen Schilling. Zur Aufschließung des Geländes waren umfangreiche Straßenbauarbeiten erforderlich, wobei durch den Ausbau der Pfenninggeldgasse eine wichtige neue Verkehrsader geschaffen wurde.

	Wohnungen
XVII., Alnzeile—Dornbacher Straße 54	14
XVII., Johann Nepomuk Berger-Platz (Feuerwehr)	10
XVII., Kastnergasse 28—32	38
XVII., Neuwaldegger Straße—Artariastraße.....	120
XVIII., Plenergasse	43
XIX., Huleschgasse—Grinzinger Straße, 1. Teil	216
XIX., Heiligenstädter Straße—Kindergartengasse.....	205
XIX., Karthäuserstraße—Sievinger Straße	26

Auf dem Baugrund dieses Neubaus befand sich ehemals der Sievinger Dorffriedhof. Nach dessen Auflassung im Jahre 1884 wurde das Areal gärtnerisch genutzt. Aus der Zeit des Friedhofsbestandes stammen noch einige Baumgruppen, die in die Gartenanlage des Neubaus einbezogen wurden. Einige erhaltengebliebene künstlerisch wertvolle Steinkreuze, eiserne Gitterteile und eine Urkundenkassette aus Sandstein wurden den städtischen Sammlungen übergeben. Die vier neuerrichteten, einstöckigen Wohnhäuser mit teilweise

ausgebauten Dachgeschossen sind in ihrer architektonischen Anordnung und Gestaltung dem ländlichen Charakter der Umgebung und den besonderen Geländebedingungen angepaßt.

	Wohnungen
XX., Stromstraße—Engerthstraße, 1. Teil	192
XX., Kluckygasse 11-13	32
XX., Vorgartenstraße 55—Engerthstraße 82	157
XXI., Schenkendorfsgasse 49-53	64
XXI., O'Briengasse	180
XXI., Prager Straße—Anton Dengler-Gasse, 1. Teil	130
XXII., Schüttaustraße, 1. Teil	221
XXIII., Inzersdorf, Triester Straße, 1. Teil	35
XXIII., Inzersdorf, Triester Straße, 2. Teil	27
XXIII., Liesing, Pülsigasse.....	27
XXIII., Liesing, Seybelgasse	74
XXIII., Mauer, Peterlinigasse—Draschegasse, 2. Teil	66
XXIII., Mauer, Freisingergasse	21
XXIII., Rodaun, Kaltenleutgebener Straße	24

In den im Jahre 1956 fertiggestellten Wohnhäusern sind neben den Wohnungen noch verschiedene Einbauten für besondere Zwecke ausgeführt worden, und zwar 2 Kindergärten, 2 Mutterberatungsstellen und 1 städtische Bücherei.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 5, Seite 431.)

WIEDERAUFBAUTEN UND INSTANDSETZUNGEN

Im Jahre 1956 wurden insgesamt 391 Ansuchen um Fondshilfe aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds mit einem Kostenbetrag von 736,493.000 S eingebracht, davon 388 von Privaten mit einem Kostenbetrag von 730,210.000 S. Bisher wurden insgesamt 7.993 Ansuchen mit einer Darlehenssumme von fast 7 Milliarden Schilling eingereicht, von denen 4.491 Ansuchen mit einer Darlehenssumme von rund 3,6 Milliarden Schilling genehmigt wurden. Von den bisher eingereichten Ansuchen wurden rund 56 Prozent, dem Darlehensbetrag nach rund 52 Prozent genehmigt.

Die Gemeinde Wien hat die Wiederaufbauarbeiten an den im Kriege beschädigten Häusern sowie an den von ihr erworbenen Privathäusern mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds fortgesetzt. Aus diesen Mitteln wurden im Jahre 1956 in folgenden Häusern insgesamt 571 Wohnungen wiederaufgebaut und 10 Wohnungen wiederhergestellt:

	Wohnungen
II., Obere Donaustraße 101—107—Gredlerstraße 2	208

Die Ende 1956 fertiggestellte Wohnhausanlage mit acht Häusern wurde an Stelle von fünf total kriegszerstörten und abgetragenen Altobjekten errichtet; der an den Straßenzügen Obere Donaustraße, Lilienbrunnengasse und Gredlerstraße geschlossen angeordnete Häuserblock weist eine einheitliche und besonders schöne architektonische Formgebung auf, die durch teilweise Überbauung des Gehsteiges durch Arkaden in der Lilienbrunnengasse und Gredlerstraße noch eine besondere Note erhält. Zwischen dem mächtigen, acht Stockwerke hohen, turmähnlichen, von einer Terrasse gekrönten Eckhaus an der Lilienbrunnengasse und dem sieben Stockwerke hohen östlichen Flügel des Wohnblocks wurde als verbindendes Mittelstück ein nur einstöckiger Gebäude trakt eingeschaltet, der einen städtischen Kindergarten enthält und den Häuserfronten des gärtnerisch ausgestalteten Haupthofes den Lichteinfall von Süden gewährt. Portal- und Pfeilereinfassungen aus Marmorkunststein erhöhen den monumentalen Charakter des Häuserblocks.

Wohnungen

II., Alliiertenstraße 6—Marinelligasse 10—Hochstettergasse 5	47
II., Schüttelstraße 3	39
IV., Favoritenstraße 43	10
IV., Favoritenstraße 45	36
IV., Margaretenstraße 46	23
X., Quellenstraße 26—Steudelgasse 18	35
X., Gellertgasse 15—Mundygasse 12	39
X., Weitmosergasse 53-55	2
XII., Moosbruggergasse 1	61

Dieses Wohnhaus wurde an Stelle eines im Kriege schwerbeschädigten städtischen Gebäudes errichtet. Während das alte Haus nur eine verbaute Fläche von 390 m² hatte, gelang es durch rationelle Auswertung des Grundes, ein vierstöckiges Wohnhaus von 813 m² verbauter Fläche zu errichten, wobei noch 46 Prozent des Baugrundes unverbaut blieben und gärtnerisch ausgestaltet wurden. Das nunmehrige Dreifrontenhaus entlang der Straßenzüge Ruttenstockgasse—Moosbruggergasse—Unter-Meidlinger Straße hat, begünstigt durch die ziemlich hohe Lage und die nicht sehr dichte Verbauung dieses Bezirks- teiles, sehr gute Belichtungs- und Luftverhältnisse.

Wohnungen

XII., Rauchgasse 37—Vivencotgasse 36	22
XVI., Gaullachergasse 24	20
XIX., Billrothstraße 77	22
XXI., Schloßhofer Straße 42	17

Durch Umbau von Lokalen u. dgl. wurden 95 Wohnungen gewonnen, und zwar:

Wohnungen
(Mansarden)

I., Sonnenfelsgasse 15	3
X., Absberggasse 5	9
XIV., Linzer Straße	76
XV., Schwendergasse 51-53	1
XX., Denigasse	6

Außerdem wurde eine Wohnung durch Zubau gewonnen.

Zur Erhaltung der städtischen Wohnhäuser wurden in 674 Stiegenhäusern Generalreparaturen vorgenommen. 509 beschädigte Wohnungen wurden in- standgesetzt. Über die einzelnen Instandsetzungsarbeiten berichtet die folgende Übersicht:

Stiegen
(als Teile von Wohn-
hausanlagen)

Erneuerung von Schauflächen	293
Verputz- und sonstige Maurerarbeiten	1.577
Instandsetzung von Dächern	1.357
Erneuerung und Instandsetzung von Kaminköpfen	665
Erneuerung der Stiegenhausmalerei	407
Fenster- und Türeninstandsetzung	1.107
Fenster- und Türenanstrich	1.085
Verglasung	1.127
Behebung von Installationsgebrechen, Gas, Wasser, elektrische Leitung	2.968
Instandsetzung von Hofwegen	847
Gehsteiginstandsetzungen	241

In 428 Wohnungen wurden Fußböden ausgewechselt; 3.281 Rohrbrüche wurden behoben und 822 Waschküchenherde erneuert oder instandgesetzt. Hinzu kamen noch in 48 Häusern oder Stiegenhäusern durchgeführte Sicherungsarbeiten, z. B. Deckenauswechslungen und -unterstützungen, Abtragung einsturzgefährlicher Mauerteile, Verschleißungen und Abräumungsarbeiten. Bei den Arbeiten der Wohnhäusererhaltung waren im Jahre 1956 im Monatsdurchschnitt 416 Firmen und 1.938 Arbeiter beschäftigt. Die Höchstzahl der Beschäftigten war im September mit 2.472 zu verzeichnen. Um ein stärkeres Absinken der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte in den Wintermonaten zu verhindern, wurden Arbeiten, wie Demolierungen, Innenarbeiten, Elektroinstallationen usw. in diese Jahreszeit verlegt.

Der Umfang der Arbeiten für Sofortmaßnahmen und Ersatzausführungen war im Jahre 1956 um rund 30 Prozent kleiner als im Vorjahr; ebenso war die Zahl der eingelangten Dienststücke um 30 Prozent geringer. Die Zahl der von der Baubehörde gestellten Anträge auf Ersatzausführungen betrug 67 Prozent von der des Vorjahres; davon wurde rund ein Viertel durchgeführt. Von der Baupolizei wurden im Jahre 1956 179 (im Jahre 1955 267) Anträge auf Durchführung von Ersatzausführungen gestellt. In 786 (im Jahre 1955 in 1.362) Fällen waren Erhebungen an Ort und Stelle erforderlich. Im monatlichen Durchschnitt wurde an 33 Sofortmaßnahmen und Ersatzausführungen gearbeitet. Insgesamt wurden im Jahre 1956 106 solche Arbeiten vorgenommen, deren Kosten 3,942.000 S betragen; dadurch wurden 338 Wohnungen in ihrem Bestand gesichert.

In technischen Angelegenheiten, die sich aus dem Wohnbauförderungsgesetz oder aus dem Wohn- und Siedlungsfondsgesetz ergeben, wurden 163 Ansuchen um Fondshilfe für Bauten mit Gesamtbaukosten von rund 176,433.000 S gegenüber 230 Ansuchen mit 575,341.000 S im Jahre 1955 und 34 Ansuchen für Bauten mit Fondshilfe aus dem Wohn- und Siedlungsfonds mit rund 176 Millionen Schilling (1955: 32 Ansuchen mit rund 272 Millionen Schilling) überprüft. Außerdem wurden 2.909 Dienststücke, die technische Gutachten, insbesondere für Schlichtungsstellen und Mietkommissionen betrafen, erledigt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 6, Seite 442.)

TECHNISCHE BAUPOLIZEI

Die neue Kinobetriebsstättenverordnung vom 15. Mai 1956, LGBl. für Wien Nr. 12/1956, die auf Grund des neuen Wiener Kinogesetzes 1955 erlassen wurde, enthält technische Bestimmungen für den Bau und Betrieb von Kinos. Sie nimmt auf den technischen Fortschritt Bedacht und enthält nur wenige Bestimmungen mit rückwirkender Kraft, so daß die Verwaltungsarbeit nicht wesentlich beeinflußt wurde. Hingegen bewirkte die erst mit 1. Jänner 1957 in Kraft tretende Bauordnungsnovelle 1956 schon während des Jahres 1956, daß 76 Bauvorhaben der Stadt Wien den Bestimmungen dieser Bauordnungsnovelle angepaßt werden mußten. Bei der rigoroseren Anwendung der noch immer gültigen Reichsgaragenordnung — ein Wiener Garagengesetz ist in Vorbereitung — wurde darauf gedrungen, daß bei neuen Bauprojekten auf die Errichtung von Parkplätzen und Einstellräumen entsprechend Rücksicht zu nehmen ist.

Auf statischem Gebiet wurde bei Neuherausgabe von Ö-Norm-Blättern, wie „Nutzlasten im Hochbau“, „Eigengewicht von Bauteilen“, „Stahlbeton“ usw., mitgearbeitet. Eine Anzahl neuer Baustoffe und Bauarten wurde nach entsprechender Prüfung zugelassen. Die technische Baupolizei vertrat die

Stadt Wien im Österreichischen Komitee für Spannbeton und wirkte auch bei Beratungen des Produktivitätszentrums mit.

In Ausübung der baupolizeilichen Aufsicht wurden auf Baustellen der „Gesiba“ und des Bundes 279 Überprüfungen (Fundament-, Eisen- und Rohbaubeschau) vorgenommen. Hervorzuheben ist die statische und örtliche Überprüfung des für den Bisambergsender bestimmten 275 m hohen Kronsdorfer Sendemastes. Das Bauunglück an der Purzelkampbrücke veranlaßte die Baupolizei, die Initiative zur Erlassung von Bestimmungen für Stahlrohrgerüste zu ergreifen. Mit dem Arbeitsinspektorat und dem Österreichischen Normenausschuß wurde in dieser Angelegenheit Föhlung genommen.

Die Zahl der von der Baupolizei im Jahre 1956 bearbeiteten Grundabteilungen war um 37 Prozent höher als im Vorjahr. Gleichfalls im Zusammenhang mit der Baubewegung steht die wachsende Zahl der Bewilligungen für Aufzüge, deren Zunahme gegenüber 1955 12 Prozent beträgt sowie der Bewilligungen für Ölfeuerungen mit einer Steigerung von 11 Prozent gegenüber 1955. Dagegen war bei Tankanlagen auf Privatgrund eine Verminderung der angesuchten Bewilligungen um 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist auf die strengere Anwendung der Bebauungsbestimmungen zurückzuführen.

Der Brand der Wiener Börse veranlaßte den Magistrat, bei Planungen den Heiz- und Lüftungskanälen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. In diesem Zusammenhang werden neue Vorschriften unter Auswertung reichsdeutscher Bestimmungen vorbereitet. Als vorübergehenden Ersatz für die durch das Feuer zerstörten Ausstellungsräume in der Börse wurden auf dem Platz vor dem Porrhaua zerlegbare Aluminiumhallen errichtet. Auch wurde die Verwendung des unbenützten Bürgertheatergebäudes für Basare und Ausstellungen behördlich bewilligt. Auf dem Prater-Messegelände wurde eine neue massive Halle (Nordhalle) für Ausstellungen der Maschinenindustrie und von einer Privatfirma ein 150 m hoher Stahlrohrturm, der nachts durch Neonlicht beleuchtet wird, errichtet.

Die Anzahl der Wiener Kinos hat sich nach Auflassung des Stafakinos und Eröffnung von drei neuen Kinos auf 196 erhöht. Die Gesamtzahl der Sitzplätze ist jedoch infolge des Wegfalles des Stafa-Großkinos mit 638 Sitzen auf 85.901 Sitzplätze gesunken. Ein Großteil der Kinos wurde für Cinemascope- und Breitwandfilmvorführungen eingerichtet.

Die Zahl der erteilten Sprengbewilligungen für Abtragungen, für Lockerungssprengungen sowie zur Beseitigung von Gefährnissen und zur Erleichterung von Abgrabungen ist angestiegen. Unter den Sprengungen sind die an den Hilfspfeilern bei der Reichsbrücke besonders bemerkenswert.

Die Einnahmen in der Gruppe für Gebrauchserlaubnisse betragen bei den Jahresdauervorschreibungen im Jahre 1956 3,184.043 S; hinzu kamen einmalige Vorschriften von insgesamt 3,540.218 S.

Die Verwaltungstätigkeit der Baupolizei wurde durch folgende Neuerungen in der Gesetzgebung beeinflusst:

Mit dem Bundesgesetz vom 4. Mai 1956, BGBl. Nr. 109/1956, wurde verfügt, daß für alle Liegenschaften eine Neubewertung zu erfolgen hat. Dadurch ergab sich eine Mehrarbeit infolge von Eingaben der Liegenschaftseigentümer um Auskunft über Größe der Liegenschaften, der Wohnungen, der verbauten Flächen und sonstiger technischer Details. Mit Bundesgesetz vom 3. Dezember 1956, BGBl. Nr. 225/1956, wurde eine Neuregelung der Wohnraumlentkung geschaffen, die eine Verschärfung bei der Vereinigung frei werdender Wohnungen in Miethäusern (§ 10 Abs. 2) und eine Erleichterung bei Eigenheimen (§ 4 Pkt. 9) mit sich brachte. Mit dem Landesgesetz vom 1. Juni 1956 für Wien,

LGBl. Nr. 18/1956, wurde die Geltungsdauer des Wiener Wiederaufbaugesetzes bis 31. Dezember 1956 verlängert. Die Verlängerung der für die Planung besonders günstigen Erleichterungen der Bauvorschriften hatte eine bedeutende Steigerung von Bauansuchen zur Folge. Die Bauamtsdirektion verfügte mit Erlaß vom 30. April 1956 neuerlich, daß nach fruchtlosem Ablauf der Erfüllungsfrist des Bauauftrages zur Beseitigung eigenmächtig errichteter Baulichkeiten wegen Übertretung des § 129 Abs. 10 der Bauordnung für Wien die Strafanzeige an das Magistratische Bezirksamt zu erstatten ist. In weiterer Folge ist die Vollstreckung des Abtragungsauftrages im Sinne des Erlasses der Magistratsdirektion vom 10. April 1956 bei der Magistratsabteilung für administrative Bauangelegenheiten zu beantragen. Damit ist ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der wilden Bauten im Wald- und Wiesengürtel gegeben.

Der Erlaß der Bauamtsdirektion vom 25. Juni 1956 bestimmt, daß Gutachten von Gewerbetreibenden, deren Feststellungen mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht vereinbar sind und somit auf Zweifel der Baubehörde stoßen, durch den Befundsteller fristgerecht zu ergänzen sind. Wird die Frist nicht eingehalten, ist ohne weitere Verständigung des Verpflichteten die Ersatzvornahme zur Vorlage eines Befundes durch eine andere Baufirma zu beantragen.

Im Jahre 1956 übersiedelte die Magistratsabteilung für Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei für die Bezirke X bis XIX und XXI bis XXIII von XVII., Parhamerplatz 18, nach XVII., Kalvarienberggasse 31-33. Bedienstete der Baupolizei wirkten auch an der Betreuung der Flüchtlinge aus Ungarn mit, wodurch die baustatistischen Arbeiten in den Außenstellen der Bezirke unterbrochen werden mußten.

STÄDTISCHE PRÜF- UND VERSUCHSANSTALT

In der Stadthalle wurden Durchbiegungs- und Verformungsmessungen an der Eishalle und der Haupthalle vorgenommen, außerdem wurden Gleitversuche mit verschiedenen Gleitmitteln für Beton ausgeführt, Untersuchungen zum Schutz und zur Abdichtung der Korkisolierung, Prüfungen von Glasfließsorten, von Anstrichen zum Schutz und zur Zier verschiedenartiger Materialien sowie Prüfungen von Materialien für Dichtungsfugen durchgeführt. Für das Museum der Stadt Wien wurden Fugenbänder für die Abdichtung der Natursteinplattenverkleidung, für das Wohnhochhaus auf dem Matzleinsdorfer Platz Dispersionsanstriche für die Fassade untersucht, für den Ausbau des Stadions Belastungsversuche ausgeführt. Für die Opernpassage wurde ein geeigneter Deckenputz ermittelt und der Fußbodenbelag untersucht. Überprüft wurde die chemische Zusammensetzung von Rotgußhähnen für die Wasserwerke und die Korrosionsbeständigkeit von Schrauben für die Glashäuser in Hirschstetten. Versuche wurden mit Welleternit, Kunststoff-, Well- und Planplatten, zementgebundenen Holzwolleleichtbauplatten, Heraklithplatten mit Asbestauflagen, Leichtbauplatten aus Schilf, Beton aus Hüttenbims, Betocell-Schaumbeton, Falzsteinen, mit Mauern aus verschiedenen Mauersteinen und mit zementhaltigen Anstrichmitteln vorgenommen. Von verschiedenen Belägen und Fußböden sowie von Leichtbauplatten wurden Wärmeleitahlen bestimmt. Neue Bindemittel, Sicherheitsgürtel, Stahlbetonfertigteile und Stufen wurden geprüft. Abnützungs-, Biege- und Druckversuche an Stelcon-Markiersteinen, Druckversuche an Pfeilern aus verschiedenen Mauersteinen, Festigkeitsversuche an Holzverbindungen, Brandversuche an feuerhemmenden Wänden, Versuche zur Verbesserung der Haftfähigkeit bituminöser Bindemittel zur Verringerung der

Abnützung von Stufen, Waschversuche mit neuen synthetischen Waschmitteln, Bestimmungen der Reibung zwischen Gummi und Asphalt und Beton wurden durchgeführt. Die Belastungsmöglichkeit von Balkonen wurde kontrolliert.

Im chemisch-technischen Laboratorium der Anstalt wurden zwei neue Prüfräume eingerichtet. Die Leistungskapazität der Anstalt wurde im Jahre 1956 voll ausgenützt.

INSTALLATIONEN UND ELEKTRISCHE ANLAGEN

Die ständig zunehmende Zahl der städtischen Objekte, insbesondere der Wohnhaus- und Siedlungsbauten sowie die Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten, die von der Gemeindeverwaltung veranlaßt werden, erfordern alljährlich umfangreiche Installationen und elektrische Anlagen. Einen Überblick über die im Jahre 1956 geleisteten Arbeiten bieten folgende Zahlen.

An Installationen in städtischen Wohnhaus-Neu- und -Wiederaufbauten wurde im Monatsdurchschnitt in 6.760 Wohnungen gearbeitet. Von den zahlreichen Baustellen, an denen die Installationsarbeiten ausgeführt wurden, sind hervorzuheben: das Rathaus und 9 Amtshäuser, 37 Schulen, 24 Krankenanstalten und 30 Kindergärten. An den Personenaufzügen und den Lastaufzügen in den Amtshäusern der Rathausgruppe wurden die Instandhaltungsaufträge durchgeführt.

Für die Ausführung dieser Arbeiten hatte die Magistratsabteilung für Installationen und elektrische Anlagen Sorge zu tragen und auch die Installationen in den städtischen Wohnhäusern, die von der „Gesiba“ errichtet wurden, zu überwachen. Der Großteil der Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten an Elektro-, Gas-, Wasser- und Telephonanlagen in den städtischen Objekten wurde an Firmen vergeben, die insgesamt 10.827 Aufträge im Werte von zusammen 13,469.469 S erhielten. 5.964 Aufträge, von denen jeder einzelne 10.000 S nicht überschritt, wurden von den eigenen Werkstätten ausgeführt.

HEIZUNGS- UND MASCHINENBAU

Der Um- und Einbau von Heizanlagen zur Erzielung einer wirtschaftlichen Feuerung in städtischen Objekten wurde im Jahre 1956 fortgesetzt. Infolge des Ölmangets in der Zeit von Oktober bis Jahresende war jedoch die Ersparung an Brennstoff- und Personalkosten geringer als im Vorjahr. In zahlreichen Gebäuden, insbesondere in Schulen, Amtshäusern, Kranken- und Wohlfahrtsanstalten sowie in Anlagen des Approvisionierungswesens wurden die heizungs- und kältetechnischen Einrichtungen gründlich überholt.

In 50 Objekten von städtischen Wohlfahrtsanstalten wurden 25 Heiz- und Warmwasserbereitungsanlagen, 11 Kesselanlagen und 14 maschinen- und wärmetechnische Einrichtungen eingebaut. In 19 Schulen wurden 11 Zentralheizungsanlagen mit 3 Turnsaallufheizungen installiert und 8 größere heiztechnische Umbauten vorgenommen. In 8 Amtshäusern wurden 6 Zentralheizungen eingebaut und 3 größere Umbauten durchgeführt. Hervorzuheben ist der Einbau einer Warmwasserpumpenheizungsanlage mit automatischem Speicherbetrieb im Neuen Amtshaus, I., Rathausstraße 9, und der Fernheizungsanschluß an das Kesselhaus des Neuen Rathauses. In 8 Kindergärten wurden Zentralheizungsanlagen eingebaut, davon 4 Deckenstrahlungsheizungen und 4 Warmwasserpumpenheizungsanlagen.

In dem städtischen Hochhausneubau, V., Heu- und Strohmart, wurde die Anlage der Wärmezentrale fertiggestellt und eine Förderanlage für festen

Brennstoff eingebaut. Im Restaurant des Hauses wurde mit der Montage einer Klimaanlage begonnen. Im städtischen Neubau, VI., Grabnergasse 9-11, wurde eine Etagenheizung mit Gasfeuerung eingebaut. Für das Winterbauprogramm wurden 30 Luftheizergeräte mit Gasfeuerung und 50 mit Ölfeuerung für Wohnhausneubauten bereitgestellt. Außerdem wurden in 13 verschiedenen Objekten 10 Heizungsanlagen und 3 maschinen- und wärmetechnische Einrichtungen eingebaut. Besonders bemerkenswert ist der Einbau einer Vollklimaanlage und die Montage von Rieseldecken im neuen Museum der Stadt Wien. Die von außen angesaugte Frischluft gelangt über eine Mischkammer für Umluftbeimischung in die Waschkammer und wird in einzelnen Blechrohrsteigkanälen vorgewärmt. Sodann wird sie durch die Rieseldeckenplatten fein verteilt und zugfrei in die Räume gebracht. Die Absaugung erfolgt vorwiegend in den Parapeten der Fenster. In der Wiener Stadthalle wurden die Heizeinrichtungen für den 2. Bauteil fertiggestellt. Das neue Kesselhaus für die Stadthalle und die Berufsschule, XV., Hütteldorfer Straße, wurde in Betrieb genommen. 10 Heißwasserkessel wurden aufgestellt; ebenso wurde ein 40 m³-Heißwasserspeicher errichtet. Im Städtischen Reservergarten in Hirschstetten wurde die Heizanlage in der östlichen Glashausgruppe in Betrieb genommen und die Regel- und Kontrollanlage für die Wärmezentrale fertiggestellt. Auch die neuen Anlagen zur Regelung der Temperatur für die neuen Heizkörper und Beetheizungen in den Glashäusern wurden installiert.

In 5 städtischen Objekten mit Kühlanlagen wurden 1 wirtschaftliche Hochdruckkesselanlage, 1 Ölfeuerung, 1 Warmwasserbereitungsanlage und 1 Lebensmittelkühlanlage eingebaut; außerdem wurde das Kohlensäurerohrnetz erneuert.

In Angelegenheiten der Maschinenbaupolizei wurden 480 Dienststücke bau-, gewerbe- und theaterbehördlicher Art erledigt und 370 kommissionelle Augenscheinverhandlungen vorgenommen. An den Genehmigungsverfahren wirkten städtische Organe als Berater mit.

Die Dampfkesselüberwachung des Landes Wien wurde von 5 Dampfkesselprüfungskommissären durchgeführt, die folgende Kesselüberprüfungen vornahmen:

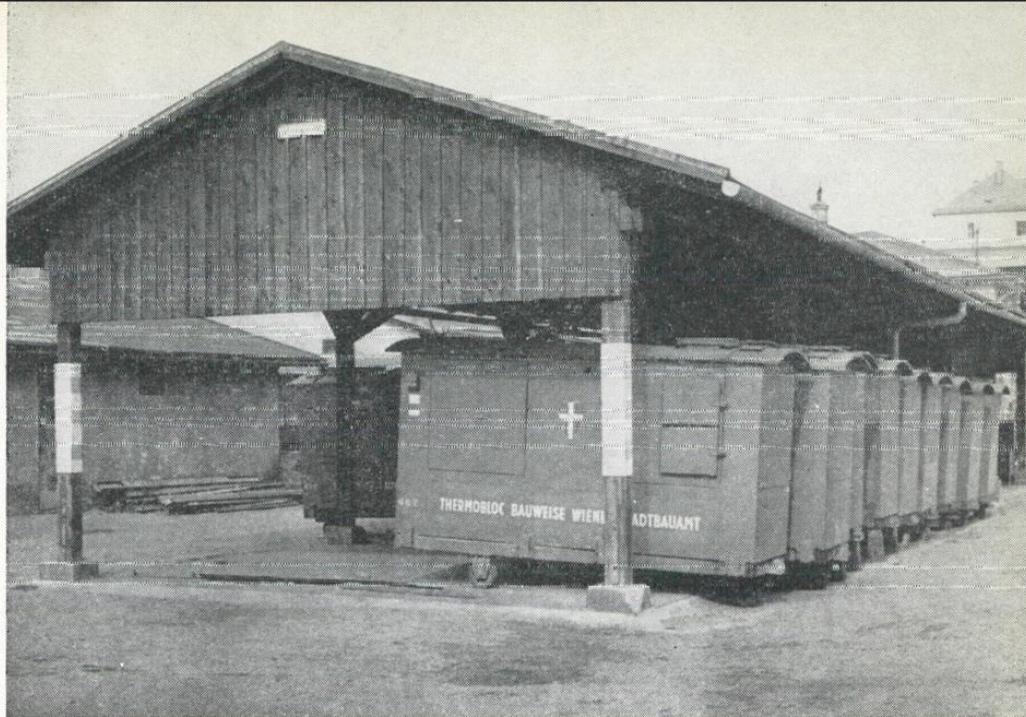
	Anzahl
Äußere Untersuchungen	2.957
Innere Untersuchungen	1.722
Feuerzuguntersuchungen	1.006
Wasserdruckproben	1.067

Außerdem wurden 657 Druckbehälterbescheinigungen ausgestellt. 91 Betriebswärter wurden von städtischen Beamten geprüft.

Zur Bekämpfung der Rauchplage wurden 141 Untersuchungen vorgenommen und hierüber Gutachten abgegeben. Zur Kontrolle und Feststellung der bei der Planung berechneten Ersparungen wurden bei 14 Hochdruckkesseln, 25 Niederdruckkesseln und 80 Ausheizgeräten Heizversuche vorgenommen und diese auch meßtechnisch überwacht. Bei 1.021 Schornsteinen wurde überprüft, ob die Rauchfangkehrerarbeiten ordnungsgemäß durchgeführt worden sind. In den städtischen Objekten der Hoheitsverwaltung wurde von 12 Aufsichtsorganen die Heizkontrolle ausgeübt, die sich auf wirtschaftliches Heizen, die Brennstoffgebarung, Überwachung des Betriebes der wärmetechnischen Einrichtungen und auf die Arbeit der Heizer erstreckte.

Der Brennstoffverbrauch in den städtischen Objekten betrug im Jahre 1956 5.470 Waggon zu je 10 t festem Brennstoff, 1.970 Waggon zu je 10 t flüssigem Brennstoff, 7,2 Millionen Kubikmeter Gas und 1,270.000 kW elektrischer Energie.

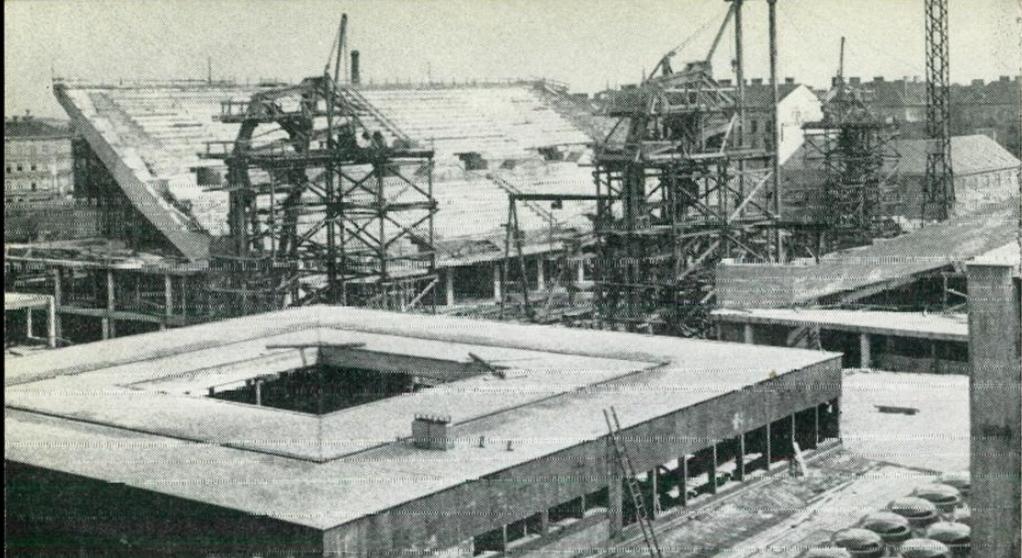
In der Heizwerkstätte der Magistratsabteilung für Heizungs- und Maschinen-



Um im Winter die Bauarbeiten nicht einstellen zu müssen, wurden Thermoblocs angeschafft
Kampf gegen die Wohnungsnot...

Mit einem goldenen Schlüssel schließt der Mieter die 100.000. Gemeindewohnung auf





Der Bau der Wiener Stadthalle schreitet fort

Große Bauvorhaben — praktische Inneneinrichtungen ...

In den neuesten städtischen Waschküchen werden gasegeheizte Waschmaschinen aufgestellt



bau wurden im Jahre 1956 erstmalig und in größerem Umfang die Rauchdruckproben an Kaminen mit paketierte Rauchbrennern durchgeführt. Dies sind je nach Kaminhöhe verschieden große Brandsätze, die neben der erforderlichen Rauchgasmenge auch genügend Wärme für den Rauchauftrieb erzeugen. Bei Verwendung dieser Rauchbrenner ist die Handhabung gegenüber der bisherigen Methode wesentlich einfacher, es entsteht im Arbeitsbereich fast keine Verschmutzung mehr.

TECHNISCH-BEHÖRDLICHE ANGELEGENHEITEN DES GAS- UND ELEKTRIZITÄTSWESENS

Im Elektrizitätswesen ist durch die Neufassung des § 96 der Bauordnung in der Novelle vom 5. Oktober 1956, LGBl. für Wien Nr. 28/1956, eine Modernisierung der Vorschriften für die Errichtung von Blitzableitern eingeleitet worden. Bereits ausgearbeitete neue Leitsätze über Blitzableiteranlagen können nunmehr durch eine Verordnung zur Bauordnung anerkannt werden. Damit wurde das Sachgebiet Blitzableiter nach den neuesten Erfahrungen der Wissenschaft und Technik gesetzlich geregelt.

Durch die „Österreichischen Vorschriften für Elektrotechnik“ E/2/1955 erhielten die Bestimmungen über elektrische Anlagen in Kinos eine moderne Fassung. Mit der Kinodurchführungsverordnung, LGBl. für Wien Nr. 12/1956, erlangten diese Bestimmungen für das Land Wien Geltung. Durch den Erlaß des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 16. März 1957 wurden neue Vorschriften über Leuchten bis 1000 Volt (ÖVE-V 80/1956) in Kraft gesetzt. Für die Glühlampen der öffentlichen Beleuchtung ist hiedurch keine nennenswerte Änderung eingetreten. Unter Mitwirkung des Magistrats wurden innerhalb der „Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach“ detaillierte Richtlinien über die sicherheitlich einwandfreie Ausführung von Propanganlagen fertiggestellt.

Die behördliche Tätigkeit in technischen Angelegenheiten des Gas- und Elektrizitätswesens umfaßte die alljährlich durchzuführende Überprüfung der elektrischen Anlagen der Theater und Kinos. Ebenso wurden auch alle neu errichteten und geänderten Leuchtröhren- und Röntgenanlagen überprüft.

Städtische Fachorgane des Elektrizitätswesens wirkten an allen bedeutenderen Gewerbe genehmigungen mit, überprüften vorschriftswidrige elektrische Installationen in Privathäusern und befaßten sich mit der Aufklärung von elektrolytischen Rohrzerstörungen und Unfällen durch elektrische Einrichtungen. Hinzu kam die Überprüfung der Befähigungsnachweise der Bewerber um Elektro- und Gaskonzessionen und die Durchführung der vorgeschriebenen Prüfung für Kinooperateure.

Hervorgehoben wird die Überprüfung der Neonbeleuchtungsanlage auf dem 150 m hohen Reklameturm der Mannesmannwerke auf dem Rotundengelände der Wiener Messe sowie der neuen Beleuchtungsanlagen für Nachtspiele im Wiener Stadion und auf dem Sportplatz auf der Hohen Warte.

Der Umfang der technisch-behördlichen Prüfungstätigkeit geht aus folgender Übersicht hervor:

Kinoüberprüfungen	379
Überprüfung der elektrischen Anlagen in Theatern und Vergnügenslokalen	298
Überprüfung von Hochspannungsanlagen	1.277
Gewerbliche Angelegenheiten	550
Konzessionsangelegenheiten	133
Diverses	229

ÖFFENTLICHE BELEUCHTUNG, UHREN

Die Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung, bei der insbesondere auf die noch immer anhaltende Steigerung des Straßenverkehrs Bedacht genommen werden muß, wurde im Jahre 1956 fortgesetzt. In Hietzing wurde im Gebiet der Hietzinger Hauptstraße, Verbindungsbahn und Speisinger Straße die Gasbeleuchtung auf Leuchtstofflampenbeleuchtung umgebaut. Mehr als 300 Lampen wurden dort über der Straßenmitte montiert; ihre Lichtwirkung ist ausgezeichnet. Dieser Umbau erwies sich als rentabel, weil die modernen Leuchtstofflampen bereits eine Brenndauer von mehr als 5.000 Stunden aufweisen. In diesem Gebiet sollen Erfahrungen über die Instandhaltung der neuen Beleuchtung gesammelt werden. Ebenso wurde die Strecke auf dem inneren Gürtel zwischen Burggasse und Westbahnstraße probeweise mit Leuchtstofflampen versehen, wobei dreiröhrige Lampen in Längsaufhängung Verwendung fanden. Die neue Beleuchtung entspricht den modernen Verkehrsbedürfnissen und findet die Zustimmung der Bevölkerung. Für die Vorplätze des neuen Südbahnhofes wurden eigens entwickelte Maste errichtet, an denen zweifache, vierfache und sechsfache Ausleger mit Leuchtstofflampen montiert sind. Der Wiedner Gürtel zwischen Prinz Eugen-Straße und Mommsengasse wurde in die neue Beleuchtung einbezogen. Die neuen Straßenzüge im Gebiete größerer Neubauten wurden 1956 bereits mit Leuchtstofflampen beleuchtet. Hiefür wurden schlanke Kandelaber mit schräg aufwärts gerichteten Auslegern entwickelt. Hervorzuheben ist die Beleuchtung der Verkehrswege der neuen städtischen Wohnhausanlage Huleschgasse. In der äußeren Triester Straße von der Wienerbergstraße bis zur Bahn und in der Heiligenstädter Straße vom Kahlenbergerdorf bis zur Stadtgrenze wurden Natriumdampflampen montiert. Das nebeldurchdringende, intensiv monochromatische gelbe Licht der Natriumdampfampe findet bei den Kraftfahrern wegen der Klarheit der Sicht Anerkennung. Für die Heiligenstädter Straße wurden besondere Lampen mit Spiegeln entwickelt, um eine günstigere Lichtverteilung zu erzielen. Für die Verbesserung der Beleuchtung an wichtigen Straßenkreuzungen wurden einige Quecksilberdampflampen mit Leuchtstoffkolben zu 400 Watt verwendet. Moderne Spannbetonmaste wurden als Lampenträger (Ausleger mit Lampen) sowie als Leitungsstützpunkte probeweise beim Lusthaus und in der Umfahrungsstraße nach Albern erstmalig verwendet. Im Zusammenhang mit der Einführung der Großraumwagen auf einzelnen Straßenbahnstrecken mußte auf diesen die Straßenbeleuchtung erneuert werden. So erforderte die Erneuerung des größten Teiles des Fahrdrahtaufhängesystems auf der Straßenbahnlinie 49 eine Neuinstallation der Beleuchtung in der Siebensterngasse, Westbahnstraße, Märzstraße sowie eines großen Teiles der Hütteldorfer Straße. Schließlich ergab sich die Notwendigkeit, bei der Errichtung der Stadthalle die Beleuchtung der näheren Umgebung dieses Bauwerkes zu modernisieren.

Im Jahre 1956 wurden 15 neue Verkehrsleuchtständer aufgestellt. An der öffentlichen Beleuchtung in Wien gab es im Jahre 1956 4.034 Störungsfälle.

Um Wiener Baudenkmäler auch bei Einbruch der Dämmerung zur Geltung zu bringen, wurden mit vielen anderen Objekten die beiden Flügeltrakte des Parlaments und die Pallas Athene-Statue sowie die Fassade der Feuerwehrezentrale Am Hof und der Gänsemädchenbrunnen vor der Rahlstiege angeleuchtet.

Von den öffentlichen Uhren gehörten 56 gegenüber 46 im Jahre 1955 dem von der Feuerwehrezentrale gesteuerten Zentraluhrensysteem an.

TECHNISCHE VERKEHRSANGELEGENHEITEN

Als Landesbehörde in Eisenbahnangelegenheiten nahm der Magistrat am Verfahren für den Ausbau des Südostbahnhofes, der Unterfahrung des Südtiroler Platzes, der Schnellbahntrasse im 20. und 21. Bezirk, der Verkehrsgestaltung an der Kreuzung Schottenring—Franz Josefs-Kai und der Sesselliftanlage zum Leopoldsberg teil. Außerdem wurden Verhandlungen über die Sicherung schienengleicher Kreuzungen von Straßen mit Eisenbahnen geführt.

Die Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten prüfte als technische Straßenbahnaufsichtsbehörde die Fahrbetriebsmittel und Hilfseinrichtungen, stellte die erforderlichen Genehmigungsbescheide aus und wirkte bei der Feststellung der Ursachen von Straßenbahnunfällen mit. Auch alle Gleisbauprojekte der Wiener Verkehrsbetriebe, Haltestellenänderungen und sonstigen Einrichtungen, die Genehmigungen erfordern, wurden behandelt.

In Straßenverkehrsangelegenheiten haben städtische Organe an den Beratungen über neue Straßenpolizeigesetze, ein neues Wiener Straßenverwaltungsgesetz und ein neues Wiener Garagengesetz teilgenommen und Gutachten über Verkehrsplanungen und Bauvorhaben, insbesondere von Kinos, Garagen und Tankstellen, abgegeben. Als technische Straßenaufsichtsbehörde hat der Magistrat auch an den Straßenbauten: I., Am Hof, II., Nordbahnstraße—Heinestraße, IX., XVIII., Währinger Straße—Währinger Gürtel, XIV., Hütteldorfer Straße—Linzer Straße, und XXII., Erzherzog Karl—Straße (Fußgängertunnel), sowie auch bei Kanalbauten, desgleichen bei Gas- und Wasserrohrlegungen mitgewirkt. Hervorgehoben wird die Mitarbeit beim Bau der drei Bahnbrücken über den Praterstern, der Brücken der Österreichischen Bundesbahnen über den Donaustrom und über die Alte Donau.

Für Schwer- und Sondertransporte wurden 1.317 Fahrbewilligungen ausgestellt. Über Taxistandplätze, Autobuslinien sowie deren Haltestellen wurden Gutachten abgegeben und zahlreiche Ansuchen um Ausnahmen von Verkehrsbeschränkungen und von der Reinigungs- und Bestreupflicht von Gehwegen wurden bearbeitet. Häufig kommt es vor, daß Straßenflächen zu anderen als Verkehrszwecken beansprucht werden, so für Lichtreklamen, Verkaufstände, Portalbauten usw.; auch in diesen Fällen werden Gutachten erstattet.

In den Wiener Straßen wurden im Jahre 1956 2.717 Verkehrsschilder aufgestellt. Bis 30. Juni 1956 wurden 1.796 Straßenbenennungs- und Orientierungstafeln montiert. Vom 1. Juli 1956 an besorgt diese Arbeit die Magistratsabteilung für Stadtreinigung. Die Markierung von Fußgängerübergängen an wichtigen Straßenkreuzungen durch Zebrastreifen oder Metallnägel wurde fortgesetzt.

Bei den Verkehrssignalanlagen waren bemerkenswerte Neuerungen zu verzeichnen. Die bisher verwendeten Schaltgeräte zur automatischen Steuerung der Anlagen konnten sich den häufigen Änderungen der Verkehrslichte nicht genügend anpassen, da die Umschaltung zu kompliziert war. Eine österreichische Firma hat nun ein Schaltgerät entwickelt, das dem Verkehrspolizisten ermöglicht, jeder Phase des Straßenverkehrs durch eine Drehung an einem Knopf gerecht zu werden. Er kann also zum Beispiel an einer Kreuzung, bei der der Verkehr am Vormittag in einer Richtung stärker ist, die Dauer des grünen Lichtsignals für diese Richtung verlängern und die des roten abkürzen oder umgekehrt. Diese neuartige Anlage wurde probeweise an der Kreuzung IV., Gußhausstraße—Argentinierstraße, montiert.

Eine ebenfalls versuchsweise eingeführte Neueinrichtung ist das Fußgeher-signal an der Kreuzung V., Margaretengürtel—Fendigasse, mit Druckknopfsteuerung, die den Passanten, die die Straße überqueren wollen, ermöglicht,

durch Betätigung des Druckknopfes das Stoppsignal für den Wagenverkehr einzuschalten. Außerdem wurden Verkehrslichtsignalanlagen an den Kreuzungen: I., Ringstraße—Schwarzenbergplatz, und III., Rennweg—Landstraßer Hauptstraße, errichtet. An der Kreuzung XV., Hütteldorfer Straße—Schweglerstraße, wurde eine Blinklichtanlage montiert.

LANDESPRÜFSTELLE FÜR DAS KRAFTFAHRWESEN

Dem Kraftfahrgesetz 1956 vom 6. Juli 1955, BGBl. Nr. 223/1955, entsprechend, wurde die Einteilung der Lenkerprüfungen einschließlich der Einhebung der Verwaltungsabgaben dem Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien am 2. Jänner 1956 übertragen. Die Verwaltungsabgabenanteile einschließlich des Amtsaufwandes für die Sachverständigen des Landes Wien werden von der Bundespolizeidirektion dem Magistrat überwiesen. Zum Vorsitzenden der Lenkerprüfungs- und der Einzelprüfungskommission wurde der Leiter der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten bestellt. Die mündlichen Prüfungen für Bewerber zur Führung von Kraftfahrzeugen wurden im Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion, IX., Türkenstraße 22 a, abgehalten, die praktischen Prüfungen im Straßenverkehr.

Das neugeschaffene Sekretariat der Lenkerprüfungskommission erstellt die Terminpläne für die Lenkerprüfung sowie auch für die Fahr- und Fahrlehrerprüfungen und besorgt die Einteilung der technischen Sachverständigen sowie die Verrechnung der Gebühren und der Abgabenanteile für die vom Land Wien beigestellten Sachverständigen mit der Bundespolizeidirektion. Die Zahl der Prüfungskommissäre hat sich im Jahre 1956 gegenüber dem Vorjahr erhöht; sie betrug am Jahresende bei den technischen Fachleuten 31, bei den rechtskundigen Beamten 38, von denen 30 der Bundespolizeidirektion Wien und 8 dem Magistrat angehörten. Im Jahre 1956 amtierten 2.249 Prüfungskommissionen; vor diesen legten 35.499 Kandidaten die Lenkerprüfung ab, davon wurden 14.078 reprobiert. Außerdem wurden 20 Fahrlehrerprüfungen, bei denen 10 Kandidaten, und 219 Fahrlehrerprüfungen, bei denen 94 Kandidaten reprobiert wurden, durchgeführt. Der Fahrlehrerprüfungskommission gehörten drei rechtskundige Sachverständige der Bundespolizeidirektion Wien und vier technische Sachverständige des Magistrats an.

Die Zahl der erstmaligen Prüfungen und Genehmigungen von Kraftfahrzeugen (Ausstellung von Einzelgenehmigungsbescheiden) sowie der von Abänderungen an zugelassenen Fahrzeugen wies im Jahre 1956 eine rückläufige Tendenz auf, da immer mehr fabriksneue Fahrzeuge mit Typenscheinen in Verkehr gesetzt werden, die keiner Überprüfung bedürfen. Hinzu kommt, daß überalterte Fahrzeuge, an denen immer wieder Abänderungen vorgenommen wurden, in steigender Zahl verschrottet werden. In der Kraftfahrzeugprüfstelle erfolgt auch die Prüfung und Genehmigung von Sonderfahrzeugen und Arbeitsmaschinen, die in Österreich immer häufiger verwendet werden. Insgesamt langten 7.419 Ansuchen um Prüfung von Kraftfahrzeugen gegen 11.831 im Jahre 1955 ein. Die Zahl der ausgestellten Genehmigungsbescheide und Bescheidänderungen betrug 8.837 gegen 14.247 im Vorjahr. Die Zahl der wiederkehrenden Zustandsprüfungen betrug 44.423. Diese Überprüfungen wurden auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Magistrat und dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau von der Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge durchgeführt.

Die Landesstelle für Kraftfahrwesen besorgte die amtliche Kennzeichnung von 584 Kraftfahrzeugen (Anhängern) durch Einprägen von Motor- und Fahrgestellnummern.

Die Einnahmen an Verwaltungsgebühren ergaben insgesamt 1,704.870 S,

davon entfielen auf Fahrlehrerprüfungen und straßenpolizeiliche Genehmigungen 752.220 S, auf Fahrzeugprüfungen 952.650 S.

Vertreter des Magistrates nahmen an den Sitzungen des Kraftfahrbeirates teil. Für die Bundespolizeidirektion Wien sowie für die Rekursstelle des Wiener Magistrates wurden technische Gutachten über Kraftfahrzeuge, Verkehrsstraffälle und Verkehrsunfälle ausgearbeitet; erwähnt sei auch die Beurteilung und Überwachung der Wiener Kraftfahrerschulen sowie die Behandlung der Führerscheinsuchen von körperbehinderten Personen.

Die Gemeinde Wien war bei der internationalen Konferenz für innerstädtische Autobahnen vertreten, die vom 17. bis 20. September 1956 in London stattgefunden hat.

STÄDTISCHER FUHRPARK

Die Leistungsfähigkeit des städtischen Fuhrparks wurde im Jahre 1956 durch Inbetriebnahme von Fahrzeugen neuester Typen und Ausscheidung veralteter Wagen gesteigert. Für die Straßenreinigung wurde eine selbstaufnehmende Kehrmachine, das neueste Modell mit hydraulischem Antrieb der Kehrbürsten und Doppelsteuerung, angekauft. Zur Reinigung von Märkten wurden zusätzlich zwei Kleinwaschmaschinen beschafft, die, mit automatischen Streuvorrichtungen versehen, auch im Winter zweckmäßig verwendet werden können. Um die Handarbeit bei der Straßenreinigung rationeller zu gestalten, wurden in ebenen Stadtvierteln 20 Kehrpattien probeweise mit Transportkarren der Type „Salzburg“ für je 2 Kehrrihtonnen ausgerüstet; ebenso wurden versuchsweise zwei selbstaufnehmende kleine Kehrmaschinen mit Handbetrieb verwendet. Sechs in diesem Jahre gekaufte Dreirad-Kraftfahräder dienen zur Einsammlung des Abfalles in den Sammelkörben. Zur Bekämpfung der Fliegenplage auf den Kehrrihtplanierungen wurde durch eine automatische Rückenspritze ein Vertilgungsmittel ausgestreut. Die Verwendung der neuen Maschinen und Geräte bedeutet eine weitere Rationalisierung der Arbeitsverrichtungen des Fuhrwerksbetriebes.

Über die gesamten angeschafften Fahrzeuge und Geräte für den städtischen Fuhrpark im Jahre 1956 berichtet die folgende Aufstellung:

1 Schulkinderautobus, 20 Steyr-Dreiseitenkipper, 7 Jenbach-Büffel und 2 Aufbauten, 3 Volkswagen-Personenkraftwagen, 9 Einheitsmüllwagen, 1 Chevrolet-Personenkraftwagen, 4 Willys-Jeeps mit Pflug, 5 Kombi-Volkswagen, 2 Schlammsaugewagen, 1 Schörling-Staubsauger, 2 Steyr-260-Pritschwagen, 2 Steyr-Traktoren 180 a, 3 Lanz-Alldog-Geräteträger, 4 Saurer-Lastkraftwagen, 6 Lastenroller, 1 Faun-Kehrmachine, 2 Steyr-380 f-Lastkraftwagen, 2 Steyr-220-Personenkraftwagen, 3 Steyr-380-Chassis für Einheitsmüllwagen, 1 Schneelader Barber Greene, 1 Front-Überkopflader, 2 Mopeds, 1 Sattelmüll-Anhänger, 5 Schneepflug-Anhänger, 1 Einachs-Anhänger, 15 Rolba-Sandstreugeräte, 2 Frontlader, 1 Federschneepflug, 40 Schneeräumgarnituren, 10 Schneeräumgeräte, 3 Kehrreinrichtungen, 3 Fahrerhäuser für Lanz-Alldog, 1 Aufbau für Kleinkehrmaschinen, 1 Kies-Silo für Streusand, 1 Kombi-Schrapper, 1 Lichtmaschinenprüfstand und 1 Dampfstrahlgerät.

Außerdem wurden für andere Dienststellen zahlreiche moderne Kraftfahrzeuge besorgt. Der städtische Fuhrpark hatte im Jahre 1956 eine Fahrleistung von 4.101.271 km für Gütertransporte und von 936.655 km im Dienstwagenbetrieb zu verzeichnen. Hiefür waren 219.848 l Benzin, 1.172.822 l Dieselöl und 48.505 l Motoröl erforderlich. Ein wichtiger Teil der Transportleistungen des städtischen Fuhrparks entfiel auf die Beförderung von Baustoffen, über die nachstehende Übersicht Auskunft gibt:

	Waggons		Waggons
Schlacke	579	Hydrat	136
Traß	163	Steine	14
Splitt	1	Sand	16
Zement	669	Diverses	15
		Zusammen	1.593

Aus dem Fahrzeugbestand des städtischen Fuhrparks wurden 42 verschiedene Wagen sowie verschiedenes Material und für andere Dienststellen 29 Wagen verkauft.

In der Hauptwerkstätte des Fuhrparks wurden im Jahre 1956 5 Motorräder, 1 Lastkraftwagen (3 t) und 3 Anhänger vollständig repariert. 300 kleinere Reparaturen wurden an verschiedenen Wagen und Geräten vorgenommen, darunter an 67 Personenkraftwagen, 26 Motorrädern, 30 Wibrowagen, 15 Fäkalienwagen, 12 Sanitätswagen, 12 Anhängern; außerdem wurden für andere Dienststellen 83 Wagen repariert. Bei 618 Wagen, Maschinen und Geräten waren umfangreichere Reparaturen erforderlich. Hervorzuheben sind die geleisteten Arbeiten an 100 Lastkraftwagen von 1 bis 5 Tonnen, 92 Personenkraftwagen, 99 Wibrowagen, 71 Kehrmaschinen sowie an 70 Wagen von anderen Dienststellen. Außerdem wurden 22 Motoren repariert. Schließlich führte die Hauptwerkstätte noch 1.470 Reparaturen an einzelnen Teilen von Fahrzeugen und Geräten durch. Hinzu kamen 507 Reparaturen und Neuanfertigungen für die Straßenpflege, Müllabfuhr, andere Dienststellen, die Zentrale, die Garage im 17. Bezirk und für das Hauptlager. Die Gesamtzahl der in der Hauptwerkstätte geleisteten Reparaturen betrug 2.926, darunter 9 Generalreparaturen, 918 Wagenreparaturen, 22 Motorreparaturen, 1.470 Stückreparaturen und 507 verschiedene Reparaturen und Neuanfertigungen von Geräten.

In den Hallen XII und XIII der Hauptwerkstätte wurde eine Thermoblockheizung installiert. In der Anstreicherei, Motorenreparaturwerkstätte, Schlosserei und Spenglerei wurde die Thermoblock-Heizung eingebaut und die Spritzlackiererei fertiggestellt. In der Anstreicherei wurde auch eine Spritzkabine errichtet. Für den Winterdienst wurden in den 3 Großgaragen die Bereitschaftsräume für das Fahrpersonal neu eingerichtet.

In der Garage im 5. Bezirk wurde die Gasheizung für Badeanlagen im Kesselhaus fertiggestellt. In der westlichen Garagehalle wurden eine Thermoblock-Heizung sowie ein Heizöltank mit einem Fassungsvermögen von 20.000 Liter eingebaut. Hinzu kamen diverse Ausbau- und Instandhaltungsarbeiten an Hallen und Nebenräumen. In der Garage im 17. Bezirk wurde das Betriebsgebäude umgebaut. Der Garagenhof wurde in Ordnung gebracht und der Waschplatz zur Reinigung der Fahrzeuge neu betoniert. Außerdem wurde eine Streurieselanlage errichtet und in der Service-Station ein Aufzug eingebaut.

STADTREINIGUNG

In der Straßenpflege waren mehrfache Versuche und Neuerungen zu verzeichnen. So wurde die Verwendung von 10 Jenbacher-Büffeln als Klein-Streufahrzeuge für Kreuzungsbereiche im Winter und als Kleinwasch- und Sprengmaschinen bei der Straßenreinigung im Sommer mit Rücksicht auf den ständig zunehmenden Verkehr investiert. Der Bestand der mechanischen Beladestellen für Streusand wurde durch die Beschaffung von 2 selbstfahrenden Ladegeräten und die Errichtung von 2 Sandsilos erhöht, wodurch eine wesentliche Verbesserung in der Straßenpflege im Winter erreicht wurde. Unter Verwendung eines inländischen Lastenroller-Fahrgestells wurden erstmals Versuche mit einer im städtischen Konstruktionsbüro entworfenen Kleinkehr-

maschine unternommen, die zu vielversprechenden Ergebnissen führten. Ebenso wurde zum ersten Male in größerem Ausmaß die Verwendung verschiedener Salze zur Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte systematisch erprobt. Die Ergebnisse waren im wesentlichen positiv, jedoch nicht einheitlich.

STRASSENREINIGUNG

Die Zahl der für die Straßenreinigung in den Sommermonaten verwendeten Kehrmaschinen älterer Type blieb mit 7 motorisierten Kehrzügen, 4 selbstaufnehmenden Kehrmaschinen und 4 Lastwagen mit angehängten lenkbaren Kkehrbürsten unverändert. Der Bestand der selbstaufnehmenden Kehrmaschinen „Faun“ erhöhte sich auf 9. Sie haben sich in den Einbahnstraßen, deren Zahl in der letzten Zeit bedeutend angestiegen ist, bisher gut bewährt.

Die Anzahl der Besprengungswagen erfuhr mit Rücksicht auf die stärkere Anwendung von staubfreien Straßenbelägen keine Erhöhung. Neben den 7 Waschmaschinen, die hauptsächlich zur Nachtzeit eingesetzt werden, wurde die Anzahl der Kleinwaschmaschinen für Märkte und enge Verkehrsflächen erhöht. 3 Kleinkehrmaschinen dienen für spezielle Aufgaben der Straßenreinigung im Sommer und fahren im Winterdienst mit kleineren Schneepflügen.

An Straßenkehrriech, Marktabfällen und Wasserlaufschmutz wurden 75.300 m³ Material weggeführt. Für die maschinelle Reinigung der Wassereinlaufschächte standen 2 Schlamm-sauger zur Verfügung. Gegen Ende dieses Jahres wurden 2 Maschinen der Type „Schörling“ in Betrieb genommen. Im Kehrriechsystem mit Gefäßliftwagen verblieb die Anzahl der Wagen gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zur Bekämpfung des Unkrautwuchses in den Randbezirken auf den Straßenbanketten und in den Wassergräben wurden 19.000 kg Unkrautvertilgungsmittel verwendet.

Um die Straßenreinigung besser besorgen zu können, wurden die Vorarbeiten für die versuchsweise Einführung eines wechselseitigen Parkverbotes auf den Straßen einiger Wiener Bezirke forciert, so daß mit dessen Einführung im Jänner 1957 gerechnet werden kann.

Bedienstete der Magistratsabteilung für Stadtreinigung besorgten auch die Gehsteigreinigung in der Gesamtlänge von 16 km für fremde Dienststellen. Hinzu kam noch die Betreuung einer Anzahl als Rodelstraßen erklärter Wege.

Im Zusammenhang mit der Straßenreinigung wurden im Jahre 1956 verschiedene Bauarbeiten durchgeführt. So wurde der Lagerplatz im 14. Bezirk, Zehetnergasse, als Umschlagplatz von Sand für Bestreuungsfahrzeuge fertiggestellt. Auf dem Lagerplatz im 2. Bezirk, Stoffellagasse, wurde eine Sandhalle mit zwei Beladebändern errichtet und mit dem Bau eines Betriebsgebäudes begonnen; die damit verbundenen Straßenbauten wurden durchgeführt. In zahlreichen anderen Straßenpflegedepots wurden Umbauten und Verbesserungen vorgenommen. Im 1., 3., 12., 14. und 23. Bezirk wurden als Ersatz für aufgelassene Objekte Straßenpflegedepots errichtet.

SCHNEESÄUBERUNG UND GLATTEISBEKÄMPFUNG

Das im Jahre 1956 bis zum April andauernde winterliche Wetter machte umfangreiche Arbeiten für die Schneeräumung und die Bestreuung der Straßen wegen Glatteisbildung notwendig. Vom eigenen Personal wurden 22.000 Tagschichten, von zusätzlich aufgenommenen Schneearbeitern 72.000 Tagschichten geleistet. Für die Schneearbeiterleistungen wurden insgesamt 3,4 Millionen Schilling ausgegeben. Zum Schutz gegen Schneeverwehungen wurden 1.800 m Schneepanken neu aufgestellt. Außerdem wurden 100 Stück Verkehrstafeln für die Bezeichnung der Schneeschächte besorgt.

Die Zahl der Schneeräumgeräte wurde durch Anschaffung moderner Pfluggtypen erhöht und einige überalterte Geräte gegen neuzeitliche Typen ausgetauscht. Außerdem wurden im Jahre 1956 für Spezialzwecke folgende Geräte angeschafft:

- 10 starke Seitenräumpflüge der Type „Peitl“ mit Hydraulik,
- 3 kurze wendige Seitenräumer auf Fahrzeugen der Type „Lanz-Alldog“,
- 2 große Schneelademaschinen der Type „Snow-Boy 2005“,
- 4 geländegängige Fahrzeuge der Type „Jeep“ für die Bergstraßen am Rande Wiens mit 4 Spezialpflügen (Seitenräumer),
- 2 kurze Vorbaupflüge für die neu angeschafften Steyr-Traktoren,
- 1 Überkopf-Ladegerät der Type „Weatherill“ für die rasche Beladung von Bestreuungsfahrzeugen aus den Sanddepots,
- 2 Ladevorrichtungen für Steyr-Traktoren als Frontlader.

Für die kleinen Schneelademaschinen der Type „Snow-Boy“ wurden vier Seitenräumpflüge erworben.

Zur raschen Bestreuung der Fahrbahnen bei Glatteis wurden 15 automatische Streuvorrichtungen des Systems „Rolba-Bertschy“ angeschafft. Zur Bekämpfung von Schneeglätte oder Glatteis auf den Straßen wurden 16.000 m³ Streusand und Schlacke sowie 270 t Auftausalz für den kommenden Winter bereitgestellt. Speziell Streusalz wurde im Jahre 1956 in erhöhtem Umfang verwendet, da im Ausland damit sehr gute Erfolge erzielt wurden.

MÜLLABFUHR

Infolge der Wohnbautätigkeit der Gemeinde sowie durch die Einbeziehung von Kleinsiedlungen in die Müllbeseitigung hat sich die Zahl der in den Häusern aufgestellten Coloniakübel erhöht und betrug am Jahresende 183.820 gegen 177.090 im Vorjahr.

Die Verteilung der abzulagernden Müllmengen ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Ableerplatz	Kubikmeter
X., Eibesbrunnergasse	141.433
X., Laxenburger Straße	190.509
X., Bitterlichgasse (Löwy-Grube)	17.660
XXI., Bruckhaufen	247.382
Diverse kleine Planierungen	17.543

Für die Planierungsarbeiten wurde eine neue Planierdraupe erworben.

Die Zahl der Großraummüllwagen wurde durch Anschaffung von 8 neuen Einheitsmüllwagen erhöht. Einige alte Fahrzeuge wurden skartiert. Weiter standen 5 Bergmüllwagen, 1 Kleinmüllwagen und 1 Kübeltauschzug in Verwendung. Ein Müllwagenanhänger, der auf einen vorhandenen, für den Schneepfluggdienst in engen Bergstraßen verwendbaren Jeep aufgesattelt wird, wurde in der städtischen Werkstätte konstruiert und versuchsweise in Betrieb genommen.

In der städtischen Kübelwäscherei wurden 371 Freiständer und 1.005 Aufhänger repariert sowie 1.419 Aufhängelaschen neu hergestellt. Von der Firma Wehle & Co. wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

	Coloniagefäße
Gewaschen und repariert	122.139
hievon erhielten	
Bodenstutzen	4.536
Körperflecke	6.149
sonstige Reparaturen	560

Zur Erneuerung von unbrauchbaren Coloniagefäßen und zur Deckung des



Ein Jenbacher-Büffel mit Wasch-
maschinenaufbau

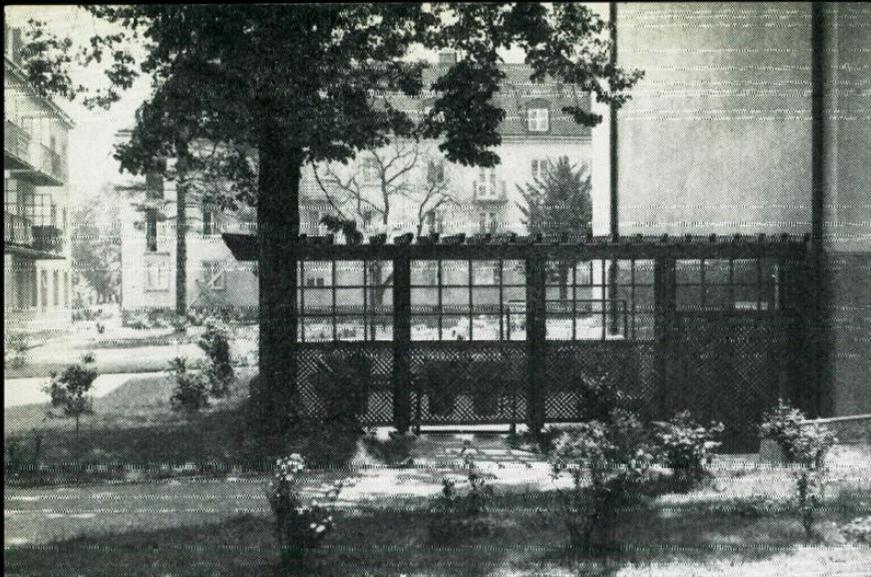


Für die Straßenreinigung wer-
den moderne Fahrzeuge ein-
gesetzt...

Puch-Lastenroller im Straßen-
dienst

Steyr-Diesel mit Schörling-Aufbau





Wien XIX, Grinzinger Allee

Vorbildliche Lösungen des Kehrrichtgefäßstandplatzes ...

Wien XIII, Fasangartenstraße



Mehrbedarfs in neuen Wohnhausbauten wurden im Jahre 1956 14.448 neue Coloniatonnen und 3.000 Bodenstutzen angeschafft.

Außerdem wurden 8.300 35-l-Eimer erworben, die in verschiedenen Stadtteilen bei Umstellung von der nicht staubfreien auf die staubfreie Müllabfuhr in den Häusern eingestellt werden. 7.023 Coloniatonnen wurden wegen Unbrauchbarkeit als Altmaterial abgegeben.

STRASSENBAU UND STRASSENERHALTUNG

Im Jahre 1956 konzentrierte sich die Tätigkeit im Straßenbau auf die lokalen Erfordernisse, wie dringende Bezirksstraßenbauten und Holzstöckelauswechslungen wegen Verkehrsgefährdung, desgleichen auf Straßenbauten bei neuen städtischen und privaten Wohnhausbauten sowie in Siedlungen. Vereinzelt wurden auch Umbauten von Straßen durchgeführt, wobei jedoch wegen des Fehlens von Großbauten kein entsprechender Schwerpunkt auf verkehrsreiche Straßen gelegt werden konnte. Dies ist auch aus den Aufwendungen für die durchgeführten Arbeiten ersichtlich. So entfielen auf Straßenausbesserungen und Straßenneubauten zusammen 80 Millionen Schilling, auf den Umbau verkehrsreicher Straßen 30 Millionen Schilling. Das Ergebnis dieser Aufteilung war, daß eine bedeutend größere Fläche von Straßen und Gehwegen instandgesetzt wurde als in den Vorjahren. Hinzugefügt sei, daß die Gemeinde für den Straßenbau um 20 Millionen Schilling mehr zur Verfügung gestellt hat als im Jahre 1955. Im Jahre 1956 wurden zirka 3.700.000 m² Verkehrsflächen instandgesetzt, was ungefähr 400 km Fahrbahnen und 200 km Gehwegen entspricht.

Bei den Straßenbauarbeiten wurden verschiedene Versuche mit neuen Arbeitsmethoden gemacht, die bisher in Wien nicht gebräuchlich waren. So wurde auf der Wiedner Hauptstraße bei der Kliebergasse an Stelle einer 20 cm starken Betonunterlage aus Betonsandkies der sogenannte „Concrelithbeton“ verwendet, der sich vom Normalbeton durch schachbrettartige Einlagerung von gebrauchten Pflastersteinen unterscheidet. Diese Methode ist mit einer Betonersparnis verbunden, ohne daß die Tragfähigkeit der Unterlage vermindert wird.

Bei einer Graderung in Hinterhainbach im 14. Bezirk wurde die Bodenstabilisierung durch Zusatz von Kalkhydrat durchgeführt. Der stark lehmige Untergrund wurde durch den Kalkzusatz so weit verbessert, daß er ohne Gefahr für den Bestand der Straße nach entsprechender Durchmischung und Walzung für die Aufnahme der Verschleißschicht genügend tragfähig gemacht werden konnte.

Im 21. Bezirk, Kainachgasse, wurde bei ungünstigen Untergrundverhältnissen auf eine 10 cm starke Magerbetonunterlage eine 12 cm starke, mit Heißteer gemischte Kiesunterlage als Tragschicht für eine 3 cm starke Compomac-Verschleißdecke eingebaut. Bei den Walzarbeiten zur Straßenerhaltung in den 23 Bezirken Wiens sowie bei den Graderungsarbeiten wurden 38 Straßenwalzen und 12 Baumaschinen, darunter 2 Grader, 1 Erhaltungsgrader und 1 Pneuwalze, eingesetzt, wobei 8.100 Arbeitsschichten geleistet wurden.

Von bemerkenswerten Straßenbauarbeiten, die an verkehrsreichen Flächen durchgeführt wurden, sind hervorzuheben:

Die Schaffung eines Parkplatzes und die Neupflasterung der Fahrbahn „Am Hof“ in Kleinstenausführung; die Betonierung der Nordbahnstraße auf der Strecke „Am Tabor“ bis zum Praterstern; der Neubau der 15 m breiten Vivariumstraße, die zur Ablenkung des Besucherstromes aus dem Stadion vom Praterstern in die Untere Donaustraße geführt wurde. Dort wurden bei der Abzweigung Hauptallee und Franzensbrückenstraße sehr interessante Beispiele leistungsfähiger Verkehrskanalisationen ausgeführt, bei denen das Prinzip der

Trennung der Schnittpunkte der Verkehrslinien angewendet wurde. Die Verkehrskanalisation aller Kreuzungen verkehrsreicher Fahrbahnen zur Leistungssteigerung im Straßenverkehr ist ein nahes Ziel der städtischen Straßenverwaltung.

Beiderseits des Südbahnhofes wurden nach einem Straßenverbreiterungsentwurf die Vorplätze von der Argentinierstraße bis zur Fasangasse ausgestaltet.

Die Pflasterung der Wiedner Hauptstraße mit Kleinsteinen von der Kliebergasse bis zur Wimmergasse wurde als Vorbereitung zur Sanierung der Umgebung der Kirche bei der Kliebergasse durchgeführt.

Eine großangelegte Umgestaltung erfuhr die Kreuzung Währinger Gürtel — Währinger Straße bei der Volksoper, die ebenfalls nach den Prinzipien der Verkehrskanalisation ausgeführt wurde. Die Straßenbahnhaltestellen wurden in die Mitte des Mittelteiles des Gürtels verlegt, der Autoverkehr wird im Kreis um den Block von etwa 50 m Länge geführt.

Ein interessantes Beispiel von Verkehrskanalisation stellt der Umbau der Einmündung Wienerbergstraße — Oswaldgasse mit der Breitenfurter Straße dar. Die Führung, bei der zwar ein Verkehrskreis im Prinzip gegeben ist, aber zwei Richtungen im Gegenverkehr den Kreis durchbrechen, ist neuartig, aber für die Autofahrer sehr befriedigend. Diese Kreuzung, zusammen mit einer kleinen Verbesserung der Einmündung der Draschegasse, war der erste Schritt zur Verbesserung des Verkehrsraumes zwischen Wienerbergstraße und Wienfluß.

Ein ähnliches Beispiel von neuer Verkehrsführung stellt das Plateau Pfeninggeldgasse — Koppstraße dar, in das sechs Straßen, davon zwei im schiefen Winkel, einmünden, wobei der kleine Platz noch schmal rechtwinkelig ist. Die Verkehrsellipse mußte daher von der Pfeninggeldgasse durchbrochen werden, wenn man nicht den Verkehr zu unnatürlichen Zwangsbewegungen verhalten wollte.

Ein anderes Beispiel des Umbaus einer spitzen Straßeneinmündung ist der Umbau am Baumgartner Spitz, der noch mit dem Bau einer Straßenbahnschleife belastet wurde.

Im 16. Bezirk wurden die 1 km lange Straße zur Jubiläumswarte und ein durch den Wald führender Fußweg mit einer staubfreien Tränkdecke hergestellt.

Das dem heutigen Verkehr nicht mehr entsprechende Holzstöckelpflaster wurde auch im Jahre 1956 in größerem Umfang durch gleitsicheres Material ersetzt. Dies wurde in einem Teil der Schönbrunner Straße und in der Spitalgasse durchgeführt. Dabei wurde auch das Gebiet Lazarettgasse — Spitalgasse — Sensengasse reguliert und durch Neuherstellung der Verkehrsinsel die bisherige Gefahr für den Kreuzungsverkehr beseitigt.

Großen Raum in den Straßenbauarbeiten nahm die Herstellung der bei der Bevölkerung beliebten Teppichbeläge ein, mit denen zirka 30 km Fahrbahnen und 55 km Gehsteige versehen wurden. Da die Erneuerung des Würfelpflasters in allen Vorstadtstraßen ein unlösbares Problem wäre, erhalten die Straßen und Gehsteige Asphalt- oder Teerüberzüge, die den Vorzug einer angenehmen Fahrt und Begehbarkeit aufzuweisen haben.

Im Jahre 1956 wurden auch die Graderungen in Siedlungsstraßen fortgesetzt. Bisher sind dadurch etwa 180 km Siedlungsstraßen verbessert worden. Es wurden mehr Quadratmeter Graderungen mit Oberflächenbehandlung hergestellt als bloße Graderungen. Die zweimalige Oberflächenbehandlung, die eine relativ wasserdichte etwa 2 cm starke Straßenhaut schafft, hat sich dabei am besten bewährt.

Um die oft bei Graderungen erforderlichen größeren Erdbewegungen wirtschaftlich am günstigsten bewältigen zu können, wurde eine 35 bis 40 PS Planierdraupe angeschafft.

BRÜCKEN- UND WASSERBAU

PLANUNGSARBEITEN

Die im Jahre 1956 gebauten Brücken wurden überwiegend von Ingenieuren des Konstruktionsbüros der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau entworfen. Nur für zwei größere Bauvorhaben wurden die Entwürfe im freien Wettbewerb ausgeschrieben. Städtische Fachbeamte führten auch alle für die Bauten notwendigen Vorarbeiten durch. Die Leistungen für den städtischen Brückenbau umfaßten im Jahre 1956: für sieben Straßenbrücken und zwei Fußgängerstege Entwürfe mit geodätischer Aufnahme des Geländes, Vorentwurf und Vorberechnung für das neue Tragwerk, Grundbesitzerhebung, Einleitung der Wasserrechts- und Verkehrsverhandlung, statische Berechnung des Tragwerkes, Aufstellung des Leistungsverzeichnisses, Herstellung der Ausführungspläne und Verfassung des technischen Berichtes; den Entwurf für eine Brücke an der Zufahrtsstraße zu dem vom Magistrat verwalteten Kinderheim in Lilienfeld; Entwürfe und Vorverhandlungen für drei Straßenbrücken, die im Jahre 1957 ausgeführt werden sollen; die Mitwirkung an den Planungsarbeiten für die unterirdischen Verkehrsanlagen auf dem Südtiroler Platz und die statische Vorberechnung und Kostenschätzung für das Vorprojekt; einen Vorentwurf in mehreren Varianten für den geplanten Fußgängertunnel bei der Kreuzung Schottenring—Franz Josefs-Kai in Zusammenarbeit mit den Verkehrsbehörden und den städtischen Dienststellen, die die unterirdischen Einbauten verwalten; den Entwurf eines Personentunnels beim Ringturm; den Entwurf eines Personentunnels mit Gerinnedurchlaß am Nesselbach bei der Skisprungschanze am Kobenzl. die Überprüfung der Ausführungspläne und Standberechnungen für die Neubachbrücke beim Alberner Hafen; die Überprüfung der statischen Berechnung für einen Entwurf der Kaimauer des Freudenaue Hafens; statische Untersuchungen für die Wiederherstellung der durch Erdbeben zerstörte Abschlußmauern des Pfarrkellers nächst dem Abzitzbecken in Stammersdorf; die Überprüfung der Standberechnung und der Ausführungspläne für den Stiegenabgang „Sirkecke“ der Opernpassage; die Erstellung der Ausführungsunterlagen für die Errichtung von Abschlußwänden und einer Zwischendecke in dem für die Lagerung von Hochwasserschutzgeräten verwendeten Stadtbahnbogen Spittelauer Lände; die Ausarbeitung der Planunterlagen für die öffentliche Ausschreibung des Entwurfes für die Straßenbrücke über die Hafeneinfahrt in die Freudenaue und den Donaukanal; den Entwurf einer Anlage für Feuerfestigkeitsprüfungen für die städtische Prüf- und Versuchsanstalt; die Ergänzung und Überprüfung der Brückenkartei durch die Neuanlage von Karteiblättern und Eintragung von Bestandsaufnahmen; die Nachrechnung der Tragfähigkeit von 14 Brücken für die Bewilligung besonderer Schwertransporte und für die Erteilung einer Dauer-genehmigung für Panzertransporte.

BRÜCKEN UND STEGE

Die Zahl der in öffentlicher Verwaltung der Stadt Wien stehenden Brücken und Stege blieb mit 614 gegenüber dem Vorjahr unverändert. Von den 53 im Kriege zerstörten Brücken sind die Heiligenstädter Brücke, die Stadionbrücke, der Stadtparksteg, der Nordwestbahnsteg und die Grünauerbachbrücke nur

provisorisch instandgesetzt. An Stelle der zerstörten Saltorbrücke übersetzt ein provisorischer Fußgängersteg den Donaukanal; der Nordbahnsteg an der Nordbahnbrücke über die Donau und die Neubachbrücke unterhalb des Alberner Hafens befinden sich in Wiederaufbau.

Von den *Neu- und Umbauten* sei der Bau des Personentunnels bei der Kreuzung der Ostbahn mit der Erzherzog Karl-Straße in Stadlau hervor-gehoben, der zur Entlastung dieses verkehrsreichen Knotenpunktes des städtischen Straßennetzes errichtet wurde. Diese Kreuzung liegt im Bahnhofbereich Stadlau. Sieben Gleisstränge durchschneiden hier die Erzherzog Karl-Straße. Durch das Rangieren der Güterzüge wird der Straßenverkehr häufig unterbrochen. Auf Grund amtlicher Verkehrszählungen während eines Zeitraumes von 14 Stunden wurden 82 Schließungen der Bahnschranken festgestellt, die einer etwa fünfeinhalbstündigen Sperrzeit entsprechen. Vor der Bahnkreuzung liegt die Endstation der Straßenbahnlinie 16, die den größten Teil der in der Stadlauer Schwerindustrie beschäftigten Arbeitskräfte befördert. Um dem dringenden Bedürfnis nach einem ungestörten Übergang zunächst für die Fußgänger zu entsprechen, wurde vom Wiener Gemeinderat als erste Ausbaustufe der Bau eines Personentunnels beschlossen, dem später die Unterführung der Straße folgen soll.

Der Tunnel ist 67 m lang, 3,5 m breit und innen 2,5 m hoch; er ist an seinen beiden Enden und bei der Dr. Otto Neurath-Gasse durch Treppen zugänglich. Die Entwässerung erfolgt durch automatische Pumpen. Bis Ende 1956 war der Rohbau des Tunnels einschließlich der Treppen für die Aufgänge betonierte und die Hälfte des Bauwerkes isoliert. Der Bau wurde mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Schilling genehmigt, zu dem die Österreichischen Bundesbahnen die Hälfte beitragen.

Am 22. Oktober 1956 wurde mit dem Neubau der Straßenbrücke über die Hafeneinfahrt Freudenau und den Donaukanal begonnen, um eine kurze Verbindung des Hafens Freudenau und der Donaulände mit dem Hafen Albern und der Simmeringer Lände herzustellen. Der Umweg über die Stadionbrücke beträgt derzeit rund 14 km. Für die Errichtung dieses Bauwerkes wurde vom Gemeinderat ein Gesamtkostenbetrag von 35 Millionen Schilling genehmigt, wobei das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft einen 40prozentigen Beitrag leistet. Im Jahre 1956 wurde die Brückenachse abgesteckt, der Baugrund durch Tiefbohrungen aufgeschlossen, das Fundament für sechs Pfeiler und ein Widerlager geschaffen.

Der Umbau der Brücke über die Liesing in Rodaun wurde im Juni 1956 beendet. Die damit verbundene Regulierung der Franz Josef-Straße wirkt sich für den Verkehr besonders günstig aus. Der Gesamtaufwand betrug 326.389 S.

Während der zweiten Jahreshälfte wurde die Brücke über die Dürre Liesing an der Liesinger Straße in Rodaun umgebaut; die Baukosten betragen 229.673 S. Hierbei wurde die Straßenführung verbessert und das Bachbett reguliert; dadurch wurde auch das Ortsbild verschönert.

Außerdem wurden verschiedene kleinere Objekte, wie Durchlässe und Stege, umgebaut. So wurde die Holzbrücke über einen Graben an der Anton Baumgartner-Straße in Inzersdorf durch einen Stahlbetondurchlaß ersetzt und der Holzsteg über die Liesing an der Mühlgasse in Rothneusiedl gegen einen Steg aus Stahlbeton ausgewechselt.

In Verbindung mit der Verbreiterung der Amundsenstraße zwischen Hütteldorf und Neuwaldegg wurde mit dem Umbau des schadhaften Durchlasses für den Alsbach nächst dem Schottenhof begonnen.

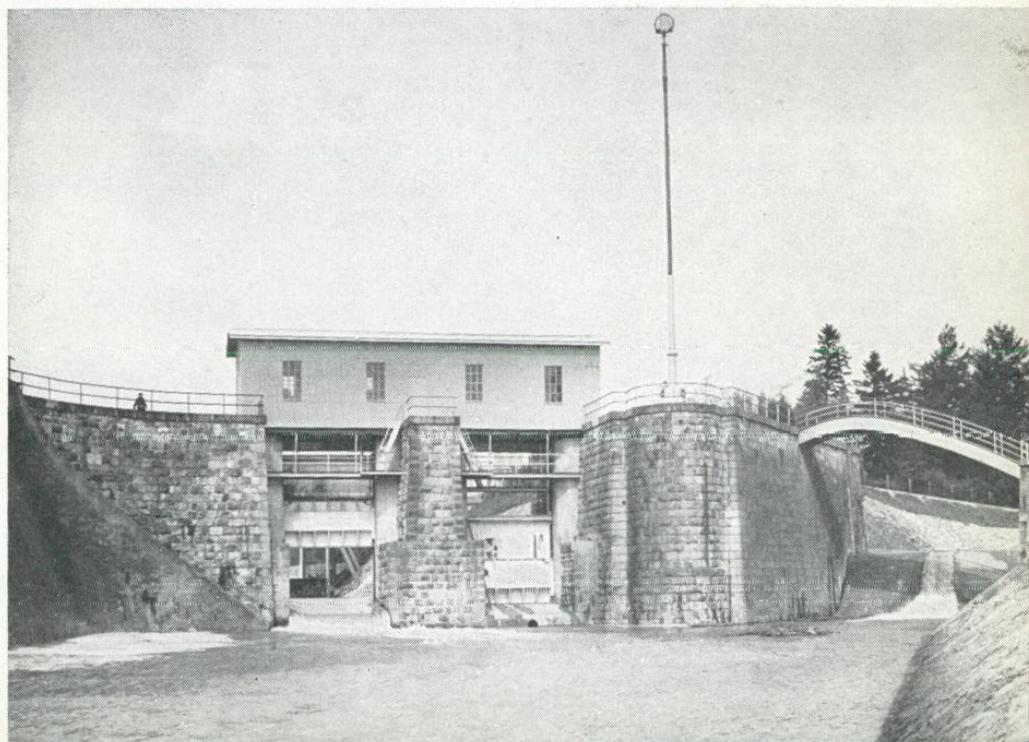
Durch Freigabe von Mitteln aus dem Zusatzprogramm 1956 konnte mit den Arbeiten zum Ersatz der Marenabrücke über die Liesing in Atzgersdorf durch



Eine Brücke über die Liesing in Rothneusiedl

Neue Brücken, neue Wasserbauten...

Das Wienfußperrwerk in Hadersdorf-Weidlingau wurde vollkommen modernisiert





Auf dem Graben wurden neuartige Beleuchtungsmaste aufgestellt

Wien wird modern beleuchtet...

Im Wiener Stadion können Nachtspiele ausgetragen werden



eine neue Stahlbetonbrücke sowie mit dem Umbau des Steges unterhalb der Nordbahn über die Obere Alte Donau begonnen werden, der infolge Neulegung eines Gasrohrhauptstranges erforderlich ist. Dabei wird gleichzeitig die Durchflußöffnung vergrößert.

Die gesamten Ausgaben für Brückenneu- und -umbauten betragen im Jahre 1956 2,356.066 S.

Zu den zur *Erhaltung der Brücken* durchgeführten größeren Arbeiten zählt die Fortsetzung der Anstricharbeiten an vier weiteren Flutfeldern der Floridsdorfer Brücke, die 397.078 S erforderten, und die Erneuerung der Fahrbahndecke der Friedensbrücke, für die 210.000 S aufgewendet wurden. Der Gesamtaufwand für Erhaltungsarbeiten betrug 1,691.912 S.

Die Behebung der Kriegsschäden an den Wiener Brücken wurde fortgesetzt. An der Nordbahnbrücke wurden die Pfeiler der Strombrücke nach Abtragung ihrer Auflagerbänke instandgesetzt; in das Mauerwerk wurde Zement injiziert. Außerdem wurde mit dem Umbau der Stiegenanlage beim Trennpfeiler zwischen Strom- und Flutbrücke begonnen; das Stahltragwerk der ersten Strombrückenöffnung wurde aufgestellt und für die Flutbrücke wurden die Tragwerke von vier Feldern montiert. Der Wiederaufbau der Neubachbrücke nächst dem Alberner Hafen, der schon im Herbst 1955 begonnen worden war, wurde nach einer längeren Unterbrechung im Juli 1956 wieder aufgenommen. Nahezu der ganze Unterbau der Brücke, das sind 1 Pfeiler und 2 Widerlager, wurde bis auf 2 Flügelmauern hergestellt und der eiserne Überbau, bestehend aus Blechträgern, die zwei Felder überspannen, für die Montage vorbereitet. Die Spannweite der beiden Felder beträgt je 27,4 m.

SCHUTZWASSERBAUTEN

Die Haupttätigkeit im Schutzwasserbau bildeten ebenso wie im Vorjahr wieder die Regulierungsarbeiten am Liesingbach. Im Baulos Rothneusiedl wurde mit der Fertigstellung der umfangreichen Erdaushubarbeiten und der Pflasterung der Niederwasserrinne der Anschluß an die fertige Regulierungsstrecke in Inzersdorf erreicht und dadurch die Regulierung im Unterlauf des Liesingbaches geschlossen. Die aufgewendeten Kosten betragen 4,911.000 S. Mit der Beendigung der Arbeiten im Baulos Steinhof und der Fertigstellung der Baulose Atzgersdorf I und II ist die Überschwemmungsgefahr für die Katastralgemeinden Unterlaa, Oberlaa, Rothneusiedl, Inzersdorf, Erlaa und teilweise auch für Atzgersdorf abgewendet. Für die Restarbeiten im Baulos Steinhof waren 421.303 S und in den beiden anderen Baulosen 3,774.718 S erforderlich. Die Gesamtlänge der regulierten Liesingbachstrecke beträgt bisher 14 km, wovon 10,8 km auf Wiener Gemeindegebiet entfallen. Für die Sicherung des hochwassergefährdeten Wohnhauses der Stadt Wien in Atzgersdorf, Erlaaer Gasse, wurden 842.904 S, für die Herstellung des Unterbetons und des Bruchsteinpflasters im Liesingbachbett in Inzersdorf 411.913 S und für die Räumungen der Geschieberückhaltebecken in Rodaun und Inzersdorf sowie der noch nicht regulierten Zwischenstrecke des Liesingbaches wurden 626.291 S aufgewendet.

Am Wienfluß wurden kleinere Ergänzungsarbeiten am Sperrwerk der Wasserhaltungen in Hadersdorf (Kosten 41.500 S), Instandsetzungsarbeiten an der Flußsohle (Kosten 1,200.000 S), Torkretierungs- und Injizierungsarbeiten an der Trennungsmauer des Umlaufgerinnes und der Überfallwehre (Kosten 250.000 S) durchgeführt. Die Erhaltungsarbeiten im gesamten Regulierungsbereich erforderten 1,500.000 S. Für die Instandsetzung des Längsdammes in der Mauerbachwasserhaltung wurden 322.813 S verwendet.

Zur Schaffung von Freibadeplätzen an der Alten Donau wurden Ufer-

sicherungen und Stiegenanlagen hergestellt, die Kosten von 618.250 S erforderten. Die zur Verbesserung der Wassersportflächen notwendigen Baggerungsarbeiten wurden mit gemeindeeigenen Geräten durchgeführt; die Kosten betragen 667.000 S.

Zum Schutz der Ortschaften Stammersdorf und Strebersdorf vor den vom Bisamberg abfließenden Niederschlagswässern wurden die dortigen Vorflutkanäle, Gräben und Sickerteichanlagen mit einem Aufwand von 1,694.509 S ausgebaut.

Am Nesselbach im 19. Bezirk wurde zur Verhinderung der ständigen Vermurung des Bachbettes eine Geschiebesperre eingebaut (Kosten 94.366 S).

Zum Schutz der Straße bei der Zementfabrik in Rodaun wurde eine Ufermauer an der Dürren Liesing mit einem Kostenaufwand von 80.000 S errichtet.

Für die Wildbachverbauung am Halterbach durch die forsttechnische Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung in Wien leistete die Gemeinde einen Beitrag von 175.000 S. Hinzu kamen noch verschiedene Ufersicherungen, Geländeherstellungen, Räumungen und Rodungen an privaten und öffentlichen Gewässern, so am Schwechat-Wildbach in Albern, am Schreiberbach, Schablergraben, Waldbach, Lindgraben, Lainzerbach, Niederreiterbach, Cholera-graben, Seeschlachtgraben, Gröretgraben, Krautgraben, Mauerbach, Lackenbach, Klausenbach, Kräuterbach und an der Dürren Liesing, an zahlreichen Sickerteichen, Schlammfängen und Geschieberückhaltebecken; daneben wurden periodische Rattenbekämpfungen durchgeführt. Der Gesamtaufwand für diese Arbeiten betrug 1,194.464 S.

ÜBERSCHWEMMUNGSANGELEGENHEITEN

Im Jahre 1956 waren nur im Frühjahr verhältnismäßig geringe Hochwasserstände zu verzeichnen; zu deren Bekämpfung sowie zur Instandsetzung der Hochwasserschutzgeräte waren insgesamt 196.290 S erforderlich. Zur Deckung der ständigen Ausgaben der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz hat die Stadt Wien als Kurienbeitrag 1,000.000 S überwiesen.

Zur Erfassung der Grundwasserstände im Wiener Stadtgebiet wird ein Grundwasserbeobachtungsnetz mit 372 Meßstellen betreut. Die Grundwasserstände werden regelmäßig abgelesen und die Ergebnisse der Beobachtungen verlautbart.

VERKEHRSWASSERBAU, HAFEN- UND SCHIFFFAHRTS-ANGELEGENHEITEN

Im Verkehrswasserbau standen auch im Jahre 1956 die Arbeiten für die Ausgestaltung der Hafenanlagen und unter diesen der Ausbau des Hafens Freudenau im Vordergrund. Ein Teil der begonnenen Arbeiten war ursprünglich schon für 1955 vorgesehen gewesen. Damals konnten sie jedoch nicht durchgeführt werden, weil als Voraussetzung die Beitragsleistung des Bundes fehlte. Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hatte erklärt, Zuschüsse nur dann geben zu können, wenn das Hafenprojekt als Ganzes wasserrechtlich genehmigt worden sei. Diese Genehmigung wurde von der Wasserrechtsbehörde am 12. Juni 1956 erteilt. Hierauf wurden für vier Baustellen Bundeszuschüsse zugesichert und zum Teil auch geleistet, und zwar für die beiden Kaimauerabschnitte und die Verbreiterung der Hafeneinfahrt vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau nach dem Wasserbautenförderungsgesetz sowie für die Hafenbrücke vom Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft nach dem Hafeneinrichtungenförderungsgesetz. Für diese drei Bauvorhaben wurde jedoch die gesetzlich vorgesehene Höchstquote von 60 Prozent der anerkannten Kosten nicht mehr gewährt, sondern nur mehr eine 40pro-

zentige Beitragsleistung zugebilligt. Obgleich im Jahre 1956 kein Hochwasser vom Ausmaß der Vorjahre auftrat, wurde der Baufortschritt durch andauernd hohe Wasserstände gehemmt. Die Baustelle war in diesem Jahre insgesamt 15mal überflutet. Die längste Überflutung dauerte vom 22. Mai bis 13. August. An insgesamt 128 Tagen konnte nicht oder nur mit vermindertem Einsatz gearbeitet werden.

Die Frostperiode im Februar 1956 veranlaßte 103 Schiffe und 7 Motorboote, den Hafen Freudenau aufzusuchen, da sich ein Eisstoß vor Wien aufbaute und auf dem Strom starkes Eistreiben zu beobachten war. Das unmittelbar darauf folgende Tauwetter hatte ein plötzliches, hochwasserartiges Ansteigen der Donau zur Folge, das aber nur im Hafen Albern dadurch einigen Schaden anrichtete, daß beim Hafensporn, der knapp überronnen wurde, durch die darüber hinwegtreibenden Eisschollen erhebliche Teile der Anschüttungen unterwaschen und an den Böschungen der Hafeneinfahrt abgelagert wurden.

Am 26. April 1956 wurden die städtischen Hafenanlagen vom Sekretär der Sektion Transport des Wirtschaftsrates der Vereinten Nationen besichtigt. In der Zeit vom 18. bis 29. September 1956 besuchte eine Abordnung von Vertretern der Gemeinde Wien und der Wiener Lager- und Kühlhaus AG Häfen der Deutschen Bundesrepublik sowie die Häfen von Straßburg und Basel, um die zweckentsprechendste Form für eine Hafenerbetriebsgesellschaft zu finden.

Im *Hafen Albern* wurden die Uferböschungen der Hafeneinfahrt von dem Material geräumt, das durch Hochwasser aus dem Hafensporn geschwemmt worden war. Bei der Feuerlöschleitung wurden in die Rohrleitungen 4 neue Schieberschächte eingebaut und die maschinelle Anlage im Pumpenhaus eingerichtet. Für diese Arbeiten wurden 266.859 S aufgewendet.

Im *Hafen Freudenau* wurden die Arbeiten an dem Bürogebäude für Schiffahrtsgesellschaften fortgeführt; das ursprüngliche Gebäude wurde durch einen Zubau für die Unterbringung einer Transformatorstation vergrößert. Die Herstellung des künftigen Hafenplanums durch Schutzzufuhr wurde fortgesetzt. Ebenso wurden die Arbeiten am ersten Bauabschnitt der Kaimauer weitergeführt. Gleichzeitig wurde mit dem Bau eines zweiten Kaimauerabschnittes sowie mit der Verbreiterung der Hafeneinfahrt begonnen. Außerdem wurde im Hafen Freudenau eine Reihe Arbeiten ohne Bundeszuschuß durchgeführt. So wurden die Hochwasserschäden an der rechten Uferböschung behoben, die Zufahrt zur neuen Straßenbrückenwaage wurde umgepflastert, die Straßendecke der Seitenhafenstraße ausgebessert und die Wiederinstandsetzung der Zufahrtsstraße zu den Tanklagern zu Ende geführt. Zur Unterbringung der Brennstoffvorräte für das Verwaltungsgebäude wurde ein hölzerner Schuppen errichtet. Im Hafengelände der Mittelhafenzunge wurde eine sanitäre Anlage gebaut. Außerdem wurden erfolgversprechende Versuchsbohrungen für die Errichtung eines Grundwasserwerkes zur Versorgung des Hafengebietes mit Trinkwasser durchgeführt. Insgesamt betragen die Ausgaben für den Hafen Freudenau 10,083.317 S.

Im *Hafen Lobau* wurden mit Bundeszuschuß folgende Arbeiten durchgeführt: Die Trinkwasserversorgungsanlage für das Hafengebiet wurde durch eine zweite Entnahmestelle für Schiffe erweitert. Für das Hafenbecken wurde eine Beleuchtungsanlage errichtet, die für den ununterbrochenen Tag- und Nachtbetrieb im Hafen erforderlich ist; außerdem wurde die Beleuchtungsanlage am Übergabebahnhof verbessert.

Folgende Arbeiten wurden ohne Bundeszuschuß durchgeführt: Im engeren Hafengebiet wurde ein Teilstück der Uferböschungen des Hafenbeckens instandgesetzt, die Abgangsstiegen wurden ausgebessert. Die Zufahrtsstraße zum Hafenbecken wurde mit einem Oberflächenbelag versehen. Von den An-

lagen der Hafeneinfahrt wurde das Streckengleis zwischen km 4,600 und km 6,200 gründlich überholt und das Kiesbett durch ein Schotterbett ersetzt. Zwischen km 1,130 und km 1,930 wurde der für die schwere Belastung nicht ausreichende Oberbau wesentlich verstärkt. Im Übergabebahnhof wurde das Gleis 9 instandgesetzt. Zwei weitere Gleise des Übergabebahnhofes wurden in die bestehende Sicherungsanlage einbezogen. Schließlich wurde die Wasserstation im Bahnhof mit einer elektrischen Pumpe ausgestattet. Der Gesamtaufwand für diese Arbeiten betrug 1,686.031 S.

Für die ständigen Erhaltungsarbeiten an den städtischen Hafeneinfahrten mußten im Jahre 1956 mangels eigener Arbeiter Kräfte aus Privatunternehmen herangezogen werden, deren Entlohnung insgesamt 255.058 S betrug.

Für die Erhaltung und Überwachung der im Donaukanal und Donaustrom ausgesetzten öffentlichen Rettungszillen sowie für die Erhaltung und Ergänzung der verschiedenen Verbotstafeln wurden insgesamt 42.000 S aufgewendet. Außerdem wurden neue Rettungszillen um 25.000 S beschafft. Zu den Kosten der Sicherungsarbeiten an der Leopoldsbühllehne trug die Gemeinde 8.474 S bei.

Von den gemeindeeigenen Schiffen wurden im Jahre 1956 im Hafeneinfahrt Lobau, in der Hafeneinfahrt (Donau-Oder-Kanal), ebenso an der Ausmündung des Hafens Freudenua Baggerarbeiten mit dem Eimerkettenschwimmbagger „Neptun“ durchgeführt und hierbei 65.120 m³ Schlamm und Schotter gehoben und mit Versenkern in Bühnenfeldern des Donaustromes abgelagert. Für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz wurden in der Alten Donau mit dem Eimerkettenschwimmbagger „Josef“ 35.107 m³ schlammigen Bodens entfernt. Der Eimerkettenschwimmbagger „Mucki“ hob im Strandbad „Alte Donau“ 7.606 m³ und im Wasserpark an der Alten Donau 2.998 m³ Schlamm aus. Verschiedene Schiffseinheiten waren auch beim Bau der Kaimauer im Hafen Freudenua, beim Steintransport von Kienstock in der Wachau nach dem Hafen Lobau und im Schleppzug bei Baggerungen des Strombauamtes im Donaukanal eingesetzt. Im März 1956 wurde das Mehrzweckschiff „Eisvogel“ in Betrieb genommen; es kann als Eisbrecher, Zugschiff, Hebeschiff, Feuerlöschboot und als Personenbeförderungsschiff verwendet werden. Zu den Anschaffungskosten von 4.170.225 S leistete der Bund einen 60prozentigen Beitrag. Neu erworben wurden 3 Trauner, 1 Versenker, 2 Ankerplätten und 2 Breitstockzillen. 2 Trauner, 4 Ankerplätten und 1 Außenbordzille wurden wegen zu großer Abnutzung ausgeschieden. Der städtische Schiffsbetrieb verfügte im Jahre 1956 über 60 Einheiten, darunter 8 Motorwasserfahrzeuge, 3 Eimerkettenschwimmbagger, 3 Versenker, 5 Trauner, 1 Gerüstschiiff, 1 Standschiiff, 12 Ankerplätten und Pontonteile. Von den Zugschiffen wurde im Jahre 1956 eine Gesamtfahrleistung von 19.957 km erbracht.

Der Lagerplatz Spittelauer Lände wurde im Jahre 1956 geräumt und gemeinsam mit dem Schiffsbetrieb nach dem Hafen Freudenua verlegt. In diesem Zusammenhang wurden Teile des Geländes der ehemaligen Schiffswerft der Wiener Lager- und Kühlhaus AG in die Verwaltung der Gemeinde Wien übernommen und die Baulichkeiten, die durch den Staatsvertrag an den Bund gefallen waren, käuflich erworben. Sie umfassen drei gemauerte Gebäude, neun hölzerne Objekte, in denen ehemals Werkstätten, Büros, Magazine usw. untergebracht waren, sowie eine Ladebrücke und vier Hellinggleise. Außerdem ist ein Gleisanschluß zur städtischen Hafeneinfahrt vorhanden. Auf dem angekauften Terrain wurden eine Abfriedung gegen das der Werft verbliebene Gelände und eine Wasserversorgungsanlage errichtet sowie der elektrische Anschluß hergestellt. Außerdem wurden die Hellinggleise durch Stahlbetonschwellen verlängert. Der Gesamtaufwand für Lagerplätze betrug 995.894 S.

In Ausübung der technisch-behördlichen Verwaltungstätigkeit wurden 1.180 Mietboote bei gewerblichen Bootsverleihern auf der Alten Donau, am Heustadlwasser, am Konstantinhügel und in Neuwaldegg sowie 6 Rollfähren,

7 Motorbootüberfuhren, 1 Zillenüberfuhr, 29 Elektroboote und 63 Sportmotorboote überprüft.

Die Inanspruchnahme der städtischen Häfen für den Umschlag von Gütern geht aus folgenden Zahlen hervor: Im Jahre 1956 wurden im Hafen Albern von 305 Schiffen 121.370 t Körnerfrucht umgeschlagen; die Hafensbahn beförderte 14.648 Waggons mit zusammen 225.134 t. Die Hafensbahn Freudenau transportierte mit 5.199 Waggons 98.434 t. Im Ölhafen Lobau wurden von 2.533 Schiffen 1.693.947 t umgeschlagen. Von der Hafensbahn Lobau wurden mit 70.743 Waggons 1.311.377 t befördert.

Am 1. Juni 1956 wurde vom Gemeinderat mit Wirkung vom 1. Jänner 1956 die Einhebung einer Hafengebühr für den Umschlag im Hafen Lobau beschlossen.

BODENTECHNIK

Für die Errichtung von 75 städtischen Hoch- und Tiefbauten wurde die jeweils technisch notwendige Fundierungsart, z. B. Streifenfundierung, Fundierung mittels durchlaufender Stahlbetonplatte, Pfahl- oder Brunnenfundierung usw. angegeben und die zulässige spezifische Belastung des Baugrundes, die Belastbarkeit von Pfählen und die notwendige Fundierungstiefe berechnet.

Von 66 städtischen Hoch- und Tiefbaustellen wurden durch Baugrunduntersuchungen, wie Sondierungsbohrungen, Laboratoriumsuntersuchungen usw., die Untergrundverhältnisse aufgeschlossen. 110 Liegenschaften, deren Verbauung durch die Stadt Wien in Aussicht genommen ist, wurden auf Grund von Begehungen, Aufzeichnungen des Baugrundkatasters und Erfahrungswerten vom grundbaulichen Gesichtspunkt beurteilt. In Fällen privater Bauvorhaben wurden städtische Dienststellen, wie z. B. die Baupolizei, grundbautechnisch beraten. Der Baugrundkataster wurde fortgeführt und durch 223 Fälle, überwiegend mit Baugrundaufschlüssen, erweitert.

WASSERWERKE

Infolge der Abtretung der Randgemeinden an Niederösterreich ist der Abschluß eines Wasserlieferungsvertrages mit der Stadtgemeinde Klosterneuburg notwendig geworden, da diese Gemeinde auch weiterhin im Anschluß an das Wiener Rohrnetz mit Wasser versorgt wird. Dieser Vertrag wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 13. Juli 1956 genehmigt. Danach wird an die Stadtgemeinde Klosterneuburg eine Wassermenge von 2.500 m³ pro Tag, im Jahresdurchschnitt gerechnet, zu dem jeweils in Wien geltenden Durchschnittswasserpreis für den allgemeinen Wasserbezug abgegeben.

Die Stadt Wien gehört dem Wasserverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden an. Gemäß § 4 des Gesetzes über die Bildung dieses Wasserleitungsverbandes, Textverordnung LGBl. für Niederösterreich Nr. 177/1936, besteht die Vollversammlung aus den Bürgermeistern der Verbandsgemeinden als Mitglieder. Der Verband wurde bisher durch einen von der niederösterreichischen Landesregierung bestellten Regierungskommissär verwaltet. In langwierigen Verhandlungen wurden die Verbandsorgane wieder dem Gesetz gemäß gebildet. Die 1. Vollversammlung fand am 5. Dezember 1956 statt.

WASSERGEWINNUNG

Der strenge und lang anhaltende Winter sowie der trockene Herbst im Jahre 1956 beeinträchtigten die Quellergiebigkeit, so daß für die Wassergewinnung alle verfügbaren Schöpfwerke und sonstigen Wasserbezugsquellen herangezogen werden mußten, um einen Ausgleich zu schaffen.

In dem Bestreben, weitere Wasserbezugsquellen zu erschließen, wurden Beobachtungen und Versuche im Brunnenfeld des Wöllersdorfer Luftparks vorgenommen, wobei die Ausbaufähigkeit der Anlage auf mindestens 120 bis 150 l/sek. festgestellt wurde. Wegen Übernahme der Wöllersdorfer Werksbrunnen wurden Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Wiener Neustadt als bisheriger Pächterin und der Bundesgebäudeverwaltung II als Eigentümerin eingeleitet.

Zur Vorbeugung von Wasserverlusten wurden Schleifputzerhöhungen in Aquädukten und Schleifputzherstellungen in Gewölben vorgenommen. Die Durchführung dieser Arbeiten erforderte an der 1. Hochquellenleitung fünf Wasserableitungen (Abkehrungen) in der Dauer von insgesamt 262 Stunden und an der 2. Hochquellenleitung drei Ableitungen in einer Gesamtdauer von 169 Stunden. In den Leitungskanälen wurden größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Die strenge Kälte im Februar 1956 verursachte bei zahlreichen Aquädukten Rißbildungen mit Wasseraustritten, insbesondere in Mödling. Im Pfeiler 4 dieses Aquäduktes zeigten sich bis in das Gewölbe reichende starke Risse, die durch Zementinjektionen in den Pfeiler behoben wurden. Um den Dehnungserscheinungen in den Aquädukten zu begegnen, wurden erstmals auch im Leobersdorfer und im Liesinger Aquädukt, bei dem im Kanal oberhalb Pfeiler 34 immer wieder Risse aufgetreten waren, Dehnfugenbänder über das ganze Kanalprofil eingebaut. Beim Aquädukt in Speising, der starke Verwitterungsschäden aufwies, wurde mit der Instandsetzung der Fassaden und Bögen begonnen, wobei an Stelle von gewöhnlichen Mauerziegeln Klinkerziegeln verwendet werden. Größere Erhaltungsarbeiten wurden in Hendorf bei Scheibbs durchgeführt, wo im Überfallsgraben des Melkdücker Betonrohre von 800 mm Durchmesser gelegt wurden. In Scheibbs wurde die alte Ortswasserleitung aus dem Leitungskanal, durch den sie geführt hatte, herausverlegt. Das Grenzbachwehr bei der Einmündung des Vorfluters des Überfallkanals des Stössingbachdücker in den Stössingbach wurde erneuert. Beim sogenannten Wacikeich in Eichgraben wurde ein Schutzdamm eines Äquduktes instandgesetzt. Bei der Wiederherstellung des Betriebstelephons an der 2. Hochquellenleitung wurde das Telephonkabel nach Unterführung des Stössingbaches bis zum Aufseherhaus in Dörfel bei Kasten verlegt.

Zur Verbesserung der Wohnverhältnisse von Arbeitern und Angestellten der Wasserwerke wurde das Aufseherhaus in Lunz an die Ortswasserleitung angeschlossen und in Scheibbs die Aufseherwohnung adaptiert. In Preßbaum wurde ein Magazin samt Garage errichtet und in Wolfsgraben das Aufseherhaus gründlich überholt, wobei gleichzeitig ein Badezimmer und eine Speisekammer eingebaut wurden. An der 1. Hochquellenleitung wurde in Matzendorf das Nebengebäude abgetragen und ein neues mit Material vom Abbruch des Meierhofes in Stixenstein hergestellt; in Hirschwang wurden an die Werkmeisterwohnung Badezimmer und Waschküche angebaut und in Pottschach ein Handmagazin neu errichtet. Um dem regellosen Stromverbrauch in Naßwald entgegenzuwirken und ein Bild über den tatsächlichen Strombedarf zu erhalten, wurden bei allen Verbrauchern Stromzähler montiert.

Umfangreiche Arbeiten wurden auch zum Schutz der Quellen gegen Verunreinigung durchgeführt. So wurde der Meierhof in Stixenstein gänzlich abgetragen und das Gelände planiert. Nach Adaptierung der verbleibenden Werks- und Magazinsobjekte wurde mit der Einzäunung des Quellenschutzgebietes begonnen. Auch das Brunnenfeld in St. Johann wurde eingezäunt. Um das engere Gebiet beim Kaiserbrunnen wurde ein Wildzaun errichtet und der Quellenschutzzaun bei der Höllentalquelle instandgesetzt. Zur Verbesserung der sanitären Verhältnisse in Hinternaßwald wurden einige Düngerstätten und

Senkgruben bei städtischen Forstarbeiterhäusern wasserdicht betoniert und im engsten Schutzgebiet der Schütterlehenquelle Rohrleitungen zur Beseitigung von Abwässern verlegt. Auf dem Hochschneeberg beteiligten sich die Wasserwerke an der Sanierung der hygienischen Einrichtungen beim Damböckhaus. Am Ochsenboden auf dem Schneeberg errichtete die Weidegenossenschaft mit Hilfe der Agrarbehörde einen Viehstall, der als Unterstand bei Schlechtwetter dienen und dazu beitragen soll, der Verschmutzung der zahlreichen Dolinen in diesem Gebiet zu begegnen. Ein Färbeversuch bei der Bergstation der Raxseilbahn zur Feststellung etwaiger Verunreinigungen des Quellwassers fiel negativ aus.

Zu den größeren Arbeiten im Quellengebiet der 1. Hochquellenleitung gehören: der Bau einer 63 m langen Uferschutzmauer vor dem Stollen VIII, die Erneuerung eines 70 m langen Überfallgerinnes bei der G-Kammer nächst der Wasseralmquelle, die Erneuerung des hölzernen Meßsteges über die Schwarzza bei Ochsenleiten und die Ausgestaltung der elektrischen Beleuchtung im Wasserschloß Kaiserbrunn. Im Quellengebiet der 2. Hochquellenleitung wurde die über die Salza in Wechselboden zu den städtischen Objekten und Höllbachquellen führende große Höllbrücke erneuert. Widerlager und zwei von den drei Flußjochen wurden auf eisernen Piloten betoniert und das 36 m lange Tragwerk als Holzkonstruktion auf Eisenträgern für 9 t Tragkraft hergestellt. Die Instandsetzungsarbeiten am Holzäpfeltalaquädukt wurden mit der Auswechslung der Randbogenquader einzelner Bögen und von Fassadensteinen fortgesetzt. Auf der Winterhöhe im Anschluß an den Siebenseerohrstrang wurde eine Feuerhydrantenleitung und für das Aufseher- und das Forsthaus in Kräuterhals eine Wasserleitung verlegt. Beim Imbachaquädukt wurde ein Uferschutzbau und für den neuen Zugangsstollen 9 a eine Zufahrt sowie ein Portal errichtet. Hinzu kamen Adaptierungen im Amtshaus in Wildalpen. Als Vorarbeit für die Errichtung eines Pumpwerkes beim Holzäpfeltalaquädukt, wo reichlich Grundwasser vorhanden ist, wurde eine 425 m lange Heberleitung von 400 mm Durchmesser verlegt und als Mindestergiebigkeit 70 l Wasser je Sekunde festgestellt. Zum Zwecke der Verbesserung der Ortswasserleitung in Wechselboden wurde 250 m oberhalb der Quellfassung mit der Herstellung eines Senkbrunnens begonnen, wobei sich, abgesehen von der großen Ergiebigkeit dieser neuen Wasserfassung, interessante Zusammenhänge mit der Nachfassung der Höllbachquellen ergaben.

Im Jahre 1956 wurde den Wasserwerken die wasserrechtliche Bewilligung zur Fassung und Ableitung der Schreierbachquelle im Steinbachtal bei Göstling erteilt, die im Zusammenhang mit einer Wasserabgabe an die Gemeinde Lunz am See erwirkt wurde. Zunächst wurden Suchstollen angelegt, die eine Mindestlieferung der Quelle von 15 l Wasser je Sekunde ergaben.

Die Bauarbeiten an dem Leitungsspeicher in Neusiedl am Steinfeld, der den Wasserbedarf der Bevölkerung während längerer Hitze- und Trockenheitsperioden sicherstellen soll, sind, durch gutes Bauwetter begünstigt, im Jahre 1956 weit fortgeschritten. In der fertiggestellten Apparatzentrale wurden sämtliche Geräte montiert und zum Teil auch an das Kabelnetz angeschlossen. Die Kammer A wurde gefüllt und der Wasserstand einige Monate auf Höchststand gelassen, um die Dichtheit des Bauwerkes zu überprüfen; außerdem konnte das Gesundheitsamt in dieser Zeit die von der Wasserrechtsbehörde vorgeschriebenen Untersuchungen durch zahlreiche Probenentnahmen an verschiedenen Stellen und aus verschiedenen Tiefen durchführen. Das Ergebnis dieser überaus umfangreichen Untersuchungen des stehenden Wassers war durchaus günstig; beim Durchfließen des Wassers werden diese Prüfungen wiederholt werden. Die Kammer B wurde bis auf einige Leitwände

und einen Teil der Sohlendichtungshaut fertiggestellt. Die Kammern C und D wurden im Rohbau vollendet.

In den Behälterterritorien auf dem Rosenhügel, Wienerberg und in der Gallitzinstraße wurden Betonfahrwege hergestellt. Die Ein- und Auslaufkammer am Behälter Breitensee wurde umgebaut. Das ehemalige Maschinenhaus des Behälters auf dem Wienerberg wurde in ein Magazin und eine Werkstätte umgestaltet. Das Aufseherhaus in Mauer wurde renoviert. Für die Hebewerke Salmansdorf und Wienerberg wurden drei neue Motoren und Pumpen angeschafft. Vor der Floridsdorfer Brücke wurde ein Großwassermesser in die öffentliche Rohrleitung eingebaut.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 5, Seite 449.)

WASSERLEITUNGSKRAFTWERKE

Die Wasserleitungskraftwerke, die in Wien und an den Außenstrecken zur Verwertung überschüssigen Druckes errichtet wurden, lieferten im Jahre 1956 insgesamt 49.220.683 kWh Strom. Davon entfielen auf das Werk in Wildalpen 9.771.648 kWh, in Gaming 34.517.818 kWh, in Hirschwang 508.586 kWh, in Naßwald 100.591 kWh, in Kaiserbrunn 9.408 kWh und auf die Werke in Wien 4.312.632 kWh.

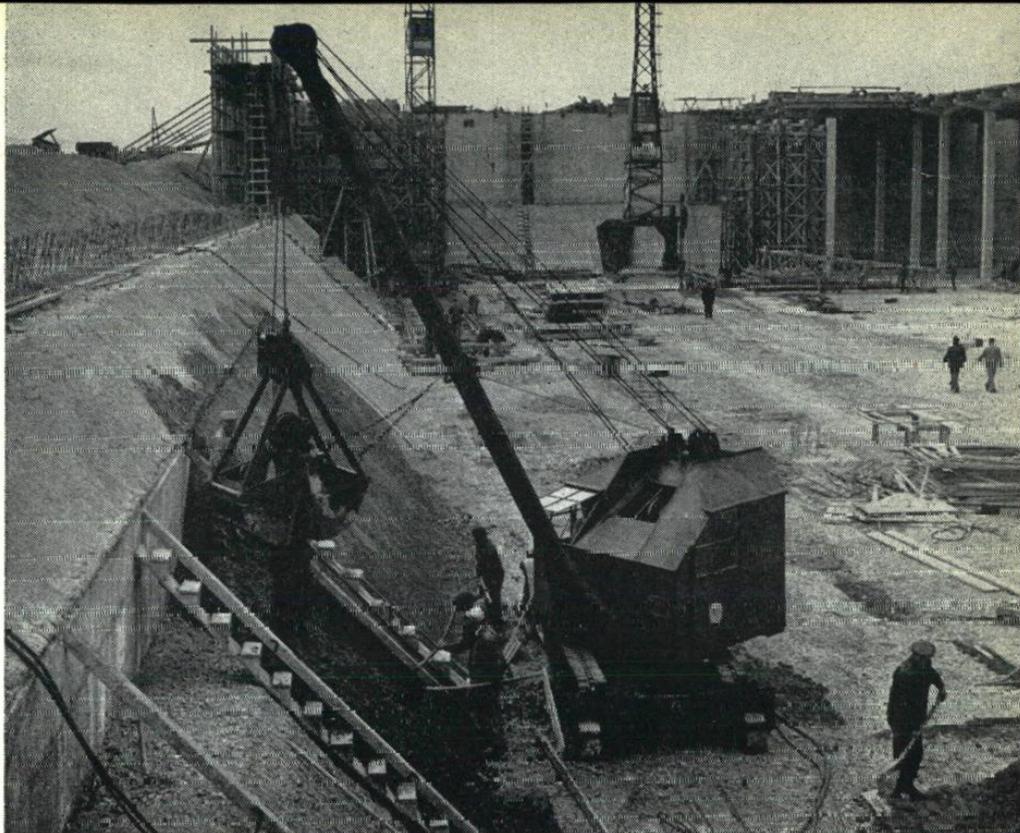
(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 5, Seite 449.)

WASSERVERTEILUNG

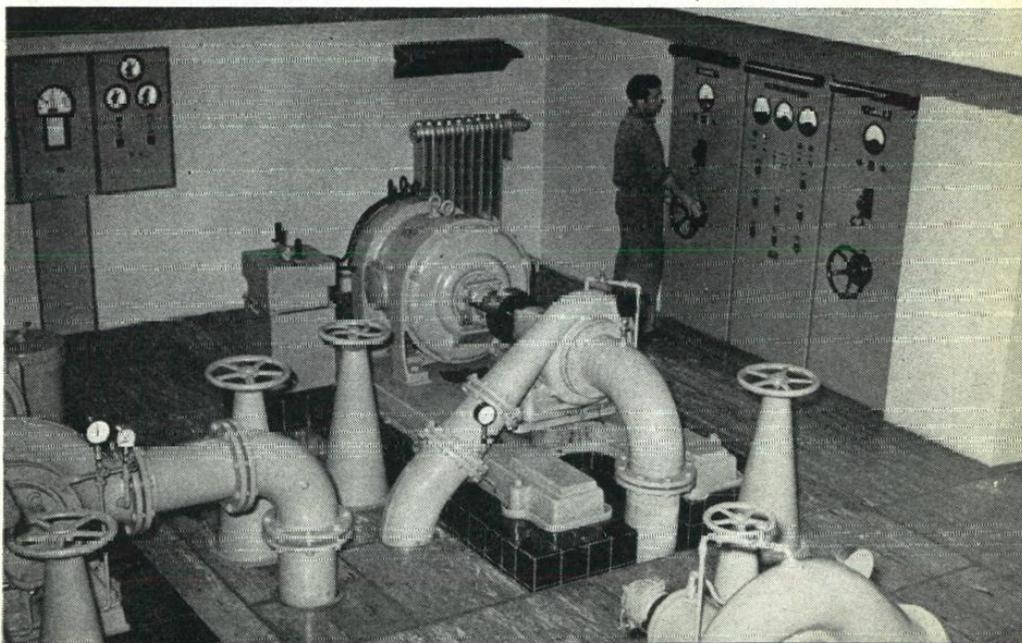
Zur Wasserversorgung neuer städtischer Wohnhausbauten sowie privater Grundstücke wurden im Jahre 1956 Wasserleitungsrohre im Gesamtausmaß von 19,3 km in öffentlichen Straßen verlegt. Ebenso ergaben sich aus der Umgestaltung von Straßen und Plätzen im Zusammenhang mit teils begonnenen, teils geplanten Straßengroßbauten umfangreiche Rohrverlegungen.

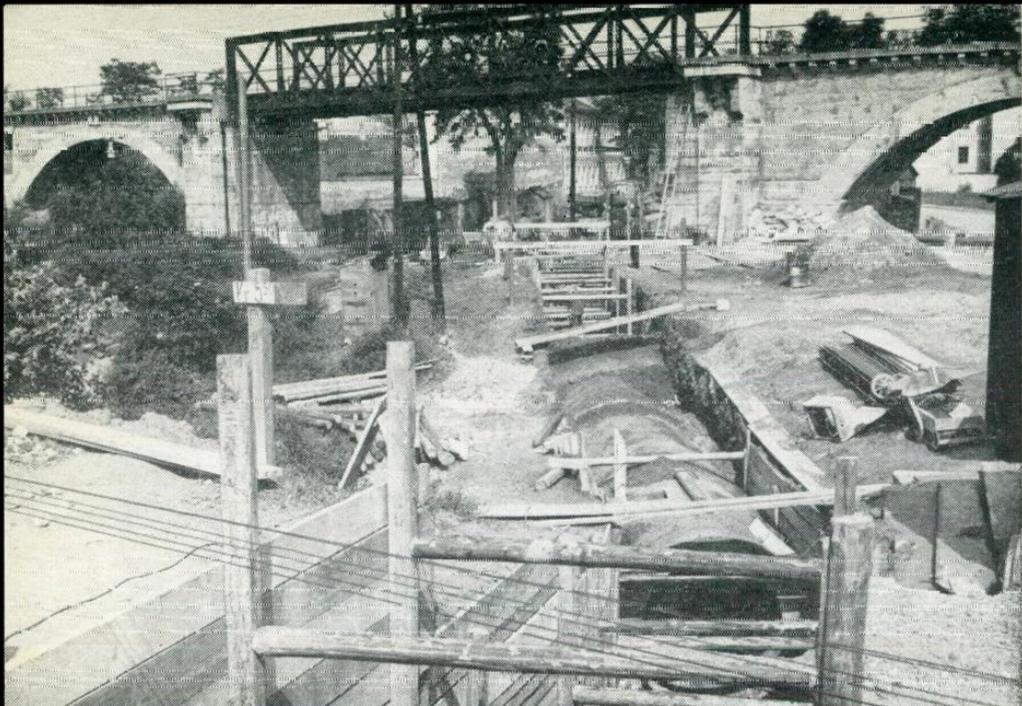
Die im Vorjahr begonnene Verlegung eines Verbindungsrohrstranges zwischen dem Behälter Lainz und dem Behälter der Triestingtaler Wasserleitung in Mauer wurde im Jahre 1956 vollendet. Dadurch ist es nun möglich, den Triestingtaler Behälter auch mit Hochquellenwasser aus dem Lainzer Behälter zu füllen. Im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Süd- und Ostbahnhofes und wegen des Baues der Schnellbahn wurde der Wiedner Gürtel zwischen Mommsengasse und Prinz Eugen-Straße, ein Teil dieser Straße von der Weyringergasse bis zum Gürtel sowie ein Teil der Arsenalstraße der Höhe und Fläche nach umgestaltet, so daß die dort eingebetteten Wasserleitungsrohrstränge aufgelassen und an einer geeigneten Stelle neu verlegt werden mußten. Zunächst wurde ein Rohrstrang auf dem Wiedner Gürtel, der teilweise in der künftigen Schnellbahntrasse liegt, am stadtseitigen Gehsteigrand in einer Länge von 180 m neu verlegt.

Die Arsenalstraße war von drei Rohrsträngen durchzogen. Durch die Absenkung des Niveaus bis auf 1,7 m verloren diese die vorgeschriebene Überdeckung von 1,5 m und mußten daher totgelegt werden. Als Ersatz wurden am parkseitigen Gehsteigrand zwei Rohrstränge neu verlegt. Da das Niveau der oberen Prinz Eugen-Straße gehoben worden war und die Straßenbahnschienen in der verbreiterten Straße neu verlegt worden waren, mußten ebenfalls zwei Rohrstränge verlegt werden. Insgesamt wurden auf der Strecke Arsenalstraße—Prinz Eugen-Straße 350 m Wasserleitungsrohre verlegt. Die geplante Umgestaltung des Südtiroler Platzes durch eine Unterführung der Fahrbahn und Straßenbahn längs des Gürtels, die Errichtung einer unterirdischen Straßenbahnhaltestelle und verschiedener Passantentunnels erforderte die Um- und Neuleitung des Rohrnetzes im Bereiche der Kreuzung Gürtel—Favoritenstraße in einer Länge von 355 m. Ebenso mußten die den Südtiroler Platz kreuzenden, in der Favoritenstraße stadtauswärts führenden



**Die Großbaustelle des neuen Wasserspeichers in Neusiedl am Steinfeld
Bessere Wasserversorgung für Wien...
Die Drucksteigerungsanlage der städtischen Wasserwerke am Wienerberg**

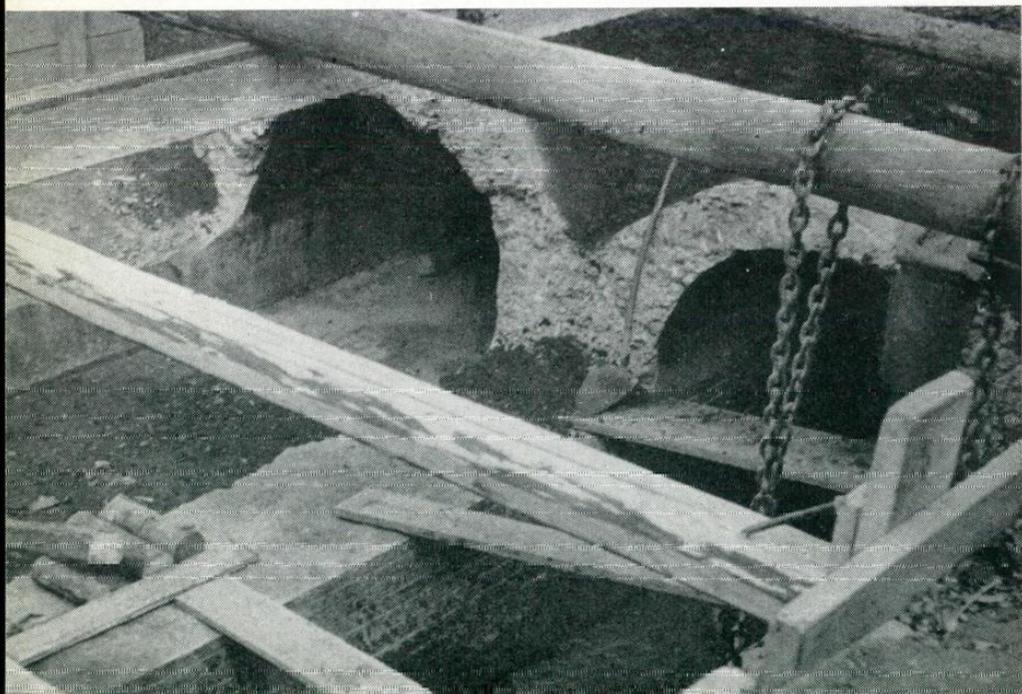




Leopoldauer Sammelkanal, Kreuzung der Transitbahn zum Gaswerk Leopoldau

Neue Bauvorhaben im unterirdischen Wien...

Die Vereinigungskammer Krausegasse, Simmering, wurde umgebaut



Rohrstränge in einem 10 m unter dem Niveau liegenden Rohrtunnel verlegt werden. Drei je 90 m lange Rohrstränge zwischen der Seitenfahrbahn des Gürtels und der Schelleingasse wurden ebenfalls aufgelassen und neu verlegt.

Außerdem wurden noch öffentliche Rohrstränge, die sich in schlechtem Zustand befanden oder die wegen ihres geringen Durchmessers die Ursache unbefriedigender Druckverhältnisse waren, in einer Länge von 13 km ausgewechselt.

Schließlich mußten an öffentlichen Rohrsträngen in 850 Fällen Gebrechen behoben werden.

Von der eingeleiteten Wassermenge wurden abgegeben:

	Kubikmeter
an auswärtige Abnehmer und an die Baustelle Neusiedl	4,984.900
an den Stausee in Untertullnerbach	100.500
an den Wasserleitungsverband der Triestingalgemeinden	493.400
an das Wiener Rohrnetz (Hochquellen- und Nutzwasserleitungsnetz)	137,173.800
an die Gemeinden der beiden Außenstrecken	2,176.500
Die Behälterüberfälle in Wien betragen 281.500 m ³ .	

WASSERVERBRAUCH

Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug im Jahre 1956 374.800 m³. Das Tagesmaximum von 471.500 m³ wurde am 10. Juli 1956, das Tagesminimum von 283.900 m³ am 26. Dezember 1956 gemessen. Zur Entkeimung des zum Verbrauch gelangten Wassers wurden insgesamt 32.452 kg Chlor verwendet; dies entspricht einer durchschnittlichen Beimengung von 0,24 Milligramm je Liter Wasser.

Für neue Wasserabnehmer wurden 1.680 Hausanschlußleitungen in der Gesamtlänge von 14,7 km hergestellt. Für Wasserleitungsanlagen wurden 6.215 Prüfungen neuer oder erweiterter Inneninstallationen vorgenommen. An den Abzweigungen (Hausanschlüssen) wurden 3.508 Gebrechen behoben. Für den Hausinstallationskataster wurden 984 Anlagen mit 8.856 Zapfstellen aufgenommen und hiebei 621 Schadensstellen festgestellt.

Im Jahre 1956 wurden 5.100 neue Wasserzähler angeschafft. Damit wurde der Zählerbestand seit 1949 um rund 70 Prozent erneuert. Wegen Stillstands oder Langlaufs wurden 20.000 Wasserzähler ausgebaut und durch neue oder reparierte ersetzt. In der eigenen Werkstätte wurden 16.350 Wasserzähler und durch Firmen 1.000 repariert und nachgeeicht.

STÄDTISCHE BÄDER

ÖFFENTLICHE STÄDTISCHE BÄDER

Nach dem im Vorjahre fertiggestellten Wiederaufbau des *Theresien-Warmbades* wurde am 11. August 1956 das zu diesem Bau gehörige modernisierte Sommerbad eröffnet. Der Zugang erfolgt durch die Halle des Warmbades. Architektonisch gliedert sich der Bau in die beiden an das Warmbad angrenzenden Umkleidetrakte, die das Schwimmbecken an der West- und Ostseite begrenzen. Im Garten befindet sich ein Kinderschwimmbecken, ein Büfett und ein Lagerschuppen. Die Umkleidetrakte bestehen aus einem Stahlbetonskelett, das mit Glaswänden und Füllmauern verkleidet ist. Das große Schwimmbecken ruht ebenfalls auf einem Stahlbetonrahmen, ist unterirdisch von allen Seiten zugänglich und bietet die Möglichkeit eines Hallenzubaus. Die Räume für die Käschen sind im Erdgeschoß untergebracht; in den Seitentrakten enthält das Bad Wandelgänge, Kalt- und Warmduschen, Fußwasch- und Toiletteanlagen

sowie Räume für das Aufsichtspersonal. Die Umkleidekabinen sind in den Obergeschossen untergebracht. Das große Sportschwimmbecken ist $33\frac{1}{3}$ m lang und 13 m breit, das Ausmaß des Kinderschwimmbeckens beträgt 10×5 m. Die Fußbodenkonstruktion der Terrasse und das große Badebecken wurden so gestaltet, daß sie bei einem späteren Hallenzubau leicht für die Installation einer Fußbodenheizung geändert werden können. Die Fußböden sind in den Brauseanlagen und Toiletten mit einem Plastikbelag versehen, in den Umkleidekabinen, Lager- und Nebenräumen bestehen sie aus Beton. Die gesamte Grundfläche des Sommerbades beträgt 11.600 m^2 , davon sind nur 2.120 m^2 verbaut, der übrige Teil ist Grünfläche. Eine besondere Attraktion des neugestalteten Sommerbades ist die Unterwasserbeleuchtung des großen Schwimmbeckens, die durch 20 Scheinwerfer besorgt wird. Den Badegästen steht eine 9.500 m^2 große Park- und Wiesenfläche mit Tischen, Bänken und Liegebrettern zur Verfügung. Das Bad faßt 3.500 Besucher, für die zusammen 1.570 Umkleidegelegenheiten vorgesehen sind, und zwar 156 Kabinen, 652 Kästchen für Frauen und 762 Kästchen für Männer. Die Baukosten betragen 7.540.000 Schilling.

In mehreren Sommer- und Warmbädern wurden größere Bauarbeiten, technische Verbesserungen und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Im *Sommerbad „Baumgarten“* wurde der Bau einer großen Brause- und einer sanitären Anlage fortgesetzt. Im *Strandbad „Alte Donau“* wurden im Zusammenhang mit Baggerungen im Bereich der Wasserfläche die Liegeflächen am Strand mit Humus bedeckt und besämt. Im *Angelbad* wurde ebenfalls durch Baggerungen Badeterrain gewonnen, planiert und mit Grassamen bestreut. Im *Kongreßbad* wurden größere Installationen an Brausen und Rohrleitungen sowie Anstricharbeiten an den Garderobehallen verrichtet. Im *Jörgerbad* wurden Instandsetzungen an einer Kesselgruppe, am Rauchfang und an der Kohlenförderungsanlage durchgeführt. Im *Thaliabad* wurde ein Teil der Kesselanlage durch einen Flammrohrkessel mit Treibelfeuerung ersetzt; die zweite Kesselgruppe wurde generalrepariert. Außerdem wurde eine Klimaanlage für die Brausebäder I. Klasse und die Wannebäder eingebaut. Im *Liesinger Bad* wurde der Eingang zum Sommerbad sowie ein Teil der Fußbodenflächen um das Schwimmbecken wiederhergestellt. Außerdem wurde die Badeanlage an das neue Kanalnetz angeschlossen. Im *Amalienbad* wurde mit der Erneuerung der Wannabadabteilungen begonnen.

In den *Kinderfreibädern* wurden folgende größere Arbeiten vorgenommen: Auf dem Franz Josefs-Kai und in der Raxstraße wurden die Garderoberräume und die Gitter instandgesetzt und gestrichen; auf dem Margaretengürtel und auf dem Lorenz Bayer-Platz wurden die Planschbecken und die Fußböden erneuert. Das Kinderfreibad in Stammersdorf wurde an einen neu hergestellten Straßenkanal durch einen längeren Kanalstrang angeschlossen. Das neu erbaute Kinderfreibad mit einem angrenzenden Jugendsportplatz in Rodaun, XXIII., Ambrosweg, wurde am 25. August 1956 eröffnet. Es hat ein teichartiges Planschbecken mit einer Wasserfläche von rund 400 m^2 . Etwa ein Drittel des Schwimmbeckens hat eine Wassertiefe von 0,70 bis 1,20 m und ist für schwimmkundige Kinder bestimmt. Das Umkleidegebäude wurde in Ziegelmauerwerk auf Betonfundamenten errichtet. Im Dachraum befindet sich ein Wasserbehälter für die Vorwärmung des Brausewassers. Die Garderoben reichen für 400 Kinder. Das Badewasser wird zur Reinigung über ein Quarzsandfilter geleitet und dann mit Natrium-Hyperchlorid entkeimt. Die Gesamtfläche des Rodauner Kinderfreibades, das 700.000 S gekostet hat, beträgt 1.185 m^2 . Der angrenzende Jugendsportplatz befindet sich auf dem angeschütteten Gelände zwischen dem regulierten Liesingbach und dem Ambrosweg und hat ein Ausmaß von rund 10.000 m^2 . Das Garderobenhaus der Sportanlage besteht aus vier Umkleide-

räumen mit mehreren Kopf- und Fußbrausen für Kalt- und Warmwasser und den sanitären Anlagen. Die Gesamtkosten der Anlage betragen 845.000 S.

Die Fassaden der *Volksbäder*, III., Apostelgasse 18, IX., Wiesengasse 17, XII., Ratschkygasse 26, und XI., Geiselbergstraße 54, wurden erneuert; im Volksbad, VIII., Florianigasse 24, wurden die Lichthoffassaden renoviert. Im Volksbad, V., Einsiedlerplatz 18, und im Volksbad, XX., Treustraße 60, wurden für die Einzelbrausebäder Klimaanlage eingebaut und die Räume instandgesetzt. In den Volksbädern, VII., Hermannsgasse 28, und XVII., Gschwandtnergasse 62, wurden Umschaltarbeiten von Gleich- auf Wechselstrom und Instandsetzungen in sämtlichen Räumen durchgeführt. In den Volksbädern, II., Vereinsgasse 31, und XIV., Hütteldorfer Straße 136, wurden die Umkleideräume der Brausebäder II. Klasse mit Klinkerpflaster versehen.

Im Sommer 1956 war das Wetter zumeist vom Wochenanfang bis zur Wochenmitte sehr schön, wogegen zum Wochenende Schlechtwetter eintrat. Trotz der für die Badesaison 1956 ungünstigen Wetterverhältnisse wurden in den Sommerbädern, insbesondere aber in den Kinderfreibädern, mehr Besucher gezählt als im Vorjahr. Die *Schwimmbhallen* wiesen in den Wintermonaten einen sehr schwachen Besuch auf, so daß ein Rückgang von 7.251 Besuchern zu verzeichnen war. Die Erhöhung der Zahl der Dampf- und Wannenbadbesucher ist auf die gute Frequenz des Theresienbades zurückzuführen. In der Kuranstalt des Amalienbades wurden gegenüber 1955 um 1.052 Patienten mehr behandelt. Die Besucherzahl der Schwefelwannenbäder des Theresienbades war um 24.340 höher als im Vorjahr. Der Besuch der Brausebäder, insbesondere der gemeinsamen Brausebäder, war gegenüber dem Vorjahre bedeutend schwächer. Dies ist auf einen Besucherrückgang in den strengen Wintermonaten, zum größten Teil aber auf den Einbau von Badenischen in den Wohnungen und auf die in den Betrieben zur Verfügung stehenden Brausebäder zurückzuführen.

BÄDER IN DEN STÄDTISCHEN WOHNHAUSANLAGEN

Im Jahre 1956 kamen zu den bestehenden Hausbadeanlagen 2 neue hinzu, die sich in den Wohnhausneubauten, XXI., Scottgasse 6 (Siemensstraße), mit 12 Brausebädern und XXIII., Inzersdorf, Triester Straße 19 a, mit 4 Brausebädern befinden. Außerdem befindet sich in der städtischen Wohnsiedlung, XI., Weißenböckstraße 1—3, eine Badeanlage mit 3 Brause- und 2 Wannenkabinen. Infolge Übergabe der Verwaltung des Hauses, Perchtoldsdorf, Dr. Natzlergasse 16—18, an die niederösterreichische Gemeinde Perchtoldsdorf, war der Abgang einer Hausbadeanlage mit 4 Brausekabinen zu verzeichnen. Außerdem wurde das städtische Hausbad, XVII., Hernalser Hauptstraße 190—192, wegen zu geringer Inanspruchnahme außer Betrieb gesetzt.

In städtischen Wohnhausbadeanlagen wurden im Jahre 1956 insgesamt 72 Brausenischen eingebaut; außerdem wurden 18 Badewannen, 3 Gasautomaten und 3 Badeheizkessel angeschafft.

Die Zahl der in städtischen Wohnhäusern eingerichteten zentralen *Wohnhausbadeanlagen* betrug zum Jahresende 81. Davon standen durchschnittlich 77 Badeanlagen mit zusammen 320 Wannen und 593 Brausen in Betrieb. Insgesamt wurden im Jahre 1956 91.471 Wannen- und 390.460 Brausebäder in Anspruch genommen, zusammen also 481.931 Einzelbäder.

WÄSCHEREIEN

Die *städtische Zentralwäscherei*, die vorwiegend die Wäschereinigung für die städtischen Spitäler, Wohlfahrtsanstalten, Kindergärten, Ämter und Betriebe besorgt, hatte im Jahre 1956 mit 5,119.485 kg Reinwäsche eine neuerliche

Leistungssteigerung um 109.489 kg gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen. 4.951.669 kg Wäsche wurden von betriebseigenen Lastkraftwagen abgeholt und nach der Reinigung wieder zugestellt.

Für die Wäschereiarbeiten standen 50 Einweichgrände, 33 Waschmaschinen, 14 Wäschezentrifugen, 3 Mehrmuldenmangeln, 1 Einmuldenmangel, 1 Zweizylindermangel, 6 Dampfkalander, 1 Aufbeutelmaschine, 4 Tumbler, 14 Bügelpressen, 3 Bügelmaschinen, 1 Kettentrockenapparat, 1 Kulissentrockenanlage, 2 Trockenböden und 1 Wasserenthärtungsanlage zur Verfügung. Die Dampferzeugung wurde von 3 Wasserrohrkesseln mit zusammen 482 m² Heizfläche besorgt. Der Antrieb der Maschinen erfolgte durch 109 Elektromotoren mit einer Leistung von 315 kW.

Zur Leistungssteigerung der Zentralwäscherei wurden im Jahre 1956 2 Großraumwaschmaschinen, 1 Hochleistungswäschezentrifuge, 1 Mehrmuldenmangel und 1 Karussellwäschepresse angeschafft. Außerdem wurden 2 Wasserrohrkessel auf Ölfeuerung umgebaut. Die hohe Beanspruchung des in zwei Schichten arbeitenden Wäschereibetriebes und die Überalterung eines großen Teiles der maschinellen Einrichtung machten zahlreiche Instandsetzungen notwendig, die überwiegend vom betriebseigenen Personal durchgeführt wurden. An baulichen Arbeiten sei die Herstellung eines Asphaltbelages für einen Teil des Betriebshofes erwähnt. Für die Wäschelieferung wurde ein 4-t-Diesel-Lastkraftwagen erworben.

Die 34 maschinell eingerichteten *Wohnhauswäschereien* waren im Jahre 1956 größtenteils in Vollbetrieb. Die Wohnhauswäschereien, XII., Haydnhof, und XX., Wehlistraße 84, wurden wegen umfangreicher baulicher Instandsetzungen vorübergehend außer Betrieb gesetzt. Die Mieter dieser Wohnhausanlagen konnten während dieser Zeit die Zentralwaschküchen der in der Nähe gelegenen städtischen Wohnhausanlagen benützen.

Die Wohnhauswäschereien wurden im Jahre 1956 von 219.832 Wohnparteien an 8.335 Betriebstagen benützt.

Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Erhöhung der Betriebssicherheit wurden in den Wohnhauswäschereien XXI., Schlingerhof, sowie XII., Fuchsenfeldhof, die Dampfkesselanlagen auf Ölfeuerung umgebaut. In der Wohnhauswäscherei XVI., Sandleiten, Block I, wurde eine Bügelmaschine aufgestellt. Für die Wohnhauswäscherei V., Metzleinstalerhof, wurde eine Wäschezentrifuge angeschafft; die Wohnhauswäscherei XX., Wehlistraße 84, erhielt zwei Trockenmaschinen. In der Wohnhauswäscherei XXI., Wagramer Straße 97, wurde eine Trockenmaschine aufgestellt und eine Entnebelungsanlage eingerichtet. Außerdem wurden Waschmaschinengetriebe für die Wohnhauswäschereien V., Metzleinstalerhof, X., Neireichgasse 105, XX., Wehlistraße 84, sowie XXI., Schlingerhof, beschafft.

Die Einrichtung der maschinellen Waschanlagen bestand im Jahre 1956 aus 876 Waschständen mit je 1 Wäschekochkessel, Wasch- und Spültrog, aus 290 Waschmaschinen, 210 Wäschezentrifugen, 1.014 Trockenkulissen, 3 Wäschetrockenmaschinen, 49 Bügelmaschinen, 53 Handmangeln, 26 elektrischen Mangeln und 424 Handbügelständen.

Zur Deckung der Betriebskosten der Wohnhauswäschereien wurden wie bisher von sämtlichen Mietern städtischer Wohnhäuser mit maschinellen Zentralwaschküchen Beiträge eingehoben, und zwar in Wäschereien mit Bügel-einrichtung pro Monat und Quadratmeter Wohnraum 45 Groschen, in Wäschereien ohne Bügel-einrichtung 43 Groschen. Überdies wurden für die stundenweise Benützung der Wohnhauswäschereien, Blockkarten zum Preise von 3.50 S pro Stunde ausgegeben.

KANALISATIONSWESEN

Das am 5. Jänner 1956 in Kraft getretene Gesetz vom 21. Oktober 1955, LGBl. für Wien Nr. 22/1955, über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren staffelt die Einmündungsgebühren nach Bauklassen so, daß ihre Höhe dem Wert des anzuschließenden Objektes besser entspricht. Der Gebarungserfolg des Jahres 1956 läßt schließen, daß der Zweck dieses neuen Gesetzes erreicht sein dürfte.

KANALNEUBAUTEN, KANALUMBAUTEN

Mit der Fertigstellung des letzten Bauloses Siemensstraße—Ruthnergasse des Leopoldauer Sammelkanals wurde die Kanalisierung der Bezirke Floridsdorf und Donaustadt beendet. Die Kanalisierungsarbeiten in diesem Teil von Wien gehen schon auf das Jahr 1914 zurück, mußten jedoch einige Jahre später nach der Herstellung von vier nicht zusammenhängenden Teilstrecken mit rund 2,4 km Länge eingestellt werden. Da damals die schwierigeren Bauteile, wie das Pumpwerk mit Kreuzung des Hochwasserschutzdammes und des Mühlwassers nicht hergestellt wurden, blieb der Kanal unbenützt. Als nach dem zweiten Weltkriege auch in diesem Gebiet eine umfangreiche Wohnbautätigkeit der Gemeinde einsetzte, war eine großzügige Kanalisierung des 21. und 22. Bezirkes unerlässlich geworden. Im Jahre 1950 wurde mit den Arbeiten begonnen und im Jahre 1953 mit der Inbetriebnahme des Pumpwerkes Schirlinggrund eine bedeutsame Etappe dieses Bauwerkes vollendet. Zum Abscheiden von Stoffen, die den Pumpbetrieb am Schirlinggrund stören könnten, ist eine Kläranlage vorhanden, in der 55 bis 75 Prozent der absetzbaren Stoffe in einer Klärzeit von 5 bis 11 Minuten zurückgehalten werden. Der Kanal wird in Form einer Brücke, die auch dem Straßenverkehr dient, über das Mühlwasser geführt und gewährleistet somit einen störungsfreien Betrieb. Das Gefälle des Kanales beträgt 4 cm auf 100 Meter, sein Einzugsgebiet ist rund 1.500 Hektar groß. Durch die Viktor Kaplan-Straße führt ein Entlastungskanal zum Donaufelder Sammelkanal. Der Leopoldauer Sammelkanal ist 11.315 m lang. Für die Bauarbeiten wurden 650 Waggons Zement, 8.000 Waggons Schotter, 11 Waggons Stahl, 65 Waggons Mauerziegel und 250 Waggons Klinkerziegel verwendet. Der Gesamtkostenaufwand betrug 33 Millionen Schilling. Die feierliche Schlußsteinlegung dieses Bauwerkes, an dem mit Unterbrechung 40 Jahre gearbeitet wurde, nahm Bürgermeister Jonas am 14. September 1956 vor.

Die übrigen im Jahre 1956 durchgeführten Kanalneu- und -umbauten umfassen folgende Arbeiten:

V., Grünwaldgasse: 25 m Steinzeugrohrleitung (Verlängerung).

VII., Lindengasse: 70 m Betonkanal.

VIII., Zeltgasse: 16 m Steinzeugrohrleitung.

X., Theodor Sickel-Gasse—Laaer Straße—Oppenheimgasse: 349 m Betonkanal im Mischsystem; Migerkastraße: 91 m Steinzeugrohrleitung; Wirerstraße: 45 m Betonkanal; Wohnsiedlung Wienerfeld-West der Gemeinnützigen Kleingarten-Siedlungs-Genossenschaft Altmannsdorf-Hetzendorf, Gasse 7: 153 m Beton- und Steinzeugrohrkanal, Gasse 4: 106 m Beton- und Steinzeugrohrkanal, Gasse 10: 245 m Beton- und Steinzeugrohrkanal, Platz C: 78 m Beton- und Steinzeugrohrkanal, Gasse 3: 98 m Beton- und Steinzeugrohrkanal.

XI., Hugogasse: 55 m Betonkanal; Fabiganstraße: 115 m Betonkanal und 84 m Steinzeugrohrkanal; Unterfeldgasse: 115 m Steinzeugrohrkanal; Brehmstraße: 57 m Betonkanal.

XII., Kundratstraße und Karplusgasse: 306 m Betonkanal; Fraungruber-

gasse, Weißenthurngasse und Hohenfelsplatz: 299 m Betonkanal; Laskegasse: 239 m Steinzeugrohrkanal (Verlegung).

XIII., Straßenmischwasserkanäle wurden gebaut: Hagenberggasse: 168 m Steinzeugrohrkanal; Schrutkagasse, Käthe Leichter-Gasse, Turgenewgasse, Rossiniggasse: 112 m Betonkanal, 119 m, 45 m und 40 m Steinzeugrohrkanal; Gemeindeberggasse: 230 m Betonkanal; Hofwiesengasse: 78 m Steinzeugrohrkanal; Weinbergerplatz, Brammergasse und Overbeckgasse: 201 m, 35 m und 69 m Steinzeugrohrkanal, zur Behebung sanitärer Übelstände, da das hohe Grundwasser die vorhandenen Sickergruben unwirksam machten; Geylinggasse: 71 m Steinzeugrohrkanal; Wlassakstraße: 200 m Betonkanal; Hermesstraße: 264 m Steinzeugrohrkanal; Leitenwaldplatz und Hochmaisgasse: 158 m Steinzeugrohrkanal; Mantlergasse: 26 m Steinzeugrohrkanal.

XIV., Tinterstrasse: 195 m Steinzeugrohrkanal; Verlängerte Tinterstraße: 79 m Betonkanal; Gusenleithnergasse, Hernstorferstraße und Heinrich Collinstraße zusammen 270 m Beton- und Steinzeugrohrkanal; Hadersdorf-Weidlingau: 530 m Betonkanal (Verlängerung des linken Wienfluß-Sammelkanals).

XVI., Zwinzstraße: 175 m Betonkanal; Schrekergergasse: 222 m Steinzeugrohrkanal; Lewinskygasse und Sonnenthalgasse: 169 m Betonkanal.

XVIII., Trepperweg: 154 m Steinzeugrohrkanal; Verlängerte Gersthofer Straße und Wielemansgasse: 111 m und 102 m Betonkanal; Gregor Mendelstraße: 72 m Steinzeugrohrkanal mit 35 cm Durchmesser und 53 m mit 30 cm Durchmesser.

XIX., Verlängerte Eisenbahnstraße: 215 m Betonkanal; Verlängerte Chimanistraße: 158 m Steinzeugrohrkanal; Brechergasse: 235 m Betonkanal; An den langen Lüssen: 32 m Betonkanal.

XX., Verlängerte Pappenheimgasse: 64 m Betonkanal; Vorgartenstraße: 10 m Betonkanal; Adalbert Stifter-Straße 109 m, Dietmayrgasse 140 m und Unbenannte Gasse 55 m und 280 m Beton-Hauskanal.

XXI., Unbenannte Gasse und Schöpflleuthnergasse: 60 m Betonkanal; Rußbergstraße: 200 m Betonkanal.

XXII., Siedlung Neustraßacker, Reclamgasse, Anemonenweg und Hortensienweg: insgesamt 321 m Betonkanal; Freihofsiedlung, Polletstraße und Steigenteschgasse: 289 m und 235 m Betonkanal; Verlängerte Schiffmühlensstraße: 100 m Betonkanal.

XXIII., Atzgersdorf, Steingasse: 52 m und 70 m Kanal im Trennsystem (Fertigstellung); Loosgasse: 305 m Steinzeugrohre (Schmutzwasserkanal); Chromygasse: 74 m Steinzeugrohrleitung (Schmutzwasserkanal); Fischinger-gasse: 125 m Betonkanal (Regenwasserkanal) und 45 m Kanal nach dem Trennsystem. — Erlaa, Anton Baumgartner-Straße: 68 m Betonkanal (Schmutzwasserkanal). — Inzersdorf, Schwarzenhaidestraße: 365 m Kanal nach dem Trennsystem; Don Bosco-Gasse: 172 m Kanal nach dem Trennsystem. — Liesing, Seybelgasse: 583 m Betonkanal; Verlängerung des rechten Liesingtal-sammelkanals; Perchtoldsdorfer Straße: 143 m Trennprofilkanal. — Mauer, Lange Gasse: Einwölbung des Knotenbaches mit 229 m Trennprofilkanal; Mariengasse: 252 m, Friedensstraße: 468 m, Johann Hörbiger-Gasse: 103 m, Unbenannte Gasse: 273 m, Geßlgasse: 141 m, Ölzeltgasse: 15 m, Mittelgasse: 100 m Straßenkanal nach dem Trennsystem; Johann Teufel-Gasse: 167 m Trennprofilkanal; Kaisersteiggasse: 70 m Trennprofilkanal; Hauptstraße und Hauptplatz: 320 m Trennprofilkanal (Lindgrabeneinwölbung). — Rodaun, Kerngasse: 325 m Steinzeugrohrkanal nach dem Trennsystem (Fertigstellung); Kaiser Franz Josef-Straße und Elisenstraße: 250 m nach verschiedenen Systemen. — Siebenhirten, Bernhard Billes-Gasse: 106 m Steinzeugrohrleitung (Schmutzwasserkanal); Karl Tornay-Gasse: 70 m Trennprofilkanal, 24 m Stein-

zeugrohrleitung (Schmutzwasserkanal); Anton Freunschlag-Gasse: 49 m Betonkanal (Regenwasserkanal).

Kanalbauten:

I., Goldschmiedgasse: 19 m Kanal (Umbau); Kärntner Ring: Auswechslung von 70 m schadhafter Sohle im linken Wienfluß-Sammelkanal.

II., Rauscherstraße und Nordwestbahnstraße: 429 m Ziegelkanal; Stoffelgasse: 137 m Ziegelkanal, in Betonkanal.

III., Kleistgasse: 250 m Steinzeugsohlenschalen und Wandplatten verlegt und Verputzschäden behoben; Leberstraße: 170 m Betonkanal instandgesetzt; Stubenbrücke: 7 m Betonkanal zur fallweisen Ableitung des Wienflußniederrwassers in den rechten Hauptsammelkanal.

X., Reumannplatz und Neusetzgasse: 151 m Ziegelkanal in Betonkanal.

XI., Krausegasse—Dorfstraße: Verlängerung der Überfallkammer um 10 m, Umbau des Simmeringer Sammelkanals (15 m) und des Ziegelkanals in der Dorfstraße (22 m) in einen Betonkanal, diese mit einem Bogen achsial an das 2. Gerinne der Überfallkammer angeschlossen.

XIV., Reingasse: 115 m Betonkanal; Linzer Straße und Matznergasse: 276 m und 110 m Ziegelkanal in Betonkanal.

XV., Zwölfergasse: 32 m Betonkanal (Umbau).

XVII., Hernalser Hauptstraße: Umbau des Helblingkanals zur Kanalisierung der Häuser Nr. 40—52 in eine Steinzeugrohrleitung (15 m fertiggestellt).

XVIII., Weinhauser Gasse, Währinger Straße und Gersthofer Straße: 46 m Betonkanal (Fertigstellung).

XIX., Hameastraße: 69 m Betonkanal an Stelle des durch Grundwässer zerstörten Straßenmischwasserkanals; Sommergasse—Schegargasse: 64 m Ziegelkanal in Betonkanal (Fertigstellung).

XXI., Böhmgasse und Floridusgasse: Umbau von 88 m und 171 m schadhafte Straßenmischwasserkanals.

XXII., Umbau des Donaufelder Sammelkanals, bestehend aus einem 153 m langen Betonkanal, einem Rechenbauwerk und einer Zerkleinerungsmaschine (1. Baulos).

XXIII., Inzersdorf, Sobotagasse: 249 m Betonkanal (Regenwasserkanal) umgebaut; Neilreichgasse (Franzengasse) und Draschestraße: 76 m Steinzeugrohrleitung (Schmutzwasserleitung), 158 m Betonkanal (Regenwasserleitung) und 233 m Betonrohrleitung an Stelle der knapp unter der Straßendecke liegenden Regenwasserkanäle.

Die im Jahre 1956 errichteten Kanalbauten umfassen:

	Neubauten	Umbauten
	Meter	
Betonkanäle im Mischsystem	6.292	1.710
Rohrkanäle im Mischsystem	2.559	15
Schmutzwasserkanäle im Trennsystem	494	76
Regenwasserkanäle im Trennsystem	681	640
Trennprofilkanäle im Trennsystem	3.874	—
Liesingtalsammelkanäle	1.077	—
Zusammen ...	14.977	2.441

In den Kanälen wird durch das fließende Wasser, das immer Sand und Schotter mit sich führt, die Sohle ausgescheuert; außerdem entstehen auch Schäden an den Wänden und Gewölben, so daß ständig Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten erforderlich sind. Im Jahre 1956 wurden von 8 Baufirmen auf 882 Baustellen Sohlen- und Verputzinstandsetzungen in der Gesamtlänge

von 1.685 m durchgeführt. Über die größeren Arbeiten dieser Art wird nachstehend berichtet:

X., Herzgasse und Hausergasse: je 250 m Betonkanal Sohlenvertiefungen mit PCI-Mörtel ausgefüllt und Verputzschäden behoben; Buchengasse—Muhrengasse: 151 m Steinzeugsohlenschalen verlegt.

XI., Lorystraße: 80 m schadhafte Sohle des Ziegelkanals gegen Steinzeugsohlenschalen ausgewechselt.

XIV., Breitenseer Straße: 290 m Betonkanal mit Steinzeugsohlenschalen und Wandplatten ausgekleidet.

XXI., Anton Störk-Gasse: 236 m Betonsohlenschalen verlegt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 4, Seite 448.)

KANALRÄUMUNG UND UNRATSABFUHR

Im Jahre 1956 wurden aus den Kanälen 5.366 m³ Sand, Schotter, Asche u. dgl. ausgehoben und abgeführt. Dies entspricht einem Tagesdurchschnitt von 17,9 m³; davon entfallen 12,4 m³ auf Aushub aus den Haussammelkanälen. Hauskanalverstopfungen wurden in 18.140 Fällen behoben. Für die Spülung der Kanäle wurden mit Hilfe von Spülkammern im alten Stadtgebiet 55.635 m³ Wasser verwendet; davon wurden 12.409 m³ aus der Triestingtaler Wasserleitung und 43.226 m³ aus der Hochquellenleitung entnommen.

Das Spülbecken am Beginn der Einwölbung des Alserbaches in Neuwaldegg wurde 8mal, jenes des Lainzerbaches in Lainz und des Nesselbaches am Kobenzl je 11mal verwendet, wobei 54.000 m³ Bachwasser verbraucht wurden; davon entfallen auf das Spülbecken Kobenzl 15.400 m³, Lainz 6.600 m³ und Neuwaldegg 32.000 m³. Aus den Spülbecken Neuwaldegg und Kobenzl wurden 1.030 m³ abgelagerter Sand und Schotter ausgeräumt und abgeführt.

Besondere Räumungsarbeiten wurden im städtischen Altersheim St. Andrä a. d. Traisen, im Kinderheim Unterberndorf, im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien in Maria-Anzbach, in den Semperitwerken in Traiskirchen und in den Lagern für ungarische Flüchtlinge in Traiskirchen, Judenau und Burg Liechtenstein durchgeführt. Zur Reinigung von Rohrkanälen wurde eine Kanalwinde mit motorischem Antrieb angeschafft.

Von den noch bestehenden Senkgruben wurden 2.513 nach den Bestimmungen für mietaufwandsteuerpflichtige Häuser und 10.138 gegen Vergütung der Selbstkosten vom städtischen Kanalisationsbetrieb geräumt. Für einen Fäkalienwagen wurde eine Rotationsluftpumpe angeschafft.

Die Hochwasserschieber in den Sammelkanälen bei den Pumpwerken im 11., 21. und 22. Bezirk wurden in den Monaten März, Juli, August, September und Dezember wegen Donauhochwassers geschlossen, und zwar: Floridsdorf an 34 Tagen, Stadlau an 34 Tagen, Kaisermühlen an 24 Tagen, Kaiser-Ebersdorf an 35 Tagen und Schirlinggrund an 70 Tagen. Das Pumpwerk Floridsdorf stand an 34 Tagen 162 Stunden, das Pumpwerk Stadlau an 34 Tagen 166 Stunden, das Pumpwerk Kaisermühlen an 22 Tagen 50 Stunden, das Pumpwerk Kaiser-Ebersdorf an 22 Tagen 48 Stunden und das Pumpwerk Schirlinggrund an 69 Tagen 278 Stunden in Betrieb. Das Schmutzwasserpumpwerk, XXI., Ruthrengasse, wurde nach Fertigstellung des Leopoldauer Sammelkanals aufgelassen. Im Pumpwerk, XXI., Fännergasse, wurde die Sumpfpumpe gegen eine leistungsfähigere ausgetauscht.

Aus der Kläranlage Inzersdorf wurden 671 m³ Klärschlamm verkauft. Durch Einbau von Kondensatoren zur Kompensation des Blindstroms konnten in dieser Anlage die Stromkosten bedeutend gesenkt werden.

Bauliche Veränderungen wurden beim Betriebslokal, XIV., Hackinger Straße 3, durch Aufstellung eines Flugdaches und Errichtung eines Magazins



Ein neues Kinderfreibad auf dem Max Winter-Platz in der Leopoldstadt
Für die badefreudigen Wiener...
Sommerbassin im Theresienbad mit Unterwasserbeleuchtung





Das Amalienbad in Favoriten feiert sein 30jähriges Bestandsjubiläum

Badestadt Wien...

Mitglieder der Delegation des Obersten Sowjets bewundern das Strandbad Gänsehäufel



vorgenommen. Beim Pumpwerk Schirlinggrund wurden Schäden auf dem Dach der Maschinenhalle behoben.

Die Rattenbekämpfung in den Kanälen wurde unter Verwendung von Giftgaspatronen fortgesetzt.

Im Jahre 1956 waren 40 leichte Betriebsunfälle zu verzeichnen; ein schwerer Unfall mit 2 Todesopfern ereignete sich beim Kanalumbau, XIV., Reingasse, durch Explosion entzündlicher Gase im Kanal.

Im Jahre 1956 fanden 23 Führungen mit 470 Teilnehmern statt. 14 Führungen wurden unentgeltlich für Schüler sowie für ausländische Fachleute durchgeführt.

BEDÜRFNISANSTALTEN

Die Bedürfnisanstalten werden von der Magistratsabteilung — Stadtreinigung und Fuhrpark verwaltet. Im Jahre 1956 wurden auf Kosten der Gemeinde folgende neue Bedürfnisanstalten errichtet:

II., Praterstern, X., Reumannplatz, XI., Albern, XXI., Jedleseer Aupark.

Abgetragen wurden folgende Objekte:

I., Rathauspark, II., Heinestraße—Praterstern, IV., Ghegaplatz, X., Humboldtplatz, X., Reumannplatz, XII., Altmannsdorfer Straße, XVI., Schuhmeierplatz.

STÄDTISCHE GÄRTEN

Die Bestrebungen der Stadtverwaltung, neue Gartenflächen in das Stadtbild einzufügen, wurden im Jahre 1956 großzügig fortgesetzt. Damit wird ein beachtlicher Teil des nach Kriegsende aufgestellten städtebaulichen Programms verwirklicht. Hervorzuheben ist die gärtnerische Ausgestaltung am linken Ufer des Donaukanals zwischen Friedensbrücke und Augartenbrücke entlang der Brigittenauer Lände und des Wettsteinparks (1. Bauteil) sowie an der oberen und unteren Alten Donau, der freien Flächen am Kaiserwasser, des Pratersterns und der Flächen hinter der Kirche auf dem Kahlenberg. Außerdem wurden folgende Gartenanlagen umgestaltet: 2. Bezirk: Max Winter-Platz; 7. Bezirk: Weghuberpark; 12. Bezirk: Theresienbadpark; 13. Bezirk: Streckerpark; 20. Bezirk: Gaußplatz, 1. Bauteil. Die Umgestaltung der Grünanlagen auf dem Gürtel wurde fortgesetzt. Neu hergestellt wurde eine Gartenanlage auf dem ehemaligen Postsportplatz, XVII., Lidlgasse, 1. Bauabschnitt, und eine Grünanlage am Bruckhaufen, 2. Bauteil. Insgesamt wurden im Jahre 1956 23 neue Garten- und Grünanlagen mit einer Fläche von rund 130.400 m² hergestellt sowie 29 Gartenanlagen mit rund 85.000 m² Fläche umgestaltet und verbessert.

In öffentlichen Gartenanlagen wurden zehn Ballspielplätze errichtet; dazu kamen fünf Ballspielplätze in Wohnhausgartenanlagen. In acht öffentlichen Gartenanlagen wurden rund 32.000 m² Weg- und Spielplatzflächen neu hergerichtet und staubfrei gemacht. Auf mehreren Plätzen im Stadtgebiet wurden 52 Blumenschalen aufgestellt. Außerdem wurden 15 Baumpflanzungen mit 644 Bäumen geschaffen. Die Arbeiten zur Errichtung des neuen Reservegartens in Hirschstetten wurden fortgesetzt.

In den städtischen Gartenanlagen wurde die Zahl der Sitzgelegenheiten neuerlich vermehrt. Für den Rathauspark und Stadtpark wurde eine größere Anzahl von modernen Sesseln und Tischen angeschafft, die unentgeltlich benützt werden können; damit wird Parkbesuchern entgegengekommen, die nicht mit anderen eine Bank teilen wollen. Die „Sesselfrau“ und mit ihr die Sessel, die einer Privatfirma gehörten, sind aus den städtischen Anlagen verschwunden.

In den neu hergestellten und wiederinstandgesetzten Gartenanlagen wurden

rund 2.950 Nadelgehölze, 3.200 Laubbäume, 42.850 Sträucher, 32.700 Rosen, 75.400 Stauden (Perennen), 175.000 Sommerblumen und 20.000 Tulpen gepflanzt. Auf den Böschungen längs der Höhenstraße wurden 40.000 Wildrosen eingesetzt.

Im Rathauspark wurde in den beiden Springbrunnen eine Umlaufpumpe eingebaut, um den Betrieb auch bei Wassermangel in den Sommermonaten fortsetzen zu können.

Für die städtischen Wohnhausanlagen, Kindergärten und Schulen wurden umfangreiche gärtnerische Arbeiten durchgeführt. So wurden für die städtische Häuserverwaltung in 64 städtischen Wohnhausneubauten 156.600 m² Gartenfläche geschaffen und in 18 alten Gemeindebauten 32.300 m² Grünfläche instandgesetzt. Eben solche Arbeiten im Gesamtausmaß von 21.400 m² wurden in neun Schulgärten und in vier Kindergärten durchgeführt. Hinzu kommt noch die Herstellung von 17.900 m² sonstiger Grünflächen.

Der Wettbewerb „Wien im Blumenschmuck“ wurde auch im Jahre 1956 ausgeschrieben und von der Gemeinde mit 50.000 S dotiert. Durch einen lebenden Blumenschmuck vor den Fenstern und auf den Balkonen soll die Bevölkerung mithelfen, Wien zu einer blühenden und für alle Welt anziehenden Stadt zu machen.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 3, Seite 447.)

STÄDTISCHE FRIEDHÖFE

Zur Vereinfachung der Verwaltungs- und Verrechnungstätigkeit wurden vom Jahre 1956 an die Teilbetriebe I — Friedhöfe und II — Feuerhalle, die zur Hoheitsverwaltung gehören und kameral verrechnet werden, zu einer Einheit zusammengefaßt; die Betriebe III — Gärtnerei und IV — Steinmetzwerkstätte werden als gewerbliche Unternehmungen nach der doppelten Buchhaltung verrechnet.

Da die Zahl der Beerdigungen in gemeinsamen Gräbern ständig zurückgeht, steigt der Bedarf an Boden für eigene Gräber, woraus sich in einem größeren Zeitraum eine untragbare Bodenwirtschaft innerhalb des Stadtbereiches ergeben würde. Der Magistrat ist daher bestrebt, die Belegung der vorhandenen Flächen zu verdichten und die Wiederbelegungszeiträume zu verkürzen. So wurden die Ausmaße der Gräber verkleinert; die Anzahl der zulässigen Bestattungen wurde je Grab von drei auf vier erhöht, die Erneuerungsmöglichkeit eingeschränkt und die Vergebung von Gräbern auf Friedhofsdauer eingestellt. Dies führte zu einem Ansteigen der Beerdigungen in bestehenden Gräbern (1956: 61 Prozent) und in heimgefallenen Gräbern (1956: 26,2 Prozent), wogegen der Anteil der Beerdigungen in neue Gräber auf 12,1 Prozent zurückging. Der Bedarf an neuen Friedhofsflächen beträgt dennoch im Jahr rund 21.000 m². Durch die angeordneten Beschränkungen wurde erreicht, daß auf dem Zentralfriedhof der jährliche Bedarf an Grabstellen durch frei werdende Gräber für 7 bis 8 Jahre gedeckt werden kann. Damit wird nicht nur die Erschließung neuer Flächen erspart, sondern es werden auch die verwahrlosten Gräber nach und nach beseitigt. Allerdings wird die Ersparnis an Aufschließungskosten teilweise durch den Mehraufwand beim Abtragen unverwertbarer heimgefallener Grabsteine kompensiert; dies sind jährlich etwa 4.000 Gedenkzeichen, die einer Menge von rund 800 m³ Steinmaterial entsprechen. Um die Arbeit leichter bewältigen zu können, wurde eine Zugmaschine mit Anhänger gekauft, die fallweise auch für die Friedhofsreinigung und die Abfallbeseitigung verwendet wird.

Im Herbst 1956 wurden auf Grund eines Übereinkommens zwischen dem Bund und der Sowjetunion die im Weichbild der Stadt gelegenen russischen

Kriegsgräber im Volksgarten, auf dem Schwarzenbergplatz und auf dem Friedrich Engels-Platz aufgelassen und auf dem Zentralfriedhof neu errichtet. Das Ministerium für Inneres hat auf Grund einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes die Kosten für die in den Nachkriegsjahren durchgeführten Enterdigungen der provisorisch im Stadtgebiet beerdigten Toten und deren Wiederbestattung auf verschiedenen städtischen Friedhöfen bezahlt. Die Umgestaltung der Kriegergrabstätte aus dem ersten Weltkrieg im Zentralfriedhof wurde fortgesetzt. Bei verschiedenen Grabstellen der Opfergräberanlage aus den Jahren 1938 bis 1945, die im Jahre 1955 ausgestaltet worden ist, wurden auf Kosten der Gemeinde kleine Steinpulte mit Inschriften aufgestellt. Schließlich wurde die verwehrlose Grabstätte von Widerstandskämpfern und Kriegsoffizieren im Ottakringer Friedhof gemeinsam mit einem Kriegsopferverein ausgestaltet und dort ein Denkmal errichtet. Der neue Einäscherungssofen in der Feuerhalle wurde fertiggestellt und in Betrieb genommen. Zum Unterschied von den drei bestehenden Öfen, in denen die Verbrennungsgase durch Koksfeuerung erzeugt werden, wird der neue Ofen mit Stadtgas betrieben. Dadurch wird eine vollkommen reine und staubfreie Verbrennung ermöglicht.

Um Verkehrsschwierigkeiten an den Tagen der stärksten Besucherfrequenz im Zentralfriedhof zu vermeiden, wurde im Jahre 1956 erstmalig auch für den Muttertag und den 24. Dezember ein Einfahrverbot für Personenkraftwagen erlassen. Gleichzeitig wurde der Parkplatz gegenüber dem 2. Tor um 25.000 m² vergrößert.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 29, Seite 386.)

AUSGESTALTUNG UND INSTANDSETZUNG DER STÄDTISCHEN FRIEDHÖFE

Für den Zentralfriedhof wurde der 30.000 m² große Parkplatz vor dem 3. Tor reguliert und mit einem Asphaltbelag versehen. In der Aufbahrungshalle I wurde der Priesterraum vergrößert und das Erdgeschoß eines Betriebsgebäudes in der Gärtnerei zu Garagen umgebaut. Im linken Verwaltungsgebäude wurde mit der Modernisierung der Wohnungen begonnen. Die schadhafte Blecheindeckung der rechten Arkaden wurde erneuert und die Kriegsschadenbehebungen an der Aufbahrungshalle II, der Dr. Karl Lueger-Kirche und an den Anbauten beendet; außerdem wurde eine neue Glocke mit elektrischem Läutwerk installiert. An den Gärtnereibetrieben wurden kleinere Baugebrechen behoben und für den Gärtnereibetrieb 385 neue Mistbeetfenster hergestellt. Die Arbeiten für den Ausbau der Aufenthalts-, Garderobe- und Waschräume für die Bediensteten und die Herstellung neuer sanitärer Anlagen in der Feuerhalle wurden beendet.

Im *Simmeringer Friedhof* wurden Schäden an den Betriebsgebäuden behoben sowie 50 m Einfriedungsmauer instandgesetzt. Im *Meidlinger Friedhof* wurden 40 m Drahtfriedung instandgesetzt und Adaptierungsarbeiten an den Betriebsgebäuden durchgeführt. Im *Südwestfriedhof* wurde der Urnenhain um 400 m² vergrößert und gärtnerisch ausgestaltet sowie das Glashaus repariert; außerdem wurden moderne sanitäre Anlagen errichtet. Im *Hietzinger Friedhof* wurden die Stiegenanlagen abgetragen und Rampen errichtet, um die Zufahrt zu dem neuen Teil dieses Friedhofes zu ermöglichen. Im *Ottakringer Friedhof* wurde das Verwaltungsgebäude teilweise aufgestockt und adaptiert; außerdem wurden Instandsetzungsarbeiten am Wohngebäude sowie an den Glashäusern in der Gärtnerei vorgenommen. Im *Hernalser Friedhof* wurden Schäden an den Arkaden behoben und Adaptierungsarbeiten in der Beisetzkammer und in der Gärtnerei durchgeführt. In den *Friedhöfen in Döbling, Sievering, Grinzing und Inzersdorf* wurden die Aufbahrungshallen adaptiert, um Umkleieräume für Priester und Bestattungsträger einrichten zu können. Im *Kagranner*

Friedhof wurden durch Zubau zur Aufbahrungshalle Umkleieräume für Priester und Träger geschaffen. Im *Friedhof Oberlaa* wurde die Aufbahrungshalle erweitert, eine Beisetzkammer gebaut und ein Einsegnungsalter aufgestellt; für Priester und Träger wurden Umkleieräume geschaffen.

In 16 anderen Friedhöfen wurden kleinere Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Beschädigte Einfriedungen wurden auf 11 Friedhöfen mit einer Länge von zusammen 1.070 m repariert. Insgesamt wurden 1.480 m schadhafte Wasserleitungen instandgesetzt und zahlreiche Rohrbrüche behoben. Von den rund 1,200.000 m² umfassenden Straßen und Wegen wurden 16.670 m² erneuert und zum größten Teil mit Asphalt überzogen. Erd- und Planierungsarbeiten wurden auf einer Gesamtgrundfläche von 8.940 m² durchgeführt, um neue Grabstellen anlegen zu können. 9.800 Grabnummerntafeln und 5 Friedhofsglocken wurden nachgeschafft sowie 3 Friedhofskreuze instandgesetzt.

Neu hergestellt wurden auf verschiedenen Friedhöfen insgesamt 470 m Einfriedungen, 200 m Rohrkanäle, 330 m Wasserleitungen und 5.820 m² Straßen. Schließlich wurden 50 Gartenbänke und 22 gemauerte Abfallbehälter aufgestellt.

Die Grünanlagen wurden gepflegt und 7.370 m Hecken und 1.320 Bäume geschnitten. Neu gepflanzt wurden 1.160 m Hecken und 190 Bäume, 1,4 Millionen Quadratmeter Grün- und Beerdigungsflächen wurden zweimal während des Jahres gemäht. 81.290 m³ verdorrte Kränze und Blumen, Ausschmückungsabfälle und überschüssiges Erdmaterial wurden weggeführt.

STÄDTISCHE FRIEDHOFSGÄRTNEREI

Durch die Erweiterung der Friedhöfe und die Übertragung der gärtnerischen Gestaltung für einzelne Gräbergruppen ist die Arbeit der städtischen Friedhofsgärtnerei beachtlich angestiegen. Sie wird unter Leitung des neugeschaffenen Gartenreferats geleitet, das auch die Planungen und Gestaltungen festlegt. Auch die gärtnerische Gestaltung und Schmückung der Ehren-, Krieger- und Widmungsgräber wird nach neuzeitlichen Grundsätzen durchgeführt.

Die ständig steigenden Einnahmen des Gärtnereibetriebes, die im Jahre 1956 um 12,6 Prozent höher waren als im Vorjahr, ermöglichten, die Betriebsanlagen auszubauen und zu modernisieren. So wurden die Glashaus- und Mistbeetflächen vermehrt, selbsttätige Regenanlagen installiert, Säge-, Mäh- und Rodemaschinen motorisiert und Handfahrzeuge mit Gummibereifung versehen. Die Preise für die Schmückung und Pflege der Gräber konnten um 15 bis 20 Prozent unter denen der privaten Gärtner gehalten werden. Die Preise für Pflanzendekorationen sind ungefähr gleich geblieben.

STÄDTISCHE STEINMETZWERKSTÄTTE

Durch Organisationsänderungen konnte die Leistungsfähigkeit der städtischen Steinmetzwerkstätte gesteigert werden; dies wirkte sich in einer Erhöhung der Einnahmen um fast 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Die Erhöhung der Produktion von Grabsteinen, Einfassungen und sonstigen Grabausstattungsgegenständen wurde durch Anschaffung moderner Maschinen erzielt. Die Arbeitsvorgänge beim Abtragen heimgefallener Grabsteine sowie beim Öffnen und Schließen von Grabstellen, die mit Steindeckeln versehen sind, wurden vereinfacht. Die hierzu erforderliche große Steinsäge und Steinbearbeitungsmaschine wurde gründlich instandgesetzt und die veraltete Steinfräse durch eine moderne ersetzt. Außerdem wurde die Zufahrtstraße des 1. Lagerplatzes bis zum 2. Lagerplatz verlängert und gepflastert, wodurch Materialtransporte nun auch während einer Regenzeit möglich sind. Das Dach, die Fassade und die Fenster des Kanzleigebäudes wurden gründlich instandgesetzt.



Alles blüht im städtischen Reservegarten Vorgartenstraße

Frühling in Wien...

Das erste Bad der Stadtparkmenagerie im großen Teich





Vertreter der Presse besichtigen die wilden Siedlungen in der Umgebung der Stadt
Der Wienerwald muß erhalten bleiben...

Für die Aufforstung auf dem Laaer Berg wurde eine Berieselungsanlage installiert



Die knappe Kalkulation der Verkaufspreise hat den Absatz von Grabsteinen, Grabeinfassungen, Steindeckeln, Laternen, Jardinieren u. dgl. günstig beeinflußt und zum diesjährigen Erfolg wesentlich beigetragen. Um den weniger bemittelten Bevölkerungsschichten den Erwerb von Grabsteinen zu erleichtern, wurden heimgefallene, in den Besitz der Gemeinde übergegangene Grabgedenkmale erworben, umgearbeitet, renoviert und zu verbilligten Preisen abgegeben.

EHRENGRÄBER, WIDMUNGEN UND GRÄBERERHALTUNG

Als Ehrengräber auf dem Zentralfriedhof wurden die Gräber von Architekt Josef Hoffmann, Kunsthistoriker Dr. Alois Riegl und Burgtheaterdirektor Franz Dingelstedt in die Obhut der Stadt Wien genommen; auf dem Stammersdorfer Zentralfriedhof wurde das Grab des ehemaligen Bürgermeisters von Floridsdorf, Anton Anderer, auf dem Döblinger Friedhof das Grab des Universitätsprofessors Dr. Oswald Redlich, im Urnenhain der Feuerhalle die Nische des Nationalrates Dr. Wilhelm Ellenbogen in die Obhut der Gemeinde Wien genommen. Dem Bundesrat Franz Scholz wurde die Urnennische im Urnenhain auf Friedhofsdauer gewidmet.

STÄDTISCHE FORSTE

„Die Forste der Stadt Wien dienen der Wohlfahrt des Landes...“, dieses Leitmotiv, das an der Spitze der neuen Dienstvorschriften für das Stadtförstamt steht, ist der Grundsatz für die Bewirtschaftung der städtischen Wälder. Im Jahre 1956 war die Aufforstung des Laaer Berges die schwierigste Arbeit. Da der im Jahre 1953 vorgenommene Aufforstungsversuch nicht den erwarteten Erfolg gebracht hatte, wurde im Jahre 1956 eine neue Aufforstungsmethode angewendet, die sich außerordentlich bewährt hat. Bei dieser Aufforstung wurden rund 18.000 m³ Erde bewegt sowie fast 10 km Pflanzgräben ausgehoben und mit bakterienangereicherter Erde gefüllt. 44.650 Forstpflanzen, Roteiche, Pappel, Birke, Weißerle, Eschenahorn, Weißbuche, Spitzahorn, Silberahorn, Eberesche, Akazie, Schwarzkiefer und Chamaecyparis wurden angepflanzt. Um diese Forstkultur zu sichern und auch über Trockenperioden zu erhalten, wurde eine Bewässerungsanlage, die 25.000 Liter Wasser pro Stunde auf das Aufforstungsgelände bringt, errichtet. Das Wasser wird dem in der Nähe befindlichen Ziegelteich entnommen. Hierzu mußten über 1.000 m Rohre verlegt werden.

Der Holzerschlag in den Forstverwaltungen Mödling, Lainz und Lobau betrug 14.610 fm, davon entfielen auf Nutzholz 5.174 fm und auf Brennholz 9.436 fm. Der Erlös aus dem Holzverkauf betrug 3.257.264 S, d. i. um 440.178 S mehr als im Vorjahr.

Die Besucherzahl im Lainzer Tiergarten war um rund 30.000 Personen höher als im Jahre 1955. In der Besuchszeit, die vom 25. März bis 28. Oktober 1956 währte, waren 135.289 Erwachsene, 28.179 Kinder, 4.288 Schüler und 258 Lehrer, zusammen also 168.014 Besucher, zu verzeichnen. Für verkaufte Eintrittskarten wurden 149.379 S eingenommen.

Der Wildbestand im Lainzer Tiergarten hat neuerlich zugenommen, wie aus folgender Übersicht hervorgeht:

	1955	Anzahl	1956
Dammwild	32		41
Mufflon	46		50
Rehwild	154		160
Schwarzwild	282		400

Die Tiergartenmauer sowie die vom Stadtforstamt verwalteten Gebäude wurden größeren Reparaturen und Adaptierungen unterzogen. Außerdem wurden im Lainzer Tiergarten 2,5 km Straßen mit einer Bitumenoberfläche versehen. Durch die Fertigstellung dieses Reststückes ist das gesamte Hauptstraßennetz staubfrei geworden.

In der Forstverwaltung Lobau hat sich der Wildbestand ebenfalls erhöht; er betrug im Jahre 1956 231 Rehe, 290 Hasen, 570 Fasane und einige Ketten Rebhühner.

Im Zusammenhang mit der Freimachung des Wald- und Wiesengürtels wurde von der Gemeinde das in Grinzing gelegene Grundstück mit der Gastwirtschaft „Waldidylle“ erworben und diese abgetragen. Ebenso wurde in Obersievering ein Objekt angekauft, das auf städtischem Grund steht und später abgetragen werden wird.

Auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 20. Dezember 1956 wurden die Anningerforste im Ausmaß von 1.068,3190 ha mit Stichtag 1. Dezember 1956 von den Gemeinden Mödling, Hinterbrühl, Maria-Enzersdorf, Gaaden und einem privaten Eigentümer übernommen.

Bei den Quellenschutzforsten hat sich die Gesamtfläche durch Grundverkäufe um 816 ha verringert. In den Forstverwaltungen Stixenstein, Hirschwang, Naßwald und Wildalpen wurden im Jahre 1956 15.912 fm Nutzholz und 6.244 fm Brennholz geschlägert. Im städtischen Sägewerk Hirschwang wurden 9.360 fm Rundholz verschnitten und 6.452 m³ Schnittmaterial verkauft. Auf einer Fläche von rund 141 ha wurden 814.200 Forstpflanzen (Laub- und Nadelholz) ausgesetzt.

Für die drei Forstverwaltungen im Einzugsgebiet der I. Hochquellenleitung wurde 1 Steyr-Traktor, Type 180, der sich im Sägewerk Hirschwang befindet, angeschafft. Außerdem wurden zwei Anhänger erworben. Die Elektrizitätswerksanlage im Revier Preintal der Forstverwaltung Naßwald wurde auf Turbinenantrieb umgebaut. Dadurch wurde die Leistung wesentlich gesteigert und die Stromversorgung der städtischen Gebäude in diesem Revier auch im Winter sichergestellt. Zur Aufschließung des Schütterbodens im Raxgebiet und der angrenzenden Bestände mit einem Vorrat von ungefähr 44.000 fm Holz wurde eine rund 2½ km lange Holzbringungsseilbahn errichtet. Die Holzbringungsseilbahn in Wildalpen wurde auf Elektroantrieb umgestellt. Neben der Verbilligung der Bringungskosten wurde dadurch auch eine Steigerung der Kapazität dieser Anlage erzielt. Im Revier Weichselboden wurde zur Aufschließung der Holzbestände am Kastenriegel und auf der Staritzen eine rund 600 m lange, mit Kraftfahrzeugen befahrbare Straße von den Arbeitern des eigenen Betriebes gebaut.

In sämtlichen Forstverwaltungen wurden die Forststraßen weiter ausgebaut und verschiedene Adaptierungsarbeiten an städtischen Gebäuden, insbesondere an Arbeiterwohnungen, durchgeführt.

Von der Forstbetriebseinrichtung wurden für das Gebiet Prein—Sumpfwald und Prein—Raxplateau die zugehörigen Wirtschafts- und Bestandeskarten fertiggestellt.

WOHNUNGS- UND SIEDLUNGS- WESEN

WOHNUNGSBEWIRTSCHAFTUNG

Von den gesetzlichen Neuerungen, die sich auf das Wohnungswesen im Jahre 1956 ausgewirkt haben, ist die am 16. Dezember 1955 wirksam gewordene Mietengesetznovelle 1955 vom 12. Dezember 1955, BGBl. Nr. 241/1955, verwaltungstechnisch von Bedeutung. Auf Grund dieses Gesetzes treten an Stelle der Mietkommissionen, soweit sie in anderen Rechtsvorschriften genannt oder zur Durchführung von Verfahren und zur Entscheidung berufen sind, die Bezirksgerichte. Ein Verfahren vor dem Bezirksgericht kann jedoch nur eingeleitet werden, wenn in Gemeinden, wo Schlichtungsstellen bestehen, also auch in Wien, die Sache vorher bei einer solchen Stelle anhängig gemacht worden ist. Da die Mietkommissionen bis zu jener Novelle nicht nur zur Entscheidung in besonderen Angelegenheiten des Mietengesetzes, sondern auch in Angelegenheit anderer Gesetze zuständig waren, muß nun auch in diesen Fällen vorher die Schlichtungsstelle angerufen werden. Zu diesen Gesetzen zählt auch das Wohnungseigentumsgesetz vom 8. Juli 1948, BGBl. Nr. 149/1948, wonach dem Gesuche um Eintragung des Wohnungseigentums u. a. eine amtliche Bestätigung oder die Entscheidung der Mietkommission über die Höhe des Jahresmietzinses 1914 beizulegen ist. Ebenso bestimmt das Bundesgesetz vom 29. Juni 1954, BGBl. Nr. 132/1954, womit Bestimmungen über die Mietzinsbildung für nicht dem Mietengesetz unterliegende Räume getroffen werden (Zinsstopgesetz), daß über Anträge nach diesem Gesetz die für die Liegenschaft zuständige Mietkommission zu entscheiden hat. Für einen Teil dieser Fälle wurde nun mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 10. Februar 1956, eine zentrale Schlichtungsstelle bei der Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens eingerichtet, die für ganz Wien zuständig ist. Diese zentrale Stelle entscheidet über Anträge nach dem Wohnungseigentumsgesetz und, soweit es sich um Begehren auf Mietzins-erhöhung zur Vornahme von unbedingt notwendigen Erhaltungsarbeiten handelt, nach dem Zinsstopgesetz. In den sonstigen Angelegenheiten des Zinsstopgesetzes und des Mietengesetzes sowie des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes sind, wie bisher, die Schlichtungsstellen bei den Magistratischen Bezirksämtern zuständig. Diese Zuständigkeit wurde nachträglich noch dahin abgeändert, daß auch Anträge auf Mietzins-erhöhungen bei sogenannten Mischobjekten, die also sowohl mieterschutzgeschützte als auch mieterschutzfreie Objekte enthalten, von der zentralen Schlichtungsstelle zu behandeln sind. Bis 31. Dezember 1956 wurde die zentrale Schlichtungsstelle in 437 Fällen in Anspruch genommen, wovon auf Festsetzung des Jahresmietzinses 1914 zur Begründung des Wohnungseigentums 168 und auf Erhöhung des Mietzinses 131 entfallen. Hinzu kommen noch 138 Fälle, die sich auf Anfragen der Gerichte nach preisbehördlich getroffenen Entscheidungen usw. beziehen. Die besondere Hartnäckigkeit, mit der die Verhandlungsparteien ihre Standpunkte verfechten, kommt darin zum Ausdruck, daß in keinem einzigen Falle eine gütliche Beilegung zu erreichen war, so daß 164 Entscheidungen zu treffen waren. Unter Berücksichtigung von 28 Zurück-

ziehungen oder Zurückweisungen der Anträge, 37 mangels Zuständigkeit an die Schlichtungsstellen der Magistratischen Bezirksämter erfolgten Abtretungen und 96 sonstigen Erledigungen, verblieb ein Rückstand von 112 Geschäftsstücken.

Mit Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes am 31. Dezember 1955 wurde der Gemeinde jedes Verfügungsrecht über frei werdende Wohnungen in Privathäusern entzogen, soweit es sich nicht um Wohnungen handelte, die nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz wiederhergestellt wurden. Die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt haben sich seither für die Wohnungsbedürftigen empfindlich verschlechtert. War im Wohnungsanforderungsgesetz die Wohnungsvergabe nur nach Graden der Wohnungsbedürftigkeit vorgesehen, so ist nunmehr bei den sich ständig steigenden Ablöseforderungen nur die finanzielle Leistungsfähigkeit des Wohnungswerbers für die Vermietung einer Wohnung maßgebend. Um Vorsorge zu treffen, daß frei werdende Wohnungen nur jenen Personen zukommen, bei denen ein echter Wohnungsbedarf gegeben ist, wurde das am 8. Dezember 1956 in Kraft getretene und bis 30. Juni 1958 geltende Bundesgesetz vom 3. Dezember 1956, BGBl. Nr. 225/1956 geschaffen, das die Vermietung frei werdender Wohnungen an wirklich Wohnungsbedürftige regelt. Nicht unter dieses Gesetz fallen die im § 4 genannten Wohnungen, dessen Ausnahmsbestimmungen im allgemeinen denen des § 3 des Wohnungsanforderungsgesetzes nachgebildet sind, so daß u. a. auch die Wohnungen mit mehr als 3 Zimmern ausscheiden. Das Vermietungsrecht des Hauseigentümers ist sowohl zeitlich als auch sachlich insofern beschränkt, als grundsätzlich eine Wohnungsvergabe nur innerhalb von 3 Wochen nach Beendigung der Innehabung möglich ist, also mit dem Zeitpunkt, an dem nicht nur das Miet- oder sonstige Benützensrecht an der Wohnung formalrechtlich beendet, sondern die Wohnung auch tatsächlich vom Inhaber geräumt ist. Als Wohnungswerber kommen jedoch nur Wohnungsbedürftige in Betracht, die im Bereich der Gemeinde zu wohnen genötigt sind oder durch 10 Jahre freiwillig in ihr gewohnt haben, wenn sie obdachlos oder unmittelbar von Obdachlosigkeit bedroht sind oder ihre Wohnung seit mehr als einem Jahr überbelegt ist, wobei die den Hausstand des Wohnungsuchenden bildenden Personen die Zahl der von ihnen bewohnten Räume zumindest um mehr als eine Person übersteigt, sowie Wohnungswerber, deren Wohnung nach Eingehen des Mietverhältnisses von der Bezirksverwaltungsbehörde als gesundheitsschädlich erklärt wurde. Schließlich kommen auch Ehepaare als wohnungsbedürftig in Betracht, die nach mindestens einjähriger Dauer der Ehe mangels einer eigenen Wohnung keinen gemeinsamen Haushalt führen können.

Für Wien wurde die Überbelagsbestimmung mit der Verordnung der Wiener Landesregierung vom 11. Dezember 1956, LGBl. für Wien Nr. 29/1956, geregelt, wonach ein Überbelag nur dann anzunehmen ist, wenn die Anzahl der Bewohner die Zahl ihrer Wohnräume um mehr als 2 Personen übersteigt.

Die Untermieter haben im Gesetz eine bessere Berücksichtigung gefunden, da für sie die gleichen Vormerkungsbestimmungen anzuwenden sind wie für die Hauptmieter.

Eine gesetzliche Verpflichtung der Gemeinde zur Vormerkung von Wohnungsuchenden hatte nach dem Außerkräfttreten des Wohnungsanforderungsgesetzes mit 31. Dezember 1955 fast während des ganzen Jahres 1956 nicht bestanden. Die Gemeinde hat jedoch vorübergehend nicht nur die bisherigen 49.108 Vormerkungen nach dem Wohnungsanforderungsgesetz beibehalten, sondern, wenn auch nur in sinngemäßer Anlehnung an das Wohnungsanforderungsgesetz, 8.336 neue Vormerkungen gegenüber 3.971 Ablehnungen vorgenommen. Für den Wirkungsbereich des neuen Gesetzes konnten infolge der Änderung der Vor-

merkungsbestimmungen die bisherigen Vormerkungen schon deshalb nicht übernommen werden, da der Gesetzgeber ausdrücklich einen neuerlichen Antrag der Wohnungsuchenden auf Vormerkung verlangt. Der größte Teil der noch im Dezember ansuchenden Bewerber entfiel auf jene, deren bisherige Vormerkung auch den neuen gesetzlichen Bestimmungen entsprochen hatte, so daß insbesondere dann, wenn die letzte Vormerkung auf nicht länger als 1 Jahr zurückreichte, von einer weiteren Erhebung abgesehen und ein neuer Vormerkungsschein ausgestellt wurde. Auf diese Weise wurden noch in den letzten 3 Wochen des Jahres 1956 539 Vormerkungen, darunter 526 für Notstandsfälle, durchgeführt.

Ist eine freie Vermietung innerhalb von 3 Wochen nicht zustande gekommen, so hat der Hauseigentümer innerhalb einer Woche das Recht, von 5 ihm durch die Gemeinde bekanntzugebenden Wohnungswerbern einen auszuwählen. Diesem ist sodann die Wohnung im allgemeinen binnen 1 Woche, bei unterbliebener oder nicht rechtzeitiger Anzeige über die Beendigung der Innehabung binnen 3 Wochen, von der Gemeinde zuzuweisen. Nach ergebnislosem Ablauf dieser Frist kann der Hauseigentümer vermieten, an wen er will. Am 19. Dezember 1956 hat die Gemeinde durch Kundmachung im „Amtsblatt der Stadt Wien“ die Auflegung der Liste der Wohnungsbedürftigen bekanntgegeben, so daß zufolge ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung erst mit jenem Tage die Vermietungsfrist begonnen hat. Das Gesetz enthält noch das Verbot von Wohnungsablösen, das Verbot der Umwandlung, der widmungswidrigen Verwendung von Wohnungen und Wohnräumen sowie der Vereinigung von Wohnungen. Für die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zustande gekommenen Mietverträge besteht noch die Möglichkeit der Vereinbarung eines Neuvermietungszuschlages von 30, 40 oder 60 Groschen (je nach der Wohnungsgröße) für jede Krone des Jahresmietzinses 1914 oder für jeden Quadratmeter der Nutzfläche bei ehemals preisgeregelten Mietzinsen. Bei den aus Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wiederhergestellten Wohnungen steht dem Hauseigentümer so wie bisher das Recht zu, eine im wesentlich gleichen Umfang wiederhergestellte Wohnung an den Altmietler zum Zeitpunkt der Kriegseinwirkung oder im Falle seines Ablebens an dessen nahe Angehörige zu vermieten. Jedoch wurde das Vorschlagsrecht dem Hauseigentümer bei Wiederherstellung von wesentlich geänderten Wohnungen genommen, so daß in solchen Fällen nur ein Zuweisungsrecht der Gemeinde für Personen in Betracht kommt, die eine Wohnung durch Kriegseinwirkung verloren haben und nicht bereits über eine entsprechende Wohnung verfügen. Durch dieses Gesetz soll vornehmlich dem Wohnungsschacher Einhalt geboten werden.

Schon das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz hatte festgelegt, daß die Bestimmungen des Wohnungsanforderungsgesetzes auch nach Ablauf seiner Geltungsdauer für mit Fondshilfe wiederhergestellte Wohnungen (Geschäftsräume) weiterhin aufrecht bleiben sollen, doch wurde dies von einem Großteil der Hauseigentümer und Verwalter nicht berücksichtigt, so daß es zunächst verhältnismäßig oft zu gesetzwidrigen Wohnungsvergebungen kam. Erst durch eine vom Magistrat veranlaßte Verlautbarung in der Presse, die eine kurze Darstellung der Rechtslage enthielt, war es gelungen, diesem Übelstand zu steuern, so daß sich in der Folge die Vergebung derartiger Wohnungen im allgemeinen reibungslos abwickelte. 229 Mietverträge, die die Hauseigentümer mit den Altmietlern abgeschlossen hatten, wurden anerkannt. Hievon entfallen 127 auf Kleinwohnungen (bis 3 Wohneinheiten) und 102 auf Mittelwohnungen (bis 6 Wohneinheiten). Großwohnungen (mehr als 6 Wohneinheiten) fallen nicht unter die Bestimmungen des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes. Wegen nicht gesetzmäßiger Vermietung oder fruchtlosen Ablaufes der Vermietungsfrist wurden 336 Klein- und 149 Mittelwohnungen, somit insgesamt 485 Wohnungen,

angefordert. Einschließlich der noch aus dem Vorjahr anhängig gewesenen Anforderungen wurde 374 Begehren von Hauseigentümern auf Verzicht der Anforderung gemäß § 19 Abs. 1 und 3 des Wohnungsanforderungsgesetzes deshalb entsprochen, weil Obdachlosigkeit der Wohnungswerber, die zwar keine Wohnung durch Kriegseinwirkung verloren hatten, vorgelegen war (insgesamt 76 Fälle). Bei den übrigen 298, die Wohnungsverlust durch Kriegseinwirkung betrafen, handelte es sich um Fälle, bei denen von dem Recht auf Anforderungsverzicht unter der Bedingung Gebrauch gemacht wurde, daß mit dem vom Hauseigentümer vorgeschlagenen Wohnungswerber ein Mietvertrag binnen einer jeweils gesetzten Frist abgeschlossen wird. 67 rechtskräftige Anforderungen führten zu keiner formellen Zuweisung, weil unterdessen das Gesetz vom 3. Dezember 1956 erlassen worden war, doch wurden auch in diesen Fällen die Vermietungen nur mit Zustimmung der Gemeinde vorgenommen. Diese Praxis hat sich sehr gut bewährt, so daß nur über 163 Wohnungen Zuweisungsbescheide ergingen. Um die Freimachung der Wohnung von dem widerrechtlichen Bezieher zu erreichen und dem Zugewiesenen den Zutritt zur Wohnung zu erzwingen, mußten 26 amtliche Aufträge erteilt und 19 Wohnungen durch gerichtliche Exekution geräumt werden.

Gegen die vom Magistrat erlassenen Bescheide nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz langten 122 Berufungen ein, von denen sich ein Teil auch noch auf solche aus dem Jahre 1955 erstreckte. 34 Bescheide wurden im eigenen Wirkungsbereich behoben, 79 vom Berufungswerber zurückgezogen und 41 vom Bundesministerium für soziale Verwaltung abgewiesen. 16 Berufungen wurden stattgegeben.

Da sich die Strafverfahren nur noch auf Übertretungen des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes und der Verordnung des Ministers für soziale Fürsorge vom 28. März 1918, RGBl. Nr. 114/1918, über das Verbot der Umwandlung und Vereinigung von Wohnungen beziehen, sind auch die Straffälle gegenüber dem Vorjahr gesunken. Insgesamt waren 102 Strafsachen zu bearbeiten. Die noch nicht zu Ende des Vorjahres abgeschlossen gewesenen Fälle mit eingerechnet, wurden 41 Straferkenntnisse mit einem Strafbetrag von 38.000 S gefällt, wozu noch 3.800 S Strafkostenbeiträge und 1.200 S Berufungskosten kommen. In dem Strafbetrag sind die durch die Entscheidungen der Berufungsbehörde fällig gewordenen Strafbeträge inbegriffen; dabei handelte es sich um 7 Bestätigungen, 1 Herabsetzung des Strafbetrages und 1 gänzliche Aufhebung des Straferkenntnisses der 1. Instanz. Insgesamt wurden, angefochtene Erkenntnisse des Vorjahres mit eingerechnet, 8 Berufungen eingebracht; 2 Berufungsverfahren sind noch anhängig. Mit Verwarnung wurden wegen geringfügigen Verschuldens und unbedeutender Folgen der Übertretung 13 Anzeigen abgeschlossen, 51 Strafanzeigen führten mangels eines strafbaren Tatbestandes oder strafbaren Verhaltens zur Einstellung des Verfahrens.

Die Zahl der Ansuchen um Genehmigung der Widmungsänderung von Wohnungen oder Wohnräumen betrug im Jahre 1956 nur 231 gegenüber 363 im Vorjahr, obwohl der Bedarf an Büroräumlichkeiten infolge der anhaltenden wirtschaftlichen Konjunktur weiter vorlag. 224 dieser Ansuchen wurden stattgegeben, wobei in fast allen Fällen von den Bewerbern Ersatzräume oder -wohnungen zur Verfügung gestellt wurden. 7 Ansuchen wurden abgelehnt. Außerdem wurden 36 Ansuchen um Wohnungsvereinigungen bewilligt.

Zufolge der Weitergeltung des Wohnungsanforderungsgesetzes für die nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz wiederhergestellten Wohnungen bedarf auch die Heranziehung derartiger Wohnungen als Dienstwohnungen sowie der Beitritt von Mietverträgen der Genehmigung der Gemeinde, die 20 derartigen Anliegen stattgegeben hat.

Nicht abgenommen haben zahlenmäßig die Anträge auf Freigabe von

Wohnungen, die im Sinne des NS-Gesetzes wegen Zugehörigkeit des bisherigen Inhabers zum registrierungspflichtigen Personenkreis des Verbotsgesetzes 1947 an Dritte vergeben wurden. Wenngleich vielfach bereits rechtskräftig die Endgültigkeit einer derartigen sogenannten vorläufigen Benützungsbewilligung festgestellt worden war, wird jedoch immer wieder versucht, auf verfahrensrechtlichen Umwegen, wie u. a. im Wege einer Wiederaufnahme des Verfahrens, in den Besitz der Wohnung zu gelangen. So wurden im Jahre 1956 1.557 Freigabeanträge gestellt, die einschließlich des anfänglichen Rückstandes bis auf 367 behandelt wurden. Auf dem NS-Gesetz beruhen auch die gemäß § 27 dieses Gesetzes gestellten Ansuchen an den Bundespräsidenten um Genehmigung der Ausnahme von der Behandlung nach den Bestimmungen des Artikels III (Strafrechtliche Bestimmungen) und des Artikels IV (Sühnepflicht). Hiezu war in 82 Fällen vom wohnbehördlichen Standpunkt Stellung zu nehmen. Da die Entscheidung über die Rechtsgültigkeit einer vorläufigen Benützungsbewilligung eine in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallende Vorfrage darstellt, weil das Mietrecht des bisherigen Inhabers kraft Gesetzes dann aufgelöst ist, wenn auch eine vom NS-Gesetz sanktionierte vorläufige Benützungsbewilligung ausgestellt wurde, ist in den Prozessen auf Rückgabe der Wohnung die Einholung der Stellungnahme der Verwaltungsbehörde vielfach unvermeidlich. Die eingelangten 521 gerichtlichen Anfragen wurden einschließlich des Rückstandes bis auf 10 erledigt.

Wenngleich infolge Ablaufes des Wohnungsanforderungsgesetzes nunmehr der Gemeinde keine Einflußnahme auf die Durchführung eines Wohnungstausches zusteht, wurde doch, um den Wohnungstausch zu erleichtern, weiterhin der „Amtliche Wohnungstauschanzeiger“ herausgegeben; er enthielt 1.298 Einschaltungen in rund 5.300 Exemplaren. Der Rückgang von 287 Einschaltungen gegenüber dem Vorjahr dürfte darin seine Erklärung finden, daß eine verweigerte Zustimmung des Vermieters zu einem beabsichtigten Wohnungstausch seit Ablauf des Wohnungsanforderungsgesetzes nicht mehr durch behördliche Anordnung erzwungen werden kann. Bemerkenswert ist, daß nach wie vor Gemeindewohnungen, insbesondere eben erst zugewiesene, als Tauschobjekt angeboten wurden; dies ist jedoch darauf zurückzuführen, daß bei einer Zuweisung nicht immer alle Wünsche der Parteien bezüglich der Lage der Gemeinde-Neubauwohnung erfüllt werden können und die Reflektanten nun mit Hilfe des Tauschanzeigers versuchen, ihre Gemeindewohnung mit einer anderen zu tauschen, deren Bezirkslage ihnen aus beruflichen oder familiären Gründen besser entspricht.

Bei Wohnungen in Privathäusern (die Tauschfälle ausgenommen) war der Gemeinde bisher eine Kontrolle nur für die mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes wiederhergestellten Wohnungen (insgesamt 833) eingeräumt. Wohl konnte auch bei 418 sonstigen Privatwohnungen eine Vermietung an vorgemerkte Wohnungssuchende erwirkt werden; dies jedoch nur bei einem Wohnungswechsel, wenn die bisherigen Inhaber dieser Wohnungen wegen Überbelages in einen Neubau der Gemeinde Wien übernommen wurden und der Hauseigentümer ihre bisherige Wohnung der Gemeinde zur Verfügung stellte. Ansonsten hatte infolge Ablaufes des Wohnungsanforderungsgesetzes die Gemeinde keinerlei Einfluß auf die Vermietung frei gewordener Wohnungen, deren Zahl erfahrungsgemäß alljährlich rund 10.000 beträgt. Insgesamt wurden im Jahre 1956 8.066 Wohnungen zugewiesen, wodurch 23.585 Personen untergebracht wurden. Von diesen Wohnungen befinden sich 5.124 in Gemeinde-neubauten, 1.359 in den zwischen den beiden Weltkriegen errichteten Gemeindehäusern, 219 in Alt- und Stiftungshäusern der Gemeinde, 113 in mit Fondsmitteln wiederhergestellten Gemeindehäusern, 418 in Privathäusern und 833 in mit Fondsmitteln wiederhergestellten Privathäusern.

Die Gesamtzahl der im Wege der freien Vermietung oder durch Zuweisung vergebenen Wohnungen verteilt sich nach dem Grund der Vergebung in den privaten und Gemeindehäusern wie folgt:

Von 100 Vergabungen entfielen auf nachstehende Gründe	In Gemeindehäusern	In Privathäusern
Einsturzfälle	12	10
Obdachlose aus Herbergen oder sonstigen Notunterkünften	14	10
Drohende Obdachlosigkeit	14	15
Räumungen im Interesse des Bundes oder der Gemeinde	13,5	10
Tuberkulose eines Insassen und Gesundheitsschädlichkeit der Wohnung	5	2
Überbelag	23,5	9
Sonstige Vormerkungen	18	44

Nach der sozialen Stellung waren von je 100 Zugewiesenen 8 Bundesangestellte, 9 Gemeindeangestellte, 12 Pensionisten und Rentner, 56 Arbeiter in Privatbetrieben, 11 Angestellte in der Privatwirtschaft und 4 Angehörige der freien und selbständigen Berufe.

Über die Anzahl der in einer Wohnung untergebrachten Personen gibt die nachstehende prozentuelle Verteilung Aufschluß:

	Prozent		Prozent
Einzelpersonen	14	Familien mit 5 Personen	7
Familien mit 2 Personen	28	Familien mit 6 Personen	3
Familien mit 3 Personen	28	Familien mit 7 Personen	1
Familien mit 4 Personen	18		

Der Rest der Eingewiesenen verteilte sich auf 38 Familien mit 8 Personen, 10 Familien mit 9 Personen und 3 Familien mit 10 Personen. 154 Familien, die bisher in städtischen Herbergen untergebracht waren, wurden im Jahre 1956 in Wohnungen eingewiesen.

Die Änderungen, die in dem Stand der vorgemerkten Wohnungsuchenden durch diese Vergabungen eingetreten sind, können nicht genau festgestellt werden, da die nach dem Wohnungsanforderungsgesetz vorgenommenen Vormerkungen ihre Gültigkeit verloren haben und nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes bis Ende Dezember erst 539 Bewerber vorgemerkt wurden. Geht man jedoch von den 49.108 Vorgemerkten am Jahresbeginn 1956 aus, so hat sich dieser Stand zu Ende des Jahres auf 45.570 vermindert. In dieser Zahl sind 12.109 Nostandsfälle enthalten. Hievon entfallen auf Einsturzgefahr 640, bestehende Obdachlosigkeit 4.021, drohende Obdachlosigkeit 7.207 und schwere Gesundheitsgefährdung 241 Fälle.

Die Auflassung des Wohnungsanforderungsgesetzes brachte eine Reduzierung des Personalstandes des Wohnungsamtes von 228 Bediensteten auf 196 mit sich.

SIEDLUNGS- UND KLEINGARTENWESEN

Die Bestellung neuer Baurechte für gemeinnützige Wohnungsunternehmen und für Einzelsiedler wird wegen der Grundstückknappheit immer schwieriger. Durch die rege Bautätigkeit der Gemeinde Wien trat schon bis zum Jahre 1954 eine Grundknappheit ein, die sich späterhin noch steigerte und schließlich dazu führte, daß die für genossenschaftliche und Einzelbaurechte jeweils zur Verfügung stehenden städtischen Grundflächen größtenteils durch Freimachungs-, Transaktions- und Abteilungsverfahren baureif gemacht werden mußten. Dazu kommt die konjunkturbedingte außerordentliche Steigerung der Grundverkehrswerte. Die Überwindung dieser Erschwernisse ist wichtig, weil durch

die genossenschaftliche Errichtung von Wohnhausanlagen die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien entlastet werden könnte und eine ständig zunehmende Beeinflussung des Wohnungsmarktes im günstigen Sinne zu erwarten ist. Trotz der Schwierigkeiten, die mit der Erwerbung von Baugrund verbunden sind, hat sich der Stand der Siedlungsanlagen, die von der Siedlungsgruppe verwaltet werden, von 83 zu Anfang des Jahres auf 102 Anlagen zu Ende des Jahres 1956 erhöht. In diesem Jahre nahm die Zahl der Siedlungshäuser von 5.516 mit zusammen 6.532 Wohnungen und 125 Geschäftslokalen auf 5.711 Häuser mit 8.173 Wohnungen und 144 Geschäftslokalen zu.

Eine wertvolle Hilfe für Siedler bedeutete die Gewährung von Fertigstellungskrediten in der Höhe von 200.000 S, wodurch 30 Siedlern ermöglicht wurde, ihre unvollendeten Siedlungshäuser zur Gänze oder zumindest bis zur teilweisen Bewohnbarkeit fertigzustellen. Außerdem wurde dem Österreichischen Siedlerverband ein Rahmenkredit von 200.000 S eröffnet, aus dem bedürftigen Siedlervereinen Darlehen zur Verbesserung ihrer Anlagen durch Installationen von Wasserleitungen, Lichtstrom, Herstellung von Einfriedungen usw. gewährt wurden.

Zu den am 31. Dezember 1955 von der *Kleingartenverwaltung* an den Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter verpachteten Grundflächen im Ausmaße von 5,891.929 m² kamen im Jahre 1956 durch Freimachungen für das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien 39.233 m² in Wegfall und durch Kleingartenankäufe der Stadt Wien 178.086 m² hinzu, so daß am 31. Dezember 1956 insgesamt 6,030.782 m² Kleingartenland verpachtet waren.

Die Liquidierung der *Erntelandaktion*, der durch die Behebung des Ernährungsnotstandes der Kriegs- und Nachkriegszeit die Voraussetzung mangelt, wurde fortgesetzt, wobei sich ein verstärkter Widerstand der Nutznießer bemerkbar machte, die durch widerrechtliche Ausgestaltung der Erntelandflächen in der Art von Kleingärten ein Kleingartenpachtverhältnis zu erreichen hoffen. Am 31. Dezember 1956 umfaßte die den Erntelandnehmern belassene Bodenfläche 1,144.700 m² gegen 1,452.300 m² im Vorjahr.

VERWALTUNG DER STÄDTISCHEN WOHN- UND AMTSHÄUSER WOHNHÄUSER

Die Verordnung vom 4. Mai 1956, BGBl. Nr. 109/1956, womit die Bestimmungen über die Bewertung der bebauten Grundstücke und der Zugehörigkeit zu den einzelnen Grundstückshauptgruppen nach dem Bewertungsgesetz festgelegt wurden, erforderte die Ausfüllung der von den Finanzämtern übermittelten Grundstückbeschreibungen für rund 120.000 Mietobjekte. Im Zusammenhang damit mußten rund 25.000 Mieträume in den städtischen Althäusern ausgemessen werden.

Das Bundesgesetz vom 3. Dezember 1956, BGBl. Nr. 225/1956, über die Vermietung freier Wohnungen bestimmt unter anderem, daß der Hauseigentümer nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes beim Abschluß von Mietverträgen über Wohnungen einen Neuvermietungszuschlag einheben kann, der je nach der Größe der Wohnung 30, 40 und 60 Groschen pro Jahresfriedenskrone oder pro Quadratmeter Nutzfläche betragen kann. Im übrigen haben sich die Mietzinse gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Auch das monatliche Betriebskostenpauschale im Betrag von 47 Groschen pro Quadratmeter Mietfläche wurde in den städtischen Wohnhausanlagen in unveränderter Höhe eingehoben. Dagegen mußte in weiteren zehn städtischen Althäusern der mit

1 S pro Friedenskrone festgesetzte Mietzins um 30 bis 100 Groschen erhöht werden, weil der gesetzliche Mietzins nicht mehr die Instandhaltungskosten deckte.

Infolge des größeren Zuganges an Neubauten waren im Jahre 1956 mehr Geschäftsstücke zu behandeln als im Vorjahr. Der Gesamteingang sowie der Ausgang von Dienststücken war jedoch kleiner; dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sowohl die Kriegsschädenbehebungen als auch die Mietrechtsklärungen bei den im Jahre 1945 erfolgten Einweisungen fast zur Gänze erledigt worden sind.

In der Mieterkartei wurden 14.991 Mietverträge, 2.058 Mietrechtsfortsetzungen und Mietrechtsübertragungen sowie 1.441 Namensänderungen eingetragen. Von den Mietern langten 899 Ansuchen um Wohnungstausch ein; 796 solcher Ansuchen wurden im Jahre 1956 bewilligt und 140 abgelehnt. Bei den Gerichten waren 115 Kündigungsverfahren anhängig. Von den eingebrachten Kündigungen wurde 40 stattgegeben und 4 abgewiesen. Die übrigen Fälle sind noch nicht entschieden. Auf Grund rechtskräftiger Kündigungs- oder Räumungsurteile wurden 52 Anträge auf zwangsweise Räumung gestellt. In 23 Fällen wurden Räumungsklagen und in 17 Fällen Mahnklagen eingebracht. In diesen Rechtssachen wurden insgesamt 202 Tagsatzungen durchgeführt. In Angelegenheiten der Wohn- und Amtshäuserverwaltung war ein Eingang von 72.266 Dienststücken und ein Ausgang von 67.700 zu verzeichnen.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung erstreckte sich am 31. Dezember 1956 auf 1.413 Objekte (12.134 Stiegen- und Siedlungshäuser) mit 113.516 Wohnungen und 5.319 Geschäftslokalen, außerdem auf 7 gemeindeeigene Kirchen und Pfarrhöfe sowie 69 unverbaute Grundstücke. Die Zahl der Wohnsiedlungen hat sich gegenüber dem Vorjahr durch Wegfall der sieben Stadtrandsiedlungen: XXI., Nordrandsiedlung, XXII., Aspern III, Aspern IV, Breitenlee III, Breitenlee IV, Hirschstetten und Neustraßacker, die in den Status von Baurechtssiedlungen überführt wurden, sowie durch Richtigstellung nach einer neuerlichen Zählung vermindert. Auch die Zusammenlegung bisher getrennt geführter Bauteile von Siedlungsanlagen hat eine Verringerung mit sich gebracht. Ende 1956 waren noch 55 städtische Wohnungen und 5 Geschäftslokale wegen Kriegsschadens unbenutzbar.

Durch die Übernahme von Neubauten, durch Aufstockungen und Adaptierungen, durch Ankauf, Ersteigerung, Erbschaft, Übernahme von anderen Stellen, durch Wiederaufbau nach Kriegsschaden und durch Richtigstellungen ergab sich ein Zugang von 138 Objekten (Anlagen) mit 533 Stiegen- und Siedlungshäusern, 6.895 Wohnungen und 472 Geschäftsräumen sowie von 44 unverbauten Flächen. Durch die Änderung der Hausbezeichnungen bei Wohnhäusern, die ehemals Schulen waren, erfolgte ein Abgang bei den städtischen Althäusern und ein Zugang bei den städtischen Wohnhausanlagen von 11 Objekten mit 14 Stiegenhäusern, 167 Wohnungen und 14 Geschäftslokalen. Durch Demolierung, Verkauf, Rückstellung an die früheren Eigentümer, Übergabe an andere Dienststellen und infolge Richtigstellungen entstand ein Abgang von 110 Objekten (Anlagen) mit 1.126 Stiegen- und Siedlungshäusern mit 1.767 Wohnungen und 219 Geschäftslokalen sowie 21 unverbauten Grundstücken. In dieser Zahl sind 5 Wohnhausneubauten mit 18 Stiegen und 155 Wohnungen sowie 16 Althäuser mit 14 Stiegen, 109 Wohnungen und 17 Geschäftsräumen enthalten, die in die Verwaltung niederösterreichischer Gemeinden auf Grund des Gebietsänderungsgesetzes übergeben wurden.

Der Zugang an neugeschaffenem Wohnraum ist aus dem Abschnitt „Städtische Neubauten“, Seite 142, der durch Wiederaufbauten, Wiederinstandsetzungen und durch Umbauten gewonnene Wohnraum aus dem Abschnitt „Wiederaufbauten und Instandsetzungen“, Seite 150, zu entnehmen.

Durch Kauf wurden folgende Objekte erworben:

- | | |
|-----------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| II., Große Pfarrgasse 18 | XIII., Fasangartengasse 40 |
| II., Springergasse 22 (ersteigert) | XIII., Schloßberggasse 8 |
| II., Zirkusgasse 33 | XIV., Flachgasse 6 |
| III., Gestettengasse 3 | XIV., Hadersdorf-Weidlingau,
Mühlbergstraße 6 |
| III., Gestettengasse 13 | XIV., Linzer Straße 245 |
| III., Hainburger Straße 24 (Anteil-
haus) | XV., Braunhirschengasse 12—14 |
| III., Hainburger Straße 72 | XV., Braunhirschengasse 16 |
| III., Hainburger Straße 73 | XV., Diefenbachgasse 41 |
| III., Hainburger Straße 75—77 | XV., Dreihausgasse 18 |
| III., Hainburger Straße 85 | XVI., Deinhardsteingasse 12 |
| III., Hainburger Straße 92 | XVI., Fröbelgasse 22 |
| III., Hainburger Straße 98 | XVI., Grundsteingasse 51 |
| III., Hainburger Straße 105 | XVI., Ottakringer Straße 205 |
| III., Hainburger Straße 107 | XVI., Ottakringer Straße 206 |
| III., Hainburger Straße 111 | XVI., Ottakringer Straße 218 |
| III., Hainburger Straße 115 | XVII., Bergsteiggasse 24 |
| III., Kugelgasse 3 | XVII., Braungasse 53 |
| III., Kugelgasse 5 (Anteilhaus) | XVII., Braungasse 55 |
| III., Leonhardgasse 14—16 | XVII., Dornbacher Straße 111
(Anteilhaus) |
| III., Neulinggasse 29 | XVII., Nattergasse 18 |
| VI., Gumpendorfer Straße 104 | XVII., Nattergasse 20 |
| VI., Magdalenenstraße 18 | XVII., Neuwaldegger Straße 55 |
| VII., Burggasse 114 | XVII., Weißgasse 21 |
| VII., Kirchberggasse 19 | XVIII., Martinstraße 15 |
| VII., Kirchberggasse 21 | XVIII., Schöffelgasse 5 |
| VII., Westbahnstraße 1 | XIX., Hameaustraße 2—4 |
| IX., Althanstraße 13 (Anteilhaus) | XIX., Krottenbachstraße 46 |
| IX., Badgasse 4 | XX., Friedrich Engels-Platz 21 |
| IX., Marktgasse 46 | XX., Lorenz Müller-Gasse 12 |
| IX., Wiesengasse 1 | XXI., Bessemerstraße 20 |
| IX., Wiesengasse 3 | XXI., Jochbergengasse 4 (geerbt) |
| X., Ober-Laa, Hauptstraße 39 | XXI., Michtnergasse 6 |
| XI., Oberleitengasse 9 | XXI., Ostmarkgasse 56 |
| XI., Simmeringer Hauptstraße 95 | XXI., Satzingerweg K.-Nr. 593 |
| XII., Schönbrunner Straße 171
(ersteigert) | XXII., Hirschstettner Straße 6 |
| XII., Schönbrunner Straße 242 | XXIII., Rodaun, Breitenfurter
Straße 433 |
| XII., Sechtergasse 10 | |

Von anderen Stellen wurden folgende Objekte
übernommen:

- | | |
|-----------------------|-----------------------|
| XV., Dadlergasse 16 a | XV., Dadlergasse 16 b |
|-----------------------|-----------------------|

Der Abgang umfaßte folgende Objekte:

Durch Verkauf:

- | | |
|---------------------------------------------------|----------------------------|
| I., Franziskanerplatz 3 (Anteil-
haus, Tausch) | X., Favoritenstraße 235 a |
| II., Böcklinstraße 39 (Tausch) | X., Favoritenstraße 235 e |
| III., Göllnergasse 3 (Tausch) | X., Unter-Laa, Orts-Nr. 71 |

Durch Übergabe an die Amtshäusergruppe:

XIV., Penzinger Straße 59

Durch Abtragung und Übergabe der Grundstücke
an das Liegenschaftsamt:

- | | |
|--------------------------------------------------|--------------------------------------|
| II., Prater, Evidenz 251
(Holzhackerhäuschen) | X., Windtenstraße 4 |
| III., Hainburger Straße 83 | XII., Rotenmühlgasse 34 |
| III., Hainburger Straße 90 | XII., Schönbrunner Straße 157 |
| III., Hainburger Straße 109 | XII., Schönbrunner Straße 193 |
| V., Johannagasse 29 | XV., Oelweingasse 7 |
| IX., Höfergasse 9 | XV., Talgasse 9 |
| IX., Lichtentaler Gasse 11 | XVI., Ottakringer Straße 219 |
| IX., Lichtentaler Gasse 13 | XVI., Ottakringer Straße 221 |
| IX., Salzergasse 38 | XIX., Greinergasse 34 |
| IX., Simon Denk-Gasse 6 | XIX., Heiligenstädter Straße 269 |
| IX., Wiesengasse 30 | XXI., Floridsdorfer Hauptstraße 12 |
| X., Favoritenstraße 234 a | XXI., Michtnergasse 6 |
| X., Favoritenstraße 235 f und g | XXIII., Mauer, Hauptplatz 5 |
| X., Ober-Laa, Blumengasse 6 | XXIII., Mauer, Rudolf Zeller-Gasse 6 |
| | XXIII., Rodaun, Liesinger Straße 47 |

Durch Übergabe an andere Stellen:

- | | |
|---------------------------|------------------------------------|
| IX., Spittelauer Lände 49 | XI., Kaiser-Ebersdorfer Straße 310 |
| | XXIII., Mauer, Wiener Straße 23 |

Durch Richtigstellungen:

- XIV., Hadersdorf-Weidlingau, Lager
Auhof, Baracke 19 und 20

Durch Rückstellungen an die früheren Eigentümer:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------------------------------|
| I., Seilerstätte 28 (Stiftungshaus) | XIX., Heiligenstädter Straße 174
(unverbautes Grundstück) |
| III., Apostelgasse 3 (Stiftungshaus) | XIX., Heiligenstädter Straße 176
(unverbautes Grundstück) |
| IX., Wilhelm Exner-Gasse 36 | |

Abtragung wegen Errichtung von Neubauten:

- | | |
|--------------------------------------------|-----------------------------------------------------|
| II., Am Tabor 1, 3 | IX., Badgasse 4 |
| II., Malzgasse 7 | IX., Nußdorfer Straße 13 |
| III., Hainburger Straße 72 | X., Ober-Laa, Ober-Laaer Straße
(Hauptstraße 87) |
| III., Hainburger Straße 74 | XI., Rinnböckstraße 31
(Hintertrakt) |
| III., Hainburger Straße 76 | XI., Simmeringer Hauptstraße 102 |
| III., Hainburger Straße 80
(Anteilhaus) | XIV., Fenzgasse 31 |
| III., Leonhardgasse 2 | XIV., Hadersdorf-Weidlingau,
Mühlbergstraße 6 |
| III., Leonhardgasse 12 | XV., Dadlergasse 5 |
| III., Leonhardgasse 14—16 | XV., Dadlergasse 9 |
| III., Veithgasse 1 | XV., Turnergasse 7 |
| III., Viehmarktgasse 2 | XIX., Billrothstraße 10 |
| VIII., Lange Gasse 23 | |
| IX., Althanstraße 13 (Anteilhaus) | |

XIX., Hardtgasse 16
 XIX., Hardtgasse 18
 XIX., Hardtgasse 20
 XIX., Hardtgasse 24

XIX., Krottenbachstraße 46
 XXI., Baumergasse 69
 XXII., Siebenhirten, Josef
 Endlweber-Gasse 3

In die Verwaltung von niederösterreichischen Gemeinden wurden übergeben: je 1 Neubau in Fischamend-Markt und in Mödling sowie 3 Neubauten in Perchtoldsdorf; außerdem 19 städtische Althäuser in Hagenbrunn, Himberg, Kleinengersdorf, Klosterneuburg, Langenzersdorf, Mödling (6 Häuser), Perchtoldsdorf (7 Häuser) und Schwechat.

Schließlich waren noch folgende Änderungen in der Verwaltung städtischer Häuser zu verzeichnen: Die städtischen Althäuser VII., Lerchenfelder Straße 61, IX., Canisiusgasse 2, X., Randhartingergasse 17, XII., Hetzendorfer Straße 9, XIII., Lainzer Straße 148, XIV., Trogergasse 3, XV., Goldschlagstraße 108, XV., Rauchfangkehrergasse 15, XVII., Leopold Ernst-Gasse 37, XVIII., Antonigasse 4, wurden städtische Wohnhausanlagen und die städtischen Althäuser, II., Taborstraße 24, und XVIII., Martinstraße 94, Stiftungshäuser. Die städtische Wohnhausanlage, IV., Favoritenstraße 43, wurde städtisches Althaus. Die Anteilshäuser: III., Hainburger Straße 91, und XVI., Ottakringer Straße 210, wurden städtische Althäuser.

Der größere Teil der im Jahre 1956 übernommenen Wohnungen ist mit Gasdurchlauferhitzern und Brauseeinrichtungen ausgestattet. Insgesamt erhielten in diesem Jahre 5.468 Neubauwohnungen und 539 Wohnungen in wiederaufgebauten Althäusern komplette Badeeinrichtungen. Infolge Übergabe einer Wohnhausanlage in die Verwaltung der Stadtgemeinde Mödling erfolgte ein Abgang von 62 Wohnungen mit installierten Badeeinrichtungen. Bis 31. Dezember 1956 vermietete die Gemeinde somit 21.671 Wohnungen mit eigenen Bädern.

In zwei städtischen Wohnhäusern, die 1956 in die Verwaltung übernommen wurden, befinden sich Hausbadeanlagen mit Brausekabinen, und zwar:

XXI., Scottgasse 6 (Siemensstraße) 12 Brausekabinen
 XXIII., Inzersdorf, Triester Straße 19 a 4 Brausekabinen

Das städtische Haus, Perchtoldsdorf, Dr. Natzler-Gasse 16—18, mit 4 Brausekabinen wurde in die Verwaltung der Gemeinde Perchtoldsdorf übergeben. Das städtische Hausbad, XVII., Hernalser Hauptstraße 190—192, wurde wegen zu geringer Inanspruchnahme dauernd außer Betrieb gesetzt.

In den städtischen Wohnhäusern gab es Ende 1956 insgesamt 82 Großbadeanlagen, von denen 77 in Betrieb standen. Hievon waren 20 an Wohnhauswaschanlagen angeschlossen. Bei 18 Anlagen erfolgte die Warmwasserbereitung durch Hochdruckkessel, bei 2 durch Niederdruckkessel. 51 Badeanlagen waren an eigene Niederdruckkessel angeschlossen und bei 6 Anlagen wurde die Warmwasserbereitung durch Gasöfen oder Gasdurchlauferhitzer besorgt.

Im Jahre 1956 wurden 271 maschinell eingerichtete Kleinwaschküchen neu übernommen. Hievon befanden sich 245 in städtischen Wohnhausneubauten, 23 in wiederaufgebauten städtischen Althäusern sowie 3 in nachträglich maschinell ausgestatteten Waschküchen in einer älteren städtischen Wohnhausanlage. 3 maschinelle Kleinwaschküchen in Wohnhausbauten, die in die Verwaltung niederösterreichischer Gemeinden übergeben wurden, fielen weg. Insgesamt stehen den Mietern in den städtischen Wohnhäusern nunmehr 990 maschinelle Kleinwaschküchen zur Verfügung. Diese Zahl ergibt sich nach der Richtigestellung der Gesamtzahl des Jahres 1955 von 726 auf 722. Die Zahl der mit Gasbeheizung eingerichteten Kleinwaschküchen ist von 4 im Jahre 1955 auf 28 im Jahre 1956 angestiegen. Außerdem wurden 3 Waschküchen in dem 1930 besiedelten Gemeindebau, X., Leebgasse 100, mit elektrisch heizbaren Trommelwaschmaschinen und elektrischen Zentrifugen ausgestattet. Darüber

hinaus hat die Gemeindeverwaltung 40 moderne gasbeheizte elektrische Waschmaschinen samt elektrischen Zentrifugen angeschafft, die in den Waschküchen älterer Gemeindebauten aufgestellt werden.

Schließlich wurden im Jahre 1956 in rund 2.400 Waschküchen der städtischen Althäuser und älteren städtischen Wohnhausanlagen, die keine maschinelle Ausstattung aufweisen, Schukosteckdosen installiert, um den Hausbewohnern die Verwendung elektrischer Haushaltswaschmaschinen ohne elektrische Heizung mit einem Strombezug über den Stiegenhauszähler zu erleichtern.

Die Zahl der Zentralwaschanlagen mit den dazugehörigen maschinellen Einrichtungen blieb mit 34 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der Verkauf von Waschkarten für die zusätzliche Benützung der Waschküche, der im Jahre 1954 35.570 und 1955 34.446 betrug, ist 1956 weiter auf 32.179 gesunken. Im einzelnen wurden 31.673 Nachwaschkarten, 333 Tageswaschkarten und 173 Halbtagswaschkarten verkauft.

AMTSHÄUSER

Der städtischen Häuserverwaltung unterstanden Ende 1956 79 Amtshäuser und 35 Häuser für verschiedene Zwecke; hinzu kommt noch ein Objekt außerhalb Wiens, das für den Bund treuhändig verwaltet wird. In den insgesamt 115 Objekten befinden sich außer den Amtsräumen 78 Hauswart- und 67 Mietwohnungen sowie 74 privat vermietete Geschäftslokale. Neben diesen Bestandsverhältnissen bestehen noch Benützungsrechte an Räumen, und zwar: 94 von gemeindefremden juristischen Personen, 66 von städtischen Unternehmungen und 69 von betriebsmäßig verrechneten städtischen Dienststellen. Obwohl die Gemeinde Wien bestrebt ist, alle städtischen Dienststellen in Amtshäusern unterzubringen, waren im Jahre 1956 noch immer 13 Ämter in Privatgebäuden eingemietet. Außerdem bestanden 136 Benützungsrechte städtischer Dienststellen der Hoheitsverwaltung in städtischen Gebäuden, und zwar in:

Wohnhäusern	96	Schulen	17
Siedlungen	2	Krankenanstalten	6

Überdies bestanden noch Benützungsrechte in 14 Objekten anderer städtischer Dienststellen und in einem Objekt der Städtischen Versicherung.

Infolge der Amtraumnot war es nicht möglich, in gemeindeeigenen Objekten genügend Raum zur Einlagerung von Sicherstellungsgut und NS-Möbeln aufzubringen; daher mußten auch in Privathäusern Lagerräume gemietet werden.

Gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 1955 ergab sich ein Zugang von 3 Amtshäusern: XVII., Kalvarienberggasse 31—33, Gaaden, Heiligenkreuzer Straße 11, Sulzbach-Ischl Nr. 64 und 78, sowie von 3 Häusern für verschiedene Zwecke: II., Kleine Pfarrgasse 33, X., Alxingergasse 97—103, und XXII., Aspern, Siegesplatz 7. Die bisher treuhändig verwalteten Gebäude, XII., Singrienergasse 19-Ruckergasse 40, und XXII., Lorenz Kellner-Gasse 15, die durch Vergleich zurückgestellt wurden, sind als Amtshäuser in das Eigentum der Stadt Wien übernommen worden.

Als Abgang waren zu verzeichnen: 1 Amtshaus, II., Vorgartenstraße 50; 3 Häuser für verschiedene Zwecke, Weidling, Hauptstraße 35, Gugging, Hauptstraße 47, und Schwadorf 130; die treuhändig verwalteten Objekte, XII., Singrienergasse 21, und XVII., Parhamerplatz 18—19.

Auf Grund von Benützungsänderungen in den letzten Jahren und wegen der Einheitlichkeit wurden ab 1. April 1956 die Objektsbezeichnungen geändert: 17 bisherige Amtshäuser wurden Häuser für verschiedene Zwecke; 4 bisherige Häuser für verschiedene Zwecke wurden Amtshäuser.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 3, Seite 419.)

HAUSWARTE

Bei den Bewerbern um einen Hauswartposten macht sich immer mehr die Tendenz bemerkbar, Hauswartposten nur wegen der damit verbundenen Dienstwohnung anzustreben. Dies wirkt sich in etlichen Fällen so aus, daß die Hauswarte ihren Dienst vernachlässigen und das Bestreben, durch Tausch zu einer Mietwohnung zu gelangen, in den Vordergrund tritt.

In den städtischen Wohnhäusern und Siedlungen waren am 31. Dezember 1956 2.585 Hauswarte beschäftigt, davon 367 in Althäusern, 2.148 in Neubauten, 59 in Siedlungen und 11 in städtischen Häusern außerhalb Wiens.

Im Jahre 1956 bewarben sich 1.536 Personen um einen Hauswartposten; mit 304 dieser Bewerber wurde ein Dienstverhältnis eingegangen. 262 Hauswarte brachten Ansuchen, teils um Enthebung vom Dienstposten, teils um einen Postenwechsel, ein. Diesen Ansuchen wurde nach Möglichkeit entsprochen. Außerdem wurden 551 Ansuchen von Hauswarten um Ausmalen der Dienstwohnung, 169 um Gewährung eines außerordentlichen Reinigungspauschales für die Reinigung übergroßer Gehsteige und 271 um Gewährung eines außerordentlichen Reinigungsgeldes erledigt. 4 Hauswarte wurden gekündigt, gegen 1 Hauswart wurde die Räumungsklage eingebracht und in 3 Fällen wurde die zwangsweise Räumung der Dienstwohnung durchgeführt.

MÖBEL

Vom Jahre 1956 an werden *Möbelzuweisungen* nicht mehr an dritte Personen, sondern ausschließlich an die ehemaligen Eigentümer durchgeführt; wenn diese die Zuweisung oder Übernahme aus irgendeinem Grunde (schlechter Zustand oder Vertauschung der Möbel) ablehnten, so wurden die Möbel auf Kosten und Gefahr der Benutzer in einem städtischen Depot eingelagert. Da die zur Verfügung stehenden Depots hierfür nicht ausreichten, mußten die Lagerflächen bedeutend vergrößert werden. Mit Rücksicht auf die ständige Zunahme der Möbelerückstellung hat die Gemeinde Wien 3 neue Depots zur Verfügung gestellt, und zwar im Winterhafen Freudenau (1.800 m²), VII., Zieglergasse 49 (600 m²), und III., Arenbergbunker (1.000 m²).

Zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit wurde eine Umstellung der Registratur durchgeführt, die ermöglicht, die jeweiligen Veränderungen sofort zu berücksichtigen, wogegen hiezu bisher mehrere Arbeitsgänge erforderlich waren. Die Möbelverwaltung ging von der regelmäßigen allmonatlichen Einmahnung von Zahlungsrückständen ab und mahnt nur noch in triftigen Fällen. Der Eingang an Dienststücken betrug 5.955, der Ausgang 5.635. Die Möbelrechtsstelle hatte einen Eingang von 1.797 Dienststücken und einen Ausgang von 2.344 zu verzeichnen.

HAUSRATSDARLEHEN

Im Jahre 1956 sind den Magistratischen Bezirksämtern noch 42 Anträge, zumeist von Spätheimkehrern, um Zuerkennung eines Hausratsdarlehens zugegangen und nach Bearbeitung dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau übermittelt worden. Insgesamt wurden bisher 33.265 Ansuchen mit einer Darlehenssumme von 227.560.121 S bearbeitet, und vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau wurden 29.785 Kreditbewilligungen oder Kreditbriefe im Gesamtbetrag von 197.868.600 S zur Ausgabe an die Magistratischen Bezirksämter übermittelt. In Hausratsdarlehensangelegenheiten sind 4.738 Dienststücke eingelangt und 5.031 ausgegangen.

WIRTSCHAFTSANGELEGENHEITEN

MARKTWESEN

Das Marktamt hat im Jahre 1956 mehrere Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen begutachtet, die Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Preisbestimmung betrafen. Hervorgehoben seien die Entwürfe zum neuen Außenhandelsgesetz, dem Landwirtschaftsgesetz und der Lebensmittelhygiene-Verordnung.

Aus organisatorischen Gründen und zufolge eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom Jahre 1952 wurde die Marktheiferkundmachung vom 25. Jänner 1936 abgeändert und als Kundmachung vom 11. Mai 1956 im „Amtsblatt der Stadt Wien“ wieder verlautbart. Durch die Kundmachung des Bundesministeriums für Inneres wurden die Preise für Schwarzbrot und Weißkleingebäck mit 8. Oktober 1956 geändert und die Preise der sonstigen bisher preisgeregelten Brot- und Backwaren aus dieser Verordnung herausgenommen. Desgleichen unterliegen nach einer Kundmachung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft die Preise für Schlachtkälber und Schlachtprodukte von Kälbern mit Wirkung vom 1. Dezember 1956 nicht mehr dem Preisregelungsgesetz 1950. Im Juli 1956 wurden die Preise für Milch und Molkereiprodukte in der Weise geändert, daß der Verbraucherpreis erhöht und der Fettgehalt der Milch vermindert wurde. Durch die Änderung der preisrechtlichen Bestimmungen hat die Arbeit des Marktamtes keine Verminderung, sondern eine Intensivierung erfahren. An Stelle der früheren Kontrolle der Höchstpreise ist nunmehr eine ständige Marktbeobachtung getreten, um die Preise der nicht mehr preisgeregelten Waren durch eine ständige Beeinflussung und Kontrolle der Händlerschaft auf einem für den Konsumenten erträglichen Niveau zu halten.

IMPORTKONTROLLE UND LEBENSMITTELPOLIZEI

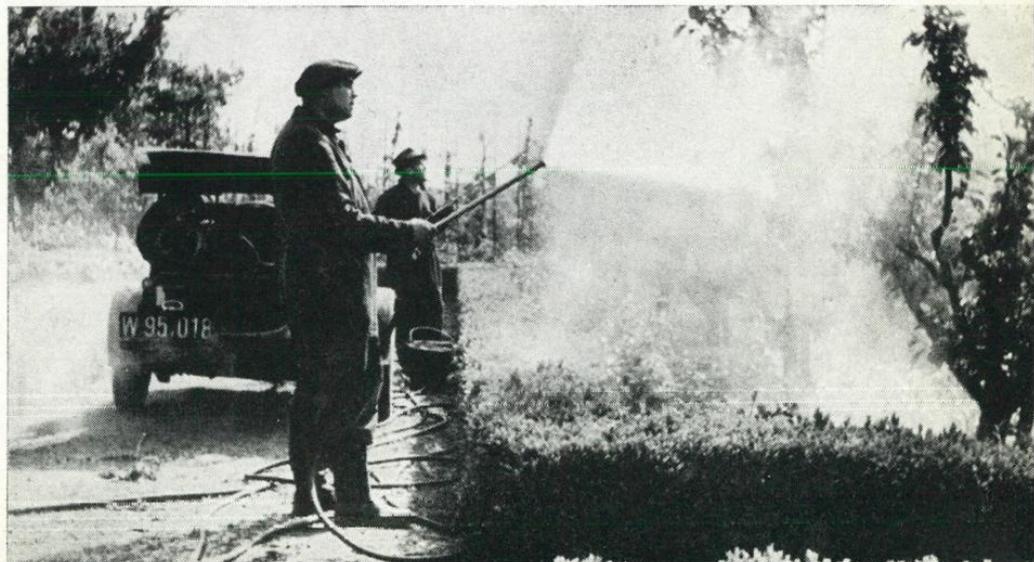
Bei der allgemeinen Kontrolle im Sinne des Lebensmittelgesetzes wurden im Jahre 1956 35.100 Lebensmittelproben der Untersuchung zugeführt. Darunter befanden sich rund 15.000 Milchproben, die in Milchverkaufs- und Sammelstellen, in Molkereien und landwirtschaftlichen Betrieben entnommen wurden. Auch die Schulmilchaktion wurde in diese Kontrolle einbezogen. Obwohl das Bestreben des Marktamtes in erster Linie darauf gerichtet ist, durch Belehrung, Beratung und rechtzeitiges Eingreifen Unzukömmlichkeiten abzustellen und Übelstände im kurzen Wege zu beseitigen, mußten wegen Übertretung der lebensmittelpolizeilichen Vorschriften doch 768 Anzeigen, davon 729 an Gerichte und 39 an Verwaltungsbehörden, erstattet werden. Weit größer ist die Zahl der bei Untersuchungen beanstandeten Lebensmittelproben. In diesen Fällen wurde jedoch keine Anzeige gemacht, weil diese Waren nach einem Reinigungs- oder Regenerierungsprozeß oder unter Erteilung bestimmter Aufträge dem allgemeinen Verkehr wieder zugeführt werden konnten. 6.896 kg animalische, darunter 8.057 Fischkonservendosen, 233.622 kg vegetabilische und 27.108 kg sonstige Lebensmittel mußten aus dem Verkehr gezogen werden. Ein erheb-

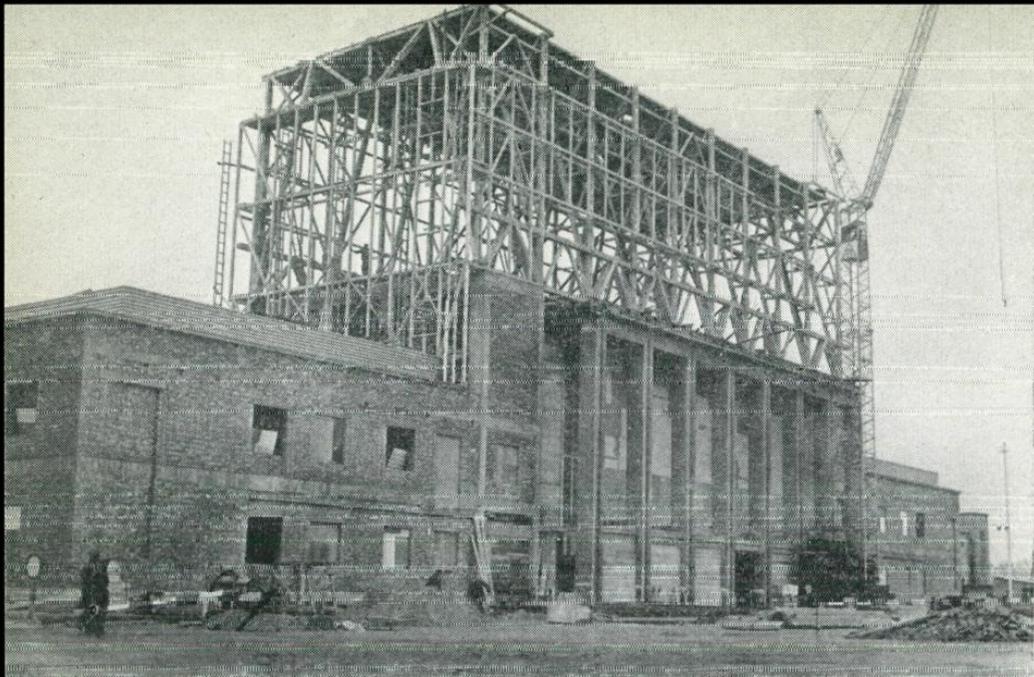


Ein Blick in die Ausstellung „Österreich — ein Bienenland“ in der Volkshalle des Wiener Rathauses

Die Bemühungen der Siedler und Kleingärtner werden von der Gemeinde unterstützt...

Das Stadtgartenamt führt zur Schulung der Siedler Lehrspritzungen gegen die Obstbauschädlinge durch





Die Südhalle auf dem Wiener Messegelände wird ausgebaut
Wien, ein Zentrum der österreichischen Wirtschaft...

Festsitzung des Gemeinderatsausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten anlässlich seines zehnjährigen Bestandes



licher Teil dieser Konfiskate konnte allerdings nach einer entsprechenden Behandlung wieder wirtschaftlich verwertet werden, z. B. als Futtermittel.

Die Importkontrolle, die vor der Inverkehrsetzung der Ware erfolgt, soll nicht nur den Konsumenten, sondern auch den Importeur und den Groß- und Kleinhandel vor Schaden bewahren; die Mitarbeit der Zollämter sowie der enge Kontakt mit den Marktämtern und Dienststellen der Lebensmittelpolizei in den Bundesländern trugen wesentlich zu ihrer klaglosen Durchführung bei. Durch die Kontrolltätigkeit gewann das Marktamt den zur richtigen Beurteilung der jeweiligen Markt- und Versorgungslage erforderlichen Einblick und konnte so die für die Ein- und Ausfuhr maßgebenden Stellen wiederholt beraten. Als Beirat, bestehend aus Vertretern der Kammer der gewerblichen Wirtschaft (Import-, Groß- und Kleinhandel), der Landwirtschaftskammer und der Kammer für Arbeiter und Angestellte, war ein Ausschuß unter dem Vorsitz des Wiener Marktamtes tätig, der sich mit Fragen der Beschickung des Marktes mit Obst und Gemüse und mit der Notwendigkeit des Importes oder der Möglichkeit von Exporten beschäftigte. Hervorzuheben ist die Überprüfung von rund 19.000 Tonnen Schmalz, das aus dem Ausland eingeführt und, soweit es zur Umarbeitung bestimmt war, sowohl vor als auch nach entsprechender Behandlung einer Qualitätskontrolle unterzogen wurde.

Viel Arbeit erforderte im Jahre 1956 die Weinkontrolle. Der verbotenen Herstellung von Rotwein mit Hilfe von Teerfarbstoffen konnte durch eine neue Untersuchungsmethode wirksam begegnet werden. Die gesteigerte Tätigkeit des Marktamtes bewirkte gegen das Jahresende ein rapides Absinken der Weinverfälschungen. Insgesamt wurden 1.881 Weiß- und Rotweinproben untersucht. Nach einer Voruntersuchung im Laboratorium des Marktamtes mußten 868 Proben der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung zur eingehenden Beurteilung und Untersuchung übermittlelt werden.

Eine erhöhte Kontrolltätigkeit erforderten auch die kosmetischen Waren. Gerade in den letzten Jahren hat die Verwendung von Mitteln zur Schönheits- und Körperpflege eine beachtliche Steigerung erfahren.

Die seit Jahren im Wiener Marktamt vorgenommenen Qualitätsprüfungen von Brot und Wurst wurden so wie bisher in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien und den zuständigen Innungen, bei Würsten unter Mitarbeit eines tierärztlichen Sachverständigen durchgeführt. Diese Tätigkeit ist auch im Interesse der Erzeuger gelegen. Es ergibt sich hiebei die Möglichkeit, den einen oder anderen Erzeuger auf einen Mangel seiner Ware aufmerksam zu machen und ihn entsprechend zu beraten.

Bei Brot wurden in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und der Wiener Bäckerinnung Beurteilungen nach einem Punktesystem vorgenommen. Von den auf ihre Qualität geprüften Broten wurden 593 (69 Prozent) mit „sehr gut“ bis „befriedigend“, 218 (25 Prozent) als „mindere Qualität“ und 55 (6 Prozent) als „nicht entsprechend“ qualifiziert. In den beanstandeten Fällen wurde eine eingehende Beratung der Bäcker durch ihre Innung empfohlen.

Daneben erfolgen regelmäßige Überprüfungen und Voruntersuchungen von Lebens- und Genußmitteln im Laboratorium des Marktamtes. Im Jahre 1956 wurden 3.660 verschiedene Warenproben, darunter 866 Brote, 1.012 Würste und 1.780 sonstige Lebensmittel begutachtet. Bei festgestellten Mängeln wurde entweder eine sofortige neuerliche Probeentnahme und Übermittlung an die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung veranlaßt oder eine eingehende Revision des betreffenden Betriebes unter besonderer Bedachtnahme auf die bemängelte Ware vorgenommen.

Die amtliche Pilzbeschau hatte 392.000 kg Pilze, die auf den Wiener Märkten

zum Verkauf angeboten worden waren, begutachtet. Dieser Tätigkeit ist es zu danken, daß im Jahre 1956 keine einzige Erkrankung durch den Genuß von Pilzen, die auf Wiener Märkten gekauft wurden, zu verzeichnen war. Außerdem wurden in den Pilzberatungsstellen des Marktamtes die von privaten Sammlern überbrachten Pilze auf ihre Genußfähigkeit geprüft und die Pilzarten bestimmt. Die Pilzausstellung der Marktamtsdirektion im Neuen Amtshaus wurde von zahlreichen Interessenten besucht. Für Schulen, fachliche Organisationen und Hausfrauenvereinigungen wurden überdies Führungen, verbunden mit Vorträgen über Ernährungskunde und Lebensmittelkontrolle, veranstaltet. Bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen wurden fachliche Vorträge gehalten.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 4, Seite 513.)

MARKTBEOBACHTUNG UND PREISKONTROLLE

Der Preisbewegung und damit im Zusammenhang der Marktbeschickung wurde ein besonderes Augenmerk zugewendet. Die Ergebnisse wurden in umfangreichen Wochenberichten sowie auch in kurzgefaßten Wochenübersichten festgehalten. Auf Grund der durch die Marktbeobachtung und Einfuhrkontrolle erlangten Kenntnis der jeweiligen Versorgungs- und Angebotslage hat das Marktamt im Jahre 1956 im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Handelssparten bei den zuständigen Ministerien insbesondere auf die Festsetzung des richtigen Zeitpunktes und des entsprechenden Ausmaßes der erforderlichen Vieh-, Fleisch-, Obst- und Gemüseimporte wiederholt Einfluß genommen. Die Möglichkeit, die Preisbildung auf dem Lebensmittelsektor zu beeinflussen, ist heute infolge der weit vorgeschrittenen wirtschaftlichen Konsolidierung und der Aufhebung des größten Teiles der preisrechtlichen Bestimmungen im allgemeinen gering. Das Marktamt beobachtet deshalb die sogenannten ortsüblichen Preise, um mit Hilfe der im Preistreibereigesetz verankerten Rechtsnormen auf Erzeuger und Händler einzuwirken.

MARKTVERWALTUNG

Das Marktamt verwaltete im Jahre 1956 3 Obst- und Gemüsegroßmärkte, 3 Detailmarkthallen, 29 Detailmärkte und den Zentralviehmarkt. Der Blumen- und Großmarkt in der Phorushalle weist einen ständig zunehmenden Besuch auf, so daß trotz des Umbaus neuerlich Platzmangel eingetreten ist. Auch die Schaffung von neuen Parkplätzen wurde notwendig. In der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, wurden 5 veraltete, stillgelegte Fleischaufzüge entfernt. Dadurch konnte eine Anzahl fahrbarer Riemen durch stabile ersetzt und die Anzahl der Nägel vermehrt werden. Diese Veränderungen haben eine weitgehende Verkehrserleichterung in diesem Hallenteil mit sich gebracht.

Für öffentliche Abwaagen standen 15 städtische Brückenwaagen zur Verfügung.

Wegen Übertretung marktpolizeilicher Vorschriften wurden 1.862 Anzeigen erstattet.

Die Bemühungen des Magistrats, den Wanderhändlern feste Straßenstände zuzuweisen, waren nur von einem bescheidenen Erfolg begleitet. Dies ist vor allem auf die ständige Zunahme des Straßenverkehrs zurückzuführen, der die Behörden veranlaßt, im Interesse der Verkehrssicherheit fast alle von den Bewerbern in Aussicht genommenen Plätze ablehnend zu begutachten. So gab es Ende 1956 für die Wanderhändler nur 410 Plätze, wogegen mit Gemeinderatsbeschuß vom 19. November 1947 500 Stände vorgesehen sind.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 1, Seite 501.)

GEWERBEPOLIZEILICHE ANGELEGENHEITEN

Das Marktamt ist durch den dauernden dienstlichen Verkehr mit Gewerbetreibenden aller Berufszweige über die Wirtschaftslage der meisten Branchen informiert. Außerdem erhält es durch die Überprüfung ganzer Gewerbesparten, die hauptsächlich im Auftrag des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau erfolgt, Einblick in Geschäftsgang und Umsatz sowie Kenntnis von der Zahl der in der Sparte tätigen Betriebe, Anzahl der Bediensteten usw. Die Gutachten des Marktamtes in Gewerbeangelegenheiten werden daher vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, von den Gewerbebehörden I. und II. Instanz und von einzelnen städtischen Dienststellen als Grundlage für ihre Entscheidungen in Gewerbeangelegenheiten verwendet. Im Jahre 1956 wurden insgesamt 34.750 Gutachten im Sinne der Gewerbeordnung erstattet.

In Zusammenarbeit mit den Vertretern der Kammer der gewerblichen Wirtschaft wurde das Pfscherwesen bekämpft.

Wegen Übertretung der gewerblichen Vorschriften wurden in 2.635 Fällen Anzeigen erstattet.

EICHWESEN

Das Marktamt überprüft innerhalb von 2 Jahren mindestens einmal 50.000 bis 60.000 Betriebe auf Einhaltung der Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes. Im Jahre 1956 wurden in 1.146 Fällen Übertretungen festgestellt und hierüber Anzeigen an die zuständigen Magistratischen Bezirksämter erstattet.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 18, Seite 498.)

VETERINÄRWESEN

Der Fleischbedarf Wiens wird keineswegs nur von in Wien geschlachteten Tieren gedeckt. Fast die gesamten Lämmer, 96 Prozent der Kitze und Kälber, 80 Prozent der Schafe, 30 Prozent der Schweine und 23 Prozent der Rinder wurden im Jahre 1956 bereits geschlachtet nach Wien gebracht und der amtsärztlichen Überbeschau unterzogen. Für Pferde gibt es keinen Fleischmarkt.

Unter Zugrundelegung eines Durchschnittsschlachtgewichtes von 270 kg für Pferde, 250 kg für Rinder, 80 kg für Schweine und 45 kg für Kälber ergeben sich ungefähr folgende Mengen, die dem Wiener Verbrauch im Jahre 1956 insgesamt zugeführt wurden:

27,5 Millionen Kilogramm Rindfleisch
59,3 Millionen Kilogramm Schweinefleisch
6,6 Millionen Kilogramm Kalbfleisch
5,6 Millionen Kilogramm Pferdefleisch

zusammen 99,0 Millionen Kilogramm.

Um den gesamten Fleischverbrauch unserer Stadt zu ermitteln, muß auch das Fleisch, das von den Fleischern außerhalb Wiens direkt in ihre Betriebe eingebracht wird, berücksichtigt werden. Diese Mengen werden bei der Überbeschau, die für alle diese Fälle vorgeschrieben ist, erfaßt und betragen im Jahre 1956 rund 5 Millionen Kilogramm. Schließlich gehören zum Verbrauch noch die unbeschauten Hausschlachtungen. Da darüber keine Zahlen vorliegen, wird für die Berechnung angenommen, daß jeder Schweinebesitzer durchschnittlich 3 Schweine im Jahr geschlachtet hat. Bei 1.520 Schweinebesitzern in Wien ergeben sich daraus ungefähr 380.000 kg Fleisch. Wenn man alle diese Mengen zusammenfaßt, ergibt sich für das Jahr 1956 ein ungefährender Fleischverbrauch an schlachtbaren Haustieren von 104,5 Millionen Kilogramm; auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet rund 64 kg. In diesen Zahlen ist der Verbrauch an Wild, Geflügel, Kleintieren und Fischen nicht berücksichtigt.

SCHLACHTUNGEN, VIEH- UND FLEISCHBESCHAU

Bei der Durchführung der Fleischbeschau und auch der Überbeschau werden alle veränderten Organe und Organteile sowie Fleisch- und Fettgewebe, die zum menschlichen Genuß nicht geeignet sind, aus dem Verkehr gezogen und der Tierkörperverwertungsanstalt zugeführt. Der Anteil der Konfiskate ist bei den einzelnen Tierarten recht verschieden. Beim Rind, bei dem die Tuberkulose und die Leberegelseuche sehr stark verbreitet sind, mußten hauptsächlich wegen dieser Erkrankungen 163.000 kg Lunge und 147.000 kg Leber konfisziert werden. Häufige Eutererkrankungen, vor allem der gelbe Galt, waren die Ursache, daß 19.600 kg Euter beschlagnahmt wurden. Die Menge von 148.500 kg konfiszierten Tragsäcken beweist, wie häufig trüchtige Rinder geschlachtet werden. Dies wird jetzt bei Rindern, die im Zusammenhang mit dem Tuberkulosestillungsverfahren zur Schlachtung kommen, noch häufiger beobachtet, da bei festgestellter Tuberkulose auch trüchtige Tiere geschlachtet werden müssen.

Bei Schweinen ist der Hauptbeanstandungsgrund der Befall der Leber mit Hülsenwürmern; dies sind mit Flüssigkeit gefüllte Blasen, aus denen sich, wenn sie befruchtet sind, bei Hunden nach Aufnahme von Organteilen, die solche Blasen enthalten, ein Bandwurm entwickelt. Durch enge Berührung mit Hunden, die Träger dieses dreigliedrigen Bandwurmes sind, können sich dann auch beim Menschen in lebenswichtigen Organen (Leber, Gehirn usw.) Hülsenwürmer entwickeln; die Hülsenwurmkrankheit (Echinokokkose) führt nach längerem Siechtum zum Tode. Die Tuberkulose wird beim Schwein seltener als beim Rind angetroffen, und da sich das Schwein meist durch das Futter (tuberkulöse Milch) infiziert, werden die ersten tuberkulösen Veränderungen meist im Darm gefunden. Zum Unterschied hiezu erkranken beim Rind sowie beim Menschen in erster Linie die Atmungsorgane. Bei Schweinen wurden im Jahre 1956 u. a. 1.576 Därme, 37.200 kg Leber und 29.700 kg Lungen als zum menschlichen Genuß ungeeignet befunden. Die häufigsten Beanstandungsgründe bei Lungen waren Entzündungen, Tuberkulose und Lungenwürmer.

Bei Pferden sind Organbeanstandungen wesentlich seltener als bei Rindern und Schweinen. Die Parasiten, Leberegel und Hülsenwürmer sowie die Tuberkulose kommen bei Pferden nur vereinzelt vor.

Die Trichinenschau nahm weiter bedeutend zu. Die Zahl der auf Trichinen untersuchten Schweine ist von 56.492 im Jahre 1955 auf 91.262 im Jahre 1956 angestiegen. Vergleicht man damit die Zahlen des Jahres 1953, in dem 9.062 Trichinenschauen durchgeführt wurden, so ist in diesen drei Jahren ein Anstieg auf das Zehnfache zu verzeichnen. Nachdem die Trichinenschau eine ziemlich zeitraubende Tätigkeit ist, konnte mit dem ständigen Personal nicht mehr das Auslangen gefunden werden. Es wurden daher, wie im Kriege, als die Trichinenschau obligatorisch war, Trichinenschauerinnen mit Stundenentlohnung aufgenommen. Im Jahre 1956 waren elf Frauen bei der Trichinenschau tätig, davon neun ständig im Schweineschlachthof und je eine an den betriebsstarken Tagen in den Veterinärämtern für den 16. und 18. Bezirk. Alle im Auslandsschlachthof anfallenden Untersuchungen werden im Schweineschlachthof durchgeführt.

Um die dadurch entstandene finanzielle Mehrbelastung auszugleichen, wurde auch in den öffentlichen Schlachthofanlagen eine Gebühr für die Trichinenschau eingehoben. Bisher umfaßte die Einheitsgebühr (Viehhof- und Schlachthofgebühr) auch die Trichinenschau. Mit der Kundmachung des Magistrats vom 1. Juni 1956 wurde die Gebührenordnung für die Benützung der Einrichtung der Wiener städtischen Vieh- und Schlachthöfe dahingehend abgeändert, daß die Trichinenschau aus der Einheitsgebühr herausgenommen

wurde. Auf Grund der Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 19. Juni 1956 wurde dann für die städtischen Schlachthöfe eine Trichinenschaugebühr in der Höhe von 2,60 S pro Tier festgelegt. Für die in Privatschlachtstätten durchgeführte Trichinenschau bestand auch bisher eine gesonderte Gebühr, die derzeit 4,50 S pro Schwein beträgt.

Bei der Durchführung der Schlachtungen sind die Fleischer infolge des nassen Bodens und durch das Arbeiten mit scharfen und spitzen Geräten in erhöhtem Maße der Gefahr von Verletzungen ausgesetzt. Vor allem das Ausgleiten auf dem nassen Boden gibt vielfach solchen Anlaß. Um dem vorzubeugen, wurde im Schweineschlachthof in der Arbeitshalle der Boden mit einem geriffelten Hartgußasphalt versehen und im Rinderschlachthof in der Schulbrücke der Schlachtabteilung IV der Boden mit einem Stelconplattenrauhbelag ausgelegt.

Im Auslandsschlachthof wurden zur besseren Verkehrsregelung und zum rascheren und übersichtlicheren Abladen der Schweine und Pferde die fahrbaren Ausladerampen durch zwei fixgebaute Rampen ersetzt.

Um die Schlachtkapazität bei Schweinen noch weiter zu erhöhen, wurde auch im Auslandsschlachthof bei einer Schlachtbrücke eine einwalzige Enthaarungsmaschine eingebaut, so daß jetzt im Schweineschlachthof und Auslandsschlachthof insgesamt sechs Enthaarungsmaschinen in Betrieb stehen und der Handbetrieb auf zwei Reservoirs im Auslandsschlachthof beschränkt ist.

Zur Verbilligung der Betriebskosten für die Bereitung des Heißwassers in den Brühbottichen erfolgte im Schweineschlachthof eine Umstellung von der Kohlen- zur Heizölfeuerung und im Auslandsschlachthof von der Kohlen- zur Gasfeuerung.

Im Rinderschlachthof wurde im Kühlraum der Boden mit Sägespänen bestreut, um das vom Fleisch abtropfende Blut aufzusaugen und die Reinigung des Bodens zu erleichtern.

Auf dem Zentralviehmarkt wurde in der Autodesinfektionshalle eine Druck-erhöhungsanlage eingebaut. Insgesamt wurden im Jahre 1956 26.908 Autos und Anhänger und 375 Pferde fuhrwerke gereinigt und desinfiziert.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 10, Seite 511.)

TIERSEUCHEN

Von der im Jahre 1955 in Österreich erstmalig aufgetretenen Myxomatose der Kaninchen und Hasen war zu befürchten, daß sie im Jahre 1956 nach Einsetzen des Mückenfluges wieder verstärkt auftreten werde. Es wurden aber insgesamt nur sieben Fälle festgestellt. Daraus könnte geschlossen werden, daß bei dem Seuchenzug im Jahre 1955 ein Großteil der Tiere eine leichte Durchseuchung mitgemacht hat und dadurch immun geworden ist. Trotz der wenigen Myxomatosefälle blieb aber das Verbot, Kaninchen auf Tierschauen und Bewertungsveranstaltungen zu bringen, für das östliche Bundesgebiet aufrecht und wurde nur für die westlichen Bundesländer, die von der Seuche nicht ergriffen waren, im Jahre 1956 aufgehoben.

Besonders bemerkenswert war auch der starke Rückgang der Schweinepestkrankungen. Diese Seuche, die in Wien in den letzten Jahren immer wieder in 20 bis 30 Gehöften aufgetreten war, wurde nur in einem Gehöft und einmal bei Schlachttieren ausländischer Herkunft konstatiert.

Abgesehen von diesen einzelnen Myxomatose- und Schweinepestfällen und den beiden alljährlich immer wieder in größerem Umfang auftretenden Seuchen, der Geflügelpest und dem Rotlauf der Schweine, wurde 1956 keine andere anzeigepflichtige Tierseuche festgestellt, so daß in diesem Jahre der Viehstand von keinen größeren Schäden bedroht war.

Die Geflügelpest war in den Vorjahren meist in der Weihnachtszeit und den darauffolgenden Wochen besonders stark aufgetreten, wenn die Geflügel- und Eierimporte am stärksten sind und somit die Gefahr einer Seuchenverbreitung durch Verfütterung von nicht entsprechend erhitzten Geflügelabfällen oder Eierschalen, die den Ansteckungsstoff enthalten, besonders groß war. In diesem Jahre lagen die Seuchenverhältnisse zu Jahresbeginn bedeutend günstiger; ein starkes Ansteigen war dann in den Monaten Oktober und November zu beobachten; bis zum Jahresende war die Geflügelpest wieder abgeklungen. Vermutlich dürfte auch bei dieser Seuche, wie bei verschiedenen anderen tierischen und menschlichen Infektionskrankheiten, für die Vermehrung und Wirksamkeit des Seuchenerregers das dafür günstige Zusammentreffen verschiedener atmosphärischer Verhältnisse (Luftfeuchtigkeit, Temperatur, Luftdruck usw.) von großer Bedeutung sein.

Beim Rotlauf der Schweine war noch ein weiteres Ansteigen der bei Schlachttieren aufgetretenen Fälle zu beobachten. Dies erklärt sich aus der gegenüber dem Vorjahr bedeutend höheren Zahl der aus dem Ausland eingeführten Schweine, bei denen die Seuche zumeist festgestellt wird. Der Rotlauf der Schweine gehört zu jenen Erkrankungen, bei denen die Tiere oft schon lange den Ansteckungsstoff in sich tragen, aber nicht erkranken; durch Umstände, die die Widerstandskraft des tierischen Organismus herabsetzen, z. B. lange Bahntransporte, kommt die Seuche dann plötzlich zum Ausbruch.

Die Maul- und Klauenseuche trat im November 1956 in Bayern auf. Im Dezember hat dann die Seuche auf die Bundesländer Oberösterreich, Salzburg und Tirol übergreifen. Durch die Schlachtviehtransporte aus den westlichen Bundesländern in die Hauptstadt bestand die Gefahr, daß die Maul- und Klauenseuche auch nach Wien eingeschleppt werden könnte. Aus diesem Grunde wurden in den Anlagen von St. Marx entsprechende Vorkehrungen getroffen, um bei Auftreten der Seuche eine Verschleppung hintanzuhalten. Es wurden sogenannte Desinfektionsteppiche an allen Ein- und Ausgängen angelegt. Bis Ende des Jahres wurde jedoch in Wien kein Fall von Maul- und Klauenseuche festgestellt.

LANDWIRTSCHAFT, TIERZUCHT

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTSINSPEKTION

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion, der nach der Wiener Landarbeitsordnung die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Dienstnehmer in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben obliegt, hat im Jahre 1956 insgesamt 1.847 Betriebskontrollen durchgeführt. Diese erstreckten sich auf 1.758 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, von denen 1.703 Betriebe Nachkontrollen unterzogen und 55 Betriebe neu erfaßt wurden.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes in der Land- und Forstwirtschaft wurden im Verlauf von behördlichen Verfahren zur Erteilung der Betriebsbewilligung in drei Fällen Gutachten über die Vorkehrungen beim Lohnmähdrusch erstattet.

Die Mitglieder der beim Amte der Wiener Landesregierung errichteten Einigungskommission wurden im Jahre 1956 auf die Dauer von drei Jahren neu bestellt. Die Einigungskommission wurde in einem Falle um die Erteilung der Zustimmung zur Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes angerufen.

LANDWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Für den Ankauf eines Zuchtstieres wurde eine Beihilfe von 1.000 S gewährt. Außerdem wurden Gutachten über die Entschädigung für landwirtschaftliche

Kulturflächen, die für städtische Bauvorhaben benötigt werden, abgegeben. Bei der Durchführung der Aktion zur Eingliederung von Flüchtlingen in die Landwirtschaft wurde mitgewirkt; es wurden Gutachten über die beabsichtigte Verwendung der beantragten Darlehen aus ERP-Mitteln erstellt. Außerdem wurde die widmungsgemäße Verwendung bereits gewährter Darlehen überprüft.

PFLANZENSCHUTZ

Im amtlichen Pflanzenschutzdienst hat die Gemeinde Wien für die Intensivierung der Gemeinschaftsspritzungen im Jahre 1956 den Siedler- und Kleingartenverbänden 40.000 S zur Verfügung gestellt. Außerdem erhielten diese Verbände aus Landesmitteln 44.200 S als 20prozentigen Beitrag für den Ankauf von Spritzgeräten. 30 Prozent wurden hiefür aus Bundesmitteln in Anspruch genommen, der Rest von den Siedler- und Kleingartenverbänden selbst aufgebracht. Von dem verfügbaren Gesamtbetrag von 220.800 S wurden 7 Motorspritzen, 15 Karrenspritzen (2rädig), 3 Karrenspritzen (1rädig), 76 Rückenspritzen, 1 Handspritze und 1 Trittspritze gekauft.

Die Fachorgane des amtlichen Pflanzenschutzdienstes haben 24.199 Obstgärten kontrolliert. Bei Kontrollen in 38 Wiener Baumschulen wurden 725.256 Obstgehölze gezählt; davon waren in 11 Baumschulen insgesamt 916 Obstgehölze von der San José-Schildlaus befallen. Das Hauptaugenmerk des amtlichen Pflanzenschutzdienstes war im Jahre 1956 auf die Einfuhrkontrolle der Bahn- und Postsendungen von Obst, Blumenzwiebeln sowie verschiedener Pflanzenarten gerichtet, da die Gefahr der Einschleppung von Obstschädlingen aus dem Ausland akut geworden war. Bei insgesamt 2.003 Bahnhofskontrollen wurden 7.337 Waggons Obst beschaut, wovon über 11 Waggons mit Mittelmeerfruchtfliegenbefall der Rücktransport nach Israel und über 16 Waggons mit San José-Schildlausbefall, 8 Waggons mit Pflirsichtriebbohlerbefall sowie 1 Waggon mit Mittelmeerfruchtfliegenbefall der Rücktransport nach Italien verfügt wurde.

Neben dieser Kontrolltätigkeit wurde die Aufklärung der Siedler und Kleingärtner über Pflanzenschädlinge durch 79 Tonfilmvorführungen, 50 Lichtbildervorträge und Referate fortgesetzt.

Beträchtliche Ausmaße hat im vergangenen Jahr die Verbreitung des Kartoffelkäfers angenommen. Besondere Schwierigkeiten haben sich bei der Anordnung zur Bekämpfung dadurch ergeben, daß viele Kartoffelbauern oft zu lange die notwendigen Bekämpfungsmaßnahmen verzögerten. Die Frage einer zwingenden Gemeinschaftsbekämpfung wird daher immer dringender, wenn eine Totalvernichtung unserer Kartoffelkulturen in den nächsten Jahren verhindert werden soll. Im Obstbau war neben dem erfreulichen Absinken der San José-Schildlausbefälle ein verstärktes Auftreten der Roten Spinne und der Mittelmeerfruchtfliege festzustellen.

LANDESFORSTINSPEKTION

Die Landesforstinspektion Wien wurde mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 13. Juli 1956 mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1956 wieder in das Stadtforstamt eingeordnet.

WASSER- UND SCHIFFFAHRTSWESEN

Im Jahre 1956 wurden 198 Verhandlungen in wasserrechtlichen und schifffahrtsrechtlichen Angelegenheiten durchgeführt. Die Zahl der im Wasserbuch eingetragenen Wasserbenützungsberechtigungen ist von 791 im Jahre 1955 auf 782 im Jahre 1956 zurückgegangen.

BESCHAFFUNGSAMT

Zur Deckung des Bedarfes der städtischen Dienststellen und Schulen hat das Beschaffungsamt im Jahre 1956 insgesamt 151,786.786 S aufgewendet. Die Preise vieler Waren zeigten gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung bis zu 30 Prozent.

Über die durchgeführten Käufe wird im folgenden nach Warengruppen berichtet:

LEBENSMITTEL

Die Zahl der Käufe von Lebens- und Genußmitteln war mit 6.160 nur um 94 höher als im Jahre 1955. Der erforderliche Aufwand in dieser Warengruppe betrug 17,363.415 S.

* Gekauft wurde unter anderem:

	Kilogramm		Kilogramm
Bohnenkaffee, gebrannt ...	15.442	Fruchtsäfte	14.514
Kaffeemittel	74.515	Paradeismark	17.629
Indischer Tee	1.603	Gurken	5.177
Weizenmehl, Type W 700 ..	1,220.240	Gemüsekonserven und Trockengemüse	16.914
Weizenbrotmehl, Type W 1600	242.400	Hülsenfrüchte	68.490
Roggenmehl, Type 960 ...	302.400	Fette und Öle	296.752
Weizengriß	150.000	Zucker	601.600
Haferflocken	8.020	Schokolade	2.355
Rollgerste	2.370	Kakao	8.042
Teigwaren	242.505	Salz	90.000
Reis	279.256	Flüssige Suppenwürze ...	16.120
Pudding	5.304	Suppenpulver und gek. Brühe	8.537
Trockenmilch	2.715	Senf	3.108
Fischkonserven	5.206	Gewürze	1.978
Marmelade	66.563	Mohn	8.310
Kompott	5.799	Bienenhonig	2.238
Powidl	8.778	Nußkerne, Haselnußkerne und Mandeln	3.090
Zwetschenröster	4.065		
Dörrpfäulen	7.859		
Rosinen	13.344		

Hinzu kamen 39.524 l Essig und 5.158 l 40prozentiger Inländerrum.

Die Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr betragen bei Teigwaren 7 Prozent, bei Reis 2½ Prozent, bei Marmelade 3 Prozent, bei Essig 10 Prozent, bei Hülsenfrüchten 23 Prozent und bei Speiseöl 31 Prozent; dagegen kostete Kakao um 3 Prozent und Schokolade um 15 Prozent weniger als im Jahre 1955.

Die Städtische Bäckerei erzeugte im Jahre 1956 1,483.866 kg Brot und Gebäck und 48.593 kg Bäckereien.

Dies bedeutet im Vergleich mit der Erzeugung im Jahre 1952 einen Rückgang von 120.755 kg Brot und Gebäck und 12.575 kg Bäckereien, der auf den geringeren Bedarf infolge der Reichhaltigkeit an anderen zur Verfügung stehenden Lebensmitteln zurückzuführen ist. Für die Bäckerei wurde eine Teigteilmaschine angekauft.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 14, Seite 422.)

TEXTILIEN UND LEDERWAREN

Für den Kauf von Textil- und Lederwaren wurden im Jahre 1956 19,1 Millionen Schilling gegenüber 21,6 Millionen Schilling im Vorjahr aufgewendet. Mit Ausnahme von Gummiwaren und Leder trat bei Rohstoffen während des

Jahres eine 3- bis 4prozentige Preiserhöhung ein; nur die Rohschafwolle stieg im letzten Jahresviertel sprunghaft um zirka 30 Prozent im Preise. Dies dürfte hauptsächlich auf Kriegshortungen zurückzuführen sein. Bei der Fertigware wirkte sich diese Verteuerung wegen der großen Konkurrenz in der Wollwarenindustrie und im Wollwarenhandel nur mit einer Preiserhöhung von zirka 10 bis 12 Prozent aus.

Gekauft wurden 30.700 m Wollstoffe, 9.100 Wolldecken, 167 kg Wollfilze, 55.900 m Leinenstoffe, 3.000 m Jutewebe, 869.400 m Baumwollstoffe, 45.800 Stück Strick- und Wirkwaren, 20.100 Paar Strümpfe und Socken sowie Handschuhe, 3.900 kg Garne, 321.200 m Bänder, 18.700 m Futterstoffe; außerdem Vorhang- und Möbelstoffe, Teppiche und sonstiger Bodenbelag, verschiedene Textilien, Spagate, Seilerwaren und Zwirne sowie Zubehörartikel, wie Knöpfe, Rosetten, Embleme und Nadlerwaren. Hinzu kamen 16.500 kg Matratzenfüllmaterial, 8.500 kg Hartleder und Absatzgummi, 1.900 m² Ober- und Futterleder, 5.700 Paar fertige Schuhe und Stiefel, 1.035 Regenmäntel und sonstige Fertigwaren.

Die gekauften Textilien wurden zur Herstellung von 13.000 Bekleidungsstücken, 123.600 Wäsche- und Berufskleidungsstücken, 3.400 Kappen und 639 Fahnen verwendet. Das Leder diente zur Anfertigung von 4.950 Paar Schuhen und Stiefeln sowie zu Reparaturen. Außerdem wurden 249.300 m Baumwoll- und Leinenstoffe veredelt. Diese Arbeiten sowie auch die Reparaturen von Kleidern und Pelzen, die Reinigung von Vorhängen, Teppichen usw. wurden Firmen in Auftrag gegeben und hierfür insgesamt 2,339.000 S aufgewendet.

Der wertmäßige Gesamtaufwand in dieser Warengruppe betrug insgesamt 26,477.346 S.

WIRTSCHAFTSWAREN, BEREIFUNGEN UND CHEMISCHES MATERIAL

Zur Reinigung der städtischen Ämter und Anstalten wurden Seife, Waschmittel, Soda, Besen und Bürsten sowie Boden-, Staubtücher und Putzhadern um 2,864.480 S gekauft. Für die Beschaffung von Chemikalien wurden 1,803.539 S, für Glühlampen 599.046 S, für Gummiwaren 285.946 S, für Eisenwaren 2,194.693 S, für Bereifung 471.165 S und für Geschirr- und Glaswaren 1,147.970 S aufgewendet. Außerdem wurden Elektrowaren um 807.968 S, Holzwaren um 1,255.259 S, Gittermatten um 55.793 S und Körbe um 49.818 S gekauft. Für die Reinigung wurden 894.605 S, für Transporte 391.613 S ausgegeben.

Der wertmäßige Gesamtaufwand in dieser Warengruppe betrug 12,232.772 S. Beschaffungsschwierigkeiten gab es im Jahre 1956 nicht, da bei allen Waren ein Überangebot feststellbar war. Trotzdem waren viele Waren teurer geworden. Stabil blieben die Preise bei Porzellanwaren, Glühlampen, Grobchemikalien, technischen Ölen und Fetten und chemisch-technischen Fertigprodukten, Stabbatterien und Monozellen. Billiger wurden die technischen Gummiwaren, Bereifungen, Buntmetalle und die daraus erzeugten Armaturen.

PAPIER, KANZLEIERFORDERNISSE

Zur Deckung des Papierbedarfes kaufte die Gemeinde Wien im Jahre 1956 insgesamt 512.000 kg Papier um den Betrag von 3,470.000 S. Der Hauptanteil von 402.000 kg entfiel auf Schreib- und Druckpapier; 178.500 kg wurden für die Herstellung von Schulheften, Zeichenblättern und Löschblättern für die Volks-, Haupt-, Sonder- und Berufsschüler benötigt. Auf Pappe, Karton und Packpapier entfielen 95.000 kg. Bei den holzfreien Papiersorten erhöhte sich der Preis um zirka 2 Prozent.

Der Materialbedarf der städtischen Kanzleien erforderte im Jahre 1956

1,050.000 S, das sind um 178.000 S mehr als im Vorjahr. Die Preise für Kanzleiartikel blieben gegenüber dem Vorjahr im allgemeinen unverändert; nur Waren wie Bleistifte, Lineale u. a. wurden um 5 bis 10 Prozent teurer. Durch Ankauf von Büromaschinen um 3,952.323 S hat sich die Zahl der Schreibmaschinen auf 2.681, der Rechenmaschinen auf 444 und der Buchungsmaschinen auf 75 erhöht.

Der wertmäßige Gesamtaufwand in dieser Warengruppe betrug 13,432.254 S.

BRENNSTOFFE

Trotz des internationalen Brennstoffmangels wurden die Brennstoffanforderungen der städtischen Verbrauchsstellen im Jahre 1956 restlos erfüllt. Gelegentliche Schwankungen in der Ablieferung aus den Kohlengruben und Werken wurden aus Vorräten ausgeglichen.

Insgesamt wurden an die städtischen Ämter und Anstalten 101.465 Tonnen Brennstoffe abgegeben, und zwar:

	Tonnen		Tonnen
Inlandskohle	21.171	Untierzündholz	908
Wiener Gaskoks	37.455	Chemische Untierzünder	265
Auslandskohle	15.805	Heizöl	25.861

Im Jahre 1956 stieg der Preis für Auslandskohle um 5 bis 10 Prozent, für Untierzünder um 9,2 Prozent. Die Preise der übrigen Brennstoffe blieben unverändert.

Insgesamt wurden in dieser Warengruppe 59,242.438 S aufgewendet.

MÖBEL, ALTMATERIALVERWERTUNG

Im Jahre 1956 wurde die im Vorjahr begonnene Ergänzung und Modernisierung der Einrichtungen der städtischen Anstalten, Büchereien sowie der Dienststellen der Hoheitsverwaltung im gesteigerten Ausmaß fortgesetzt und für die Anschaffung neuer Einrichtungsgegenstände 7,120.000 S aufgewendet. Von den größeren Ausgaben für die Neuanschaffungen seien hervorgehoben: 1,216.000 S für Krankenanstalten, 820.000 S für Altersheime, 650.000 S für Kindergärten, 600.000 S für Stadtkassen, 350.000 S für Städtische Büchereien, 210.000 S für Kinder- und Erziehungsheime und 140.000 S für die Fürsorgeschule der Stadt Wien.

Für die Instandsetzung von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen durch Tischler, Schlosser, Anstreicher, Tapezierer, Schildermaler usw. wurden 840.000 S aufgewendet.

Aus dem Verkauf von Altmaterial und ausgeschiedenen Sachgütern wurden 3,480.000 S eingenommen.

Der wertmäßige Gesamtumsatz in dieser Warengruppe betrug 10,202.924 S.

SCHULERFORDERNISSE

Die Beschaffung neuer Schulmöbel für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen, insbesondere aber für die Berufsschulen mit ihren stark ansteigenden Schülerzahlen, wurde fortgesetzt. Mit den neuen Möbeln wurden vor allem Schulen eingerichtet, deren Gebäude vorher modernisiert worden waren, u. a. auch die neu errichtete Volksschule II., Czerninplatz 3.

Die Möbelbeschaffungen für Schulen umfaßten im Jahre 1956 u. a.

6.000 Schülertische	510 Kasten
14.500 Sessel	150 Schülerexperimentiertische
367 Lehrertische	14 Lehrereperimentiertische

313 Buchwandtafeln	305 stabile und transportable Verdunklungen
45 Rolltafeln	25 Schreibmaschinentischen
30 Streifentafeln	50 Kreide- und Schwamm- schalenablagen
16 Physiksaaltafeln	10 Kleiderständer
77 Kredenzunterteile	40 Zeichentische
39 Kredenzoberteile	1 Flügel
100 Wasserbehälter	
10.300 Tintengläser	
500 Kreideschwammschalen	

Für diese Anschaffungen wurden 4,600.000 S aufgewendet. Die Instandsetzung des Inventars der Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie der Berufsschulen erforderte überdies 2 Millionen Schilling.

Die Zahl der angeschafften Lehr- und Lernmittel war um ein Vielfaches höher als im Jahre 1955; sie betrug bei den Büchern das Doppelte bis Dreifache, bei den Lehrmitteln das Fünf- und Sechsfache. So wurden 182.000 Lernbücher, 325.000 Exemplare als Klassenlesestoff und 30.000 Bücher für Lehrer- und Schülerbibliotheken angekauft. Die Kosten betragen einschließlich der Ausgaben für Kanzlei-, Klassen-, Schreib- und Zeichenrequisiten 6,525.000 S. Außerdem wurden Lehrmittel, wie physikalische Instrumente, Apparate, Präparate u. dgl., im Gesamtbetrag von 1,700.000 S beschafft und für Lehrmittelreparaturen 130.000 S aufgewendet.

LIEGENSCHAFTSWESEN

Im Jahre 1956 begannen die Finanzämter mit der ersten Hauptfeststellung der Einheitswerte nach den Vorschriften des Bundesgesetzes vom 13. Juli 1955 über die Bewertung von Vermögensschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148/1955. In diesem Zusammenhang hat der Magistrat den Finanzämtern die zur Festsetzung der Einheitswerte benötigten Unterlagen der von ihr verwalteten unverbauten städtischen Liegenschaften bereitzustellen. Von den derzeit anhängigen rund 3.100 Bewertungsfällen konnten bisher rund 1.400 abgeschlossen werden. Die Arbeiten werden sich voraussichtlich noch auf das ganze Jahr 1957 erstrecken. Vor dem Bewertungsgesetz erfolgte eine Neubewertung nur in bestimmten Fällen; nunmehr ist die Hauptfeststellung des Einheitswertes terminisiert für das ganze städtische Grundeigentum durchzuführen.

Die im Zusammenhang mit dem Gebietsänderungsgesetz im Vorjahr begonnene Rückübertragung von Liegenschaften an die ehemaligen Randgemeinden wurde, ebenso wie die Freimachung städtischer Grundstücke für den Bedarf der Stadt Wien, fortgesetzt.

ALLGEMEINE VERWALTUNGSANGELEGENHEITEN

DIE NATIONALRATSWAHLEN VOM 13. MAI 1956

Für die Vorbereitung und Durchführung der Nationalratswahlen 1956 standen nur knapp zweieinhalb Monate zur Verfügung. Trotzdem gelang es, die Wahl klaglos durchzuführen. Die Verwertung von Erfahrungen ermöglicht es, von Wahl zu Wahl mit weniger Personal auszukommen. Die Höchstzahl der bei den Wahlvorbereitungsarbeiten verwendeten Hilfskräfte betrug bei den Wahlen 1949 noch 1.163, bei den Wahlen 1951 nur 875, bei den Wahlen 1953 847, bei den Wahlen 1954 835 und bei den Wahlen 1956 nur noch 767.

Die Ergebnisse der Nationalratswahl 1956 wurden bereits im Anhang zum II. Teil des Jahrbuches der Stadt Wien für 1955 veröffentlicht. Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, daß von 1,192.581 Wählern nur 126 von der Möglichkeit Gebrauch machten, auf der gewählten Parteiliste Wahlwerber umzureihen oder zu streichen.

Der für die Erfassung der Wahlberechtigten günstige Jahreszeitpunkt brachte es mit sich, daß von den 1,223.103 Wahlberechtigten 1,216.926 schon im Hauptwählerverzeichnis eingetragen waren; der Nachtrag I, das sind die erst während des Schreibens des Hauptwählerverzeichnisses eingelangten Wähleranlegeblätter, umfaßte nur 3.180 Wahlberechtigte und der Nachtrag II mit den Ergebnissen des Reklamationsverfahrens vermehrte die Zahl der Wahlberechtigten nur um 2.997. Bei den Wahlen des Jahres 1954 wurden die Wahlberechtigten im Sommer ermittelt, was zur Folge hatte, daß nur 1,125.054 Wahlberechtigte im Hauptwählerverzeichnis enthalten waren, hingegen 40.859 im Nachtrag I und 32.053 im Nachtrag II. Aus dem Vergleiche dieser Zahlen von 1956 und 1954 ist die sehr starke Auswirkung des Zeitpunktes einer Wählererfassung deutlich zu entnehmen. Bei den Nationalratswahlen 1956 wurden 19.056 Wahlkarten ausgestellt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 1, Seite 581.)

VERMÖGENSSICHERUNG

Die Durchführung der Staatsvertragsbestimmungen brachte eine weitere Verminderung der Zahl der unter Aufsicht des Magistrates stehenden öffentlichen Verwalter mit sich. Gleichzeitig verringerte sich auch die Zahl der öffentlichen Aufsichtspersonen sowie der Bevollmächtigten zur Verwaltung verfallenen Vermögens, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht:

	1955	1956
Öffentliche Verwalter	256	218
Öffentliche Aufsichtspersonen	55	20
Bevollmächtigte zur Verwaltung verfallenen Vermögens	33	18

Im Jahre 1956 wurden 8 öffentliche Verwalter und eine öffentliche Aufsichtsperson eingesetzt, 42 öffentliche Verwalter und 34 öffentliche Aufsichtspersonen

abberufen. Die Aufsicht über 4 öffentliche Verwalter wurde vom Bundesministerium für Finanzen dem Magistrat übertragen. Die Aufsicht über 8 öffentliche Verwalter und 2 öffentliche Aufsichtspersonen übernahm das Bundesministerium für Finanzen. Die Gebarung von 5 öffentlich verwalteten Unternehmungen wurde durch den Magistrat, die von 11 Betrieben durch Buchsachverständige im Auftrag des Magistrates überprüft.

Die Zahl der angemeldeten Vermögensentziehungsfälle und der durch Rückstellung, Vergleich oder auf andere Weise bereinigten Fälle ist aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich:

	Stand vom	
	31. Dezember 1955	31. Dezember 1956
Angemeldete Vermögensentziehungsfälle	24.450	24.736
Bereinigte Vermögensentziehungsfälle	18.786	19.130

Außerdem wurden 352 Verfügungen über verfallene Vermögensstücke behandelt. 201 Geschäftsstücke betrafen die Rückforderung und Einhebung von Wiedergutmachungsbeträgen gemäß § 23 des Verbotsgesetzes 1947.

REGISTRIERUNG EHEMALIGER NATIONALSOZIALISTEN

Im Jahre 1956 waren in Registrierungsangelegenheiten noch 8.861 Geschäftsstücke zu behandeln. Über die Registrierung oder die Nichtregistrierung wurden zusammen 738 Bescheinigungen ausgestellt. Von den Sühnfolgen wurden 150 belastete Personen befreit. Zur Registrierung meldeten sich neu 45 Männer und 7 Frauen. In 11 Fällen war zu entscheiden, wie ein registrierungspflichtiger Spätheimkehrer in die Registrierungsliste einzutragen ist.

POLIZEIWESEN

Im Jahre 1956 wurden 422 Vereinsanmeldungen, 318 Statutenänderungen von Vereinen (Umbildungen von Vereinen) und 218 Meldungen über die freiwillige Auflösung von Vereinen behandelt. In 29 Fällen wurde die Vereinsbildung oder die Vereinsumbildung untersagt. 75 Vereine wurden behördlich aufgelöst. Bei jugendschädlichen Druckwerken wurde in 7 Fällen über Berufungen gegen Verbreitungsbeschränkungen, die das Jugendamt der Stadt Wien verfügt hatte, entschieden; 3 Fälle, in denen das Jugendamt von dieser Verfügung Abstand genommen hatte, wurden überprüft.

In Polizeistrafsachen der Sicherheitsdirektion Wien wurden 325 Berufsakten bearbeitet. In Polizeistrafsachen des Landeshauptmannes und der Landesregierung wurden 168 Berufsakten behandelt. Da die meisten Preisangelegenheiten beim Bundesministerium für Inneres zentralisiert sind, hatte sich der Magistrat im Jahre 1956 nur in 10 Fällen mit Preisprüfungen zu befassen. Die praktische Anwendung der Preisvorschriften bei der Entscheidung über Berufungen in Preisstrafsachen bildete den überwiegenden Teil der preisbehördlichen Tätigkeit des Magistrates, wozu noch die Evidenthaltung von 575 ministeriellen Preisregelungen kam.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 12, Seite 586.)

GESCHWORNEN- UND SCHÖFFENLISTEN

Im Jahre 1956 waren nur die jährlichen Gemeindebezirkslisten mit der Bezeichnung der für das Amt eines Geschwornen oder Schöffen besonders geeigneten Personen zusammenzustellen und an das Präsidium des Wiener Landesgerichtes für Strafsachen weiterzuleiten.

KULTUSWESEN, STIFTUNGEN UND FONDS, SAMMLUNGEN

In Angelegenheiten des Kultuswesens bescheinigte der Magistrat im Jahre 1956 in 191 Fällen durch die sogenannten Negativvermerke, daß gegen Rechtsgeschäfte, die Eigentum von konfessionellen Einrichtungen betrafen, vom Standpunkt der staatlichen Kultusbehörde keine Einwendungen bestehen. Außerdem wurden in Kultusangelegenheiten 4 Rechtsgutachten abgegeben. Für ministerielle Entscheidungen wurden vorbereitende Arbeiten geleistet.

Die Stiftungs- und Fondsreorganisationsgesetze führten zu 30 weiteren Reorganisationsen, und zwar von 29 Stiftungen und einem Fonds. Ende 1956 standen 309 Stiftungen und 204 Fonds unter Aufsicht des Magistrates.

Häusersammlungen für das ganze Stadtgebiet bewilligte der Magistrat für die Barmherzigen Brüder, das Wiener Jugendhilfswerk, die Tuberkulosekranken, das Wiener Sozialhilfswerk, die Blindenorganisation und die Wiener Hilfsbedürftigen. Außerdem wurden Bewilligungen für drei kleinere Häusersammlungen und für vier kleine Straßensammlungen erteilt. Allgemeine Straßensammlungen wurden für den Landesverband vom Roten Kreuz und für die Ungarnhilfe durchgeführt.

Im Einvernehmen mit der Finanzlandesdirektion Wien entscheidet der Magistrat auch über Ansuchen um Bewilligungen größerer Tombolaveranstaltungen. Im Jahre 1956 wurden acht Tombolaveranstaltungen bewilligt. Das Gesamtspielkapital betrug 1.445.000 S, verteilt auf 350.000 Lose. 59.669 Lose im Werte von insgesamt 247.178 S blieben unverkauft.

LANDESUMSIEDLUNGSSTELLE

Bei der Landesumsiedlungsstelle, die der Magistratsabteilung für Polizeiwesen, Wahlen und Verschiedenes eingegliedert ist, hatten sich bis 1. Jänner 1956 insgesamt 112.271 Flüchtlinge gemeldet; ihre Zahl stieg bis 31. Dezember 1956 auf 112.663. Von den seit Ende Oktober 1956 in großer Zahl aus Ungarn kommenden Flüchtlingen haben sich also nur verhältnismäßig wenige bis zum Ende des Jahres bei der Landesumsiedlungsstelle gemeldet. Ansuchen um Erteilung einer Einwanderungsbewilligung wurden in 98 Fällen befürwortet, in 202 Fällen abgelehnt. In 1.074 Flüchtlingsangelegenheiten wurden Anfragen von Fürsorgeanstalten und Jugendämtern sowie der Invalidenversicherungsanstalt und in 93 Flüchtlingsangelegenheiten Anfragen des Roten Kreuzes beantwortet. Die Volksdeutscheneigenschaft von Flüchtlingen wurde in 232 Fällen, und zwar vor allem für die Arbeitsämter überprüft. Wegen Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft wurden 3.174 Evidenzblätter von Flüchtlingen und wegen Erwerbung der Staatsangehörigkeit der Deutschen Bundesrepublik 34 Evidenzblätter richtiggestellt. In 35 Fällen wurde bescheinigt, daß es sich um fremdsprachige Flüchtlinge handle. Bei 194 Darlehensangelegenheiten wurden Anfragen über die Flüchtlingseigenschaft nach Prüfung der Fälle beantwortet.

BEVÖLKERUNGSWESEN

Wegen Ausfertigung eines Staatsbürgerschaftsausweises, der allein Beweiskraft für den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft hat und daher ein außerordentlich wichtiges Dokument ist, wandten sich im Jahre 1956 104.527 Personen an die Magistratsabteilung für Bevölkerungswesen; im Vorjahr wurden 117.530 Staatsbürgerschaftsausweise ausgefertigt. Im Parteienverkehr wurden 124.954 Personen gezählt, gegenüber 137.441 im Jahre 1955.

Auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes vom 8. Februar 1956, BGBl. Nr. 24/1956, können nunmehr auch wieder Personen eingebürgert werden, die während der Verbotszeit die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erworben haben.

Mit dem Erlaß vom 7. Juni 1956 hat das Bundesministerium für Inneres das Verbot der Ausgabe von Familienstambüchern durch die Standesämter anlässlich der Eheschließungen aufgehoben. Seit Oktober 1956 werden daher wieder an die Brautleute über deren Wunsch und gegen Entrichtung der Verwaltungsgebühren sogenannte Familienurkundensammlungen ausgegeben. Diese enthalten in Buchform, beginnend mit der Eheschließung, alle Vordrucke der Personenstandsurkunden für das neuvermählte Paar sowie die aus der Ehe zu erwartenden Kinder und bieten den Vorteil, daß bei ständiger Führung die Urkunden für alle in der Familie seit deren Gründung vorgekommenen Veränderungen gesammelt vorliegen. Diese Einrichtung besteht in den meisten westeuropäischen Ländern schon seit Jahrzehnten und hat sich dort bestens bewährt.

Der Flüchtlingsstrom aus Ungarn hat den Wiener Standesämtern, insbesondere dem Standesamt Wien-Innere Stadt-Mariahilf, eine beträchtliche Arbeitsvermehrung gebracht. Viele Flüchtlinge hatten den Wunsch, in Österreich zu heiraten. Da die meisten Brautleute der deutschen Sprache nicht mächtig waren, wurde dem Standesamt Wien-Innere Stadt-Mariahilf ein ungarisch sprechender Standesbeamter zugeteilt, der die Aufgebotsverhandlungen durchführte und die Eheschließungen vornahm.

Bis zum Jahresende haben beim Standesamt Wien-Innere Stadt-Mariahilf 180, bei den übrigen neun Wiener Standesämtern 55 Flüchtlinge die Ehe geschlossen.

STATISTISCHER DIENST

Mit 1. Jänner 1956 wurde eine neue bundeseinheitliche Bau- und Wohnungstatistik eingeführt, die nicht nur so wie bisher die Baufertigstellungen, sondern auch die Baubewilligungen und die Baubeginnanzeigen zahlenmäßig erfaßt. Diese Statistik stellt eine bedeutende Erweiterung der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung angeordneten Fortschreibung der Häuser- und Wohnungszählung vom 1. Juni 1951 dar.

Der Preisstatistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes lagen bisher nur die Angaben des Wiener Marktamtes zugrunde. Es ist seit längerer Zeit geplant, sie durch Preisnotierungen aus allen Bundesländern zu ergänzen. Die Vorarbeiten für die neue amtliche Österreichische Preisstatistik wurden von einem Komitee, in dem das Österreichische Statistische Zentralamt, die Kammern, der Österreichische Städtebund und das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung vertreten waren, besorgt. Der Städtebund empfahl seinen Mitgliedsgemeinden, die Erhebungsarbeiten für diese Preisstatistik zu übernehmen. Mit Rücksicht auf die große Zahl von Waren, die in die Erhebung einzubeziehen ist und um überhaupt vorerst Erfahrungen zu sammeln, beschloß das vorbereitende Komitee, die Erhebung auf Wien, die Landeshauptstädte und in Niederösterreich auf St. Pölten und Wiener Neustadt zu beschränken. Die Leitung der Erhebung wird dem Österreichischen Statistischen Zentralamt obliegen, das auch die Abfassung einheitlicher Richtlinien zu besorgen und die erforderlichen Drucksorten beizustellen hat. Die einlangenden Meldungen werden von ihm aufgearbeitet und in entsprechender Form veröffentlicht. Den Organen der Stadtverwaltung obliegt die Durchführung der Erhebung in den Geschäften. Zur Unterstützung dieser Organe werden örtliche Komitees

gebildet, denen Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft sowie der Kammer für Arbeiter und Angestellte angehören und dem auch Vertreter des Statistischen Dienstes der Landesregierungen zugezogen werden können. Da bis Ende des Jahres 1956 noch eine Reihe von Fragen offenblieb, konnte mit der Erhebungsarbeit zu Beginn des Jahres 1957 — so wie es beabsichtigt war — nicht begonnen werden.

DIE BEVÖLKERUNGSVORGÄNGE IM JAHRE 1956

Über die hauptsächlichen Ergebnisse der Bevölkerungsbilanz des Jahres 1956 und im Vergleich dazu über die des vorangegangenen Jahres informiert folgende Zahlenzusammenstellung:

	Eheschließungen		Lebendgeburten		Sterbefälle	
	absolut	auf 10.000 der Bevölkerung	absolut	auf 10.000 der Bevölkerung	absolut	auf 10.000 der Bevölkerung
1956	13.617	84	13.222	81	24.092	148
1955	13.156	82	11.839	73	23.473	145
d. i. 1956 gegenüber 1955 mehr um	461	2	1.383	8	619	3

Wie die Übersicht zeigt, lagen alle Zahlen des Jahres 1956 über denen für 1955. Die größte Zunahme ergab sich bei den Lebendgeburten, denen allerdings auch eine erhöhte Gestorbenenzahl gegenüberstand.

Eheschließungen

Die Zahl der Eheschließungen war wohl um 3,5 Prozent größer als die des vorangegangenen Jahres, doch fielen die Verhelichungen zwischen beiderseits ledigen Partnern von 59,6 Prozent im Jahre 1955 auf 54,6 Prozent im Jahre 1956 zurück. Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1956 mehr Witwen und Witwer nach einem neuen Partner für das weitere Leben Ausschau hielten als im Jahre zuvor. Dies trifft insbesondere bei den Witwen zu. Ihr Anteil an den eheschließenden Frauen ist von 6,2 Prozent (814 Fälle) im Jahre 1955 auf 12,5 Prozent (1.704 Fälle) im Jahre 1956 gestiegen. Dabei haben diese Witwen ihr neues Eheglück weniger in einer Verbindung mit einem ledigen oder verwitweten Partner, sondern vielmehr mit einem geschiedenen gesucht; von 1.704 Witwen ehelichten allein 699 einen geschiedenen Mann. Dem Rückgang der zwischen ledigen, somit in der Hauptsache zwischen Partnern jüngeren Alters geschlossenen Ehen entspricht es, daß der Anteil der Ehepartner höheren Alters sowie das — als Zentralwert berechnete — mittlere Heiratsalter anstiegen: 49 Prozent der eheschließenden Männer und 41 Prozent der eheschließenden Frauen (gegen 44 und 35 Prozent im Jahre 1955) waren 30 und mehr Jahre alt, und das mittlere Heiratsalter betrug bei den Männern 29,8 Jahre (gegen 28,5 im Jahre 1955), bei den Frauen 27,1 Jahr (gegen 26,5 im Jahre 1955). Daß der Heiratslust kaum irgendwelche Altersgrenzen gesetzt sind, läßt sich aus der Altersgliederung der Eheschließenden erweisen. Der älteste „Bräutigam“ des Jahres 1956 zählte 90, die älteste „Braut“ 83 Jahre. Umgekehrt war die jüngste Braut 14 Jahre und die jüngsten Bräutigame — es waren ihrer insgesamt 88 — 18 Jahre alt. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle haben jedoch die beiden Partner dem Lebensalter nach gut zusammengepaßt. Die statistischen Zahlen, die über den Altersabstand der Eheschließenden Auskunft geben, zeigen so ziemlich das gleiche Bild wie in den letzten Jahren: von je 100 Eheschließungen waren in 7 Fällen Mann und Frau gleichaltrig, in 71 Fällen war der Mann älter und in den restlichen 22 Fällen die Frau.



760 Bedienstete sind im Großen Festsaal des Rathauses mit der Vorbereitung der Nationalratswahlen beschäftigt

Aus dem Arbeitsgebiet: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ...

59 Männern wird das Feuerwehrereichenzeichen für ihre ersprießliche Tätigkeit überreicht





Der Forderung des Bundesdenkmalamtes entsprechend wurde die Zentralfeuerwache Am Hof unter Beibehaltung der alten Barockfassade wiederaufgebaut

Der Brand der vielbesuchten Ausflugsgaststätte auf dem Hameau löste eine schwierige Löschaktion der Wiener Feuerwehr aus



Geburten

Von den 13.222 lebendgeborenen Kindern waren 6.708 männlichen und 6.514 weiblichen Geschlechtes, d. h. es entfielen auf 100 Mädchengeburten 103 Knabengeburten. Damit weicht der Jahrgang 1956 etwas von der Norm ab, denn als solche gilt im allgemeinen eine Sexualproportion von 100 zu 106. An Mehrlingsgeburten wurden 108 Zwillingsgeburten und — nach 3 Jahren wieder — 1 Drillingsgeburt gezählt. Der mit dem Jahre 1954 einsetzende Anstieg in der Geburtenhäufigkeit unserer Stadt hat auch im Jahre 1956 seine Fortsetzung gefunden. Wenn auch die Aufwärtsentwicklung in den 3 letzten Jahren noch keine grundlegende Änderung in der Bevölkerungsstruktur Wiens ergibt, so scheint der Tiefpunkt doch überwunden zu sein. Betrug die auf 1.000 der Bevölkerung berechnete Geburtenrate im Jahre 1954 7,0 und im Jahre 1955 7,3, so erreichte sie im Jahre 1956 den Stand von 8,1.

Die Zunahme in der Zahl der Lebendgeborenen 1956 gegenüber 1955 (1.383 Kinder) trat überwiegend bei den ehelich Geborenen (+ 1.252) und nur in geringem Maße bei den unehelich Geborenen (+ 131) ein. Der Unehelichenanteil betrug 1956 10,9 Prozent, ein Ausmaß, das, seit Jahren sinkend, auf fast die Hälfte der Quote von 1937 gefallen ist. Diese Entwicklung wird von der Bevölkerungspolitik als positiv gewertet, wenn man dabei an die Vorteile denkt, die dem Kinde nur allein daraus erwachsen, daß es im Verbands der Familie gehalten und in der Familiengemeinschaft großgezogen wird. 2.173 (d. i. wie 1955 etwas mehr als zwei Drittel) von den insgesamt 3.070 im ersten Ehejahr ihrer Eltern zur Welt gekommenen Kindern haben bereits innerhalb der ersten sieben Monate des Ehebestandes ihrer Eltern das Licht der Welt erblickt, waren also etwas vorzeitig „auf dem Wege“ und haben damit sicherlich den Entschluß ihrer Eltern zur Hochzeit beschleunigt.

Nicht zuletzt sei auch auf die gegenüber 1955 erfolgte weitere Zunahme des Anteils der Anstaltsgeburten und deren besondere Höhe hingewiesen, aus der sich als eindeutiger Beweis die große Wertschätzung erkennen läßt, die den von unserer Stadt für die werdenden Mütter geschaffenen Einrichtungen entgegengebracht wird: von 100 Lebendgeborenen wurden 98 von ihren Müttern in Anstalten zur Welt gebracht; im Jahre 1955 waren es 96.

Sterbefälle

Die als relativ hoch zu bezeichnende und gegenüber dem vorangegangenen Jahre auch etwas angestiegene Sterbeziffer für 1956 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Wien einen überaus großen Anteil alter Leute — und daher stärker todesbedrohten Personenanteil — in seiner Bevölkerung aufweist. Nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1951 betrug der Anteil der 60 und mehr Jahre alten Personen für Wien im derzeitigen Gebietsumfang 20,2 Prozent (326.459 Personen). Inzwischen ist die Überalterung weiter fortgeschritten und die Lebensbedrohung der in die höchsten Altersklassen aufrückenden Bevölkerungsgruppen hat sich weiter verstärkt. Ein gewisser Hinweis darauf ergibt sich auch bei der Aufgliederung der Gestorbenen nach dem Alter: im Jahre 1951 betrug der Anteil der 60jährigen und älteren Personen unter den Gestorbenen 73 Prozent, im Jahre 1956 schon 77 Prozent. Auch aus der Feststellung der Ursachen, die zum Tod geführt haben, ergibt sich, daß die typischen Alterskrankheiten, zu denen vor allem Herz-, Gefäß- und Kreislaufkrankheiten und zum großen Teil auch Krebs zählen, weit im Vordergrund stehen. Auf diese Krankheitsgruppen allein entfallen von den insgesamt 24.092 Todesfällen des Jahres 1956 16.436, d. s. 68 Prozent.

Die steigende Tendenz bei den tödlichen Unfällen hat sich im Jahre 1956

nicht mehr fortgesetzt, die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen ging weiter zurück.

Es starben in Wien	durch Unfall oder an dessen Folgen	an Tuberkulose
1954	896 Personen	856 Personen
1955	947 Personen	676 Personen
1956	942 Personen	592 Personen

Von den insgesamt 942 im Jahre 1956 durch einen Unfall ums Leben gekommenen Wienern fielen 293 Personen, d. s. 31 Prozent, dem Straßenverkehr zum Opfer.

Das im Durchschnitt erreichte Lebensalter betrug für die männlichen Gestorbenen im Jahre 1956 65,2, für die weiblichen Gestorbenen 69,7 Jahre und zeigt gleichfalls gegenüber dem Vorjahr für beide Geschlechter eine kleine Erhöhung um 0,1.

Das Ausmaß der Säuglingssterblichkeit ist von 4,4 Prozent im Jahre 1955 auf 4,6 Prozent im Jahre 1956 angestiegen. Diese Zunahme geht lediglich auf die höhere Sterbeziffer der weiblichen Säuglinge zurück. Ihre Sterbeziffer hat sich von 3,9 Prozent im Jahre 1955 auf 4,4 Prozent im Jahre 1956 erhöht, wogegen die Sterbeziffer der unter 1jährigen Knaben von 1955 auf 1956 von 5,0 Prozent auf 4,8 Prozent gesunken ist. Das Statistische Amt hat in den letzten Jahren eigene Erhebungen über das Geburtsgewicht und die Geburtslänge der verstorbenen Säuglinge durchgeführt. Aus ihnen geht hervor, daß von den im Jahre 1956 verstorbenen 608 Säuglingen allein 360 (drei Fünftel) mit einem Gewicht von weniger als 2.500 g, somit unreif, zur Welt gekommen sind. Daraus ist zu ersehen, daß die Vermeidung einer vorzeitigen Geburt und die Sorge um die Aufzucht unreifer Kinder wichtige Voraussetzungen für eine geringe Säuglingssterblichkeit sind.

Wanderungsbewegung und Bevölkerungsstand

Dem Abgang in der Bilanz zwischen Geborenen und Gestorbenen des Jahres 1956 in der Höhe von 10.870 Personen steht ein Gewinn aus der Wanderungsbewegung mit 24.116 Personen gegenüber. Insgesamt sind im Jahre 1956 81.151 Personen nach Wien zugewandert und 57.035 Personen von Wien abgewandert. Die Zahl der im Jahre 1956 Zugewanderten war um 8.060, die der Abgewanderten um 4.050 größer als im Jahr zuvor. Wesentlich über den Monatsdurchschnitt stieg die Zuwanderung in den Monaten November und Dezember 1956 zum Zeitpunkt der politischen Wirren in Ungarn an, als von dort ausgehend der Flüchtlingsstrom auch Wien berührte.

Der Bevölkerungsstand Ende 1956 lag mit 13.246 Personen über dem Anfangsstand des Jahres und betrug 1.632.544 Personen, wovon 716.568 dem männlichen und 915.976 dem weiblichen Geschlecht zugehörten. Damit entfielen auf 1.000 Personen männlichen Geschlechts 1.278 weiblichen Geschlechts gegen 1.288 zu Beginn des Jahres 1956.

SONDERERHEBUNGEN

Im Jahre 1956 wurde auf Grund der Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 1. Februar 1951, BGBl. Nr. 52/1951, eine Bodennutzungserhebung mit dem Stichtag 20. Mai und eine Allgemeine Viehzählung am 3. Dezember durchgeführt, mit der eine Erhebung der Haus-schlachtungen von Stechvieh im abgelaufenen Jahre und des für das folgende Vierteljahr beabsichtigten Viehverkaufs verbunden war. Bei der Viehzählung waren 290 amtliche und 285 ehrenamtliche Zähler tätig.

Die statistische Auswertung der Personenstands- und Betriebsaufnahme vom

10. Oktober 1955 wurde im Jahre 1956 abgeschlossen. Die dabei ermittelten Zahlen konnten bereits in das Jahrbuch der Stadt Wien für 1955 aufgenommen werden; sie wurden sowohl für den Gebietsstand nach dem Bezirkseinteilungsgesetz 1954 wie auch für den Gebietsstand nach der Bezirkseinteilungsnovelle 1955 ermittelt.

Von städtischen Beamten wurden im Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien die angemeldeten Kraftfahrzeuge nach dem Stichtag vom 1. September 1956 gezählt. Die Auszählung erfolgte bei den Personenkraftwagen nach dem Wohnbezirk des Besitzers, bei den Lastkraftwagen nach dem Bezirk, in dem sich der Betriebsort befindet. Die Ergebnisse dieser Zählung sind in den „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien“, Jahrgang 1956, Nr. 3, veröffentlicht.

Die auf Grund einer Empfehlung der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) im Jahre 1955 durchgeführten Straßenverkehrszählungen wurden im Jahre 1956 in analoger Weise fortgesetzt. Im Wiener Bereich wurde an den gleichen Zählstellen wie im Jahre vorher in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei gezählt. In der Gesamtheit aller Zählstellenergebnisse an sämtlichen Zähltagen erhöhte sich im Tagverkehr die Zahl der Kraftfahrzeuge von 1,455.893 im Jahre 1955 auf 1,845.954. So wie im Jahre 1955 ergab sich auch 1956 an der Floridsdorfer Brücke die höchste Frequenz und stellte sich an den 15 Zähltagen auf insgesamt 253.938 Fahrzeuge gegenüber 199.039 Fahrzeugen im Jahre 1955. Die Zunahme des Verkehrs innerhalb eines Jahres wird hier deutlich sichtbar. Der stärkste Verkehr an einem Tag wurde an der Reichsbrücke am Dienstag, dem 10. Juli 1956, gezählt, an dem 21.810 Fahrzeuge die Brücke passierten. An sämtlichen 16 Zählstellen war am Sonntag, dem 21. Oktober 1956, die Tagverkehrssumme mit 172.785 Fahrzeugen am höchsten.

Für die Magistratsabteilung für Landes- und Stadtplanung wurde in der Zeit vom 19. bis 21. Dezember 1956 eine umfangreiche Straßenverkehrszählung an 357 Zählstellen des Stadtgebietes durchgeführt, bei der ebenfalls Polizeibeamte die Zählerarbeit besorgten. Auch bei dieser Zählung wurde nach Fahrzeugarten gegliedert.

STATISTISCHE VERÖFFENTLICHUNGEN UND FACHBIBLIOTHEK

Das „Jahrbuch der Stadt Wien 1956“ erschien im Umfang von 632 Seiten, wovon 232 Seiten auf den Verwaltungsbericht, 48 Seiten auf die Illustrationen und 352 Seiten auf den statistischen Tabellenteil entfallen. Im Juni 1956 erschien das „Statistische Taschenbuch der Stadt Wien“, das auf 100 Seiten die wichtigsten Daten über Wien in prägnanter Kürze enthält. Die „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien“ erschienen in vierteljährlichen Abständen und enthalten Monatsübersichten nach dem neuesten Stand. Im Jahre 1956 erschienen außerdem 3 Sonderhefte der „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien“, und zwar:

- Sonderheft Nr. 1: Historisch-statistische Übersichten von Wien, I. Teil,
- Sonderheft Nr. 2: Die Wiener Kinos und ihre Besucher,
- Sonderheft Nr. 3: Die Ergebnisse der Nationalratswahlen vom 13. Mai 1956 in Wien.

Die Sonderhefte 1 und 3 wurden im Rotaprintverfahren hergestellt, das Sonderheft 2, in Buchdruck, war zugleich ein Beitrag des Statistischen Amtes der Stadt Wien für die II. Internationale filmwissenschaftliche Woche in Wien.

Für das „Statistische Jahrbuch österreichischer Städte 1956“ sowie für die „Statistique Internationale des Grandes Villes“ des Internationalen Statistischen Instituts wurde das Zahlenmaterial über Wien beigelegt.

Die statistische Fachbibliothek konnte durch Tausch und Kauf um 466 Bände von 38.894 auf 39.360 Bände vermehrt werden. Zu den regelmäßig eingehenden Werken gehören 117 Zeitschriften. Mit rund 180 Stellen des In- und Auslandes wurde ein regelmäßiger Tauschverkehr unterhalten.

ZIVILRECHTSANGELEGENHEITEN

Die Fristengesetznovelle 1956, BGBl. Nr. 156/1956, verlängert die Verjährungsfrist alter zivilrechtlicher Forderungen nur noch in zwei Fällen im Zusammenhang mit außerhalb der österreichischen Rechtsordnung stehenden Tatsachen. Für die Vermögensabwicklungen der Stadt Wien ist diese Norm zu beachten.

Das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956, hat schwierige Fragen über die Beurteilung des Deutschen Eigentums, der Rechtsnachfolge der Republik Österreich und der Auswirkungen auf die Rückstellungsgesetzgebung teilweise geklärt. Der Magistrat hat dem Bundesministerium für Finanzen jene Liegenschaften bekanntgegeben, für deren Erwerb aus dem ehemaligen Deutschen Eigentum ein städtisches Interesse besteht; hierüber wird noch verhandelt. Ebenso wurden Verhandlungen über die Rechtslage der unteren Lobau eingeleitet, die sich infolge eines grundbücherlich nicht durchgeführten Tauschabkommens mit dem Deutschen Reich derzeit ohne entsprechende Gegenleistung im Besitz und in der Verwaltung der Bundesforste befindet.

Über die zivilrechtlichen Auswirkungen einer Novelle zum NS-Gesetz in der Möbelfrage wurden eingehende Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Justiz geführt.

Mit der Bauordnungsnovelle 1956 wurden auch wertvolle zivilrechtliche Bestimmungen aus dem Wiener Wiederaufbaugesetz übernommen, so insbesondere das gesetzliche Vorzugspfandrecht für Ersatzvornahmekostenforderungen.

Für das Wohnbauprogramm der Gemeinde wurde in fast allen Gemeindebezirken Baugrund erworben. Umfangreiche Grunderwerbungen wurden im Zusammenhang mit der geplanten Assanierung alter Stadtviertel durchgeführt. So wurde eine große Zahl demolierungsreifer Häuser in den Gebieten von Alt-Erdberg, Lichtental, Alt-Ottakring und Braunhirschengrund angekauft.

Mit den Grund- und Hauserwerbungen waren häufig kostspielige Abseidelungen von Gewerbebetrieben und die Beschaffung von Ersatzobjekten verbunden. Auch außerhalb dieser Assanierungsgebiete wurden einige alte Häuser, die vor die Baulinie ragen, zur Behebung des Verkehrshindernisses und zur bauordnungsgemäßen Neubebauung des Grundes erworben. Außerdem wurden zur Schaffung von öffentlichen Verkehrsflächen und für Straßenregulierungen Grunderwerbungen durchgeführt. So wurde z. B. der Durchbruch und der Ausbau der Schönbrunner Schloßstraße bis zur Schönbrunner Straße im 12. Bezirk durch den Abschluß der erforderlichen Grundtransaktionen ermöglicht. Für den Bau eines neuen Abganges zur Opernpassage im 1. Bezirk an der sogenannten Sirk-Ecke wurde durch einen Servitutsvertrag mit der Hotel Bristol AG die Voraussetzung geschaffen.

Für Friedhoferweiterungen wurden neue Grundstücke erworben. Insbesondere die Ergänzung des städtischen Grundbesitzes im Anschluß an den Neustifter Friedhof im 18. Bezirk machte rasche Fortschritte, und durch freihändige Erwerbungen konnten langwierige Enteignungsverfahren vermieden werden. Die umfangreichen Grundtransaktionen im Zusammenhang mit der Regulierung des Liesingbaches wurden im Gebiete der Baulose Unter-Laa und Inzersdorf fortgesetzt.

Bei der Behandlung der eingelangten Grundkaufanbote wurde auf die Notwendigkeit, eine Grundreserve für den vielseitigen Bedarf der Stadtverwaltung zu schaffen, weitgehend Rücksicht genommen.

Als besonders bemerkenswerter Ankauf ist die Erwerbung der 3.000.000 m² umfassenden Schwarzenberggründe in Neuwaldegg hervorzuheben, bestehend aus Wäldern, Wiesen und Äckern, die für die Erhaltung des Wald- und Wiesenürtels von großer Bedeutung sind. Außerdem wurden Grundstücke im 19. und 21. Bezirk im Ausmaß von zirka 23.000 m² vom Stift Klosterneuburg erworben. Hinzu kamen noch Erwerbungen von Grundstücken im 9., 12., 17., 18., 21., 22. und 23. Bezirk, die größtenteils für die Durchführung des Wohnbauprogramms bestimmt sind. In einem Fall handelt es sich um Gründe, die für die Anlage einer Straßenbahnschleife bei der Endhaltestelle in Grinzing benötigt werden.

Insgesamt wurden im Jahre 1956 Grundstücke im Gesamtausmaß von 3,970.688 m² um einen Gesamtbetrag von 54,497.000 S erworben.

Das Ausmaß der Grunderwerbungen in den einzelnen Bezirken ist aus nachstehender Tabelle zu ersehen:

Bezirk	Quadratmeter	Bezirk	Quadratmeter
I.	186	XIII.	16.099
II.	3.738	XIV.	10.018
III.	17.132	XV.	3.989
IV.	445	XVI.	10.487
V.	450	XVII.	3,113.653
VI.	2.243	XVIII.	20.955
VII.	351	XIX.	55.971
VIII.	—	XX.	11.771
IX.	796	XXI.	194.663
X.	81.270	XXII.	183.277
XI.	41.272	XXIII.	147.562
XII.	16.007	Außerhalb Wiens	38.353

Die Zahl der Zivilprozesse der Gemeinde war im Jahre 1956 wesentlich höher als im Vorjahr. Dies ist in erster Linie auf die zahlreichen Kündigungs- und Räumungsprozesse zurückzuführen, die für Freimachungen von Liegenschaften zur Durchführung des Wohnbauprogramms erforderlich waren. Von den sonstigen Prozessen betraf ein beträchtlicher Teil Schadenersatzforderungen, die an die Stadt Wien wegen angeblicher Kunstfehler bei Behandlung von Kranken in städtischen Krankenhäusern oder anlässlich von Straßenunfällen wegen behaupteter Unterlassung der Obsorge für die Straßenerhaltung gestellt wurden; hinzu kamen noch Prozesse zur Hereinbringung von Unterhaltsansprüchen, die die Stadt Wien im Regreßwege für vorgeschossene Fürsorge- und Verpflegskosten führen mußte.

Die Frage der Haftung der Stadt Wien für Straßenunfälle wird von den Gerichten nach wie vor nicht als Amtshaftungsfall, sondern als rein zivilrechtliche Haftung, und zwar sehr ausdehnend bis an die Grenze der Zumutbarkeit behandelt. Zur Vermeidung von Prozeßkosten werden in solchen Fällen Vergleiche geschlossen. Zwei Klagen der Stadt Wien gegen reichsdeutsche Firmen wegen Schäden, die nach Isolierungsarbeiten an der Aspernbrücke und Floridsdorfer Brücke innerhalb der Haftungsfrist auftraten, endeten mit der Verurteilung der Firmen zur Zahlung von 275.000 D-Mark und Tragung der Prozeßkosten. Eine Anzahl von Aufwertungsprozessen wegen Einlösung und Zinsendienstes älterer Stadtanleihen wurden zugunsten der Stadt Wien entschieden. In auffallender Weise haben sich Ansprüche gegen die Stadt Wien

aus Diebstählen in Schüलगarderoben gemehrt. In den meisten Fällen wurde aus sozialen Gründen eine vergleichsweise Regelung erzielt.

Die Zahl der für die Gemeinde positiven Gerichtsentscheidungen ist von 222 Rechtsfällen im Vorjahr auf 356 im Jahre 1956 gestiegen; dies ist auf die steigende Zahl von Kündigungen zurückzuführen. Die übrigen Streitfälle, wie insbesondere Schadenersatzansprüche aus Straßenunfällen und wegen angeblicher Fehlbehandlung in städtischen Humanitätsanstalten haben sich ungefähr auf der gleichen Höhe gehalten.

Die Zahl der Rückstellungsbegehren hat wesentlich zugenommen, weil zahlreiche reorganisierte Stiftungen nunmehr im Rückstellungsverfahren ihre Ansprüche geltend machen. In diesen Fällen sind langwierige Vermögensauseinandersetzungen erforderlich, die im Jahre 1956 nur teilweise beendet werden konnten. Ein Rückstellungsvergleich kam mit dem Verein zur Errichtung und Erhaltung kommerzieller Lehranstalten und gewerblicher Fortbildungsschulen zustande. Ebenso wurde ein für die Stadt Wien günstiger Vergleich in der Rückstellungssache des Vereines „Maria Theresia Frauenhospital“ in Wien abgeschlossen. Der Rückstellungsvergleich über die Herzstation steht vor dem Abschluß.

Von den abgegebenen Rechtsgutachten ist die Beurteilung der schwierigen Rechtsverhältnisse hervorzuheben, die sich aus den nicht zur Durchführung gelangten Tauschverhandlungen in den Jahren 1943 und 1944 über den Tausch der unteren Lobau an das Deutsche Reich gegen Erwerb von Wasserleitungsgründen in Schwarzau im Gebirge und Wildalpen und anderen Gründen zur Ergänzung des Lainzer Tiergartens durch die Stadt Wien ergaben.

Zahl und Art der Geschäftsfälle, die von der Magistratsabteilung für Zivilrechtssachen im Jahre 1956 behandelt wurden, ist aus nachstehender Aufstellung ersichtlich:

Schriftliche Rechtsgutachten	110	Tauschverträge	22
Prozesse		Baurechtsverträge	72
a) der Stadt Wien	869	Ersichtlichmachungen bei Bau-	
b) gegen die Stadt Wien	113	bewilligungen	686
Rückstellungssachen	65	Exekutions- und Zwangsver-	
Verlassenschaftsfälle	6	steigerungen	883
Ausgleichsfälle	82	Wiederaufbaudarlehensfälle	9
Konkursfälle	84	Herstellung von Grundbuchs-	
Grundbuch-Sicherstellungen	277	ordnungen	181
Löschungserklärungen	175	Urkundenhinterlegungen	4
Freilassungserklärungen	45	Kuratorbestellungen	11
Kaufverträge	458	Vollmächtausfertigungen	55

GEWERBEWESEN

Eine Neuerung auf dem Gebiet des Gewerbewesens stellt das vom Wiener Landtag am 13. Juli 1956 beschlossene Betriebsaktionen-Verbotsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 24/1956, dar, wonach gewisse nicht gewerbsmäßige Verteilertätigkeiten untersagt sind.

Dieses Gesetz hat folgende Vorgeschichte:

Die Gewerberechtsnovelle vom Jahre 1952, BGBl. Nr. 179/1952, hat das „Sammeln von Warenbestellungen oder die Entgegennahme und Verteilung von Waren, es sei denn, daß dies auf Grund einer Gewerbeberechtigung nach Maßgabe der hiefür geltenden gesetzlichen Vorschriften geschieht“, unter Strafe gestellt. Der Verfassungsgerichtshof hat nun mit Erkenntnis vom 11. Oktober

1954 diese Strafbestimmung als verfassungswidrig aufgehoben und dies damit begründet, daß sich diese Strafandrohung nicht als eine Maßnahme auf gewerblichem Gebiet qualifizieren lasse und in die Zuständigkeit der Länder falle.

Nach dem Wiener Landesgesetz, LGBl. für Wien Nr. 24/1956, begeht derjenige eine Verwaltungsübertretung, der, ohne daß die Merkmale gewerbsmäßigen Betriebes vorliegen, Waren auf Lager hält und diese Waren verteilt oder eine Sammelbestellung auf die Lieferung von Waren herbeiführt oder Waren zwecks Durchführung oder Vermittlung eines Verkaufes übernimmt, wie dies bei den sogenannten Betriebsaktionen der Fall ist.

Der § 36 Abs. 5 der Gewerbeordnung handelt von der Feststellung des Umfanges einer Gewerbeberechtigung und sieht die Anrufung des bei jeder Landeskammer der gewerblichen Wirtschaft vorgesehenen Schiedsgerichtes sowie die Berufung gegen den Ausspruch dieses Schiedsgerichtes an das Handelsministerium vor. Der Verfassungsgerichtshof hat nun mit Erkenntnis vom 20. März 1956 den zitierten Absatz 5 des § 36 der Gewerbeordnung als verfassungswidrig aufgehoben, da durch den Rechtsmittelzug direkt an das Handelsministerium der Landeshauptmann durch einfaches Bundesgesetz ausgeschaltet war. Durch dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ist nun der Rechtszustand eingetreten, daß gegen einen Ausspruch des Schiedsgerichtes die Berufung durch den Landeshauptmann zu erledigen ist und daß erst gegen dessen Bescheid eine Berufung eingebracht werden kann, über die das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zu entscheiden hat.

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen zeigt weiterhin eine sinkende, jene der Gewerberücklegungen hingegen eine steigende Tendenz. Im Jahre 1956 erfolgten 7.252 Anmeldungen gegenüber 7.706 im Jahre 1955, die Zahl der Rücklegungen ist von 8.797 im Jahre 1955 auf 8.972 angestiegen. Die Zunahme der Gewerberücklegungen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß Gewerbetreibenden, die ihre Konzession zurücklegen, die Möglichkeit geboten ist, eine Altersunterstützung zu erhalten.

VERKEHRSRECHTSANGELEGENHEITEN

Das neue Kraftfahrgesetz 1955, BGBl. Nr. 223/1955, und die Kraftfahrverordnung 1955, BGBl. Nr. 288/1955, die am 1. Jänner 1956 rechtswirksam geworden sind, haben durch die Bestimmung, daß nunmehr die Aufsicht über Fahrschulen ausschließlich dem Landeshauptmann obliegt, eine Vermehrung der städtischen Verwaltungstätigkeit mit sich gebracht. Hinzu kam noch, daß nunmehr auch die Genehmigung von Blaulicht und Folgetonhorn für bevorrechtete Fahrzeuge sowie die Bewilligung zur Unterrichtserteilung auf die Dauer von drei Monaten an noch nicht geprüfte Fahrlehrer (Probefahrlehrer) in die Kompetenz der Magistratsabteilung für Verkehrsrechtsangelegenheiten fiel.

Die Ausgestaltung des Verkehrswesens wirft ständig neue Rechtsfragen auf, die einer Lösung zuzuführen sind. Die zahlreichen Straßenneu- und -umbauten und die damit verbundenen Verlegungen von Haltestellen der Straßenbahn und des Autobusbetriebes, der Taxistandplätze u. dgl. erfordern auch eine rechtliche Regelung.

Die bezirkweise Zusammenfassung der Kundmachungen zur Regelung des Verkehrs wurde fortgesetzt. Bisher wurden solche Zusammenfassungen für die Bezirke I bis IX verlautbart. Von den neuen Verkehrsregelungen sind die Einbahnstraßenerklärungen für folgende Verkehrswege hervorzuheben:

- I., Elisabethstraße, Lothringerstraße, Mölker Bastei, Nibelungengasse, Rotenturmstraße, Rudolfsplatz, Tuchlauben.
- II., Engerthstraße, Novaragasse, Zirkusgasse.
- III., Reiserstraße, Salmgasse, Aspangstraße.
- IV., Heumühlgasse, Kreuzherrengasse, Preißgasse.
- V., Margaretenstraße, Schönbrunner Straße, Wehrgasse.
- VII., Lindengasse, Seidengasse, Stollgasse.
- VIII., Kochgasse, Piaristengasse, Lederergasse, Strozzigasse.
- XII., Aichhorngasse, Ignazgasse, Rosaliagasse, Steinhagegasse.
- XV., Arnsteingasse, Braunhirschengasse, Diefenbachgasse, Kellinggasse, Oesterleingasse, Rauchfangkehrergasse, Turnergasse.
- XVII., Hernalser Hauptstraße, Kalvarienberggasse, Rosensteingasse, Taubergasse, Veronikagasse.
- XXIII., Mauer, Freisingergasse.

Fahrverbote und Gewichtsbeschränkungen wurden für folgende Verkehrswege erlassen:

- XI., Molitorgasse, Scherrgasse, Zippererstraße.
- XIV., Hochsatzengasse.
- XVI., Brunnen- und Yppenmarkt.
- XIX., Pyrkergasse.
- XXIII., Mauer, Eichengasse, Kantgasse, Marktgemeindegasse, Tilnergasse, Tullnertalgasse.

Außerdem wurden von der Gemeinde als administrative Aufsichts- und Genehmigungsbehörde für den Straßenbahnbetrieb Genehmigungen für Werkstätten, Bahnhöfe, Wartehallen u. dgl. erteilt.

Im Kraftfahrlinienverkehr und Mietwagenverkehr mit Omnibussen sind gegenüber 1955 keine wesentlichen Änderungen zu verzeichnen, nur einige Standplätze des Platzfuhrwerks wurden neu genehmigt oder verändert. Der sich aus der Verordnung BGBl. Nr. 54/1955 ergebende Umtausch der Berechtigungsurkunden für die nichtlinienmäßige gewerbsmäßige Beförderung von Personen zu Lande wurde abgeschlossen.

Die Zahl der Straßerverkehrsfälle hat sich im Jahre 1956 gegenüber dem Vorjahr wesentlich erhöht.

ADMINISTRATIVE BAU-, ELEKTRIZITÄTS-, EISENBAHN- UND LUFTFAHRTSANGELEGENHEITEN

Die fortschreitende Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse brachte eine erhöhte Leistungsfähigkeit der Eigentümer von Liegenschaften mit sich. Daraus ergab sich, daß die Eigentümer zum Großteil den von der Baubehörde geforderten bauordnungsmäßigen Zustand ihrer Gebäude aus eigenem herstellten, so daß die zwangsweise Beseitigung von Baugebrechen in immer weniger Fällen erforderlich war. Damit hat sich auch die Zahl der Vollstreckungsfälle beachtlich verringert.

Die Zahl der Berufungen an die Bauoberbehörde ist zurückgegangen; dagegen hat der qualitative Inhalt bedeutend zugenommen. Früher wurde getrachtet, mit der Einbringung von Berufungen Zeit zu gewinnen, dagegen wird nunmehr immer stärkeres Gewicht auf schwierige Rechtsfragen gelegt. Infolge der steigenden Motorisierung wurden zahlreiche Tankstellen, die durch viele Jahre stillgelegt waren, wieder aktiviert; zugleich wurden Erweiterungen durch Zulagerungen von Treibstoffbehältern im Interesse der differenzierten Kundenwünsche angestrebt.

Neben der Mitarbeit des Magistrats an der Bauordnungsnovelle 1956 ist auch die an den Entwürfen eines neuen Feuerwehr- und Feuerpolizeigesetzes sowie des Garagengesetzes zu erwähnen. Die feuerpolizeilichen Gesetze sollen an Stelle der aus dem Jahre 1892 stammenden Bestimmungen treten, und das Garagengesetz soll die reichsdeutschen Bestimmungen ersetzen. Außerdem wurde an anderen Gesetzentwürfen, wie dem Straßenverwaltungsgesetz und dem Kleingartengesetz, mitgewirkt, und an zahlreichen Beratungen teilgenommen.

Beim Verwaltungsgerichtshof wurden im Jahre 1956 71, beim Verfassungsgerichtshof 7 Beschwerden eingebracht. In den Gegenschriften der belangten Behörden waren Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung zu untersuchen. Der Verwaltungsgerichtshof hat 36 Erkenntnisse über Beschwerdefälle aus den früheren Jahren ergehen lassen, die in den meisten Fällen den Standpunkt der Verwaltungsbehörden anerkennen.

Im Jahr 1956 langten insgesamt 6.110 Geschäftsstücke ein, die folgende Gegenstände betrafen:

Grundabteilungen	2.908	Fluchtlinien-Angelegenheiten ..	132
Enteignungen	19	Eisenbahn-Angelegenheiten	261
Allgemeine Bausachen	773	Elektrizitäts-Angelegenheiten ..	340
Bauoberbehörde-Angelegenheiten	682	Post- und Telegraphen-Angelegenheiten	82
Ersatzausführungen	209	Benzintankstellen auf öffentlichem Gut	161
Berufungen in Verwaltungsstrafsachen	316	Verschiedenes	227

FEUERWEHR DER STADT WIEN

ORGANISATION

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1956 wurde die Dienststellenbezeichnung der Feuerwehr der Stadt Wien auf „Magistratsabteilung 68 — Feuerwehr der Stadt Wien“ geändert. In diesem Jahre genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Übereinkommen wegen entgeltlicher Hilfeleistung der Wiener Berufsfeuerwehr in folgenden außerhalb des Wiener Stadtgebietes gelegenen Betrieben: Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Sonderstation „Stollhof“, Klosterneuburg; Vereinigte Walzmühlen Ludwig Polsterer, Mühlenwerk Enzerdorf an der Fischa und ehemalige Papierfabrik, Kleinneusiedl; Österreichische Mineralölverwaltung, Raffinerie Korneuburg.

Ein an die Feuerwache Kaiser-Ebersdorf angrenzender Grundstückteil der Liegenschaft, XI., Kaiser-Ebersdorfer Straße 310, wurde in die Verwaltung des Feuerwehrkommandos übernommen, und das zuletzt als Magazin verwendete Gerätehaus der ehemaligen Freiwilligen Feuerwehr Hadersdorf, Mauerbachstraße 27, in die Verwaltung der Magistratsabteilung für Straßenreinigung übergeben.

BRANDVERHÜTUNG

Organe der Feuerwehr wurden im Jahre 1956 in verschiedenen Angelegenheiten der Brandverhütung als Amtssachverständige herangezogen. Sie intervenierten bei 187 Bauverhandlungen, 669 gewerbe- und ortspolizeilichen Genehmigungsverhandlungen, 151 kommissionellen Überprüfungen verschiedener Art und bei 410 Feuerbesuchen. Für verschiedene städtische Dienststellen sowie auf Grund von unmittelbar bei der Feuerwehr eingelangten Anzeigen wurden 272 feuerpolizeiliche Erhebungen durchgeführt. In 304 Fällen waren auf polizeiliche oder gerichtliche Anfragen Gutachten über die Entstehung oder den Verlauf bestimmter Brände zu erstatten.

Zu 4.251 Theatervorstellungen wurden 8.845 Bedienstete und zu Filmaufnahmen 447 sowie zu sonstigen Veranstaltungen 576 Bedienstete als Feuerwachen entsandt. 6 Inspektionsrauchfangkehrer nahmen 2.501 Ortsaugenscheine vor, die sich hauptsächlich auf Baugebrechen und andere Mängel an Rauchfängen und Feuerstätten bezogen.

FAHRPARK UND AUSRÜSTUNG

Im Jahre 1956 wurden unter Benützung vorhandener Fahrgestelle zwei Pumpenwagen, Type 15, und ein Telegraphenbauwagen gebaut. Außerdem wurden eine Magirus-Kraftfahrdrehleiter mit 50 m Steighöhe und ein Lastkraftwagen „DKW-Kombi, Type 3 = 6“, angeschafft. Von größeren Instandsetzungs- und Abänderungsarbeiten werden folgende hervorgehoben: Umbau der schadhaften Karosserie eines Kommandantenwagens und Adaptierung eines Kommandantenwagens für den Rauchfanginspektionsdienst; Adaptierung eines Pumpenwagens als Atemschutzwagen und Abänderungsarbeiten an zwei Pumpenwagen für die zeitweilige Verwendung als Atemschutzwagen; Erneuerung und Vergrößerung der Doppelkabinen von vier Tanklöschwagen so-

wie Erneuerung der Wassertanks von zwei Tanklöschwagen. Die maschinelle Ausrüstung wurde durch den Ankauf von 21 Tragkraftspritzen, 12 Auspumpaggregaten, 2 Außenbordmotoren und 4 elektrischen Luftpumpen ergänzt. Für die Autoreparaturwerkstätte wurden eine Säulenbohrmaschine, ein fahrbarer Werkzeuggestisch und ein Werkzeugschrank angekauft.

Am Jahresende 1956 standen für den Feuerwehrdienst einsatzfähig zur Verfügung:

Alarmfahrzeuge der Berufsfeuerwehr	120
Sonstige Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr	21
Kraftfahrzeuge bei den Freiwilligen Feuerwehren	4
Fahrzeuge zusammen	145

Die Fahrleistung der Kraftfahrzeuge der Berufsfeuerwehr betrug 317.577 km, die Leistung der Pumpen 3.479 Arbeitsstunden. Der Treibstoffverbrauch betrug 108.460 Liter Benzin und 26.057 Liter Dieselkraftstoff.

Zur Ergänzung der Ausrüstung wurden im Jahre 1956 3.000 m gummierte B-Druckschläuche, 1.500 m gummierte C-Druckschläuche, 10 A-Saugschläuche à 2 m, 11 Greifzüge für 1,5 t Nennlast, 10 elektrische Handkreissägen, 15 Handscheinwerfer, 5 Bootsscheinwerfer, 10 Rettungszillen, 8 leichte Taucheranzüge, ein schweres Tauchgerät DM 40 und 7 leichte Tauchgeräte (AGA-Respiratoren) angeschafft.

Außerdem wurde die maschinelle Einrichtung der Gerätemeisterei ergänzt.

Ende 1956 verfügte die Feuerwehr über 42.175 m B-Druckschläuche, gummiert, 39.515 m C-Druckschläuche, gummiert, und 29.760 m C-Druckschläuche, un gummiert.

NACHRICHTENANLAGEN

Das Brandmeldenetz wurde im Jahre 1956 um 9.800 m Freileitungen erweitert. Im Laufe des Jahres wurden 24 Brandmelder in Theatern, Großbetrieben und öffentlichen Gebäuden an das Fernmeldenetz der Feuerwehr angeschlossen. Die Zahl der an die zentrale Uhrenanlage der Feuerwehr angeschlossenen öffentlichen Uhren wurde um 14 vermehrt.

Die Fernmeldeanlagen in der Nachrichtenzentrale und in den Nachrichtenstellen Mariahilf, Hernals und Margareten wurden erweitert.

Ende 1956 standen der Feuerwehr 112,739 km (Künettenlänge) eigene Erdkabel, 8 km Erdkabel der städtischen Wasserwerke, rund 100 km Kabeladern der Postverwaltung und 52,77 km feuerwehreigene Freileitung zur Verfügung. An diese Leitungen sind 32 Telegraphenstationen, 31 Telephonvermittlungsschränke, 273 Telephontischstationen (davon 21 bei fremden Dienststellen), 107 Brandmelder, 246 elektrische Nebenuhren und 59 öffentliche Uhren angeschlossen.

BAU UND ERHALTUNG DER FEUERWEHRGEBÄUDE

Nach Durchführung von geringfügigen innenarchitektonischen Arbeiten wurden die im Jahre 1955 fertiggestellten Wiederaufbauten der Feuerwehrzentrale Am Hof 9 und der Hauptfeuerwache Hernals am 17. März 1956 von Bürgermeister Jonas feierlich eröffnet. Die Gesamtbaukosten des Gebäudes Am Hof 9 betragen 11,696.000 S, jene der Hauptfeuerwache Hernals 8,246.500 S.

Im Jahre 1956 wurde mit dem Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Hauptfeuerwache Döbling und mit dem Neubau der Feuerwache Weidlingau, die künftig mit Männern der Berufsfeuerwehr besetzt werden wird, begonnen. Das baufällig gewordene Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Weidlingau, Mühlbergstraße, wurde abgebrochen.

Größere Instandsetzungsarbeiten wurden im Hause Am Hof 10 der Feuer-

wehrzentrale, in den Hauptfeuerwachen Favoriten und Floridsdorf, den Feuerwachen Altmannsdorf, Breitensee, Brigittenau, Grinzing, Liesing, Neubau, Neustift, Penzing, Speising, Stadlau, Steinhof, Währing und Wienerberg sowie im Gerätehaus Breitenlee durchgeführt. In mehreren Feuerwachen wurde die Einrichtung der Aufenthalts- und Schlafräume erneuert.

BEMERKENSWERTE AKTIONEN DER FEUERWEHR

Für die Feuerwehr der Stadt Wien war das Jahre 1956 als Katastrophenjahr zu bezeichnen; ihre Dienste wurden 7.325mal in Anspruch genommen. Im Jahre 1955 gab es in Wien 5.507 Ausrückungen. Der Rekord im Jahre 1956 ist vor allem auf die zahlreichen Wasserrohrbrüche zurückzuführen, die während der Frostperiode im Februar entstanden sind. Der abnormen Kältewelle folgten im März heftige Stürme, so daß sämtliche Feuerwachen in Alarmzustand gehalten werden mußten. In diesem Monat gab es Tage mit 200 bis 300 Ausrückungen. Im Sommer entstanden infolge einer Trockenheitsperiode viele Grasbrände, die der Feuerwehr sehr zu schaffen machten. Wien wurde in diesem Jahre mehrmals von Brandkatastrophen heimgesucht.

Der größte Brand seit Kriegsende ereignete sich am 13. April 1956 im Börsegebäude. Das Feuer brach um Mitternacht aus. Wenige Minuten später war die Feuerwehr zur Stelle. Der kommandierende Offizier erkannte sofort die Gefahr und gab Großalarm. Es wurden vier komplette Bereitschaftszüge der Feuerwehrzentrale, der Wachen Döbling, Mariahilf und Leopoldstadt sowie Gerätewagen der kleineren Wachen, insgesamt 32 Fahrzeuge, eingesetzt. Die Aktion erforderte auch die Verwendung schwerer Gasschutzgeräte.

Erst nachdem die große Ausstellungshalle durchgebrannt war, konnten die Feuerwehrmänner in das Innere des Gebäudes vordringen. Gegen 5 Uhr gelang es, den riesigen Brandplatz unter Kontrolle zu bringen. Das volle Ausmaß der Katastrophe war noch nicht zu überblicken, eines aber war bereits klar zu sehen: der Prunkbau Theophil *Hansens* am Schottenring war nicht mehr zu retten. Um 10 Uhr stürzte das Dach des völlig ausgebrannten Börsesaales in die Tiefe und brannte im glühenden Schutt weiter. Die im Inneren des Börsegebäudes eingesetzten Feuerwehrleute konnten sich buchstäblich erst im letzten Augenblick vor den Trümmern des herabstürzenden Mauerwerkes und den glühenden Traversen retten.

Um 11 Uhr war das Feuer lokalisiert. Um die Mittagsstunde waren am Brandort immer noch 16 Löschzüge zur Bekämpfung der Trümmerbrände eingesetzt.

Bei der Löschaktion wurden 15 Feuerwehrmänner verletzt, von denen sich ein Großteil nach erster ärztlicher Hilfe wieder zum Dienst meldete.

Großbrände wurden außerdem in zwei Werkhallen der Kabelfabrik Felten & Guillaume, X., Gudrunstraße 11, in der Großtischlerei Nikolaus & Hösel, XIV., Cumberlandstraße 49, im Betrieb der Firma Czeija, XIX., Hammer-schmidtgasse 18, und in der Reißwollefabrik Krall & Co., XXIII., Atzgersdorf, Ziedlergasse 11, bekämpft. Hervorgehoben sei der Brand in der Verbandstoff-fabrik Rauscher & Co., VII., Schottenfeldgasse 78, bei dem wegen der starken Rauchentwicklung 31 schwere Atemschutzgeräte eingesetzt werden mußten. Bei dem Dachbrand in der Gastwirtschaft Hameau im 17. Bezirk konnte trotz der exponierten Lage und der schwierigen Wasserzubringung die völlige Zerstörung dieses Objekts verhindert werden.

STÄDTISCHE UNTERNEHMUNGEN

WIENER STADTWERKE

Die Wiener Stadtwerke bemühen sich, ihre Teilunternehmungen nach modernsten wirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten zu führen. Dies erfordert die bestmögliche Anwendung der Methoden der Automation in der Verwaltung. Seit mehr als 40 Jahren werden bei den städtischen Unternehmungen Lochkartenmaschinen verwendet. Um den höchsten Grad der Wirtschaftlichkeit zu erzielen, werden aber auch andere Wege der Rationalisierung gegangen. So konnte bei den Verkehrsbetrieben durch die Einführung moderner Safeanlagen der lästige und gesundheitsschädliche Nachtdienst bei den Streckenkassen beseitigt werden, außerdem stehen dadurch den Schaffnern längere Abrechnungszeiten zur Verfügung.

Bei den meisten modernen Arbeitsmethoden in der Verwaltung sind jedoch Lochkartenmaschinen unerlässlich. Die umfangreiche Lagerabrechnung der Wiener Stadtwerke, die monatlich rund 100.000 Lochkarten zu bewegen hat, wäre händisch oder mit den üblichen Büromaschinen nicht zu leisten. Auch die gemeinsame Abrechnung von Gas und Strom konnte erst mit Hilfe moderner Maschinen wirtschaftlich durchgeführt werden. Der Einsatz automatischer Verrechnungsvorgänge ist am zweckmäßigsten bei Massenarbeiten. Dazu zählt auch die Gehaltsverrechnung, die monatlich rund 40 000 Bezüge zu bewältigen hat. Die Wiener Stadtwerke haben aus diesem umfangreichen Arbeitsgebiet vorerst die Pensionen und die Bezüge der Schema-II-Beamten herausgegriffen.

Mit dem von den Stadtwerken angeschafften Elektronengerät wird es möglich sein, die überaus komplizierte Gehaltsverrechnung der Schaffner und Fahrer der Verkehrsbetriebe durchzuführen, die, den bestehenden Gehaltsbestimmungen entsprechend, nach Minuten wöchentlich durchgerechnet und einmal monatlich abgerechnet wird. Darüber hinaus wird es die Betriebs- und Finanzbuchhaltung, Betriebsabrechnung sowie verschiedene Statistiken ermöglichen.

Die Bestrebungen, neue Arbeitserfolge zu erzielen, erstrecken sich auch auf das technische Gebiet und haben zur Einsetzung von Arbeitsausschüssen geführt. Im einzelnen wurden Untersuchungen zur Typisierung und Normierung lichttechnischer Anlagen und Beleuchtungskörper sowie von Einrichtungsgegenständen vorgenommen.

Die fachliche und allgemeine Ausbildung der Jugendlichen wird von eigens bestellten Jugendbetreuern überwacht; sie wird für die kaufmännischen Lehrlinge in eigenen Klassen der Berufsschule ergänzt. Der Bedarf an Arbeitskräften wurde durch Personalausgleich innerhalb der Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke oder durch Überstellungen aus dem Bereich des Magistrats sowie durch Neuaufnahmen gedeckt.

Die Erhöhungen der Dienstbezüge einschließlich der Ruhe- und Versorgungslasten auf Grund des ersten Teiles des Gehaltsgesetzes 1956 betragen zirka 14 Prozent, d. s. rund 116,2 Millionen Schilling.

GASWERKE

Im Jahre 1956 wurden 169 555.100 m³ Kohlengas, 78 882 900 m³ Koksgas und 154 056.700 m³ Erdgas-Luftspaltgas und 11 550 300 m³ Erdgas-Wasserdampfspaltgas erzeugt sowie insgesamt 173 854.420 m³ Erdgas bezogen. Die Summe aus Erzeugung und Bezug beträgt 555 900 920 m³, wobei die zur Spaltgaserzeugung notwendige Erdgasmenge von 31.998.500 m³ abgezogen ist; das Gesamtvolumen ist um 53.215.210 m³, d. s. 10.59 Prozent, größer als im Jahre 1955.

Die nutzbar abgegebene Gasmenge war um 49 877.300 m³, d. s. 12.03 Prozent, größer als im Jahre 1955. Der sogenannte Meßverlust, also die Differenz zwischen der von den Werken abgegebenen Gasmenge und der nutzbar abgegebenen Menge, betrug ebenso wie im Vorjahr rund 7 Prozent.

Die größte Tagesmenge wurde am 10. Februar mit 2.303.300 m³ erzeugt, die kleinste am 28. Juli mit 729.000 m³. Die Höchstabgabe in einer Stunde erfolgte mit 205.030 m³ am 25. Dezember von 11 bis 12 Uhr. Im Tagesdurchschnitt wurden 1.358.583 m³ gegen 1.218.233 im Jahre 1955 abgegeben.

Der durchschnittliche Heizwert des Stadtgases betrug bei 0° C und 760 mm Barometerstand 4.238 kcal/m³.

In den Werken wurden folgende größere Zu- und Ergänzungsbauten, Instandsetzungsarbeiten sowie Verbesserungen durch technische Neuschaffungen durchgeführt.

Gaswerk *Simmering*: Projektierung und Beginn der Arbeiten am Kohlenkran I für den Anschluß an die neue Hängebahn und den Einbau eines Gummiförderbandes; Anschaffung von Hängebahnwagen sowie eines Reservegreifers für den Kohlenkran II; Einbau eines Metallsuchgerätes und Änderung der maschinellen Einrichtung an der Kohlenmahlanlage; Errichtung eines Flugdaches über der Waggonentleerung und Einbau einer Gasheizung in der Koks-sortieranlage; Anschaffung einer Koksabsackwaage; Fertigstellung der Methanspaltanlage II durch Inbetriebnahme von zwei Spaltöfen (5 und 6), der zugehörigen beiden Kühler und Aufstellung eines 3. Gebläsesatzes für Gas und Luft; Anschaffung von Apparaten, Gebläsen und Geräten für die neue Wasserdampf-Methanspaltanlage Ofen 1—4; Beschaffung eines Drehkolbengebläses für die provisorische Wasserdampf-Methanspaltanlage in der ehemaligen Wassergasanlage; Erweiterung der Öllageranlage, Aufstellung eines Heizöllagerbehälters; Herstellung eines Meßschachtes für Kohlengasmessung; Erweiterung der Heizanlage bei den Gasbehältern 1—4 und Herstellung einer Pumpenheizanlage beim Behälter 5; Fertigstellung der Turbosauganlage und Ausgestaltung der Abdampfverwertung; Anschaffung von Dampfkolben-Speisewasserpumpen für das Kesselhaus; Errichtung einer Warmwasserheizung im Zubau Hauptmagazin; Anschaffung eines Stadtgasfördergebläses für 50 000 m³/Stunde samt Dampfturbinenantrieb; Umbau der Hochspannungs-seite der Transformatorstation V und Anschaffung von Transformatoren für die Umspanneranlage II und V; Herstellung einer explosions-sicheren Beleuchtungsanlage im Gebläsehaus; elektrische Licht- und Kraftstrominstallation beim Behälter V der Methanspaltanlage II, in der Sanitätsstation und im Hauptmagazin. Ausgestaltung der elektrischen Schalteinrichtungen und Anschaffung von Meßgeräten bei der Koksausstoßmaschine 2, den Brunnenanlagen und in der Elektrowerkstätte; Erweiterung des Blitzschutzes bei verschiedenen Neuanlagen, Ausgestaltung der Werkstätten und Laboratorien durch Anschaffung von Geräten, Werkzeugmaschinen und Hebezeugen; Errichtung einer Versuchsanlage für Erdgasspaltung; Umbau des fahrbaren Miag-Kranes auf Dieselelektro-Betrieb; Fertigstellung der Warnlichtanlage für die Vollbahn; Herstellung von Gebäuden, Maschinenfundamenten und Kanälen für die Methanspaltanlage II und die Öllageranlage; Verlegung einer Erdgasleitung

von 900 und 1.000 mm Durchschnitt längs des alten Ofenhauses; Umbau der Sanitätsstation; Errichtung von Einstellräumen für Kraftwagen und Motorräder beim Behälter V; Anbau einer Garderobe und einer sanitären Anlage beim Kantinegebäude; Erneuerung der Vollbahngleisanlage bei der Werks-einfahrt und längst des Kohlenlagerplatzes.

Gaswerk *Leopoldau*: Aufstellung einer Kohlenmühle (Prallmühle); Montage einer Koksachsiebanlage; Anschaffung von Kohlenhängebahnwagen; Erneuerung der Kohlenkranfahrbahn am nördlichen Kohlenlagerplatz; Aufstellung von 2 Koksabsackwaagen; Beginn an dem Umbau des Reinigerkranes; Auswechslung der Decke bei einem Teerscheidebehälter; Umbau der Resonanzsiebe in der Kokssortieranlage und Anschaffung eines fahrbaren Gummitransportbandes; Aufstellung und Inbetriebnahme von 2 Spaltöfen sowie Erweiterung der Schaltwarte in der Methanspaltanlage; Montage der Bandbrücken und der maschinellen Einrichtung der neuen Koksförderanlage; Vorbereitungsarbeiten zur Aufstellung einer Methanspaltanlage nach amerikanischer Lizenz; Aufstellung einer Hochdruckkesselanlage für 45 atü; Erhöhung des Kesselhauses, Erweiterung der Wasserreinigungsanlage, Beginn der Montage des Kessels für 30 t/Stunde, Aufstellung der Speisepumpen und Verlegung der Gas- und Ölleitungen; Erneuerung von 2 Riesekühlern beim Benzolstufenwäscher; Montage von Leichtölkühlern in der Leichtölanlage; Anschaffung einer Destillierblase für die Benzolfabrik und einer Anlage zur Entpechung des Waschöles; Aufstellung eines Gebläses samt Dampfurbine im Wäscherhaus zur Förderung von Spalt- oder Generatorgas; Anschaffung eines Stadtgasfördergebläses für 85.000 m³/t/Stunde samt Dampfurbinenantrieb; Anschaffung von Transformatoren für die Umspannanlage III; Umbau der 5 kV-Einrichtung bei der Transformatorstation V und Fertigstellung des Hochspannungskabelringes; Herstellung einer Verteilerbatterie für die neue Koksförderanlage; Bau einer Hochspannungsanlage für den 5 kV-Antrieb der neuen Kohlenmühle; Verstärkung der Sammelschienen in der Zentralschaltstation; Erneuerung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung; Erweiterung der Wächter-Kontrollanlage und der Blitzschutzeinrichtungen; Anschaffung von verschiedenen Prüf- und Meßgeräten für die Elektrowerkstätte; Ausgestaltung und Erneuerung der Ammoniakfabrik durch Anschaffung von verschiedenen Spezialapparaten und Geräten; Anschaffung von Werkzeugmaschinen für die Werkstätten sowie verschiedener Maschinen für das Magazin, für die Gebäude- und Straßenerhaltung; Anschaffung von Kalorimetern, von Kontroll- und Meßgeräten für die Laboratorien und Anschaffung von Apparaten zur Überwachung des Speisewasser- und Kondensatanfalles; Erneuerung der Koksförderanlage; Fertigstellung der Bauarbeiten bei der Koksabwurftrampe und dem Eck- und Mittelurm; Herstellung der Fundamente für die Fördergurte 1; Montage und Verschalung der Förderbandbrücken 1 bis 3; Ausgestaltung der Kanalisation durch Anschluß des Werkskanales an den Sammelkanal in der Siemensstraße und Verlegung eines Rohrkanales in der Zufahrtstraße; Erneuerung der Vollbahn- und Feldbahngleisanlagen längs der neuen Koksförderanlage; Verstärkung und Neuherstellung der Fundamente für die Kranbahn des nördlichen Kohlenlagerplatzes; Vergrößerung der Meßwarte, Herstellung eines Reglerraumes und der Fundamente für die Methanspaltanlage; Errichtung eines Zubaus beim Wäscherhaus für die Aufstellung eines Gasgebläses; Herstellung von etwa 3.000 m Kabel- und Rohrgräben im Werksgebäude; Erneuerung von Straßen und Gehwegen innerhalb des Werkes; Errichtung einer Säurestation beim Kesselhaus.

Im *Hauptrohrnetz* wurden sowohl in der Stadt als auch in den ehemaligen Randgemeinden für Siedlungen und Wohnhausbauten 31.307 m Röhre neu

gelegt, hievon ein 410 m langer Mitteldruckrohrstrang im Durchmesser von 300 mm, der durch die Absberggasse und von der Laaer Straße bis zur Katharinengasse führt. In der Katharinengasse wurde auch eine neue Regleranlage gebaut. Damit sind die Druckverhältnisse im oberen Teil der Favoritenstraße bereinigt, ebenso ist die zukünftige Gasanlieferung in die Schmiedestahlwerke sichergestellt. Auf der Floridsdorfer Brücke wurden 247 m Rohre mit einem Durchmesser von 500 mm gegen Stahlrohre von 600 mm Durchmesser ausgewechselt, so daß die beiden Brückenrohrstränge wieder durchgehend 600 mm Durchmesser aufweisen. Bei diesen Arbeiten wurden 15 Dehnungsstücke erneuert. Um den starken Kondensatanfall und die damit verbundene Einfrierungsmöglichkeit in den Rohren über die Floridsdorfer Brücke einzudämmen, wurde vorerst der 796 m lange Rohrstrang mit einer 10 cm starken Schicht gesteppter Glaswolle und einem 1 mm starken Aluminiumblechmantel isoliert. 50.701 m Hauptrohrleitungen wurden ausgewechselt und 1.044 m Rohrleitungen stillgelegt.

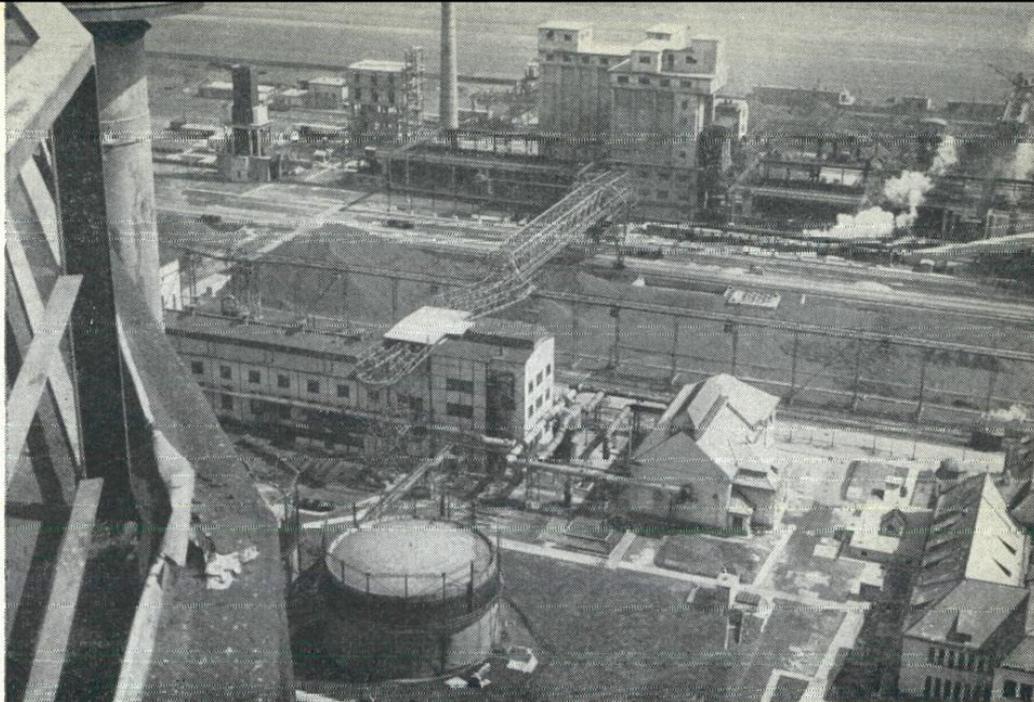
Im Verteilungsnetz wurden im Jahre 1956 1.601 Schäden gegen 1.210 im Vorjahr festgestellt. Die Zahl der Schäden im Hauptrohrnetz betrug 644, wobei es sich in 209 Fällen um Rohrbrüche und in 4 Fällen um elektrolytische Zerstörungen handelte. An der öffentlichen Beleuchtung waren 47 Schäden entstanden. Die privaten Zuleitungen wiesen in 910 Fällen Schäden auf, darunter 10 Rohrbrüche.

Von Bauaufsehern wurden 15.847 von privaten Unternehmern durchgeführte Aufgrabungsarbeiten überwacht. Hierbei wurden 2.749 Haupt- und 5.655 Zuleitungen freigelegt und auf ihren Zustand untersucht, worauf die nötigen Sicherungsarbeiten durchgeführt wurden. 1.392 Schieber und 4.992 Wassertöpfe wurden ständig beaufsichtigt. Aus den Wassertöpfen wurden 4.608.175 Liter Kondensate ausgepumpt. Auch im Jahre 1956 waren sogenannte Riechkolonnen damit beschäftigt, sämtliche Einbauten im Straßenkörper auf Gasgeruch zu überprüfen.

Von den 96 Druckregleranlagen standen 70 Gebiets-, 16 Betriebs-, 2 Mitteldruck- und 7 Erdgasdruckregleranlagen in Betrieb. 363 Druckregler wurden gereinigt, davon 78 zerlegt. Außerdem wurden Rostschutzeinrichtungen 259mal und Absperrvorrichtungen 46mal vom Flugrost gereinigt, wobei insgesamt 5.256 kg Flugrost entfernt wurden. 2 Anlagen wurden im Jahre 1956 neu errichtet und in Betrieb gesetzt. Bei der Regleranlage „St. Johann-Park“ im 5. Bezirk wurden der Filter (Durchmesser 300 mm) und der Vordruckregler (Durchmesser 300 mm) gegen einen Rostfänger (Durchmesser 500 mm) und einen Regler (500 mm Durchmesser) ausgetauscht. Bei der Regleranlage „Simmeringer Waggonfabrik“ wurden die beiden Regler (500 mm Durchmesser) ausgebaut.

Im Gebiet von Klosterneuburg wurden weitere 11 Hausregler montiert.

An folgenden Behälter- und Gebläseanlagen wurden im Jahre 1956 folgende größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt: *Baumgarten*: Streichen des Behälters, der Podeste und begehbaren Flächen; Planierung und Ausgestaltung des durch Versetzen der Einfriedungsgitter im Vorjahr gewonnenen Geländes und Ausgestaltung als Grünfläche sowie Walzung der befahrbaren Flächen mit Kaltasphalt. *Brigittenau*: Aufstellung eines Gasgebläses für ca. 25.000 m³ je Stunde mit Elektroantrieb in der Verdichteranlage samt Herstellung der Fundamente und verschiedener baulicher Änderungen. Umbau der elektrischen Einrichtungen und der Transformatorstation sowie Herstellung einer 5 kV-Zuleitung samt Schalteinrichtung für den Antriebmotor; Montage einer neuen Pumpe für Behälterheizung und einer Pharusbrennerheizung für den Raumheizkessel. Anstrich des Bassins und der Glockenwand; Montage von Geländern

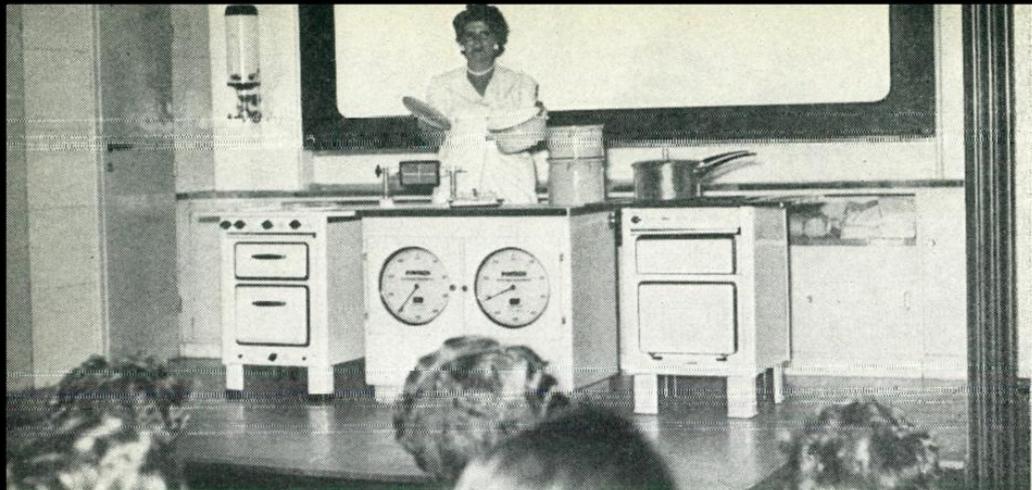


Die weitläufige Anlage des Gaswerkes Leopoldau

Wien steht mit der Gasproduktion an der Spitze des ganzen Kontinents...

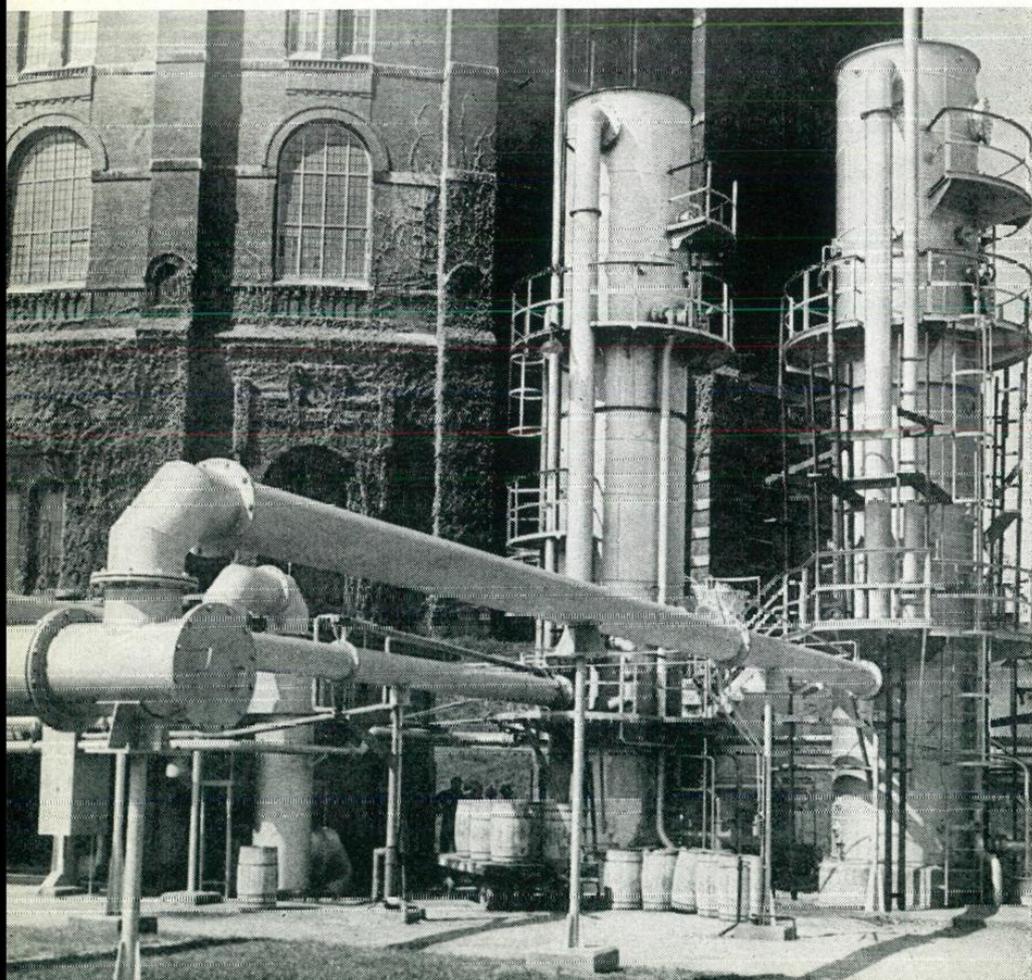
Die Beratungsstelle der Gaswerke hilft den Gaskonsumenten bei der Geräteanschaffung





Interessante Kurse und Vorträge über Gas im Haushalt werden abgehalten

Die Spaltanlage ermöglicht eine reichliche Beimischung von Erdgas bei der Gaserzeugung



bei den Tassenübergängen und Erneuerung der Saugrohrleitungen von der Schieberkammer zur Pumpe III. *Mödling*: Überholen der Heizkessel I und II für Behälterheizung; Reparatur der Kesselregler I—III sowie Reinigung der Leitungen; Versetzen der Ventilatoren im Kesselhaus und Änderung der Heizung des Reglerraumes; Anstrich der Behälterwände mit Korasol. *Traiskirchen*: Anstrich der Behälterwände mit Korasol. *Wienerberg*: Vorbereitungsarbeiten und Bodenuntersuchungen für die Aufstellung eines Gasbehälters für 300.000 m³; Streichen von Türen und Fenstern, der Auspuffrohre, der Dachrinnen und Entlüftungsaufsätze; Herstellung einer Verladerampe, Streichen der Glockendecke und des Geländers am Behälter, Reparatur des Gebläses und der Gebläsemotoren, Überholen der Kessel für die Behälterheizung und Streichen der Behälterwände mit Korasol.

Im Jahre 1956 wurden 1.622 Zuleitungen neu hergestellt, 14 außer Betrieb gesetzte wieder an das Hauptrohrnetz angeschlossen, 1.032 vom Hauptrohrnetz getrennt und 2.159 instandgesetzt. 587.264 Gasmesser stehen in Wohnungen, 8.584 in Wohnungen mit Geschäften, Kanzleien usw., 33.668 in Geschäften, Gewerbe- und Industriebetrieben und 6.049 in öffentlichen Ämtern und Anstalten. In der eigenen Werkstätte wurden 38.445 Gasmesser untersucht. Davon wurden wegen mechanischer Fehler und gewaltsamer Beschädigungen 1.461 instandgesetzt, justiert, geprüft und amtlich geeicht. 2.342 Gasmesser mit undichten Lötstellen oder kleineren Schäden wurden wieder gebrauchsfähig gemacht. Von privaten Firmen wurden 4.371 Gasmesser instandgesetzt, amtlich geeicht und überprüft. Für Waschküchen in Gemeinde- und Privathäusern wurden 50 Münzgaszähler beschafft und aufgestellt. Auf ihre Meßgenauigkeit wurden bei Kunden 58.129 Trocken-Hochleistungsgasmesser mittels Eichkolben untersucht. Die vorgeschriebenen Dichtigkeitsprüfungen wurden an 23.721 Leitungsanlagen durchgeführt, wobei sich in 500 Fällen Mängel ergaben.

Im Jahre 1956 hat sich die Zahl der gewerblichen Betriebe, in denen Gas zur Feuerung verwendet wird, um 438 vermehrt. In 210 Betrieben, in denen Gasfeuerstätten bereits bestanden, wurden die Anlagen vergrößert. Insgesamt wurden die Gasgeräte von 33.345 Anlagen überprüft und nach Möglichkeit instandgesetzt. Bei größeren Mängeln wurden die Inhaber aufgeklärt und zu deren Behebung aufgefordert, worauf eine neuerliche Überprüfung durchgeführt wurde.

Die Monteure des Hausdienstes untersuchten 88.554 Gasanlagen, um 16.424 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der auf ihren Gebrauchszustand untersuchten Gasgeräte war mit 130.555 um 22.957 höher als im Jahre 1955. 62.452 Gasgeräte wurden in Ordnung befunden. 61.708 Gasgeräte wiesen nur geringfügige Mängel auf, die entweder gleich vom Untersucher oder durch befugte Installateure behoben wurden. 4.692 Gasgeräte wurden bis zur Behebung ihrer Mängel durch einen Installateur von der Benutzung ausgeschlossen und bei 1.703 Gasgeräten wurde aus Sicherheitsgründen die weitere Benutzung untersagt. Im Jahre 1956 wurden 101.289 Anzeigen von Gasabnehmern über Störungen und Gebrechen behandelt. Über 920 Gasvergiftungen und 27 Gaszündschläge wurden Erhebungen gepflogen. Für diese Dienstleistungen wurden von werkeigenen Kraftfahrzeugen insgesamt 852.543 km zurückgelegt. Dabei wurden 92.483 Liter Benzin und und 45.440 Liter Dieselöl verbraucht. Außerdem standen während des ganzen Jahres mindestens 21 Lastwagen (Mietwagen) in Verwendung, deren Fahrleistung 276.501 km betrug. Der Wagenpark der Gaswerke umfaßte Ende 1956 19 Personenkraftwagen, 7 Lastkraftwagen, 9 Rüstwagen, 4 Vakuum-Reinigungswagen, 2 Kesselwagen, 4 Spezial-Rohrtransportwagen, 3 Rohrtransportwagen, 2 Traktoren, 3 Anhängerwagen, 2 Spezialanhängerwagen, 5 Spezialanhängerkarren und 1 Moped.

Die autorisierte Versuchsanstalt als offizielle Prüfstelle der „Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach“ stellte im Jahre 1956 20 Prüf- sowie 25 Nachprüfzeugnisse für untersuchte Gasgeräte aus und führte überdies 66 Entwicklungsprüfungen durch. In der Versuchswerkstätte wurden Versuche mit Gasgeräten und Koksgeräten vorbereitet und auch schadhafte Gasgeräte und Koksöfen instandgesetzt. Außerdem wurden Installations- und Instandsetzungsarbeiten der Warmwasseranlage und der Zentralheizung im Direktionsgebäude und in der Beratungsstelle in Mariahilf vorgenommen.

Von der Gasgemeinschaft wurden im Jahre 1956 18.952 Teilzahlungsaufträge durchgeführt, das sind um 4.778 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Aufträge zur Lieferung von Elektrogeräten betrug 14.472, jene zur Durchführung von Installationen und Herdverbindungen 2.608 gegen 4.980 im Jahre 1955. Der Gesamtwert dieser Aufträge ergab 31.378.646 S. Die Zahl der Aufträge zur Einrichtung von Badezimmern (Badezimmeraktion) sowie zu Installationen in Gemeindebauten mit einem Wert von 24.434.873 S war mit 3.854 etwas höher als im Vorjahr.

Aus der Erweiterung der Teilzahlungsaktion bis 60 Monatsraten ergaben sich Bestellungen auf 113 Geräte mit einem Wert von 164.738 S. Ende 1956 waren 718 Installateure und 16 Gasgerätefirmen Mitglieder der Gasgemeinschaft.

Die Werbe- und Beratungstätigkeit wurde im Jahre 1956 fortgesetzt. 101 Hausberatungen und 6 Backversuche wurden bei Kunden durchgeführt, 95 Back-, Brat- und Grillversuche erfolgten im eigenen Versuchsraum. In der Beratungsstelle in Mariahilf wurden 119 Vorträge mit Filmvorführungen, 29 Vorträge für Schulen und Organisationen, 20 Kurzurse und 51 Kochschulkurse, in der Ausstellung „Die Frau und ihre Wohnung“ 14 Vorträge mit insgesamt 10.018 Teilnehmern gehalten.

Außerdem wurden 92.000 Mitteilungen für Gasverbraucher, 2.012 Exemplare „Praktisches Kochbuch für die Gasküche“, 24.000 Installateurverzeichnisse, 10.000 Stundenpläne, 35.000 Stück „Was ist und was will die Gasgemeinschaft Wien?“, 28.000 Stück „Die Gasgemeinschaft richtet Ihr Badezimmer ein!“, 3.000 Stück „Merkblatt über die erweiterte Gasgeräteaktion“ und 10.000 Teigkarten verteilt. In rund 1.400 Stadt- und Straßenbahnwagen wurde das Plakat „Gasgeräte durch die Gasgemeinschaft Wien“ und in rund 2.900 Stadtbahn-, Straßenbahn-, Autobus- und Obuswagen das Plakat „Wien hat den billigsten Gaspreis Europas“ angebracht. Hinzu kamen noch Werbeinserate in 37 Zeitschriften, 7 Büchern und Kalendern sowie in 6 Zeitungen.

Die Besucherzahl der Ausstellung in der Beratungsstelle in Mariahilf betrug 73.002, der Gasgeräteschau im Direktionsgebäude 17.353, der Sonderschau „Gas in Haushalt, Gewerbe und Industrie“ auf der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse insgesamt rund 600.000 Personen.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 8, Seite 453.)

ELEKTRIZITÄTWERKE

Die Zunahme des Bedarfes an elektrischer Energie im Wiener Stromversorgungsbereich im Jahre 1956, bezogen auf den Vorjahrsbedarf, liegt mit 10 Prozent etwas über dem Wert von 9,7 Prozent für 1954/55 und beträchtlich über dem einer Bedarfsverdopplung in 10 Jahren entsprechenden Regelwert von 7,2 Prozent. Von der Gesamtenergieaufbringung des Jahres 1956 im Wiener Bereich mit rund 1.472,6 Millionen kWh (1955: rund 1.337,4 Millionen kWh) erzeugten die eigenen Dampfkraftwerke rund 894,9 Millionen kWh, die eigenen Wasserkraftwerke rund 102,7 Millionen kWh. Die kalorische Eigenerzeugung im Jahre 1956 war um rund 11,4 Prozent größer als die im Vorjahr, die jene

des Jahres 1954 bereits um 24,4 Prozent übertroffen hatte; die Zunahme der hydraulischen Eigenerzeugung betrug infolge besserer Wasserzuflüsse 5,5 Prozent. Im Vergleich zu 1937 hat sich der Gesamtenergiebedarf um 184,5 Prozent erhöht. Die höchste Belastungsspitze war am 19. Dezember mit 352.000 kW zu verzeichnen; sie war um 26.000 kW höher als im Jahre 1955 und um 49.000 kW höher als im Jahre 1954 und weist gegenüber 1937 eine Zunahme von 205.000 kW auf.

Über die Energieerzeugung in den eigenen Anlagen und über den Energiebezug aus dem Verbundnetz sowie von anderen Elektrizitätswerken gibt die folgende Übersicht Aufschluß:

Energieerzeugung in den eigenen Anlagen.

Dampfkraftwerk Simmering	782.295 MWh
Dampfkraftwerk Engerthstraße	112.589 MWh
Wasserkraftwerk Opponitz	63.281 MWh
Wasserkraftwerk Gaming	34.518 MWh
Wasserkraftwerk Mitterndorf-Schranawand	645 MWh
Wasserkraftwerke der II. Hochquellenleitung	4.313 MWh
Eigenerzeugung zusammen	997.641 MWh

Energiebezug.

Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG (VG)	451.976 MWh
Niederösterreichische Elektrizitätswerke AG (NEWAG) ...	810 MWh
Wasserkraftwerk Wildalpen	9.454 MWh
Sonstige Wasser- und Dampfkraftwerke	12.712 MWh

Energiebezug zusammen

Eigenerzeugung und Bezug zusammen

Die werkseigenen Dampf- und Wasserkraftwerke deckten 67,7 Prozent des gesamten Energiebedarfes, von fremden Kraftwerken wurden 32,3 Prozent bezogen. Von der Eigenerzeugung entfielen auf die Dampfkraftwerke 89,7 Prozent, auf die Wasserkraftwerke 10,3 Prozent. Von der aufgebrachten Energie wurden 83,7 Prozent abgegeben; die Übertragungsverluste auf den Fernleitungen und im Verteilnetz sowie der Eigenverbrauch der Werke betragen 16,3 Prozent des Gesamtenergiebedarfes. Von der abgegebenen Energie entfielen auf den Verbrauch für Licht, Kraft und Wärme 87,7 Prozent, auf die öffentliche Beleuchtung 3,7 Prozent, auf den Strombedarf der Straßen- und Stadtbahn 8,2 Prozent und auf den der übrigen Bahnen 0,4 Prozent.

Der größte Monatsstrombedarf ergab sich im Dezember 1956 mit 147.746 MWh, der kleinste im Juli mit 97.360 MWh. Der größte Tagesbedarf war am 20. Dezember mit 5.853 MWh, der kleinste Tagesbedarf an einem mittleren Wochentag war am 27. Juli mit 3.269 MWh zu verzeichnen.

Der durchschnittliche Tagesbedarf betrug in MWh:

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Jänner	1.662	2.908	3.132	3.298	3.358	3.702	4.146	4.462
Februar	2.544	2.838	3.004	3.255	3.319	3.855	4.100	4.991
März	2.581	2.638	2.836	2.977	3.024	3.410	3.913	4.234
April	2.270	2.386	2.607	2.616	2.758	3.200	3.491	3.735
Mai	2.146	2.200	2.419	2.480	2.529	2.877	3.113	3.384
Juni	2.066	2.261	2.469	2.350	2.530	2.763	3.145	3.427
Juli	2.001	2.113	2.217	2.312	2.416	2.625	2.860	3.141
August	2.015	2.168	2.347	2.317	2.432	2.772	3.003	3.272
September	2.281	2.476	2.622	2.750	2.873	3.176	3.468	3.683

	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956
Oktober	2.494	2.785	3.011	3.059	3.177	3.559	3.882	4.343
November	2.804	3.042	3.200	3.252	3.517	4.054	4.416	4.894
Dezember	2.926	3.092	3.155	3.428	3.746	4.134	4.471	4.766
Durchschnitt	2.398	2.576	2.750	2.840	2.971	3.340	3.664	4.023

Die Vergleichszahlen zeigen eine ständige Zunahme des Energiebedarfes; in den letzten 8 Jahren erhöhte er sich im Tagesdurchschnitt um rund 68 Prozent.

Im *Dampfkraftwerk Simmering* wurden die Heizöllagerbehälter mit Berieselungsanlagen ausgerüstet; die Heizöllentleerungsstation für Tankschiffe wurde durch eine provisorische Abfüllvorrichtung für Tankwagen ergänzt. Für die Kohleneinlagerung wurden Verbesserungen an den zugehörigen Einrichtungen vorgenommen; die Erdgasregel- und -verteilanlagen wurden verstärkt, die Betriebssicherheit und Wirtschaftlichkeit der 64-atü-Anlage durch den Einbau zusätzlicher Meß- und Regeleinrichtungen erhöht. Die Kesselspeisewasser-Aufbereitungsanlage wurde um einen weiteren Reinwasserbehälter mit 48 m³ Inhalt und einen Entgaser vergrößert. Die drei Großturbinen (Leistung je 35.000 kW) wurden mit Schnellschluß-Prüfeinrichtungen ausgestattet. Zur Leistungssteigerung und Modernisierung der elektrischen Anlagen des Kraftwerkes wurde deren Um- und Ausbau fortgesetzt; die Warte für die zentrale Betriebsführung erhielt einen der letzten technischen Entwicklung entsprechenden Wartentisch. Die Beleuchtung der Werksanlagen wurde an einigen Stellen weiter verbessert; außerdem wurde das Maschinenhaus I neu gedeckt.

Im *Dampfkraftwerk Engerthstraße* wurden die Erdgasbrenner der Hochdruckkessel für höheren Gasdurchsatz umgebaut. Die 20.000-kW-Turbine VI wurde mit einer zweistufigen Vorwärmanlage versehen, die eine gesteigerte Wirtschaftlichkeit sichert. Die Ausrüstung der 28-kV-Schaltanlage mit modernen Druckluftschnellschaltern an Stelle der alten Ölschalter und der damit zusammenhängende Umbau der Überwachungseinrichtungen in der Warte wurden beendet. Durch Anlage eines neuen, begehbaren Rohrleitungskanales im Werkshof wurde die Überwachungsmöglichkeit und Betriebssicherheit der schwer zugänglichen Rohrleitungsanlagen für Heizung, Bäder, Nutz- und Hochquellenwasser bedeutend verbessert.

Mit den Vorbereitungen für die Halbautomatisierung des *Wasserkraftwerkes Opponitz* wurde begonnen.

Im *Umspannwerk Süd* wurde der erste 110/30-kV-Umspanner für eine Leistung von 50.000 kVA sowie ein 30/5-kV-Umspanner für 12.500 kVA aufgestellt.

Im *Umspannwerk Nord* wurde nach Änderung aller Schaltanlagen die neue Schaltwarte in Betrieb genommen.

Im *Umspannwerk Ebenfurth* wurde die 110-kV-Schaltanlage um 6 Schaltfelder erweitert; außerdem wurde ein Regelzusatztransformator für 110/60 kV und 32.000 kVA Durchgangsleistung aufgestellt.

In den *Umspannwerken Favoriten, Leopoldstadt, Michelbeuern, Liesing, Lobau, Schmelz* und *Vöslau* sowie in den *Unterwerken Alsergrund* und *St. Veit* wurden Schalteinrichtungen umgebaut, erweitert und modernisiert. In den *Unterwerken Schmelz, Alsergrund, Kaunitzgasse, Ottakring* und *Rodaun* wurden teils neue, teils leistungsfähigere Gleichrichter samt Hilfeinrichtungen aufgestellt.

Das *Umspannwerk Neubad*, das an Stelle des früheren Unterwerkes errichtet worden war, wurde nach Vollendung des Rohbaues und Herstellungen in einem Teil der Innenräume Ende 1956 mit elf 5-kV-Kabeln und zwei 30/5-kV-

Umspannern für eine Leistung von je 12.500 kVA, die über drei 28-kV-Kabel angespeist werden, provisorisch in Betrieb genommen. Die ständige Zunahme der Netzbelastung sowie die fortschreitende Umstellung der Stromversorgung von Gleichstrom auf Drehstrom macht auch den Ausbau des bisherigen *Unterwerkes Rudolfsheim* zu einem Umspannwerk notwendig; zunächst wurde ein 30-kV-Provisorium in Betrieb genommen, das mit zwei 30/5-kV-Umspannern für je 12.500 kVA Leistung, angeschlossen an zwei 28-kV-Kabeln, über fünf 5-kV-Kabel einen Teil des örtlichen Drehstromnetzes versorgt. Zur Verstärkung der Strombelieferung der Straßenbahn im westlichen Stadtgebiet wurde im Dezember das neuerbaute *Unterwerk Hütteldorf* mit drei 2.500-A-Gleichrichtern in Betrieb genommen.

Im 28-kV-Kabelnetz wurden die Arbeiten zur Netzteilung fortgesetzt und 3,72 km Kabel neu verlegt; die Zahl der 28-kV-Netzanschlüsse stieg von 2 auf 5. In den 20-kV- und 16-kV-Netzen änderte sich die Länge der verlegten Kabel infolge Zu- und Abgangs nur unwesentlich, die der Freileitungen nahm um rund 7 km zu. Unter Berücksichtigung der An- und Abmeldungen der in diesen Netzen angeschlossenen Umspanneranlagen verminderte sich die Zahl der städtischen Anlagen um 17 auf 358, die der privaten stieg um 33 auf 140. Im 5-kV-Drehstromnetz und 2-kV-Wechselstromnetz wurden 29,25 km Kabel ausgetauscht und 37,03 km Kabel neu verlegt; die Zahl der Abspanneranlagen im 5-kV-Netz verminderte sich infolge von Zu- und Abgängen um 405 auf 2.586 werkseigene und erhöhte sich um 226 auf 282 private Stationen; im 2-kV-Netz verbleiben nach Auflassung von 137 Anlagen noch 488 Netzstationen.

Die Um- und Neubauten von öffentlichen Verkehrsflächen brachten weiterhin umfangreiche Umlegungen und Auswechslungen von Hoch- und Niederspannungskabeln mit sich.

In den Niederspannungsnetzen erhöhte sich die Gesamtlänge der Freileitungen auf 2.689,24 km, die der Drehstromkabel auf 1.873,60 km und die der Bahnkabel auf 590,95 km; die Länge der 110-V-Wechselstromkabel verminderte sich auf 125,18 km, die der Gleichstromkabel für Licht- und Kraftversorgung auf 1.143,45 km im Zusammenhang mit der Umschaltung weiterer 1.648 bisher mit Gleichstrom oder Wechselstrom versorgter Anlagen auf Drehstrom. Die Zahl der Lichtspeisepunkte verminderte sich dabei von 211 auf 194. Die Zahl der Straßenbahnspeisepunkte stieg von 165 auf 187, die der Stadtbahnspeisepunkte blieb mit 17 unverändert. Im Drehstromnetz wurden 557 Anschlüsse zur Steigerung der Leistung von 3×220 V auf 3×380 V umgeschaltet.

Die Gesamtlänge (Systemlänge) aller Kabel und Freileitungen sämtlicher Stromarten und Spannungen, jedoch ohne 761,43 km der Fernsprech- und Signalnetze, stieg um 229,71 km auf 9.940,21 km. Die Gesamtzahl der Netzanschlüsse erhöhte sich von 117.288 auf 120.469 und jene der angeschlossenen Häuser von 111.382 auf 114.404. Im 5-kV-Netz wurden 265 Hochspannungsstationen neu errichtet, 89 Anlagen umgebaut und 99 aufgelassen. Im 20/16-kV-Netz waren 14 Neuanlagen, 18 Umbauten und 10 Auflassungen von Stationen zu verzeichnen. Bei der Umschaltung des 2-kV-Wechselstromnetzes auf Drehstrom wurden 137 Transformatorenstationen aufgelassen. 294 Transformatoren für 5 kV und 38 für 20/16 kV Primärspannung wurden neu beschafft. Die Gesamtleistung der zu Jahresende insgesamt angeschlossenen, der unmittelbaren Anspeisung der Verbraucher dienenden 4.783 Transformatoren betrug 854.864,9 kVA. Von den Abspannern befanden sich 3.881 mit einer Gesamtleistung von 600.749,9 kVA im städtischen und 902 mit einer Gesamtleistung von 254.115 kVA in privatem Eigentum.

Durch die Aufstellung eines zweiten UKW-Senders, der im Umspannwerk Ebenfurth eingerichtet wurde, besteht nun auch für den südlichen Teil des

Stromversorgungsgebietes die Möglichkeit des Gegensprechverkehrs zwischen den Sprechstellen des Betriebsfernsprechnetzes und den 19 mit UKW-Einrichtung ausgerüsteten Fahrzeugen, die zur Behebung von Störungen im Stromversorgungsnetz eingesetzt werden. Die Fehlerortsbestimmungen in den Netzen nach dem Hochfrequenz- und Radarverfahren haben sich weiterhin gut bewährt. Die Jahresfahrleistung des Meßwagens betrug nahezu 15.000 km. Die Versuche mit Netzkommandoeinrichtungen wurden fortgesetzt.

Im chemischen Laboratorium wurden insgesamt 1.590 Analysen durchgeführt, wobei 1.528 Mineralöle untersucht wurden; die übrigen Untersuchungen betrafen Brennstoffe sowie verschiedene Materialien. Die umfassenden Versuchsreihen mit Motorölen wurden gemeinsam mit dem Unterausschuß für Kraftfahrwesen fortgesetzt. Ebenso wurden die Probleme des Oberflächenschutzes weiter behandelt. Als autorisierte Prüf- und Versuchsanstalt in Mineralöl-, insbesondere Isolierölfragen wurde das Chemische Laboratorium auch von anderen Elektrizitätswerken und behördlichen Stellen sowie von Industriebetrieben für Gutachten und zu Beratungen herangezogen.

Im physikalischen Laboratorium wurden für die Elektrizitätswerke rund 1.800 Betriebsmittel, wie isolierte Werkzeuge, Schutzeinrichtungen gegen Spannungseinwirkung, Instrumente usw., überprüft. Hinzu kamen noch Prüfungen für private Unternehmungen. Die Gesamtzahl der auf Grund von Untersuchungen elektrischer Geräte und Materialien aller Art erteilten Prüfzeichen war unter Berücksichtigung der Neuanmeldungen und Streichungen mit 2.976 um 208 höher als im Vorjahr. Die meßtechnischen Einrichtungen des Laboratoriums wurden weiter ausgebaut und verbessert. Im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Verband der Elektrizitätswerke Österreichs, der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung österreichischer Qualitätsarbeit, der Arbeiterkammer und den Landwirtschaftskammern wurden die Laboratoriumsarbeiten über die sicherheitstechnischen Prüfungen hinaus auf die Bewertung von Geräten hinsichtlich der Einhaltung von Qualitätsanforderungen ausgedehnt; ebenso wurde auch bei Studienarbeiten in erster Linie die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt. Der erweiterte Arbeitsbereich des Laboratoriums brachte die Intensivierung der Zusammenarbeit mit österreichischen und ausländischen Prüfstellen sowie einer Reihe staatlicher und internationaler Stellen mit sich.

Im Lastverteiler wurde der fortschreitende Ausbau der Anlagen und Netze sowohl im Leuchtschaltbild als auch bei den Einrichtungen für die Netzüberwachung durch entsprechende Ergänzungen und Änderungen berücksichtigt.

Die anhaltende Steigerung und Ausweitung des Strombedarfes führte auch zu einer Intensivierung des Kundendienstes. Die Ausstellung und Beratungsstelle Mariahilfer Straße wurde an 275 Tagen von rund 70.000 Personen, im Tagesdurchschnitt somit von 247 Personen, besucht; bei 84 Vorträgen und Führungen wurden 2.147 Teilnehmer, bei 31 Vorträgen in der Dauerausstellung „Die Frau und ihre Wohnung“ 1.345 Teilnehmer gezählt. Zu den Beratungen in den Betriebsstellen Mödling, Baden, Vöslau und Klosterneuburg fanden sich an 32 Tagen rund 400 Personen ein. Für die Zusammenarbeit mit der Konsumentenberatung der Wiener Arbeiterkammer wurde eine umfassende Gerätekartei angelegt. Auf der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse wurde der mit einer Werbeschau für die Elektro-Geräteaktion verbundene Auskunftsdienst außerordentlich rege im Anspruch genommen, wobei auch über Stromtarife und Anschlüsse zahlreiche Fragen beantwortet wurden. Die Ergebnisse der Elektro-Geräteaktion, die im Jahre 1954 eingeleitet wurde, gehen aus nachstehender Übersicht hervor:

Jahr	Bestellungen insgesamt	Elektroherde	Kühlschränke	Heißwasser-speicher	Waschmaschinen	Futterdämpfer	Wert in Mill. S
1954	4.775	1.086	2.534	616	724	35	14,32
1955	10.164	1.337	7.232	674	1.050	30	30,50
1956	4.304	643	2.965	332	400	32	12,91

In den Jahren 1954—1956 wurden Geräte im Gesamtwert von 57,73 Millionen Schilling bestellt.

Schill gleichzeitig mit der Elektro-Geräteaktion im Jahre 1954 eingeleitete Finanzierung der Bestellung von Steigleitungen, Geschäfts-, Werkstätten- und Wohnungsinstallationen ergab bis Ende 1956 791 Bestellungen, die mit rund 4.502 Millionen Schilling finanziert wurden. An der Elektro-Geräteaktion haben sich bis Ende 1956 insgesamt 1.255 Firmen beteiligt.

Das lichttechnische Referat hat im Jahre 1956 34 Beratungen durchgeführt, 27 Beleuchtungsprojekte ausgearbeitet und bei 21 Anlagen die Montage überwacht. Die Ausarbeitung von einschlägigen Liefer- und Übernahmsbedingungen sowie Richtlinien wurde im Unterausschuß für Lichtwirtschaft fortgesetzt. Das Referat für Elektrofahrzeuge führte in Zusammenarbeit mit dem eigenen Kraftwagenbetrieb sowie der Arbeitsgemeinschaft für Elektrofahrzeuge innerhalb des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs Beratungen durch.

Die ständige Verbindung mit den Vertretungskörperschaften der Elektroindustrie, des Elektrogroß- und -kleinhandels und des Elektrogewerbes, der Wiener Elektro-Vereinigung, den Ausschüssen des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs und sonstigen Stellen, die sich mit der Elektrizitätsverwertung beschäftigen, führte weiterhin zu befriedigenden Ergebnissen.

Das gemeinsame Strom- und Gasinkasso hat sich gut eingeführt und bewährt; mit Jahresende 1956 wurden über 890.700 Elektrizitätszähleranlagen und fast 623.100 Gaszähleranlagen verrechnet.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 7, Seite 451.)

VERKEHRSBETRIEBE

Im Jahre 1956 wurden umfangreiche Um- und Neubauten sowie Verlegungen von Straßenbahngleisen durchgeführt, die überwiegend im Zusammenhang mit Straßenbauarbeiten zur Beseitigung der ständig anwachsenden Verkehrsschwierigkeiten standen.

So wurden beim Umbau der Nordbahnstraße zwischen Praterstern und Am Tabor die Gleise in die Straßenmitte verlegt; anlässlich des Neubaus des Südbahnhofes erfolgten Um- und Neubauten der Gleise Prinz Eugen-Straße — neue Südbahnhofschleife sowie Landstraßer und Wiedner Gürtel; auf der Strecke Heinestraße — Mühlfeldgasse wurden Gleise teils wiederhergestellt, teils neu gebaut; Gleisumbauten wurden vorgenommen: auf der Strecke Wipplingerstraße — Ring, Wiedner Hauptstraße von der Kliebergasse bis zur Wimmergasse, in der Währinger Straße bis zum Währinger Gürtel, in der Aßmayergasse bis zur Eichenstraße, in der Feldkellergasse bis zur Speisinger Straße, von der Hofwiesengasse bis zur Fehlingergasse sowie in der Linzer Straße und Hütteldorfer Straße beim Baumgartner Spitz als Vorarbeit für den Bau einer neuen Gleisschleife, außerdem in der Hernalser Hauptstraße bei der Rosensteingasse, in der Gregor Mendel-Straße bei der Endstelle und im Betriebsbahnhof Währing vor der Halle I.

In der Felberstraße und in der Endstelle Brünner Straße wurden linke Gleisverbindungen in rechte umgebaut. Beim Materiallagerplatz Vorgartenstraße wurde ein Verbindungsschleppgleis gebaut. In 30 Strecken wurden Gleis- und Gehsteigumbauten vorgenommen, die für die Führung von Großraumwagen erforderlich waren. In der Lerchenfelder Straße und in der

Engerthstraße wurde je eine Gleisverbindung abgetragen. Im Zusammenhang mit Kanalumbauten in der Reingasse und in der Gefäßgasse wurden provisorisch Gleisverbindungen errichtet und wieder abgetragen. Von der Leberstraße zur Geiselbergstraße wurde anlässlich der Herstellung eines Anschlussgleises durch die Simmering-Graz-Pauker AG eine Gleisabzweigung gebaut. Bei rund 102.400 m Gleis wurde mit 6 Schleifwagen die Riffelbildung beseitigt. Bei den bahneigenen Straßenbahnbrücken wurden die vorgeschriebenen Untersuchungen durchgeführt und vorgefundene Mängel behoben. Auf der Linie Mauer-Mödling wurden außerdem bei der Brücke über die Hochquellenwasserleitung die Brückenhölzer (Langschwellen) ausgetauscht und in den Betriebsbahnhöfen Speising und Brigittenau die Hallengleise revidiert. Für den Bau der projektierten unterirdischen Schnellbahnhaltestelle der Österreichischen Bundesbahnen beim Südbahnhof wurde ein Brückenprovisorium eingebaut und wieder abgetragen.

BAHNBAU UND BAHNERHALTUNG

Zur Modernisierung der Straßenbahnanlagen werden bei Kreuzungen immer häufiger Dickstegschienen verwendet. Bei der Kreuzung Linzer Straße — Reingasse wurde eine Federzungenweiche eingebaut. Die Versuchsstrecke in der Spitalgasse wurde weiter ausgebaut.

Der Bau eines Schlammasaugerwagens und zweier Weichenspritzwagen für die Bahnerhaltungsarbeiten wurde fortgesetzt.

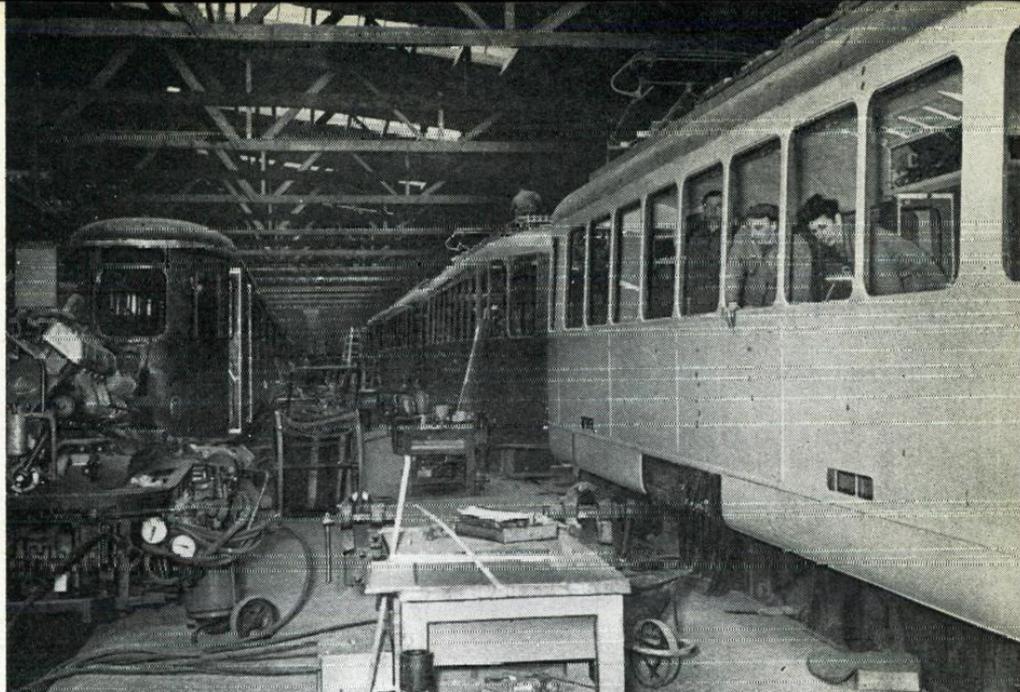
Bei Umbauten, Erneuerungen und Erhaltungsarbeiten im Stadtbahnnetz wurden 7.444 m Vignolschienenngleise, 352 m Rillenschienenngleise, 7 Vignolweichen, 6 Vignol- und Rillenherzstücke eingesetzt, 9.213 m Gleise reguliert, 111 m Gleise abgetragen und 46 Dehnstöße eingebaut, 658 Schienenstöße aluminothermisch geschweißt und 4.116 Holzquerschwellen verlegt, 2 Bremsprellböcke eingebaut, 569 m² Bahnhofsfläche wurden gepflastert, auf einer Fläche von 43.300 m² das Unkraut vertilgt, 7.525 m Riffel maschinell behoben und insgesamt 1.605 m³ Schotter zugeführt und Schutt und Schnee beseitigt.

In der Haltestelle Hietzing wurde das Stockgleis auf 120 m verlängert, um das Abstellen eines Neunwagenzuges zu ermöglichen; außerdem wurden die Gleis- und Weichenanlagen im Umkreis entsprechend umgebaut. Das Abschlußgleis vom Bahnhof Michelbeuern zum Währinger Gürtel bei der Schumanngasse wurde abgetragen. Von den Instandsetzungsarbeiten sind hervorzuheben: Anstricharbeiten an 2 Brücken, die Erneuerung und Instandsetzung der Isolierung an 6 Eindeckungsstellen und der Nietentausch bei einer Brücke. 18 Brückenprovisorien wurden anlässlich der Neuisolierung von 9 Stadtbahngewölben ein- oder umgebaut und nach Beendigung dieser Arbeiten wieder abgetragen. Für den Überbrückungsbau beim Hauptzollamt wurde ein Brückenprovisorium eingebaut. Im Bereich der Strecke Mariahilfer Straße — Burggasse wurden Torkretarbeiten an den überwölbten Einschnitten durchgeführt, bei der Brücke über die Alser Straße wurde der offene Bahnsteig erneuert.

Die im Kriege beschädigte Stadtbahneindeckung flußabwärts der Stadtbahnhaltestelle Schottenring wurde auf rund 100 m neu hergestellt. Die im Vorjahr durchgeführten Pölzungen beschädigter Decken der Donaukanallinie wurden ständig überprüft und instand gehalten.

ELEKTRISCHE ANLAGEN

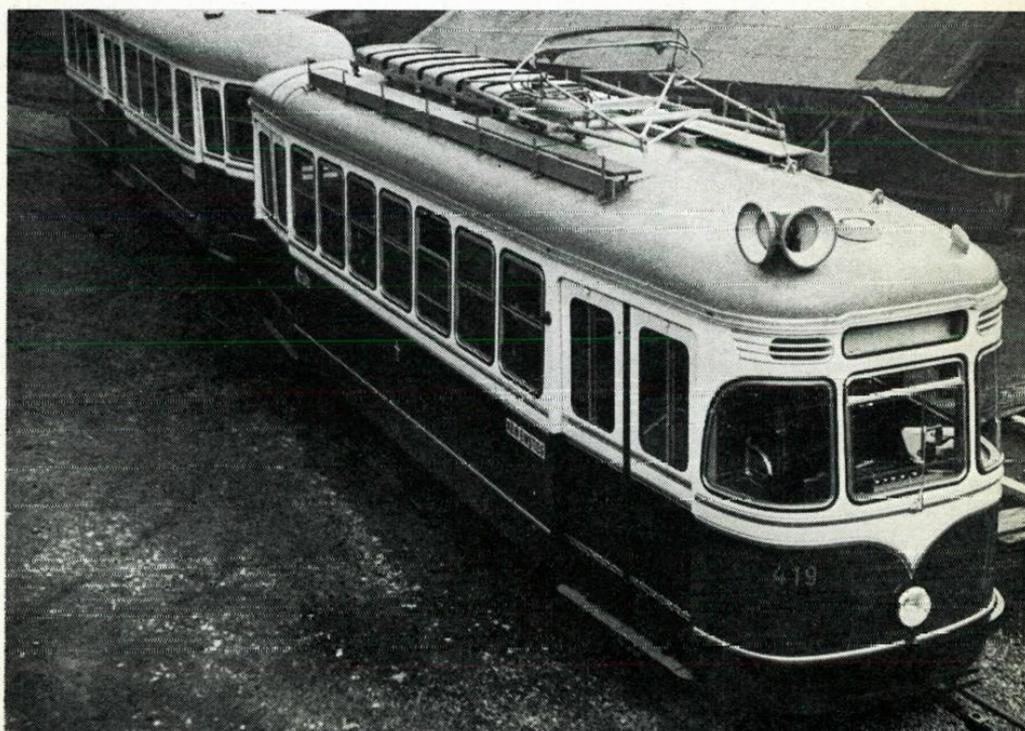
Im Straßenbahnnetz wurde die Fahrleitung der Linie 49 für den Einsatz von Großraumzügen eingerichtet. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen auf der Linie 46 erfolgte die Verstärkung in einem geringeren Umfang. Der Streckenteil Kaiserstraße bis Drechslergasse wurde auf das vollelastische Fahrleitungssystem umgebaut. Für den Um- und Neubau der Fahrleitungsanlagen im Be-

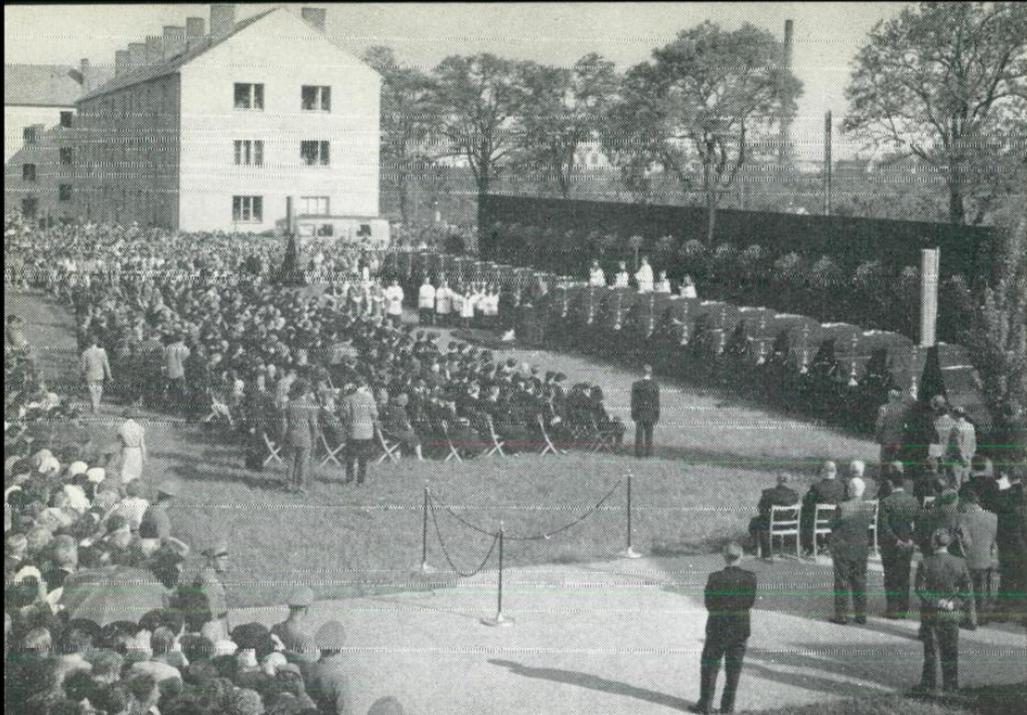


In den Lohnerwerken in Floridsdorf werden die Großraumtriebwagen gebaut

Neue Großraumwagen für die Verkehrsbetriebe...

20 Serien der Großraumzüge werden in den Simmering-Graz-Pauker-Werken hergestellt





Eine Trauerfeier für 19 Opfer der Autobuskatastrophe bei Bozen führte die Städtische Bestattung durch

Aus den Stadtwerken ...

Die Stadtwerke verfügen über die modernsten Buchungsmaschinen



reich des Südbahnhofes, der Nordbahnstraße, Mühlfeldgasse und Heinestraße wurde ebenfalls dieses System verwendet. Zur Reduzierung der verwendeten Fahrdrabtprofile ging man im gesamten Straßenbahnnetz zur Verwendung von Rillenfahrdrabt über. Der Umbau der Streckenschalter wurde fortgeführt; an 52 Stellen wurden die veralteten Schaltkästchen durch Hörnermastschalter ersetzt. In den Betriebsbahnhöfen Breitensee, Gürtel und Brigittenau wurden 5 Ausschalter für Gleisgruppenabschaltungen montiert. Zur Verstärkung der Stromversorgung für die Linie 49 und an anderen Stellen wurden neue Speisepunkte errichtet.

Im einzelnen wurden bei den Anlagen der Straßenbahn folgende Arbeiten durchgeführt:

Fahrdrabt ausgetauscht	45.034 m
Fahrdrabt für Umbauten und Neubauten montiert	24.695 m
Verstärkungsleitung montiert	2.860 m
Spanndraht wegen Verrostung getauscht	23.840 m
Spanndraht für Umbauten und Neubauten montiert	3.532 m
Spannseil für Umbauten und Neubauten montiert	9.500 m
Maste aufgestellt	308
Maste ausgegraben	319
Maste gerichtet	18
Maste gestrichen	252
Maste auf Verrostung untersucht und mit Betonsockel versehen ..	1.082
Maste revidiert	5.153
Wandanker montiert	536
Wandanker abgenommen	384
Wandanker revidiert und gestrichen	3.871
Schaltkasten revidiert	1.134
Hörnermastschalter revidiert	209
Speisepunkte neu errichtet oder umgebaut	37
Rückleitungspunkte verbessert	27
Streckenschalter montiert	64

Zur Behebung von Gebrechen an den Fahrleitungsanlagen der Straßenbahn, der Stadtbahn und des Obusses mußten in 1.224 Fällen Rüstwagen ausfahren. Die Kabel der Bahnspisepunkte wurden 3- bis 4mal auf ihren Isolationszustand untersucht. Die Kontaktierung der Schienenrückleitung wurde auf 663 km Schienenlänge mit dem Meßwagen überprüft. Die Hauptrevision der elektrischen Weichen und deren Antriebseinrichtungen wurde 4mal durchgeführt. Die elektrischen Obusweichen wurden 7mal revidiert. 19 elektrische Weichen wurden neu errichtet und 3 ausgebaut. Eine zweite Versuchseinrichtung einer elektrischen Weichenheizung wurde neu errichtet und mit 1.200 W betrieben.

Für die Erneuerung an elektrischen Weichen sowie für Gleisneu- und -umbauten wurden 2 Erdkasten versetzt und 1 Erdkasten wurde ausgetauscht; außerdem wurden 58 m Erdkabel ausgewechselt und 258 m Erdkabel neu verlegt. In weiteren 2 Bahnhöfen wurden die Saferäume durch Sperrstrahlen gesichert.

Am Stockgleis bei der Stadtbahnhaltestelle Hietzing wurden ein Abspannmast versetzt und ein Ausleger montiert. Fahrdrähte und Tragseile für die neue Gleisanlage wurden verlegt. Anlässlich der Deckenerneuerung bei der Stadtbahnhaltestelle Schottenring wurden 4 Joche ausgebaut und nach Wiederherstellung der Decke mit geänderter Konstruktion in die Anlage eingebaut. Überbauungsarbeiten im Bereich der Haltestelle Hauptzollamt erforderten den Umbau einer Streckentrennung und einer Abspannung, die Versetzung eines Mastes sowie

Änderung an 2 Masten. 500 m abgenützter Fahrdraht sowie 75 m Trageil und 58 m Spannseil wurden ausgetauscht.

HOCHBAUTEN

Für den Straßenbahn-, Autobus- und Obusbetrieb wurden im Jahre 1956 folgende Bauarbeiten durchgeführt:

Der Stockwerksaufbau an dem Verwaltungsgebäude des Bahnhofes Rudolfsheim wurde fertiggestellt. In diesem Gebäude wurden auch Ordinationsräume eingerichtet und Veränderungen in den Zubauten der Halle III und des Waschraumes der Wagenbauhalle der Hauptwerkstätte durchgeführt. Gasinfradeckenstrahler wurden in der Vorhalle der Reparaturwerkstätte und Warmwasserheizanlagen in der Schweißerei der Hauptwerkstätte installiert. Im Bahnhof Grinzing wurden die durch die Verrechnungsreform erforderlichen Umbauten durchgeführt. Im Direktionsgebäude der Straßenbahn in der Favoritenstraße wurden Umbauten und Adaptierungen für die Unterbringung der Gehaltsverrechnung und anderer Dienststellen vorgenommen. Im Betriebsgebäude der Elektrizitätswerke, XV., Zinckgasse 27, erfolgten Umbauten für die bautechnische Gruppe der Elektrizitätswerke und die Hochbauabteilung der Verkehrsbetriebe; ebenso waren Umbauarbeiten im Gebäude Ebendorferstraße für die Gebäudeverwaltung und die Kollaudierungsabteilung erforderlich. Im Bahnhof Favoriten wurde die Badeanlage in den Anbauten der Halle III umgebaut; in den Hallen I bis IV wurden Unterflurhydranten eingerichtet. Im Bahnhof Kagran wurde eine Versubhütte errichtet. Der Mannschaftsraum für die Strecke 16 im Bahnhof Kagran und die Badeanlage für die Strecke 2 im Bahnhof Erdberg wurden vergrößert. In den Anbauten an die Halle II des Bahnhofes Vorgarten wurde ein Garderoberraum eingerichtet. Die Wagenabfertigung am Lorenz Bayer-Platz wurde vergrößert. Für die Badeanlage im Bahnhof Breitensee wurde die Heizung installiert und im Bad der Oberbauwerkstätte die Hauptwasserleitung verstärkt. In der Werkmeisterkanzlei im Bahnhof Währing und in der Garage in der Wienerbergstraße wurden Umbauarbeiten durchgeführt. Im Bahnhof Floridsdorf wurde ein Flugdach für Motorräder aufgestellt. Außerdem wurden 2 Wartehallen umgestellt und 7 neu errichtet. In den Bahnhöfen Ottakring, Brigittenau, Rudolfsheim, Erdberg, Floridsdorf und Favoriten wurden sanitäre Anlagen, Wasch- und Brauseräume eingebaut.

Die Schaufflächen der Hallen I und IV des Bahnhofes Ottakring und der Abteilung für elektrische Anlagen, Wien XII., Flurschützstraße, wurden erneuert, außerdem wurde das Dach instandgesetzt. In der Hauptwerkstätte wurden Baumeister-, Installations- und Dachinstandsetzungsarbeiten ausgeführt. Die Gebäude in der Endstelle Groß-Enzersdorf, der Bahnhöfe Hernals, Grinzing und der Garage Schanzstraße sowie die Hallentore des Bahnhofes Ottakring wurden instandgesetzt. Der Betonboden der Halle II des Bahnhofes Währing und die Preßkiesendeckung der Halle II im Bahnhof Ottakring wurden erneuert. Die Dächer der Hallen I bis IV im Bahnhof Erdberg wurden repariert und die Schienenböcke in den Wagenhallen der Bahnhöfe Kagran, Brigittenau, Simmering, Breitensee und Favoriten instandgesetzt. Die Fahrbahn im Benzin- und Öllager wurde gepflastert und die Zufahrtstraße zur Garage Vorgarten ausgebessert. In Mauer, Lange Gasse 63, wurde ein Kanalananschluß hergestellt. Die Dachbinderauflager der Halle I im Bahnhof Speising wurden verstärkt. Ebenso wurde eine Verstärkung des Abwasserkanals der Garage Vorgarten vorgenommen. Die Wohnhäuser Fenzlgasse — Lenneisgasse wurden instandgesetzt. Das Wohnhaus Iheringgasse 16 erhielt einen neuen Anstrich. Die Uhrmacherwerkstätte in der Hauptwerkstätte wurde adaptiert. Die Sandtrocknungsanlage im Bahnhof Rudolfsheim, die Kellerräume im Hause Rahlgasse 3, die Dachstühle in der Wehlistraße — Schalichgasse wurden instand-

gesetzt. Ebenso wurden die Streckenkasse und die Bücherei sowie das Glashaus Favoritenstraße 9 adaptiert.

Über die an Stadtbahnobjekten geleisteten Arbeiten wird folgendes berichtet:

Im Aufnahmegebäude der Haltestelle Schottenring wurde ein Lokal für eine Tabaktrafik und im Aufnahmegebäude der Haltestelle Währinger Straße eine Hausbesorgerwohnung eingebaut. Beim Bahnhof Heiligenstadt sowie beim Wasserleitungsplatz zwischen der Friedensbrücke und Heiligenstadt und bei der Auffahrtsrampe der Friedensbrücke wurden insgesamt 4 Kabelendschalterhäuschen gebaut. Im ehemaligen Verwaltungsgebäude Michelbeuern wurden Räume für die Brückenarbeiter adaptiert und Heizungs- und Warmwasseranlagen installiert.

Das Verblendmauerwerk an dem Gewölbe der Gürtellinie und die Isolierung an neun Gewölben wurden erneuert. Instandsetzungsarbeiten wurden an der Wasserzuleitung im Bahnhof Hütteldorf, an der Abgangsstiege vom Gleis II der Haltestelle Hietzing, an den Randsteinen und Bahnsteigbelägen in den Haltestellen Pilgramgasse, Kettenbrückengasse und Roßauer Lände sowie Steinmetzarbeiten an Gesimsen der Gürtellinie vorgenommen. Das Aufnahmegebäude in der Nußdorfer Straße wurde frisch gestrichen und der Fußbodenbelag im Vestibül des Aufnahmegebäudes in der Meidlinger Hauptstraße teilweise erneuert.

FAHRBETRIEBSMITTEL

Im Jahre 1956 konnte der Wagenauslauf der Straßenbahn an 146, der Stadtbahnbetrieb an 45 Werktagen wegen Wagenmangels nicht voll erfüllt werden. Im Straßenbahnbetrieb fehlten insbesondere im Februar bis zu 94 Triebwagen und 81 Beiwagen. Die großen Ausfälle im Wagenpark wurden in diesem Monat durch die besonders widrigen Witterungsverhältnisse verursacht. Der Fahrzeugpark der Stadtbahn konnte diese schwierige Betriebsperiode ohne nennenswerte Ausfälle überstehen. Anfang April waren die Wagenausfälle der Straßenbahn durch forciert durchgeführte Reparaturen aufgeholt, so daß von diesem Zeitpunkt an der Auslauf wieder auf stabiler Höhe gehalten werden konnte. Auf der Stadtbahn fehlten für den vorgeschriebenen Bedarf maximal bis zu 3 Triebwagen und 4 Beiwagen.

Aus dem Wagenbesitzstand wurden infolge Überalterung und Unwirtschaftlichkeit des Aufbaues 7 Personentriebwagen und 37 Personenbeiwagen älterer Bauarten ausgeschieden, 5 Personentriebwagen wurden auf Lastfahrzeuge umgebaut. 9 ausgeschiedene Personenbeiwagen werden als Salzstreuwagen verwendet. Ein Salzstreuwagen wurde ausgeschieden, 2 Achsbruchwagen der Bauart Schrelle wurden von der Hauptwerkstätte angefertigt. Neu zugegangen sind 14 vierachsige Großraumzüge, die von der Simmering-Graz-Pauker AG, und 31 vierachsige Großraumbeiwagen, die von den Lohnerwerken hergestellt wurden.

Außerdem wurden von der Simmering-Graz-Pauker AG 18 Stadtbahntriebwagen und 27 Stadtbahnbeiwagen umgebaut. Von den Lohnerwerken wurden 28 Straßenbahntriebwagen für Fahrgastfluß eingerichtet. Sämtliche Umbauwagen sind in Leichtstahlbauweise nach neuzeitlichen Gesichtspunkten ausgeführt. Ende 1956 verfügten die Verkehrsbetriebe insgesamt über 30 vierachsige Großraumzüge der Simmering-Graz-Pauker AG, 63 vierachsige Großraumbeiwagen der Lohnerwerke und die komplette Serie von 29 zweiachsigen Großraumtriebwagen für Fahrgastfluß. Die Zahl der umgebauten Stadtbahntriebwagen betrug am Jahresende 60, der umgebauten Stadtbahnbeiwagen 82 Wageneinheiten.

5 Lastwagen wurden von der Firma Gräf & Stift aus überalterten Personentriebwagen gebaut. 3 Wagenkästen für Triebwagen und 8 Wagenkästen für

Stadtbahnbeiwagen wurden von dieser Firma gründlich instandgesetzt. Von der Reparaturwerkstätte der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden sechs Beiwagen der Straßenbahn einer größeren Reparatur unterzogen.

Der Einbau der mehrpoligen Vielfachkupplungsdosen, Bremskreis-Batterievorerrregungen, Schienenbremsen, Leuchtstoffröhren und Frischstromheizungen in den Fahrpark wurde fortgesetzt.

HAUPTWERKSTÄTTE

In der Hauptwerkstätte wurden im Jahre 1956 5.058 Straßen- und Stadtbahnwagen repariert. Über diese Arbeiten berichtet die folgende Übersicht:

Austausch von Rädern	1.064
Motoren	275
Anker und Spulen	1.634
Fahrschaltertausch	378
Karambolschäden	750
Kastenreparaturen	1.172
Hauptuntersuchung	924
Außerdem wurden folgende Arbeiten durchgeführt:	
Motorgehäuse ausgebohrt	51
Reparaturen und Neuanfertigungen von	
Tatzlagern	367
Ankerlagern	226
Achslagern	1.478
Scherenstromabnehmern	29
verstärkten Bügeln	875
unverstärkten Bügeln	59
Goldebanduntergestellen	100
Dacheindeckungen	29
Wagenneulackierungen	30

An 46 Wagen wurden Elin-Stromkupplungsdosen montiert und in 78 Wagen Schienenbremsen erneuert; in 18 Wagen wurden Batterievorerrregungen, in 27 Wagen Leuchtstofflampen und in 48 Wagen Heizungen eingebaut.

Durch Privatfirmen wurden 154 Wagen neu- oder umgebaut und mehr als 15.500 Reparaturen vorgenommen.

Im Jahre 1956 wurde jeder im Verkehr eingesetzte Straßenbahntriebwagen für die Personenbeförderung wegen Betriebsuntauglichkeit durchschnittlich 3,37mal, jeder Stadtbahntriebwagen 1,44mal in die Hauptwerkstätte zur Reparatur eingeliefert.

BETRIEB UND VERKEHR

Die Frequenz der Straßen- und Stadtbahn sank im Jahre 1956 um 5,94 Prozent, die Wagennutzkilometerleistung um 3,70 Prozent.

Um den Verkehr zu verbessern, wurden auf den Linien B, Bk und 158 die Betriebszeiten geändert. Die Linie 25 wurde ab 30. Juni an Wochentagen im Spitzenverkehr als Linie 25R und 25K über den Ring und Kai verlängert. Seit dem 27. Februar wird die Linie L an Wochentagen und seit dem 23. Dezember auch an Sonntagen nur noch bis zum Bahnhof Rudolfsheim geführt. Großraumzüge werden seit dem 20. November auch auf der Linie 49, Großraumbeiwagen seit dem 23. Jänner auf der Linie 6, seit dem 9. April auf der Linie 66 und seit dem 27. November auf der Linie 71 eingesetzt. Auf der Linie O werden seit dem 22. Mai umgebaute Triebwagen mit Großraumbeiwagen geführt. Am 13. Mai (Muttertag) wurden erstmals Großraumbeiwagen auf der verlängerten Linie 6 zum Zentralfriedhof eingesetzt. Auf der Linie 158 wurde an 3 Tagen

und auf der Linie 106 auf die Dauer von 9 Wochen wegen Bauarbeiten ein Autobusersatzverkehr eingerichtet. Für die Schülerbeförderung wurde der Betrieb auf den Linien 11, 17, 29, 31/5, 37, 40, 45, 47, 60, 62, 67, 73, 117, 167 und 360 verstärkt.

In der Linienführung ergaben sich folgende Änderungen: Die Linie C wird vom 12. November 1956 an vom Bahnhof Hernalts über die Taborstraße, Heinestraße, Mühlfeldgasse zur Nordbahnstraße geführt. Vom 22. Dezember an wird die neue Gleisschleife beim Südbahnhof befahren.

Die größte Fahrleistung wurde bei der Straßenbahn ohne Berücksichtigung des 31. Oktober und 1. November am 9. September mit 306.428 Wagennutzkilometern bei einem Einsatz von 783 Trieb- und 1.060 Beiwagen erzielt. Bei der Stadtbahn fiel die größte Fahrleistung auf den 23. September mit 75.195 Wagennutzkilometern und einem Einsatz von 254 Wagen. Im Lastzugverkehr wurden auf der Straßenbahn und Stadtbahn für den eigenen Betrieb Materialien und Schutt befördert und für fremde Besteller hauptsächlich Reklamefahrten durchgeführt.

Zur Überwachung der Fahrzeiteinhaltung wurden auf verschiedenen Straßenbahnlinien 27 weitere Kontrolluhren aufgestellt.

Der Stromverbrauch betrug bei der Straßenbahn 850, bei der Stadtbahn 705 Wattstunden je Wagennutzkilometer.

TARIFE

Für Pflichtschüler und körperbehinderte Kinder der Sonderschulen und Sonderkindergärten wurden im Schuljahr 1955/56 3.074 Freikarten, davon 695, die auch für eine Begleitperson gelten, ausgegeben. Kriegsbeschädigte erhielten im Monat durchschnittlich 1.710 Freikarten und 75 ermäßigte Netzkarten: 3.248 Fürsorgeräte bezogen im Jahre 1956 ermäßigte Netzkarten. Für kulturelle und sportliche Zwecke wurden insgesamt 214.000 Jugendfürsorgefahrtscheine angesprochen und mit dem Landesarbeitsamt 2.189.797 Arbeitslosenfahrtscheine verrechnet. Anlässlich der Wiener Messen und der Festwochen wurden kurzfristige Netzkarten für vier und sieben Tage ausgegeben.

Mit Wirkung vom 1. März 1956 wurde der Preis des Sonn- und Feiertags-Zweifahrten-Kinderfahrtscheines von 80 g auf 50 g herabgesetzt. Außerdem wurde der Kindertarif dahingehend abgeändert, daß nunmehr auch Kinder, die eine Pflicht- oder Mittelschule oder eine einer solchen gleichzuhaltende Lehranstalt besuchen, über das 14. Lebensjahr hinaus bis Ende des Schuljahres einschließlich der Hauptferien, in dem sie das 14. Lebensjahr vollenden, die Fahrbegünstigung weiter behalten. Gleichzeitig wurden Kinderausweise aufgelegt, die von Kindern, die größer als 1,50 m sind, als Altersnachweis bei Inanspruchnahme des Kindertarifes vorzuweisen sind.

AUTOBUS- UND OBUSVERKEHR

Der Wagenpark bestand Ende 1956 aus 198 Autobussen, 10 Obussen und 21 Anhängern; davon standen 190 Autobusse, 10 Obusse und 21 Anhänger in Betrieb; die übrigen Fahrzeuge waren teils in Reparatur, teils abgestellt. Angekauft wurden im Jahre 1956: 1 Rüstwagen Gräf-Büssing U 5, 2 Weichenspritzwagen 2 D/50, 1 Personenkraftwagen und 1 fahrbarer Kompressor wurden ausgeschieden.

Im Autobustagverkehr wurden im Jahre 1956 folgende Änderungen vorgenommen:

Vom 16. Jänner an wird die Linie 5 vom Stephansplatz — Graben — Kohlmarkt — Michaelerplatz — Burg — Burgring zur Bellariastraße geführt. Ebenso wird die Linie 8 verlängert und vom Inneren Hernalser Gürtel — Stadtbahn-

unterfahrung über die Jörgerstraße zum Elterleinplatz geführt. Bei der Linie 9 wurde die Endstelle zur Seitenfahrbahn des Burgrings beim Naturhistorischen Museum verlegt. Am 1. April wurde der Betrieb der Linie 20 A Klosterneuburg — Weidling-Bahnhof — Weidling, Garage, eingestellt. Vom 1. Oktober an werden im Einbahnverkehr geführt: durch die Seilergasse und Kärntner Straße, Rotenturmstraße und Marc Aurel-Straße die Linie 4 Westbahnhof — Praterstern; über Kohlmarkt und Habsburgergasse, Rotenturmstraße und Marc Aurel-Straße die Linie 5 Floridsdorf, Am Spitz — Bellariastraße; über Schönbrunner Straße und Margaretenstraße die Linie 6 Gersthof — Siebenbrunnenplatz; über Seilergasse und Kärntner Straße, Rotenturmstraße und Tuchlauben die Linie 7 Südtiroler Platz — Franz Josef-Bahnhof.

Im Autobusnachtverkehr waren folgende Änderungen zu verzeichnen: Vom 16. Jänner an wurde die Führung der Linie C geändert; sie verläuft nun über die Kinderspitalgasse, den Inneren Hernalsen Gürtel, die Stadtbahnunterfahrung Hernals zur Wattgasse. Im Einbahnverkehr werden geführt: über die Seilergasse und Kärntner Straße, Rotenturmstraße und Marc Aurel-Straße die Linie A Praterstern — Keplerplatz; über die Rotenturm- und Marc Aurel-Straße die Linie F Floridsdorf, Am Spitz — Stephansplatz.

Auch im Autobus- und Obusverkehr wurden anlässlich der Frühjahrs- und Herbstmesse, der Rennen in der Freudenau, des Bäderverkehrs zum Gänsehäufel und des Allerheiligenverkehrs mehr Wagen eingesetzt. Außerdem wurden Sonderfahrten auf Bestellung sowie als Ersatz für die Straßenbahnlinien 11, 69, 72, 106 und 158 durchgeführt.

Am 7. Mai 1956 wurde in den Gebäuden auf dem Gelände der Wiener Stadtwerke — Gaswerke, X., Wienerbergstraße 27 a—c, eine provisorisch eingerichtete Autobusgarage in Betrieb genommen.

UNFÄLLE

Im Jahre 1956 ereigneten sich im Betrieb der Straßen- und Stadtbahn 4.183 Unfälle, wobei 602 Personen verletzt und 14 getötet wurden. Von diesen Unfällen entfielen auf die Stadtbahn 154 Unfälle mit 38 Verletzten und 3 Toten. Die absolute Zahl der Unfälle durch Stürzen beim Auf- oder Abspringen während der Fahrt betrug 728 (davon 26 auf der Stadtbahn) und durch Niederstoßen von Menschen 153 (davon auf der Stadtbahn 2). Ein Vergleich mit dem Jahre 1937 ergibt, daß auf 1 Million Wagenkilometer im Jahre 1956 auf die Straßenbahn 41,20 (1937: 38,54) und auf die Stadtbahn 6,78 (1937: 8,11) Unfälle mit 5,88 (1937: 4,09) und 1,81 (1937: 0,58) Verletzten sowie 0,11 (1937: 0,12) und 0,13 (1937: 0,00) Toten entfielen, so daß gegenüber dem Vorkriegsjahr 1937 die Anzahl der Unfälle ungefähr gleich geblieben ist; dagegen hat sich die Anzahl der Verletzten um ungefähr 74,5 Prozent erhöht.

Im Kraftverkehrsbetrieb ereigneten sich im Jahre 1956 822 Unfälle mit 26 Verletzten. Getötet wurde niemand. Von den Unfällen entfielen auf den Linienverkehr 749 Unfälle mit 25 Verletzten, darunter auf den Obusbetrieb 35 Unfälle mit 2 Verletzten.

Für Haftpflichtentschädigungen und -renten wurden von den Verkehrsbetrieben im Jahre 1956 ausgezahlt:

	Straßenbahn	Stadtbahn
	Schilling	
Für Körperverletzungen	630.515	7.267
Für Sachschäden	384.701	1.328
	Autobus	Obus
	Schilling	
Für Körperverletzungen	86.268	7.594
Für Sachschäden	145.993	12.638

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 6, Seite 460.)

STÄDTISCHE BESTATTUNG

Der Anteil der Städtischen Bestattung an sämtlichen Wiener Bestattungsfällen betrug rund 99 Prozent, 1 Prozent entfällt auf Pächter von Konzessionen der Städtischen Bestattung in den Randgemeinden. Im Jahre 1956 wurden 998 Begräbnisse, d. s. 3,3 Prozent aller Bestattungen, auf Kosten der Städtischen Bestattung durchgeführt. Außerdem erfolgten 1.036 Exhumierungen und Wiederbestattungen sowie 3.143 Feuerbestattungen. Die Städtische Bestattung wirkte auch bei der Exhumierung und Überführung der auf dem Schwarzenbergplatz und dem Friedrich Engels-Platz beerdigten russischen Offiziere und Soldaten mit.

Die Städtische Bestattung verfügte Ende 1956 über 11 einfache und 3 kombinierte Fourgons, 8 Glas- und 2 Säulenwagen, 5 Blumenwagen und 19 sonstige Fahrzeuge für Wirtschaftsfahrten, Mannschaftstransporte etc.

Das „Merkblatt für Sterbefälle“, mit dem die Hinterbliebenen über die bei Eintritt eines Todesfalles zu unternehmenden Schritte informiert werden, wurde neu aufgelegt und dadurch eine Reihe kleinerer Drucksorten, die zur Aufklärung bestimmt waren, überflüssig.

Unter den verschiedenen Organisationsänderungen steht die Umstellung des Sterbegeldinkassos auf bargeldlosen Verkehr bei der Wiener Gebietskrankenkasse an erster Stelle. Die Hinterbliebenen übergeben der Städtischen Bestattung in zahlreichen Fällen ihre Unterlagen, mit denen Sterbegelder aller Art anzufordern sind; die Städtische Bestattung übernimmt diese Unterlagen, führt das Inkasso durch, verwendet das inkassierte Geld für die Bestattungskosten und zahlt etwaige Überschüsse an die Hinterbliebenen zurück. Ein Großteil dieser Inkassi bezog sich auf die Wiener Gebietskrankenkasse, sie konnten durch die erwähnte Organisationsänderung vereinfacht werden.

Im Jahre 1956 wurde eine Buchungsmaschine eingestellt, die alle Buchungen zusätzlich auf einem Lochband festhält, das dann in anderen Maschinen ausgewertet werden kann. Die Vorarbeiten und Proben für die damit im Zusammenhang stehende Umstellung, die ab 1. Jänner 1957 durchgeführt werden soll, sind gut verlaufen.

Eine andere Art der Umstellung erfolgte bei den Totenwagen. Statt wie bisher Lastkraftwagen sowohl in geschlossene als auch in prunkvollere Totenwagen umzubauen, wurden im Jahre 1956 zum ersten Male umgebaute Personenkraftwagen für die Särgebeförderung verwendet. Insgesamt wurden 5 Fahrzeuge der Type Ford „Versailles“ in Betrieb genommen. In der städtischen Sargfabrik wurden ungefähr 35.000 Säрге hergestellt, von denen rund 10.000 an Bestattungsinstitute außerhalb Wiens verkauft wurden.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 9, Seite 603.)

BRAUHAUS DER STADT WIEN

Der Bierabsatz war im Jahre 1956 höher als im Jahre vorher. Dies ist teils auf die für den Bierverbrauch günstigere Witterung, teils auf die Zunahme des Fremdenverkehrs sowie auf die Intensivierung der Werbetätigkeit zurückzuführen. Bemerkenswert ist der neuerlich gestiegene Absatz von Flaschenbier sowie hochgrädigen Spezialbieren.

Eine Neueinführung war der Verkauf von Spezialbieren in Kleinflaschen mit $\frac{1}{3}$ l Inhalt; im Dezember 1956 wurden die hochgrädigen Weihnachtsbiere auch in Kleinflaschen abgegeben. Mit dem Verkauf in Kleinflaschen wurde einem vielfach bestehenden Wunsch der Bierkonsumenten entsprochen sowie auch in Betracht gezogen, daß die aus den westlichen Ländern nach Wien kommenden Fremden an diese Form des Bierverkaufes gewöhnt sind. Die Flaschen für die

Sorten „Steffbräu“ und „Stadtbräu“ wurden mit Staniol adjustiert und boten in dieser effektvollen Aufmachung einen größeren Anreiz für die Konsumenten. Darauf dürfte auch der erhöhte Absatz dieser Sorten zurückzuführen sein. Die Einführung der $\frac{1}{3}$ -l-Flasche machte einen Umbau der Abfüllanlagen notwendig, und für die neue Flaschenadjustierung wurde eine Etikettier- und Stanoliermaschine angeschafft. Im Kesselhaus wurde ein weiterer Ignis-Heißwasserkessel installiert, so daß auch bei Verbrauchsspitzen der steigende Wärmebedarf ausgeglichen werden kann. Im Lagerkeller wurde wegen des erhöhten Flaschenbierabsatzes ein weiterer Flaschendrucktank aufgestellt. Der Fahrpark des Brauhauses der Stadt Wien wurde durch Anschaffung neuer Dieselfahrzeuge vergrößert.

Eine wesentliche Erhöhung der Hopfenpreise sowie auch die Steigerung der Bezüge des Personals verursachten entsprechend höhere Ausgaben als im Jahre 1955.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 9, Seite 603.)

STÄDTISCHE ANKÜNDIGUNGSUNTERNEHMUNG GEWISTA

Die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1956 hat der Gewista eine Steigerung des Gesamtumsatzes gebracht, die 11 Prozent des vorjährigen Ertrages ausmachte. Die Zunahme der Aufträge erstreckte sich auf alle Sparten, doch war sie in einzelnen Geschäftszweigen besonders hoch. So betrug die Steigerung des Ertrages bei der Autobusreklame 93 Prozent; dies ist auf die im Vorjahr neu eingeführte Werbung durch Aufschriften auf den Dachkuppeln der städtischen Autobusse zurückzuführen. Durch die Neueinführung einer Reklameauswertung der Spannmaste im Jahre 1956, die hauptsächlich dem Hinweis auf in der Nähe der Ankündigung befindliche Geschäfte dient, stieg der Umsatz der Ständerreklame um 55 Prozent. Außerdem war im Bogenanschlag ein erhöhter Ertrag zu verzeichnen, der teils auf die ab 1. Jänner 1956 vorgenommene 10prozentige Preiserhöhung, teils auf eine gesteigerte Ausnutzung der Werbeflächen durch die Kunden in den Sommermonaten zurückzuführen ist.

Durch Verhandlungen mit der Stadionbetriebsgesellschaft hat die Gewista das Recht erworben, das Terrain des Sportstadions und des Stadionbades für Reklamezwecke zu benützen. So wurden im Sportstadion an den Schutzgeländern der Stehplatzreihen Reklametafeln und am Schutzgitter der Sitzplätze Leinenstreifen mit Werbeaufschriften angebracht. Im Stadionbad wurden an den Außenwänden der Kästchen- und Kabinenhallen Rahmentafeln für Plakatanschlag montiert.

Im Jahre 1956 wurden insgesamt 1,679.829 Bogen angeschlagen, das sind um 111.771 Bogen oder 7 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieser Mehranschlag brachte zusammen mit der Preiserhöhung eine Erhöhung des Bruttoertrages um rund 19 Prozent. Der Anteil der einzelnen werbenden Gruppen am Gesamtbogenanschlag ist mit dem Vorjahr gleichgeblieben.

Eine Gegenüberstellung der in den Jahren 1955 und 1956 angeschlagenen Plakate zeigt im Jahre 1956 ein Ansteigen bei allen Formaten.

	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	Bogen im Format				8	Sonstige Formate	
			1	2	3	4			
	in tausend Stück								
1955	6	185	302	183	19	128	9	21	1
1956	11	212	311	207	19	132	10	24	1

Die Plakatwertungsaktion durch das Amt für Kultur und Volksbildung wurde auch im Jahre 1956 weitergeführt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 9, Seite 603.)

LANDWIRTSCHAFTSBETRIEB DER STADT WIEN

Die im Herbst 1955 angebauten Getreidesorten entwickelten sich zufriedenstellend, und die Saaten überdauerten, mit unbedeutenden Ausfällen, den strengen, schneearmen Winter, der bis in den März 1956 hinein anhielt. Die bis zum Juni außerordentlich günstig verteilten Niederschläge wirkten sich auf die Entwicklung des Getreides sehr gut aus; auch im Juli und in der ersten Augushälfte fiel noch ausgiebig Regen, der dem Gedeihen der Zuckerrübe zugute kam. Die zweite Augushälfte und während des ganzen Septembers durch Ostwinde hervorgerufene andauernde Trockenperiode schien die Zuckerrübenernte zu bedrohen. Anfang Oktober einsetzende Regenfälle brachten aber eine Wendung zum Besseren, so daß noch immer eine weit über dem Mittel liegende Zuckerrübenernte eingebracht werden konnte.

Die in Eigenbewirtschaftung stehende Ackerfläche — ohne Deputatland — wurde im Jahre 1956 wie folgt verwendet:

Für Getreide	1.996 ha
Für Hülsenfrüchte	73 ha
Für Ölfrüchte	167 ha
Für Gemüse	8 ha
Für Hackfrüchte	694 ha
Für Futterbau	385 ha
Für Wein	15 ha
Für Sämereien	11 ha

Zusammen 3.349 ha

Der durchschnittliche Ertrag je Hektar Getreide, der im 30jährigen Durchschnitt 1921 bis 1950 21,6 q je Hektar betrug, stellte sich im Jahre 1955 auf 28,8 q und im Jahre 1956 auf 27,5 q. Die Getreideernte erreichte also zwar nicht das Rekordergebnis des Vorjahres, sie war aber um 25 Prozent höher als das langjährige Mittel.

Der Ertrag des Kartoffelanbaues war im Jahre 1956 mit 160 q je Hektar um 143 q niedriger als im Vorjahr.

Für den Zuckerrübenanbau wurden im Jahre 1956 669 ha bereitgestellt. Der lang anhaltende Winter führte dazu, daß Ende März erst 4 Prozent dieser Fläche bestellt waren. Der eigentliche Anbau, der erst im April erfolgen konnte, war durch Regenfälle begünstigt, und der Stand der Kulturen berechtigte zu den besten Erwartungen. Die in der zweiten Augushälfte einsetzende Trockenheitsperiode, die 6 Wochen andauerte, schien die Hoffnung auf eine gute Ernte zunichte zu machen. Die ergiebigen Regenfälle Anfang Oktober verhüteten schließlich einen Mißerfolg. Der Ertrag war mit 375 q je Hektar um 34 q geringer als im Vorjahr. Da günstige Temperatur- und Sonnenbestrahlungsverhältnisse herrschten, war der Zuckergehalt und damit auch der erzielte Preis für die Zuckerrübe höher als im Vorjahr.

Der Ertrag der Weinernte war im Jahre 1956 außergewöhnlich niedrig. Die Reben erlitten durch die starken Fröste, die den überdurchschnittlich milden Witterungsverhältnissen im Jänner folgten, schwere Erfrierungen. Das Erntergebnis war mit 66 hl gegen 505 hl im Jahre 1955 und 139 hl im Jahre 1952 das niedrigste, das in den Jahren 1951 bis 1956 erzielt worden war, und lag weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Die Qualität des Jahrganges 1956 war zufriedenstellend.

Mit Ausnahme der Zugtiere, deren Zahl infolge der fortschreitenden Mechanisierung weiter stark reduziert wurde, wiesen die Bestände der anderen Viehgattungen normale Schwankungen auf, wie dies aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist:

	1952	1954	1955	1956
Zugpferde	196	109	90	54
Fohlen	34	18	9	3
Zugochsen	9	2	2	—
Kühe und Stiere	1.349	1.124	1.063	1.066
Jungrinder	162	31	27	24
Schweine	40	139	109	186

Die Milchleistung der Kühe ging teils wegen der minderen Qualität des Grünfutters, teils wegen der durch die Tuberkulosebereinigung verursachten zahlreichen Umstellungen etwas zurück. Mit 1. März 1956 ist eine Milchpreiserhöhung eingetreten, die aber die inzwischen auf allen Gebieten eingetretenen Verteuerungen nicht aufwiegt. Die Unsicherheit der Entwicklung auf dem Milchviehmarkt besteht daher unvermindert weiter. Über die Milcherzeugung des Städtischen Landwirtschaftsbetriebes in den Wirtschaftsjahren 1950/51 bis 1955/56 im Vergleich mit dem Jahre 1937 gibt folgende Übersicht Aufschluß:

	Gesamterzeugung Liter	Tagesmenge Liter	je Kuh und Tag Liter
1937	6,260.000	17.200	9,9
1950/51	2,667.000	7.307	7,4
1952/53	4,215.000	11.548	8,7
1953/54	3,963.000	10.858	9,0
1954/55	3,650.000	10.000	8,7
1955/56	3,500.000	9.590	8,2

Die Mechanisierung des Landwirtschaftsbetriebes wurde fortgesetzt, und entsprechend dem Maschineninvestitionsplan wurden im Jahre 1956 eine Reihe veralteter Maschinen durch moderne ersetzt. So wurden 3 Atlaslader samt Düngergreifer, Rübengabeln und Schottergreifer, 1 Rübenvereinzlergerät, 1 Höhenförderer, 1 Mähdrescher, diverse Zusatzgeräte zu Mähdreschern, wie Pick-up-Trommeln und Stroherreisser, mehrere Stallmist- und Kunstdüngerstreuer, 1 große Strohpresse, 2 Körnergebläse, 1 Beregnungsanlage, 4 Traktoren verschiedener Stärke (Steyr) und 2 Lastkraftwagen angeschafft.

Das wichtigste Bauvorhaben im Jahre 1956 war die Errichtung des Schüttkastens in Schloßhof. Außerdem wurden zahlreiche kleinere bauliche Erneuerungen durchgeführt.

(Siehe dazu II. Teil, Tabelle 9, Seite 603.)

CHRONIK 1956

8. I.: Eishockey-Länderkampf Österreich — Rußland auf dem Platz des Wiener Eislaufvereins am Heumarkt. Rußland siegte 8 : 0.
10. I.: In der Winterreitschule werden im Beisein von Bundespräsident Dr. h. c. Körner die österreichischen Sportler für die VII. Olympischen Wettspiele in Cortina d'Ampezzo angelobt.
- 19.—21. I.: Europameisterschaften im Eiskunstenlaufen in Paris. Europameister im Paarlaufen werden Sissi Schwarz und Kurt Oppelt (Österreich). Europameister im Kunstenlauf: Ingrid Wendl (Österreich).
19. I.: Wahl des bisherigen Sozialministers Karl Maisel zum Präsidenten der Wiener Arbeiterkammer.
23. I.: Angelobung des Bundesministers für soziale Verwaltung, Nationalratsabgeordneten Anton Proksch, durch Bundespräsident Dr. h. c. Körner.
3. II.: Ausmusterung der ersten 21 Offiziere für das neue Bundesheer in der Fasangartenkaserne.
15. II.: Stadtrat Mandl eröffnet im Österreichischen Museum für angewandte Kunst die Plakatausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien.
15. II.: Eröffnung der Picasso-Ausstellung in der Galerie Würthle.
16. II.: Weltmeisterschaften im Eiskunstenlaufen in Garmisch-Partenkirchen. Weltmeister im Paarlaufen: Sissi Schwarz und Kurt Oppelt (Österreich).
6. III.: Eröffnung der ersten Funkfernsehverbindung zwischen Österreich und den USA.
10. III.—8. IV.: Clemens Holzmeister-Jubiläumsausstellung in der Akademie der bildenden Künste.
- 11.—18. III.: Wiener Frühjahrsmesse.
13. III.: Inbetriebnahme des Mehrzweckschiffes „Eisvogel“ durch Bürgermeister Jonas.
31. III.: Einstellung der Wiener Rohrpost.
3. IV.: Jahrhundertfeier der Wiener Stadtbibliothek.
13. IV.: Brand der Wiener Börse. (Der Schaden beträgt mehr als 100 Millionen Schilling.)
15. IV.: Fußball-Länderspiel Österreich — Brasilien im Wiener Stadion. Österreich unterliegt mit 2 : 3 (1 : 0).
20. IV.: Gleichenerfeier der Wiener Stadthalle auf dem Vogelweidplatz.
13. V.: Nationalratswahlen. Ergebnisse: 82 Mandate ÖVP, 74 Mandate SPÖ, 6 Mandate FPÖ, 3 Mandate Kommunisten und Linkssozialisten.

23. V.: Feierlicher Empfang des Lord Major of London Ackroyd durch Bürgermeister Jonas und den Stadtsenat im Wiener Rathaus.
28. V.—7. VII.: Musterung des Jahrganges 1937 für das Bundesheer.
30. V.—30. IX.: Ausstellung „Mozart — Werk und Zeit“ in der Nationalbibliothek.
2. VI.: Wiedereröffnung der neu hergerichteten Mozart-Räume in Wien I., Domgasse 5.
2. VI.: In der Albertina wird die Ausstellung „Maulbertsch und die österreichische Barockkunst im Jahrhundert Mozarts“ eröffnet.
- 2.—24. VI.: Wiener Festwochen.
- 3.—7. VI.: Ausstellung „10 Jahre neuer österreichischer Film“ in der Zedlitz-Halle.
16. VI.: Der australische Ministerpräsident Menzies kommt in Wien an.
17. VI.: Feierliche Inthronisation des neuen Erzbischofs von Wien Dr. Franz König.
23. VI.: Enthüllung des Gregor Mendl-Denkmal auf dem Friedrich Engels-Platz.
24. VI.—4. VII.: Auf Einladung des British Council besucht Bürgermeister Jonas die Städte London, Glasgow, Edinburgh und Manchester.
- VII.—VIII.: Gedenkausstellung Johann Peter Krafft in der Österreichischen Galerie.
7. VII.: Ende der Österreich-Rundfahrt im Wiener Stadion. Sieger: Roland Ströhm (Schweden).
17. VII.: Ankunft des hessischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Zinn in Wien.
18. VII.: Umbenennung des Parlamentsringes in Dr. Karl Renner-Ring.
23. VII.: Eröffnung des Franz Novy-Hofes und Übergabe der 100.000. Gemeindewohnung durch Bürgermeister Jonas.
6. IX.: Bürgermeister Jonas empfängt im Rathaus den Präsidenten der chinesischen Messedelegation in Wien, Dr. Tsching Tschoang.
7. IX.: Eröffnung der neuen Jubiläumswarte auf dem Gallitzinberg.
- 9.—16. IX.: Wiener Herbstmesse.
9. IX.: Inbetriebnahme der Fernsehsendeanlage auf dem Kahlenberg.
30. IX.: Betriebsaufnahme in der Schalterhalle des neuen Süd-Ost-Bahnhofes.
30. IX.: Fußball-Länderkampf Österreich — Luxemburg im Wiener Stadion. Sieger: Österreich 7 : 0 (2 : 0).
1. X.: Streik der Bäckereiarbeiter.
- 1.—10. X.: Eine Delegation des Wiener Gemeinderates besucht die Sowjetunion.
2. X.: Anlässlich der 100-Jahr-Feier der Geographischen Gesellschaft in Wien gibt Bürgermeister Jonas einen Empfang auf dem Kahlenberg.
12. X.: Eröffnung der Kokoschka-Ausstellung im Musikvereinsgebäude.
14. X.: Fußball-Länderkampf Österreich — Ungarn im Wiener Stadion. Sieger: Ungarn 2 : 0 (1 : 0).

16. X.: Angelobung der Olympiamannschaft für Melbourne durch Bundespräsident Dr. h. c. Körner.
21. X.: Staatsbesuch des Bundeskanzlers Ing. Raab in Bonn.
23. X.: Die internationale Atomkonferenz in New York empfiehlt Wien als Sitz der Internationalen Atombehörde.
26. X.: Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien errichtet einen „Wiener Kunstfonds“.
26. X.: Tag der österreichischen Fahne.
27. X.—18. XI.: Ausstellung „Wie wohnt die Welt“ im Museum für angewandte Kunst.
7. XI.: Feierliche Eröffnung der Rembrandt-Ausstellung in der Albertina.
26. und 27. XI.: Orkan mit 100 Stundenkilometer über Wien. Zahlreiche Sachschäden.
27. XI.: Bürgermeister Jonas empfängt im Wiener Rathaus die Teilnehmer an der österreichischen Himalaya-Expedition 1956.
29. XI.: Enthüllung einer Gedenkbüste für Prof. Dr. Julius Tandler im Arkadenhof der Wiener Universität. Prof. Dr. Tandler war von 1925 bis 1933 Amtsführender Stadtrat für das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen in Wien.
1. XII.: Bürgermeister Jonas überreicht Bundeskanzler Ing. Raab einen Scheck auf 1,6 Millionen Schilling als Ergebnis einer Straßensammlung für die Ungarnhilfe.
5. XII.: Festvorstellung der Stadt Wien in der Staatsoper als Ausklang des Mozart-Jahres. 0,30 Uhr feierliche Kranzniederlegung am Grabe Mozarts auf dem St.-Marxer Friedhof.
17. XII. bis 27. I. 1957: Ausstellung der Nationalbibliothek in der Albertina: „Mozart-Jahr in der Welt.“
16. XII.: Kunstuhr am Ankerhaus, I., Hoher Markt, wieder in Betrieb.

TAGUNGEN

25. II.: Beginn der Arbeitstagung der Vertreter der deutschsprachigen Festspielstädte im Wiener Rathaus.
- 14.—21. V.: 49. Generalversammlung des Internationalen Luftfahrtverbandes.
- 16.—19. V.: Internationaler Rauchfangkehrer-Kongreß.
17. V.: Kongreß der Föderation der Internationalen Möbeltransporteure.
24. V.: Eröffnung der Deutschen Dermatologentagung im Wiener Rathaus.
- 2.—10. VI.: II. Internationale Filmwissenschaftliche Woche.
4. VI.: Eröffnung des „Internationalen Musikwissenschaftlichen Kongresses Wien — Mozart-Jahr 1956“ und der Ausstellung „Technik im Dienste von Musik und Musikwissenschaft“.
- 6.—13. VI.: 25. Generalversammlung der INTERPOL.
- 17.—23. VI.: Weltkraftkonferenz.
- 18.—26. VI.: 24. Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Delegation.

- 22.—28. VII.: XXIII. Internationaler Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau.
26. und 27. VII.: Tagung des Weltkirchenrates.
- 12.—18. VIII.: Bienenzüchterkongreß.
29. VIII.: 35. Kongreß des Internationalen Turnverbandes.
- 3.—9. IX.: Tagung des Parlamentarischen Rates der Europabewegung.
12. IX.: Beginn der Tagung der Internationalen Arbeiter-Bildungsvereine im Ringturm.
- 16.—23. IX.: 4. Österreichischer Mathematiker-Kongreß.
- 19.—22. IX.: V. Internationaler Keramischer Kongreß.
- 23.—29. IX.: X. Kongreß des Wissenschaftlichen Films.
29. IX.: Österreichischer Anwaltstag.
- 1.—4. X.: 6. Internationale Konferenz für Arbeitswissenschaften.
- 7.—13. X.: UNESCO-Woche der Museen.
- 8.—10. X.: Internationale Normentagung Beton und Stahlbeton.
16. X.: Eröffnung des Kongresses der Union der Internationalen Messen im Kammersaal der gewerblichen Wirtschaft.
- 19.—27. X.: IUOTO-Tagung (Weltparlament des Fremdenverkehrs).
28. X.: Tagung der Sozialistischen Internationale.
24. XI.: 12. Österreichischer Städtetag.
-

VERZEICHNIS DER ILLUSTRATIONEN

	Seite
Die Delegierten der Weltkraftkonferenz im Rathaus	13
Ausstellung für den Internationalen Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau	13
Australiens Ministerpräsident in Wien	14
Kinder des Internationalen Lagers der Arbeiterhilfe bei Stadtrat Afritsch ..	14
Architekt Prof. Neutra bei Stadtrat Thaller	19
Der Londoner Stadtrat Norman im Rathaus	19
Eröffnung des Internationalen Rauchfangkehrerkongresses	20
Tagung der Vereinigung europäischer Musikfestspiele	20
Teilnahme am 12. Österreichischen Städtetag	25
Die Ausseer Musikkapelle im Arkadenhof des Rathauses	25
Lord Major Ackroyd kommt mit dem Flugzeug in Wien an	26
Wiener Stadträte fliegen nach Moskau	26
Blinde Stenotypistinnen als Angestellte der Stadt Wien	31
Stadtrat Riemer besucht einen verunglückten Arbeiter	31
Neu aufgenommene Bedienstete werden angelobt	32
Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen	32
Ausstellung „Eine Stadt stellt sich vor“	45
Eröffnung der Wiener Festwochen 1956	45
Kranzniederlegung am Grabe Mozarts	46
Das Mozart-Jugendorchester konzertiert	46
Schlußvorführung der Schülerinnen der Modeschule	51
Hausmusiknachmittag am Todestag Franz Schuberts	51
Volksfest vor dem Schloß Schönbrunn	52
Tanzklasse im Konservatorium der Stadt Wien	52
Feier der Europabewegung im Wiener Konzerthaus	77
Eine neue Schulgalerie	77
Preisverteilung an Teilnehmer des Jugendabonnements	78
Ausstellung von Arbeiten aus der Berufsschule der Gold- und Silber- schmiede	78
Sommerfest im Zentralkinderheim der Stadt Wien	87
Der neue Kindergarten in der Probusgasse	87
Schulkinder fahren nach Sori (Italien)	88
Das Internationale Jugendlager im Hörndlwald	88
Volksschülerinnen in der Puppenadoptionstelle	93
Pflegekinder in der Pflegefamilie	93
Rodelhügel auf der Jesuitenwiese	94
Arbeitswettbewerb bei „Jugend am Werk“	94
Sammlung für die Ungarnhilfe	99
Der erste Konvoi der Ungarnhilfe geht über die Grenze	99
Neue Mutterberatungsstelle in Döbling	100
Muttertagsfeier der Stadt Wien	100
Diplomverteilung an junge Hebammen	117
Frühgeburtstation im Preyerschen Kinderspital	117
Bürgermeister Jonas überreicht Krankenpflegerinnendiplome	118
Diplomierungsfeier im Allgemeinen Krankenhaus	118
Wettbewerb für das Viertel Blutgasse—Domgasse—Grünangergasse	127
Dachgleiche des Museums der Stadt Wien	127
Die Bronzeplastik „Junge Steinböcke und Hase“	128
Das Gregor Mendel-Denkmal	128
Städtische Wohnhausanlage Landstraßer Hauptstraße	137

	Seite
Städtische Wohnhausanlage Viertlalgasse	137
Städtische Wohnhausanlage Jedleseer Straße	138
Städtische Wohnhausanlage Böckhgasse	138
Städtische Wohnhausanlage Bossigasse	147
Städtische Wohnhausanlage Promenadegasse	147
Städtische Wohnhausanlage Volksgasse	148
Städtische Wohnhausanlage Engerthstraße	148
Lager für Thermoblocs	157
Die 100.000. Gemeindewohnung	157
Der Bau der Wiener Stadthalle	158
Gasgeheizte Waschmaschinen in städtischen Wohnhäusern	158
Jenbacher Büffel mit Waschmaschinenaufbau	167
Puch-Lastenroller	167
Steyr-Diesel mit Schörling-Aufbau	167
Kehrichtgefäßstandplatz Grinzinger Allee	168
Kehrichtgefäßstandplatz Fasangartenstraße	168
Neue Brücke über die Liesing	173
Wienfußperrwerk in Hadersdorf-Weidlingau	173
Neuartige Beleuchtungsmaste auf dem Graben	174
Nachtspiele im Wiener Stadion	174
Großbaustelle des Wasserspeichers in Neusiedl am Steinfeld	183
Drucksteigerungsanlage der städtischen Wasserwerke	183
Leopoldauer Sammelkanal	184
Vereinigungskammer in Simmering	184
Kinderfreibad Max Winter-Platz	193
Sommerbassin im Theresienbad	193
Das Amalienbad in Favoriten	194
Delegation des Obersten Sowjets im Strandbad Gänsehäufel	194
Städtischer Reservegarten Vorgartenstraße	199
Der Teich im Stadtpark	199
Besichtigung der wilden Siedlungen in Wien	200
Aufforstung des Laaer Berges	200
Ausstellung „Österreich — ein Bienenland“	217
Das Stadtgartenamt führt Lehrspritzungen gegen Obstbauschädlinge durch	217
Bau der Südhalle auf dem Messegelände	218
Gemeinderatsausschuß für Wirtschaftsangelegenheiten	218
Vorbereitung der Nationalratswahlen	235
Überreichung des Feuerwehrenzeichens	235
Die Zentralfeuerwache Am Hof	236
Brand der Ausflugsstätte auf dem Hameau	236
Das Gaswerk Leopoldau	253
Die Beratungsstelle der Gaswerke	253
Vortrag über Gas im Haushalt	254
Spaltanlage im Gaswerk Simmering	254
Arbeitsstätte an Großraumtriebwagen in den Lohnerwerken	263
Arbeitsstätte an Großraumzügen in den Simmering-Graz-Pauker-Werken	263
Trauerfeier für die Opfer der Autobuskatastrophe bei Bozen	264
Moderne Buchungsmaschinen bei den Stadtwerken	264